Wie konnte das geschehen?

Kurt Gossweiler

Sammlung der Analysen, Referate, Kritiken, Reden und Briefe Kurt Gossweilers, die in der Schriftenreihe der KPD, in der offen-siv und der KAZ erschienen sind.

Band 2

Analysen zu geschichtlichen Ereignissen

Herausgeber:

KPD, offen-siv, Freidenker-Verband, GRH, Eulenspiegel-Verlag

ZIP-Kurzaufnahme der Deutschen Bibliothek:

Gossweiler, Wie konnte das geschehen? Band 2

Bodenfelde 2017

Herausgeber:
Kommunistische Partei Deutschlands, Zeitschrift offen-siv, Deutscher Freidenker-Verband, Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung, Eulenspiegel-Verlag.

Verleger:
Kommunistische Partei Deutschlands, Zeitschrift offen-siv.

Kontakt und Bestellungen:
Mail: redaktion@offen-siv.com, Tel. u. Fax: 05572 – 999 22 42

Spendenkonto:
Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover
IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2Hxxx,
Kennwort: Kurt Gossweiler

Redaktionelle Betreuung:
Zeitschrift offen-siv, Anna C. Heinrich und Frank Flegel

Korrektorat:
Johann Woydt

Druck:
Druckservice orbital, Wolfgang Lange, Rielasingen-Worblingen

Copyright:
Alle Rechte der Werke Kurt Gossweilers liegen beim Deutschen Freidenker-Verband. Wir danken für die freundliche Unterstützung.

Printed in Germany

ISBN für diesen Band: 978-3-9818899-2-5

ISBN für die dreibändige Reihe: 978-3-9818899-0-1

16,00 €

Redaktionelles…… 3

Analysen zu geschichtlichen Ereignissen…… 6
Zur Strategie und Taktik von SPD und KPD
in der Weimarer Republik……. 6
Hintergründe des 17. Juni 1953……. 125
Geheimmission des BRD-Vizekanzlers beim
DDR-Vize-Verteidigungsminister 1955 und 1956…… 141
Einige Daten zur Rolle Tito-Jugoslawiens zwischen
West und Ost – eine Dokumentation……. 156
Ungarn 1956 – Hintergründe und Zusammenhänge……. 166
Chruschtschow und die Kuba-Krise…….. 178
Dieter Itzerott / Kurt Gossweiler: Die Entwicklung der SED….. 187
Genosse Domenico Losurdos „Flucht aus der Geschichte“ –
Kritische Anmerkungen…… 245

Inhalte des 1. und 3. Bandes……. 308

Redaktionelles

Wir wollen mit dieser Veröffentlichung die Texte Kurt Gossweilers, die verstreut in unterschiedlichen Zeitschriften, vor allem in der offen-siv und der Schriftenreihe der KPD, einige auch in der KAZ, erschienen sind, zusammenfassen.

Zunächst erschien das vorliegende Material wie ein riesiger, unstrukturierter Berg. Deshalb haben wir die Analysen, Artikel, Referate und Reden, Kritiken, Repliken und Briefe thematisch und/oder der Form nach geordnet und nach dieser Ordnung zusammengestellt und auf drei Bände aufgeteilt.

Manchmal ließen sich inhaltliche Überschneidungen der Texte nicht vermeiden.

Wir halten sie aber weder für langweilig noch für überflüssig, da Kurt Gossweiler auch bei ähnlicher Thematik immer neue Aspekte, Wechselwirkungen, internationale Bedingungen, Folgen für die kommunistische Bewegung und Perspektiven aufzeigt.

Die Anmerkungen, die sowohl Quellenangaben als auch inhaltliche Bereicherungen beinhalten, findet Ihr am Ende des jeweiligen Textes.

Wie eben schon angedeutet, ist die gesamte Veröffentlichung auf drei Bände angelegt.

Der erste Band enthält Beiträge zur Faschismus- und zur Revisionismusforschung, der dritte Band wird Briefe, Kritiken und Repliken, Reden, Analysen zur DKP und von Kurt verfasste Nachrufe beinhalten. Am Ende dieses zweiten Bandes findet Ihr das Inhaltsverzeichnis des ersten Bandes und das - vorläufige - Inhaltsverzeichnis des dritten Bandes. Der Umfang dieses dritten Bandes wird in einer ähnlichen Größenordnung liegen wie der des ersten und zweiten Bandes.

Das gesamte Unterfangen kostet rund 15.000,- Euro Vorkasse. Deshalb bitten wir Euch um Spenden.

Spendenkonto: Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2Hxxx,
Kennwort: Kurt Gossweiler

Für die Herausgeber: Redaktion offen-siv

Zum Geleit

Dieter Itzerott: Zum Geleit

Am 15. Mai 2017 erreichte uns alle die Nachricht, das Kurt Gossweiler im Alter von 99 Jahren verstorben ist.

Geboren am 05. November 1917 stammte er aus einem kommunistischen Elternhaus. Er war bereits als Jugendlicher Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, arbeitete illegal gegen den deutschen Faschismus. Zunächst wurde er zum Reichsarbeitsdienst und kurz darauf zur Wehrmacht eingezogen.

Er kam an die Ostfront, wo er zur Roten Armee überlief. In der Sowjetunion kam er an die Antifaschule in Taliza und wirkte in ihr als Assistent. 1947 kam er zurück nach Deutschland, trat in die SED ein, wurde Mitarbeiter der Berliner Bezirksleitung und war seit Mitte der 50er Jahre als Historiker an der Humboldt-Universität tätig. Diese verlieh ihm später die Ehrendoktorwürde. Seit 1970 bis zu seiner Pensionierung war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Seine historischen Forschungen bezogen sich auf zwei Themenbereiche: den deutschen Faschismus und die Ursache für die Niederlage des Sozialismus und den Sieg der Konterrevolution in Europa. Im Bereich der Faschismusforschung hat er so bedeutende Werke verfasst wie „Großbanken, Industriemonopole und Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932“, „Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924“ und „Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus“.

Mich erfüllte die Nachricht von seinem Tode mit Trauer, aber vor allem mit Dankbarkeit an diesen großartigen Freund und Genossen. Er, sein Leben und sein Werk werden für mich unvergessen bleiben. Ich hatte in der Zeit unserer Niederlage nicht eine Stunde an der Richtigkeit unseres Kampfes gezweifelt. Bereits nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der die konterrevolutionäre Initiative faktisch einleitete, habe ich mich mit diesen Erscheinungen kritisch auseinandergesetzt, aber ich fand keine Antwort auf die Frage nach den Ursachen.

Kurt Gossweiler, genauer gesagt sein Buch „Wieder den Revisionismus“ gab mir die Antwort. Wir verdanken ihm das Wichtigste, das es für einen Kommunisten gibt - die theoretische Klarheit auf der Basis des Marxismus. Auch mit seinen weiteren Arbeiten wie der zweibändigen „Taubenfußchronik“ und den vielen Artikeln und Referaten, die in der hier vorliegenden dreibändigen Sammlung zusammengefasst sind, hat er die Niederlage des Sozialismus in Europa analysiert und damit die bedeutendsten marxistisch-leninistischen Beiträge zu Ursachen und Verlauf der konterrevolutionären Entwicklung formuliert.

Und noch etwas habe ich von ihm gelernt: Die Art und Weise, wie er die Auseinandersetzung mit der Konterrevolution führte. Prinzipiell im Inhalt, dabei aber immer frei von Selbstbeweihräucherung und kleinbürgerlichen Egoismen.

Einer Laudatio zu seinem 90. Geburtstag habe ich einen Vers von Louis Fürnberg vorangestellt:

„Unser Leben ist nicht leicht zu tragen,
Nur wer fest sein Herz in den Händen hält,
hat die Kraft zum Leben ja zu sagen
und die Kraft zum Kampf für eine neue Welt.“

Er hat sich bis zum letzten Atemzug daran gehalten. Nun ist er von uns gegangen. Er hinterlässt eine Lücke, die nur schwer zu füllen ist.

Umso mehr freut es mich, dass mit der Herausgabe dieser dreibändigen Sammlung ein wichtiger Schritt gegen das Vergessen seiner so wichtigen Schriften getan wird.

Dieter Itzerott

Analysen zu geschichtlichen Ereignissen

Zur Strategie und Taktik von SPD und KPD in der Weimarer Republik

Zur Entstehung dieser Studie

November 1986:

Mein erster Betreuer als Doktoraspirant war Genosse Prof. Albert Schreiner, Abteilungsleiter am Akademie-Institut für Geschichte. Er lud mich 1956 ein, an einem Parteilehrjahrzirkel, den er an der Akademie mit Angehörigen seines Instituts - z. B. Marion Einhorn, Wolfgang Ruge, Joachim Petzold, Manfred Nußbaum, Helmut Bleiber und andere - durchführte, teilzunehmen. Nach Beendigung seines Zirkels traten einige Teilnehmer an mich heran mit der Frage, ob ich bereit wäre, im nächsten Parteilehrjahr bei ihnen die Zirkelleitung zum Thema Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung zu übernehmen. Mich reizte die Aufgabe aus zweierlei Gründen:

- erstens würde ich dadurch gezwungen sein, mich mit einem Stoff gründlich zu beschäftigen, den ich für meine Dissertation - damals sah ich noch immer in der Haltung der SPD zum 30. Januar 1933 mein eigentliches Thema - ohnehin bewältigen mußte;

- zum anderen würde ich eine Gelegenheit erhalten, gegen die durch den XX. Parteitag der KPdSU auch in diesem Kreise in Mode gekommenen revisionistischen Auffassungen ankämpfen zu können. Ich sagte also zu. einen Entwurf des Programms auszuarbeiten und ihnen vorzulegen Ich ahnte nicht, worauf ich mich damit eingelassen hatte. Statt an meiner Dissertation zu arbeiten, die ich im nächsten Jahr planmäßig abzugeben hatte, setzte ich mich für einige Monate hin und studierte die Dokumente der KPD und der Kommunistischen Internationale und schrieb (April bis Juni 1957) die nachfolgenden Thesen herunter. Als ich fertig war mit der Ausarbeitung, war ich selbst erschrocken darüber, zu welch scharfer Kritik an der KPD-Politik ich gelangt war, und war schon halb entschlossen, sie nicht als Grundlage für einen Zirkel zu benutzen. Ich gab das Manuskript aber doch einigen mir bekannten Genossen aus dem Zirkel zu lesen. Ihre Reaktion bestimmte mich dann endgültig, das Papier lediglich dem Archiv anzuvertrauen: sie, die größtenteils völlig auf den mir verhaßten Chruschtschow-Positionen standen, waren begeistert über meine „Abrechnung mit dem Dogmatismus". In der damaligen Situation wäre es - das wurde mir sehr klar - im

höchsten Maße parteischädigend gewesen, mit einer solchen Ausarbeitung vor die Öffentlichkeit zu treten. Selbst jetzt halte ich die Zeit noch nicht für gekommen für eine Veröffentlichung. Mögen also andere später darüber entscheiden, ob und wann es nützlich sein könnte, diese Studie zur Diskussion zu stellen.

September 2001:

Heute, fast ein halbes Jahrhundert nach ihrer Ausarbeitung und ein Jahrzehnt nach dem - zeitweiligen - Sieg der Konterrevolution über den europäischen Sozialismus, kann die Veröffentlichung dieser Studie mehrfach von Nutzen sein.

Zum einen als Beleg dafür, daß noch so scharfe kommunistische Selbstkritik nichts gemein hat mit dem schändlichen Denunziantentum der Gysi, Brie und Zimmer gegenüber der KPD, SED und DDR; nichts zu tun hat auch mit der verachtungswürdigen Anbiederung der Entschuldigungsfanatiker an die heute Herrschenden für ein wenig Teilhabe an deren Volksbetrug und Sozial- und Demokratie-Abbau, also am Abbau dessen, was von den Werktätigen der BRD nicht zuletzt dank der Existenz der DDR seit Mitte des vorigen Jahrhunderts errungen worden war.

Zum anderen, weil seit der Ausbreitung des deutschen Imperialismus auch auf das Gebiet der DDR nach dem Wegfall der sich nun tatsächlich als antifaschistischer Schutzwall erwiesenen Mauer der Faschismus einen solchen Auftrieb erhalten hat, daß sich die Älteren fast wieder in den Anfang der dreißiger Jahre versetzt fühlen, und der Kampf gegen den Faschismus - ein Faschismus, der heute als „Rechtsextremismus" verharmlost wir - wieder zu einer erstrangigen Aufgabe geworden ist. Damit haben aber auch die Lehren aus dem damaligen Kampf gegen den Faschismus eine neue Aktualität gewonnen.

Ich hoffe, daß die Leser dieser Studie - trotz ihres weit zurück liegenden Entstehungsdatums - aus diesen Gründen die Veröffentlichung gerechtfertigt sehen.

I. Zur ökonomischen Basis des Opportunismus in der Weimarer Republik

1. Lenin hat den direkten Zusammenhang zwischen der Existenz einer „bürgerlichen Arbeiterpartei" und dem Kapitalismus nachgewiesen. (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus; Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus)

2. In der Weimarer Republik existierte nicht nur eine solche bürgerliche Arbeiterpartei in Gestalt der SPD. sondern sie dominierte sogar ständig - vielleicht mit Ausnahme des Herbstes 1923. Es erhebt sich die Frage, ob die Ursache dafür trotz der

Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg, trotz des Verlustes der Kolonien und trotz der Ausplünderung Deutschlands durch die Siegermächte ebenfalls vor allem im Vorhandensein einer ökonomischen Basis für die Existenz einer Arbeiteraristokratie zu suchen ist, oder ob die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung in diesem Zeitraum lediglich die Auswirkung historischer und politischer Faktoren ist. (Z. B. des Schwergewichts reformistischer Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung; des nicht konsequent genug geführten Kampfes der Linken gegen den Revisionismus; der geschickten Demagogie der rechtssozialistischen Führer, und schließlich der Fehler der KPD in ihren Bemühungen um die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse.)

3. Eine flüchtige Betrachtung der Entwicklung des Einflusses der „bürgerlichen Arbeiterpartei", der SPD, auf die Massen in den verschiedenen Etappen der Weimarer Republik zeigt die Abhängigkeit der SPD und ihre Parallelität mit den Bewegungen der Wirtschaft des kapitalistischen Deutschland. Daraus ergibt sich, daß eine Untersuchung der Ursachen der Vorherrschaft des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik sich nicht auf die politischen Faktoren beschränken darf.

4. In der Periode der revolutionären Nachkriegskrise, bei der zunehmenden Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft und der rigorosen Abwälzung der Lasten des Krieges und der Niederlage auf die Volksmassen hatte der deutsche Imperialismus so gut wie keine Möglichkeit der Bestechung irgendwelcher Schichten der Arbeiterklasse. Er war nicht in der Lage, die Privilegien der bislang bessergestellten Schichten der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten, wodurch auch solche Arbeiterkategorien radikalisiert wurden und in den aktiven Kampf eintraten, wie die Eisenbahner, Postler usw.

Die Vorherrschaft der Rechtssozialisten in der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Periode beruhte vor allem auf den Illusionen, die der rasche und leichte Sieg über die Monarchie im November 1918 erzeugt hatte und die durch die scheinsozialistischen Phrasen der rechten Führer genährt wurden, sowie darauf, daß die Linken in der SPD den organisatorischen Bruch mit den Revisionisten zu spät vollzogen hatten.

Diese Vorherrschaft schmolz aber im Jahre 1923 ebenso rasch dahin, wie der Mark-Kurs absank und das Elend der Massen immer ungeheuerlichere Ausmaße annahm.

5. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus führte auch zur Wiederbefestigung des vorherrschenden Einflusses der Rechtssozialisten in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Ursache dafür liegt in erster Linie auf ökonomischem Gebiet.

Mit dem Eintritt in die Aufschwungsphase des industriellen Zyklus, mit der Verstärkung der Konzentration und Zentralisation des Kapitals (Gründung der IG-Farben und des Stahlvereins), mit der kapitalistischen Rationalisierung und dem Hereinströmen

ausländischer Anleihen, gelang es dem deutschen Monopolkapital wieder, auf Kosten der überwiegenden Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse und der weiteren Werktätigen, monopolistische Extraprofite zu erzielen, die Privilegien der Arbeiteraristokratie wieder herzustellen, den reformistischen Gewerkschaften größeren Spielraum für die Erkämpfung von Lohnerhöhungen vor allem für die Kategorien der qualifizierten Arbeiter einzuräumen und somit eine materielle Grundlage für die Verbreitung der reformistischen Ideologie der Klassenzusammenarbeit und Klassenharmonie zu schaffen. Dies umso mehr, als selbst für die Mehrheit der Arbeiterklasse, auf deren Kosten die Einräumung von Privilegien für diese Arbeiteraristokratie ging, die Beendigung der Inflation und der Konjunkturaufschwung zunächst eine Verbesserung ihrer Lebenslage brachten.

6. In der Periode der Weltwirtschaftskrise wird die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse rigoros herabgedrückt, ohne daß jedoch dadurch die Privilegierung bestimmter Schichten der Arbeiterklasse beseitigt wird. In dieser Zeit wird es bereits zu einem von den Unternehmern sehr bewußt verliehenen Privileg, seinen Arbeitsplatz zu behalten. In allen großen Konzernbetrieben ist es üblich, die sogenannte Stammbelegschaft durchzuhalten, und sei es auch nur durch Übergang zur Kurzarbeit.

Die Differenzierung im Einkommen und in der Lebenshaltung der Arbeiter ist in der Krise kaum geringer als in der Zeit der Hochkonjunktur. Es gibt da noch immer Facharbeiter, die pro Woche 50 Mark und mehr verdienen, während die große Masse der Beschäftigten nicht viel mehr verdient, als die Unterstützungssätze der Arbeitslosenunterstützung betragen. Bei den Arbeitslosen wiederum gibt es die verschiedensten Abstufungen: Notstandsarbeiter, Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, von Wohlfahrtsunterstützung, von Krisenunterstützung und schließlich jene, die keinerlei Unterstützung mehr erhalten, sondern sich auf irgendeine andere Art wie Bettelei, Hausiererei usw. ihren Lebensunterhalt verschaffen. Diese Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse gerade in der Zeit der Krise ist sehr bewußt herbeigeführt und wird ebenso bewußt sowohl von den Unternehmern wie von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern ausgenutzt, um ein gemeinsames Handeln der Arbeiter zu erschweren bzw. ganz zu verhindern

7. Die Existenz und das zeitweilige Erstarken einer „bürgerlichen Arbeiterpartei" in der Zeit der Weimarer Republik hat also ihre Grundlage im Überleben und Wiedererstarken des deutschen Imperialismus.

Aus den ökonomischen Tatsachen läßt sich dagegen nicht die Unvermeidlichkeit der Vorherrschaft dieser bürgerlichen Arbeiterpartei in der Zeit der Weimarer Republik herleiten. Im Gegenteil, die ökonomischen Bedingungen waren in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise und der Weltwirtschaftskrise der Überwindung dieser Vorherrschaft ausgesprochen günstig.

Deshalb muß die Antwort auf die Frage nach den Ursachen für den überwiegenden Einfluß der rechten Führer durch eine Untersuchung der Politik der beiden Arbeiterparteien auf der Grundlage der ökonomischen Gegebenheiten gesucht werden.

II. Zur Strategie und Taktik der SPD

A. Allgemeine Kennzeichnung

1. Auch nach der Trennung der Linken von der SPD und ihrer Formierung zu einer eigenen Partei, der KPD, ist die SPD weder ihrer sozialen Zusammensetzung nach noch in ideologischer Hinsicht eine einheitliche Partei.

2. An der Spitze der Partei stehen die rechtssozialistischen Führer (Ebert, Scheidemann, Noske, Wels, Severing. Braun usw.). Sie sind konterrevolutionär, antisozialistisch, direkte Handlanger der imperialistischen deutschen Bourgeoisie. Sie sehen ihre Hauptaufgabe darin, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abzuhalten, die bürgerliche Ordnung vor dem Ansturm der Massen zu schützen. Sie haben keine Strategie und Taktik zur Überwindung der Spaltung - es sei denn durch völlige Vernichtung der Kommunistischen Partei und aller revolutionären Regungen in der Arbeiterklasse. Da ein solches Ziel aber auf Grund der Klassenlage und der Klasseninteressen des Proletariats unerreichbar ist, läuft ihre Strategie und Taktik auf die Isolierung der revolutionären Vorhut von der Masse der Arbeiter, d. h. auf die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse im Interesse der Sicherung der Herrschaft des deutschen Imperialismus hinaus.

3. Diese Feststellung bedeutet aber nicht, daß schlichtweg alle Leute, die in der SPD führende Positionen einnahmen (oder heute einnehmen), für alle Zeiten verlorene Leute, unverbesserliche Opportunisten und Verräter an der Arbeiterklasse sind. Wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, gibt es unter den Führern der SPD auch Menschen, deren opportunistische Haltung nicht der Korrumpierung durch die Bourgeoisie, sondern der Befangenheit in der reformistischen Ideologie entspringt. Einmal durch die geschichtliche Erfahrung über die verhängnisvolle Schädlichkeit dieser Ideologie belehrt, sind solche sozialdemokratischen Führer fähig, den Weg des konsequent revolutionären Marxismus zu beschreiten und zu Vorkämpfern für die Einheit der Arbeiterklasse zu werden.

4. Trotz der rechtssozialistischen Führer und trotz eines wachsenden Anteils des Kleinbürgertums an der Mitgliedschaft der SPD in der Weimarer Republik blieb die SPD eine Arbeiterpartei. Nicht nur deshalb, weil sich die Mehrheit ihrer Mitglieder nach wie vor aus der Arbeiterklasse rekrutierte, sondern auch deshalb, weil bis zum

Ende der Weimarer Republik die Mehrheit der Arbeiterklasse, insbesondere der organisierten Arbeiterklasse, in der SPD ihre Interessenvertreterin sah.

5. Unter den Arbeitern, die der SPD folgten, gab es wiederum eine vielfältige Schichtung: zuoberst eine Schicht der „imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen, vom Imperialismus demoralisierten ‚Arbeiteraristokratie'" (Lenin, „... Radikalismus ...", Abschn. VI). „die den Kern der angeblich sozialistischen Parteien der II. Internationale bildet, tatsächlich aber aus den schlimmsten Feinden des Sozialismus, aus Verrätern am Sozialismus, aus kleinbürgerlichen Chauvinisten, aus Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung besteht." (Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage).

Die Hauptmasse der sozialdemokratischen Arbeiter wurde von jenen gebildet, die ehrlich den Sozialismus erstrebten, aber, noch erfüllt von vielen Illusionen über das Wesen der bürgerlichen Demokratie und die Möglichkeit eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus usw., den demagogischen Beteuerungen und pseudosozialistischen Phrasen der rechten Führer vollen Glauben schenkten.

Während der ganzen Zeit der Weimarer Republik gab es in der SPD aber auch Arbeiter und Funktionäre, die in Opposition zur Politik ihrer rechten Führer standen und für die Durchsetzung einer konsequenten proletarischen Klassenpolitik in der SPD sowie für gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten gegen die gemeinsamen Feinde der Arbeiterklasse eintraten. Diese sozialdemokratischen Arbeiter standen den kommunistischen Arbeitern nicht nur ihrer objektiven Klassenlage. sondern auch ihrem Bewußtsein nach schon sehr nahe.

6. Auf Grund dieser Lage befanden sich in der sozialdemokratischen Partei und in den von ihr geführten Freien Gewerkschaften zwei Tendenzen in ständigem Kampf miteinander:

erstens die Tendenz der rechten Führer, den Auftrag ihrer imperialistischen Hintermänner zu erfüllen, nämlich die Sozialdemokratie und die von ihr geführten Gewerkschaften zu zuverlässigen Stützen des Imperialismus innerhalb der Arbeiterklasse zu machen;

zweitens die mehr oder minder bewußte und mehr oder minder starke Tendenz der proletarischen Massen, die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften zu wirklichen Kampfinstrumenten für die Verfechtung ihrer proletarischen Klasseninteressen gegen den Imperialismus und die bürgerliche Ordnung zu machen.

7. Während der ganzen Zeit der Weimarer Republik behielt in der SPD die erste Tendenz die Oberhand. In allen entscheidenden Fragen wurde die Politik der SPD von den rechten Führern bestimmt, denen es fast immer gelang, den Druck von unten

durch Zugeständnisse und Manöver aufzufangen und in für die bürgerliche Ordnung ungefährliche Bahnen zu lenken.

Die Politik der SPD war auf diese Weise ein Bestandteil der Politik der imperialistischen deutschen Bourgeoisie gegen die deutsche Arbeiterklasse, die SPD selbst in der ganzen Weimarer Zeit - trotz der zweiten Tendenz innerhalb der Partei - eine „Ordnungspartei", d. h. eine konterrevolutionäre Kraft, eine Stütze des deutschen Imperialismus gegen die revolutionären Bestrebungen der deutschen Arbeiterklasse. Sie war die Partei, mittels der die rechten Führer erfolgreich den Auftrag des deutschen Imperialismus erfüllten, die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten.

Die gleiche Rolle auf dem Gewerkschaftssektor spielten die von den rechten Führern geleiteten Freien Gewerkschaften.

B. Der Kampf der beiden Tendenzen in der SPD und die offizielle Politik der SPD in den verschiedenen Perioden der Weimarer Republik.

a) In der Periode der revolutionären Nachkriegskrise

1. Die deutsche Arbeiterklasse will zum Sozialismus - die rechten Führer sind während und nach der Novemberrevolution, solange der Machtapparat der Bourgeoisie noch nicht wieder intakt ist, der einzige Schutzwall, der den deutschen Imperialismus vor dem Ansturm der Massen schützt.

2. Mit Zugeständnissen (Arbeitsgemeinschaft, demokratische Rechte) und verlogenen Versprechungen (Sozialisierungsschwindel, Bielefelder Abkommen) gelingt es den rechten Führern, die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse zur Einstellung des Kampfes, zur freiwilligen Abgabe der Waffen, zu veranlassen und die revolutionäre Vorhut zu isolieren.

3. Zur Rettung der bürgerlichen Ordnung ist aber mehr vonnöten, nämlich die blutige Niederschlagung der bewaffneten revolutionären Arbeiter, der blutige Triumph der Konterrevolution über die Arbeiterklasse, die Liquidierung der Rätebewegung.

Aber die Bourgeoisie kann nicht wagen, dieses Henkerswerk an der Arbeiterklasse mit eigenen Händen durchzuführen, wenn sie nicht riskieren will, den entschlossenen einheitlichen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft hervorzurufen. Sie überträgt daher diese Arbeit den rechten Führern, die ohne Zögern bereit sind, auch diese Konsequenz aus ihrem Verrat vom 4. August 1914 zu ziehen, und sich dazu mit den kaiserlichen Generälen verbinden.

4. Die sozialdemokratischen Arbeiter dagegen sind in ihrer Masse auch unter dem Kommando ihrer eigenen Führer (Ebert, Scheidemann, Noske) nicht bereit, mit der Waffe gegen ihre kommunistischen Klassengenossen zu kämpfen.

Während die Taktik der Bourgeoisie und der rechten Führer dahin geht, den Graben zwischen SPD und KPD zu vertiefen und mit vergossenem Arbeiterblut und tödlichem Haß anzufüllen, um ihn unüberbrückbar zu machen, rufen die Vorstöße der Reaktion (Kapp-Putsch, Ermordung Erzbergers und Rathenaus, faschistische Gefahr 1923) und das wachsende Elend bei den sozialdemokratischen Arbeitern verstärkte Bestrebungen zur gemeinsamen Abwehr und zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse hervor.

b) In der Periode der relativen Stabilisierung

5. In dieser Periode unterstützen die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer - zunächst außerhalb, später innerhalb der Regierung - die Bemühungen des deutschen Imperialismus, seine Macht zu festigen und auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen seinen Produktionsapparat wiederherzustellen und zu erneuern, auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden und das verlorene Terrain auf allen Gebieten wiederzugewinnen.

6. Sie benutzen ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse, um deren Wirtschaftskämpfe in einem für die Bourgeoisie ungefährlichen Rahmen zu halten, leisten Beihilfe beim Abbau des Errungenschaften der Novemberrevolution (Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, Beseitigung des Achtstundentages usw.) und unterstützen vor allem mit ganzer Kraft die kapitalistische Rationalisierung.

7. Sie erfinden neue Theorien, um die Arbeiterklasse völlig mit dem kapitalistischen Staat auszusöhnen, sie „an den Staat heranzubringen" und ihr den Klassenkampfgedanken auszutreiben. (Kieler Parteitag 1927, Theorie vom „organisierten Kapitalismus", von der „Wirtschafts- und Betriebsdemokratie“, usw.).

8. Sie versuchen, die Sympathien der deutschen Arbeiter für die Sowjetunion zu ersticken durch Teilnahme an der systematischen Verleumdung und Hetze gegen die SU und schildern den deutschen Arbeitern gleichzeitig die Hochburg des Weltimperialismus, die USA, als das gelobte Land des Wohlstandes für die Werktätigen und die schlimmsten und raffiniertesten amerikanischen Ausbeuter (Ford) als Menschenfreunde und „Sozialisten" (Tarnow!).

9. Sie treten nach dem Wahlsieg der SPD 1928 in die Regierung der „Großen Koalition" ein und führen dort die Politik des deutschen Imperialismus ohne Rücksicht auf die von ihnen vorher den Wählern gegebenen Versprechungen schärfer durch, als es

die Bürgerblockregierungen vermocht hatten (Panzerkreuzerbau, Severing-Schiedsspruch im Ruhrkonflikt 1928 usw.).

10. In der Regierung nehmen sie die alte Taktik wieder auf, den Graben zwischen SPD und KPD zu vertiefen, indem sie die Verfolgung der KPD verschärfen, die 1.-Mai-Demonstration 1929 in Berlin verbieten, um durch eine blutige Provokation eine Handhabe zum Vorgehen gegen die KPD zu erhalten; sie lassen in Arbeiterdemonstrationen schießen, verbieten den RFB (aber nicht die faschistischen Mordorganisationen!).

11. In dieser Periode können die rechten Führer ihre Politik relativ leicht durchsetzen und ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse verbreitern, da der konjunkturelle Wirtschaftsaufschwung die Lage der Arbeiterklasse - verglichen mit dem unbeschreiblichen Elend der ersten Nachkriegsjahre - fühlbar erleichtert und der Ausbreitung opportunistischer Auffassungen über das Wesen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung günstig ist, zumal die SPD „Oppositionspartei" bis 1928 war und die rechten Führer dadurch die Möglichkeit hatten, für die negativen Auswirkungen des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus ausschließlich die Bürgerblockregierungen verantwortlich zu machen.

Die zweite, proletarische Tendenz innerhalb der SPD tritt daher in dieser Periode nur selten und relativ schwach hervor. Sie ist nur einmal stark genug, die rechten Führer zu zwingen, einem gemeinsamen Vorgehen mit den Kommunisten gegen die Reaktion zuzustimmen: 1926 beim Kampf um die Fürstenenteignung. Diese gemeinsame Aktion war ein Höhepunkt und der größte Erfolg des Einheitsstrebens der Arbeiterklasse in dieser Periode. Aber bezeichnenderweise ging es dabei nicht um spezifische proletarische Klasseninteressen, sondern um allgemein-demokratische Forderungen.

c) In der Periode der Weltwirtschaftskrise

12. Die Zuspitzung der Klassengegensätze 1930-1933 stellte die Frage auf die Tagesordnung: Entweder revolutionärer Ausweg aus der Krise durch Massenaktionen gegen die Grundlagen der Macht des Monopolkapitals - oder kapitalistischer Ausweg aus der Krise, d. h. Errichtung der faschistischen Diktatur über die deutsche Arbeiterklasse und das gesamte deutsche Volk.

13. Eine Entscheidung der Führung der größten und einflußreichsten deutschen Arbeiterpartei und der von ihr geführten Gewerkschaften für den revolutionären Ausweg hätte das Schicksal des deutschen Imperialismus besiegelt.

Aber eine solche Entscheidung hätte zur Voraussetzung gehabt entweder, daß die rechten Führer den Boden der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung verlassen und sich auf den Boden des revolutionären Kampfes um die Herrschaft der Arbeiterklasse

begeben hätten, oder daß diese rechten Führer von der Führung der Partei verdrängt und durch Vertreter der proletarischen Richtung in der Partei ersetzt worden wären.

14. Zu einer Entscheidung für den revolutionären Kampf gegen den deutschen Imperialismus waren die rechten Führer weder willens noch ihrer ganzen Natur nach fähig. Sie hatten sich auf Gedeih und Verderb dem Imperialismus verschrieben und mußten daher in einer Situation, in der dieser Kurs auf die Errichtung der faschistischen Diktatur nahm, selbst zu Wegbereitern des Faschismus werden.

15. Dabei wünschten diese rechten Führer natürlich nicht die Errichtung des Faschismus in der Form, wie sie schließlich erfolgte, sondern gaben sich der Illusion hin, die deutsche Bourgeoisie würde sich mit einem „gemilderten", „gezähmten", „kontrollierten" Faschismus zufrieden geben, in dem noch für die legale Existenz der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften ein wenn auch noch so schmaler Raum bleiben würde, von dem aus die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie erfolgen könnte, sobald dies die ökonomische und politische Situation des deutschen Kapitalismus wieder zuließ.

16. Aber selbst ohne diese Illusion hätten sie nicht anders handeln können als sie handelten, weil sie - genau wie die Bourgeoisie - die Revolution haßten wie die Sünde" und nichts so fürchteten wie die revolutionären Aktionen des Massen, die sich nicht mehr von ihnen bremsen ließen, sondern über ihre Köpfe hinweg den Kampf um die Macht führten, (vgl. Stampfer, Die 14 Jahre ... 3. Aufl., S. 581). Von der geschichtlichen Entwicklung vor die Wahl zwischen Faschismus und Herrschaft der Arbeiterklasse gestellt, entschieden sie sich in konsequenter Vollendung des am 4. August 1914 eingeschlagenen Weges für den Faschismus („Lieber zehnmal mit Hitler, als einmal mit Thälmann").

In den Jahren 1930-1933 gab es viele Situationen, in denen ein entschlossenes, einheitliches Auftreten der Massen so wie 1920 imstande gewesen wäre, den Faschismus zurückzuschlagen und der weiteren Entwicklung eine völlig andere Richtung zu geben. Es fehlte auch nicht an der Bereitschaft der Massen zu einem solchen Auftreten, aber in allen diesen Situationen richteten die rechten Führer all ihre Anstrengung darauf, dies zu verhindern und der Bourgeoisie den Übergang zur nächsten Etappe der Faschisierung ohne größere Störungen und Erschütterungen zu ermöglichen (Tolerierung der Außerkraftsetzung der Verfassung durch Brüning mit Hilfe Artikel 48; Wahl Hindenburgs als „Damm gegen Hitler": Kapitulation vor Papens Staatsstreich am 20. Juli 1932; 30. Januar 1933).

17. Diese Politik der rechten Führer geriet in wachsenden Gegensatz zum Wollen und Streben der sozialdemokratischen Arbeitermassen.

Der brutale Angriff der sich auf den Faschismus orientierenden deutschen Bourgeoisie auf die letzten ökonomischen und politischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse (Lohnabbau. Massenarbeitslosigkeit. Unterstützungsabbau usw. usf.) zerstörte viele Illusionen in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter, machte ihnen immer stärker die Notwendigkeit des aktiven Kampfes der Arbeiterklasse klar. Es wuchs ihr Wille zur Abwehr der Unternehmerangriffe; es wuchs ihr Wille zur aktiven Abwehr des faschistischen Terrors; es wuchs ihre Einsicht in die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit ihren kommunistischen Klassengenossen; es wuchs ihr Wille zur Änderung des Kurses ihrer Partei in der Richtung des konsequenten Klassenkampfes gegen die bankrotte kapitalistische Ordnung.

All das fand seinen Ausdruck in verstärkter Opposition gegen den offiziellen Kurs der Parteiführung, in der Absplitterung eines Teils der linken Elemente (mit und ohne Anführungszeichen) der Partei und deren Formierung in der SAP, der „Sozialistischen Arbeiterpartei", im Übergang von Hunderttausenden von Anhängern und Wählern der SPD zur KPD bei den Wahlen.

18. In der Periode der Weltwirtschaftskrise gewann die zweite, proletarische Tendenz innerhalb der SPD und der Freien Gewerkschaften eine große Stärke, setzte die rechten Führer einem starken Druck aus, ohne jedoch die Oberhand über die vorherrschende, den Interessen und Bedürfnissen des deutschen Imperialismus entsprechende Tendenz gewinnen zu können.

19. Die wichtigsten Ursachen dafür liegen in Folgendem:

a) In der skrupellosen, raffinierten Demagogie der rechten Führer zur Vertuschung ihrer Kapitulation vor dem Faschismus und zur Kanalisierung des Kampfwillens der Massen in harmlose Bahnen:

1) Bemäntelung der Kapitulationspolitik gegenüber dem Faschismus durch die „Theorie" vom „kleineren Übel" und durch die Hinhaltetaktik: „Nicht die Kraft in Einzelkämpfen zersplittern" und „Mit dem großen Schlag warten, bis Hitler den Boden der Verfassung verläßt".

2) Kanalisierung des Kampfwillens der Massen in die Bahnen des nur parlamentarischen Kampfes (Vertröstung auf die Reichstagswahlen und das Staatsgerichtshof-Urteil als Antwort auf Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932, Inszenierung eines Volksbegehrens gegen die Papensche September-Notverordnung usw.).

3) Vortäuschung von Kampfentschlossenheit zur Verteidigung der Tagesinteressen der Arbeiterklasse (z. B. Führung einzelner Streiks durch die Freien Gewerkschaften gegen die September-Notverordnung).

4) Vortäuschung von Kampfentschlossenheit zur Verteidigung der Republik gegen den Faschismus „mit allen Mitteln" zum „günstigsten Zeitpunkt". Diesem Ziel diente vor allem die Gründung der „Eisernen Front", die Durchführung von militärisch aufgezogenen Aufmärschen, scheinradikale „Drohungen" an die Adresse der Papen-Schleicher-Regierungen usw.

5) Vortäuschung der Entschlossenheit, die Massen auf den Weg der Erkämpfung des Sozialismus als Ausweg aus der Krise zu führen.

Wer weiß denn heute noch, daß nicht nur die KPD, sondern auch die Führung der SPD im Jahre 1932 den Sozialismus „zur Tagesaufgabe" erklärt hat?

Am 18. August 1932 war im „Vorwärts'" zu lesen: „Die Aussichten auf Beseitigung der Krise mit kapitalistischen Mitteln werden von Tag zu Tag geringer, und vor allem hat der Wille der übergroßen Mehrheit des Volkes nach einem sozialistischen Ausweg aus der Krise durch die letzten Reichstagswahlen eine gewaltige Verstärkung erfahren. Das Programm der Sozialdemokratie soll infolgedessen zeigen, wie die Wirtschaftskrise überwunden werden kann, die durch das Versagen des Kapitalismus zu einem immer weiteren Anwachsen von Not und Verzweiflung geführt hat." Und Fritz Tarnow, der ADGB-Führer, der im Jahr zuvor als Aufgabe der Gewerkschaften verkündet hatte, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu sein, schrieb jetzt im „Vorwärts" vom 21. August 1932 unter der Überschrift „Vorstoß zum Sozialismus": „Die Anträge (der SPD auf Verstaatlichung der Banken und der Grundstoffindustrie etc. im Reichstag. K. G.) dürfen keineswegs als die Plakatierung von Fernzielen angesehen werden, es sind Gegenwartsforderungen, das heißt, die heute vorhandene ökonomische Situation wird als reif für sozialistische Wirtschaftsumgestaltung in breiter Front angesehen... Viele Anzeichen sprechen dafür, daß der Zeitpunkt gekommen ist. an dem der Übergang zu sozialistischen Wirtschaftsformen eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit geworden ist."

Ein J. P. Mayer schrieb im „Vorwärts" vom 28. August unter der Überschrift „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe": „Die deutsche Sozialdemokratie ist entschlossen, die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Grundlage einer mächtigen Volksbewegung für den sozialistischen Aufbau zu machen. Es gilt, die antikapitalistische Massenstimmung, die die Mehrheit des deutschen Volkes zutiefst erfüllt, in einen positiven sozialistischen Gestaltungswillen umzuformen. Die Basis dieser sozialistischen Aktion kann nur der marxistische Sozialismus sein, der jeden Scheinsozialismus enthüllen und nieder stampfen muß ... Es gibt auf die Dauer kein kapitalistisches Mittel, der Krise Herr zu werden. Die sozialistische Bewegung tritt somit in das Stadium der Verwirklichung. Der Sozialismus wird zur brennenden Frage der Gegenwart, einer gegenwärtigen Ordnung des deutschen Lebens."

Der Parteivorsitzende Otto Wels schließlich hatte am 27. August im „Vorwärts" unter der Überschrift „Sozialistische Aktion!" erklärt, jetzt sei die Zeit reif, der Sozialismus sei nicht mehr Zukunftsziel, sondern Gegenwartsaufgabe.

b) In der Lähmung des Kampfwillens der Arbeiter sowohl durch Verbreitung von Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse und an die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes als auch durch Verkleinerung der faschistischen Gefahr:

1) Theorie Tarnows, die Gewerkschaften dürften in der Krise nicht Totengräber, sondern müßten Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein, denn, „wenn der Patient röchelt, hungern draußen die Massen" (Leipziger Parteitag der SPD, 1931).

2) Theorie: „In der Krise kann man nicht streiken".

3) Ausspielen der verschiedenen Arbeitergruppen gegeneinander: der Gewerkschafter gegen die Unorganisierten, der Beschäftigten gegen die Unbeschäftigten, usw.

4) Direkter Streikbruch in Zusammenarbeit mit den Unternehmern und der Staatsgewalt zur Abwürgung von Streiks, die von der RGO geführt werden. Mithilfe bei der Entlassung revolutionärer Arbeiter aus den Betrieben. Ausschlußpolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer gegenüber revolutionären Arbeitern.

5) Verbreitung der Ansicht, Hitler an der Macht werde schnell „abwirtschaften", deshalb solle man ihn ruhig einmal „ranlassen".

6) Vertuschung, wer die wirklichen Hintermänner der Nazipartei sind; Darstellung, als ob die faschistische Gefahr lediglich in der Zahl der Wähler der Nazipartei begründet läge. Nach dem Rückgang der Nazistimmen in der Novemberwahl 1932 Erklärung, die Nazipartei sei endgültig pleite und an einen Machtantritt Hitlers sei nicht mehr zu denken.

c) Verhinderung der Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten:

1) Gleichsetzung der Kommunisten mit den Faschisten als Terroristen und Anhänger der Gewalt und Feinde der Demokratie.

2) Ablehnung aller Angebote der KPD zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus (20. Juli 1932; 30. Januar 1933).

3) Verbot von Einheitsfrontaktionen mit den Kommunisten für alle sozialdemokratischen Arbeiter; Ausschluß bei Zuwiderhandlung.

4) Unaufrichtige Angebote zum Abschluß von Einheitsfront- und Nichtangriffsabkommen mit dem ausschließlichen Ziel, die Schuld am Nichtzustandekommen der Einheitsfront in den Augen der Massen den Kommunisten zuzuschieben.

d) Die Fehler in der Strategie und Taktik der KPD erleichtern den rechten Führern die Irreführung der Massen und erschweren den sozialdemokratischen Arbeitern den Weg zum gemeinsamen Kampf mit ihren kommunistischen Klassengenossen.

Zusammenfassung:

Von einer Strategie und Taktik der SPD in der Weimarer Republik zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung kann nicht gesprochen werden. Die offizielle Strategie und Taktik der SPD ist die Strategie der rechten Führer, d. h. von Feinden der Einheit der Arbeiterklasse, und deshalb gerichtet auf die Verewigung der Spaltung.

Dessen ungeachtet liegen die objektiven Interessen und zu einem großen Teil auch das subjektive Wollen der sozialdemokratischen Arbeiter in der Überwindung der Spaltung, in der Erringung der Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes.

Dieses objektive Klasseninteresse mußte die Grundlage sein für die Strategie und Taktik der einzigen Partei, die sich vom Augenblick ihrer Gründung an das Ziel der Wiedererringung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf der revolutionären Grundlage des Marxismus gesteckt hatte, der Kommunistischen Partei Deutschlands.

III. Zur Strategie und Taktik der KPD in der Weimarer Republik zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung.

Vorbemerkung:

Die vorliegenden Thesen können natürlich nicht Antwort geben auf die zahlreichen noch offenen Fragen bezüglich der Politik der KPD, die nur durch die intensive Forschungsarbeit eines großen Kollektivs von Genossen Beantwortung finden können. Manche Fragen werden deshalb in den Thesen nur als Problem aufgeworfen. bei anderen wird der Versuch einer Beantwortung unternommen, hinsichtlich deren der Verfasser sich bewußt ist, daß sie vor allem seine mangelhafte Kenntnis der Materie zum Vorschein zu bringen geeignet ist.

A. Allgemeine Kennzeichnung

a) Die KPD - die einzige Partei des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik.

1. Die Spaltung der Arbeiterbewegung war das Ergebnis des Verrates der Sozialdemokratie an den Interessen der Arbeiterklasse im Ersten Weltkrieg.

Die Kommunistischen Parteien wurden gegründet als Parteien des Kampfes um die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des unverfälschten revolutionären Marxismus.

„Die Parolen und die Grundsätze der kommunistischen Parteien bilden den einzigen Boden, auf dem die Arbeiterklasse sich wieder vereinigen kann." (Thesen des III. Weltkongresses der KI über die Taktik, Abschn. 4)

2) Die Kommunistische Partei Deutschlands war die einzige, die nicht nur davon sprach, die Einheit der Arbeiterbewegung zu wollen, sondern deren ganzes Streben und hartnäckiges Ringen in allen Jahren der Weimarer Republik auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet war.

3) Der Kampf um die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung war und ist gleichbedeutend mit dem Kampf um die Überwindung des Einflusses der rechtssozialistischen Führung in der Arbeiterbewegung und mit der Erziehung der Arbeiterklasse dazu, den Kampf um ihre Tagesinteressen stets mit dem Kampf um ihre grundlegenden Klasseninteressen zu verbinden.

4) Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe hängt von zwei Voraussetzungen ab:

Erstens von den objektiven Bedingungen, die allen Arbeitern ihren unüberbrückbaren Gegensatz zur kapitalistischen Ausbeuterordnung und die Unmöglichkeit, sie auf dem Wege des Reformismus zu überwinden, einbläuen. Diese objektiven Bedingungen sind in Deutschland - trotz einiger entgegenwirkender Momente - mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus in starkem Maße gegeben (Weltkrieg, Inflation, Weltwirtschaftskrise).

Zweitens von der richtigen Strategie und Taktik des Kampfes der Kommunistischen Partei um die Überwindung der Spaltung, um die Einheit der Arbeiterbewegung.

5) Die Geschichte der KPD und überhaupt der III. Internationale ist ganz wesentlich die Geschichte der Ausarbeitung der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik des Kampfes, um die Einheit der Arbeiterbewegung und der Bemühungen um ihre richtige Anwendung entsprechend den jeweils gegebenen Bedingungen.

6) Diese Strategie und Taktik ist in ihren wesentlichen Gründzügen von Lenin ausgearbeitet worden. Es ist der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen nach Lenins Tod jedoch nicht immer gelungen, diese Leninsche Strategie und Taktik auf neue Situationen, insbesondere in der Periode der Weltwirtschaftskrise, richtig anzuwenden infolge linkssektiererischer Fehler. Dadurch konnten die objektiv gegebenen Möglichkeiten zur Überwindung der Spaltung nicht maximal ausgenutzt werden.

7) Besonders verhängnisvoll waren die Auswirkungen der Abweichungen von der Leninschen Strategie und Taktik für den Kampf der KPD um die Herstellung der Einheitsfront gegen den Faschismus.

8) Nach der bitteren Lehre des Sieges des Faschismus in Deutschland begann in der III. Internationale und den kommunistischen Parteien der Prozeß einer intensiven selbstkritischen theoretischen und praktischen Überprüfung der Strategie und Taktik ihres Kampfes in der zurückliegenden Periode und eine Rückkehr zur richtigen Anwendung der Leninschen Prinzipien (Einheits- und Volksfrontbewegung in Frankreich, VII. Weltkongreß der KI, Brüsseler Konferenz der KPD).

b) Versuch einer kurzen Darstellung der allgemeinen Leitsätze des Leninismus für die richtige Strategie und Taktik des Kampfes um die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung:

1. Die Möglichkeit der Überwindung der Spaltung liegt in der Gleichartigkeit der Grundinteressen aller Schichten der Arbeiterklasse (Frage: Kann man das auch mit Bezug auf die „vom Kapitalismus verdorbene" Arbeiteraristokratie sagen? Siehe oben, Teil II/A, These 5).

2. Die Notwendigkeit der Überwindung der Spaltung liegt darin begründet, daß sie die Voraussetzung für die Befreiung der Arbeiterklasse, für den Sieg über den Imperialismus und damit für die Rettung der Arbeiterklasse und der gesamten Menschheit vor dem Untergang in der Barbarei ist.

3. Der Weg zur Überwindung der Spaltung führt über den gemeinsamen Kampf, die gemeinsame Aktion für die gemeinsamen Interessen, angefangen von den kleinsten Tagesinteressen. Nur in der gemeinsamen Aktion können Mißtrauen und Feindseligkeit überwunden werden und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wachsen.

4. Der Kern des Problems der Herstellung der Einheit, die strategische Zielsetzung dieses Kampfes ist die Überwindung des Einflusses der Spalter der Arbeiterbewegung, der rechtssozialistischen Führer, auf die Arbeitermassen, ist die Formierung der Mehrheit der Arbeiterklasse und vor allem ihrer entscheidenden Schichten unter dem Banner des Kommunismus. „Der Sieg des revolutionären Proletariats ist unmöglich ...

ohne Entlarvung, Brandmarkung und Vertreibung der opportunistischen, sozialverräterischen Führer. Das ist denn auch die von der III. Internationale eingeschlagene Politik." (Lenin, „... Radikalismus ...“, Abschnitt V: Werke Bd. 31, S. 27)

„Dieser Kampf muß rücksichtslos und so, wie wir es getan haben, unbedingt bis zu Ende geführt werden, bis zur völligen Diskreditierung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus und Sozialchauvinismus und Vertreibung aus den Gewerkschaften." (Ebenda, Abschnitt VI, S.-3 7) (sh. auch V. Weltkongreß des Kommunistischen Internationale, Programmentwurf: IV/A/a.)

5. Der Kampf gegen die rechten Führer, ihre Entlarvung, darf niemals Selbstzweck werden. „Den Kampf gegen die opportunistischen und sozialchauvinistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen." (Lenin, ebenda, S. 37)

6. Die Taktik des Kampfes um die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung muß deshalb darauf gerichtet sein:

a) mit aller Kraft die Einheit der praktischen Aktion der Arbeiter zu erreichen; in der Arbeiterklasse das Bewußtsein der Zusammengehörig keit, der Interessengemeinsamkeit, der Notwendigkeit der Kampfgemeinschaft gegen das Kapital zu stärken; sie dazu zu erziehen und selbst dafür das Beispiel zu geben, daß im Interesse des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind das Trennende hintanzustellen ist.

„Nachdem sie sich die organisatorische Freiheit der geistigen Einwirkung auf die Arbeitermassen gesichert haben, sind die kommunistischen Parteien aller Länder bestrebt, jetzt in allen Fällen eine möglichst breite und vollkommene Einheit der praktischen Aktion dieser Massen zu erreichen." (Leitsätze des EKKI v. 1921 über die Einheitsfront ..., Leitsatz 5),

b) den Arbeitern zu ermöglichen, sich durch ihre eigene Erfahrung davon zu überzeugen, daß nur die Kommunisten Vorkämpfer der Arbeitereinheit, die rechten sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer aber verantwortlich für die Spaltung und deren Aufrechterhaltung sind. Dabei liegt die Betonung auf der eigenen Erfahrung der Massen. Um auf die Position der Avantgarde zu gelangen, sagt Lenin: „bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen." ((Lenin, „... Radikalismus ...“, Abschnitt X. Werke Bd. 31, S. 80).

Das erfordert eine solche elastische Taktik, daß es auch den raffiniertesten Manövern der rechten Führer nicht gelingt, die Kommunisten in den Augen der Massen als Gegner der Arbeitereinheit hinzustellen,

c) niemals bei den nichtkommunistischen Arbeitern einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Kommunisten ihren Hauptfeind als Hauptfeind aller Arbeiter

und aller Werktätigen im Imperialismus erblicken. und daß ihre gesamte Politik auf den Sieg über diesen Feind gerichtet ist.

Das erfordert eine solche Haltung gegenüber den rechten Führern, daß jeder sozialdemokratische Arbeiter begreift, daß unsere Kritik an ihnen im Interesse des erfolgreichen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind notwendig ist und nicht etwa parteiegoistischen Bestrebungen entspringt,

d) zu allen Bündnissen und Abkommen mit nichtkommunistischen Parteien und Organisationen bereit zu sein, hinter denen proletarische Massen stehen, sofern ein solches Bündnis zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse führt und die Positionen des Imperialismus schwächt.

Lenin: Man muß „Zugeständnisse an diejenigen Elemente machen, die sich dem Proletariat zuwenden, und zwar dann, wenn diese sich dem Proletariat zuwenden und insoweit, wie sie sich dem Proletariat zuwenden - gleichzeitig aber muß man den Kampf gegen diejenigen führen, die zur Bourgeoisie abschwenken." (Ebenda, Abschnitt VIII, S. 61)

e) Bei Abschluß solcher Bündnisse nie außer Acht zu lassen, daß sie nur dann erfolgreich sein können, wenn sie dazu beitragen, den kommunistischen Einfluß zu stärken und den Einfluß der schwankenden Elemente zu schwächen.

Das setzt voraus, daß die Kommunisten bei den Massen keine Illusionen über die Halbheiten, die Wankelmütigkeit und die Neigung zum Verrat bei den nichtkommunistischen Bundesgenossen aufkommen lassen und sich „die vollste Freiheit der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit" vorbehalten. (Lenin, „... Radikalismus ...“, Abschn. IX, Ebenda, S. 73)

7. Von zentraler Bedeutung für den erfolgreichen Kampf der kommunistischen Parteien um die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung war und ist ihre taktische Einstellung zu den reaktionären Gewerkschaften, besonders zu den von den Reformisten beherrschten.

Auf der Gewerkschaftsebene entbrennt der Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse am heftigsten, denn in der Beherrschung der Gewerkschaften liegt die hauptsächliche Quelle der Macht und des Einflusses der rechtssozialistischen Führer in der Arbeiterbewegung, die Eroberung der Gewerkschaften durch die Kommunisten ist der wichtigste Schritt auf dem Wege zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung, (siehe Stalin, Werke Bd. 7, S. 90/91).

Die Grundsätze für das Verhältnis der Kommunisten zu den reformistischen Gewerkschaften wurden von Lenin so formuliert: „Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten, heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem

Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der ‚verbürgerten Arbeiter'... überlassen."

Und ferner: „Man muß all dem widerstehen können, muß zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar - wenn es sein muss - alle möglichen Schliche, Listen und illegale Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten." (Lenin, „... Radikalismus ...", Abschn. VI, ebenda, S. 38, 40).

B. Das Ringen der KPD um die Ausarbeitung und Anwendung einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik zur Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in den verschiedenen Perioden der Weimarer Republik.

a) In der Periode der revolutionären Nachkriegskrise

1. Zu Beginn dieser Periode stand vor der KPD (wie vor allen kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder) die Aufgabe, nach der erfolgten organisatorischen Trennung von der Sozialdemokratie beider Richtungen (Rechten und Zentristen, in Deutschland SPD und USPD) mit aller Schärfe ihren Gegensatz zu ihr herauszuarbeiten, sich für die gesamte Arbeiterklasse klar und deutlich erkennbar von ihr abzugrenzen, die Unvereinbarkeit der Prinzipien des Kommunismus mit der verräterischen Prinzipienlosigkeit des Reformismus klarzustellen. Im internationalen Ausmaß war Ausdruck dafür die Annahme der 21 Bedingungen durch den II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

„In der Anfangsperiode ... mußte sich der revolutionäre Flügel um jeden Preis die Freiheit der Agitation und Propaganda erkämpfen, d. h. die Freiheit, den Arbeitermassen den beispiellosen geschichtlichen Verrat zu erklären, den die durch die Arbeitermassen selbst geschaffenen Parteien begangen haben und noch jetzt begehen." (Leitsätze des EKKI von 1921 über die Einheitsfront, Leitsatz 4) Das war die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die kommunistischen Parteien bei ihrer Entwicklung zu Massenparteien nicht auch der Gefahr der opportunistischen Verwässerung und Versumpfung erliegen würden.

2. In dieser ersten Phase der Herausbildung der kommunistischen Parteien war es gar nicht anders möglich, als daß ihre Beziehungen zur Sozialdemokratie solche des schärfsten Kampfes waren, daß sie gegen die Sozialdemokratie das Hauptfeuer richteten.

Das ergab sich für die KPD auch noch aus weiteren Umständen:

Erstens daraus, daß die SPD - mit einer kurzen Ausnahme - in dieser Periode die Hauptstütze der bürgerlichen Ordnung nicht nur innerhalb der Arbeiterklasse, sondern auch in der Regierung war. Alle Angriffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, um ihm die Errungenschaften der Novemberrevolution wieder zu entreißen, wurden mit den Händen der sozialdemokratischen Führer, mit Billigung oder gar auf Anweisung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert durchgeführt. Umgekehrt war es unter diesen Umständen für die revolutionären Arbeiter Deutschlands unmöglich, die bürgerliche Ordnung anzugreifen und zu stürzen, ohne damit die sozialdemokratische Regierung anzugreifen und aus der Macht zu verjagen. Der Sturz der bürgerlichen Ordnung blieb aber - und mußte während der ganzen Dauer der revolutionären Nachkriegskrise bleiben - das unmittelbare strategische Ziel der KPD.

Zweitens: Die schändlichen Verrätereien der rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution, die ohne Beispiel in der ganzen internationalen Sozialdemokratie waren, hatten bei den revolutionären Arbeitern einen unbändigen, glühenden Haß hervorgerufen, der selbst die besten der deutschen Kommunisten, wie Rosa Luxemburg, zu sektiererischen Fehlern verleiteten (z. B Rosa Luxemburgs Stellungnahme für Liquidierung der Gewerkschaften auf dem Gründungsparteitag der KPD, siehe Lenins Brief an die deutschen Kommunisten, Werke Bd. XXVI, S. 535).

3) Die Aufgabe, sich zur Massenpartei des deutschen Proletariats zu entwickeln, die revolutionären Arbeiter der USPD für die Vereinigung mit der KPD zu gewinnen, zwang die KPD sehr rasch, sich nicht nur nach rechts, gegen SPD und USPD, sondern auch ebenso scharf gegen Linke, gegen den ‚linken' Radikalismus der Wolffheim, Laufenberg usw. abzugrenzen, und eine richtige Stellung in der Gewerkschaftsfrage einzunehmen. (Ausschluß der Wolffheim-Laufenberg-Gruppe aus der Partei, Stellungnahme gegen die Losung: „Heraus aus den Gewerkschaften“ auf dem II. Parteitag der KPD).

4) Die Verlangsamung des Tempos der Revolution, die Konsolidierung der bürgerlichen Ordnung und des Einflusses der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, ferner die Notwendigkeit der gemeinsamen Abwehr der Vorstöße der äußersten (monarchistischen) Reaktion (Kapp-Putsch sowie die Auseinandersetzungen in der KPD über die Lehren der Märzaktion 1921) machten offenbar, daß die Partei (und die gesamte III. Internationale) dringend eine wissenschaftlich begründete, marxistische Strategie und Taktik des Kampfes um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse brauchten.

5) Die zweite Phase der Periode der revolutionären Nachkriegskrise (in Deutschland etwa ab Kapp-Putsch?) ist eben dadurch gekennzeichnet, daß die kommunistischen

Parteien, um zu Massenparteien in ihren Ländern zu werden, vor die Aufgabe gestellt sind, die Aktionseinheit herzustellen mit jenen Arbeitern, die noch den reformistischen oder gar noch weiter rechts stehenden Führern folgen.

6) Die Aufgabe, die dafür nötige Strategie und Taktik auszuarbeiten, wurde von Lenin bereits in seiner Arbeit: Der Radikalismus ... in Angriff genommen, vom II. Weltkongreß der KI klar formuliert und auf dem EKKI-Plenum vom Dezember 1921 in den Thesen über die Einheitsfront im wesentlichen gelöst.

Die Thesen des III. Weltkongresses und des EKKI-Plenums enthalten alle entscheidenden Grundsätze, deren Beachtung und Anwendung auf die jeweils gegebene Situation sowohl ein Abgleiten zum Rechtsopportunismus wie zum Sektierertum verhindern.

7) Die KPD hat als erste Partei der III. Internationale mit dem „Offenen Brief" vom 7. Januar 1921 an die Führung der SPD, der USPD und des ADGB zum gemeinsamen Kampf gegen die katastrophale Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter, und später mit dem offenen Brief vom 16.06.1922 zum gemeinsamen Kampf gegen die monarchistische Gefahr (siehe Materialien und Dokumente zur Geschichte der KPD, S. 92-94 und 97-99) die Politik der Einheitsfront in die Praxis umgesetzt.

8) In den Thesen des EKKI von 1921 über die Einheitsfront wird jedoch auch vor der Gefahr der opportunistischen Entstellung der Einheitsfrontpolitik gewarnt (These 20).

Wie notwendig und berechtigt diese Warnung war, sollte sich bald erweisen durch das Verhalten der Brandler-Thalheimer-Führung der KPD im Herbst 1923 (siehe Dimitroff, VII. Weltkongreß, Abschnitt „Über die Regierung der Einheitsfront").

In den Thesen des EKKI war unter den Rechten in den kommunistischen Parteien zwischen zweierlei Elementen unterschieden worden (These 21), erstens solchen, die noch nicht mit der Ideologie und den Methoden der II. Internationale gebrochen haben, und zweitens solchen. die gegen die „Linken" kämpfen, um den kommunistischen Parteien größere Geschmeidigkeit und Manövrierfähigkeit zu geben.

Das schmähliche Versagen der Brandler-Thalheimer-Führung, das einem Verrat an der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Revolution gleichkam, ließ keinen Zweifel darüber, daß sie zur zuerst genannten Gruppe gehörte.

9. Die Auswirkungen dieser Kapitulationspolitik waren verheerend.

Erstens wurde die seit dem 9. November 1918 günstigste und aussichtsreichste Situation für einen Sieg des deutschen Proletariats über die Bourgeoisie kampflos vertan. Damit erhielt der deutsche Imperialismus die Möglichkeit, jetzt aus der Krise heraus

zu kommen und Bedingungen zu schaffen, die dem erneuten Anwachsen und der Wiederbefestigung der Vorherrschaft des Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung günstig waren.

Zweitens wurde zum zweiten Mal im internationalen Maßstab - das erste Mal in der ungarischen Räterepublik - die Einheitsfrontpolitik durch ihre opportunistische Entstellung aufs schwerste diskreditiert und damit Wasser auf die Mühlen der Ultralinken geleitet, wodurch diese in der KPD zeitweilig die Führung an sich reißen konnten, um nicht geringeren Schaden anzurichten als die Rechten.

Es erwies sich jetzt als notwendig, erneut um die Grundsätze der Strategie und Taktik und ihre Anwendung zu kämpfen, die bereits Allgemeingut aller Parteien der III. Internationale gewesen waren, wodurch die Partei neuerlich Tempoverlust bei ihren Bemühungen erlitt, sich fest mit der Arbeiterklasse zu verbinden.

Als Frage sei hier aufgeworfen:

Wie weit hat die rechtsopportunistische Entstellung der Einheitsfrontpolitik dazu beigetragen, daß selbst solche hervorragenden Führer des deutschen Proletariats wie Ernst Thälmann. und des internationalen Proletariats wie Stalin und Dimitroff, Togliatti, Thorez und Gottwald von der Leninschen Strategie und Taktik nach links abwichen (vergl. dazu ebenfalls Lenins Brief an die deutschen Kommunisten)?

10. Die politische Entwicklung in Deutschland in dieser Periode, der Abschluß dieser Periode mit der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und der. wenn auch nur relativen Festigung der bürgerlichen Ordnung in Deutschland, ist gekennzeichnet und bedingt durch den Widerspruch zwischen der objektiven Reife der ökonomischen und politischen Bedingungen für den Sturz des Kapitalismus in Deutschland auf der einen, der Unreife und Unfähigkeit der KPD, schon ihrer Aufgabe gerecht zu werden, das deutsche Proletariat zum Sieg über den deutschen Imperialismus zu führen, auf der anderen Seite.

In einer Situation, in der die deutsche Arbeiterklasse - um zu siegen -, eine Partei brauchte mit einer reifen und erprobten Strategie und Taktik, mußte die KPD diese Strategie und Taktik unter unerhört schwierigen Bedingungen und inneren Kämpfen erst ausarbeiten und erproben.

„Es liegt eine Tragik der deutschen Arbeiterklasse darin, daß sie diese zuverlässige Führung weder in der Sozialdemokratie noch in der USPD hatte und daß die KPD sich zu einer Massenpartei mit einer festen, zielklaren Führung erst entwickelte, als die Zeit für die großen Entscheidungen schon herangereift war." (Wilhelm Pieck, Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, 30 Jahre Kampf, Vortrag von 1939, Berlin 1949, S. 21)

b) In der Periode der relativen Stabilisierung

1. Zu Beginn dieser Periode stand vor der KPD und der gesamten III. Internationale die Aufgabe, aus der rechtsopportunistischen Entstellung der Einheitsfronttaktik (vor allem durch die Brandler-Thalheimer-Führung der KPD) die notwendigen Lehren zu ziehen, gleichzeitig aber die Versuche zur völligen Liquidierung der Einheitsfronttaktik durch die Ultralinken (Ruth Fischer, Arcadi Maslow usw.), wie sie vor allem auf dem 9. Parteitag der KPD (April 1924) zum Ausdruck kamen, entschlossen zurückzuweisen.

2. Infolgedessen stand der V. Weltkongreß de Kommunistischen Internationale (Juni-Juli 1924) ganz im Zeichen der Überprüfung der bisherigen Anwendung der Einheitsfronttaktik und des Versuches, die Einheitsfronttaktik, frei von allen rechten und linken Entstellungen, für die kommende Periode festzulegen. Im Einzelnen ging es dabei vor allem um folgende Fragen:

a) Die weitere Perspektive der proletarischen Revolution.

b) Die Einschätzung der Rolle der SPD und der ‚Linken' in der SPD.

c) Die Festlegung der Richtlinien für die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik.

d) Die Stellungnahme zur Frage der Teilforderungen und Übergangslosungen, insbesondere zur Losung der Arbeiter- und Bauernregierung.

e) Die Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage.

3. In Bezug auf die weitere Perspektive der Revolution wurde, entsprechend der Situation im Sommer 1924, sowohl eine langsamere und sich hinausschiebende Entwicklung der proletarischen Revolution als auch eine rasche Zuspitzung der Klassengegensätze bis zum entscheidenden Kampf um die Macht in diesem oder jenem Land, vor allem in Deutschland, für möglich erachtet, und dementsprechend gefordert, daß die kommunistischen Parteien sich auf beide Möglichkeiten einstellen (Thesen des V. Weltkongresses der KI zur Taktik, Abschn. XIII).

4. Zur Einschätzung der Rolle der SPD und der 'Linken' in der SPD:

Brandler und seine Anhänger hatten auf dem Leipziger Parteitag der KPD (8. PT. Jan.-Febr. 1923) ihren sozialdemokratischen Opportunismus damit bewiesen, daß sie, ohne zwischen den rechten Führern der SPD und den sozialdemokratischen Arbeitern zu differenzieren, als Aufgabe der Einheitsfronttaktik proklamierten, „die Sozialdemokratie" vom linken Flügel der Bourgeoisie zum rechten Flügel der Arbeiterbewegung zu machen, und die rechten SPD-Führer zu zwingen, nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern die Bourgeoisie zu verraten. (Anm. 1)

Eine solche Aufgabenstellung bedeutete eine völlige Verwerfung der Leninschen Einschätzung der sozialen Natur und der politischen Funktion der rechtssozialistischen Führer.

Folgerichtig entwickelten die Rechten, deren führender Vertreter in der Komintern damals Radek war, diese Auffassung weiter zu der Behauptung, mit der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Herbst 1923 und der Errichtung der Militärdiktatur habe der Faschismus über die Novemberrevolution und die Sozialdemokratie gesiegt, obwohl damals die Errichtung dieser Militärdiktatur unter aktiver Mithilfe der rechtssozialdemokratischen Führer vor sich ging und eben der Rettung der Weimarer Republik diente.

Unter dem Druck der Massenstimmung in der Partei gaben die Rechten auf dem Frankfurter (9.) Parteitag diese Positionen allerdings völlig preis und erklärten - wie auch die Mittelgruppe und die Linken - die Liquidierung der SPD zur Aufgabe der KPD. (Anm. 2)

Durch die Ereignisse in Italien. Bulgarien und Deutschland war auch die Frage des Verhältnisses zwischen Faschismus und Sozialdemokratie aufgeworfen worden. In allen diesen Ländern hatte sich gezeigt, daß die Spitzen der sozialdemokratischen Parteien und der reformistischen Gewerkschaften zu einer Verständigung mit dem Faschismus zu kommen suchten.

Die Kommunistische Internationale zog daraus die Schlußfolgerung, daß die Sozialdemokratie nicht nur der linke Flügel der Bourgeoisie, sondern auch des Faschismus sei. (Anm. 3)

Die Theorie von den „Zwillingsbrüdern" kann nicht als die Theorie eines Einzelnen, Stalins, betrachtet werden, sondern sie war die Auffassung der übergroßen Mehrzahl aller führenden Köpfe der Kommunistischen Internationale, gebildet auf Grund der Erfahrungen der Jahre 1920 bis 1924.

Aber die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialdemokratie war theoretisch falsch und praktisch von verhängnisvollster Auswirkung, weil sie eine wichtige theoretische Begründung für all die linkssektiererischen Fehler in der darauffolgenden Zeit, besonders in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, wurde.

Die KPD und die KI hatten ebenfalls ihre Stellung zu den „Linken“ unter den sozialdemokratischen Führern festzulegen.

Auf Grund der Erfahrungen mit den „linken" Sozialdemokraten in der sächsischen Arbeiterregierung (Zeigner) kamen sie zu der Schlußfolgerung: „Aber noch gefährlicher als die rechten sind die linken SPD-Führer, diese letzte Illusion der betrogenen Arbeiter, diese letzten Feigenblätter für die schmutzige konterrevolutionäre Politik

der Severing, Noske und Ebert. Die KPD lehnt nicht nur jede Verhandlung mit der Zentrale der SPD ab, sondern auch mit den „linken“ Führern, bis diese Helden nicht wenigstens so viel Mannhaftigkeit finden werden, um offen mit der konterrevolutionären Bande, die im Parteivorstand der SPD sitzt, zu brechen."

(Aus dem Beschluß des Präsidiums des EKKI vom 19.01.1924, in: Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD, S. 32)

Diese Stellungnahme war auf Grund der gemachten Erfahrungen vollauf berechtigt.

Aber mit ihr war nur eine Seite des Problems der ‚Linken’ in der Sozialdemokratie berührt, nämlich die Gefahr, die Illusionen über die linken SPD-Führer mit sich bringen.

Eine richtige Taktik gegenüber der sozialdemokratischen Linken kann aber nur ausgearbeitet werden, wenn auch die andere Seite berücksichtigt wird, nämlich die Tatsache, daß das Auftreten linker Führer in der Sozialdemokratie immer ein Reflex einer Linksentwicklung der sozialdemokratischen Massen ist, einer Entwicklung, die, seitdem es kommunistische Parteien als Massenparteien gibt, eine Entwicklung zum Kommunismus ist. Diese Einseitigkeit, nämlich nur die Gefährlichkeit der linken Führer der Sozialdemokratie zu sehen, wurde später noch verstärkt und führte in den Jahren 1930-1932 ebenfalls zu ernsten linken Fehlern in der Praxis der Einheitsfronttaktik der Kommunistischen Partei Deutschlands, insbesondere gegenüber der SAP.

5. Zur Einheitsfronttaktik:

Für die Rechten (Brandler usw.) war die Einheitsfronttaktik vor allem und in erster Linie eine Taktik des Bündnisses mit den Spitzen der SPD bzw. ihres linken Flügels. (Anm. 4)

Deshalb machte ihre Praxis der Einheitsfronttaktik in Sachsen die KPD in Wirklichkeit zum Anhängsel, zum Gefangenen der Sozialdemokratie.

Die Ultralinken dagegen (Ruth Fischer, Arcadi Maslow usw.) waren trotz ihrer Lippenbekenntnisse zur Taktik der Einheitsfront in Wirklichkeit Gegner jeglicher Anwendung dieser Taktik. (Anm. 5) Sie legten die Beschlüsse des EKKI in einem Sinne aus, der die faktische Liquidierung der Einheitsfronttaktik bedeutete.

In ihren Resolutionen an den Frankfurter Parteitag erklärten alle Gruppierungen in Übereinstimmung mit dem Beschluß des EKKI-Präsidiums vom 19.01.1924, daß für Deutschland gegenwärtig nur die Einheitsfront von unten zur Anwendung kommen könne. (Anm. 6)

Der V. Weltkongreß wies alle Forderungen der Ultralinken auf Absage an die Einheitsfronttaktik zurück, wies auch die Forderung zurück, nicht nur für Deutschland,

sondern für alle Länder nur noch die Einheitsfront von unten für zulässig zu erklären, sondern sagte: „Einheitsfront von unten - fast immer. Einheitsfront von unten und zugleich von oben - ziemlich oft, mit allen notwendigen Garantien als Taktik zur revolutionären Mobilisierung der Massen. Einheitsfront nur von oben - niemals!" (Sinowjew in seinem Bericht an den V. Weltkongreß, Protokoll, Bd. I, S. 81. Vgl. auch die Thesen über die Taktik des V. Weltkongresses der KI, Abschnitt VIII)

Dennoch stellen die Thesen des V. Weltkongresses über die Einheitsfronttaktik eine Linksabweichung von den Leninschen Leitsätzen des III. und IV. Weltkongresses über die Einheitsfront dar. Während z. B. in den Leitsätzen des IV. Weltkongresses die Notwendigkeit der Taktik der Einheitsfront in erster Linie mit dem elementaren Streben der Arbeitermassen, auch der sozialdemokratischen, zur Einheit im Kampf gegen das Kapital begründet wird, also die Herstellung der gemeinsamen Kampffront gegen den Klassenfeind an die erste Stelle gerückt wird, sagen die Thesen des V. Weltkongresses. daß die Einheitsfronttaktik ein strategisches Manöver „der von Feinden umringten kommunistischen Vorhut in ihrem Kampf vor allem gegen die verräterischen Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie" ist. „Sie ist keinesfalls eine Taktik des Bündnisses mit diesen Führern." (Thesen und Resolutionen ..., S. 27)

Hier ist im Keime bereits die linke Entstellung der Einheitsfronttaktik enthalten, die dann 1930-1932 ganz kraß in Erscheinung trat.

6. Über Teilforderungen und Übergangslosungen, insbesondere über die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung.

Bei der Diskussion über die Losung der Arbeiterregierung auf dem IV. Weltkongreß war es darum gegangen, entsprechend der Forderung Lenins konkrete Formen und Losungen der Heranziehung und des Überganges der Massen zur proletarischen Revolution zu finden. Die Losung der Arbeiterregierung war als eine solche Übergangslosung zur Heranführung der Massen an die proletarische Revolution aufgestellt worden.

Die Diskussion um diese Frage hatte größte prinzipielle Bedeutung für die Festlegung der Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale. Es ging letzten Endes um die Frage, ob Kommunisten in eine Regierung eintreten dürfen, die noch im Rahmen des bürgerlichen Staates gebildet wird - unter welchen Umständen sie das dürfen und mit welcher Zielsetzung.

Der IV. Weltkongreß hatte auf diese Frage keine eindeutige Antwort gegeben, ließ aber die Möglichkeit zu. daß sich Kommunisten an einer Arbeiterregierung beteiligen, die noch im Rahmen des bürgerlichen Staates und sogar zunächst auf parlamentarischer Basis entsteht, einer Regierung also, die noch nicht eine Regierung der Diktatur des Proletariats sein würde. (Thesen über die Taktik des IV. Weltkongresses)

Der V. Weltkongreß verwirft auf Grund der Erfahrungen mit der sächsischen Arbeiterregierung eine solche Möglichkeit und erklärt, die Losung der „Arbeiterregierung" bzw. der „Arbeiter- und Bauernregierung" sei für die kommunistischen Parteien Synonym für die Diktatur des Proletariats. Obwohl der V. Weltkongreß die Aussage des IV. Weltkongresses über die fünf Typen von Arbeiterregierungen nicht ausdrücklich zurücknahm, bedeuten die Thesen des V. Weltkongresses ihre faktische Zurücknahme und eine Reduzierung der möglichen Arten von Arbeiterregierungen auf zwei: erstens unechte Arbeiterregierungen, mit Beteiligung der Sozialdemokratie, die in Wirklichkeit liberale bürgerliche Regierungen sind und zweitens echte, wirkliche Arbeiterregierungen, die nur Regierungen der Diktatur des Proletariats sein können. (Anm. 8 und 9)

Die Ultralinken hatten nicht nur den Verzicht auf die Übergangslosung der „Arbeiter- und Bauernregierung", sondern auf jegliche Übergangslosung und Beschränkung einzig und allein auf die Endlosung: Diktatur des Proletariats, gefordert.

Sogar die Rechten erklärten in ihrer Resolution an den 9. Parteitag, daß die Partei jetzt alle Übergangsforderungen fallen lassen müsse. (Anm. 10)

Der V. Weltkongreß stellte demgegenüber mit aller Entschiedenheit fest, daß die kommunistische Taktik auf die Aufstellung von Zwischenlösungen und Teilforderungen nicht verzichten kann. (Anm. 11)

Aber dennoch bedeutete die Stellungnahme des V. Weltkongresses zur Frage der Arbeiterregierung gegenüber der des IV. Weltkongresses eine Abweichung nach links. Die weitere geschichtliche Entwicklung hat gezeigt (z. B. durch die Volksfrontregierungen in Frankreich und Spanien), daß der IV. Weltkongreß eine richtige Orientierung gegeben hatte, indem er Situationen für möglich erklärte, in denen Kommunisten in eine Regierung eintreten können, die noch keine Regierung der Diktatur des Proletariats ist, sondern noch im Rahmen des bürgerlichen Staate gebildet wird.

Der V. Weltkongreß dagegen preßte die Taktik der kommunistischen Parteien in einen zu starren Rahmen, innerhalb dessen es ihnen nicht möglich war. im notwendigen Maße ihre Politik den sich ändernden Bedingungen anzupassen.

7. In der Gewerkschaftsfrage verteidigte der V. Weltkongreß konsequent die von Lenin gegebene Linie gegen alle Versuche der Ultralinken, an die Stelle der Losung: „In den reformistischen Gewerkschaften arbeiten, um sie zu erobern" die Losung zu setzen: „Heraus aus den reformistischen Gewerkschaften. Zerstörung der Gewerkschaften".

Die Sabotage dieser Weisungen der Komintern durch die Ultralinken war denn auch einer der wichtigsten Beweggründe für das Eingreifen des Exekutivkomitees in den

innerparteilichen Kampf der KPD und zur Entfernung der Ruth-Fischer-Clique von der Führung der Partei.

8. Der V. Weltkongreß wurde zu einem wichtigen Markstein und in gewissem Grade zu einem Wendepunkt in der Geschichte der kommunistischen Parteien und der III. Internationale. Sie waren zum ersten Male vor die Aufgabe gestellt, ohne Lenin die Probleme der internationalen Arbeiterbewegung zu lösen, vor die Aufgabe, schwerwiegende rechte Fehler zu korrigieren, ohne sich dabei selbst zu weit nach der entgegengesetzten Seite drücken zu lassen.

Wie schwierig das ist, hatte sich schon auf dem III. Weltkongreß, anläßlich der Levikrise in der KPD im Zusammenhang mit der Märzaktion von 1921 gezeigt. Es hatte damals der ganzen Weisheit Lenins bedurft, um den richtigen Weg zur Lösung zu finden, und seiner ganzen Autorität, um diese Lösung auch durchzusetzen. Denn in die Richtung linker Überspitzungen drückten nicht nur einige radikalisierte kleinbürgerliche Intellektuelle vom Schlage Ruth Fischer, sondern auch die besten revolutionären Arbeiter der KPD, die, empört über den verräterischen Opportunismus Levis, und voller Haß gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie wenig Verständnis für noch so notwendiges Manövrieren aufbrachten, sondern mit der opportunistischen Schweinerei so schnell und so radikal wie möglich Schluß machen wollten.

In seinem „Brief an die deutschen Kommunisten" hatte Lenin damals geschrieben: „In der internationalen kommunistischen Bewegung war im Sommer 1921 der `springende Punkt´, daß einige der besten und einflußreichsten Teile der Kommunistischen Internationale ... ein klein wenig den `Kampf gegen den Zentrismus´ übertrieben, ein klein wenig jene Grenze überschritten haben, hinter der dieser Kampf sich in einen Sport verwandelt, hinter der die Kompromittierung des revolutionären Marxismus beginnt. ... Die Übertreibung war nicht groß. Aber ihre Gefahr war ungeheuer. Der Kampf gegen diese Übertreibung war schwer; denn die Übertreibung begingen die wirklich besten, treuesten Elemente, ohne die wohl überhaupt die Kommunistische Internationale nicht bestehen würde. Eine Übertreibung aber, wenn auch nur eine ganz geringe, kann den Sieg verhindern." (Lenin, Werke Bd. XXVI, S. 602/03)

Der V. Weltkongreß der KI hat es trotz aller Bemühungen, nicht von der von Lenin gewiesenen Linie abzuweichen, nicht vermocht, eine Übertreibung der von Lenin oben charakterisierten Art zu vermeiden. Noch aber war diese Übertreibung nicht sehr groß, und noch war sie relativ leicht zu korrigieren.

9. Eine erste Auswirkung dieses Abrutschens der Taktik der KPD und der Komintern nach links war die Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925. Es war ein sektiererischer Fehler, daß die KPD auch im zweiten Wahlgang die Kandidatur Thälmanns aufrecht erhielt, statt die Initiative für die Aufstellung eines Kan-

didaten der SPD oder sogar der bürgerlichen Linken gegen den Kandidaten der monarchistischen Reaktion. Hindenburg, zu ergreifen (vgl. die Haltung der kommunistischen Parteien heute bei ähnlichen Gelegenheiten, z. B. in Frankreich, Italien, Österreich ...). Eine solche Haltung wäre vor allem deshalb notwendig gewesen, um den Massen die Erfahrung zu vermitteln, daß die KPD die Partei der Vereinigung aller Kräfte im Kampf gegen die Reaktion ist.

10. Im Zusammenhang mit der Festigung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und dem Anwachsen der monarchistischen Gefahr sowie nach ihrer Befreiung von den Ultralinken (Ruth Fischer u. Co.) gab die Führung der KPD mit Ernst Thälmann an der Spitze die Taktik der Einheitsfront nur von unten wieder auf und ging erneut zur Anwendung der Taktik der „Einheitsfront von unten und oben" über. Mit der Anwendung der Taktik der Mobilisierung der Massen für die Einheitsfront bei gleichzeitigem Herantreten an die Spitzen der SPD und des ADGB wurde schon 1926 in der Kampagne für die Fürstenenteignung ein großer, beispielhafter Erfolg errungen, der allerdings der einzige große Erfolg der Einheitsfronttaktik in dieser ganzen Periode der relativen Stabilisierung blieb. Das lag nicht zuletzt auch daran, daß sich die sektiererischen Tendenzen in der Strategie und Taktik der KPD (und der Komintern) seit 1927, vor allem aber ab 1928 erneut und in wachsendem Maße durchsetzten.

11. Ausdruck dessen waren im Jahre 1928 die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses (März-April 1928) und des VI. Weltkongresses der KI (Juli-September 1928).

Die damalige Situation war durch folgende Momente gekennzeichnet:

a) Wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen die immer frechere Offensive der Unternehmer; Linksentwicklung der Massen (Ergebnis der Reichstagswahlen 1928).

b) Immer stärkere Rechtsentwicklung der Spitzen der SPD und der reformistischen Gewerkschaften, Eintritt in die Regierung, „Verwachsen" mit dem Staatsapparat, verschärfter Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, rigorose Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführer, offenes Einschwenken der Sozialdemokratie in die antisowjetische imperialistische Kriegsfront (E. Thälmann, Reden und Aufsätze, Bd. I, S. 630).

c) Wachsender Einfluß der KPD in den Gewerkschaften und Betrieben (Ergebnisse der Betriebsrätewahlen).

d) Erste Anzeichen der Abschwächung der Konjunktur und des Eintritts in eine neue Periode verschärfter Klassenkämpfe.

12. In dieser Situation entstanden erneut heftige Differenzen in der KPD und der ganzen KI über Fragen der Strategie und Taktik. Die Grundlage dieser Differenzen

war eine unterschiedliche Einschätzung der Stabilität des Kapitalismus und der Stabilität des Einflusses der Sozialdemokratie, besonders der reformistischen Gewerkschaftsführung auf die Arbeiterklasse. (Siehe E. Thälmann, ebenda, Bd. I, S. 452-475, aus dem Referat auf dem Essener (XI.) Parteitag, und S. 617-623, Rede auf dem VI. Weltkongreß der KI.)

13. Die Führungen von KPD und KI schätzten die Situation so ein, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, um den Masseneinfluß der SPD- und Gewerkschaftsführung relativ leicht endgültig zu überwinden (Anm. 12). Sie hielten deshalb die Zeit für gekommen, um durch verschärfte Angriffe auf diese Führer die Abwendung der sozialdemokratischen Arbeiter von diesen zu beschleunigen.

Deshalb wurde auf dem IV. RGI-Kongreß beschlossen, in den Gewerkschaften das Schwergewicht der Einheitsfrontpolitik auf die „Einheitsfront von unten" zu legen und seitens der RGO dazu überzugehen, Wirtschaftskämpfe auch gegen den Willen und Widerstand der Gewerkschaftsführung auszulösen und selbständig zu führen.

Entsprechende Beschlüsse auf der Parteilinie faßte der VI. Weltkongreß der KI. (Anm. 13)

Der Fehler dieser Neuorientierung lag nicht darin, daß überhaupt Kurs darauf genommen wurde, wo nötig und möglich über den Kopf der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie hinweg selbständig die Führung in Wirtschaftskämpfen zu übernehmen. Der Grundfehler der 1928 eingeleiteten Umorientierung in der Einheitsfronttaktik lag in der falschen Analyse des Kräfteverhältnisses und der gegnerischen Strategie und Taktik, in der Überschätzung des Grades und Tempos der Radikalisierung und Revolutionierung der Massen sowie der eigenen Kräfte und in der Überschätzung der Festigkeit des Einflusses der reformistischen Führer. Deshalb wurden die Möglichkeiten zur erfolgreichen Führung von Wirtschaftskämpfen durch die RGO überschätzt und solche Kämpfe forciert, ohne genügende Überprüfung der Erfolgschancen. Diese Taktik mußte eine solche Zuspitzung des Kampfes zwischen SPD und KPD und innerhalb der Gewerkschaften mit sich bringen, daß dahinter die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter an die zweite Stelle rückten, ohne daß die sozialdemokratischen und der Sozialdemokratie folgenden Arbeiter die Notwendigkeit einer solchen Zuspitzung verstanden hätten und in den Kommunisten deshalb die Schürer des Bruderkampfes erblickten. Dadurch wurde die Herstellung einer einheitlichen Kampffront gegen den gemeinsamen Feind nicht erleichtert, sondern erschwert. (Anm. 14)

14. Während das Tempo der Revolutionierung der Massen überschätzt wurde, hat man die Möglichkeit, die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer wirkungsvoll unter Druck zu setzen, unterschätzt. Der Eintritt der SPD in die Regierung machte eine

weitere Anwendung der Taktik der Einheitsfront von unten und oben durchaus nicht unmöglich, sondern schuf im Gegenteil besonders günstige Voraussetzungen für ihre wirkungsvolle Anwendung (vgl. z. B. die heutige Haltung der Kommunistischen Partei in Frankreich). (Anm. 15)

15. Ein weiterer Ausdruck der Abweichung in der Richtung des linken Sektierertums war auch die neuerliche schematische Abstempelung aller linken SPD-Führer als gefährlichste Feinde der Arbeiterbewegung (Anm. 16).

Dieser Fehler rührt aus einer vereinfachenden schematischen Auffassung von der Hinwendung von sozialdemokratischen Arbeitern zum Kommunismus her. Sie kommt am deutlichsten in einer Äußerung Ernst Thälmanns auf dem erweiterten EKKI-Präsidium im Februar 1930 zum Ausdruck: „In diesem Moment spielt diese Politik der 'linken' Sozialdemokratie eine große Rolle, weil sie ein großer Hemmschuh ist für die sozialdemokratischen Arbeiter, die zur kommunistischen Partei übertreten wollen." (E. Thälmann, ebenda, Bd. II, S. 316)

Nach dieser Auffassung kommen diese Arbeiter nicht direkt von der SPD zur KPD. weil sie von den linken SPD-Führern daran gehindert werden. In Wirklichkeit ist die Sache umgekehrt: Weil sich viele nach links hinneigende sozialdemokratische Arbeiter nicht entschließen können, mit einem Ruck den Bruch mit ihrer Partei, d. h. mit ihrer eigenen Vergangenheit zu vollziehen, deshalb ist das Auftauchen einer sozialdemokratischen Linken eine gesetzmäßige und im Wesentlichen positiv zu bewertende Tatsache, weil Symptome für den fortschreitenden Differenzierungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie zu bemerken sind. Die Gefahr dieser Entwicklung besteht darin, daß, wenn wir nicht die brüderliche und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Linken suchen, sondern sie zurückstoßen und an die linken sozialdemokratischen Arbeiter Forderungen stellen, zu deren Erfüllung sie noch nicht bereit sind, „linke" Führer mit Anführungszeichen. Feinde des Kommunismus, Agenten des Klassenfeindes, Trotzkisten, diese Arbeiter auf Abwege führen. (wie das später mit der SAP z. T. noch geschah)

Die Geschichte hat im übrigen auch den Beweis erbracht, daß es falsch war (und ist), jeden linken sozialdemokratischen Führer als einen bewußten und gar noch den gefährlichsten Feind des Kommunismus zu bezeichnen (sonst wäre es nicht möglich, daß in unserer Partei nicht wenige ehemalige führende Mitglieder der SAP sich als gute Genossen bewährt haben).

16. In dem Referat Ernst Thälmanns auf dem Essener Parteitag und in der Resolution des VI. Weltkongresses klingt auch schon die kurze Zeit danach entwickelte Theorie vom Sozialfaschismus an. Es werden (wie später noch viel stärker) die - durchaus vorhandenen - Berührungspunkte der Sozialdemokratie mit dem Faschismus genannt,

ohne gleichzeitig die sehr wesentlichen Unterschiede auch nur zu erwähnen (vgl. E. Thälmann, s. a. O., Bd. I, S. 463; siehe auch Anm. 17)

17. Die taktische Neuorientierung stieß auf starke Kritik und Opposition, die aber nicht einheitlich war. Die Brandler-Gruppe bekämpfte die taktische Wendung der Partei von im Grunde sozialdemokratischen Positionen aus.

Ähnlich wie 1923 die Ultralinken in ihrer Kritik an den rechtsopportunistischen Auffassungen und der Politik der Brandler-Führung recht gehabt hatten, ohne daß deshalb ihre eigene Position etwa eine richtigere, eine leninistische Position gewesen wäre, hatten jetzt die Rechten mit der Kritik an den linken Überspitzungen recht, ohne daß sie deshalb aufgehört hätten, eine rechtsopportunistische, sozialdemokratische Abweichung innerhalb der KPD darzustellen.

a) Sie waren nicht nur der Meinung., daß die Partei den Einfluß der reformistischen Partei- und vor allem der Gewerkschaftsführer auf die Arbeitermassen unterschätzt und deren politischen Reifegrad überschätzt habe (womit sie recht hatten), sondern sie hielten auch die Einschätzung der Partei und der KI für falsch, daß die Stabilisierung des Kapitalismus morsch und schwankend sei. teilten also die sozialdemokratische Auffassung von der Festigkeit und Dauerhaftigkeit dieser Stabilisierung.

b) Ihre Kritik an der Unterschätzung der Festigkeit des Masseneinflusses der Reformisten entsprang nicht einer realeren Einschätzung des Kräfteverhältnisses, sondern aus dem entgegengesetzten Fehler der Überschätzung dieses Einflusses - dem Unglauben an die Kraft der Partei und dem Bestreben nach Anpassung an die Sozialdemokratie (Losung der Produktionskontrolle als Echo auf die Losung der Wirtschaftsdemokratie; Losung .,Zwingt die Bonzen" als versteckter Ausdruck der Auffassung, gegen die Gewerkschaftsbürokratie dürfe und könne die RGO keine selbständigen Wirtschaftskämpfe führen (vgl. Referat E. Thälmanns auf dem XII. Parteitag und dem X. Plenum des EKKI, ebenda, Bd. II). (Anm. 18)

Die Zurückweisung und Bekämpfung dieser Haltung war notwendig. Aber gleichzeitig wurden dabei sektiererische Fehler begangen, die Genosse Pieck auf dem VII. Weltkongreß kennzeichnete. (Anm. 14)

Diese Fehler waren kein Zufall, sondern ergaben sich aus der falschen Orientierung, nach der der Übergang zur selbständigen Leitung von Wirtschaftskämpfen nicht in erster Linie auf die Abwehr der Unternehmerangriffe zielte, sondern darauf, den Entscheidungskampf gegen die Sozialdemokratie als Frontalangriff zu eröffnen.

c) Am deutlichsten kam der Charakter der Rechten als sozialdemokratische Abweichung innerhalb der KPD durch die Art und Weise, wie sie den Kampf gegen die Parteiführung und die Parteilinie führten, zum Ausdruck.

Noch unter entscheidender Anteilnahme Lenins hatte der III. Weltkongreß der KI in seinen Leitsätzen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien die These 51 aufgenommen: „Aber auch wenn der Beschluß der Organisation oder der Parteileitung nach der Meinung anderer Mitglieder fehlerhaft sei, dürfen diese Genossen in ihrem öffentlichen Auftreten nie vergessen, daß das schlimmste disziplinarische Vergehen und der schlimmste Fehler im Kampf doch ist, die Einheitlichkeit der gemeinsamen Front zu stören oder gar zu brechen.

Es ist oberste Pflicht jedes Parteimitgliedes, die kommunistische Partei und vor allem die Kommunistische Internationale gegen alle Feinde des Kommunismus zu verteidigen. Wer dies vergißt und im Gegenteil die Partei oder die Kommunistische Internationale öffentlich angreift, ist wie ein Gegner der Partei zu behandeln." (Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der KI, 1921, Hoym)

Indem sie gegen diese Forderungen aufs Gröbste verstießen, stellten sie die Existenz der KPD als kommunistische Partei in Frage und reihten sich in die Reihen der Feinde des Kommunismus ein.

d) Der Kampf gegen die Rechten in der KPD mußte auch deshalb mit aller Schärfe geführt w erden, weil sie faktisch eine Art deutscher Sektion der Rechten in der KPdSU waren (E. Thälmann, ebenda, Bd II, S. 175). Diese hatten sich zu jener Zeit unter Führung Bucharins zu einem Angriff auf die Linie der Partei formiert, mit einem Programm, das faktisch auf die Kapitulation vor den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus hinauslief. (Stalin, Werke Bd. 11, S. 262-277, u. Bd. 12, S. 17-24).

Die taktische Wendung der Partei stieß aber auch bei großen Teilen aktiver und guter Parteiarbeiter an der Basis auf starken Widerstand. weil sie fühlten und sahen, daß diese Wendung ihre Arbeit in den Gewerkschaften erschweren, die bereits errungenen Positionen gefährden und sie der Masse der Gewerkschaftsmitglieder entfremden mußte. Darüber spricht z. B. der Bericht des ZK an den 12. Parteitag (Anm. 19) sowie E. Thälmann auf dem erweiterten EKKI-Plenum im Februar 1930 (E. Thälmann. ebenda, Bd II, S. 321).

18. Aus der Tatsache, daß diese Wendung und ihre verschärfte Fortsetzung in der Zeit der Weltwirtschaftskrise eine Wendung zum Sektierertum war. erklärt es sich auch, daß auch nach dem Ausschluß der Rechten aus der Partei und nach der Liquidierung der Versöhnlergruppe alle Beschlüsse der KPD und der KI in der Folgezeit immer wieder die Feststellung treffen, daß die rechten Abweichungen von der Parteilinie die Hauptgefahr darstellen.

Die ständige Kritik an der eingeschlagenen Linie ergab sich eben nicht nur aus dem Opportunismus einzelner vom Sozialdemokratismus angekränkelter Elemente, sondern auch daraus, daß diese Linie im Widerspruch stand zu den Bedürfnissen des praktischen Kampfes um die Gewinnung der Mehrheit. und für die Herstellung der Kampfeinheit der Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, den zum Faschismus strebenden deutschen Imperialismus, beschlossen.

Zusammenfassung:

Am Anfang der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und de Systems der bürgerlichen Herrschaft in Deutschland und Europa gab es einen relativ kleinen Schritt links ab vom Kurs der leninistischen Strategie und Taktik (V. Weltkongreß), der mit der offenkundigen Durchsetzung dieser wenn auch nur relativen Stabilisierung zunächst korrigiert wird.

Mit dem Auftreten neuer Anzeichen eines Wiederanstiegs der revolutionären Welle erfolgt jedoch eine Wiederaufnahme des Weges, der links ab vom Wege der Strategie und Taktik des Leninismus führt.

Davon, ob diese Abweichung rechtzeitig erkannt und überwunden - oder aber beibehalten wurde, hing es ab, ob die KPD und die KI den großen Anforderungen der kommenden Periode mit einer wirklich marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik begegnen würde.

c) In der Periode der Weltwirtschaftskrise

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und die dadurch verursachte Erschütterung der kapitalistischen Ordnung festigte bei der Führung der Kommunistischen Internationale und der KPD die Überzeugung, daß der auf dem VI. Weltkongreß und dem IV. RGI-Kongreß eingeschlagene Kurs der einzig richtige sei, um unter Ausnützung der günstigen objektiven Bedingungen auf kürzestem und direktem Wege ans Ziel, d. h. zum Sieg des Proletariats in Deutschland zu kommen.

Deshalb wurde dieser Kurs nicht korrigiert, sondern im Gegenteil von fast jeder Tagung des EKKI und des ZK der KPD noch verschärft. Im Folgenden eine kurze Zusammenstellung über die Stellungnahmen zu den wichtigsten Fragen der Strategie und Taktik in der Zeit vom 12. Parteitag der KPD bis zum XIII. EKKI-Plenum.

1. Zur Einschätzung der Situation des Kapitalismus und der revolutionären Bewegung

a) Im Gegensatz zur Einschätzung der Sozialdemokratie, der Rechten (Brandlerianer) und der Versöhnler, erwies sich die Einschätzung der relativen Stabilisierung als zeitweilig und morsch durch die KI und die Führung der KPD sowie ihre Voraussage

der nahe bevorstehenden Ablösung dieser Stabilisierung durch eine neuerliche Krise und in deren Folge eines neuen revolutionären Aufschwungs als allein richtig.

b) Die KI und die KPD wiesen auch richtig darauf hin, daß diese Krise natürlich nicht zu einem automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus führen würde, weil es keine für die Bourgeoisie absolut ausweglose Lage gibt, sondern daß es Aufgabe der kommunistischen Parteien ist, die Lage für die Bourgeoisie ausweglos zu machen.

c) Die Einschätzung der KI und der KPD war dennoch nicht völlig frei von Elementen der Hoffnung auf eine spontane, elementare Revolutionierung der Massen, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiter, und von einer gewissen Unterschätzung der ökonomischen und politischen Möglichkeiten der Bourgeoisie, einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Sie erkannte auch nicht rechtzeitig, daß im Herbst 1932 der Tiefpunkt der Krise durchschritten wurde, sondern erwartete eine noch weitere Vertiefung und Verschärfung der Krise, wodurch die Korrektur der strategischen und taktischen Fehler auch nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland noch verzögert wurde. (Anm. 20)

2. Einschätzung der Sozialdemokratie

a) Durch den Beginn und die Verschärfung der Krise wurde die Auffassung bestärkt, daß die Sozialdemokratie einer raschen Zersetzung entgegengeht und die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit den Weg zur KPD finden würden.

Die gleiche Erwartung wurde in Bezug auf die reformistischen Gewerkschaften gehegt, was zu dem Beschluß des V. RGI-Kongresses im September 1930 führte, die RGO in Deutschland zu einer eigenen Gewerkschaftsbewegung auszubauen. (Anm. 21)

Eine Kombination der Einheitsfronttaktik von unten mit einem Herantreten an die Spitzen der SPD und der freien Gewerkschaften erschien deshalb der Führung der KPD weniger denn je nötig zu sein. Gleichzeitig hielt sie das auch weniger denn je für möglich, weil die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer immer offener und schamloser die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse und die Faschisierung der Weimarer Republik selbst aktiv durchführten (Herrmann-Müller-Regierung) oder aber durch ihre Tolerierungspolitik erst möglich machten (unter Brüning-Papen-Schleicher). Aus diesem Grunde wurde das Verhältnis zur Führung der SPD und der Freien Gewerkschaften auch dann nicht geändert. als sich die Erwartung auf ein schnelles Dahinschwinden ihres Masseneinflusses als trügerisch erwiesen hatte.

b) In dieser ganzen Periode kennzeichneten die KI und die KPD die sozialdemokratischen Parteien und ganz besonders die SPD als sozialfaschistische Parteien, als

Hauptstütze der Bourgeoisie, gegen die der Hauptstoß zu führen sei. Die linken Sozialdemokraten (u. a. Seydewitz) wurden als gefährlichste Abart des Sozialfaschismus eingeschätzt, gegen die besonders heftig gekämpft werden müsse.

c) Obwohl die Kennzeichnung der Politik der rechtssozialistischen Führer als Politik des schändlichsten Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse und der Wegbereitung für den Faschismus vollkommen richtig war, waren die wesentlichsten Schlußfolgerungen, die seitens der KI und der KPD daraus gezogen wurden, irrig. Das betrifft vor allem die Theorie des „Sozialfaschismus"; die Einschätzung der SPD als Hauptstütze der Bourgeoisie bis 1933 und die These, daß der Hauptstoß gegen die SPD geführt werden müsse.

3. Zur Theorie vom „Sozialfaschismus“

Das Wesentliche dieser Theorie wurde vom X. EKKI-Plenums (Juli 1929) so formuliert: „Eine besondere Form des Faschismus in Ländern mit starken sozialdemokratischen Parteien ist der Sozialfaschismus." (Material Parteihochschule. S. 175)

Das XI. EKKI-Plenum (April 1931) traf folgende Feststellungen: „Die Sozialdemokratie ... ist der aktivste Faktor und Schrittmacher der Faschisierung des kapitalistischen Staates."' (Ebenda, S. 214)

Bei Ernst Thälmann finden sich u. a. folgende Erklärungen: „Der Sozialfaschismus (ist) der Waffenträger der faschistischen Diktatur." (E. Thälmann, Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 379, - Märzplenum 1930 des ZK der KPD)

„Wenn zum Beispiel in der letzten Zeit ein Vertreter des Nationalfaschismus in die thüringische Regierung eingetreten ist, so beweist das, daß der Nationalfaschismus allmählich von seiner ursprünglichen zügellosen Agitation abgeht und im Rahmen der Verfassung der deutschen Republik ähnliche Aufgaben für die Durchführung des Youngplans erhält wie der Sozialfaschismus. Besonders die jüngste Entwicklung in Deutschland zeigt eine fortschreitende Verschmelzung des Sozialfaschismus mit dem Nationalfaschismus." (Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 312. - Erw. Präs. des EKKI, Febr. 1930)

„Aber noch schlimmer ist die Tatsache, daß sich ... Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von Hitler-Partei und Sozialfaschismus in unseren Reihen gezeigt haben. ... . Auch in den Reihen des revolutionären Proletariats (waren) nicht ohne unser Verschulden mindestens unbewußt Stimmungen vorhanden, als ob die Braun-Severing vielleicht doch ein `kleineres Übel´ gegenüber einer Hitler-Goebbels-Regierung in Preußen wären." (Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung" - In: „Die Internationale"', Nov.-Dez. 1931, Heft 11/12)

„Das 11. Plenum hat ... einen Stoß gegen jede liberale Gegenüberstellung dieser beiden Stützen des kapitalistischen Systems geführt. Wir haben in Deutschland ... gegenüber manchen abweichenden und unklaren Auffassungen die richtige Auffassung entsprechend der Stalinschen Definition von den Zwillingen durchgesetzt. Man kann sagen, daß die gesamte politische Entwicklung in Deutschland im Verlauf der letzten Jahre geradezu einen anschaulichen Unterricht für die Richtigkeit dieser Stalinschen These bilden, wonach Faschismus und Sozialfaschismus nicht Widersacher, sondern Zwillinge sind, die sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern einander ergänzen." (3. Parteikonferenz der KPD „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur")

Zur Begründung dieser Auffassung, nach der die Sozialdemokratie ebensogut wie etwa der Hitlerfaschismus Träger einer faschistischen Diktatur sein könne, wurden verschiedene Momente angeführt.

1. Beide, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus bzw. faschistische Bewegung, sind Stützen der kapitalistischen Ordnung.

2. Beide müssen deshalb diese Ordnung mit den Mitteln verteidigen, die durch die objektiven Bedingungen notwendig werden.

3. In der Zeit der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise und des sieh verschärfenden Klassenkampfes erfordert die Verteidigung des Kapitalismus die Anwendung faschistischer Methoden, deshalb müssen sich alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie faschisieren, Schrittmacher und Träger der faschistischen Diktatur werden.

4. Aus diesem Grund sind Sozialdemokratie und Faschismus „Zwillingsbrüder". Diese These Stalins aus dem Jahre 1924 erlangte jetzt neue Aktualität und lieferte die theoretische Begründung für die Kennzeichnung der SPD als „sozialfaschistische" Partei.

5. In der Praxis der Sozialdemokratie und der Taktik der Bourgeoisie gab es viele Momente, die diese Theorie zu bestätigen schienen. Als solche Momente wurden auf den verschiedenen Kongressen und Tagungen der KPD und der KI u. a. erwähnt: Das Verwachsen der Spitzen der Sozialdemokratie mit dem Staatsapparat und dem Finanzkapital; die Anwendung faschistischer Methoden durch sozialdemokratische Staatsfunktionäre gegen revolutionäre Arbeiter (l. Mai 1929, RFB-Verbot usw.); die offene Tolerierung Brünings und die verhüllte Tolerierung Papen-Schleichers; die Bereitschaft sozialdemokratischer Führer zur Zusammenarbeit mit Nazis in der Regierung (Leipart-Strasser); die aktive Rolle der Sozialdemokratie in der antisowjetischen Kriegsfront usw. usf.

Dennoch ging die Theorie vom „Sozialfaschismus" von falschen Voraussetzungen aus. Sie war eine mechanische, falsche Weiterführung der Leninschen Kennzeichnung der Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialimperialismus und Sozialchauvinismus.

Der Ausdruck „Sozialimperialismus" kennzeichnet vollinhaltlich die Evolution der Sozialdemokratie, die durch den offenen Übertritt der (meisten) Parteien der II. Internationale ins Lager des Imperialismus beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges zutage trat.

Der Ausdruck „Sozialchauvinismus" kennzeichnete die damit verbundene Übernahme einer bestimmten imperialistischen Ideologie durch die sozialdemokratischen Führer, um mit ihr die Arbeiterklasse zu verseuchen und die entsprechende chauvinistische Politik der Bourgeoisie den Arbeitern schmackhaft zu machen oder sogar selbst durchzuführen. Dagegen ist das Neue am Faschismus nicht, daß er dem Imperialismus dient - das tat und tut die Sozialdemokratie schon lange, auch nicht seine „Ideologie" - die ist zum größten Teil ein Sammelsurium älterer reaktionärer Ideen. Das Wesentliche am Faschismus ist vielmehr, daß er eine andere Form der Ausübung der Herrschaft des Imperialismus ist als die bürgerliche Demokratie, nämlich „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." (Thesen des XIII. EKKI-Plenums vom Dezember 1933, in Material der PHS, S. 266, wiederholt beim VII. Weltkongress der KI.)

Das Ziel dieser Diktatur ist „die blutige Zerschmetterung der gesamten Arbeiterbewegung", wie die Resolution des Polbüros des ZK der KPD vom 4. Juni 1930 richtig feststellt (Zur Geschichte der KPD, ... S. 265), also nicht nur der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, wie der VI. Weltkongreß der KI im Programm der KI noch formuliert hatte. (Anm. 22)

Die Formulierung „Sozialfaschismus" wäre nur dann zutreffend, wenn die SPD zum Träger der faschistischen Diktatur, d. h. der offenen, terroristischen Diktatur über die gesamte Arbeiterklasse und deren Organisationen werden könnte, ohne daß sie damit aufhörte, Sozialdemokratie zu sein. d. h. Agentur der Bourgeoisie, deren spezifischer Wert für die Bourgeoisie darin besteht, daß sie das Vertrauen eines erheblichen Teiles der organisierten Arbeiterklasse besitzt. Das aber ist unmöglich. Die Sozialdemokratie kann direkter Träger der bürgerlichen Herrschaft nur unter der Bedingung sein, daß ihr die Bourgeoisie ein Mindestmaß an Spielraum zur Vertretung ökonomischer und politischer Forderungen der Arbeiterklasse läßt, d. h. unter der Bedingung, daß noch ein Mindestmaß an bürgerlicher Demokratie erhalten bleibt.

Wo die Bourgeoisie dieses Mindestmaß nicht mehr gewährleisten kann oder will (wie z. B. in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland), kann die Sozialdemokratie nicht

Regierungspartei bleiben, ohne ihren spezifischen Wert für die Bourgeoisie aufs Spiel zu setzen, nämlich, große Teile der Arbeiterklasse vom Abschwenken zum Kommunismus abzuhalten.

Zwar kann auch die Sozialdemokratie mit den Mitteln blutigster Gewaltanwendung regieren (Noske, Zörgiebel). aber erstens nur dann, wenn sich diese Gewaltanwendung nur gegen einen Teil der Arbeiterklasse wendet (nicht zum Beispiel gegen die Freien Gewerkschaften, auf die sie sich selbst stützt), und zweitens gewöhnlich nur als Ausnahme, nicht als Hauptmethode ihrer Regierung.

Zur Ausübung der faschistischen Diktatur muß sich deshalb die Bourgeoisie andere Instrumente schaffen, nicht etwa, weil Sozialdemokratie und Faschismus dem Klasseninhalt ihrer Politik nach unversöhnliche Gegensätze bilden würden, sondern weil die Art und Weise, wie beide die Bourgeoisie vor dem Ansturm der Arbeiterklasse zu bewahren suchen, in ihrem Hauptakzent verschieden sind.

Wenn auch die Sozialdemokratie nicht selbst Träger der faschistischen Diktatur sein kann, ohne sich als Sozialdemokratie aufzugeben, ist sie für die Bourgeoisie dennoch von großer Wichtigkeit in der Übergangsphase von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur. In dieser für die Bourgeoisie kritischen Situation des Überganges von der einen zur anderen Herrschaftsform, wo sie auf dem einen Bein schon nicht mehr und auf dem anderen noch nicht fest steht, hat die Sozialdemokratie die Funktion, die Bourgeoisie gegen die Angriffe der Arbeiterklasse abzuschirmen. Ob sie diese Funktion zu erfüllen vermag oder nicht, hängt weitgehend davon ab, ob die kommunistische Partei ihr erlaubt, diese Rolle zu spielen.

Aus all den genannten Gründen ist die Kennzeichnung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschismus" oder „Zwillingsbruder" des Faschismus nicht nur taktisch unzweckmäßig, sondern inhaltlich falsch und unzutreffend. (Anm. 23)

Diese falsche Kennzeichnung der Sozialdemokratie entspringt mindestens folgenden weiteren Irrtümern:

Erstens einer völlig einseitigen Beurteilung der Sozialdemokratie nur nach der Politik der rechten Führer, unter völliger Außerachtlassung der proletarischen Potenzen innerhalb der sozialdemokratischen Partei;

zweitens einer falschen Auffassung über das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und Faschismus und

drittens einer unrichtigen Analyse der Kräfteumgruppierung und Kräfteverschiebung im Lager der Bourgeoisie im Verlaufe der Regierungen Brüning-Papen-Schleicher.

4. Außerachtlassung der proletarischen Potenzen in der SPD

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der SPD und der Freien Gewerkschaften den Faschismus haßten, gegen ihn kämpfen wollten, und nicht zuletzt gerade deshalb zur SPD hielten, weil sie in ihr eine antifaschistische Kraft sahen.

Wenn man dennoch die Sozialdemokratie als „gemäßigten Flügel des Faschismus" betrachtet, dann muß man entweder davon ausgehen, daß die Sozialdemokratie ihre soziale Basis auf Schichten verlagert, die nicht antifaschistisch, sondern faschistisch gestimmt sind, oder aber, daß die proletarischen Massen, auf die sich die Führung der Sozialdemokratie stützt, keinerlei Einfluß auf die Politik der Sozialdemokratie auszuüben imstande sind. d. h. daß die Führung dieser Partei, der SPD. eine Politik betreiben kann, ohne Rücksicht auf die soziale Zusammensetzung und die objektiven Klasseninteressen ihrer Anhängerschaft nehmen zu müssen. In der Tat ging die KPD, als die Theorie vom Sozialfaschismus entwickelt wurde, wie bereits gezeigt, davon aus. daß die Sozialdemokratie den Schwerpunkt ihrer sozialen Basis vom Industrieproletariat auf das Kleinbürgertum verlegen würde, als unvermeidliches Ergebnis der Rechtsschwenkung der sozialdemokratischen Führung und der Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter (Vgl. 12. Parteitag der KPD).

Die Annahme, daß eine solche Entwicklung in der Absicht der Bourgeoisie oder der sozialdemokratischen Führung liegen könnte, oder daß sie einer solchen Entwicklung auch nur gleichgültig gegenüberstehen würden, bedeutete allerdings anzunehmen, daß sie die proletarischen Anhänger der Sozialdemokratie freiwillig dem Kommunismus überlassen würden, bedeutete also eine gewaltige Unterschätzung der Erfahrung, Wendigkeit. Manövrierfähigkeit und Klugheit des Klassenfeindes und seiner Handlanger.

Schon nach recht kurzer Zeit zeigte es sich, daß die Annahme von der automatischen Verlagerung des Schwergewichts der sozialen Basis der Sozialdemokratie vom Proletariat auf das Kleinbürgertum eine Fehlrechnung war. Die entscheidende soziale Basis der Sozialdemokratie blieben die in den Freien Gewerkschaften und in den anderen von der Sozialdemokratie beherrschten proletarischen Organisationen organisierten Arbeiter (vgl. E. Thälmann, Bd. 2, Seiten 110, 370, 375/76, 388/89, 467/68, 470; - sihe auch Anm. 24).

Die Theorie vom Sozialfaschismus konnte unter diesen Umständen nur aufrecht erhalten bleiben, wenn man davon ausging, daß die proletarischen, antifaschistischen Massen keinerlei Möglichkeit hatten, irgendeinen Einfluß auf die Führung der sozialdemokratischen Partei zugunsten des Kampfes gegen den Faschismus zu nehmen, wenn man also die SPD trotz ihrer proletarischen Anhängerschaft nicht mehr als

„bürgerliche Arbeiterpartei", sondern nur noch als bürgerliche Partei betrachtete, deren Politik ausschließlich von der Bourgeoisie und nicht im mindesten auch von der Rücksicht auf die Interessen der eigenen Anhänger bestimmt wird: Bei einer solchen Einschätzung der Sozialdemokratie ist es unvermeidlich, daß nicht nur die opportunistische Unterordnung unter die Sozialdemokratie bekämpft wird, die sich bei Brandler hinter der Losung „Zwingt die Bonzen" versteckte, sondern jegliche Politik, die den Versuch unternimmt, die Führung der SPD unter den Druck der Massen zu setzen, um sie zu zwingen, diesem Druck nachgebend bestimmte Forderungen der Arbeiter zu vertreten bzw. bestimmte Versprechungen einzulösen.

Abgesehen davon, daß die Auffassung, die rechte Führung der Sozialdemokratie könne ohne Rücksicht auf die Klasseninteressen der Arbeitermassen tun was sie wolle, ein Abgehen vom historischen Materialismus in der Richtung zum Voluntarismus und eine Unterschätzung der Rolle der Volksmassen darstellt, ergab sich folgender Widerspruch in der Einschätzung der Sozialdemokratie durch die KPD: Einerseits glaubt man, daß es nicht möglich sei. die sozialdemokratischen Arbeiter zu veranlassen, einen solchen Druck auf ihre Führer auszuüben, der diese zwänge, ihren Worten über den Kampf gegen den Faschismus auch Taten folgen zu lassen oder sie wenigstens daran hinderte, den Faschisierungsprozeß zu begünstigen. Andererseits schätzte man aber den Grad des Bewußtseins der sozialdemokratischen Arbeiter für so entwickelt ein. daß man annahm, sie wären bereit, auf unsere Aufforderung hin gemeinsam mit der KPD gegen ihre Führer zu kämpfen. (Vgl. Thälmann, Bd. 2, Seite 383)

Die Praxis widerlegte sehr bald sowohl die Auffassung, daß die sozialdemokratischen Führer keine Rücksicht auf ihre proletarischen Anhänger zu nehmen brauchten oder nicht nehmen könnten, als auch die andere, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Masse bereit wären, mit der KPD gegen ihre Führer zu kämpfen. Die entsprechenden Tatsachen wurden von der Führung der KPD auch registriert, ohne jedoch daraus die Notwendigkeit einer Korrektur der Linie gegenüber der Sozialdemokratie abzuleiten. Sie zog vielmehr zeitweilig die entgegengesetzte Schlußfolgerung, nämlich die der Verstärkung des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie.

Sie ging bei ihrer Einstellung zu den durch den Druck der Massen erzwungenen Manövern der SPD nur davon aus. daß diese Manöver die sozialdemokratischen Arbeiter davon abhalten sollten, zur KPD zu kommen, und versuchte diese Absicht zu durchkreuzen, indem sie sie vor den Massen aufdeckte und mit Worten entlarvte. Sie lehnte aber ausdrücklich eine solche Form der Durchkreuzung dieser Manöver als opportunistisch ab, die durch hartnäckig wiederholtes Herantreten an die Führung der Sozialdemokratie diese ständig vor die Alternative stellte, entweder ihren radikalen Worten Taten folgen zu lassen, oder aber sich selbst vor den Massen durch Taten als Betrüger und Lügner zu entlarven. (Anm. 25)

Diese falsche, einseitige Einschätzung der Sozialdemokratie nur nach ihren rechten Führern unter Außerachtlassung ihrer proletarischen Mitglieder und Anhängerschaft bildete eine wesentliche Grundlage für die falsche Theorie vom Sozialfaschismus und für die aus ihr entspringenden sektiererischen Fehler.

5. Falsche Auffassungen über das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und Faschismus

Eine weitere Grundlage für die falsche Einschätzung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschismus" ist in der irrigen Gleichsetzung der bürgerlichen Demokratie mit der faschistischen Diktatur zu suchen.

Die unbestreitbare Wahrheit, daß beide, sowohl die bürgerliche Demokratie als auch der Faschismus. Formen der Diktatur der Bourgeoisie darstellen, wurde zu der gefährlich falschen Schlußfolgerung übertrieben, daß für das Proletariat die eine wie die andere Form gleichermaßen bekämpfenswert sei. Die Auffassung, daß es auch im Interesse der Arbeiterklasse liege, die bürgerliche Demokratie gegen die faschistische Gefahr zu verteidigen, wurde als Opportunismus gebrandmarkt. (Anm. 26) Diese falsche Schlußfolgerung ergab sich

erstens aus dem Bestreben, die sozialdemokratische Theorie des „kleineren Übels" zu zerschlagen;

zweitens aus der bereits erwähnten Verkennung der wahren Bedeutung der Kräfteumgruppierung im Lager der deutschen Bourgeoisie;

drittens daraus, daß die KPD beide, die bürgerliche Demokratie wie den Faschismus, in erster Linie vom Standpunkt des erstrebten Endzieles, der Diktatur des Proletariats aus beurteilte (also von einem Standpunkt, der aus der Zukunft in die Gegenwart projiziert wurde) statt vom Standpunkt der Gegenwartsinteressen des vom Faschismus bedrohten deutschen Proletariats.

Die SPD-Führer rechtfertigten ihre verräterische Tolerierung Brünings wie auch später die Aufforderung zur Wahl Hindenburgs bekanntlich mit der Erklärung, Brüning und Hindenburg (wie später Papen und Schleicher) seien das kleinere Übel im Vergleich zu Hitler - und um das größere zu vermeiden, müsse man das kleinere Übel dulden.

In dem Bestreben, nachzuweisen, daß diese „Theorie" falsch und gefährlich und lediglich dazu angetan ist, dem Faschismus den Weg zu bahnen, erklärte die KPD nicht nur, daß man, um das größere Übel zu verhindern, schon gegen das kleinere Übel ankämpfen, daß man bereits den Anfängen wehren müsse, sondern gelangte schließ-

lich dazu, jeden Unterschied zwischen einer Regierung Brüning und einer Regierung Hitler, ja sogar zwischen einer Regierung Braun-Severing und einer Regierung Hitler-Goebbels zu leugnen. (Anm. 27)

Die doktrinäre Befangenheit in einem solchen Schema hinderte die KPD daran, den wirklichen Sinn der Übergänge von der ersten zur zweiten Brüning-Regierung. von Brüning zu Papen und von Papen zu Schleicher völlig richtig zu erkennen, wie andererseits die Mißdeutung dieser Veränderungen die Befangenheit in diesem irrigen Schema verstärkte.

Die wichtigsten Faktoren zur richtigen Deutung des Weges von der Regierung Müller über Brüning-Papen-Schleicher zu Hitler sind m. E. folgende:

a) die ständige Verschärfung der Weltwirtschaftskrise bis zum Herbst 1932 und die daraus hervorgegangene politische Krise der bürgerlichen Herrschaft in Deutschland.

b) die Abneigung und Furcht des deutschen Monopolkapitals vor einer Errichtung der faschistischen Diktatur auf dem Wege des Staatsstreiches in Erinnerung an die Folgen des Kapp-Putsches 1920.

c) daraus entspringend die Notwendigkeit der Schaffung einer faschistischen Massenbewegung, um auf parlamentarischem, „verfassungsmäßigem" Wege zur Errichtung der faschistischen Diktatur gelangen zu können.

d) der erbitterte Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Gruppen des Monopolkapitals um die Beherrschung dieses neuen Instruments zur Sicherung der Diktatur des Kapitals sowie die Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise seiner Anwendung.

Die KPD hat bei ihren Überlegungen, welche Folgen die weitere Verschärfung der Krise mit sich bringen würde, die eine Seite, die Revolutionierung der Massen, überschätzt, gleichzeitig aber die andere Seite, nämlich die verstärkten Anstrengungen der Bourgeoisie zur Errichtung der vollendeten faschistischen Diktatur, unterschätzt.

Die KPD, vor allem aber die Führung der Kl, hatten eine unrichtige Vorstellung von den Bedingungen der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland.

So führte z. B. Manuilski auf dem XI. EKKI-Plenum aus: „Die Errichtung der faschistischen Diktatur kann auf verschiedene Weise erfolgen: nach und nach, d. h. auf dem sogenannten `trockenen´ Wege, dort, wo eine starke Sozialdemokratie vorhanden ist, die das Proletariat dadurch entwaffnet, daß sie es auffordert, auf dem Boden der Gesetzlichkeit zu bleiben, wobei sie dem Faschismus eine Position nach der anderen ausliefert und das Proletariat zur Kapitulation vor ihm führt, wie z. B. in Österreich. An der Durchführung der faschistischen Diktatur `auf trockenem Wege´ arbeitet die

deutsche Sozialdemokratie. Aber gerade deshalb, weil es in Deutschland eine starke kommunistische Partei gibt, die tagaus tagein die Arbeiter zum Kampf gegen die sich faschisierende bürgerliche Diktatur mobilisiert, kommt der österreichische Weg der Durchführung der faschistischen Diktatur für Deutschland nicht in Frage." (a. a. O., S. 42/43)

In Wirklichkeit war die Stärke der KPD gerade ein entscheidender Grund dafür, daß die deutsche Bourgeoisie 1932/33 keinen Staatsstreich wagte, weil er mehr noch als 1920 die Gefahr in sich barg, daß die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer ihre Anhänger nicht mehr von einer gemeinsamen Abwehraktion mit den kommunistischen Arbeitern zurückhalten könnten. Gerade deshalb war der kluge strategische Plan des ausschlaggebenden Teiles der deutschen Bourgeoisie, der die Möglichkeiten und Grenzen aller seiner Hilfskräfte richtig abzuschätzen verstand, darauf gerichtet, den Übergang zur faschistischen Diktatur auf „legale" Weise zu vollziehen, um so auch den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern die denkbar größten Möglichkeiten zum Ausweichen und Manövrieren gegenüber etwaigen kommunistischen Einheitsfrontangeboten zu lassen. Alle genannten und noch andere Fehler und Irrtümer trugen dazu bei, daß die KPD die Gefährlichkeit des Hitlerfaschismus für die Arbeiterbewegung gewaltig unterschätzte (Anm. 28). Der Hauptirrtum bestand darin, daß sie nicht bis zu Ende klar erkannte, daß das Ziel aller Gruppen des deutschen Monopolkapitals seit der Ablösung der Hermann-Müller-Regierung die Einbeziehung der Nazis in die Regierung, die Ablösung der einen Stütze ihrer Herrschaft - der SPD - durch die andere - die NSDAP - war und sein mußte.

Anstatt Brüning, Papen, Schleicher als Entwicklungsetappen eines einheitlichen, wenn auch widerspruchsvollen Prozesses zu begreifen, der auf die volle Entfaltung der faschistischen Diktatur mit der NSDAP als Basis hinzielte, betrachtete die KPD die jeweils erreichte Etappe dieses Prozesses sozusagen statisch, als eine selbständige Form der bereits errichteten faschistischen Diktatur (wie weit Ansätze einer richtigen Einschätzung vorhanden waren, siehe Anm. 26!). So wurde während der Brüning-Regierung die wechselseitige Ausnutzung der Sozialdemokratie und der NSDAP lange Zeit als die für Deutschland spezifische Form der Ausübung der faschistischen Diktatur betrachtet, die zu einer „Verschmelzung" des „Sozialfaschismus" mit dem „Nationalfaschismus" führen würde. (Anm. 29)

Man muß aber auch sagen, daß die deutsche Bourgeoisie, hätte sie es bewußt darauf angelegt, die Kommunisten in ihren irrigen Auffassungen und falschen Vorstellungen über die Sozialdemokratie und das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und Faschismus zu bestärken und tiefer zu verstricken, kaum eine geeignetere Lösung hätten finden können als die Ära Brüning vom März 1930 bis Mai 1932.

Einer richtige Analyse wurde der KPD auch dadurch erschwert, daß sie offensichtlich nur ungenügende Kenntnisse hatte von den internen erbitterten Kämpfen zwischen den verschiedenen Gruppen des Monopolkapitals um die führende Rolle bei der Errichtung der faschistischen Diktatur und über das Kräfteverhältnis der einzelnen Gruppen. Die Kenntnis dieser Kämpfe aber liefert erst den Schlüssel zum Verständnis der politischen Konstellation und des Ablaufs der Ereignisse, die mit der Machtübergabe an Hitler endeten. Es gehört mit zu den größten Verbrechen der rechten sozialdemokratischen Führer, daß sie diese internen Vorgänge und Pläne kannten, sie aber der deutschen Arbeiterklasse verschwiegen, statt Alarm zu schlagen.

6. Endziel Sowjetdeutschland

Trotz des Anwachsens der faschistischen Gefahr blieb die strategische Zielsetzung der KPD bis zum 30. Januar 1933 (und noch lange danach!) .,Sowjetdeutschland", also der unmittelbare Kampf um die Diktatur des Proletariats.

Es ist heute, nach all den Erfahrungen, die uns die Geschichte vermittelt hat, natürlich leicht, festzustellen, daß das ein schwerwiegender Fehler war. Aber damals war es sehr schwierig, die Lösung zu finden, die uns heute so selbstverständlich erscheint. Es sei aber nur daran erinnert, daß selbst noch der VII. Weltkongreß der KI und die Brüsseler Konferenz der KPD an der Losung „Sowjetdeutschland" als Hauptlosung festhielten! Im Programm der KI, das vom VI. Weltkongreß beschlossen worden war. hieß es in dem Abschnitt: „Der Kampf für die Weltdiktatur des Proletariats und die Haupttypen der Revolution“: „Hochentwickelte kapitalistische Länder (Vereinigte Staaten, Deutschland, England usw.) ... In diesen Ländern ist die politische Hauptforderung des Programms der unmittelbare Übergang zur Diktatur des Proletariats." (Die KI, Material PHS, S. 45/46)

Mit dieser Formulierung wurde ausdrücklich abgelehnt, für diese Länder die Möglichkeit von Übergangs- oder Zwischenstadien auf dem Wege zur proletarischen Diktatur ins Auge zu fassen, wie das z. B. für die kapitalistisch weniger entwickelten Länder geschah.

Wie schon gezeigt, entsprang diese Stellungnahme unter anderem den bösen Erfahrungen, die 1923 mit der Politik der „Arbeiterregierung" in Sachsen gemacht worden waren.

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, der damit verbundenen Erwartung des nahen Beginns des neuen Turnus der proletarischen Revolutionen; mit der Radikalisierung der Massen und der Erwartung des Heranreifens der revolutionären Krise in Deutschland festigte sich die Auffassung noch mehr, daß der Kampf in Deutschland nur unter der Losung des unmittelbaren Kampfes für den Sozialismus, für die proletarische Revolution geführt werden könne und dürfe, daß alle Teilforderungen mit die-

ser zentralen Losung verbunden und ihr untergeordnet werden müßten. (Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung; Bauernhilfsprogramm; Arbeitsbeschaffungsprogramm).

Auf dem erweiterten Präsidium des EKKI im Februar 1930 führte Manuilski aus: „Wie steht es mit den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, wo nur die proletarische Revolution möglich ist? In diesen Ländern ist die bürgerliche Demokratie eine bereits durchschrittene Phase. Hier tragen die politischen Teilforderungen des Proletariats einen ausgesprochenen Klassencharakter. Auf die aufgestellten Teilforderungen hat die Tatsache des Bestehens der Sowjetunion und der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion einen entscheidenden Einfluß.

Kann man z. B. annehmen, daß die deutsche Partei im Falle des Versuches eines faschistischen Umsturzes die Parole des allgemeinen Wahlrechts und der Verteidigung der Demokratie aufstellt? Oder wird die kommunistische Partei, wenn die `Rote Fahne´ verboten wird, die Losung der Pressefreiheit im allgemeinen aufstellen? Hier wird ja die `Freiheit´ der bürgerlichen Presse von niemanden bedroht. Oder wird die KPD, wenn der Versuch unternommen wird, unsere Partei in Deutschland in die Illegalität zu treiben, die Parole der Koalitionsfreiheit aufstellen? Die bürgerlichen Parteien und ihre Presse sind doch in Deutschland die Verwirklicher und Initiatoren der faschistischen Diktatur.

Deshalb werden die deutschen Genossen für die Freiheit der Arbeiterpresse, für die Freiheit der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterversammlungen kämpfen, denn in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern sind die Klassengrenzen so scharf gezogen, daß wir dies bei der Aufstellung von Teilforderungen nicht außer Acht lassen können." (D. Manuilski, Die Weltwirtschaftskrise und der revolutionäre Aufstieg, S. 53/54)

Je weiter die Krise sich verschärfte, je größere Massen der Werktätigen nach einem antikapitalistischen Ausweg aus der Krise suchten, desto mehr waren die Führungen von KPD und KI davon überzeugt, daß der Augenblick heranreifte, der es der KPD ermöglichte, diese Massen zum Sturmangriff gegen den Kapitalismus zu führen.

Etwas vereinfacht dargestellt sah die Partei die Lage und die revolutionäre Perspektive so: Die überwiegende Mehrheit der Werktätigen in Deutschland will mit dem Kapitalismus Schluß machen, will den Sozialismus, wie die Wahlergebnisse zeigen:

Für den Sozialismus stimmten	1930	1932
die Wähler der KPD	4,5 Mill.	5,9 Mill.
die Wähler der SPD	8,5 Mill	7,2 Mill.
die Mehrzahl der Wähler der NSDAP	6,3 Mill.	ca. 12,0 Mill.
	rd.20 Mill.	rd. 25 Mill.

Dieses Millionenheer müssen wir unter unserer Fahne sammeln. Diese Aufgabe ist zu lösen, denn: Wir sind die einzigen, die diesen Massen den Weg zum Sozialismus zeigen können.

Wir sind die einzigen, die sozialistische Taten und sozialistische Erfolge aufweisen können, nämlich die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion.

Nur wir sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Alle anderen Parteien sind Koalitionsparteien, Regierungsparteien.

Wir müssen sie und sie müssen sich selbst vor den Massen entlarven als Stützen des Kapitalismus, und die von der SPD und den Nazis enttäuschten Massen werden den Weg zu uns finden, wenn wir den Kampf gegen beide prinzipiell scharf genug führen.

So Vieles damals auch für eine solche Einschätzung zu sprechen schien, sie war dennoch falsch.

Eine nüchterne, von dogmatischer Voreingenommenheit freie Prüfung des realen Kräfteverhältnisses mußte zu einem anderen Ergebnis kommen, sogar dann, wenn man die entscheidende Schwäche der KPD, ihre „Achillesferse", d. h. ihre äußerst schwache Verankerung in den Betrieben, außer Acht ließ.

Bei den Wahlen 1930 und November 1932 hatten sich entschieden:

	1930	1932
Für den Faschismus:		
(NSDAP und DNVP)	8,8 Mill.	14,7 Mill.
Gegen den Faschismus:		
(KPD, SPD, Zentrum. Demokraten)	19,5 Mill.	18,8 Mill.
Für Sowjetdeutschland (KPD)	4,5 Mill.	5,9 Mill.
Gegen Sowjetdeutschland (alle übrigen)	rd. 30 Mill./	rd. 30 Mill.

Unter solchen Umständen mußte eine Politik der Kriegserklärung „an alle", eine Politik des Vielfrontenkrieges gegen Regierung, Faschismus, Zentrum und Sozialdemokratie (vgl. Resolution der 3. Parteikonferenz der KPD) unter der Losung „Für Sowjetdeutschland" der Absicht der Bourgeoisie nach Isolierung der KPD vom größten Teil der antifaschistischen Massen durch eine freiwillige Selbstisolierung entgegenkommen, statt sie zu durchkreuzen. Diese Absicht zu durchkreuzen hätte erfordert, sich nicht isolieren lassen, sondern umgekehrt die Bourgeoisie zu isolieren. Die Möglichkeiten dafür waren größer denn je, denn der Plan der Bourgeoisie, die Errichtung der faschistischen Diktatur, wurde von der Mehrheit des deutschen Volkes, vor allem von der deutschen Arbeiterklasse, entschieden abgelehnt.

Deshalb konnte und mußte der Kampf gegen den Faschismus die zentrale Losung der KPD sein, das Hauptkettenglied zur Schaffung der Einheitsfront. Der Kampf gegen den Faschismus konnte die Plattform sein für die breiteste, sogar weit über die Arbeiterklasse hinausgehende Volksfront, in der die KPD als aktivste antifaschistische Kraft die beste Gelegenheit hatte, Vertrauen und Autorität auch bei den Anhängern der anderen Parteien zu erwerben. Aber all das war nur dann möglich, wenn die KPD bereit war, darauf zu verzichten, von jedem, der mit ihr gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen wollte, zu verlangen, daß er mit ihr auch für Sowjetdeutschland und gegen seine eigenen sozialdemokratischen oder Zentrumsführer kämpfen solle.

Die Einheitsfront gegen den Faschismus konnte also nur dann rechtzeitig zustande kommen, d. h. die Sabotage der Einheitsfront durch die Gegner dieser Einheit konnte nur dann wirkungsvoll bekämpft werden, wenn die KPD die unmittelbare Verknüpfung des Kampfes gegen den Faschismus mit dem Kampf um Sowjetdeutschland aufgab.

Die Notwendigkeit dessen wurde auch empfunden. Die Partei suchte ihr dadurch gerecht zu werden, daß sie den Terminus „proletarische Revolution" durch den Terminus „Volksrevolution" ersetzte und den Terminus „Sowjetdeutschland" durch „Arbeiter- und Bauernrepublik", ohne daß jedoch an der strategischen Orientierung eine Änderung vorgenommen wurde.

Das aber genügte natürlich nicht. Notwendig war, zu erkennen, daß eine völlig neue historische Situation entstanden war, auf die keines der gewohnten alten Schemata paßte, sondern die völlig neue, noch in keinem Programm festgelegten Lösungen verlangte. Notwendig war, zu erkennen, daß in Deutschland die Alternative: Kapitalismus oder Sozialismus von der Tagesordnung verdrängt worden war durch die andere Alternative: Sieg des Faschismus über die Arbeiterklasse oder Sieg der Arbeiterklasse über den Faschismus.

Notwendig war, zu erkennen, daß - da man den Faschismus nur schlagen konnte gemeinsam mit Verbündeten, die Gegner der proletarischen Diktatur waren - der Sieg über den Faschismus noch nicht gleichbedeutend sein konnte mit dem Sieg der proletarischen Revolution.

Andererseits aber bedeutete ein Sieg über den Faschismus eine Niederlage der Hauptkraft des Kapitalismus, des Monopolkapitals, und damit eine Schwächung der gesamten kapitalistischen Ordnung. Ein Sieg über den Faschismus konnte keine einfache Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie der Weimarer Republik, sondern mußte ein Schritt vorwärts in eine Demokratie sein, in der die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse neue wichtige Positionen errungen hätten, eine Demokratie, deren Rückgrat eine antifaschistisch-antiimperialistische Volksbewegung sein mußte. Eine solche Demokratie hätte erneut die Frage der Beteiligung der Kommunisten an einer Regierung aufgeworfen, die noch keine Regierung der Diktatur des Proletariats, aber auch schon keine gewöhnliche bürgerlich-kapitalistische Regierung mehr gewesen wäre. Deshalb war die Furcht der KPD und der KI, eine Aufforderung zur Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus wäre gleichbedeutend mit dem Abgleiten auf die Position der SPD mit ihrer Losung „Zurück zu Weimar", unbegründet.

Um all dies in der damaligen Situation zu erkennen, war allerdings ein radikaler Bruch mit allen alten Vorstellungen und ein genialer Blick für die sich gerade erst in der Keimform, im Dunkel der Zukunft abzeichnenden neuen Möglichkeiten der revolutionären Bewegung vonnöten. Diesen Blick hatte Lenin besessen, nach ihm - keiner, auch nicht sein bester Schüler, Stalin, auch nicht so hervorragende Führer der internationalen Proletariats, wie Dimitroff, Thorez und Togliatti.

Das Unvermögen, sich rechtzeitig von der Vorstellung zu lösen, in Deutschland könne die KPD für kein anderes unmittelbares Ziel kämpfen als für die proletarische Revolution, das Unvermögen, rechtzeitig zu erkennen, daß der Zugang zur proletarischen Revolution im Jahre 1932 nicht durch eine Kopie der strategischen Orientierung des Jahres 1917 eröffnet werden konnte, sondern nach neuen Wegen gesucht werden mußte, war eine der wichtigsten Ursachen für die Beibehaltung der falschen, sektiererischen Taktik gegenüber der Sozialdemokratie, der sektiererischen Entstellung der Einheitsfronttaktik.

7. Über die Einheitsfronttaktik

Der Keim zu einer sektiererischen Entstellung lag schon in der Zielsetzung der Einheitsfrontpolitik, wie sie seit dem 12. Parteitag der KPD in immer stärkerer Betonung gegeben wurde.

In den Leitsätzen über die Einheitsfront des EKKI vom Dezember 1921, die vom III. Weltkongreß der KI bestätigt wurden, war als Ziel der Einheitsfront zweierlei genannt worden:

1. Die möglichst breite und vollkommene Einheit der praktischen Aktion der Massen gegen den Angriff des Kapitals.

2. Die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus, indem man den Arbeitern die Möglichkeit gibt, „sich durch eigene Erfahrung von den Illusionen des Reformismus und des Kompromißlertums (zu) überzeugen" (Leitsätze ... These 3).

Demgegenüber wurde seit dem 12. Parteitag bei der Zielsetzung für die Einheitsfront die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse einseitig überbetont und in den Vordergrund geschoben, von der anderen Aufgabe weitgehend losgelöst und statt dessen engstens mit der Aufgabe der „Zerstörung der Sozialdemokratie" und der Vorbereitung des unmittelbaren Kampfes um die Macht verbunden.

In der Resolution des 12. Parteitages wurde z. B. gesagt, die taktische Wendung der Partei (gemeint war die Einheitsfront nur noch „von unten"), erfülle „die Leninsche Voraussetzung des Kampfes um die Macht: die Eroberung der Mehrheit des Proletariats in den entscheidenden Zentren, ohne die ein Sieg der Revolution unmöglich ist" (Zur Geschichte der KPD, Seite 260).

In dem bereits genannten Artikel der „Kommunistischen Internationale" (Heft 25/26) über die Lage in Deutschland hieß es: „Die Taktik der Einheitsfront von unten mit den sozialdemokratischen und reformistischen Arbeitern ist das stärkste Mittel zur Vertiefung der Krise der Sozialdemokratie."

Auf dem Februar-Plenum des Zentralkomitees der KPD 1932 erklärte Ernst Thälmann: „Revolutionäre Einheitsfrontpolitik durchführen, das heißt schonungslosen Kampf gegen die Sozialfaschisten aller Schattierungen betreiben ..."

Die Ursache für diese Verschiebung der Aufgabenstellung der Einheitsfronttaktik gegenüber den Leitsätzen von 1921 lag in der bereits genannten falschen Analyse der politischen Gesamtsituation im allgemeinen und der Situation der Sozialdemokratie im besonderen.

Insbesondere war es die Theorie von der SPD als der Hauptstütze der Bourgeoisie bis zum 30. Januar 1933 und noch darüber hinaus, die die Partei daran hinderte, die Fehlkonzeption ihrer strategischen Orientierung zu erkennen. (Anm. 30)

Die Begründung für die These von der SPD als der Hauptstütze der Bourgeoisie machen die Hauptschwäche der KPD. aber nicht nur der KPD, sondern auch der Führung der Kommunistischen Internationale nach Lenins Tod deutlich offenbar, nämlich das ungenügende Vermögen zur richtigen Analyse der Konstellation der Klassenkräfte und der Absichten des Klassenfeindes; das Dominieren des revolutionären Elans und der revolutionären Ungeduld über die nüchterne Einschätzung des realen Kräfteverhältnisses in der gegebenen Etappe des Klassenkampfes.

Die Einschätzung der SPD als Hauptstütze der Bourgeoisie während dieser ganzen Periode ist aufs Engste verbunden mit der strategischen Orientierung auf den unmittelbaren Kampf um die Macht, mit dem dogmatischen Versteifen darauf, die Situation in den Jahren 1930 bis 1932 entspräche der Situation vor dem Oktober 1917 in Rußland.

Bei einer solchen Orientierung mußte man unvermeidlich zu dem Ergebnis kommen, daß „die SPD die Hauptgefahr für die deutsche Revolution im Innern des Landes ist", daß man „der deutschen Sozialdemokratie vor der proletarischen Revolution die Hand an die Kehle legen muß" (Aus dem oben genannten Artikel in der „Kommunistischen Internationale").

Dann mußte man auch unvermeidlich zu der Feststellung gelangen, daß die Sozialdemokratie „natürlich trotz alledem ... das Haupthindernis der proletarischen Revolution bleibt" (Ernst Thälmann auf der 3. Parteikonferenz der KPD, a. a. O., S. 36), und daß „die Sozialdemokratie schlagen ... die wichtigste Voraussetzung für die proletarische Revolution" zu schaffen bedeutet (Ernst Thälmann auf dem Februar-Plenum der KPD 1932, a. a. O., S. 37).

Bei der These von der ..Hauptstütze der Bourgeoisie" wurde außerdem nicht präzise unterschieden zwischen der Rolle der Sozialdemokratie als Stütze der Bourgeoisie im Allgemeinen und der spezifischen Rolle der SPD als Stütze der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse.

Faßt man die spezifische Rolle der SPD als Stütze der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse ins Auge, dann muß man allerdings sagen, daß sie tatsächlich gegenüber allen anderen Stützen der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse (z. B Zentrum, Christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften, Nazis) bis zum 30. Januar und noch eine gewisse Zeit darüber hinaus bis zur Konsolidierung des faschistischen Regimes die Rolle der Hauptstütze spielte.

Spricht man aber von der SPD als sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie, dann trifft das nicht zu.

Hier ist sogar die Frage selbst, bis wann die SPD die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie war, falsch gestellt; denn es handelt sich dabei um einen Prozeß der sehr behutsam vollzogenen Verlagerung des Schwergewichts der sozialen Basis der Herrschaft der Bourgeoisie von der Arbeiterklasse mit der SPD als Hauptstütze auf das Kleinbürgertum mit der NSDAP als Hauptstütze.

Bei Prozessen dieser Art ist es unmöglich, zu sagen: Bis gestern war die SPD, ab heute ist die NSDAP die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie.

Alles kommt darauf an, rechtzeitig, d. h. so früh wie möglich, das Wesen des Prozesses, seine Richtung und sein Ziel zu erkennen und dementsprechend die eigene Strategie und Taktik weiter zu entwickeln.

Wenn man also den Zeitpunkt sucht, von dem ab die KPD ihre strategische und taktische Orientierung hätte ändern müssen, kommt man nicht zum Ziel, wenn man fragt: Ab wann war die SPD nicht mehr Hauptstütze? Sondern man muß fragen: Wann beginnt die Umorientierung der Bourgeoisie auf einen Ersatz der SPD als Hauptstütze durch eine Hauptstütze im Lager des Faschismus? Ab wann war dieser Prozeß schon so weit forgeschritten, daß die Partei ihn unbedingt zum Anlaß hätte nehmen müssen, ihre eigene strategische und taktische Orientierung umzustellen?

Ein deutlicher Hinweis auf die beginnende Umorientierung der deutschen Bourgeoisie auf den Faschismus war die Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie im September 1929 und seine Denkschrift vom Dezember des gleichen Jahres, betitelt „Aufstieg oder Niedergang".

Bei richtiger Einschätzung der Situation wäre es also schon notwendig gewesen, ohne Preisgabe unserer prinzipiellen Kritik an der Regierung Hermann Müller sie gegen alle Angriffe von rechts zu verteidigen, von der Führung der SPD und der Freien Gewerkschaften zu verlangen, daß sie an die Regierung die Forderung richten, entschieden alle arbeiterfeindlichen Vorstöße des Kapitals zurückzuweisen und ihr dabei die volle Unterstützung der KPD zuzusichern.

Das heißt, die KPD hätte sich darauf orientieren müssen, gestützt auf und eng verbunden mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern es den rechten Führern so schwer wie möglich zu machen, vor den Angriffen des Kapitals zu kapitulieren. Sie hätten eine Politik der schärfsten Kritik an allen reaktionären Maßnahmen der Regierung verbinden müssen mit der Forderung, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und mit dem Angebot, für die Durchsetzung dieser Forderun-

gen gemeinsam mit SPD und Freien Gewerkschaften die Regierung Hermann Müller zu unterstützen.

Eine solche Einstellung wurde von der Führung der KPD und der KI abgelehnt, weil sie sie für undurchführbar und unzulässig hielten, für eine Wiederholung der rechtsopportunistischen Abweichung der Brandler-Gruppe, die SPD vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterbewegung herüberziehen zu wollen.

Vor allen Dingen aber erfolgte die Ablehnung deshalb, weil sie die Situation für reif hielten, den Generalangriff zur Zerstörung der Sozialdemokratie als politische Kraft zu eröffnen (12. Parteitag der KPD) und weil sie befürchteten, durch Angebote an die SPD-Führung die Illusionen über diese zu nähren statt sie zu zerstören.

In der Tat wäre es krasser Opportunismus, zu glauben, man könne die Parteien der Sozialdemokratie aus bürgerlichen Arbeiterparteien in echte Arbeiterparteien umwandeln, solange die Herrschaft des Imperialismus nicht gebrochen, zumindest aber viel stärker erschüttert ist, als das damals der Fall war (und heute der Fall ist).

Aber darum ging es ja gar nicht, sondern es ging darum, gestützt auf die sozialdemokratischen Arbeitermassen die sozialdemokratischen Führer zu zwingen, gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf zu führen - nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Offensive des Kapitals, und gegen den Faschismus; die Sozialdemokratie also nicht in eine antikapitalistische, sondern in eine antifaschistische Front einzureihen. Dafür, daß dies keine opportunistische Utopie, sondern eine reale Möglichkeit und sogar eine Notwendigkeit ist (denn anders ist der Faschismus nicht zu schlagen), dafür wurden inzwischen mehrfache Beweise erbracht (Volksfront in Frankreich und Spanien), ja, auf dieser Erkenntnis beruht heute in entscheidendem Maße die Einheitsfrontpolitik der kommunistischen Parteien (auch der Einwand, daß sich die sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und anderen Ländern erst durch den Sieg des Faschismus in Deutschland zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereitfanden, ist kein Argument dagegen, daß die Kommunisten schon vorher bereit sein mußten, auch mit den Führern der Sozialdemokratie gegen den Faschismus zusammenzugehen.)

Die KPD verfolgte aber eine entgegengesetzte Taktik. Ausgehend von der Auffassung, daß sich mit dem Übergang der Bourgeoisie zum Faschismus auch alle bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD faschisieren müßten, war die Taktik der KPD darauf eingestellt, die Sozialdemokratie so rasch und so weit wie möglich nach rechts gelangen zu sehen, damit die sozialdemokratischen Arbeiter sich um so schneller von ihr ab- und dem Kommunismus zuwenden.

„Bei Durchführung einer richtigen Politik unsererseits wird sich das Schwergewicht der Sozialdemokratie noch mehr als bisher auf das Kleinbürgertum verschieben" (Ernst Thälmann, Bd. 2, S. 82).

Der Zeitpunkt, an dem es bereits möglich war. die Absichten der Bourgeoisie, ihre Umorientierung auf den Faschismus, zu erkennen und eine entsprechende Wendung in der eigenen Politik durchzuführen, liegt also noch in der Periode der Regierung Hermann Müller, etwa Ende 1929, Anfang 1930.

Als Zeitpunkt, zu dem der Plan der Bourgeoisie bereits soweit Gestalt angenommen hatte, daß es nicht nur möglich, sondern dringend notwendig war, diese strategische Orientierung der Partei in der Richtung des Hauptstoßes gegen den Faschismus zu ändern, muß der Herbst 1930 (Ergebnis der Septemberwahl 1930) angesehen werden (siehe W. Pieck. „Der neue Weg ...", S. 27). Jede weitere Verzögerung der notwendigen Umorientierung mußte die Verwirklichung der Faschisierungsabsichten der Monopolbourgeoisie erleichtern. Aus der These, daß die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie sei, wurde geschlußfolgert, daß gegen die SPD auch der Hauptstoß der KPD zu richten sei. (Anm. 31)

Zur Begründung dieser Schlußfolgerung wurde als Hauptargument Stalins Darstellung der Strategie und Taktik der Bolschewiki in der Periode der Vorbereitung der Oktoberrevolution angeführt. Auf dem Februarplenum 1932 führte z. B. Ernst Thälmann aus: „In dem Vorwort zu seinem Buch `Auf dem Wege zum Oktober´ hat Genosse Stalin die revolutionäre Strategie des Leninismus in klassischer Weise formuliert. Er bezeichnet als die grundlegende strategische Regel des Leninismus die Erkenntnis:

1. daß die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution in der Periode der herannahenden revolutionären Entscheidung die Kompromißlerparteien sind;

2. daß es unmöglich ist, ohne Isolierung dieser Parteien den Feind (den Zarismus oder die Bourgeoisie) zu stürzen;

3. daß infolgedessen das stärkste Feuer in der Periode der Vorbereitung der Revolution auf ihre Isolierung, auf die Loslösung der breiten Massen der Werktätigen von diesen Parteien gerichtet werden muß.

Die praktische Anwendung dieser Strategie in Deutschland erfordert den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie. Sie ist mit ihren `linken´ Filialen die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution. Sie ist die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, sie ist der aktivste Faktor der Faschisierung. wie das XI. Plenum sehr richtig aussprach, und sie versteht zugleich in der gefährlichsten Art, als ‚gemäßigter Flügel des Faschismus'

die Massen durch ihre Betrugsmanöver für die Diktatur der Bourgeoisie und für ihre faschistischen Methoden einzufangen.

„Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, die Mehrheit des Proletariats zu erobern und die wichtigste Voraussetzung für die proletarische Revolution zu schaffen."

War schon die These von der „Hauptstütze" Ausfluß einer dogmatischen, undialektischen Betrachtungsweise, so war es die These vorn „Hauptstoß" noch viel mehr.

Heute wissen wir, daß die Situation vor dem Oktober 1917 keine Parallele zu der Situation der Jahre 1930 bis 1933 zuließ.

In Rußland war der Hauptfaktor, der die Revolution vorantrieb, der imperialistische Krieg. Die wichtigsten Forderungen der Volksmassen waren: Frieden und Boden!

Der Zarismus war vor allem gestürzt worden. weil er sich der Erfüllung dieser Forderungen entgegenstemmte. Aus dem gleichen Grunde wurde die erste provisorische Regierung gesprengt und in die zweite provisorische Regierung die letzte politische Reserve der Bourgeoisie, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, aufgenommen (Mai 1917). Weil sie es waren, die mit ihrem Eintritt in die Regierung dem Volke Frieden und Land verweigerten, deshalb konnte und mußte der Hauptstoß gegen sie geführt werden.

Unter den damaligen politischen Verhältnissen in Rußland war die Abwendung der Massen von den Menschewiki und Sozialrevolutionären gleichbedeutend mit ihrer Hinwendung zu den Bolschewiki, eben weil es keine unverbrauchte, nicht kompromittierte, nicht als volksfeindlich entlarvte Partei der Bourgeoisie mehr gab.

Ganz anders war die Situation in Deutschland der Weltwirtschaftskrise. Der Hauptfaktor der Radikalisierung der Massen war die Wirtschaftskrise, die durch sie verursachte Verelendung der Massen, der Ruin des Mittelstandes und der Bauern.

In Rußland hatten die Tatsachen eine eindeutige Sprache gesprochen: Verantwortlich für die Fortführung des Krieges waren die Regierungsparteien, zu denen die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre gehörten.

Wer aber war in Deutschland für die Krise und ihre Fortdauer verantwortlich? War es eine bestimmte Partei oder nicht vielmehr ein System, das System des Kapitalismus?

Während der Krise verloren Millionen Kleinbürger ihren Glauben an den Kapitalismus, begannen ihm zu mißtrauen, ja, ihn zu hassen. Sie verließen die offen kapitalistischen Parteien der bürgerlichen Mitte, um sich einer vermeintlich antikapitalistischen Partei zuzuwenden, der NSDAP. Auf diese Weise führte die Krise in Deutschland - anders als der imperialistische Krieg in Rußland - nicht die restlose Kompromittie-

rung und Diskreditierung aller Stützen der kapitalistischen Ordnung, aller Parteien - mit Ausnahme der Bolschewiki - herbei, sie gab im Gegenteil der Bourgeoisie die Möglichkeit zur Schaffung einer neuen, für die Arbeiterklasse besonders gefährlichen, besonders bedrohlichen Stütze an Stelle der abgenutzten und verbrauchten alten. Mehr noch: die „Flucht" der Sozialdemokratie aus der Verantwortung mit dem Rücktritt der Regierung Hermann Müller, der Übergang zum System der Notverordnungsregierungen, gab auch der SPD wieder die Möglichkeit, durch oppositionelle Manöver sich vor dem völligen Verlust des Vertrauens ihrer Anhänger zu bewahren, die völlige Selbstentlarvung zu vermeiden, auf deren Unvermeidlichkeit im Grunde der ganze strategische Plan der KPD aufgebaut war.

Wenn man trotz dieser Unterschiede dennoch das Stalinsche Schema auf die Verhältnisse in Deutschland übertragen wollte, dann hätte man als Paktiererparteien im Sinne dieses Schemas und der historischen Analogie unter den Regierungen Brüning und Papen nicht die SPD, sondern das Zentrum, die Volkspartei und die Deutschnationalen bezeichnen müssen. Folglich hätte man - wiederum dem Schema folgend - den Hauptstoß nicht gegen die SPD, sondern gegen diese Parteien richten müssen.

Wenn man aber unter „Paktiererparteien" die nicht in der Regierung vertretenen Parteien verstehen wollte, die jedoch durch ihr Verhalten die kapitalistische Herrschaft vor den Angriffen der Arbeiterklasse abschirmten - dann war das nicht nur die SPD, sondern auch die NSDAP. Dann durfte man - ebenfalls entsprechend dem Schema - den Hauptstoß nicht einseitig gegen die SPD, sondern müßte ihn gleichzeitig gegen die SPD und die NSDAP richten. Allerdings wären auch diese Schlußfolgerungen nicht richtig gewesen.

Die KPD zog jedoch keine dieser Schlußfolgerungen, sondern hielt daran fest, daß der Hauptstoß gegen die SPD zu richten sei. In dem bereits bekannten Artikel der „Kommunistischen Internationale“ (Heft 25/26 1931) wird gesagt: „Alle Kräfte der Partei müssen in den Kampf gegen die Sozialdemokratie geworfen werden. In keinem anderen Lande hängt das Tempo der Entwicklung der revolutionären Krise in dem Maße von dem Tempo der Zertrümmerung der Massenbasis der Sozialdemokratie ab, wie in Deutschland.“

Und Ernst Thälmann schrieb in seinem bereits mehrfach zitierten Artikel in der „Internationale": „Die entscheidende Schlußfolgerung, die sich aus den Beschlüssen des 11. Plenums für die deutsche Partei ergeben mußte, war, ... den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu richten.

Kampf gegen den Faschismus muß in aller erster Linie Kampf gegen die SPD sein .... Die Faschisten können überhaupt nur geschlagen werden, wenn man die SPD, ihr

Bündnis mit dem Faschismus, ihren Dienst für den Klassenfeind, vor den Massen der Arbeiter enthüllt und diese von den SPD-Führern loslöst. ... .

In der Frage des Hauptstoßes gegen die SPD steckt das Kernproblem der kommunistischen Politik in Deutschland."

Und noch auf der 3. Parteikonferenz in Oktober 1932 sagte Ernst Thälmann („Im Kampf gegen die faschistische Diktatur", S. 17): „Gerade, um die Massen in den Kampf gegen die faschistische Diktatur fuhren zu können, müssen wir den Einfluß der SPD auf entscheidende Teile des Proletariats mit den größten Anstrengungen unsererseits zu brechen versuchen. Ohne den gleichzeitig schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie kann es keine Einreihung der SPD-Arbeiter in die antifaschistische Kampffront und damit auch keinen erfolgreichen Kampf gegen die faschistische Diktatur und ihre Terrororganisation, den Hitler-Faschismus, geben."

In den politischen Thesen des 12. EKKI-Plenum heißt es ausdrücklich: `Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen´.

Jede Tendenz einer Abschwächung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die SPD-Führer oder einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und Sozialfaschismus ist deshalb völlig unzulässig."

Dieses ganze System irriger Voraussetzungen und falscher Schlußfolgerungen führte zum starren Festhalten an der Taktik der Einheitsfront „nur von unten", selbst dann noch, als der Druck von unten auf die Leitungen beider Organisationen zur Verständigung gegen den Faschismus immer mehr anwuchs. Diese Haltung entsprach einmal dem tiefen Mißtrauen gegen die sozialdemokratischen Führer, zu dem allerdings auch mehr als genügend Grund vorhanden war; noch ausschlaggebender jedoch war auch hier das Festhalten an der strategischen Zielsetzung der KPD: Kampf um die Macht, um Sowjetdeutschland. Bei einer solchen strategischen Orientierung, wo der Kampf gegen den Faschismus als gleichbedeutend mit dem Kampf um die proletarische Revolution betrachtet wurde, war natürlich eine gemeinsame Frontbildung mit der SPD-Führung nicht möglich, konnte man nur an die sozialdemokratischen Arbeiter, nicht jedoch an ihre Führer appellieren.

Dabei mußte man aber unvermeidlich die sozialdemokratischen Arbeiter so behandeln, als ob sie schon keine sozialdemokratischen Arbeiter mehr, sondern schon Kommunisten wären; denn dann war die Aufforderung zur Einheitsfront mit der KPD gleichbedeutend mit der Aufforderung zum Bruch mit ihrer eigenen Partei, dann setzte man voraus, daß der sozialdemokratische Arbeiter, an den die KPD appellierte, zur

Führung der KPD schon mehr Vertrauen besaß, als zur Führung seiner eigenen Organisation.

Diese Taktik der Einheitsfront hatte also das, was eigentlich ihr Ergebnis sein sollte, zur Voraussetzung - nämlich die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

Auf dem XI. EKKI-Plenum hatte Manuilski sehr treffend festgestellt: „Die Methoden unserer Agitation unter den sozialdemokratischen Arbeitern sind die denkbar schlechtesten. Wir treten in einer Weise an sie heran, als hätten wir eine kommunistische Hörerschaft vor uns, für die der verräterische Charakter der Sozialdemokratie absolut klar ist, oder so, als wären das Leute, die bereits ideologisch mit der Sozialdemokratie gebrochen haben und lediglich eines gewissen Anstoßes bedürfen, um sich in die Reihen der Kommunisten einzugliedern." (a. a. O., S. 77)

Aber hieß es nicht, gerade diesen Fehler zu begehen, wenn die Kommunisten den sozialdemokratischen Arbeitern sagten: „Eure Führer betrügen euch, wenn sie sagen, der Hauptfeind sei der Faschismus." (Manuilski in der oben zitierten Rede)

„Faschismus und Sozialfaschismus, die NSDAP und eure Partei, sind nur zwei Schattierungen der gleichen Stütze der Bourgeoisie, sind Zwillinge.

Macht Schluß mit der Partei des Arbeiterverrats und des Arbeitermordes, mit der SPD! Verjagt die Agenten des Sozialfaschismus aus allen Funktionärsposten in Betrieben und Gewerkschaften!" (Aus dem Manifest des XII. Parteitages der KPD an die arbeitenden Massen in Deutschland, in: „Zur Geschichte der KPD ..." S. 255 - Diese Formulierung wurde allerdings später von Ernst Thälmann selbst als sektiererisch bezeichnet.)

„Der Kampf gegen den Faschismus ist undenkbar ohne den schärfsten Kampf gegen eure Partei, gegen eure Führer, die eine entscheidende Waffe des Faschismus in Deutschland darstellen“ (Siehe Resolution des Juni-Plenums der KPD 1930 in: „Zur Geschichte der KPD", Seite 267).

Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, „die Sozialdemokratie zu zerschlagen" (vgl. dazu die Thesen des II. EKKI-Plenums, Material der Parteihochschule II. Seite 228).

Und wenn sie den SAP-Arbeitern sagten: „Eure Führer, die `linken´ Sozialfaschisten, sind die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse", dann war dies eine Sprache, die das Denken und die Mentalität, der sozialdemokratischen Arbeiter nicht berücksichtigte oder völlig falsch einschätzte.

Aber war es denn möglich, bei der strategischen Orientierung der KPD zu den sozialdemokratischen Arbeitern anders zu sprechen? Es war nicht möglich. Aber gerade das

spricht deutlich dafür, daß die strategische Orientierung selbst nicht richtig sein konnte. Sie mußte zwangsläufig zu dem Bemühen führen, den sozialdemokratischen Arbeiter zum Kommunisten zu machen (Wilhelm Pieck dazu auf den VII.Weltkongreß der KI).

„Aber es fehlte bei dieser Einstellung die Linie auf ein Herantreten an die sozialdemokratischen Organisationen, es überwog mehr der Versuch zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Partei". (W. Pieck, „Der neue Weg". S. 28)

Dieses Herantreten an die sozialdemokratischen Leitungen fehlte deshalb, und an der Einheitsfront „nur von unten" wurde deshalb festgehalten, weil die Partei fürchtete, bei einer anderen Politik die ungeteilte alleinige Führung der Massen nicht sicherstellen zu können; diese ungeteilte Führung mußte aber sichergestellt werden, wenn man den Kampf um die Macht erfolgreich führen wollte. (Anm. 32) Auch bei dieser Einstellung spielte die Feststellung Stalins eine große Rolle: „Also, ungeteilte Führung durch eine Partei, die Partei der Kommunisten, als grundlegendes Moment bei der Vorbereitung des Oktober - das ist der kennzeichnende Zug der Oktoberrevolution, das ist die erste Besonderheit der Taktik der Bolschewiki in der Periode der Vorbereitung des Oktober.

Es braucht wohl kaum nachgewiesen zu werden, daß der Sieg der Diktatur des Proletariats unter den Bedingungen des Imperialismus ohne diese Besonderheit der Taktik der Bolschewiki unmöglich gewesen wäre". (Stalin „Fragen des Leninismus", Moskau 1947, S. 120)

Abgesehen davon, daß - worüber schon gesprochen wurde - das Festhalten an der strategischen Orientierung auf die Vorbereitung der proletarischen Revolution nicht dem neuen Kräfteverhältnis entsprach, kam in dieser Haltung der KPD auch noch ein weiterer Fehler zum Ausdruck, nämlich die Vorstellung, man könne die alleinige Führung dadurch sicherstellen, daß man sie beansprucht, dadurch, daß man es ablehnt, ein Abkommen mit anderen Arbeiterorganisationen usw. zu schließen. Diesen Standpunkt kann man erst dann beziehen, wenn man die ungeteilte Führung über die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bereits errungen hat - und selbst dann ist eine solche Haltung nicht obligatorisch. Solange das jedoch nicht der Fall ist, darf die Partei sich unter keinen Umständen darauf festlegen, nur die Einheitsfront von unten zu organisieren, denn das heißt, darauf zu verzichten, die Massen durch ihre eigenen Erfahrungen zu der Erkenntnis hinzuführen, daß nur die Kommunisten verdienen, daß man ihnen folgt und vertraut. Das bedeutet ferner, solche grundlegenden Lehren Lenins zu ignorieren, wie die folgenden: „Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs sorgfältigste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, auch den kleinsten `Riß´ zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen

der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten zu gewinnen, hinter dem Massen stehen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein." (Lenin, „... Radikalismus": Verlag Neuer Weg. 1945, S. 52/53)

„Aus alledem aber ergibt sich für die Vorhut des Proletariats, für seinen klassenbewußten Teil, für die kommunistische Partei absolut unumgänglich die Notwendigkeit, die unbedingte Notwendigkeit, zu lavieren, zu paktieren, Kompromisse mit verschiedenen proletarischen Gruppen, mit verschiedenen Parteien der Arbeiter und der kleinen Besitzer zu schließen. Es kommt nur darauf an, zu verstehen, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt.“ (Ebenda, S. 56)

Die Kommunisten sind die einzigen, die solche Abkommen nicht zu fürchten brauchen. Welches Abkommen sie mit wem auch immer schließen mögen - ob über den Kampf zur Vertretung der Tagesinteressen der Arbeiter und der übrigen Werktätigen, ob über den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus oder zur Verteidigung des Friedens - sie werden immer die Massen durch ihre Arbeit, durch ihre Taten davon überzeugen können, daß sie die aktivsten, konsequentesten, ja die einzig konsequenten und die einzig bis zu Ende ehrlichen Vertreter der Interessen der Werktätigen sind. Auf diese Weise werden sie sich die tatsächliche ungeteilte Führung erobern (ohne es nötig zu haben, auch nur einmal den Anspruch auf diese Führung auszusprechen, denn diese Führung kann nur das Ergebnis des politischen Kampfes sein).

Zu welchen Fehlern in der praktischen Politik der Partei führte nun diese falsche theoretische Konzeption?

1. Die heftigsten Angriffe richtete die Partei nicht gegen die Nazis. sondern gegen die SPD-Führung, entsprechend der Theorie vom „Hauptstoß". Am verhängnisvollsten in dieser Hinsicht war die Beteiligung an dem von Stahlhelm und den Nazis eingeleiteten Volksentscheid gegen die Preußenregierung Braun-Severing im August 1931. (Anm. 33) An dieser Aktion der Faschisten hätte sich die KPD unter gar keinen Umständen beteiligen dürfen. Dieser Fehler der KPD hat sich in seiner ganzen Schwere erst ein Jahr später beim Staatsstreich Papens gegen die Preußenregierung ausgewirkt. Wenn die rechten Führer der SPD und des ADGB das Angebot der KPD zur gemeinsamen Abwehr des faschistischen Vorstoßes ablehnen konnten und wenn es der KPD nicht gelang, die aufs höchste erregten und über die feige Kapitulation ihrer Führer empörten sozialdemokratischen Arbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg zu Abwehraktionen mitzureißen, dann nicht zuletzt dank der Wirksamkeit des

Arguments der sozialdemokratischen Führer: Die Kommunisten meinen es mit ihrem Angebot zum gemeinsamen Kampf nicht ehrlich, denn im vorigen Jahr wollten sie gemeinsam mit den Nazis die Preußenregierung stürzen, die sie heute mit dem Generalstreik verteidigen wollen!

2. Die Haltung gegenüber Einheitsfrontabkommen, die hier und dort als Ausdruck des immer stürmischeren Strebens der Arbeiter auf beiden Seiten zur Einheit gegen den Faschismus zustande kamen, sowie die Haltung gegenüber Einheitsfrontangeboten der SPD-Führung an die Führung der KPD.

Diese mehrfachen, demagogischen Angebote der SPD-Führung an die KPD wurden von ihr abgelehnt mit der Begründung: Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern - ja, mit den sozialfaschistischen Führern - niemals. (Anm. 34) Diese starre Festlegung der KPD hat es den sozialdemokratischen Führern überhaupt erst erlaubt, solche demagogischen Einheitsfrontangebote zu starten, da sie von vornherein wußten, daß keine Gefahr ihrer Annahme bestand. Hätten sie eine Annahme ihrer Angebote befürchten müssen, dann hätten sie es nie gewagt, sie überhaupt abzuschicken. (Ein schlagender Beweis dafür ist die Haltung der heutigen SPD-Führung.) Das zeigte sich aber auch damals in all den Fällen, wo die KPD doch an die Führung der SPD und des ADGB mit Angeboten zum gemeinsamen Kampf herantrat (z. B.: 20. Juli 1932; 30. Januar 1933). Diese Angebote wurden allesamt abgelehnt (siehe W. Pieck, „Der neue Weg ...". S. 21). Allerdings fiel den reformistischen Führern die Begründung der Ablehnung dieser Angebote relativ leicht. Sie wiesen gewöhnlich daraufhin, daß die KPD nach ihren eigenen Aussagen in der SPD einen gefährlicheren Gegner als in den Nazis erblicke, und solange sich diese Haltung der KPD nicht ändere, könne die SPD auf diese Angebote nicht eingehen.

Die damalige Haltung der KPD hat also der SPD-Führung das Manövrieren und den Betrug an den Massen nicht erschwert, sondern erleichtert.

3. Die Haltung der KPD bei der Reichspräsidentenwahl 1932. Das Bestehen auf der Kandidatur Thälmann in beiden Wahlgängen ohne den Versuch zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der antifaschistischen Linken hat es der SPD-Führung erleichtert, die Sache so darzustellen, als ob es für die SPD wegen der Haltung der Kommunisten keine andere Möglichkeit gegeben hätte, die Wahl Hitlers zu verhindern, als zur Wahl Hindenburgs aufzurufen.

4. Die Haltung der KPD bei Wahlen zu Landtagen, Gemeinderäten usw. Häufig bezog die KPD die Linie, einen eigenen Kandidaten aufzustellen und für ihn auch dann zu stimmen, wenn seine Kandidatur aussichtslos war und wenn die Stimmabgabe der Kommunisten für die Kandidaten der SPD ausgereicht hätte, den Kandidaten der NSDAP zu schlagen. Das gab den SPD-Führern immer wieder die Möglichkeit,

ihren Anhängern zu erzählen, die KPD habe den Nazis zum Siege verholfen, sie betreibe also in Wirklichkeit eine Politik der Einheitsfront mit den Nazis gegen die SPD.

8. Über die Gewerkschaftspolitik der KPD

Wie wirkte sich nun die strategische und taktische Konzeption der KPD auf ihre Gewerkschaftspolitik aus?

Auf diesem Gebiet waren die Auswirkungen am verhängnisvollsten, weil sie zur Schwächung der Partei auf dem entscheidenden Kampfabschnitt, in den Betrieben, beitrug.

Der Beschluß des V. RGI-Kongresses zur Schaffung einer eigenen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland war die logische Konsequenz aus der Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Situation und der Orientierung auf den Generalangriff gegen den Reformismus, wie sie vom 12. Parteitag der KPD gegeben worden war.

Bereits im Dezember 1928, auf der Sitzung des EKKI-Präsidiums, deutete Stalin die Möglichkeit an, daß es in der Perspektive in Deutschland möglich und notwendig werden könnte, revolutionäre Parallelorganisationen zu den reformistischen Gewerkschaften zu schaffen. (Stalin, Werke, Bd. 11. S. 268)

Auf dem 12. Parteitag wurde die Frage diskutiert, ob die Anweisung. die von den reformistischen Gewerkschaftsführern vorgelegten Reverse zu unterschreiben, noch aufrechterhalten werden kann. (E. Thälmann Bd 2, S. 145)

Auf dem X. EKKI-Plenum beantwortete Thälmann diese Frage bereits mit Nein (Ebenda, S. 204). Er stellte gleichzeitig fest, daß auf Grund der Faschisierung des Gewerkschaftsapparates es keine Möglichkeit zur Eroberung dieses Apparates mehr gäbe, daß die Losung "Eroberung der Gewerkschaften" jetzt Eroberung der Gewerkschaftsmassen, nicht mehr Eroberung des Apparates bedeute (ebenda, S. 199).

Beide Stellungnahmen mußten in der Konsequenz zur Forderung nach eigenen revolutionären Gewerkschaften führen. Diese Schlußfolgerungen wurden von Ernst Thälmann auf dem X. EKKI-Plenum (Juli 1929) und auch auf dem erweiterten EKKI-Präsidium (Februar 1930) noch nicht gezogen, im Gegenteil: Er wies alle Tendenzen zum freiwilligen Austritt aus den Gewerkschaften und zur Schaffung eigener Gewerkschaften in Deutschland entschieden zurück - jedoch auch mit der Perspektive, diesen Schritt später zu tun.

Der nächste Schritt erfolgte auf dem März-Plenum 1930. auf dem die Aufgabe gestellt wurde, einerseits die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zu verstärken, andererseits aber die bereits bestehenden Organisationen der ausgeschlossenen revo-

lutionären Arbeiter zu Mustergewerkschaften auszubilden. (E. Thälmann. a. a. O., S. 391/393)

Im September 1930 erfolgte dann der bekannte Beschluß des V. RGI-Kongresses als logischer Abschluß dieser ganzen Entwicklung, mit dem Ziel und in der Hoffnung, die rote Gewerkschaftsbewegung zur führenden Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu machen. Dieser Beschluß hatte äußerst schädliche Folgen. Er begünstigte die Austrittsbewegung revolutionärer Arbeiter aus den reformistischen Gewerkschaften und führte zur Bildung lebensunfähiger roter Verbände. Er führte zur Isolierung und sogar Entfremdung der Kommunisten von den in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeitern, sowie zum Verlust der meisten Positionen in den freien Gewerkschaften. Er führte ferner dazu, daß die Partei zeitweilig ihre Hauptkraft auf die Organisierung der Unorganisierten verwandte und dabei die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften stark vernachlässigte. (Anm. 34)

Das Ergebnis dieses Kurses des V. RGI-Kongresses bestätigte die Richtigkeit der Warnungen, die das EKKI in seinem Brief an die KPD vom 23.03.1924 ausgesprochen hatte: „Wenn Ihr versucht, sofort parallele Gewerkschaften unter Heranziehung ziemlich formloser Erwerbslosenorganisationen, Vertretungen der Betriebsräte und ähnliche Organisationen zu schaffen, so werdet Ihr einen Kuddelmuddel erhalten. Machtvolle proletarische Organisationen werdet Ihr auf diese Weise nicht zustande bringen. Es würden eher Erwerbslosengewerkschaften, nicht aber Gewerkschaften arbeitender Genossen sein. Die Erwerbslosen können und müssen organisiert werden. Unter günstigen Umständen können sie bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution eine sehr wichtige Rolle spielen. Es ist dagegen unmöglich, aus ihnen parallele Gewerkschaften aufzubauen.

Am Tage nach der Bildung dieser parallelen Gewerkschaften durch Euch werden die Massen sofort an Euch die Forderung stellen, erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Bei der jetzigen Lage der deutschen Industrie, mit der konterrevolutionären deutschen Sozialdemokratie und dem ADGB im Rücken, in dem auf jeden Fall nicht weniger als zwei Drittel der Arbeiter verbleiben werden, könnt Ihr keine wirtschaftlichen Streiks siegreich führen. Zudem verbleibt den Führern der Sozialdemokratie ein weiteres Mittel: sie können unsere Parallel-Gewerkschaften als nicht legal erklären und dadurch der Bewegung neue Hindernisse in den Weg legen. Sobald sich aber die Massen überzeugt haben werden, daß unsere Gewerkschaften wirtschaftliche Streiks nicht siegreich durchführen können, werden sie enttäuscht sein und unseren Parallel-Gewerkschaften den Rücken kehren. Es wird eine Zersplitterung unserer Kräfte einsetzen, womit den verräterischen Führern des ADGB nur ihre Aufgabe erleichtert werden wird." (Bericht über den 9. Parteitag der KPD, S. 75/76)

Diese Warnung war durch die Wirtschaftskrise noch aktueller geworden. Die Gewerkschaften waren jetzt für die Arbeiter noch viel mehr zu „Festungen" geworden, zu Organisationen, ohne die sie den Unternehmern völlig hilflos ausgeliefert waren. Außerdem hatten sie durch ihre Mitgliedschaft in den Freien Gewerkschaften auch bestimmte Rechte auf Unterstützung usw. erhalten, die jetzt für die Arbeiter besonders wertvoll und wichtig waren, was ihnen den Entschluß zum Bruch mit ihrer Gewerkschaft zugunsten von roten Verbänden, die nicht einmal tariffähig waren, die nicht einmal über Rücklagen zur Zahlung von Streikgeldern verfügten, bei aller Unzufriedenheit mit den reformistischen Gewerkschaftsführern schwerer denn je machen mußte.

Nicht weniger verhängnisvoll wirkte sich der Beschluß aus, Kurs darauf zu nehmen, bei den Betriebsrätewahlen überall grundsätzlich eigene, mit der Liste der Freien Gewerkschaften konkurrierende rote Listen aufzustellen. (Siehe E. Thälmann, a. a. O., S. 224)

1929 wurde diese neue Taktik in nur 500 Betrieben durchgeführt, und zwar in solchen, in denen die RGO über eine ziemlich sichere Mehrheit verfügte. Der günstige Wahlausfall in diesen Betrieben wurde als Beweis für die Richtigkeit dieser Taktik betrachtet und die Zahl der Betriebe, in denen eigene Listen aufgestellt wurden, von Jahr zu Jahr erhöht. Dabei zeigten sich neben Erfolgen sowohl 1930 wie 1931 bereits sehr ernste Mißerfolge, die um so schwerwiegender waren, als sie sich vor allem in Großbetrieben zeigten (Leuna, Siemens, AEG usw.).

1932 wurden die Betriebsrätewahlen auf Betreiben der reformistischen Gewerkschaftsführung durch die Regierung „verschoben", 1933 dagegen wieder zugelassen. Und jetzt zeigte sich die ganze verhängnisvolle Schädlichkeit dieser Politik am deutlichsten: Zur gleichen Zeit, im Januar 1933, wo die deutsche Bourgeoisie zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse ausholte, führte die KPD die Betriebsrätewahlen im Zeichen des schärfsten Kampfes „gegen die sozialfaschistischen Gewerkschaftsfunktionäre", für die roten Listen gegen die Listen der Freien Gewerkschaften durch, in der Hoffnung, durch eine letzte große Kraftanstrengung das Monopol der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu brechen und die Betriebe zu erobern.

Nichts konnte deutlicher die verhängnisvolle Unterschätzung der faschistischen Gefahr und die Überschätzung der eigenen Kräfte demonstrieren, als diese Tatsache. Nichts konnte auch der Bourgeoisie und den rechten Gewerkschaftsführern gelegener kommen, als diese Haltung der KPD. Es ist sehr wahrscheinlich, daß eines Tages noch Dokumente gefunden werden, die beweisen, daß die Bourgeoisie und die rechten Gewerkschaftsführer nur deshalb im Januar 1933 kein Interesse daran hatten, die Betriebsrätewahlen wie 1932 ausfallen zu lassen, weil sie daran interessiert waren,

gerade in den Betrieben durch die Betriebsrätewahlen eine Atmosphäre des erhitzten Kampfes zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern entstehen zu lassen. (Anm. 36)

Die Haltung der KPD bedeutete, blindlings in eine aufgestellte Falle zu tappen, auf eine hinterhältige Provokation der Bourgeoisie im Einvernehmen mit den rechten Gewerkschaftsführern hereinzufallen.

Die Politik der Partei auf dem Gebiet der Gewerkschaften und der Betriebsräte hatte eine empfindliche Schwächung der Positionen der Partei in den Betrieben zur Folge, vor allem in den Großbetrieben, weil sie es den Unternehmern und den reformistischen Gewerkschaftsführern erleichterte, rücksichtslos gegen die revolutionären Arbeiter mit Entlassungen und Ausschlüssen vorzugehen. Es gelang der Partei nicht, gegen die Ausschlußpolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer eine Bewegung der Gewerkschaftsmitglieder für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen zu organisieren, da ihr Kurs auf Schaffung einer eigenen revolutionären Gewerkschaftsbewegung den reformistischen Gewerkschaftsführern die Handhabe bot, die Kommunisten in den Augen der Gewerkschaftler als Spalter hinzustellen und die Ausschlüsse mit dem Verstoß gegen die Statuten zu begründen.

Die „Säuberung" der Betriebe von Kommunisten und der Verlust ihrer Positionen in den Gewerkschaften waren die entscheidende Ursache dafür, daß es der KPD - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht gelang, trotz außerordentlich günstiger objektiver Bedingungen erfolgreiche Wirtschaftskämpfe zu organisieren. Schon Mitte 1931 wurde in dem bereits zitierten Artikel der „Kommunistischen Internationale" (Heft 25/26) festgestellt: „Während um Deutschland herum ein erbitterter Streikkampf tobt, ... wurde in Deutschland in einer Situation der tiefen Gärung unter den Massen im letzten Jahr kein einziger siegreicher Massenstreik durchgeführt. Die Streikbewegung selbst scheint sogar gleichsam abgeflaut. Die Arbeiterklasse Deutschlands, die für die Kommunistische Partei Deutschlands stimmt, die erregt ist ... zieht sich vorläufig unter dem Druck der Lohnoffensive der Unternehmer und des Angriffs des Staates gegen das Lebensniveau der breitesten Massen ... ohne ernsthaften Widerstand zurück."

Die Feststellung, daß die Partei zu schwach ist um trotz günstiger objektiver Bedingungen die Massen in Wirtschaftskämpfe zu führen, hätte zu der Schlußfolgerung führen müssen, daß sie erst recht zu schwach ist, die Massen zur proletarischen Revolution zu führen, und daß die Fortführung des eingeschlagenen Kurses die Positionen der Partei in den Betrieben noch weiter schwächen mußte. Leider wurden aber die entgegengesetzten Schlußfolgerungen gezogen.

Die negativen Auswirkungen der sektiererischen Entstellung der Einheitsfronttaktik wurden sehr bald sichtbar, vor allem in dem immer größeren Vorsprung der Kräfte des Faschismus vor den antifaschistischen, revolutionären Kräften. (Anm. 37)

Aber diese Auswirkungen wurden nicht als das erkannt, was sie waren, nämlich Folgen der falschen Linie der Partei, sondern gedeutet als Folgen der rechten und linken Abweichungen von dieser Linie, während die Erfolge der Partei als Beweis für die Richtigkeit der Linie betrachtet wurden. Die auftretenden rechten und linken Abweichungen vom Kurs der Partei waren unvermeidlich. Die „rechte" Abweichung kam jetzt vor allem aus den Betrieben, von den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten. Hier an der Basis zeigten sich die schädlichen Auswirkungen dieses Kurses am deutlichsten.

Die linke Abweichung war ebenso unvermeidlich. Sie entsprang der Enttäuschung über die geringen Erfolge der Bemühungen zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, die weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückblieben.

Zudem mußte mit der zunehmenden Schärfe der Angriffe der Partei auf die sozialdemokratischen Führer den kommunistischen Arbeitern immer unverständlicher werden, wieso ein sozialdemokratischer Arbeiter solchen Führern überhaupt noch folgen konnte. Diese Stimmung war die Grundlage für Theorien wie die Paul Merkers von den „Kleinen Zörgiebels". Umgekehrt konnten die sozialdemokratischen Arbeiter nicht begreifen, wieso die Kommunisten es fertigbrachten, zu behaupten. die sozialdemokratischen Führer seien gefährlichere Feinde der Arbeiter als die Faschisten. Diese sektiererischen Überspitzungen brachten selbst viele sozialdemokratische Arbeiter, die mit der Politik ihrer Führung unzufrieden waren, dazu, diese ihre Führer gegen die Angriffe der Kommunisten zu verteidigen - sie erschwerten es diesen sozialdemokratischen Arbeitern, Vertrauen zur KPD zu gewinnen.

Zusammenfassend kann über die Einheitsfrontpolitik der KI und der KPD in dieser Periode gesagt werden:

Die KPD kämpfte mit dem ehrlichsten, leidenschaftlichsten Willen und unter äußerster Anstrengung aller ihrer Kräfte für die Schaffung der revolutionären Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse, um das deutsche Volk vor dem Faschismus zu bewahren und ihm den Weg in eine Zukunft zu bahnen, in der ein für alle mal die Wurzeln des Faschismus, der Krisen und Kriege sowie der Ausbeutung der werktätigen Menschen beseitigt sind.

Durch diesen aufopfernden Kampf erwarb sich die KPD die Sympathie von Millionen fortschrittlichen Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands; dieser Kampf stellte sie in die erste Reihe aller kommunistischen Parteien. Mit berechtigtem Stolz

konnte Ernst Thälmann auf der 3. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932 feststellen: Die KPD ist die zweite Partei der Kommunistischen Internationale. (S. 19)

Die Voraussetzung dafür, daß dieser heroische Kampf der KPD zum Sieg über den Klassenfeind führte, bestand dann, daß sie es verstand, eine Strategie auszuarbeiten, „die der besten internationalen Strategie der (durch jahrhundertelange Erfahrung im allgemeinen und durch die „russische Erfahrung" im besonderen) aufgeklärten fortgeschrittensten Bourgeoisie gewachsen ist." (Aus dem Brief Lenins an die deutschen Kommunisten vom Jahre 1921)

Das ist ihr damals noch nicht gelungen. Die von der Kommunistischen Internationale beschlossene und von der KPD bis zur letzten Konsequenz durchgeführte Einheitsfronttaktik beruhte nicht auf den leninistischen Prinzipien, sondern auf ihrer sektiererischen Entstellung.

Die Konzeption, von der diese Einheitsfronttaktik ausging, war schon auf dem 9. Parteitag der KPD und auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wie folgt formuliert worden:

Aus der Entschließung des 9. Parteitages:

III. a) Konsolidierung der Partei:

„Das erfordert einen vollkommenen Bruch mit der ganzen Ideologie der vergangenen Periode, wo die Einheitsfronttaktik die Partei mit Schwächegefühl erfüllt hat und wo die KPD sich selbst für eine Partei neben anderen ansah. Die KPD ist die Partei des Proletariats. Sie ist stark genug, das Proletariat in den Massenkampf zu führen, sobald es die Situation gestattet. Wenn sie die Einheitsfront von unten organisiert, tut sie das, um die großen Massen des Proletariats in Kämpfe zu führen, und nicht, weil sie `allein´ ohne die anderen Parteien als Verbündeten zu schwach ist, sondern weil sie `allein´ als Partei stark genug ist, die Massen in Kämpfe zu führen.“ (Bericht über den 9. Parteitag, S. 384)

Aus den Thesen des V. Weltkongresses der KI:

Die Einheitsfronttaktik ist „nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen und keinesfalls eine Taktik `der politischen Koalition´ mit der Sozialdemokratie".

Mit einer solchen Taktik konnte die Partei trotz besten revolutionären Willens nicht zum Ziel gelangen.

„Die Kommunisten müssen alle Kräfte anspannen, um die Arbeiterbewegung und die soziale Entwicklung überhaupt auf dem geradesten und raschesten Wege zum Sieg der Sowjetmacht und zur Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt zu führen.

Das ist eine unbestreitbare Wahrheit. Aber man braucht nur einen ganz kleinen Schritt weiter - scheinbar einen Schritt in derselben Richtung - zu tun, und die Wahrheit verwandelt sich in einen Irrtum. Man braucht nur, wie die deutschen und englischen linken Kommunisten es tun, zu sagen, daß wir nur einen Weg, nur den geraden Weg anerkennen, daß wir kein Lavieren, kein Paktieren und keine Kompromisse zulassen und das wird bereits ein Fehler sein, der dem Kommunismus ernstesten Schaden zufügen kann." (Lenin, „... Radikalismus ...“, S. 81)

C. Abschließende Betrachtungen

1. Über die Ursachen der linken Abweichungen der KI und der KPD von der leninistischen Strategie und Taktik

Als direkte Ursachen müssen m. E. genannt werden:

a) Die in der ganzen II. Internationale beispiellos dastehende niederträchtige Verratspolitik der Führung der SPD und der reformistischen Gewerkschaften, die dem tausendfach berechtigten Haß der revolutionären deutschen Proletarier gegen diese Führung immer neue Nahrung gab. Das führte dazu, daß die Situation 1930 bis 1932 noch kaum anders war als die von Lenin 1921 geschilderte: Dieser Haß - das edelste, erhabenste Gefühl der besten aus der geknechteten und ausgebeuteten Masse machte die Leute blind, nahm ihnen die Möglichkeit, kaltblütig zu überlegen, eine eigene richtige Strategie auszuarbeiten als Antwort auf die glänzende Strategie der bewaffneten, organisierten, durch die `russische Erfahrung´ gewitzten, von Frankreich. England und Amerika unterstützten Kapitalisten." (Aus dem Brief an die deutschen Kommunisten)

b) In direktem Zusammenhang damit steht das Unvermögen der Führung der KPD zur Ausarbeitung einer wirklich marxistischen Analyse der Lage und einer den Anforderungen dieser Lage entsprechenden Strategie und Taktik in der damaligen besonders komplizierten Situation

Aber damit ist noch keine ausreichende Erklärung gegeben. Wie erklärt es sich, daß die Partei trotz solch schwerer Fehler in dieser Zeit dennoch erstarkte, innerlich geschlossener und fester wurde als je zuvor? Weshalb hatte die Führung der Partei eine unbestrittene Autorität sogar weit über den Rahmen der Parteimitglieder hinaus, weshalb war es der Partei möglich, Millionen der besten und kühnsten revolutionären deutschen Arbeiter unter ihrer Fahne zu sammeln? Weshalb bildete sich trotz der sektiererischen Fehler in der Partei keine zahlenmäßig irgendwie ins Gewicht fallende Opposition heraus, während z. B. 1923 gegen den rechtsopportunistischen Kurs der

Brandler-Thalheimer-Führung schon vor dem Fiasko in Sachsen große Bezirksorganisationen nahezu geschlossen in Opposition standen?

Das alles erklärt sich daraus, daß das Thälmannsche ZK in der Tat die beste Führung der KPD darstellte, die die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats damals hervorbringen konnte. In keiner der Perioden vor dem Thälmannschen ZK war in der Partei eine dermaßen weitgehende Übereinstimmung zwischen Führung und Mitgliedschaft erreicht worden. Diese Führung war wirklich Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute des revolutionären deutschen Proletariats. Ihre Vorzüge und Schwächen waren dessen Vorzüge und Schwächen. Diese Führung kam aus einer Generation der revolutionären Arbeiterbewegung, die nicht mehr durch die alte Sozialdemokratie unter Bebel geprägt worden war, sondern deren stärkste Erlebnisse, durch die ihre politische Entwicklung in entscheidendem Maße bestimmt wurde, in der Zeit danach lagen:

Erstens der ungeheuerliche Verrat der Führer der SPD und der Gewerkschaften am proletarischen Internationalismus und an der proletarischen Revolution 1914-1918. Daraus resultierte ein unbändiger Haß gegen die reformistischen Führer, jener Haß. ohne den damals wie heute ein konsequenter Kommunist nicht denkbar ist. Das Erlebnis, daß die sozialdemokratischen Führer fähig waren, Millionen Proletarier auf die Schlachtfelder des imperialistischen Krieges zu jagen; daß sie fähig waren, im Bündnis mit den kaiserlichen Generälen das revolutionäre deutsche Proletariat abzuschlachten und seine Führer kaltblütig ermorden zu lassen - diese Erlebnisse haben den Grundstein zur Theorie vom Sozialfaschismus gelegt;

Das zweite Erlebnis, durch das diese Führergeneration geprägt wurde, war die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Die russischen Bolschewiki hatten das geleistet, was auch in Deutschland hätte geleistet werden müssen. Diese Generation war frei von allen Überresten jener traditionellen Vorstellung, von der selbst die besten Revolutionäre der älteren Generation wie Rosa Luxemburg nicht frei waren, daß nämlich die deutsche Sozialdemokratie der Lehrmeister aller anderen Sozialisten, darunter auch der russischen Bolschewiki sein mußte. Für diese jüngere Generation waren die Bolschewiki uneingeschränkt und vorbehaltlos das revolutionäre Vorbild, dem es in allem nachzueifern galt. Daraus resultierte die zweite Eigenschaft, ohne die ein konsequenter Kommunist nicht denkbar ist: die vorbehaltlose Treue zur Partei Lenins, zur Sowjetunion und zur Kommunistischen Internationale, die Bereitschaft, für die Verteidigung der Sowjetunion jederzeit alles hinzugeben. Das überwältigende Erlebnis des siegreichen Oktober hat den Grundstein gelegt für die alle Parteien der III. Internationale beherrschende Vorstellung, der Weg des Oktober müsse der Weg zum Sieg der proletarischen Revolution zumindest in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, besonders aber in Deutschland, sein.

Heute (1957), mit einem Abstand von 40 statt von 15 Jahren zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und mit dem Beispiel der europäischen und asiatischen Volksdemokratien vor Augen, ist es natürlich leicht zu sagen: „Man hätte eben Lenins Hinweis, daß jedes Land auf seinem Weg zum Sozialismus kommt, mehr beachten müssen." Aber wer nicht in Rechnung stellt, wie sehr das Beispiel der Oktoberrevolution im Jahre 1932 eine viel unmittelbarere Wirkung als einziges Vorbild ausstrahlte, als das heute der Fall ist, der wird nie begreifen können, wieso eine Partei wie die KPD und gar die ganze Kommunistische Internationale sich dermaßen in den Versuch einer Wiederholung dieses Beispieles „verrennen" konnte.

Das dritte Erlebnis, das zur entscheidenden Bedeutung für diese Führergeneration des revolutionären deutschen Proletariats wurde, war das Versagen der KPD im Jahre 1923 auf Grund der rechtsopportunistischen Fehler der Brandler-Thalheimer-Führung.

Es kann gar keine Rede davon sein, daß etwa die Feststellung der 1929 bis 1933 begangenen Fehler eine Rechtfertigung der Brandler-Leute darstellen könnte oder daß die Rechten sich darauf berufen könnten, ihre Fehler seien im Verhältnis zu den später gemachten Fehlern weniger schwerwiegend gewesen. Bei einer richtigen, nicht rechtsopportunistisch entstellten Einheitsfrontpolitik im Jahre 1923 hätte es keine linksradikale, sektiererische Entstellung der Einheitsfrontpolitik 1929 bis 1933 geben können. Das heißt zwar nicht, daß, weil 1923 rechtsopportunistische Fehler gemacht wurden, später unbedingt linkssektiererische Fehler gemacht werden mußten, aber die Tatsache ist nicht abzustreiten, daß die Fehler von 1923 tatsächlich dazu beigetragen haben, daß die Fehler von 1929 bis 1933 gemacht wurden.

Es handelte sich eben darum, daß diese Generation der besten revolutionären deutschen Proletarier, die das Hauptheer der KPD und später den Kern ihrer Führung bildete, naturgemäß zu linken Überspitzungen neigen mußte. Sie waren zu Kommunisten geworden aus Haß und im schärfsten Kampf gegen den rechten Verrat. Die eindringlichste Lehre, die ihnen die Geschichte erteilt hatte, war die, daß die Revolution am Rechtsopportunismus, am Sozialdemokratismus zugrunde ging. Sie hatten dagegen noch keine eigenen politischen Erfahrungen gesammelt, die sie gelehrt hätten, daß auch linke, sektiererische Fehler für die Revolution lebensgefährlich sein konnten.

Lenin hatte zwar die deutschen Kommunisten gelehrt: „Eine Übertreibung aber, wenn auch nur eine ganz geringe, kann den Sieg verhindern. ... Den Kampf gegen den Zentrismus übertreiben, heißt den Zentrismus retten, seine Stellung, seinen Einfluß auf die Arbeiter festigen." (Aus dem Brief an die deutschen Arbeiter von 1921)

Auf dem 9. Parteitag formulierte dagegen ein Mitglied der Zentrale, das nicht einmal zu den Linken, sondern zur Mittelgruppe gehörte, in geradezu klassischer Weise die Auffassung, die bei der Masse der Mitglieder der KPD herrschte:

„Die rechten Gefahren sind für die kommunistische Taktik viel gefährlicher als irgendwelche linken Gefahren. Rechte Gefahren führen zwangsläufig zu einem Kompromiß, zu einer Linie mit den Verteidigern der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung und lähmen den Kampf. Linke Gefahren haben zwar den einen Nachteil, daß sie die Bewegung als Massenbewegung hemmen können, aber sie können nicht den revolutionären Elan brechen. Nie kann man nach links eine Koalition eingehen, die eine Gefahr für die Revolution überhaupt bedeutet. Alles, was nach links weicht, wird bei revolutionären Kämpfen und in revolutionärer Entwicklung selbst immer wieder zurückfluten auf die richtige revolutionäre Linie. Deswegen sind sie keine solchen Gefahren wie rechte Abweichungen." (Bericht über den 9. Parteitag. Seite 272)

Hier wird offenbar, wo sich die deutschen Kommunisten den Leninismus noch nicht voll zu eigen gemacht hatten. Für die Zukunft der Partei hing ungeheuer viel davon ab, diesen besten Kadern der KPD zu helfen, möglichst rasch und gründlich ihre sektiererischen, linksradikalen Tendenzen zu überwinden.

Das konnte nur geschehen durch eine Politik, die es verstand, sich von rechtsopportunistischen Fehlern ebenso freizuhalten wie vom Sektierertum. Das galt in ganz besonderem Maße für die Anwendung der Einheitsfronttaktik, bei der die Gefahr rechter Abweichungen ziemlich groß war und die gerade deshalb bei den kommunistischen Arbeitern auf Argwohn und Mißtrauen stieß. Dieser Argwohn und dieses Mißtrauen konnte nur durch die Erfolge, die eine richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik unvermeidlich mit sich gebracht hätte, überwunden werden.

Auf der Brandler-Thalheimer-Führung ruhte deshalb in der Situation des Jahres 1923 die Verantwortung für die leninistische Erziehung des Vortrupps der deutschen Arbeiterklasse, und nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Kommunisten - denn die Politik der deutschen Partei war damals wie auch 1929 bis 1933 das Modell, sozusagen die Mustervorlage für die Politik der kommunistischen Parteien Mittel- und Westeuropas. (Anm. 38)

Eine richtige Politik dieser Führung wäre ein entscheidender Beitrag zur raschen Überwindung der „Kinderkrankheit" des Kommunismus gewesen.

Ihr Versagen, ihre Politik des feigen Opportunismus war ein entscheidender Beitrag dafür, daß sich diese Krankheit - ohne einen Lehrmeister und „Arzt" wie Lenin - fest und tief in den Organismus der III. Internationale und ihrer Sektionen einfraß.

Die Fehler der Brandler-Führung sind auch ihrem Ursprung nach anders zu beurteilen als die Fehler des Thälmannschen ZK. Die Fehler der Thälmannschen Führung der Partei sind Fehler von proletarischen Revolutionären, die noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt haben, um die revolutionäre Strategie und Taktik fehlerfrei und meisterlich anwenden zu können.

Die Fehler der Brandler-Führung waren Fehler von Opportunisten, die zwar mit der sozialdemokratischen Partei, aber nicht völlig mit der sozialdemokratischen Ideologie gebrochen hatten. Ihre Auffassungen und ihre Politik waren eine Widerspiegelung der Auffassungen solcher in der KPD in der Minderheit befindlichen Arbeiterschichten, die durch die revolutionäre Welle der Jahre 1918 bis 1923 zur Partei gekommen waren, aber den Oberschichten des Proletariats näherstanden als seinen Unterschichten und die Stimmungen und Auffassungen dieser Oberschichten in großem Maße teilten.

Wie ist die Haltung der Versöhnlergruppe einzuschätzen?

Das ist sehr viel komplizierter. Mit dem Vorbehalt, daß meine Auffassung sich nur stützt auf das, was aus der Darstellung Ernst Thälmanns über die Versöhnler hervorgeht und daß ich mir kein Urteil über etwa vorhandene Schattierungen und Differenzierungen innerhalb der Versöhnlergruppe erlauben kann, möchte ich folgendes sagen:

Die Versöhnlergruppe kann nicht mit der Brandler-Gruppe gleichgesetzt werden. Ihre Opposition gegen die Wendung der Partei in der Einheitsfrontpolitik, vor allem in der Gewerkschaftspolitik, entsprang nicht einer Abweichung zum Sozialdemokratismus, sondern der im großen und ganzen richtigen Einschätzung der Folgen dieser Wendung. Ihr Versuch, eine solche Wendung zu verhindern, ist deshalb durchaus verständlich und gerechtfertigt, nicht aber die Mittel, deren sie sich dabei bedienten.

Ihre Hauptfehler bestanden meines Erachtens darin:

1. Sie haben nicht erkannt, daß der proletarische Führungskern, der sich um Thälmann gruppierte, organisch und untrennbar mit dem besten Teil der Parteimitgliedschaft verbunden war, und daß diese Führung das wertvollste Gut der Partei darstellte. Sie haben deshalb auch nicht erkannt, daß ein Versuch, diese Führung zu beseitigen und durch Vertreter ihrer Gruppe und der Rechten zu ersetzen, die Gefahr der Spaltung und Zerstörung der Partei heraufbeschwören und auf die schärfste Zurückweisung stoßen mußte.

2. Sie haben nicht erkannt, daß die einzige Möglichkeit, die Partei daran zu hindern, eine falsche Politik einzuschlagen, darin bestand, diese Führung der Partei mit Ernst Thälmann an der Spitze davon zu überzeugen - wenn nicht sofort, dann später -, daß der eingeschlagene Weg falsch war.

3. Sie haben nicht erkannt, daß dazu vor allem notwendig war, die Parteiführung in ihrem notwendigen Kampf gegen die Rechten zu unterstützen und sich auch nicht dadurch in eine gemeinsame Front mit den Rechten gegen die Parteiführung drängen zu lassen, daß ihre Kritik an der Parteilinie sachlich in vielen Punkten mit der Kritik der Rechten übereinstimmte.

4. Statt sich aber gegen die Rechten scharf abzugrenzen, suchten sie in ihnen Bundesgenossen gegen die Thälmannsche Führung und machten sich zu ihren Fürsprechern.

5. Ihr schlimmster Fehler jedoch war, daß sie den Versuch unternahmen, die Auseinandersetzung über politische Meinungsverschiedenheiten durch persönliche Intrigen (Wittorf-Affäre) zu ihren Gunsten zu entscheiden. Das war ein parteifeindliches Verhalten, das zur Folge haben mußte und auch wirklich hatte, daß ihre politische Argumentation jegliches Gewicht verlor. Dadurch, daß sie in der Auseinandersetzung gröblichst gegen die Parteiprinzipien verstoßen hatten, blieb ihnen jetzt nicht einmal mehr die Möglichkeit, ihre Auffassung im Rahmen dieser Prinzipien zu verfechten. Ihnen blieb nur noch die Wahl zwischen völliger Kapitulation und dem Weg des Renegatentums. Statt der Partei zu helfen, auf den richtigen Weg zurückzufinden, haben die Versöhnler durch ihre Fehler sich selbst zum Schaden der Partei zur Einflußlosigkeit verurteilt.

2. Die Rolle der Kommunistischen Internationale (KI) und Stalins

(Aus Zeitmangel keine Ausarbeitung, sondern nur Stichworte)

Zur Rolle der KI:

a) Die KI war dazu berufen, die Fehler der KPD zu korrigieren.

b) Das ist nicht immer geschehen, mitunter wurden sie von ihr sogar verstärkt.

c) Verständliches Bestreben, die vermeintlich günstigen objektiven Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland zu nutzen, um damit gleichzeitig der Sowjetunion die so lang erwartete und benötigte Entlastung vom Druck der imperialistischen Einkreisung zu verschaffen. (Anm. 39)

d) Erst der VII. Weltkongreß brachte die Wendung. Er hat die Kritik an den Fehlern der Vergangenheit eingeleitet, aber noch nicht zu Ende geführt. Dabei wurde die Verantwortung für die Fehler, zum Teil in Auswirkung des Personenkults, einseitig nach unten - auf die Sektionen - verlagert.

e) Aber auch die Fehler der KI sind nicht in erster Linie Personenfragen, sondern eine Frage der Reife der kommunistischen Weltbewegung.

f) Obwohl die KI in vielen Fällen den Kurs der KPD verschärft nach links drängte, spielte doch die Führung der KPD eine entscheidende Rolle als Hauptinitiator der Linksschwenkung bereits auf dem 6. Weltkongreß der KI und danach.

Zu Stalin:

a) Stalins Autorität in der internationalen Arbeiterbewegung - voll und ganz verdient. Bester Schüler Lenins.

b) Es ist ein Verdienst Stalins, daß er seine Autorität für das Thälmannsche ZK in die Waagschale warf

c) Die Grenzen Stalins:

Hang zur Vergröberung und Schablonisierung:

Nicht frei von linksradikalen Tendenzen. Der Radikalismus Stalins (und Thälmanns) jedoch nicht gleichzusetzen mit dem Radikalismus der kleinbürgerlichen Ultralinken (Ruth Fischer usw.), sondern ein sozusagen proletarischer Radikalismus, der keine Schwierigkeiten fürchtet und vor ihnen nicht zurückschreckt und der nie die Klassenlinie verläßt.

Stalin (wie Thälmann) haben stets die Gleichsetzung der sozialdemokratischen Arbeiter mit den sozialdemokratischen Führern entschieden bekämpft. Stalins (wie Thälmanns) hervorragendste Eigenschaft: Treue zur Sache der proletarischen Revolution, unversöhnlicher Haß gegen alle Feinde des Proletariats. Stalin fehlte die Gabe Lenins, auch das, was der Feind und Gegner sagte, daraufhin zu prüfen, ob nicht etwas Wahres, etwas Brauchbares darin steckt.

Stalin hatte zu dieser Zeit selbst gewissermaßen „noch nicht ausgelernt". Sechs Jahre später zeigt er eine meisterhafte Beherrschung der Leninschen Strategie und Taktik (Nichtangriffspakt mit Deutschland).

Im Gegensatz zu Lenin: keine persönliche Kenntnis der westeuropäischen Arbeiterbewegung.

Aus all diesen Gründen war Stalin - bei allem, was die KPD ihm an Hilfe verdankt - nicht imstande, die damaligen Fehler der KPD zu korrigieren, sondern er hat sie des öfteren zusammen mit der Führung der KI in ihrer falschen Haltung bestärkt.

3. Die historische Schuld der Führung der Sozialdemokratie und die Verantwortung der KPD

Bedeuten die Feststellungen über die Fehler der KPD nicht eine Entlastung der SPD-Führung von der historischen Schuld für den Sieg des Faschismus, zumindest aber eine Verminderung dieser Schuld? Davon kann keine Rede sein. Die Verantwortung beider Parteien für die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse 1933 unterscheidet sich nicht quantitativ, sondern qualitativ und läßt sich nicht gegeneinander aufrechnen.

Die Führung der deutschen Sozialdemokratie hatte den entscheidenden Einfluß auf die deutsche Arbeiterklasse. Sie hat diesen Einfluß statt zum Sturze des Kapitalismus zur Verhinderung dieses Sturzes und zur Auslieferung der deutschen Arbeiterklasse an den Faschismus eingesetzt. Das war Verrat.

Die KPD dagegen hatte sich zum Ziel gesetzt, den offenkundigen Bankrott des Kapitalismus und seine Schwäche auszunutzen, um ihm den Todesstoß zu versetzen, obwohl ihr Einfluß dazu nicht ausreichte. Das war ein Fehler.

Jedes Wort, das die sozialdemokratischen Führer den Massen sagten, war Lüge, berechnet auf die Irreführung der Massen und auf die Verhinderung jedes ernsthaften Widerstandes gegen den Faschismus, berechnet auf die Rettung des Kapitalismus.

Jedes Wort, das die KPD den Massen sagte, war ehrlich und aufrichtig und darauf berechnet, den Massen den Weg zur Rettung aus der Hölle des Kapitalismus zu zeigen.

Wären die Massen der KPD gefolgt auf dem von ihr gezeigten Wege des revolutionären Sturzes des Kapitalismus, dann wäre Deutschland das Unglück des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges erspart geblieben.

Weil die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit der SPD folgten, wurde die Niederlage des deutschen Proletariats unvermeidlich. Der Fehler der KPD bestand darin, daß sie nicht die richtigen Mittel und Wege fand, den Verrat der SPD-Führung zu durchkreuzen und unschädlich zu machen und die Einheit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern herzustellen.

Selbst die Feststellung, daß die KPD nicht an der Zielsetzung der proletarischen Revolution festhalten durfte, ist eine Anklage gegen die Führung der SPD.

Die objektiven Bedingungen in Deutschland waren damals wie schon 1918 überreif für den Sozialismus, für die proletarische Revolution. Und die Massen wollten - wie ebenfalls schon 1918 - den Sozialismus. Es gab auch damals wie 1918 keinen anderen

Weg, den Kapitalismus zu stürzen, als den von der KPD gewiesenen, als den Weg. den die russischen Arbeiter und Bauern gegangen waren.

Wäre die Sozialdemokratie das gewesen, als was sie sich vor den Arbeitern ausgab, eine sozialistische Partei, dann hätte es kein Hindernis zur Einheitsfront zwischen SPD und KPD mit dem Ziel nicht nur der Verhinderung des Faschismus, sondern des Sturzes des Kapitalismus gegeben.

Die Zielsetzung des Kampfes um den Sozialismus in Deutschland wurde nicht etwa durch die Stärke der Bourgeoisie oder des Kapitalismus unmöglich gemacht, sondern durch die Hilfsdienste der SPD-Führung für den todkranken Kapitalismus und für die vor der revolutionären Erhebung der Massen zitternde deutsche Bourgeoisie.

Deshalb werden wirkliche Sozialisten für alle Zeiten nur mit tiefstem Abscheu und tiefster Verachtung und Empörung von der schändlichen Rolle und dem Verrat der Führer der Sozialdemokratie sprechen, während sie des Kampfes der KPD trotz ihrer großen Irrtümer und Fehler immer mit größter Sympathie und tiefster Bewunderung für den Heroismus, den Opfermut und die unbeugsame revolutionäre Leidenschaft gedenken und von ihm lernen werden.

April-Juni 1957

Anmerkungen:

1) Auf dem 8. Parteitag erklärt Brandler in seinem Referat über die Einheitsfronttaktik, die Kommunisten müßten dabei sein, „wenn die ersten Formen und Phasen beginnen, wo die sozialdemokratischen Führer unter dem Druck der Massen wenigstens soweit sind, daß sie sich vom linken Flügel der Bourgeoisie abwenden und zum rechten Flügel der Arbeiter werden." (Bericht über den 8. Parteitag, S. 328)

2) Aus der Resolution der Brandlergruppe an den 9. Parteitag: „Zu diesem Zweck gilt es vor allem, die vollständige politische und organisatorische Liquidation der SPD durchzuführen." (Bericht über den 9. Parteitag. S. 179)

3) Das Präsidium des EKKI über Sozialdemokratie und Faschismus (Beschluß vom 19.01.1924):

„Die leitenden Schichten der deutschen Sozialdemokratie sind im gegenwärtigen Moment nichts anderes als eine Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske." (Bericht über den 9. Parteitag. S. 31)

Die Mittelgruppe zur gleichen Frage: „Es waren die Sozialdemokraten in der Reichsregierung, ... die aus Angst vor der proletarischen Diktatur die Diktatur der weißen

Generäle aufrichten halfen. Nur mit der Unterstützung der SPD konnte die Bourgeoisie den militärischen Ausnahmezustand verhängen und durchführen...

Es waren die linken Sozialdemokraten Zeigner, Liebmann, Fellisch und Konsorten, die das sächsische Proletariat dem weißen Terror auslieferten. Nur mit Hilfe der SPD konnte die KPD in die Illegalität gedrängt werden, nur mit ihrer Zustimmung die Ermächtigungsgesetze angenommen und durchgeführt werden, nur mit ihrem passiven und aktiven Beistand konnte sich der Generalangriff des Unternehmertums gegen alle Positionen des Proletariats entwickeln. So wurde die bürgerliche Demokratie von ihren eigenen Verfechtern preisgegeben. So schwenkte formal die SPD zum Faschismus über." (a. a. O., S. 159/60)

Die Brandlergruppe zur gleichen Frage (a. a. O., S. 177/78:) „Das Großkapital siegte, indem es das Kleinbürgertum gegen die Arbeiterklasse zu sich herüberzog. Das faschistische Kleinbürgertum wurde von dem großkapitalistischen Faschismus teils sofort sich untergeordnet; wo es eine selbständige Rolle zu spielen suchte (Hitler-Ludendorff-Putsch), mühelos geschlagen und danach sich botmäßig gemacht. Das reformistisch-pazifistisch-demokratische Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie (Sozialdemokratie) haben dem großkapitalistischen Faschismus teils aktiv Hilfsdienst geleistet (rechter Flügel), teils ihm gedient durch Verrat am Abwehrkampf der Arbeiterschaft (linker Flügel), beide haben nach dem Oktober sich mit dem großkapitalistischen Faschismus verbunden. (Thüringen, Sachsen.)

Das Bündnis der Sozialdemokratie mit der Großbourgeoisie hat während und nach dem Oktober seinen politischen und sozialen Inhalt geändert. 1918 und 1923 war die Grundlage dieses Bündnisses die bürgerliche Demokratie und soziale Konzessionen an bestimmte Schichten der Arbeiterschaft, jetzt nach dem Oktober ist es das großkapitalistisch-faschistische Programm. ... „Über wen hat der großkapitalistische Faschismus gesiegt? Über die Arbeiterklasse." (Also auch die Thesen vom Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik und die Sozialdemokratie ist völlig aufgegeben!)

Sinowjew auf dem V. Weltkongreß zur gleichen Frage: „Die Bourgeoisie in Europa ist gezwungen, sich bald an den Faschismus, bald an die Sozialdemokratie zu klammern. Die Faschisten sind die rechte Hand, die Sozialdemokraten die linke Hand der Bourgeoisie..." „Das Wichtigste dabei ist, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist." (Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Bd. 1., S. 66 u. 67)

Aus den Thesen des V. Weltkongresses zur Taktik: „Sowohl die Faschisten (die erste Periode des Regiments Mussolini) wie die Sozialdemokraten (die erste Periode des Regiments Noske) stellten sich der Bourgeoisie im erwünschten Augenblick als be-

waffnete Banden, als Knüppelgarden gegen die wachsende proletarische Umsturzarmee zur Verfügung. ... Die Sozialdemokratie ist seit einer Reihe von Jahren in einem Umwandlungsprozeß begriffen, aus einem rechten Flügel der Arbeiterbewegung in einen Flügel der Bourgeoisie, stellenweise sogar in einen Flügel des Faschismus.“ Darum ist es historisch falsch, von einem „Sieg des Faschismus über die Sozialdemokratie" zu reden. „Der Faschismus und die Sozialdemokratie sind (soweit es sich um ihre führende Schicht handelt) die rechte und die linke Hand des modernen Kapitalismus ..." (Aus: Thesen und Resolution des V. Weltkongresses d. KI, S. 17 und 18)

4) Zu Fragen der Einheitsfront:

Brandler auf dem 8. Parteitag der KPD: „Die Taktik der Einheitsfront ist nicht eine Parole zur Entlarvung des Klassenfeindes oder zur Entlarvung der Sozialdemokratie, sie ist das Mittel zur Gewinnung der Massen für den Kommunismus." (a. a. O., S. 318)

In der Polemik gegen die Resolution des Bezirksparteitages Wasserkante an den 8. Parteitag der KPD erklärte Brandler: „In der Resolution des Bezirksparteitages Wasserkante gibt es noch ein solches Prinzip. Es heißt dort: `Die Bildung der Einheitsfront von unten auf ist die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei. Spitzenverhandlungen sind lediglich ein Mittel zur Erreichung dieses Zwecks´."

Diese völlig richtige Darstellung kommentiert Brandler folgendermaßen: „Also nur Erreichung der Einheitsfront von unten auf." (a. a. O., S. 324)

In der Resolution der Brandlergruppe an den 9. Parteitag hieß es dagegen: „Die Einheitsfront von unten ist die jetzt erforderliche Taktik. Keine Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Spitzen mehr, aber Heranziehung sozialdemokratischer Mitglieder und unterer Funktionäre zu gemeinsamen Aktionen." (Bericht über den 9. Parteitag. S. 179)

5) Ruth Fischer auf dem 9. Parteitag: „Als man die Thesen über die Einheitsfront auf der erweiterten Exekutive im Dezember 1921 zum ersten Male formulierte, stand in den Thesen ausdrücklich, daß die Einheitsfronttaktik reife Parteien erfordere. Und wir haben nur sehr unreife Parteien…

Diese Parteien brauchen nach den Erfahrungen der deutschen Partei in ihrer taktischen Haltung weniger Anweisungen zum Manövrieren, als Anweisungen zu starren kommunistischen Methoden. Wir werden diesen Standpunkt durchkämpfen, auch wenn die Kommunistische Internationale anderer Meinung ist." (a. a. O., S. 228/29)

6) Das Präsidium des EKKI am 19.01.1924 über die Einheitsfronttaktik: „Sie ist eine Taktik der Revolution, nicht der Evolution. Wie die Arbeiter- (und Bauern-) Regierung für uns kein festes, demokratisches Übergangsstadium sein kann, so ist

auch die Taktik der Einheitsfront keine demokratische Koalition, kein Bündnis mit der Sozialdemokratie. Sie ist nur eine Methode der revolutionären Agitation und Mobilisierung. Alle anderen Auslegungen lehnen wir als opportunistisch ab." (Bericht über den 9. Parteitag, S. 26)

„Mit den Soldknechten der weißen Diktatur gibt es kein Verhandeln! ... Die Wendung in der Einheitsfronttaktik in Deutschland heißt jetzt: Einheit von unten!" (a. a. O., S. 32)

7) Der V. Weltkongreß zur Einheitsfronttaktik:

„Einheitsfront von unten - fast immer, Einheitsfront von unten und zugleich von oben - ziemlich oft, mit allen notwendigen Garantien als Taktik zur revolutionären Mobilisierung der Massen, Einheitsfront nur von oben - niemals!" (Sinowjew a. d. V. Weltkongreß, Protokoll, Bd. 1. S. 81) (siehe. auch Thesen über die Taktik, Abschnitt VIII, in: Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der KI, S. 25/26)

8) Die Rechten (Brandler) über die Arbeiterregierung:

„Sie ist weder die Diktatur des Proletariats noch ein friedlich-parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben." (Resolution des 8. (Leipziger) Parteitages der KPD, im Bericht über den 8. Parteitag, S. 240, ebenfalls zitiert im Protokoll des V. Weltkongresses, Bd. 1, S. 85)

Der IV. Weltkongreß hatte in seinen Thesen formuliert: „Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung, aber nicht jede Arbeiterregierung ist eine wirklich proletarische, d. h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats. Die Kommunistische Internationale muß folgende Möglichkeiten berücksichtigen:

Liberale Arbeiterregierung ...,

Sozialdemokratische Arbeiterregierung (Deutschland),

Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern ...,

Arbeiterregierung mit Teilnahme von Kommunisten,

Wirkliche proletarische revolutionäre Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunisten verkörpert werden kann.

Die ersten beiden Typen sind keine revolutionären Arbeiterregierungen, sondern in Wirklichkeit verkappte Koalitionsregierungen zwischen Bourgeoisie und antirevolutionären Arbeiterführern…

Die zwei weiteren Typen der Arbeiterregierungen, an denen Kommunisten teilnehmen können, bedeuten noch nicht die Diktatur des Proletariats, sie sind noch nicht einmal eine geschichtlich unvermeidliche Übergangsform der Diktatur, aber sie könnten dort, wo sie zustande kommen, einen Ausgangspunkt zur Erkämpfung der Diktatur bilden.

Die vollendete Diktatur des Proletariats ist nur diejenige wirkliche Arbeiterregierung, die aus Kommunisten besteht." (In den Thesen über die Taktik des IV. Weltkongresses, Seite 16)

9) Der V. Weltkongreß zur Losung der Arbeiterregierung:

„Die opportunistischen Elemente der Komintern haben in der verflossenen Periode versucht, auch die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung zu entstellen, indem sie sie als eine Regierung 'im Rahmen der bürgerlichen Demokratie' und als ein politisches Bündnis mit der Sozialdemokratie auslegten. Der V. Weltkongreß verwirft eine solche Auslegung auf das entschiedenste. Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ist für die Komintern ... die Losung der Diktatur des Proletariats." (Thesen und Resolutionen ... S. 27)

10) Die Rechten gegen Übergangsforderungen 1924: „Entsprechend der Liquidation der Periode 1918 bis 1923 und der veränderten Rolle der Sozialdemokratie müssen jetzt alle Übergangsforderungen, die an die demokratisch-reformistischen Forderungen der SPD anknüpfen, fallen gelassen werden. Die Losung der proletarischen Diktatur und der Sozialisierung müssen die beherrschenden Propagandalosungen werden und aufs engste mit den Kämpfen gegen die Tagesnöte verbunden werden." (Bericht über den 9. Parteitag. S. 179)

11) Der V. Weltkongreß über Teilforderungen:

a) Abschnitt X der Thesen über die Taktik (a. a. O., S. 28): „Die Taktik der Kommunistischen Internationale schließt die Einfügung von Teilforderungen in unsere Agitation und Politik nicht nur nicht aus. sondern umgekehrt, setzt sie sogar voraus."

b) Programmentwurf, Teil IV (Der Weg zur Diktatur des Proletariats), Abschnitt A/b: ..Die Partei stellt eine ganze Reihe von Zwischenlösungen und Teilforderungen auf, die durch die Lage bestimmt werden, aber sie muß diese Forderungen und Losungen ihrem revolutionären Ziel unterordnen - der Eroberung der Macht und dem Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft." (ebenda, S. 77)

12) Im Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag („Die KPD, 2 Jahre Arbeit und Kampf) wird auf Seite 201 von einem „katastrophalen Rückgang" der SPD, von einer „Abfallbewegung, die Hunderttausende, wenn nicht Millionen" umfaßt, gesprochen, und dann gefolgert, daß die „Führung der SPD über die Mehrheit der deutschen In-

dustriearbeiter schon gegenwärtig höchst problematisch" sei. Es heißt dann weiter, daß aber von einer ernsten Opposition in der SPD nicht die Rede sein könne: „Die entscheidende Krise der bürgerlichen Arbeiterpartei vollzieht sich offenkundig nicht in Gestalt der Herausbildung eines linken Flügels in ihren Reihen, sondern der Abwanderung der besten Arbeiterelemente aus ihrer Peripherie zum Kommunismus."

13) Aus der Resolution des VI. Weltkongresses (1928):

„36. Infolge der gesteigerten Vertrustung der Industrie und der Tendenzen zum Staatskapitalismus, infolge des Verwachsens der Organisationen des Staates und der Trusts mit dem Apparat der reformistischen Gewerkschaften, infolge der neuen, durch und durch bürgerlich und aktiv imperialistischen Ideologie der Sozialdemokratie muß der Kampf gegen diese `bürgerliche Arbeiterpartei´ verschärft werden …

37. Die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie verschiebt den Schwerpunkt entschieden auf die Einheitsfront von unten, aber sie enthebt die Kommunisten nicht von der Verpflichtung, zu unterscheiden zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern, die nur irregeführt sind, und den sozialdemokratischen Führern, die die Rolle von Lakaien des Imperialismus spielen …

38. Die kommunistischen Parteien, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die revolutionären Gewerkschaften können nur im erbitterten Kampf gegen die Sozialdemokratie und die politisch korrumpierte Gewerkschaftsbürokratie die führende Rolle in diesen Kämpfen erobern ... Mit Rücksicht auf die Einheitsfront des bürgerlichen Staates, der Unternehmerorganisationen und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, deren gemeinsame Bestrebungen auf die Abwürgung der Streikbewegung durch obligatorische Schiedssprüche gerichtet sind, ist es unsere Hauptaufgabe, die Energie und Initiative der Massen zu entfalten und in günstigen Situationen den Kampf auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu führen."

14) Aus dem Referat des Genossen Pieck auf dem VII. Weltkongreß der KI: „Mit der Losung der selbständigen Leitung der Streiks durch die revolutionäre Minderheit trugen die Kommunisten dazu bei, Streiks auszulösen und die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit von der Fessel des reformistischen Gewerkschaftsapparates zu befreien. Aber bei der Verwirklichung dieser Losung wurde die erste unerläßliche Aufgabe der revolutionären Minderheit vernachlässigt, die Zustimmung der Mehrheit der Betriebsbelegschaft zur Proklamierung des Streiks und die Bildung einer durch die Streikenden gewählten selbständigen Streikleitung zu sichern...

Die Erfahrungen der Kämpfe haben auch gelehrt, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer unter dem Druck der wachsenden Streikstimmung der Massen nicht immer vermochten, den Streik abzulehnen, und daß deshalb die Einheitsfronttaktik

möglich und notwendig war. Die Opportunisten in unseren Reihen vertraten die Auffassung, daß man in der Streikfrage zwar die reformistischen Gewerkschaftsbonzen unter den Druck der Mitgliedermassen setzen müsse, daß man sich aber bei Ablehnung des Streiks durch die Gewerkschaftsführer ihren Beschlüssen unterwerfen müsse.

Diese opportunistische Auffassung mußte selbstverständlich von uns bekämpft werden. Es war aber wiederum ein Fehler, anzunehmen, daß es opportunistisch sei, überhaupt einen Druck auf die reformistische Gewerkschaftsbürokratie durch die Mitgliedermassen auszuüben, wie unser Standpunkt gegen die Brandlersche Losung `zwingt die Bonzen´ in Deutschland und später auch in anderen Ländern ausgelegt wurde. Die revolutionäre Minderheit konzentrierte ihre ganze Aufmerksamkeit auf die selbständige Leitung der Streiks, ließ dabei aber eine solche Aufgabe außer Acht, wie die Beteiligung an den von den reformistischen Gewerkschaftsführern geleiteten Streikbewegungen..."

15) Aus einer Rede Ernst Thälmanns auf dem VI. Weltkongreß der KI (Bandl., S. 618):

"In der praktischen Durchführung der Politik zeigen sich ebenfalls starke opportunistische Tendenzen und Abweichungen... Ich will dem Kongreß nur zwei Formulierungen aus den Funktionärorganen der Partei vortragen. In einem Artikel des Funktionärorgans des Leipziger Bezirks, `Die Parteiarbeit´, schreibt ein Genosse unter anderem folgendes: `Die Partei muß vor der Arbeiterschaft erklären, daß sie gewillt und bereit ist, eine sozialdemokratische Regierung zu unterstützen. Die Partei muß klar und konkret erklären, welche Forderungen sie an die Regierung stellt.´ Das ist eine vollkommen opportunistische Theorie, die an jene Theorie der Führung aus dem Jahre 1923 erinnert."

Dieses Thälmann-Zitat ist im übrigen ein weiterer Hinweis darauf, wie verhängnisvoll das opportunistische Versagen der Brandlerführung im Jahre 1923 war. Es war dieses abschreckende Beispiel, das dem proletarischen Kern der Führung der KPD ständig vor Augen schwebte, und dessen Wiederholung er um jeden Preis verhindern wollte.

Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der KI: „Unsere absolut ablehnende Stellung zu den sozialdemokratischen Regierungen, die Regierungen der Kompromisse mit der Bourgeoisie sind, ist bekannt. Aber dennoch glauben wir nicht, daß das Bestehen einer sozialdemokratischen Regierung oder einer Regierungskoalition der Sozialdemokratischen Partei mit bürgerlichen Parteien ein unüberwindliches Hindernis bildet, in bestimmten Fragen die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten herzustellen. Wir sind der Meinung, daß auch in diesem Falle die Einheitsfront zum Schutze der Le-

bensinteressen des werktätigen Volkes und im Kampf gegen den Faschismus durchaus möglich und notwendig ist.

In Schweden ist zum drittenmal eine sozialdemokratische Regierung an der Macht, aber die schwedischen Kommunisten haben in der Praxis lange Zeit auf die Anwendung der Einheitsfront verzichtet.

Was könnte in dieser Situation natürlicher sein und was könnte in größerem Maße den Wünschen der Arbeitermassen entsprechen, als ein Herantreten der kommunistischen Partei an alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen mit dem Vorschlag, gemeinsame Aktionen zur Durchführung dieser von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellten Forderungen zu unternehmen?"

16) „Aus einer Rede" Ernst Thälmanns auf dem VI. Weltkongreß der KI:

a) „Der Essener Parteitag nahm eine Formulierung an, worin die `linke´ Sozialdemokratie als der gefährlichste Feind des Kommunismus in der Arbeiterbewegung bezeichnet wird. Wir hoffen, daß der VI. Weltkongreß in dieser Frage eine klare Entscheidung fällt, denn diese Frage ist für eine Reihe von Sektionen von größter Bedeutung." (E. Thälmann, a. a. O., Bd. I, S. 607)

b) „Rote Fahne" v. 4. Nov. 1928 in einem Bericht über die Parteikonferenz zu den Beschlüssen des VI. Weltkongresses: „Die deutsche Partei hat bereits auf dem Essener Parteitag als erste der Komintern die Initiative ergriffen, um die linken SPD-Führer als Hauptfeinde des Kommunismus und der Arbeiterbewegung zu kennzeichnen."

c) Aus den Thesen des VI. Weltkongresses:

„21. Eine besonders schändliche Rolle in der Spaltungskampagne des Reformismus spielen die sogenannten `linken´ Führer der Sozialdemokratie, die zwar in Worten auf die Einheit schwören, in Wirklichkeit aber stets und immer die verbrecherischen Spaltungsmethoden der II. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bedingungslos unterstützen."

Genosse Pieck auf der Brüsseler Konferenz der KPD: „Besonders war es unsere Einstellung zu den Linken in der Sozialdemokratie, die uns die Schaffung der Einheitsfront außerordentlich erschwerte." (‚Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur'. Verlag Neuer Weg 1947, S. 41)

17) Aus den Thesen des VI. Weltkongresses:

„24 ... Mehr oder weniger entwickelte Tendenzen und Keime der faschistischen Bewegung finden sich heute überall. Die Ideologie der Klassenzusammenarbeit, die die offizielle Ideologie der Sozialdemokratie ist, hat viele Berührungspunkte mit der

Ideologie des Faschismus. Keime der faschistischen Methoden, die gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung angewendet werden, finden sich in der Praxis vieler sozialdemokratischen Parteien, sowie auch in der Praxis der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie." (a. a. O., S. 24)

18) In der Auseinandersetzung mit den Vertretern der Gruppe Brandler-Thalheimer gaben deren Vertreter in der ZK-Sitzung v. 19. Okt. 1928, Hausen und Galm, eine Erklärung ab, in der es u. a. hieß: „Die KPD befindet sich heute, unmittelbar vor dem 10. Jahrestag ihres Bestehens, am Rande des Abgrundes." (Rote Fahne v. 23.X.1928)

19) Im Bericht des ZK an den 12. Parteitag (a. a. O., S. 159) ist eine Zusammenstellung von Antworten verschiedener Bezirksleitungen auf die Umfrage des ZK enthalten, wie die Parteiorganisationen die Beschlüsse des 6. EKKI-Plenums aufgenommen haben. Einige der Antworten seien dem Inhalt nach hier wiedergegeben:

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg: Die Mitglieder halten die Beschlüsse für sehr richtig, sind aber häufig der Ansicht, daß sie auf ihren Betrieb nicht anwendbar sind. (Siemens, Osram, Borsig u. a.)

Halle-Merseburg: Die Genossen stimmen den Beschlüssen zu, aber bei der Durchsetzung werden sie schwankend, schrecken vor den Konsequenzen zurück.

Oberschlesien: Einzelne führende Betriebsfunktionäre, die durch jahrelange zähe Gewerkschaftsarbeit sich Einfluß verschafft und wichtige Positionen besetzt haben, wandten sich gegen die neue Taktik.

20) Zur Einschätzung der Situation des Kapitalismus und der revolutionären Bewegung.

a) Der 12. Parteitag: (Juni 1929)

E. Thälmann, a. a. O., Bd. 2, S. 64-78

Zur Geschichte der KPD, eine Auswahl von Materialien und Dokumenten, S. 256 ff. (Resolution des 12. Parteitages)

Der 12. Parteitag findet noch vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise statt. Er stellt die Zuspitzung aller imperialistischen Gegensätze und Widersprüche fest, weist auf die steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, auf die verheerenden Folgen einer Annahme des YOUNG-Planes für die werktätigen Massen und die mit dem YOUNG-Plan zusammenhängende Offensive des Kapitals hin. Er konstatiert das Bestreben der deutschen Bourgeoisie, zur offenen faschistischen Diktatur überzugehen. Er stellt auf der Seite der Arbeiterklasse den Beginn eines neuen revolutionären Aufschwunges fest, der sich u. a. darin zeigt, daß die Arbeiterklasse von der Verteidigung gegen die Offensive des Kapitals zum Gegenangriff übergeht.

b) Das X. EKKI-Plenum (Juli 1929)

Siehe E. Thälmann, a. a. O., S. 158-255, bes. S. 184-187

Thesen des X. Plenums in: „Die Kommunistische Internationale, Auswahl von Dokumenten und Reden...“, herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, S. 170-188.

Das X. Plenum bestätigt die Einschätzung des 12. Parteitages und unterstreicht besonders die Tatsache des revolutionären Umschwungs.

Ernst Thälmann auf dem X. EKKI-Plenum: „Wir können sagen, daß vom revolutionären Gesichtspunkt aus die jetzigen Wirtschaftskämpfe die Vorgefechte des großen Entscheidungskampfes sind." (S. 187)

Aus den Thesen des X. Plenums: „Die Klassenkämpfe beginnen, aus Angriffskämpfen seitens der Bourgeoisie in Gegenangriffskämpfe und teilweise in direkte Offensivkämpfe des Proletariats umzuschlagen." (Material: Partei-Hochschule, S. 180)

c) Tagung des erweiterten Präsidiums des EKKI, Februar 1930, E. Thälmann, a. a. O., S. 305-331, bes. S. 305 - 310, Material Parteihochschule, S. 189-205

D. Manuilski: Die Weltwirtschaftskrise und der revolutionäre Aufstieg, Referat auf dem erweiterten Plenum ... Verl. Carl Hoym Nachf.

Diese Tagung war die erste nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und gab folgende Einschätzungen:

Aus dem Referat Manuilskis: „Die Krise signalisiert den Anfang des Verfalls der kapitalistischen Stabilisierung. Es naht noch nicht das Ende der Stabilisierung, sondern erst der Beginn des Verfalls, denn der Zerfall, selbst der der kapitalistischen Stabilisierung, würde dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems, d. h. die Entstehung einer objektiv revolutionären Situation in den kapitalistischen Ländern bedeuten.

Es würde bedeuten, daß der gesamte politische Überbau, der auf Grund der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der Nachkriegszeit entstanden war, nicht nur erschüttert, sondern durch die revolutionäre Bewegung der werktätigen Massen zusammengebrochen sei". (a. a. O., S. 24)

Hier wird also das Ende der relativen Stabilisierung mit der revolutionären Situation, mit dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems gleichgesetzt. Vgl. dazu das 12. Plenum des EKKI!

Aus der Resolution zum Referat des Gen. Manuilski: „Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten, die drei Monate nachher (nach dem X. EKKI-Plenum, K. G.)

einsetzte, und sich zu der in einer Reihe von kapitalistischen Ländern und Kolonien bereits vorhandenen Depression gesellte, beschleunigte das Tempo der Zuspitzung der grundlegenden Widersprüche des Weltkapitalismus in höchstem Grade..." (Material PHS, S. 18)

„Dadurch vertieft die Wirtschaftskrise die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems, verschärft seine inneren und äußeren Widersprüche, zertrümmert die labile kapitalistische Stabilisierung und beschleunigt das Tempo des revolutionären Aufschwungs in den kapitalistischen Ländern wie auch in den Kolonien." (a. a. O., S. 192)

"Die Weltkrise wird um so verhängnisvollere Folgen für den Kapitalismus haben, da sie sich in einer Zeit des mächtigen wirtschaftlichen Aufschwungs der Sowjetunion entfaltet, die in dieser Hinsicht einen völligen Gegensatz zur gesamten kapitalistischen Welt bildet." (a. a. O., S. 193)

„Mit der Entfaltung des erbitterten Kampfes innerhalb des imperialistischen Lagers um die Neuaufteilung der Welt, mit dem Anwachsen der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Ländern und in den Kolonien sowie mit der siegreichen Entfaltung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion wächst die Gefahr neuer imperialistischer Kriege, insbesondere die Gefahr eines Kriegsüberfalls auf die Sowjetunion."

d) März-Plenum 1930 des ZK der KPD

E. Thälmann, a. a. O., S. 332-398, bes. 353-357

Das März-Plenum diente der Verbreitung der Ergebnisse des erweiterten Präsidiums und seiner Konkretisierung für Deutschland.

Auf diesem Plenum stellt Thälmann fest, daß „die Annahme des YOUNG-Plans eine Verschärfung der beginnenden Krise in Deutschland bedeuten" wird. „Diese Krise wird in Deutschland eine weitaus größere Zuspitzung zeigen als in England und in Frankreich." (Thälmann, a. a. O., S. 353)

e) Juli-Plenum des ZK der KPD 1930

E. Thälmann. a. a. O., S. 453-476, bes. S. 453-462: „Immer mehr zeigen sich Erscheinungen, die das Umschlagen der Wirtschaftskrise in die politische Krise des kapitalistischen Systems widerspiegeln." (S. 459)

„In einer solchen Situation der Gärung und Empörung unter den Massen, wie sie heute besteht, wachsen die Voraussetzungen für uns, die große Idee des Kommunismus, des Kampfes und Sieges der proletarischen Revolution in die Massen zu tragen." (S. 461)

f) Januar-Plenum des ZK der KPD 1931

E. Thälmann, Auszüge aus Reden, herausgeg. v. d. Parteihochschule „Karl Marx", S. 214-279 (Volksrevolution über Deutschland)

„Die Entfaltung der Krise in Deutschland hat auch nach den bürgerlichen Darlegungen einen besonders hohen Grad angenommen." (S. 224)

„Der Mittelstand sieht durch die Offensive der Unternehmer seine eigene Existenz bedroht. Man kann von einem beginnenden Klassenbewußtsein sprechen, von einer gewissen Annäherung an das Proletariat." (S. 229)

„Wir sagen, es entstehen Tendenzen der revolutionären Krise. Man könnte vielleicht sogar schon von einigen Elementen der revolutionären Krise in Deutschland sprechen. Es ist auch klar, daß in einigen Monaten wir in dieser Frage wiederum eine noch präzisere Formulierung werden wählen können, weil das Tempo der Entwicklung ein sehr rasches ist.“ (S. 234)

„Es ergibt sich eine solche Perspektive, daß der Tiefstand (der Krise) noch keineswegs erreicht ist, sondern eine weitere Verschärfung eintreten muß." (S. 234)

„Die Voraussetzungen für einen gleichzeitigen Aufschwung der Arbeiterbewegung in allen entscheidenden kapitalistischen Ländern, wenn auch in verschiedenem Tempo, sind gegeben. Damit wird die Lage für das Proletariat in dem Land, wo die Krise und der revolutionäre Aufschwung am weitesten fortgeschritten sind, objektiv günstiger." (S. 236)

Hinweis auf die Thesen Lenins, „wonach es auf Grund der objektiven Faktoren allein keine absolut ausweglose Situation für den Kapitalismus geben kann... Wir müssen die Situation ausweglos für den Kapitalismus machen!" (S. 237)

g) XI. EKKI-Plenum (März-April 1931)

D. S. Manuilski: Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. - Verl. Carl Hoym Nachf.

Thesen des XI. Plenums, Material der PHS über die KI, S. 206 ff

Aus dem Referat Manuilskis: Über die Krise in den Verlierer-Ländern des 1. Weltkrieges: „... das schafft in diesen Ländern die Voraussetzungen für eine raschere Ausreifung der Elemente der revolutionären Krise als in den anderen kapitalistischen Ländern, den Gläubigerländern." (a. a. O., S. 33) „Es muß vor allen Dingen festgestellt werden, daß der gegenwärtige revolutionäre Aufschwung die heranreifende zweite Runde der Revolutionen und Kriege ist ... sie wird, ihrem Schwung nach, eine

Fortsetzung des Oktobers 1917 werden und zum Sieg des Proletariats in einer Reihe von Ländern führen.

Eine Rückkehr von der jetzigen Krise zu einer kapitalistischen Stabilisierung… wird es nicht geben. Vielmehr wird eine weitere Verfaulung des Kapitalismus vor sich gehen und ein Anwachsen des revolutionären Aufschwungs, mit neuer Kraft. Aber gerade deshalb, weil es der Aufschwung einer ganzen geschichtlichen Epoche und nicht ein episodischer Aufschwung ist, sind in ihm Schwankungen konjunktureller Art möglich. Beispiele solcher Schwankungen hatten wir nicht nur einmal in unserer Arbeit während des letzten Jahres." (S. 50)

Das ist schon eine ganz andere Einschätzung als noch auf dem erweiterten Plenum des Präsidiums im Februar 1930, wo Manuilski gesagt hatte, es sei absolut nicht ausgeschlossen, „... daß nach der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, die die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft, die kapitalistische Welt eine neue Welle der kapitalistischen Rationalisierung durchmachen wird, d. h. eine Phase der Wiederherstellung des Grundkapitals, die einen fieberhaften vorübergehenden Aufstieg in Industrie und Handel nach sich zieht." (Referat auf dem erweiterten Plenum... S. 40)

Zurück zum XI. Plenum: „Eine vollentfaltete revolutionäre Krise haben wir leider noch in keinem einzigen Lande. ...Voraussetzungen einer solchen Entwicklung gibt es ... in Deutschland..." (S. 59)

Aus den Thesen des XI. Plenums: „Die Gegensätze zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System haben in ihrer Entwicklung noch nie eine derartige Kraft erlangt, und der Vorzug des sozialistischen Systems ist noch niemals so plastisch in Erscheinung getreten wie heute…

Dieser zunehmende Kontrast zweier Systeme, der die Hauptachse der gegenwärtigen internationalen Beziehungen bildet, wirkt auf die weitere Entwicklung der Gegensätze innerhalb der imperialistischen Welt ein. die infolge der Krise eine besondere Verschärfung erfahren haben." (Material: PHS, S. 208)

„Das seit der letzten Tagung des erweiterten Präsidiums des EKKI im Februar 1930 abgelaufene Jahr, das ein Jahr historischen Umschwungs ist, zeigte das Wachstum der Krise, die Unvermeidlichkeit des Untergangs des kapitalistischen Systems und den siegreichen Aufschwung des sozialistischen Aufbaus. Mit der kapitalistischen Stabilisierung geht es zu Ende ..." (S 207)

„Die Entwicklung des Klassenkampfes unter den Verhältnissen des weiteren Umsichgreifens der Weltwirtschaftskrise stellt die breiten werktätigen Massen vor die entscheidende Wahl: entweder Diktatur der Bourgeoisie - oder Diktatur des Proletariats." (S. 212)

h) Februar-Plenum 1932 des ZK der KPD

E. Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. (Broschüre)

„Ein kapitalistischer Ausweg aus der Krise wird für die Bourgeoisie immer schwieriger." (S. 4) „Die Kriegsgefahr nimmt immer aktuellere Formen an, sowohl in der Zuspitzung der Konflikte der Imperialisten untereinander wie ganz besonders in der Richtung des unmittelbar drohenden Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Die Ereignisse im Fernen Osten zeigen, daß der imperialistische Krieg aus einer Gefahr zu einer Tatsache geworden ist..." (S. 6)

„Mit der Verschärfung der Krise im Weltmaßstab haben wir auch in Deutschland eine höhere Phase in der Entfaltung der Krise zu verzeichnen, ... es ... zeigt sich in diesem verschärften Stadium der Weltkrise, daß schon eine Reihe der wichtigsten Kommandohöhen des Finanzkapitals, Großbanken und große Industriekonzerne, von der Krise erfaßt werden." (S. 18)

„Dies alles zeigt ganz klar, daß sich auch für die vor uns liegende Entwicklung eine weitere Verschärfung der Krise ergeben muß." (S. 19)

i) XII. EKKI-Plenum (September 1932)

Thesen des XII. Plenums, Material PHS, S. 229 ff

„Gleichzeitig dauert in der kapitalistischen Welt fort:

a) die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise,

b) die Steigerung des revolutionären Aufschwungs ...,

c) die weitere Verschärfung der Gegensätze der imperialistischen Staaten ...,

d) die Verstärkung der Vorbereitung des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion." (S. 229/30)

„Daraus folgt jedoch keineswegs der Schluß auf einen automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus, daraus folgt vielmehr die Unvermeidlichkeit des weiteren Ansteigens des revolutionären Aufschwungs sowie der weiteren Verschärfung aller grundlegenden Gegensätze, die die Bourgeoisie auf den Weg ihrer gewaltsamen Lösung, sowohl innerhalb des Landes, als auch auf der internationalen Arena stoßen." (S. 230)

„Das Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ist eingetreten. Es besteht aber noch keine unmittelbare revolutionäre Situation in den wichtigsten und entscheidendsten kapitalistischen Ländern. Im gegenwärtigen Augenblick vollzieht sich gera-

de der Übergang zu einem neuen Turnus großer Zusammenstöße zwischen den Klassen und Staaten, zu einem neuen Turnus von Revolutionen und Kriegen." (S. 230)

„So ist Deutschland eines der wichtigsten Zentren der schärfsten und gespanntesten internationalen imperialistischen Konflikte." (S. 231)

j) 3. Parteikonferenz der KPD, Oktober 1932

E. Thälmann: Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Rede und Schlußwort auf der Parteikonferenz, - Broschüre.

Die 3. Parteikonferenz beschäftigte sich vor allem mit den Ergebnissen des XII. EKKI-Plenums und machte sich dessen Einschätzung zu eigen: „Alles Gerede der Bourgeoisie, der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über ein Abflauen der Krise, einen nahe bevorstehenden Umschwung in die Depression oder gar eine neue Prosperität ist entweder haltlose Utopie oder bewußter Betrug. Gegenüber diesen Spekulationen ... sagen wir Kommunisten den Massen mit aller Schärfe, daß sich die Krise nicht abschwächt, sondern daß sie im Gegenteil in ein verschärftes Stadium eintritt." (S. 7)

„Welche Folgerungen ergeben sich aus all diesen Tatsachen? Eine ungeheuerliche Steigerung und Verschärfung des Klassenkampfes, eine Zuspitzung im Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen den herrschenden Klassen und den werktätigen Massen von solchem Ausmaß, daß dadurch die Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland mächtig gesteigert werden...

Betrachtet man die jetzige Welle von Streiks als Antwort auf die Septembernotverordnungen Papens, im Zusammenhang mit der allgemeinen Verschärfung der Lage, so ergibt sich daraus eine Perspektive. die auf neue, heftigere, immer erbittertere Massenkämpfe hinweist." (S. 8)

k) XIII. Plenum des EKKI, Dezember 1933

Material: PHS, S. 266 ff

„Die Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach dem Ende der relativen Stabilisierung - welche vom letzten (XII.) Plenum des EKKI festgestellt wurde - hat bereits zu einer weitgehenden Erschütterung des kapitalistischen Systems in der ganzen Welt geführt." (S. 266)

„Die Grundfesten des Kapitalismus werden bereits infolge seiner tiefen, unlösbaren Widersprüche zerstört. Die Weltwirtschaftskrise hat sich aufs engste mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus verflochten und verschärft alle Hauptwidersprüche der kapitalistischen Welt in solchem Maße, daß jeden Moment ein Umschwung eintreten kann, der die Verwandlung der Wirtschaftskrise in eine revolutionäre Krise bedeuten

wird. Vor dem internationalen Proletariat steht die große Aufgabe, diese Krise der kapitalistischen Welt in den Sieg der proletarischen Revolution zu verwandeln." (S. 271)

21) Erwartung auf raschen Zerfall der Sozialdemokratie.

a) E. Thälmann auf dem 12. Parteitag der KPD (Juni 1929): Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 83; 84; 89; 91

Entschließung des 12. Parteitages: „Die Revolutionierung des Proletariats ist untrennbar verbunden mit dem Vormarsch der kommunistischen Partei, die zur beherrschenden Partei der Großbetriebe wird und die entscheidende Offensive zur Brechung des Einflusses der Reformisten aufgenommen hat." (Zur Geschichte der KPD, Auswahl von Materialien und Dokumenten, S. 260)

b) X. EKKI-Plenum (Juli 1929):

„Die deutschen Arbeitermassen überwinden durch eigene praktische Erfahrung ihre Illusion in Bezug auf die Sozialdemokratie." (Material: PHS, S. 177)

„Das Plenum des EKKI konstatiert, daß die gegenwärtige Regierungsübernahme der größten Parteien der II. Internationale angesichts des heraufziehenden Krieges und des zunehmenden Elends der Arbeiterklasse die Voraussetzungen für die einschneidendste Krise der Sozialdemokratie in den Massen schaffen. Diese Krise findet ihren Ausdruck in der Beschleunigung des Prozesses der Radikalisierung der breiten Arbeitermassen. Sie bringt die Sozialdemokratie unvermeidlich zum Verlust ihres Einflusses auf die breiten Arbeitermassen und schafft dadurch günstige Voraussetzungen für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die kommunistischen Parteien." (Ebenda, S. 179) Ernst Thälmann auf dem X. Plenum : Siehe: Bd. 2, S. 189

c) Erweitertes Präsidium des EKKI. Februar 1930

Aus dem Referat Manuilskis: „Selbstverständlich wird in einer revolutionären Situation die Zerstörung des sozialdemokratischen Einflusses anders vor sich gehen wie jetzt. In einer revolutionären Situation wird der Zerfall des Sozialfaschismus in katastrophalem Tempo vor sich gehen, ganze Schichten von Arbeitern werden sich von der Sozialdemokratie loslösen… Wir sind aber leider noch nicht auf diesem Niveau des revolutionären Aufstiegs. Wir müssen noch viel arbeiten und manche Schlappe erleiden, ehe wir erreichen, daß bedeutende Kräfte der sozialdemokratischen Arbeiter sich von ihrer Partei loslösen." (D. Manuilski, Die Weltwirtschaftskrise und der revolutionäre Aufstieg, S. 47)

d) Aus der Resolution des V. RGI-Kongresses, Sept. 1930:

(Abschn. IV B 3. c): „In Ländern wie Deutschland, wo eine organisatorisch gefestigte revolutionäre Gewerkschaftsopposition besteht, sollen die Unorganisierten zum Eintritt in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufgefordert und in ihre Reihen eingegliedert werden. Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der RGO Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften", wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der RGI aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist. Die RGI-Anhänger in diesen Ländern müssen ... jetzt schon konsequent bewußt und unermüdlich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicherer Vorbereitungen und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten. Diesen Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit unterzuordnen." (Die RGI im Angriff, Broschüre 1930, S. 113/114)

c) Januar-Plenum des ZK der KPD 1931:

Ernst Thälmann über die politischen Auswirkungen der Krise, insbesondere über das Ergebnis der Reichstagswahlen vom September 1930: „In den Mittelpunkt unserer Betrachtungen müssen wir den revolutionären Aufschwung stellen…Auf der einen Seite der Einbruch der kommunistischen Partei ins Lager des Reformismus. Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft in wichtigen proletarischen Bezirken. Ein Prozeß der Zusammenballung der proletarischen Klassenkräfte unter Führung der KPD." (Ernst Thälmann, Auszüge aus Reden, Material der PHS, S. 238)

„Ein vierter Faktor des revolutionären Aufschwungs ist überhaupt die heutige, viel bedeutsamere Rolle der RGO, die auch äußerlich in der Schaffung von roten Gewerkschaften, wie der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins oder jetzt der Bergarbeiter des Ruhrgebiets in Erscheinung tritt." (Ebenda, S. 239)

„Wie ist jetzt die Lage? Einerseits finden wir die vollständige Krise der reformistischen Theorie, andererseits in den Reihen der SPD- und SAJ-Mitgliedschaft zahlreiche Erscheinungen einer inneren Gärung, Zersetzung und Rebellion. Deshalb stellen wir heute die kühne Aufgabe: Liquidierung des Masseneinflusses der SPD..." (Ebenda, S. 250)

„Die Sozialdemokratie verliert heute immer mehr an politischer Achtung. Mit der Verringerung der arbeiteraristokratischen Basis des Reformismus vollzieht sich der dauernde historische Abstieg der SPD. Hier müssen wir die erfolgreich begonnene Offensive fortsetzen und weitere Millionen sozialdemokratischer und in ihrer Peripherie befindlicher Arbeiter gewinnen." (Ebenda, S. 251)

„Die RGO hat heute die größte Entfaltungsmöglichkeit, und sie muß zu einer wahren Millionenbewegung in Deutschland werden." (ebenda, S. 262)

f) Aus der Resolution der 3. Parteikonferenz der KPD, Okt. 1932: „Der fortdauernde, langsame Niedergang des Masseneinflusses der Sozialdemokratie, die wachsende Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder mit der offiziellen Politik des ADGB und der beginnende Rückgang der Hitlerbewegung geben der KPD die größten Möglichkeiten für die erfolgreiche Durchführung der Aufgabe: die Mehrheit des Proletariats für den Kampf um die politische Macht zu erobern, die übrigen werktätigen Mittelschichten teils als Verbündete für die Arbeiterklasse zu gewinnen, teils zu neutralisieren." (Ernst Thälmann, „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur", S. 45)

22) Aus dem Programm der Kommunistischen Internationale, angenommen vom VI. Weltkongreß

„Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d. h. der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kader." (Material: PHS, S. 20)

23) Übrigens hat das XII. Plenum des EKKI (Sept. 1932) diesen Unterschied zwischen Sozialdemokratie und faschistischer Partei schon richtig gekennzeichnet, ohne jedoch daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Es heißt dort: „3. Der Faschismus wie der Sozialfaschismus (Sozialdemokratismus) treten für die Aufrechterhaltung und Festigung des Kapitalismus, der bürgerlichen Diktatur ein, aber sie ziehen daraus verschiedene taktische Schlußfolgerungen… Die Sozialfaschisten ziehen eine gemäßigtere und `gesetzmäßigere´ Anwendung der bürgerlichen Klassengewalt vor, weil sie gegen Einschränkungen der Basis der bürgerlichen Diktatur sind; sie setzen sich für deren `demokratische´ Tarnung und Aufrechterhaltung vorzugsweise ihrer parlamentarischen Formen ein, deren Fehlen es ihnen erschwert, ihre spezielle Funktion des Betruges der Arbeitermassen zu erfüllen. Gleichzeitig bilden die Sozialfaschisten ... die Deckung, unter deren Schutz die Faschisten die Möglichkeit haben, ihre Kräfte zu organisieren, und machen die Bahn frei für die faschistische Diktatur." (Material PHS, S. 234)

24) In einem Artikel der „Kommunistischen Internationale". Heft 21/22 vom 07.06.1931 heißt es über die Lage in Deutschland: „Die Tatsache, daß trotz der Haltung der SPD-Führung die SPD-Arbeiter noch nicht zu Tausenden der Partei des Sozialfaschismus den Rücken kehren, zeigt aufs neue, daß das organisatorische Gefüge der SPD in seinen Grundfesten noch nicht erschüttert ist." (S. 999)

25) Aus dem Schlußwort Ernst Thälmanns auf dem ZK-Plenum Februar 1932: „Ebenso war ein schwacher Punkt in den Anführungen des Genossen Selbmann, der in der Angelegenheit der Entsendung von Delegationen auf die reformistischen Ge-

werkschaftsbüros den Fehler der sächsischen Bezirksleitung verteidigen wollte. Dazu muß man sagen: Nur ja keine Neuauflage der Theorie `Zwingt die Bonzen!´ (Der revolutionäre Ausweg und die KPD, S. 92)

26) Zur Frage: bürgerliche Demokratie und Faschismus

a) März-Plenum des ZK der KPD 1930:

Hier finden wir noch eine beträchtliche Verkennung der Situation und der Absichten der Bourgeoisie. Eine Woche vor dem Sturz der Regierung Hermann Müller stellt Ernst Thälmann fest: „Sahen wir nicht, daß bei jeder revolutionären Zuspitzung die Sozialdemokratie in die Regierung eintrat, wie 1919 und 1923? Und hat sie nicht immer ihre konterrevolutionären Taten durch Scheinmanöver gegen die Reaktion verschleiert?" (E. Thälmann, Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 361)

b) Aus dem Beschluß des Polit-Büros des ZK der KPD „Über den Kampf gegen den Faschismus" v. 04.06.1930: In diesem Beschluß wird die Regierung Brüning als Regierung, die die faschistischen Terrorbanden zur Niederwerfung der proletarischen Revolution bewaffnet und organisiert, gekennzeichnet, ohne sie jedoch selbst schon als faschistische Regierung zu qualifizieren. Es wird vielmehr sehr richtig differenziert zwischen der Regierung Brüning einerseits, der Regierung Frick in Thüringen andererseits. Diese wird - sehr wohl abgewogen! - als „Beginn einer Regierung der faschistischen Diktatur" bezeichnet. (Zur Geschichte der KPD, S. 264)

c) Januar-Plenum des ZK der KPD 1931

Hier wird sehr richtig festgestellt: „Mit der revolutionären Zuspitzung wächst die Bedeutung der bewaffneten Konterrevolution als Massenbewegung für die Bourgeoisie. Diese aber können nur die Nazis in ausschlaggebendem Maße stellen, nicht die Sozialdemokratie… Mit der Verschärfung des Klassenkampfes und andererseits mit dem dauernden Rückgang des Masseneinflusses der SPD wächst daher die Rolle der Nazis." (Ernst Thälmann, Material: PHS, S. 242/243)

Ferner: „Was ist der klassenmäßige Inhalt der faschistischen Diktatur?... Nicht etwa der Klasseninhalt ändert sich, sondern die Methoden. Die Herrschaftsformen wechseln, nicht der Herrschaftsinhalt, sofern die bürgerliche Demokratie durch die faschistische Diktatur ersetzt wird." (Ebenda, S. 244)

Dann untersucht Ernst Thälmann die Situation in Deutschland an Hand des Programms der KI, wobei er zu folgendem Ergebnis gelangt: „Andererseits sieht das Programm einen solchen Zustand nicht vor, wo die Bourgeoisie bereits mit faschistischen Methoden regiert, die faschistische Massenpartei sich aber noch außerhalb der Regierung, sogar in einer Scheinopposition befindet. Schließlich ist es klar, daß im industriellen Deutschland mit seiner großen Arbeiterklasse und starken kommunisti-

schen Partei der vollen Entfaltung der faschistischen Herrschaft ernste Hindernisse entgegengesetzt werden… Wir haben in Deutschland den Zustand einer ausreifenden faschistischen Diktatur. Die Regierung Brüning ist in ihrer jetzigen Entwicklungsphase die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur." (ebenda, S. 244)

In der gleichen Rede bezeichnet Thälmann als „Hauptfeind des Proletariats im Rahmen des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, gegen den Kapitalismus in Deutschland den Faschismus“. (S. 250)

Im Januar-Plenum 1931 finden sich also bereits viele Ansätze zur Überwindung bestimmter falscher Auffassungen und einer richtigen Analyse der Situation, die bei konsequenter Weiterführung zur Änderung der Taktik führen müßten. Welch ein Fortschritt z. B. gegenüber dem März-Plenum 1930, wo Thälmann noch sagte, der Sozialfaschismus sei der Waffenträger der faschistischen Diktatur!

Auf dem XI. EKKI-Plenum aber wurden diese Ansätze nicht weiterentwickelt, sondern im Gegenteil bekämpft.

d) XI. EKKI-Plenum. April 1931:

In seinem Referat tritt Manuilski zwar gegen diejenigen Kommunisten auf, „die den Sozialfaschismus vollkommen mit dem Faschismus identifizieren" oder „die die sozialdemokratischen Arbeiter mit ihrem Führungsapparat ... identifizieren."

In seinem Schlußwort aber erklärt er, daß „Faschismus und Sozialfaschismus lediglich zwei Schattierungen ein und derselben sozialen Stütze der bürgerlichen Diktatur sind." (D. S. Manuilski, Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus, S. 121)

Im Gegensatz zu den Ausführungen Thälmanns auf dem Januar-Plenum der KPD erklärt Manuilski: „Der Faschismus ist keine neue Regierungsmethode, die sich vom System der Diktatur der Bourgeoisie unterscheidet. Wer so denkt, ist ein Liberaler." (Ebenda, S. 108).

Und ebenfalls gegen eine These des Januar-Plenums, nämlich, daß der Hauptfeind des Proletariats der Faschismus ist, richtet sich die Feststellung Manuilskis: „Der Hauptfeind der Arbeiterklasse war, ist und bleibt die Bourgeoisie." (Ebenda, S. 122)

Er führt dazu aus: „Einige Genossen sind bestrebt, mit der Lupe die geringsten Feinheiten herauszufinden, die die faschistische Form der Diktatur der Bourgeoisie von der bürgerlichen Diktatur sozusagen ‚normalen' Typs unterscheiden… Wozu das, Genossen? Hinter all diesen krampfhaften theoretischen Bemühungen, die nur die Frage verwirren, ... verbirgt sich in Wirklichkeit eine Gegenüberstellung des Faschismus als ‚neuer Typus' des bürgerlichen Staates gegen den alten demokratischen

Typus… Die ganze Verschärfung des Klassenkampfes zeugt davon, daß der Unterschied der Methoden der Klassenherrschaft zwischen der sogenannten bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus, sich immer mehr verwischen wird, bzw. in der Praxis bereits verwischt ist… Die Sozialdemokratie verkündet, um die Massen bewußt zu betrügen, daß der Hauptfeind der Arbeiterklasse der Faschismus sei, um so die Frage des Kampfes gegen die Diktatur des Kapitals überhaupt von der Tagesordnung abzusetzen." (Ebenda, S. 122)

Entsprechend dieser Einstellung gab das XI. EKKI-Plenum die Losung heraus: „Kampf gegen die bürgerliche Diktatur in allen ihren Formen." (Die KI, Material: PHS, Bd. 2, S. 226)

Das XI. Plenum brachte nicht nur eine Zurückschraubung der Ansätze zur Befreiung von der starren, sektiererischen Linie, sondern eine weitere Verstärkung des Sektierertums mit sich. (Gleichsetzung der Regierung Braun-Severing mit einer Regierung Hitler-Goebbels im Artikel E. Thälmanns vom Dezember 1931)

Manuilski weiter auf dem XI. EKKI-Plenum: „Je nachdem, auf welchen Flügel die Bourgeoisie sich im Kampfe gegen das Proletariat stützen wird, müssen wir auch feststellen, nach welcher Seite der Hauptschlag der Kommunisten geführt werden muß." (S. 123) (Hier kommt besonders deutlich zum Ausdruck, daß nicht erkannt wurde, daß trotz aller Differenzen im Lager der Bourgeoisie die gesamte deutsche Monopolbourgeoisie in eine Richtung strebte - in die Richtung der Einbeziehung der Nazis in die Regierung - weil nur das der faschistischen Diktatur in Deutschland eine relative Festigung geben konnte.)

Manuilski führt weiter aus: „Die Brüning-Regierung ist jetzt der Hauptfeind auch noch deshalb, weil einem Machtantritt Hitlers jetzt erhöhte Widerstände entgegenstehen ... .

Gerade eine solche Fragestellung gestattet uns am besten die Entlarvung der Theorie des `kleineren Übels´. Gerade weil die Kommunisten in Deutschland gegen die bürgerliche Diktatur, als ihren heute durch die Brüning-Regierung verkörperten Hauptfeind kämpfen, entlarvten sie das Manöver der Sozialdemokratie, die die Brüning-Regierung als das `kleinere Übel´ im Vergleich zum Faschismus Hitlerscher Färbung hinstellt. Beruht doch die ganze Theorie des ‚kleineren Übels' auf der Voraussetzung, daß der Faschismus Hitlerscher Färbung der Hauptfeind sei, und man kann den Arbeitern, ausgehend von dieser Voraussetzung ohne restlose Identifizierung der Brüning-Regierung mit einer etwaigen Hitler-Regierung, nicht beweisen, daß die Brüning-Regierung kein kleineres Übel ist. Wir aber identifizieren Brüning trotzdem nicht mit Hitler, und den Sozialfaschismus, der Brüning unterstützt, nicht mit dem Hitlerfaschismus." (Ebenda)

Zergliedert man diese etwas komplizierte Beweisführung, so erhält man folgende logische Stufenleiter:

1) Wir müssen beweisen, daß die Theorie vom `kleineren Übel´ falsch ist.

2) Nehmen wir die These an, daß Hitler der Hauptfeind ist, könnten wir diesen Beweis nicht erbringen, weil dann tatsächlich jede andere Regierung gegenüber einer Regierung Hitler ein kleineres Übel wäre, es sei denn, wir behaupten, es gäbe keinerlei Unterschied zwischen einer Regierung Hitler und der Brüning-Regierung.

3) Das aber können wir nicht behaupten, wir können Brüning nicht mit Hitler identifizieren und den Faschismus nicht mit dem Sozialfaschismus.

4) Also können wir die These vom Hitlerfaschismus als Hauptfeind nicht annehmen, weil wir dann nicht beweisen können, daß die `Kleine-Übel-Theorie´ falsch ist.

5) Diesen Beweis können wir nur erbringen, wenn wir sagen, daß die bürgerliche Diktatur in Gestalt der sie jeweils ausübenden Regierung der Hauptfeind ist. Daraus ergibt sich, daß Hitler nicht der Hauptfeind sein kann, da er nicht an der Regierung ist und voraussichtlich so bald auch nicht sein wird. Der Hauptfeind ist vielmehr Brüning, weil er an der Regierung ist.

6) Damit haben wir bewiesen, daß die Theorie des „kleineren Übels" falsch ist, denn wenn Brüning der Hauptfeind ist, dann kann er nicht das kleinere Übel sein, sondern dann ist er das größte Übel. Diese Argumentation war natürlich ganz und gar nicht geeignet, den sozialdemokratischen Arbeitern das Gefühl, die instinktive Erkenntnis wegzudiskutieren. daß ihnen und der ganzen Arbeiterklasse die größte Gefahr von Hitler drohte. Gegenüber einer solchen Argumentation mußte ihnen die sozialdemokratische Theorie vom „kleineren Übel" entschieden einleuchtender erscheinen.

e) Ernst Thälmann in seinem Artikel im Dezember 1931: „Die SPD ist sich darüber klar, daß die Bourgeoisie auf ihre Mithilfe bei der Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie auch dann nicht verzichten wird, wenn sie in einem späteren Zeitpunkt die Nationalsozialisten bei der Durchführung der faschistischen Herrschaftsformen der kapitalistischen Klassenherrschaft innerhalb der Reichsregierung mitwirken läßt. So bereitet sie sich allmählich schon auf die Unterstützung auch einer Hitler-Brüning-Regierung an Stelle der heutigen Brüning-Groener-Regierung vor." („Die Internationale", Heft 11/12 1931, S. 498/99)

f) Februar-Plenum des ZK der KPD:

„Der Prozeß der Durchführung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung, wie wir ihn vor einem halben Jahr auf dem Januar-Plenum 1931 analysiert haben, hat innerhalb der vergangenen zwölf Monate die heftigsten Formen angenom-

men… Niemand wird heute mehr daran zweifeln, daß wir es bei dem Kurse der Brüning-Groener-Regierung im Reich und ihrer Braun-Severing-Filiale in Preußen mit einem faschistischen Kurs zu tun haben, daß wir recht hatten, als wir ... von einer ausreifenden, noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur sprachen." (Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, S. 23)

g) XII. EKKI-Plenum, September 1932:

„Die Diktatur der Bourgeoisie ändert sich unentwegt in der Richtung einer weiteren Verschärfung der politischen Reaktion und der Faschisierung des Staates… Dabei verzichtet die Bourgeoisie jedoch keineswegs auf die Ausnutzung des Parlaments und die Dienste der sozialdemokratischen Parteien für den Betrug der Massen.

In Deutschland wurde durch die Regierung von Papen-Schleicher ... eine der Formen der faschistischen Diktatur errichtet, der die Sozialdemokratie und das Zentrum den Weg gebahnt haben. Die weitere Entwicklung oder der Zerfall dieser Diktatur hängt vom revolutionären Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus in allen seinen Formen ab." (Die KI, Material: Parteihochschule, S. 232/33)

h) 3. Parteikonferenz der KPD, Oktober 1932:

Aus dem Referat Ernst Thälmanns: „Diese Formulierung (Papen-Regierung eine der Formen der faschistischen Diktatur, K. G.) ... zeigt ..., daß es sich bei der heutigen Herrschaftsform der deutschen Bourgeoisie nicht um etwas Starres, Abgeschlossenes handelt, sondern, daß in erster Linie die weitere Entwicklung der Herrschaftsformen der Bourgeoisie vom Klassenkampf abhängig ist.

Wir haben eine ernste ideologische Aufklärungsarbeit geleistet, die sich gegen die sozialdemokratische Darstellung wandte, erst die Hitler-Regierung sei die faschistische Diktatur. Demgegenüber haben wir betont, daß man nicht einfach Hitler-Regierung und faschistische Diktatur gleichsetzen dürfe, daß vielmehr sehr wohl eine Regierung der faschistischen Diktatur ohne offizielle Einbeziehung der Nationalsozialisten denkbar sei. Die heutige Lage bestätigt diese Auffassung. Dabei ist es klar, daß auch die Papen-Schleicher-Regierung nicht die letzte und höchste Stufe des Faschismus darzustellen braucht, sondern eben nur eine der Formen der faschistischen Diktatur, wobei es von uns abhängt, ob es zu einer weiteren Festigung und Entfaltung der faschistischen Gewaltherrschaft oder zu ihrer Zersetzung kommt." (Ernst Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, S. 14)

„Jede Tendenz einer Abschwächung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die SPD-Führer und einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und Sozialfaschismus ist deshalb völlig unzulässig. Aber ebensowenig dürfen wir eine Gleichstellung dieser beiden Flügel des Faschismus zulassen. Eine einfache schematische Gleichsetzung

von Hitler und Severing, von Papen-Regierung und Brüning-Regierung, von Sozialdemokratie und Nationalsozialismus ist falsch und erschwert den Kampf sowohl gegen die Nazis wie gegen die SPD." (Ebenda, S. 17)

(Diese Korrektur von besonders krassen Überspitzungen, die vom XI. EKKI-Plenum ausgegangen waren und ihren Niederschlag in dem Artikel E. Thälmanns in der „Internationale" und im Februar-Plenum der KPD gefunden hatte, war auf dem XII. EKKI-Plenum eingeleitet worden, worauf sich E. Thälmann ausdrücklich beruft.)

27) Das Februar-Plenum 1932 des ZK der KPD über die Politik des größten Übels für die Arbeiterklasse.

„Die Politik, die die SPD betreibt, ist ja in Wirklichkeit ... die Politik des größten Übels für die Arbeiterklasse… Die Sozialdemokratie führt jeweils soviel Anschläge im Dienste der Bourgeoisie gegen das Proletariat und die Werktätigen durch, wie nur vom Standpunkt des jeweiligen Reifegrades der Faschisierung durchgeführt werden können.

Wenn ihre konterrevolutionären Taten bisweilen in einem oder dem anderen Punkt hinter dem zurückbleiben, was an konterrevolutionären Forderungen von dem extremsten Flügel des Faschismus, von Hugenberg und Hitler aufgestellt wird, so geschieht das nicht deshalb, weil die SPD besser wäre als Hitler und Hugenberg, weil ihre Politik wirklich ein `kleineres Übel´ wäre, sondern nur deshalb, weil eben mehr an Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiter unter den gegebenen Verhältnissen nicht durchgesetzt werden kann." („Der revolutionäre Ausweg und die KPD", S. 37)

28) Unterschätzung der faschistischen Gefahr - Überschätzung der eigenen Kraft.

Auf dem März-Plenum des ZK der KPD 1930 führt E. Thälmann ein Zitat aus dem „Völkischen Beobachter" an, in dem die Nazis unverblümt ihren „dämonischen Willen zur Alleinherrschaft" verkünden. Aber dieses Zitat wird als Beweis für das „Hineinwachsen" der Nazis in den Staat, in die Republik angeführt, nicht als Beweis für die Gefahr, die der Arbeiterklasse von den Nazis droht. (E. Thälmann, Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 363)

Aus der Resolution des Polit-Büros des ZK der KPD v. 04.06.1930: „In noch stärkerem Maße als die faschistischen Kräfte der Bourgeoisie sich sammeln, wachsen die antifaschistischen Kräfte der proletarischen Revolution." (Zur Geschichte der KPD, S. 266)

Das war die Einschätzung kurz vor den Reichstagswahlen, die den Nazis 6,3 Millionen gegenüber vorher 810.000 Stimmen brachten. während die Stimmen für die KPD von 3,2 Millionen auf 4,5 Millionen anwuchsen.

c) Januar-Plenum des ZK der KPD 1931:

Auf diesem Plenum kam die Unterschätzung der faschistischen Gefahr und die Überschätzung der eigenen Kräfte z. B. in folgender Feststellung zum Ausdruck: „Die Bourgeoisie greift zur äußersten Herrschaftsform, sie benutzt den Faschismus als Sturmbock gegen die proletarische Revolution. Hier zeigt sich jener geschichtliche Vorgang, daß die Revolution mit ihrer höheren Entwicklung zugleich eine höhere Form der Konterrevolution produziert und wenn sie diese überwindet, zur höchsten Kraftentfaltung heranreifen kann. Jenen Prozeß schildert in ähnlicher Form schon Karl Marx in den ´Klassenkämpfen in Frankreich´..." (E. Thälmann, Material: PHS, S. 240)

d) Aus einem Artikel in der „Kommunistischen Internationale", Heft 25/26 vom Juli 1931:

Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD

In diesem Artikel werden die Fortschritte der KPD aufgezählt, die rasche Zunahme der Zahl ihrer Mitglieder und der Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen, und dann wird gesagt: „Die werktätige Bauernschaft, die Beamten und die Schicht des städtischen Kleinbürgertums wenden sich der kommunistischen Partei zu… Die kommunistische Partei fängt an, das Übergewicht zu bekommen in dem Kampfe, den sie seit den Septemberwahlen vorigen Jahres gegen die Faschisten um den Einfluß auf die kleinbürgerlichen Massen führt." (S. 1149)

e) Aus dem Februar-Plenum des ZK der KPD 1932:

„Nichts wäre verhängnisvoller als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus...

Wir müssen in der nationalistischen Bewegung ... im besonderen die Massenbasis Hugenbergs und der Deutschnationalen erblicken, so wie andererseits die Brüning-Regierung bei der Durchführung der Notverordnungsdiktatur-Politik die Sozialdemokratie als stärkste Massenbasis benutzt." (a. a. O., S. 24)

„Während so die Sozialdemokratie sich immer mehr dem Hitlerfaschismus nähert, betont dieser umgekehrt seine Legalität." (Ebenda, S. 26)

f) Aus der 3. Parteikonferenz der KPD, Oktober 1932: „Gegenwärtig besteht eine andere Gefahr, die der Überschätzung des Faschismus, die Auffassung, als ob die faschistische Diktatur eine Konsolidierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie darstelle." (a. a. O., S. 12)

„Soviel ist jedenfalls klar: das deutsche Proletariat kann in die schweren und gewaltigen Klassenschlachten der nächsten Zukunft mit fester, kampfentschlossener Zuversicht, mit einer revolutionären Perspektive marschieren!" (Ebenda, S. 15)

Feststellung: Stagnation und beginnender Rückgang bei der Nazipartei. Daraus ergibt sich „eine Lage, in der für die kommunistische Partei die größten Möglichkeiten, aber auch die größten Aufgaben heranreifen, diese von der SPD und von Hitler enttäuschten Massen aufzufangen, zu sammeln und in die revolutionäre Klassenarmee einzugliedern." (S. 18) „Darum tritt die Propaganda für die Eroberung der politischen Macht in ein ganz neues Stadium… Wir werden mit ganz anderen Voraussetzungen in die zweite Welle der Revolutionen und Kriege eintreten, als dies 1914 oder auch 1917/1918 der Fall war." (S. 19)

e) Brüsseler Konferenz, Oktober 1935:

Siehe: „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf", Verlag Neuer Weg, 1947, S. 23; 26 ff.

Aus dem Referat Wilhelm Piecks: „Wir haben in den letzten zwei Jahren vor der Aufrichtung der Hitlerdiktatur in der Durchführung der politischen Linie ernste Verfehlungen begangen, teils in strategischer, teils in taktischer Hinsicht, die sich hauptsächlich auf die Einschätzung der Lage und der Klassenkräfte und auf die Bestimmung des Hauptstoßes unseres Kampfes beziehen…

Wir hätten bei einer richtigen marxistischen Analyse der Lage und der Klassenkräfte die Veränderungen bemerken müssen, die in dieser Zeit vor sich gingen, in der die faschistische Gefahr immer stärker in den Vordergrund trat.

Dieser Vormarsch der Faschisten hätte uns ernst genug die faschistische Gefahr aufzeigen und uns veranlassen müssen, in unserer strategischen Orientierung eine Wendung in der Richtung des Hauptstoßes gegen die Faschisten vorzunehmen und alle Anstrengungen zu machen, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zum Kampf gegen den Faschismus zu schaffen."

29) Einschätzung der Regierungen Müller bis Papen

a) X. EKKI-Plenum über die Hermann-Müller-Regierung: „... sozialfaschistische Diktatur." (E. Thälmann, Bd. 2, S 169)

b) XI. EKKI-Plenum (Material: PHS, S. 216)

„In Deutschland handhabt die Bourgeoisie, die der Regierung Müller den Fußtritt versetzt hat, mit unmittelbarer Unterstützung der Sozialdemokratie immer energischer den Kurs der Durchführung der faschistischen Diktatur. Gleichzeitig unterstützt, organisiert und benützt die Trustbourgeoisie ihren Staat, unter Ausnutzung der Sozial-

demokratie als des hauptsächlichen, den Kampf der Arbeiter sabotierenden und sprengenden Werkzeuges, die faschistische (nationalsozialistische) Bewegung der kleinbürgerlichen Massen, um ihre Unzufriedenheit auf Geleise umzuschalten, die zur Festigung des Kapitalismus führen."

c) Februar-Plenum des ZK der KPD 1932:

„Bei der Durchführung dieses faschistischen Kurses finden wir bis zum heutigen Tage in der Politik der deutschen Bourgeoisie das eigenartige System der wechselseitigen Ausnutzung der Sozialdemokratie und der Hitlerpartei, wobei das Schwergewicht nach wie vor bei der SPD als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie liegt." (a. a. O., S. 23)

d) 3. Parteikonferenz der KPD, Oktober 1932:

„Wir hatten in der Politik der deutschen Bourgeoisie eine wechselseitige Ausnutzung der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten, wobei das Schwergewicht unter der Brüning-Regierung bei der SPD lag, während jetzt unter der Papen-Schleicher-Regierung hinsichtlich der Form, wie die beiden Stützen ausgenützt werden, eine gewisse Veränderung eingetreten ist… Nach wie vor bleibt die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Ja gerade gegenwärtig tritt die SPD zeitweilig seit dem 13. September viel offener als Tolerierungspartei des Kabinetts auf, als die Nationalsozialisten." (a. a. O., S. 16)

30) SPD - „Soziale Hauptstütze"

a) XI. EKKI-Plenum:

Ein ganzer Abschnitt der Thesen des Plenums ist überschrieben: ..Die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie"'. (Abschnitt III). Er ist der Begründung der Theorie von der Hauptstütze gewidmet. Er beginnt mit der Feststellung: „Die Weltwirtschaftskrise hat mit aller Klarheit die Rolle der internationalen Sozialdemokratie als der sozialen Hauptstütze der Diktatur der Bourgeoisie offenbart." (Material: PHS, S. 219) Und er endet mit der Schlußfolgerung: „Daher ist die Entlarvung der Sozialdemokratie und der II. Internationale, die Befreiung der Arbeitermassen vom Einfluß der Sozialdemokratie, Isolierung und Überwindung der Sozialdemokratie die nächste und dringendste Aufgabe der kommunistischen Parteien, ohne deren Lösung ein erfolgreicher Kampf des Proletariats um seine Befreiung aus dem kapitalistischen Joch unmöglich ist." (Ebenda, S. 222)

b) Februar-Plenum des ZK der KPD 1932:

„Auch wenn die Sozialdemokratie zu dem Fußtritt für die Hermann-Müller-Regierung im Frühjahr 1930 jetzt noch einen zweiten Fußtritt für die Preußen-Regierang bekä-

me, würde das nicht bedeuten, daß sie aufhört, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu sein. Auch dann würde unsere Strategie keineswegs eine Umkehrung erfahren müssen, in der Richtung, daß der Hauptstoß sich plötzlich nicht mehr gegen die SPD richten müsse. Auch dann würde unsere Klassenlinie weiter von uns verlangen, daß wir den Hauptstoß weiter in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie richten, weil sie den Hauptstützpunkt für die Politik des Klassenfeindes im Proletariat darstellt, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der Regierungskoalition steht." (a. a. O., S. 25)

c) 3. Parteikonferenz der KPD, Oktober 1932:

Aus der Resolution der 3. Parteikonferenz: „Alle diese Tatsachen bestätigen die Feststellung des 12. Plenums, daß die Sozialdemokratie uneingeschränkt ihre Rolle als Agentur der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse ausfüllt, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie darstellt." (a. a. O., S. 44).

d) XIII. EKKI-Plenum. Dezember 1933

„Die Sozialdemokratie spielt auch weiter die Rolle der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, auch in den Ländern der offenen faschistischen Diktatur, indem sie gegen die revolutionäre Einheit des Proletariats wie auch gegen die Sowjetunion kämpft und der Bourgeoisie durch die Spaltung der Arbeiterklasse das Bestehen des Kapitalismus verlängern hilft." (Material PHS, S. 268)

31) Hauptstoß gegen die SPD

a) X. EKKI-Plenum, Juli 1929

„Durch die Abschwächung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, durch die Überschätzung ihrer Kräfte und die Geringschätzung der Rolle der kommunistischen Partei durchkreuzen diese Elemente den Kampf der Partei um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und hindern die auf dem Wege von der Sozialdemokratie zur kommunistischen Bewegung befindlichen Arbeiter daran, den letzten Schritt auf die Seite des Kommunismus zu machen." (Material PHS, S. 185)

b) Januar-Plenum des ZK der KPD, 1931

Hauptfeind ist der Faschismus, aber Hauptfeind für die proletarische Revolution im Lager der Arbeiterklasse ist die SPD. „Darum müssen wir in der Werbung und Gewinnung von Arbeitern aus dem gegnerischen Lager unsere Hauptstoßkraft gerade auf dieses Haupthindernis konzentrieren." (Material der PHS über E. Thälmann, S. 250/51)

c) XII. EKKI-Plenum, September 1932:

„Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie - diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie - gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats - die Bourgeoisie - mit Erfolg schlagen und zerschlagen." (Material der PHS, S. 235)

32) Alleinige Führung - „Kommt zu uns!"

a) Auf dem 12. Parteitag verglich E. Thälmann die Einheitsfrontpolitik 1929 mit der während der Fürstenenteignungs-Kampagne und kam zu dem Ergebnis, damals habe sich die Einheitsfrontpolitik auf einer niedrigeren Stufe befunden, „weil diese Kampagne gemeinsam mit der SPD durchgeführt wurde". (E. Thälmann, Bd. 2, S. 101)

Auf dem 12. Parteitag stellte E. Thälmann die Aufgabe, in den Betrieben ein revolutionäres Vertrauensleutesystem aufzubauen, das die Aufgaben haben sollte, „alle mit uns sympathisierenden Schichten des Proletariats, die parteilosen Arbeiter und auch die klassenbewußten Arbeiter, die zum Teil in der Sozialdemokratie sind, in unsere revolutionäre Front einzubeziehen." (Ebenda, S. 123/124)

In der Resolution des 12. Parteitages hieß es. daß die Partei darauf hinarbeiten müsse, den Bruch der sozialdemokratischen Arbeiter mit der SPD zu beschleunigen und sie für die KPD zu gewinnen. (Ebenda S. 384)

b) Juli-Plenum 1930:

Aus dem Referat E. Thälmanns: „Wir müssen in den Massen das Bewußtsein dafür stärken und verbreitern, welche Rolle unsere Partei spielt als die einzige Kraft, die einen Ausweg aus dem Massenelend und der Sklaverei Young-Deutschlands zeigen kann, als die einzige antifaschistische Partei, als die einzige antikapitalistische Partei, als die einzige Partei, die die große Einheitsfront der Werktätigen gegen die Kapitaloffensive und ihre Lakaien schließen kann." (E. Thälmann, Bd. 2, S. 475)

c) 3. Parteikonferenz 1932:

„So gilt es, die KPD vor den Massen zu erweisen als die Partei, die allein den revolutionären Ausweg aufzeigt und für die proletarische Diktatur und die sozialistische Zukunft der Arbeiterklasse kämpft, als auch allein die Tagesinteressen des Proletariats und der Werktätigen verficht.“ (a. a. O., S. 20)

33) Zum Volksentscheid gegen die Preußen-Regierung:

Wie es zum Wechsel in der Stellungnahme der KPD zum Volksentscheid kam - nämlich durch ein intrigantes Manöver von Heinz Neumann -, ist dokumentarisch belegt geschildert in der Thälmann-Biographie „Ernst Thälmann, eine Biographie", die im Dietz-Verlag 1979 erschien, auf S. 528 ff.

a) Januar-Plenum 1931:

„Wir können selbstverständlich nicht mit den Faschisten zusammen ein gemeinsames Volksbegehren durchführen. Wir können ebensowenig dulden, daß bei der Arbeiterschaft Illusionen über die Preußenregierung als `kleineres Übel´ bestehen, oder daß die Arbeiter auch nur einen Finger krumm machen, um die Braun-Severing-Regierung, diesen Hort der finsteren Reaktion, in Deutschland zu erhalten.

Wir lassen uns weder für eine Hilfestellung für die Braun-Severing-Regierung, noch für die Hugenberg-Hitler-Regierang drängen. Und wir können drittens am wenigsten eine Politik der Passivität betreiben… Notwendig ist deshalb, daß wir eine klare offensive Frontstellung gegen den Faschismus und gegen die Koalitionspolitik beziehen. Eine Kampfesfrontstellung gegen die faschistische Reaktion und ihr Volksbegehren einerseits und gegen die Preußen-Regierung der Braun und Severing andererseits. Auf dieser Linie müssen wir die Initiative in unsere Hand nehmen und uns an die Spitze einer wuchtigen Volksbewegung stellen." (Material: der PHS, S. 274/75)

b) Artikel in der „Kommunistischen Internationale", Heft 25/26 1931: „Die Lage in Deutschland und die Aufgabe der KPD": für Teilnahme der KPD am Volksentscheid mit der Begründung: „Ob nun der Volksentscheid die für die Auflösung des Landtages erforderlichen 13 Millionen Stimmen ergeben wird oder nicht, ist nicht entscheidend für die KPD. Entscheidend ist, daß dadurch die Möglichkeit gegeben ist, auf Grund der Erfahrung einer Massenkampagne das Kräfteverhältnis der Klassen klarer festzustellen, den deutschen Arbeitern, vor allem den sozialdemokratischen Arbeitern, die Einheitsfront des bürgerlichen Lagers von den Sozialfaschisten bis zu den Faschisten zu zeigen." (!!!)

c) Leitartikel der „Kommunistischen Internationale", Heft 27/1931: „Der Volksentscheid in Preußen und die revolutionäre Mobilisierung der Massen." In diesem Artikel wird der krampfhafte Versuch unternommen, den Volksentscheid als Erfolg der KPD hinzustellen, wobei mit Argumenten operiert wird, die wahrhaft erstaunlich sind.

Daraus nur einige Proben: Ein Ergebnis der Beteiligung der KPD sollte angeblich sein, daß „die faschistische Flut fällt. Bedeutende Schichten der Kleinbauern und des städtischen Kleinbürgertums, die erkannt haben, daß die Faschisten die Agenten des Großkapitals sind, suchen das Bündnis mit den von der kommunistischen Partei geleiteten revolutionären Arbeitern."

Die Nazis wollten, so heißt es weiter, die mit der Preußen-Regierung Unzufriedenen „von der Sozialdemokratie abwandernden Massen" abfangen und „ihren Einfluß wiederherstellen." Und dann: „Doch die kommunistische Partei ist erstarkt. Die Hoffnungen, daß sie abseits vom Volksentscheid stehen würde, haben sich nicht erfüllt. Die kommunistische Partei mischte sich ein, um die in Bewegung geratenen werktätigen

Massen gegen den Kapitalismus, vor allem gegen die Hauptstütze des Kapitalismus in Deutschland, die Sozialdemokratie, zu richten. Nicht Einheitsfront mit den Faschisten, sondern erbitterter Kampf um die Aufklärung der von den Faschisten und Sozialdemokraten getäuschten werktätigen Massen…

Bei der Beratung über die Beteiligung am Volksentscheid mußte die Frage auftauchen, wie diese Beteiligung auf die Lösung der Aufgabe rückwirken wird, die in der sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter für den Kommunismus zu gewinnen. Die Opportunisten aller Schattierungen erklärten, sie wären deswegen gegen diese Beteiligung. weil sie die sozialdemokratischen Arbeiter ... abstoßen müßte…

Niemand war zu der Annahme verpflichtet, daß die breiten sozialdemokratischen Massen sofort die Richtigkeit der Taktik der kommunistischen Partei verstehen und ihrer Aufforderung, gegen Braun und Severing zu stimmen, folgen werden. Niemand kann aber bestreiten, daß die Teilnahme der Kommunisten an der Abstimmung gegen die Regierung Braun hunderttausende Arbeiter, Anhänger der Sozialdemokratie gezwungen hat, darüber nachzudenken, was Braun und Severing gegen die Interessen der Arbeiterklasse getan haben... Wenn die Sozialdemokraten mit ihrem Geschrei über die Einheitsfront der Kommunisten und Faschisten jemand ins Bockshorn zu jagen gedenken, so ist das vergebliche Liebesmüh."

d) Brüsseler Konferenz der KPD

Referat: W. Pieck: (siehe: Der Neue Weg, S. 26/27)

„Dieser Vormarsch der Faschisten hätte uns ernst genug die faschistische Gefahr aufzeigen und uns veranlassen müssen, in unserer strategischen Orientierung eine Wendung in der Richtung des Hauptstoßes gegen die Faschisten vorzunehmen und alle Anstrengungen zu machen, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zum Kampf gegen den Faschismus zu schaffen.

Statt diesen führte die Partei mit ihrer Beteiligung an dem von den Faschisten eingeleiteten Volksentscheid gegen die Preußen-Regierung im August 1931 eine taktische Maßnahme durch, die die Durchführung dieser Aufgabe bedeutend erschweren mußte. Es lassen sich selbstverständlich sehr viele Umstände anführen, die in der arbeiterfeindlichen Politik der Preußen-Regierung liegen und diese Stellungnahme der Partei erklären. Erinnert euch des Verbots der Maidemonstration 1929 in Berlin durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, der Erschießung von 33 Arbeitern bei dieser Demonstration, des Verbots des Roten Frontkämpferbundes durch Severing in der gleichen Zeit, der Begünstigung der faschistischen Mordbanden, des Schutzes ihrer SA-Kasernen durch die Preußen-Regierung…

Aber der strategische Fehler kam eben dadurch zustande, daß in der Partei infolge der besonders von Neumann betriebenen sektiererischen Politik eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr bestand. Genosse Dimitroff hat bereits in seinem Bericht auf dem VII. Weltkongreß auf diese Fehler hingewiesen und eine Äußerung von Neumann erwähnt, der erklärte:

`Wenn das Dritte Reich Hitlers einmal kommen sollte, dann nur anderthalb Meter unter der Erde, über der Erde aber werden wir eine siegreiche Arbeitermacht haben.´

Der von der Partei gemachte Fehler der Beteiligung am Volksentscheid wirkte sich umso schlimmer aus, als wir nicht verstanden, den sozialdemokratischen Arbeitern unsere Stellungnahme verständlich zu machen, so daß diese nur die Tatsachen sahen, daß wir ebenso wie die Faschisten gegen die Preußen-Regierung stehen."

34) Stellung zu Einheitsfrontabkommen mit der SPD

a) März-Plenum 1930:

„Eine Arbeitermehrheit mit der Sozialdemokratie oder Vertretern der Massenorganisationen, wenn sie nicht unter revolutionärem Einfluß stehen, ist für uns keine Arbeitermehrheit und kommt nicht in Frage." (E. Thälmann, Bd. 2, S. 351)

b) Artikel Ernst Thälmanns in der „Internationale", Heft 11/12 von 1931. Ernst Thälmann spricht davon, daß die Sozialdemokratie der Bourgeoisie damit „drohe", „Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei zu machen", im Hinblick auf eine Rede Breitscheids in Darmstadt.

Er bringt die Befürchtung zum Ausdruck, die Partei könne sich solchen Manövern gegenüber als nicht genügend gerüstet erweisen, denn "wir haben die notwendige Verschärfung des prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie nicht in vollem Umfang durchgeführt."

Welche Gelegenheit, die sozialdemokratischen Führer beim Wort zu nehmen, wurde da verpaßt! Man stelle sich vor, Ollenhauer „drohe" Adenauer mit einer Einheitsfront mit KPD und SED! Wie wir da zupacken würden!!!

Im gleichen Artikel heißt es weiter: „Die Tatsache, daß z. B. in unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit Einheitsfrontangebote von oben an bezirkliche ADGB-Führungen gemacht werden konnten (Ruhrgebiet), beweist gleichfalls, daß unser prinzipieller Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht entschieden genug geführt wurde, um solche Fehler unmöglich zu machen.

Ein ähnlicher Fall ist die unzulässige Bildung eines antifaschistischen Komitees durch Einheitsfront von oben mit „radikaldemokratischen" Gruppen (die nur wenig Massenanhang besitzen) und ähnlichen schwankenden Gestalten, statt das Schwergewicht der

Verstärkung der antifaschistischen Kampffront ... in die Betriebe und auf die Massen nach unten zu verlegen."

c) Februar-Plenum 1932:

„Die Einheitsfront kann nicht parlamentarisch durch Verhandlungen zustande kommen. Sie kann nicht durch Abkommen mit anderen Parteien oder Gruppen zustande kommen, sondern sie muß aus der Bewegung der Massen erwachsen und, von dieser Bewegung getragen, eine wirklich lebendige Kampffront darstellen. Gemeinsame Versammlungen der KPD mit der SPD ... gibt es nicht, darf es nicht geben!"

Die Taktik der KPD habe nichts zu tun mit „opportunistischen Entgleisungen, wie gemeinsame Kundgebungen ohne Kampf gegen den Sozialfaschismus oder seine ‚linken' Spielarten… nichts zu tun mit der Bildung paritätischer Komitees, an Stelle der Schaffung von Einheitsfrontorganen der Massen von unten, auf der Grundlage unserer Kampflosungen." (a. a. O., S. 61)

d) 3. Parteikonferenz 1932:

Insofern ein Schritt vorwärts, als sie Bereitschaft zum Ausdruck bringt, „bei verstärkter Entfaltung unserer außerparlamentarischen Kampfaktionen ... für dieses Volksbegehren (der SPD gegen die September-Notverordnung Papens, K. G.) einzutreten." (a. a. O., S. 36)

e) „Rote Fahne" vom 6. Januar 1933: Bericht über die Leipziger Stadtverordnetenversammlung, in der endlich einmal die KPD einem SPD-Kandidaten ihre Stimme gab, damit nicht ein Nazi zum ersten Präsidenten der Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde. Statt aber diese Tatsache als vorbildlich groß herauszustellen, wurde der Bericht mit einem Kommentar versehen, in dem es heißt, daß dies nur eine taktische Ausnahme sei und an der Haltung der KPD zur SPD nichts ändere. Und die sächsische und thüringische Bezirksleitung der KPD veröffentlichte eine Erklärung dazu, in der es heißt: „Jede Blockpolitik mit der SPD in den Gemeinden lehnt die KPD auf das Schärfste ab. Sie wird jedes dahin zielende Manöver der SPD zerschlagen." Die KPD werde die SPD unterstützen „wie der Strick den Gehängten."

In der gleichen Nummer der RF war der Bericht über das Treffen Hitler-Papen im Bankhaus Schröder!

„Rote Fahne" vom 7. Januar 1933: Bericht über die Wahl des Chemnitzer Stadtverordneten-Vorstandes, unter der Überschrift: „SPD in der eigenen Falle gefangen, nur Kommunisten im Chemnitzer Stadtverordneten-Vorstand." In dem Bericht wird erzählt, daß die SPD bei der Wahl des ersten Vorstehers ihre Stimme dem Kandidaten der KPD gab, damit kein Nazi durchkam. Bei der Wahl des zweiten Vorstehers hätten die Vertreter der SPD versucht, „unsere Fraktion zu einem Kuhhandel zu bewegen

und der Partei der Wels, Hilferding, Leipart und Co., diesen Posten `freiwillig´ zu überlassen. Selbstverständlich lehnte unsere Fraktion jeden Kuhhandel ab."

„Rote Fahne" vom 26. Januar 1933: Im „Vorwärts" hatte Stampfer der KPD einen „Nichtangriffspakt" angeboten. Die „Rote Fahne" lehnte dieses Angebot ab mit der Begründung, die KPD wolle keinen Nichtangriffspakt, sondern eine kämpfende Einheitsfront.

„Wir sollen helfen, die Fäuste der Arbeiter zu binden, wir sollen euch amnestieren für eure Politik, die den Faschisten den Weg bereitet hat. Wir würden aufhören, die Führerin des Proletariats zu sein ... Nichtangriffspakt mit Severing, Zörgiebel, Noske und Scheidemann? Niemals!"

35) Zur Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO)

a) Mitgliederzahlen 1930-1932

1930	136.000
1931	145.380
1932	256.170

Im Vergleich dazu: Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften:

1932	4.134.902

(Quelle: Siegfried Vietzke/Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1933, Dietz-Verlag Berlin 1966, S. 325)

b) Wilhelm Pieck auf dem VII. Weltkongreß der KI

„Die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) wurde von unseren Genossen immer mehr in eine Gewerkschaft verwandelt, wodurch unsere Arbeit in den Freien Gewerkschaften noch mehr beengt wurde. So richtig es war, daß wir die von der Gewerkschaftsbürokratie aus den Verbänden ausgeschlossenen Gewerkschaftskollegen zusammenfaßten, um gemeinsam mit den oppositionellen Arbeitern in den Gewerkschaften für die Wiederaufnahme zu kämpfen, so falsch war es, aus diesen Organisationen der Ausgeschlossenen Rote Verbände zu machen. Wir haben uns damit die Schaffung der Einheitsfront mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern sehr erschwert." (W. Pieck, Der neue Weg, S. 59)

36) Betriebsrätewahlen, Januar 1933:

Der „Vorwärts" vom 18.01.1933 (Abendausgabe): „Von einer Absicht (Verschiebung der Betriebsratswahlen) ist dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund nichts

bekannt. Die Gewerkschaften wollen die Betriebsrätewahlen nicht nur unbedingt durchführen, sondern sie sind bereits in dieser Durchführung begriffen…

Nach einer Rückfrage im Reichs-Arbeitsministerium ist dort von derartigen Absichten nichts bekannt. Die Betriebsrätewahlen finden statt. Alle Belegschaften haben die Pflicht, nur freigewerkschaftliche Betriebsräte zu wählen, damit die Gewähr für sachliches Arbeiten der Betriebsvertretungen auch weiterhin gegeben ist."

37) Die Auswirkungen der linken Fehler

Das Studium der Rechenschaftsberichte und Analysen der Lage auf den verschiedenen Kongressen und Tagungen der Partei und der Kommunistischen Internationale vermittelt ein sehr anschauliches Bild davon, wie der eingeschlagene sektiererische Kurs dazu führte, die Schere zwischen den objektiven Möglichkeiten und Notwendigkeiten auf der einen und der tatsächlichen Kampffähigkeit der Partei auf der anderen Seite immer mehr auseinanderklaffen zu lassen. Dieser Prozeß verlief allerdings nicht kontinuierlich - und auch nicht völlig eindeutig. Sein Hauptmerkmal war ein immer größeres Zurückbleiben der revolutionären Kräfte hinter dem Wachstum der Kräfte des Faschismus. Aber von Zeit zu Zeit schien es. als begännen jetzt die revolutionären Kräfte aufzuholen, so im Jahre 1930 durch die Streiks in Mansfeld, den Berliner Metallarbeiterstreik und den Ruhrkampf Anfang 1931 und im Herbst 1932 durch die Streikwelle gegen die Papensche September-Notverordnung mit dem Höhepunkt des BVG-Streiks. Diese Phasen des revolutionären Aufschwungs führten regelmäßig dazu, daß die Partei, die durch die vorangegangenen Mißerfolge schon auf dem Wege einer realistischen Einschätzung der Lage sich befand, dazu verleitet wurde, die Lage und die revolutionäre Perspektive wieder zu optimistisch zu beurteilen.

Zum anderen war die Entwicklung insofern zwiespältig, als einem ständig schwindenden Einfluß der Partei in den Betrieben ein Wachstum der Parteireihen und der für die Partei abgegebenen Wählerstimmen gegenüberstand, die auf Kosten der SPD gingen. Das hat ebenfalls eine Selbsttäuschung über die tatsächliche Kampfkraft der Partei begünstigt. In der Tat fiel die Partei in gewissem Maße der Täuschung zum Opfer, auf der der bürgerliche Parlamentarismus überhaupt aufgebaut ist, der Täuschung nämlich, als ob die Zahl der Wählerstimmen Ausdruck der realen Macht sei. Sic berücksichtigte nicht genügend den wichtigen Hinweis des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale: „Der beste Maßstab der Stärke jeder kommunistischen Partei ist der wirkliche Einfluß, den sie auf die Massen der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften ausübt." (Leitsätze über die Gewerkschaftsbewegung)

Im folgendem eine Übersicht über die Auswirkungen der Politik der Partei, soweit sie aus den Reden auf den Tagungen usw. ersichtlich sind:

a) 12. Parteitag:

Der 12. Parteitag gab eine sehr optimistische Einschätzung der Aussichten der KPD. In seiner Resolution spricht er von einem Siegeszug des Kommunismus bei den Betriebsrätewahlen 1929. (Zur Geschichte der KPD, S. 259) Er muß aber bereits einen Mißerfolg bei den Wahlen vom 12. Mai 1929 in Sachsen konstatieren. (E. Thälmann, Bd. 2, S. 110)

b) X. EKKI-Plenum, Juli 1929:

E. Thälmann schätzt die Zahl der aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen auf 1.700 Genossen und sympathisierende Arbeiter. (Ebenda S. 202)

c) Oktober-Plenum des ZK der KPD 1929:

Feststellung: Tempoverlust im Kampf gegen die Nazis. (E. Thälmann, Bd. 2, S. 261)

d) Erweitertes EKKI-Präsidium: Februar 1930:

Durch übertrieben optimistische Einschätzung gekennzeichnet: Überschätzung der Bedeutung des Übertritts zweier Sozialdemokraten zur KPD (Schwalbe und Reese). (Ebenda, S. 317)

Feststellung, der Vorsprung der Nazis sei wieder aufgeholt. (Ebenda, S. 319)

Aber auch Feststellung, daß 1929 keine Streikbewegung (Ebenda S. 319), aber Erwartung größerer Erfolge für 1930. (Ebenda S. 323)

Bei Gemeindewahlen in Sachsen erneuter Mißerfolg. (Wahlen am 17. Nov. 1929) (ebenda, S. 326)

Aber Einschätzung, daß bei den Sozialdemokraten das Mißtrauen zu ihrer Führung schon größer als das Vertrauen ist. (Ebenda, S. 330f.)

e) März-Plenum des ZK der KPD, 1930:

Bereits einen Monat später schon eine ganz andere, viel nüchternere und kritischere Einschätzung: Entgegen der Auffassung, die SPD müsse sich selbst entlarven, muß E. Thälmann jetzt feststellen, daß das Vorgehen Severings gegen Frick jetzt viele Arbeiter verwirrt hat, daß also die SPD durchaus noch über Mittel zum Manövrieren verfügt. (a. a. O., S. 364)

Ebenfalls muß Thälmann davon sprechen, daß es den reformistischen Gewerkschaftsführern gelungen ist, durch ihre Manöver Hunderttausende davon abzuhalten, zur KPD zu stoßen. (S. 370)

Er muß ferner verstärkte antigewerkschaftliche Stimmungen in der Partei signalisieren. (S. 368)

Er muß über Niederlagen bei den Betriebsrätewahlen sprechen. (S. 378)

Feststellung: verstärkter innerparteilicher opportunistischer Widerstand gegen Politik der Partei (S. 274), aber auch Warnung vor „linken" Fehlern (S. 379-91). Proklamierung des Zweifrontenkampfes gegen rechte Abweichung (Hauptgefahr) und linke Abweichungen (S. 394).

Ernst Thälmann warnt vor der Gefahr, daß bei Verschärfung der Krise die Betriebe von „Kommunisten" gesäubert werden und die Partei eine Partei der Erwerbslosen werden kann. (S. 387)

Feststellung: trotz der Verrätereien der Sozialdemokratie kaum nennenswerte Übertritte zur KPD (S. 388)

Und die bedeutendste Feststellung: zwischen revolutionären und reformistischen Teilen der Arbeiterschaft - Mauer aufgerichtet! (S. 397)

f) Bezirksparteitag Berlin, 26. Mai 1930:

Von 5.500 roten Betriebsräten - 4.000 aus den Gewerkschaften ausgeschlossen! (a. a. O., S. 432)

g) Gesteigerte faschistische Gefahr. (Zur Geschichte der KPD, S. 264)

h) Juli-Plenum, 1930:

Entwicklung der Arbeiteroffensive geht zu langsam. (E. Thälmann, Bd. 2, S. 467)

Lehren der Sachsenwahl: SPD nahm stark ab, aber KPD nur sehr viel weniger zu. Dagegen riesiger Aufschwung der Nazis, zu denen stießen auch ein Teil der ehemaligen SPD-Wähler. (S. 467 ff) (Aber Schlußfolgerung: Verstärkung des sektiererischen Kurses)

Neben Erfolgen bei den Betriebsratswahlen - große Mißerfolge. (S. 470)

Positionen in den wichtigsten Betrieben viel zu schwach. (S. 472)

i) V. RGI-Kongreß, September 1930:

Feststellung, daß die RGO viele Positionen in den reformistischen Gewerkschaften verloren habe. (Referat Losowski: „Weltkrise, Wirtschaftskampf, Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ - Broschüre, S. 57)

j) Januar-Plenum 1931:

Im Zusammenhang mit den Streikkämpfen wieder übertrieben optimistische Einschätzung: Nachlassen des Masseneinflusses des Reformismus. (E. Thälmann, Material der PHS, S. 238)

Aber: Vertrauensmännerkörper in den Betrieben ist noch nicht da (ebenda, S. 249, 277), die roten Verbände sind noch nicht stark genug (S. 249, 265)

Erwerbslose - eine entscheidende Sturmtruppe für die proletarische Revolution. (S. 261)

k) XI. EKKI-Plenum:

Manuilski bezeichnet den Beschluß des V. RGI-Kongresses zur Schaffung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung als von wahrhaft historischer Bedeutung. (Manuilski, a. a. O., S. 54)

Von der KPD sagt er, sie habe in der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse einen ernsthaften Schritt gemacht (ebenda, S. 55) und sie sei die vorläufig einzige Partei, die es in einem Lande mit starker Sozialdemokratie verstanden habe, die selbständige Führung in Klassenkämpfen zu übernehmen und die Position der Sozialdemokratie gründlich zu erschüttern. (Ebenda, S. 87) Ihre allgemeine Linie müßte in vollem Umfang gebilligt werden. (S. 61)

l) Heft 21/22 der „Kommunistischen Internationale"

Artikel „Über die Lage in Deutschland" (07.06.1931):

„Zum Unterschied von Polen ist es in Deutschland noch nirgends gelungen, den Angriff der Unternehmer zum Stehen zu bringen, ... es ist auf keiner Front gelungen, größere und entscheidende Wirtschaftskämpfe zu entfachen."

„... das organisatorische Gefüge der SPD ist in seinen Grundfesten noch nicht erschüttert."

RGI mußte an RGO offenen Brief gegen Vernachlässigung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften schicken.

m) Leitartikel in Heft 25/26 vom 7. Juli 1931 der „Kommunistischen Internationale"

KPD fange an, Übergewicht über die Nazis zu bekommen.

Starkes Zurückbleiben in den Streikkämpfen.

„Die Erwerbslosen (können) allein keine Revolution machen. Ohne die Bewegung der Proletarier in den Betrieben wird es keine proletarische Revolution geben."

Schwäche der KPD und Stärke der SPD in den Betrieben Hauptgefahr für die Revolution.

Streiks finden nicht statt, weil die Basis der Sozialdemokraten in den Massen noch nicht zertrümmert wurde und die Stellung der Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften schwächer geworden ist.

Schlußfolgerung: Alle Kräfte in den Kampf gegen die SPD!

n) Artikel E. Thälmanns in der „Internationale", Heft 11/12 November/ Dezember 1931

Auf Grund der Tatsache, daß sich die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse als schwieriger und langwieriger erweist, kommt E. Thälmann jetzt zu der Theorie: Zuerst die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern, dann Verbündete gewinnen. Auch daraus wird dann die Schlußfolgerung gezogen: also Hauptstoß gegen die SPD!

„Für jeden Marxisten-Leninisten muß es selbstverständlich sein, daß das erste Erfordernis der kommunistischen Politik der Kampf um die Gewinnung der eigenen Klasse, des Proletariats, sein muß. Nur wenn wir die proletarische Mehrheit für den Kommunismus gewinnen, können wir die weitere Aufgabe der Heranziehung der Verbündeten des Proletariats aus den Mittelschichten an die antikapitalistische Kampffront verwirklichen und damit die Voraussetzungen für die Volksrevolution im Sinne von Marx und Lenin schaffen … Welche Folgerung ergibt sich aber daraus? Die unbedingte Konsequenz, daß wir ... den Hauptstoß gegen die Partei richten müssen, die heute noch die entscheidende Massenbasis im Proletariat für die Diktatur der Bourgeoisie besitzt. Das ist nicht die Hitlerpartei, sondern die Sozialdemokratie." (S. 491)

o) Februar-Plenum 1932:

Feststellung: Erfolge der Massenarbeit der Partei stehen in Mißverhältnis zu den günstigen objektiven Bedingungen: Zurückbleiben des subjektiven Faktors. (a. a. O., S. 27)

Nicht in genügendem Maße Streikkämpfe, gehemmt durch Massenarbeitslosigkeit, verschärfte Unternehmeroffensive und immer noch starken Masseneinfluß des Reformismus. (S. 51) Vollkommen ungenügend vor allem in Großbetrieben verankert. (S. 55)

Gegen Vernachlässigung der Arbeit in den reformistischen und christlichen Verbänden, gegen Losungen: Zerstören des ADGB, gegen schematische Losungen der Beitragssperre, gegen falsche Gründung von lebensunfähigen, künstlich geschaffenen kleinen Verbänden. (S. 56)

Noch kein revolutionärer Vertrauensleutekörper in den Betrieben geschaffen. (S. 56)

RGO ist noch kein genügender Massenfaktor. (S. 56)

Entwicklung der RGO und der roten Verbände unbefriedigend. (S. 56)

Arbeit unter den Erwerbslosen - größte Schwäche. (S. 57)

Auch Komintern legt sich manchmal die Frage vor, wieso bei einer richtigen Generallinie, bei richtigen Beschlüssen und der großen Autorität der Partei es trotzdem in der Durchführung mangelt und hapert. (S. 85)

Genossen im Ausland stehen vor der Frage, wie es kommt, daß die deutsche Partei so wenig Streiks auslöst und führt. (S. 86)

p) XII. EKKI-Plenum, September 1932:

Nicht gelungen, die Mehrheit der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die unausgesetzten Angriffe des Kapitals zu mobilisieren. (Material: PHS. S. 245)

In Deutschland haben es die roten Gewerkschaften (Metallarbeiter, Bergarbeiter) nicht verstanden, den Kampf gegen die Kapitaloffensive zu organisieren und erstarrten in ihrer weiteren Entwicklung. (S. 251)

Kommunisten häufig durch Mauer von den sozialdemokratischen Arbeitern getrennt. (S. 235)

q) 3. Parteikonferenz der KPD, Oktober 1932:

Partei gelang es nicht, wirklich geschlossenen Massenwiderstand gegen Notverordnung zu organisieren. (a. a. O., S. 20) Besonderes Versagen am 20. Juli 1932.

In letzter Zeit in zwei Fragen großer Durchbruch und entscheidender Fortschritt: Antifaschistische Aktion und begonnene Streikwelle. (S. 21)

Seit langer Zeit ist zum ersten Mal die Arbeiterklasse wieder ihrer Kraft bewußt geworden. (S. 24) RGO und rote Verbände müssen zu wirklichen Massenorganisationen werden. (S. 24)

Anteil der Betriebsarbeiter in der Partei geht in ernster Weise zurück. (S. 25)

Abrechnung mit der Neumann-Gruppe. (S. 25 ff)

Starkes Zurückbleiben hinter den objektiven Möglichkeiten, aber beginnender ernster Umschwung. (S. 34)

Erwartung, daß „bei richtiger Politik ... Millionen von bisher von der Sozialdemokratie beeinflußter Arbeiter an die Peripherie unserer Bewegung bzw. in unsere Front" hineingebracht werden. (S. 38)

r) Brüsseler Konferenz (W. Pieck, Der neue Weg ... S 14)

„Die RGO mit ihren 160.000 Mitgliedern und die roten Verbände mit ihren 95.000 Mitgliedern sind niemals über die Zahl der Parteimitglieder hinausgekommen."

38) Politik der KPD - Modell für die anderen kommunistischen Parteien.

Manuilski auf dem erweiterten EKKI-Präsidium 1930: „Die Rolle der revolutionären Gewerkschaftsbewegung wächst jetzt mehr als je zuvor. Daher die Wichtigkeit der Erfahrung, die uns gegenwärtig die KPD in Bezug auf die organisatorische Formierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gibt. Alle Sektionen der Komintern in Ländern mit ungespaltener Gewerkschaftsbewegung müssen diese Erfahrung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, studieren, sie für ihre konkreten Verhältnisse anwenden" (a. a. O., S. 48)

XI. EKKI-Plenum (aus der Resolution, Material: PHS. S. 224): „Die Kommunistische Partei Deutschlands hat einen bedeutenden Schritt in der Richtung der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zu verzeichnen und ihre Erfahrung gewinnt große internationale Bedeutung."

39) Die internationale Bedeutung des Sieges der Revolution in Deutschland

Leitartikel der „Kommunistischen Internationale"', Heft 25/26 v. 7. Juli 1931: „Deutschland ist die Hauptstraße der proletarischen Revolution in Europa."

Ernst Thälmann auf der 3. Parteikonferenz der KPD: „Unsere gesamte Partei muß sich immer bewußt sein: Der Übergang Deutschlands zur Revolution, der Sieg des Proletariats über den blutigen Faschismus in Deutschland kann entscheidend sein für das Übergewicht der Revolution über die Konterrevolution und den Faschismus auf dem ganzen Erdball. Die Entscheidung in Deutschland bedeutet unvermeidlich auch die Entscheidung für andere Länder Europas." (a. a. O., S. 32)

Anhang

I. Parteitage, ZK-Plenen und Parteikonferenzen der KPD von 1918/19 - 1939

Parteitage:

Gründungsparteitag:	30. Dezember 1918 - 1. Januar 1919, Berlin
2. (illeg.) Parteitag:	20.-23. Oktober 1919, Heidelberg und Mannheim
3. (illeg.) Parteitag:	25.-26. Februar 1920, Karlsruhe und Durlach
4. (illeg.) Parteitag:	14.-15. April 1920 Berlin
5. Parteitag:	1.-3. November 1920, Berlin
6. Parteitag:	4. - 7. Dezember 1920, Berlin, Vereinigung mit den Linken der USPD, Umbenennung in: „Vereinigte Kommunistische Partei" (VKPD)
7. Parteitag:	22. - 26. August 1921, Jena
8. Parteitag:	28. Januar - 1. Februar 1923, Leipzig
9. (illeg.) Parteitag :	7. - 10. April 1924, Offenbach und Frankfurt/M.
10. Parteitag:	12.-17. Juli 1925, Berlin
11. Parteitag:	2.-7. März 1927, Essen
12. Parteitag:	8. - 15. Juni 1929, Berlin-Wedding

ZK-Plenen:

Oktober 1929:	24.-25. Oktober 1929
März 1930:	20. März 1930
Juli 1930:	16.-17. Juli 1930
Mai 1931:	14.-15. Mai 1931
Februar 1932:	20. -23. Februar 1932

Ilegale Tagung des ZK der KPD in Ziegenhals bei Berlin, 7. Februar 1933

Verhaftung Ernst Thälmanns am 3. März 1933

Brüsseler Konferenz:	3. - 15. Oktober 1935, bei Moskau (13. Parteitag)
Berner Konferenz:	30. Januar - 1. Februar 1939, Draveil bei Paris (14. Parteitag)

Parteikonferenzen:

1. Parteikonferenz	:	31. Oktober - 1. November 1925, Berlin
2. Parteikonferenz	:	3.-4. November 1928, Berlin

3. Reichsparteikonferenz der KPD in Berlin : 15. - 18. Oktober 1932

II. Weltkongresse der Kommunistischen Internationale

Gründungskongreß:	März 1919
II. Weltkongreß:	Juli - August 1920
III. Weltkongreß:	Juni - Juli 1921
IV. Weltkongreß:	November - Dezember 1922
V. Weltkongreß:	Juni - Juli 1924
VI. Weltkongreß:	Juli - September 1928
VII. Weltkongreß:	Juli - August 1935

Erweitertes Plenum des EKKI-Präsidiums: Februar 1930

XI. Plenum des EKKI:	März - April 1931
XII.Plenum des EKKI:	August - September 1932
XIII.Plenum des EKKI:	November - Dezember 1933

Literaturverzeichnis

Geschichte der "deutschen Arbeiterbewegung in 8 Bänden, Bd. 3 und 4, Berlin 1966, Autorenkollektiv unter Vorsitz von Walter Ulbricht.

Zur Geschichte der KPD. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten, Berlin.

Die Kommunistische Internationale. (Auswahl von Dokumenten der Kommunistischen Internationale von der Gründung bis zum VI. Weltkongreß 1919-1927). Berlin November 1955. Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED.

Die Kommunistische Internationale, (Auswahl von Dokumenten und Reden vom VI. Weltkongreß bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale, 1928-1943), Berlin Januar 1955. Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

D. S. Manuilski, Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus, Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI (26. März - 11. April 1931), Hamburg/Berlin 1931

D. Manuilski, Die Weltwirtschaftskrise und der revolutionäre Aufstieg, Referat auf dem erweiterten Plenum des Präsidiums des EKKI, Februar 1930, Hamburg/Berlin 1930

Wilhelm Pieck, Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, 30 Jahre Kampf, Vortrag von 1939, Berlin 1949

Wilhelm Pieck, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, Berlin 1947. (Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Konferenz, Oktober 1935)

Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus, Referate auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935), Berlin 1957

Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale

Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale

Die RGI im Angriff, Broschüre zum V. RGI-Kongreß im September 1930

Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bde. I u. II. Berlin 1955 und 1956

Ernst Thälmann, Auszüge aus Reden (1925-1931), als Manuskript gedruckt, herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, o. J.

Ernst Thälmann - Eine Biographie, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortzsdhansky, Berlin 1979

Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD, Februar-Plenum des ZK der KPD 1932

Ernst Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Rede und Schlußwort auf der 3. Reichsparteikonferenz der KPD (Broschüre)

Siegfried Vietzke, Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1933, Berlin 1966

Die Unvollständigkeit mancher Angaben ergibt sich daraus, daß ich einen großen Teil der angegebenen Literatur vor fast 50 Jahren im damaligen Institut für Marxismus-Leninismus durchgearbeitet habe und mir nicht von jedem Buch oder jeder Broschüre alle Angaben notiert habe sowie jetzt, zum Zeitpunkt der Drucklegung, nur das greifbar ist, was ich selbst besitze.

Quelle: Schriftenreihe der KPD, Heft 78.1 und 78.2

Hintergründe des 17. Juni 1953

Der 17. Juni 1953 hat schon Generationen von Historikern und Publizisten zu Untersuchungen (und manchen sogar zu einem Roman) angeregt und wird das 1993 - zum 40. Jahrestag - in besonderem Maße tun. Im Rahmen dieses Aufsatzes beschränke ich mich auf einige Aspekte der Hintergründe dieses einschneidenden Ereignisses, vor allem auf die Folgen sowjetischer Einwirkungen auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung in der DDR.

Mich beschäftigt dabei die Frage, welchen Platz der 17. Juni 1953 nicht nur in der Geschichte der DDR, sondern in der Geschichte des Staat gewordenen Sozialismus in Europa spielt. Lange Zeit konnten wir den 17. Juni als einen zwar schmerzlichen, aber doch nicht überzubewertenden Betriebsunfall auf einer trotz gelegentlicher Rückschläge dennoch zum Ziel führenden Erfolgsbahn betrachten. Jetzt, nachdem wir

nicht nur den Anfang, sondern auch das abstürzende Ende dieser Bahn der ersten Welle der sozialistischen Revolution in Europa kennen, drängt sich die Frage auf, ob bei diesem „Betriebsunfall" nicht schon Elemente und Faktoren im Spiele waren, die, wenn sie im Spiele blieben, über immer bedrohlichere weitere „Betriebsunfälle" schließlich zum totalen „Aus" führen mußten.

Daß dies in der Tat so war, darüber herrscht ziemliche Einmütigkeit. Ganz und gar kontrovers (das wird ganz sicher durch das Echo auf diesen Artikel bestätigt werden) sind aber die Antworten auf die Frage, welche Elemente und Faktoren dies wohl gewesen seien.

Nach der sog. „Wende" - die möglicherweise zwar nicht nach dem Willen der Hauptakteure der Bürgerbewegung, wohl aber ihrem sozialökonomischen Inhalt nach eine Konterrevolution war - konnte man in Artikeln von Ex-DDR-Historikern lesen, der 17. Juni 1953 sei durch die II. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 „vorprogrammiert" gewesen.

Deshalb scheint es mir nötig, die Bedeutung des Beschlusses der II. Parteikonferenz, zum Aufbau des Sozialismus überzugehen, für die Entwicklung zum 17. Juni hin als erstes in Augenschein zu nehmen.

I. Die II. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 und der 17. Juni 1953

In der Nach-Wende-Diskussion über den 17. Juni wurde nicht nur die These vorgebracht, er sei durch den Beschluß, zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus überzugehen, vorprogrammiert worden; hartnäckig wurde vielmehr auch eine zweite These verfochten, der zufolge dieser Beschluß von der DDR- und SED-Führung im Alleingang, aus eigener Initiative und unter Nichtbeachtung einer „Order aus Moskau", gefaßt worden sei.

Beide Thesen zusammengenommen führen zu dem Schluß, daß die alleinige Urheberschaft und Verantwortung für den 17. Juni bei der DDR/SED-Führung liegt.

Ein solches „Geschichtsbild" wäre aber ein groteskes Zerrbild der Wirklichkeit. Beide Thesen halten keiner Überprüfung an den geschichtlichen Tatsachen stand.

Die These Wilfriede Ottos über die angebliche „einsame Entscheidung" der SED-Führung wurde an anderer Stelle schon gründlich widerlegt. Spätestens seit der großen Diskussion über das Buch Eugen Vargas „Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges" (1948), herrschte in den Führungen der Kommunistischen Parteien Osteuropas Einmütigkeit darüber, daß die Volksdemokratie ein neuer Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sei. Es

herrschte ferner zwischen der Führung der KPdSU und der SED volle Einmütigkeit darüber, daß die DDR den Übergang zum Sozialismus nicht im Gleichschritt mit den volksdemokratischen Ländern - dort wurde er 1947/48 vollzogen - mitmachen könne, um der Lösung der vordringlichen Aufgabe, der Herstellung der Einheit Deutschlands, keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Zugleich aber herrschte auch darüber Einmütigkeit, daß, wenn die Spaltung durch die Westmächte und ihre westdeutschen Schützlinge vollzogen und vertieft würde, die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der DDR nicht auf ewige Zeiten künstlich konserviert werden konnte, da es von ihr aus nur entweder ein Zurück zum Kapitalismus oder ein Vorwärts zum Sozialismus geben konnte. Die innere Gesetzmäßigkeit, die hier waltete, hat der Vertreter der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Edward Kardelj, auf der Gründungskonferenz des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien im September 1947 mit folgenden Worten beschrieben: „Es läßt sich nicht lange eine Lage halten, bei der die Arbeiterklasse im Bunde mit den übrigen werktätigen Massen die Macht in der Hand hat, während sich die entscheidenden Wirtschaftsquellen in der Hand der Bourgeoisie befinden. Es ist daher klar, daß sich eine Regierung, die den Bund des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse repräsentiert, nicht auf die Beseitigung der verschiedenen Überreste ... der kapitalistischen Monopole beschränken konnte und entschiedenen Kurs auf die Liquidierung des Kapitalismus in Jugoslawien überhaupt, d. h., Kurs auf den Aufbau des Sozialismus nehmen mußte."

Es gab also völlige Übereinstimmung zwischen Moskau und der SED-Führung darüber, daß die Alternative lautete: Entweder in absehbarer Zeit Herstellung eines einheitlichen, demokratischen, neutralen Deutschland - oder auch in der SBZ/DDR irgendwann die Notwendigkeit, zum Aufbau des Sozialismus überzugehen. Und für diesen zweiten Fall mußten vorausschauend die günstigsten Bedingungen geschaffen werden. Dem diente u. a. auch der Versuch der Sowjetunion, die Westmächte, nachdem die Rechtsgrundlage für ihre Anwesenheit in Berlin durch die Sprengung des Alliierten Kontrollrates im März 1948 entfallen war, aus Westberlin heraus zu drängen. Die sog. „Blockade" Westberlins darf keineswegs nur als Machtkampf zwischen Sowjetunion und den Westmächten betrachtet werden: Die Beseitigung des gefährlichen Störzentrums im Herzen der DDR lag vor allem im DDR-Interesse, wie die weitere Entwicklung nachdrücklich bezeugte.

Es war also von den Umständen erzwungen, daß die Sowjetunion eine Deutschlandpolitik betrieb, die beiden Möglichkeiten Raum bot und keiner der beiden unüberwindliche Hindernisse in den Weg legte. (Dies als „zweigleisige Politik" und „Pokerspiel Stalins mit der DDR" ins moralische Zwielicht zu stellen, zeugt m. E. keineswegs von einem tiefen Verständnis für die damalige Situation.)

Die bekannte und vielumstrittene Stalin-Note vom 10. März 1952 an die drei Westmächte mit ihrem Angebot der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und neutralen, von Besatzungstruppen freien Deutschland entsprach genau dieser Notwendigkeit. Einerseits stellte sie die denkbar stärkste Hilfeleistung von außen für alle politischen Kräfte in Deutschland dar, deren Ziel die Überwindung der Spaltung des Landes war. Zum anderen aber zwang sie alle inneren und äußeren Gegner der Einheit Deutschlands, Farbe zu bekennen und vor dem deutschen Volk und der Geschichte die Verantwortung für die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands zu übernehmen.

Mit ihrer Ablehnung des sowjetischen Vorschlages und mit dem Abschluß des Deutschland-Vertrages (26. Mai 1952) und des Vertrages zur Bildung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) unter Einbeziehung der Bundesrepublik in ihr westliches Militärbündnis (27. Mai 1952) haben die Westmächte keinen Zweifel daran gelassen, wer die Chance zur Überwindung der Spaltung ausschlug und sie statt dessen schon fast bis zur Unheilbarkeit vertiefte. Sie haben damit aber auch - gezwungen durch die Sowjet-Note - vor der Geschichte klargestellt, daß der zwei Monate später gefaßte Beschluß der DDR-Führung, zum Aufbau des Sozialismus überzugehen, nicht Ursache, sondern unvermeidliche Folge der durch die Westmächte und ihre westdeutschen Partner vorsätzlich herbeigeführten Vertiefung der Spaltung Deutschlands war.

Unvermeidlich deshalb, weil inzwischen die politischen, vor allem aber die ökonomischen Bedingungen in der DDR danach verlangten, der Entfaltung der Produktivkräfte in der Industrie, vor allem aber in der Landwirtschaft weiteren Raum zu geben. Das konnte in der Landwirtschaft nur dadurch geschehen, daß man entweder den Mittelbauern die Möglichkeit eröffnete, Großbauern zu werden, oder aber sich in Genossenschaften zusammenzuschließen und auf diese Weise moderne landwirtschaftliche Großbetriebe zu schaffen. Mit anderen Worten: In der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der DDR war der Punkt erreicht, da die Entscheidung darüber fallen mußte, ob man zulassen wollte, in die kapitalistische Ordnung zurückzufallen oder ob man voranschreiten wollte zur Gestaltung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Eine längere Verzögerung dieser Entscheidung mußte unvermeidlich zu Stagnation und zu krisenhaften Erschütterungen führen.

Natürlich kann und wird hier eingewendet werden: Aber der Entschluß zum Aufbau des Sozialismus hat diese krisenhafte Erschütterung doch nicht verhindert, vielleicht sogar eher herbeigeführt.

So sehr eine solche Deutung dem „Zuge der Zeit" entspricht, so wenig entspricht sie der historischen Wahrheit.

Der Zündstoff, der sich ab der zweiten Hälfte des Jahres 1952 in der DDR ansammelte und am 17. Juni 1953 zur Explosion gebracht wurde, war ganz unterschiedlicher Herkunft. Ein Teil - aber bei weitem nicht der ausschlaggebende - war das Produkt des verschärften Widerstandes der antisozialistischen Kräfte, die damals - nur sieben Jahre nach dem Ende der faschistischen Herrschaft - in der DDR natürlich noch zahlenmäßig relativ stark und zum Teil auch noch organisiert waren, gegen den Kurs auf den Sozialismus. Die allergrößten Schwierigkeiten ergaben sich jedoch aus der Verschärfung des Kalten Krieges durch die Westmächte, die offen den Übergang zu einer Politik des Sturzes der sozialistischen Regimes proklamierten, und in Korea schon zum heißen Krieg übergegangen waren.

Am 27. August 1952 sprach John Foster Dulles, damals außenpolitischer Berater des Präsidentschaftskandidaten Eisenhower, in einer Rede in Buffalo offen aus, die Sender der „Stimme Amerikas" würden beginnen, die Bevölkerung „hinter dem Eisernen Vorhang" zum Widerstand aufzurufen; wenige Tage später, am 3. September 1952, kündigte der Präsident der USA, Truman, in einer Rede an, die bisherige Politik des „Containments", der Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Sozialismus, werde durch die Politik der „Befreiung" der sozialistischen Länder abgelöst. Es blieb nicht bei Worten. Die noch in verschiedenen Positionen, sogar in der Regierung der DDR sitzenden Vertrauensleute bundesdeutscher Parteien des Großkapitals wie etwa der LDPD-Minister für Handel und Versorgung, Dr. Hamann, oder der Außenminister der DDR, Georg Dertinger (CDU), taten - jeder auf seinem Gebiet - soviel als möglich, um Sand ins Getriebe der DDR-Wirtschaft und -Politik zu streuen.

Emsige feindliche Aktivitäten entfaltete auch das berüchtigte Ostbüro der SPD. Über seine Rolle berichtete das Blatt der SPD, der „Neue Vorwärts", am 23. September 1952 vielsagend:

„Eine besondere Rolle im Widerstandskampf gegen das kommunistische Regime ist dem Ostbüro zugefallen ... Erst wenn das kommunistische Regime der Sowjetzone ... durch andere politisch wirksam gewordene Faktoren gestürzt werden kann, erst dann wird sich das Ausmaß und der Sinn der illegalen Widerstandsarbeit der Sozialdemokratischen Partei in der Sowjetzone erweisen und bestätigen. Auf diesen Tag wird systematisch hingearbeitet."

Da zu jener Zeit in den kommunistischen Parteien Illusionen über einen „friedfertigen" Imperialismus, der sich auf eine friedliche Koexistenz mit dem Sozialismus einlassen würde, noch die rare Ausnahme, die Regel jedoch ein marxistisches Verständnis der Unvermeidlichkeit des scharfen Klassenkampfes zwischen den beiden antagonistischen Systemen war, wurde bereits im ersten Fünfjahrplan (1951-1955) festgelegt, die durch die Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen im Wirtschaftsgefüge so rasch als möglich durch die vorrangige Entwicklung jener In-

dustriezweige auszugleichen, die in der Hauptsache in Westdeutschland zu Hause, in der DDR jedoch unterentwickelt oder gar nicht vorhanden, für die Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit jedoch unverzichtbar waren.

Der Beginn der Aufrüstung der Bundesrepublik, ihre Einbeziehung in das westliche Bündnissystem, die Ankündigungen, nunmehr von der Containment- zur „Befreiungs"-Politik überzugehen, erforderten in den sozialistischen Ländern und in der DDR entsprechende Gegenmaßnahmen. Für die DDR bedeutete das die Notwendigkeit einer Planveränderung durch die zusätzliche Aufgabe, eigene Verteidigungskräfte in viel stärkerem Maße als vorgesehen aufzubauen. Da für diese Aufgabe kein zusätzliches Material noch zusätzliche Arbeitskräfte und Finanzmittel zur Verfügung standen, bedeutete dies, an allen anderen Posten des Wirtschaftsplanes Kürzungen vornehmen zu müssen. In welche Schwierigkeiten die DDR-Wirtschaft dadurch geriet, geht sehr eindringlich aus dem Entwurf eines Schreibens des ZK der SED an die Regierung der UdSSR vom Januar 1953 hervor.

Im Abschnitt III dieses Schreibens „Die Ergebnisse und Erfahrungen der ersten 2 Jahre des Fünfjahresplanes und der Plan 1953", werden die Schwierigkeiten und Probleme der Planerfüllung in fünf Punkten zusammengefaßt. Punkt 1 behandelt die aus der Spaltung herrührenden Disproportionen, Punkt 2 die dringende Rekonstruktion und Modernisierung des Bergbaus und anderer Industriezweige; unter Punkt 3 heißt es: „Es handelt sich hierbei um den Aufbau der nationalen bewaffneten Streitkräfte und ihre Versorgung mit Material und Ausrüstungen, worauf wir nicht vorbereitet sind. Im Plan für das Jahr 1953 sind nicht die Voraussetzungen enthalten, die notwendig sind, um die Produktion für die Verteidigung im Jahre 1954 durchführen zu können."

Dazu wird an anderer Stelle ausgeführt: „Besonders erschwert wurde die Erfüllung des Planes 1952 durch den Beginn des Aufbaus der nationalen Streitkräfte, wodurch Erzeugnisse in Höhe von 500 Mio. DM-DDR (ohne Nahrungsmittel) anderen Verbrauchern weggenommen werden mußten. Hier handelt es sich hauptsächlich um Baustoffe, Baustahl, Kabel, Rohre, Gewebe, Lederschuhe usw." In Punkt 4 heißt es, daß „die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung durch die schnell gewachsene Kaufkraft und die damit rasch gestiegenen Ansprüche nicht in vollem Umfange gewährleistet" sei. In Punkt 5 werden als neue, zusätzliche Aufgaben, die im Plan für das Jahr 1953 nicht enthalten waren, u. a. genannt: Aufbau der Luftfahrtindustrie und strategische Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs.

Im Abschnitt VIII über den Außenhandel wird darauf hingewiesen, daß „wichtige Importe" (aus der Sowjetunion) „nicht kommen, woraus sich eine Gefährdung der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes" ergebe. Andererseits wurden die Anforderungen für Lieferungen in die Sowjetunion erheblich erhöht gegenüber den im Plan fest-

gelegten Zahlen. In den Schlußfolgerungen heißt es sodann: „Aus der vorangegangenen Darstellung wird klar, daß die ökonomische Lage in entscheidenden Knotenpunkten äußerst ernst und angespannt ist."

Zum Abschluß wird die Führung der UdSSR gebeten, zu überprüfen, ob eine Hilfe bei der Lösung der schwierigen Probleme möglich sei, zum einen durch verstärkte Importe dringend benötigter Engpaßmaterialien, zum anderen durch Verminderung der Reparations- und Exportverpflichtungen der DDR.

Am 20. Januar 1953 bestätigte das Politbüro des ZK der SED den Entwurf des Staatshaushaltsplanes für 1953 und des Sparprogramms. Durch Einsparungen bei Ausgaben für Verwaltung, Kultur, Medizin, durch Preiserhöhungen verschiedener Art, Wegfall von Fahrgeldermäßigungen und weiteren insgesamt 33 Sparmaßnahmen sollten rund anderthalb Milliarden Mark eingespart werden.

Diese Aufgaben hingen ursächlich nicht mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz zusammen, sondern mit der Verschärfung des Kalten Krieges durch die Westmächte und deren offenen Liquidierungsdrohungen gegenüber den sozialistischen Ländern.

Schließlich muß als weiterer Lieferant von Zündstoff die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) genannt werden, die noch immer als eine Art Ober-Regierung fungierte, indem sie zu ihr wichtig erscheinenden Fragen Memoranden an die DDR-Regierung übergab, in denen - zumeist auf Grund sehr gründlicher Lageuntersuchungen - oft sehr detailliert ausgearbeitete Maßnahmen zur Durchführung empfohlen wurden.

II. Die SKK und die Durchführung ihrer Empfehlungen

Hatte die SMAD zu ihrer Zeit als Besatzungsmacht und oberste Regierungsbehörde mit Befehlen gearbeitet, die jedoch in der Regel in Befehlsform gekleidete Bevollmächtigungen der deutschen Behörden in ihren Bemühungen um die Überwindung der faschistischen Hinterlassenschaft, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung darstellten, so arbeitete die SKK mit Empfehlungen, deren Beachtung und Umsetzung in entsprechende Gesetze und Verordnungen gegebenenfalls auch nachdrücklich eingefordert wurde.

Die Memoranden aus der zweiten Hälfte 1952 und dem ersten Vierteljahr 1953 waren zumeist der Frage gewidmet, woher und wie die Mittel zur Überwindung der Engpässe in der Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben und in der Lebensmittelversorgung zu gewinnen seien. So sehr sich die Mitarbeiter der SKK auch bemühten, ein genaues Bild der Situation in der DDR zu gewinnen und dementsprechende Maßnahmen vorzuschlagen, so sehr ist den Memoranden doch anzumerken, daß die eigenen Erfah-

rungen aus der Zeit der Industrialisierung und der Offensive gegen das Kulakentum in der Sowjetunion bei den vorgeschlagenen Maßnahmen Pate gestanden hatten. Vorgeschlagen wurde ein strenges Sparsamkeitsregime auf allen Gebieten, aber auch die rigorose Eintreibung von Rückständen an Lebensmittellieferungen und Steuern bei sabotierenden Großbauern. Um die Finanzmittel für die zusätzlichen Ausgaben zu gewinnen, wurden u. a. Empfehlungen zur radikalen Einsparung auf sozialem Gebiet gegeben: Anrechnung von Kuren auf den Arbeitsurlaub, Einschränkung des Kreises der Kurberechtigten, Selbstbeteiligung an den Kosten von Kuren, Entzug der Berechtigung für privat praktizierende Ärzte, Kuren zu verschreiben u. a.

Einige dieser Empfehlungen berücksichtigten nicht oder ungenügend die besonderen Gegebenheiten in Deutschland. Ihre Verwirklichung mußte die unumgänglichen Härten des Sparkurses zusätzlich verschärfen, und dies im gespaltenen Deutschland bei offener Grenze.

Die Führung der SED und die Regierung kamen solchen Empfehlungen der SKK nur zögernd und in abgemilderter Form nach. Die einschneidendsten Maßnahmen setzten erst gegen Ende 1952 ein, die aufreizendsten Verschlechterungen noch später, im März und April 1953. Dafür nur einige Beispiele: Auf der Suche nach zusätzlichen Geldeinnahmen war beschlossen worden, daß die Reichsbahn 1953 eine zusätzliche Einnahme von 50 Millionen Mark zu erbringen habe. Deshalb wurden im Dezember 1952 Fahrpreisermäßigungen für acht Kategorien aufgehoben, im April 1953 noch einmal für einige weitere Kategorien, darunter für Behinderte, Schwerbeschädigte, sowie Arbeiterrückfahrkarten. Übrig blieben nur Arbeitermonats- und Wochenkarten und Schülermonats- und Wochenkarten mit einer Ermäßigung von 80 Prozent.

Am 9. April 1953 wurde durch eine Verordnung ein großer Kreis der Bevölkerung aus der Karten-Versorgung ausgeschlossen, d. h., die Betroffenen mußten künftig alle, auch die noch bewirtschafteten Waren (Lebensmittel, Textilien, Schuhe), zu erheblich höheren Preisen kaufen. Betroffen davon waren nicht nur kapitalistische Unternehmer, sondern auch Einzelhändler und andere selbständige Gewerbetreibende.

Am 20. April folgte eine Preisverordnung, die eine Preiserhöhung für Fleisch und „zuckerhaltige Waren", also auch für Marmelade, Kunsthonig und Backwaren brachte und die vor allem die Rentner traf.

Schließlich wurde die monatelange Kampagne zur Festlegung technisch begründeter Arbeitsnormen in den volkseigenen Betrieben auf der Tagung des Zentralkomitees der SED vom 13./14. Mai 1953 mit dem Beschluß vollendet, ab 1. Juni 1953 alle Arbeitsnormen um mindestens 10 Prozent zu erhöhen.

Waren schon diese Maßnahmen geeignet, nahezu die gesamte Bevölkerung in Proteststimmung zu versetzen, so wurde diese Stimmung noch um vieles gesteigert durch

die unbegreiflich dumme Argumentationslinie, jede tatsächliche Verschlechterung als einen Schritt der Verbesserung des Lebensstandards auszugeben. So wurde zum Beispiel im Leitartikel des „Neuen Deutschland" vom 11. April 1953 der Entzug der Lebensmittelkarten für Selbständige als „ein weiterer Schritt auf dem Wege zur allmählichen Abschaffung des Kartensystems", also quasi als eine positive Errungenschaft hingestellt; in gleicher Weise mußten sich die Rentner verhöhnt fühlen, wenn sie lasen (ND v. 19.04.1953), die Verteuerung von Fleisch und Marmelade sei eine „Maßnahme zur allmählichen Lockerung der Zwangsbewirtschaftung und der Herbeiführung eines einheitlichen Preisniveaus". In dem Argumentationsentwurf zum Wegfall der Fahrpreisermäßigungen hieß es u. a., entsprechend den jetzigen Lohnbedingungen hätte eine ganze Anzahl der bisherigen Fahrpreisermäßigungen keinerlei Berechtigung mehr. Mit Ausnahme der Ermäßigungen für den Berufsverkehr würden alle anderen Ermäßigungen wegfallen, womit „vor allen Dingen den Schiebern und Spekulanten und anderen Feinden unseres friedlichen Aufbaus eine unrechtmäßige Inanspruchnahme der Ermäßigung auf Kosten der Werktätigen unmöglich gemacht wird".

Stimmungsmäßig war die Situation also sehr günstig für alle sozialismusfeindlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der DDR. Sie nutzten das auch weidlich für eine verstärkte antikommunistische, regierungsfeindliche Hetz- und Wühlarbeit. Im Lande selbst tat sich dabei unter Ausnutzung der privilegierten Position der Kirchen die Leitung der Evangelischen Kirche mit ihrem Ratsvorsitzenden Bischof Dibelius hervor. Die auf Dibelius' Linie des scharfen Antikommunismus stehenden Geistlichen und die unter ihrem Einfluß stehenden Gruppen der „Jungen Gemeinde" gingen auf einen harschen Konfrontationskurs gegenüber dem Staat und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) über und forderten auf diese Weise eine nicht weniger harte Antwort heraus. Der so von der Dibelius-Kirchenleitung provozierte „Kirchenkampf“ belastete zusätzlich die ohnehin schon spannungsgeladene Atmosphäre.

III. Das Kommunique vom 9. Juni und seine Vorgeschichte:

Die Moskauer Beratung Anfang Juni 1953

Die geschilderte Situation bedeutete eine außerordentliche Bewährungsprobe für die SED. Ihre aktiven Mitglieder waren - selbst wenn sie mit bestimmten Maßnahmen und Überspitzungen, vor allem mit den Preiserhöhungen, nicht einverstanden waren - dennoch überzeugt von der Richtigkeit der Grundorientierung der Partei auf den Aufbau des Sozialismus und verteidigten die Maßnahmen der Regierung in tausenden tagtäglichen Diskussionen.

Sie - und ebenso die aktiven Jugendlichen in der FDJ - spürten durchaus, daß die Feinde des Sozialismus darauf aus waren, bestehende Schwierigkeiten für eine Generaloffensive auszunutzen, und begrüßten deshalb die Zurückweisung der feindlichen Angriffe, auch jene verschiedener Geistlicher und mancher Angehöriger der „Jungen Gemeinde", als berechtigt und notwendig.

Sie gingen also monatelang täglich von neuem in harte Auseinandersetzungen zur Verteidigung der Parteilinie und der Regierungsmaßnahmen bis zu jenem 11. Juni 1953, an dem im „Neuen Deutschland" das „Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953" abgedruckt war.

Als sie dieses Kommuniqué lasen, glaubten sie, ihren Augen nicht trauen zu können: wurde darin doch kurzerhand all das, was sie so hartnäckig und erbittert den Kollegen, Bekannten und Unbekannten gegenüber als richtig und notwendig verteidigt hatten, als eine Reihe von Fehlern gekennzeichnet, die durch die Zurücknahme aller entsprechenden Maßnahmen korrigiert würden.

Fassungslosigkeit, ungläubiges Kopfschütteln, Verbitterung und das Gefühl, schmählich von der Führung blamiert, wenn nicht verraten worden zu sein, eine große Verunsicherung und Lähmung gerade der aktivsten und treuesten Genossen waren die Reaktion und Folge dieses Kommuniqués.

Diese Gefühle waren nur zu verständlich. Es dürfte wohl kein Beispiel in der Geschichte anderer Parteien geben, daß eine Führung ihre Anhänger in eine heiße Schlacht führt und dann in der größten Hitze des Gefechts plötzlich erklärt, das Ganze sei ein Irrtum, deshalb müßten alle erreichten Positionen wieder geräumt werden. Damals erhielt die Überzeugung, die Partei sei für einen Kommunisten das Höchste, dem alles Persönliche unterzuordnen ist, wohl bei vielen Genossen einen ernsthaften Knacks.

Was die einfachen Parteimitglieder nicht wußten und bis zum heutigen Tage mit wenigen Ausnahmen nicht wissen, ist, daß die Führung damals mit dem Kommuniqué das, was ihr selbst in viel brutalerer Weise zugefügt und zugemutet worden war, so abgeschwächt wie irgend möglich und nur unter äußerem Druck den Mitgliedern gegenüber wiederholte.

Anfang Juni 1953 waren Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelssner (als Übersetzer) nach Moskau zitiert worden, aber nicht etwa, um dort mit den sowjetischen Genossen darüber zu beraten, wie die schwierige Lage in der DDR zu meistern sei, sondern um von ihnen in schriftlicher Form vorgeschrieben zu erhalten, daß sie eine schroffe Kursänderung durchzuführen hätten und wie diese auszusehen habe - ein Verfahren, wie es bisher keine Führung eines mit der Sowjetunion verbündeten Landes über sich hatte ergehen lassen müssen.

Die DDR-Delegation erhielt ein Dokument in die Hand gedrückt, das Oelssner als Übersetzer vorlas, betitelt: „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik", mit der Aufforderung, dazu Stellung zu nehmen.

Das Dokument beginnt mit der selbstgerechten Feststellung: „Infolge der Durchführung einer fehlerhaften politischen Linie ist in der Deutschen Demokratischen Republik eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden."

Selbstgerecht war diese Feststellung, weil weder hier noch an anderer Stelle - mit einer einzigen Ausnahme - gesagt wurde, daß diese politische Linie die gemeinsame Linie beider Parteien und Regierungen war. Erst auf entsprechende Hinweise der DDR-Seite wurde eingeräumt, daß nicht die Schuldfrage gestellt werden solle, schuld seien beide Seiten. Aber die inhaltlichen Einwände der deutschen Seite wurden nicht akzeptiert, ihre erste schriftliche Stellungnahme wurde als unzureichend zurückgewiesen; verlangt wurde offenbar eine widerspruchslose Zustimmung zu diesem Dokument, das einer Selbstverurteilung gleichkam. Die geforderte Zustimmung wurde schließlich gegeben, so schwer es den deutschen Genossen auch gefallen sein muß. In dem sowjetischen Papier hieß es nämlich, der Beschluß der II. Parteikonferenz auf „beschleunigten Aufbau des Sozialismus" sei falsch gewesen, weil dafür die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen gefehlt hätten. Zur Verbesserung der Lage sei notwendig anzuerkennen, daß dieser Beschluß und seine Billigung durch das Politbüro der KPdSU (B) vom 8. Juli 1952 - dies die erwähnte Ausnahme - nicht richtig waren. Ebenso als unrichtig zu betrachten sei die bis zu dieser Zeit durchgeführte Propaganda über die Notwendigkeit des Überganges der DDR zum Sozialismus.

Die Formulierungen des sowjetischen Dokumentes zu dieser Frage waren so unpräzise, daß daraus innerhalb der SED-Führung unterschiedliche Schlüsse gezogen wurden, ob der Aufbau des Sozialismus überhaupt fortgeführt werden solle oder nicht.

Sodann wurden im sowjetischen Dokument unterschiedslos alle im Zuge des von der SKK empfohlenen Sparsamkeitskurses und in Befolgung der SKK-Empfehlungen zur strengeren Eintreibung der rückständigen Steuern und landwirtschaftlichen Produkte ergriffenen Maßnahmen der DDR-Regierung für falsch erklärt und verlangt, sie rückgängig zu machen. Das Gleiche hinsichtlich der Maßnahmen gegen Angehörige der „Jungen Gemeinde“ und ihre geistlichen Hintermänner. Besonders brisant und in letzter Konsequenz auf die Liquidierung der Anfänge sozialistischen Eigentums in der Landwirtschaft gerichtet waren folgende Passagen des Dokumentes: „Ein künstliches Aufbringen (gemeint: Aufrechterhaltung) der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die sich in der Praxis nicht bewährt haben, und die eine Unzufriedenheit unter den Bauern hervorrufen, ist einzustellen. Alle bestehenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind sorgfältig zu überprüfen, und diejenigen, die auf

einer unfreiwilligen Basis geschaffen sind oder die sich als lebensunfähig gezeigt haben, sind aufzulösen. Es ist im Auge zu behalten, daß unter den heutigen Bedingungen in der DDR nur (!) eine einfachere Form der Produktionskooperierung der Bauern, wie die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens, ohne daß die Produktionsmittel vergesellschaftet werden (!), mehr oder weniger lebensfähig sein kann."

Der Hauptgedanke des Dokuments bestand darin, daß „zur Zeit die Hauptaufgabe der Kampf für die Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage" sei. Die Aufgabe des politischen Kampfes für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages müßten zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der breiten Massen des deutschen Volkes gemacht werden.

Es wäre deshalb nur logisch gewesen, wenn die sowjetische Seite sich mit Otto Grotewohls Vorschlag einverstanden erklärt hätte, der DDR-Öffentlichkeit den Kurswechsel mit dem Bemühen um die Einheit Deutschlands zu begründen. Das aber wurde zurückgewiesen. Das ganze Dokument und der Verlauf der Besprechungen vermitteln den Eindruck, daß die sowjetische Seite - oder einzelne ihrer Vertreter - darauf aus waren, die SED-Führung, vor allem aber ihren hervorragendsten Exponenten, Walter Ulbricht, vor der DDR-Öffentlichkeit zu kompromittieren und in eine Sündenbock-Rolle zu manövrieren.

Überblickt man das Moskauer Dokument als Ganzes, dann muß auffallen, daß trotz allen Eifers, das „Fehlerregister" so umfangreich und lückenlos wie möglich zu gestalten, ein wirklich entscheidender Punkt überhaupt nicht berührt wurde: der Beschluß von Mitte Mai zur Normenerhöhung ab 1. Juni 1953! Nichts davon, daß dieser Beschluß ein Fehler war, nichts davon, daß auch er aufgehoben werden müsse!

Ausgerechnet der Beschluß, der die Beziehungen der Partei und des Staates zur Arbeiterklasse am stärksten belastete, wurde von der sowjetischen Seite nicht erwähnt. Das ist kaum zu verstehen. Ebensowenig aber ist zu verstehen, daß die SED-Führung nicht von selbst darauf kam, daß es wohl nicht angehen könne, alle Schichten der Bevölkerung zu entlasten von den speziell sie betreffenden Belastungen der letzten Monate - nur die Arbeiterklasse nicht! Im Kommuniqué vom 9. Juni ist von der Aufhebung der Normerhöhung ebensowenig die Rede, wie im Moskauer „Gesundungs"-Beschluß.

Die Vermutung, auf sowjetischer Seite habe es bei irgendwem ein Interesse gegeben, die SED-Führung und insbesondere ihren Generalsekretär zum Sündenbock zu machen, um seine Stellung zu erschüttern, verdichtet sich, wenn man erfährt, wie es zu

der so unvermeidlich Volkszorn provozierenden Fassung des Kommuniqués vom 9. Juni gekommen ist. Darüber berichtet sein Verfasser, Rudolf Herrnstadt:

„Am 10. Juni entwarf ich das `Kommuniqué vom 9. Juni´. Je mehr ich versuchte, das Kommuniqué in der aufgetragenen Weise ... zu schreiben, desto klarer wurde mir, daß es in der vorgesehenen Form eine nicht zu verantwortende Schockwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit hervorrufen müsse. Es erwies sich als unmöglich, die wichtigsten, von der Partei soeben ein Jahr hindurch gegen unzählige Widerstände als allein richtig verteidigte Maßnahmen kurzerhand, d. h., unter Verzicht auf eine fundierte Begründung zu widerrufen - ohne die Partei zu desorientieren und zu erbittern und dem Gegner die Flanke zu öffnen...

Am frühen Nachmittag legte ich den Entwurf des Kommuniqués Genossen Ulbricht vor. Er las ihn und hatte keine Einwendungen. Ich setzte ihm das oben Gesagte auseinander. Er erwiderte: 'Die gleichen Einwendungen habe ich bereits gemacht. Auch Grotewohl hat die größten Bedenken. Aber sie bestehen darauf.' Ich sagte: 'Damit kann man sich doch nicht zufrieden geben?!' Ulbricht erwiderte: 'Komm heute nachmittag um 6 in die Wohnung des Genossen Grotewohl. Dort wird Semjonow sein. Ich möchte ohnehin, daß er das Kommuniqué vor der Veröffentlichung liest. Bei der Gelegenheit kannst Du ihm die Sache noch einmal vortragen. Aber Du wirst kein Glück haben.'"

Über sein Gespräch mit Semjonow berichtete Herrnstadt: „Ich: 'Genosse Semjonow, ich bin zwar der Verfasser des Kommuniqués, aber ich möchte gegen seine Veröffentlichung protestieren.'

S.: 'Warum?'

Ich: 'So darf man den Kurswechsel nicht einleiten. Das Kommuniqué kann nur Verwirrung stiften.' Das führte ich näher aus.

Er: 'Das Kommuniqué muß morgen in der Zeitung stehen.'

Ich:' Ich entnehme Ihren Worten, daß eine diesbezügliche Anweisung vorliegt. Wenn das der Fall sein sollte - ginge es nicht, daß Sie in Moskau darlegen, warum es zweckmäßig wäre, die Anweisung zu verändern? Geben Sie uns 14 Tage, und wir können den Kurswechsel so überzeugend und fortreißend begründen, daß wir mit ihm in die Offensive gehen und nicht der Gegner... Er enthält doch alle Elemente dafür, aber die Elemente können sich ins Gegenteil verwandeln, wenn wir den Start verpfuschen!' Darauf antwortete Genosse Semjonow sehr scharf und von oben herab: 'In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben!'"

So erschien also das Kommuniqué am 1l. Juni 1953 und tat genau die von Ulbricht, Grotewohl und Herrnstadt befürchtete Wirkung: Es „desorientierte und erbitterte die

Partei und öffnete dem Gegner die Flanke". Es wirkte wie ein brennendes Streichholz, das in ein offenes Benzinfaß geworfen wird. Gewiß, der Brennstoff stand bereit - aber ob er explodierte oder aber „entsorgt" werden konnte, ohne Schaden anzurichten - das hing davon ab, wie mit ihm umgegangen wurde. Das war vorherzusehen, das wurde vorhergesehen, es wurde gewarnt - aber „man" bestand darauf, das brennende Streichholz in das Benzinfaß zu werfen!

IV. Fragen, Antworten - Fragen

Niemand vermag zu sagen, ob es ohne dieses Kommuniqué keinen 17. Juni gegeben hätte. Aber mit Sicherheit kann gesagt werden, daß mit diesem Kommuniqué all denen, die darauf aus waren, aus Demonstrationen unzufriedener Arbeiter gegen Normerhöhungen und Preissteigerungen einen „Arbeiteraufstand" gegen die Arbeiter- und Bauernmacht zu entfachen, die Arbeit unerhört erleichtert wurde.

Bleibt die bislang ungelöste Frage: Warum dann dieses Kommuniqué? Mit welcher Absicht gerade so?

Wäre es nur Leichtsinn ohne jede Absicht gewesen - wie erklärt sich dann, daß trotz der bösen Erfahrungen, die mit einer solchen „Schocktherapie" am 17. Juni 1953 gemacht worden war, die gleiche „Therapie" immer wieder - und immer auch mit den gleichen negativen Folgen -„verordnet" wurde? Zuerst durch Chruschtschow und ab 1985 erneut durch Gorbatschow.

Nur einige wenige Beispiele:

26. Mai 1955: Ansprache Chruschtschows bei der Ankunft auf dem Flughafen von Belgrad:

„Teurer Genosse Tito!... Wir haben eingehend die Materialien überprüft, auf denen die schweren Anschuldigungen und Beleidigungen beruhten, die damals gegen die Führer Jugoslawiens erhoben wurden. Die Tatsachen zeigen, daß diese Materialien von Volksfeinden, niederträchtigen Agenten des Imperialismus, fabriziert waren, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen haben."

Es war jedoch kein „fabrizierter" Fakt, daß Tito sein Land in das imperialistische Paktsystem des Balkanpaktes mit den NATO-Staaten Türkei und Griechenland geführt hatte und es von den USA mit Waffen versorgen ließ - gegen wen wohl?

25. Februar 1956: Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU. In dieser Rede wird den vor Staunen und Entsetzen starren Zuhörern eröffnet, daß die KPdSU jahrzehntelang von einem machtbesessenen, inkompetenten, nicht voll zurechnungsfähigen Blutsäufer geführt worden war.

Diese beiden Fälle der „Schocktherapie" waren jene mit den schwersten und verhängnisvollsten Langzeitwirkungen. Aber nicht in Vergessenheit geraten sollten auch solche mehr unauffällige, wenig beachtete, scheinbar bedeutungslose Fälle wie die folgenden:

31. März 1954: Die Sowjetunion erklärt ihre Bereitschaft, der NATO beizutreten.

18. Januar 1959: Durch die Presse geht die Meldung, daß Anastas Mikojan, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU und 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, bei seinem USA-Besuch auch eine Begegnung mit dem Chef der CIA, Allan Dulles, hatte - als ob ein Besuch eines sowjetischen Spitzenpolitikers beim Chefkoordinator aller subversiven Aktionen gegen den Sozialismus die normalste Sache der Welt sei.

Oktober 1959: Von seiner USA-Reise zurückgekehrt, wirbt Chruschtschow auf einer Großkundgebung um Vertrauen für den USA-Präsidenten Eisenhower (eben jenen Präsidenten, der Ethel und Julius Rosenberg auf den elektrischen Stuhl schickte), indem er ausführte: „Von dieser Tribüne aus muß ich vor den Moskauern, vor meinem ganzen Volk, vor der Regierung und vor der Partei sagen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Dwight Eisenhower, der Mann, der das absolute Vertrauen seines ganzen Volkes genießt (gehörten für Chruschtschow die amerikanischen Kommunisten, E. und J. Rosenberg, nicht zum Volk? – K.G.) staatsmännische Klugheit bewiesen hat."

1960/61: Bruch mit der Volksrepublik China und der KP Chinas. Zuspitzung des Konflikts seitens der Sowjetunion bis zu der Behauptung, die Hauptkriegsgefahr gehe nicht mehr von den imperialistischen USA, sondern von China aus.

Was ist allen diesen Aktionen und Stellungnahmen gemeinsam?

Jede von ihnen kam überraschend und unerwartet. Keine war ausreichend stichhaltig begründet, bei einigen - darunter den wichtigsten - entsprach die zur Begründung angegebene Behauptung offenkundig nicht der Wahrheit, wie etwa bei der Totalrehabilitierung Titos, oder sie stellte eine schlimme Mischung von Wahrheit und Erdichtetem dar, wie in der Geheimrede auf dem XX. Parteitag. Jede stellte eine mehr oder minder schroffe Wendung dar und eine Absage an bisherige elementare marxistisch-leninistische Grundsätze. Jede war ein Angriff auf das bisherige kommunistische Wertesystem. Durch jede wurde bisher für richtig Gehaltenes als falsch bzw. feindlich abgestempelt und umgekehrt bisher als falsch und feindlich Betrachtetes für richtig bzw. vertrauenswürdig erklärt.

Was damit - großenteils unmerklich - bewirkt wurde, war seinem Wesen nach eine Vertauschung von Freund- und Feindbild: Die eigene Vergangenheit wurde schließ-

lich zum Gegenstand des Abscheus, demgegenüber es nur noch „unversöhnliche Abrechnung" geben kann; der imperialistische Todfeind der eigenen Sache und der Menschheit dagegen avancierte zum vertrauenswürdigen Partner beim Kampf um eine gerechte Weltordnung und den Weltfrieden und imperialistische Spitzenpolitiker zu Duz-Freunden des Führers der führenden kommunistischen Partei.

Was also ist der gemeinsame Wesenskern all der erwähnten und nicht erwähnten überraschenden Wendungen?

Sie alle waren Teil eines lang währenden Prozesses, in dem die kommunistische Identität der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder Stück für Stück bis zur Unkenntlichkeit abgebaut wurde, bis sie ihre Identität so weit verloren hatten, daß ihre Gegner sich ausrechnen konnten, sie durch eine Politik des „Wandels durch Annäherung" vollends aufweichen und vernichten zu können.

Dieser Prozeß war von der Chruschtschow-Mannschaft eingeleitet wurden. Er wurde nach Chruschtschow zwar gebremst, aber nicht gestoppt. Gorbatschow wurde als Produkt des ersten Schubs dieses Identitätswandels sein Fortführer und Beschleuniger bis zum folgerichtigen Abschluß: der Auflösung der Kommunistischen Partei und der Sowjetunion und seinem Bekenntnis in dem berühmt-berüchtigten „Spiegel"-Interview: „Meine politischen Sympathien gehören der Sozialdemokratie und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland."

Der Moskauer „Gesundungs-Beschluß" vom Mai und das Kommuniqué über den „Neuen Kurs" vom 9. Juni 1953 waren der erste Schritt auf diesem Wege, der 17. Juni 1953 das erste Warnzeichen, das Menetekel, das ankündigte, wohin man auf diesem Wege gelangen wird.

Es wurde nicht verstanden. Schlimmer noch: es wird auch heute noch mehrheitlich mißverstanden, wie die meisten der diesjährigen Erinnerungsartikel bezeugen.

Was bleibt, ist die Frage: Woran lag es, daß die kommunistische Bewegung nicht die inneren Kräfte fand, diesen Selbstvernichtungsprozeß zu beenden und vom Irrweg des Revisionismus wieder auf den Weg von Marx, Engels und Lenin zurückzukehren?

Erst, wenn darauf die richtige Antwort gegeben wird, kann die kommunistische Bewegung wieder eine zukunftsgestaltende Kraft werden.

Quelle: Schriftenreihe der KPD, Nr. 121

Geheimmission des BRD-Vizekanzlers beim DDR-Vize-Verteidigungsminister 1955 und 1956

Was wollte der Vizekanzler Schäffer bei seinen Geheimmissionen 1955 und 1956 beim DDR-Vize-Verteidigungsminister Vincenz Müller?

Vorbemerkung der Redaktion:

Wir bringen hier eine aus aktuellem Anlass verfasste Einordnung der Vorgänge 1955 und 1956, die Kurt Gossweiler am 1. 12. 2003 abgeschlossen hat – und danach seine Tagebuchaufzeichnungen über die fragliche Zeit. Es handelt sich dabei um einen Vorabdruck aus dem zweiten Teil der „Taubenfuß-Chronik", der in wenigen Monaten erscheinen wird. Wir danken Kurt Gossweiler sehr herzlich für die Überlassung des Materials und weisen darauf hin, dass der zweite Teil der „Taubenfuß-Chronik" mit Sicherheit eine lohnende Anschaffung sein wird. (Red. offen-siv, Jan. 2004)

Zwei Bücher und ein Fernsehfilm haben eine fast ein halbes Jahrhundert zurückliegende und den meisten, die von ihr damals aus den Zeitungen erfuhren, sicherlich längst aus dem Bewusstsein entschwundene Episode aus dem immerwährenden Kampf der BRD um die Liquidierung der DDR aus der Vergangenheit in die Gegenwart zurückgeholt: Die geheime Mission des BRD-Vizekanzlers und Finanzministers Fritz Schäffer, der zweimal, 1955 und 1956, in die Hauptstadt der DDR reiste, um sich dort mit dem stellvertretenden Verteidigungsminister der DDR, Vincenz Müller, und dem Sowjetbotschafter in der DDR, Puschkin, zu treffen.

Die Öffentlichkeit erfuhr erst 1958 davon, dass ein Regierungsmitglied der Bundesregierung heimlich zu Besprechungen in die DDR gereist sei, nämlich, als dies Walter Ulbricht in einer Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bekannt gab. Offiziell wurde als Grund für diese Reise nur verlautbart, Schäffer habe der Wunsch getrieben, etwas zu tun, um die endgültige Spaltung Deutschlands zu verhindern und Wege zu einer Konföderation beider deutscher Staaten zu erkunden.

Als ich das damals las, war ich mir ziemlich sicher, dass dies nicht das wahre Motiv eines Finanzministers der Adenauer-Regierung gewesen sein konnte: Was aus dieser Richtung kam, konnte nur auf die Unterminierung der DDR zielen. Deshalb schaute ich mir etwas genauer an, in welchem politischen Umfeld diese Geheimmissionen unternommen worden waren und kam zu dem Ergebnis, der wirkliche Auftrag und die wirkliche Absicht Schäffers könnte nur gewesen sein, zu erkunden, ob es in der Füh-

rung der DDR nicht Kräfte gab, mit deren Hilfe Walter Ulbricht gestürzt werden könnte, und des weiteren auch zu erkunden, wie sich die neue sowjetische Führung zu einem solchen Unternehmen stellen würde.

Dieses Ergebnis meiner Überlegungen vertraute ich damals meinem politischen Tagebuch an, das zu führen ich Ende 1956 begonnen hatte, als ich – aufgrund der blutigen konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn und der mir unerklärlichen Haltung der in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen, die tagelang untätig zusahen, wie die entfesselten weißen Bestien die Kommunisten jagten und ermordeten, wie einst 1919 in den Tagen der siegreichen Konterrevolution, - heftig daran zu zweifeln begann, dass an der Spitze der KPdSU noch immer nur Leute standen, denen man voll vertrauen konnte.

Eine Bestätigung meiner zur Überzeugung gewordenen Vermutung erhielt ich vor zwei Jahren von einer ganz unerwarteten Seite: In der „jungen Welt“ erschien im Januar 2001 aus der Feder des in der DDR zum Historiker ausgebildeten Professors Siegfried Prokop die Besprechung des Buches eines westdeutschen Autors Peter Joachim Lapp: „Ulbrichts Helfer. Wehrmachtsoffiziere im Dienste der DDR“, in dem auch die militärische Laufbahn des Generales Vincenz von Müller dargestellt und dabei auch dessen Geheimtreffen mit Schäffer erwähnt wurde. Prokop beschäftigt sich in seinem Artikel in der Hauptsache mit diesem Vorgang und dessen Darstellung und Bewertung durch Lapp.

Dabei schreibt Prokop: „Ganz nebenbei lässt Lapp den Leser nun wissen, dass in den Gesprächen Müller gegenüber Schäffer weitgehende politische Änderungen in der DDR für die nahe Zukunft in Aussicht gestellt habe. Auf sowjetisches Betreiben hin werde die Nationale Volksarmee in der DDR die Macht übernehmen, Ulbricht verhaften und die Regierung absetzen, worüber auch schon Franz J. Strauß in seinen Memoiren berichtet hatte. Sowjetische Kreise seien an einem Österreich-Status für die DDR (das ist sicherlich ein Fehler: es müsste hier: Deutschland heißen! K.G.) interessiert gewesen und hätten deshalb Kontakte zu Bonn gewünscht. Am 20. Oktober 1956 kam es zu einem Geheimgespräch Schäffers mit dem Ostberliner Sowjetbotschafter Georgi M. Puschkin, an dem Müller teilnahm.“

Lapp hat also in den DDR-Akten den dokumentarischen Beweis dafür gefunden, dass „auf sowjetisches Betreiben hin“ (und das war 1955/56 Chruschtschow, und nicht mehr, wie 1953, Berija!) Walter Ulbricht verhaftet und die DDR-Regierung gestürzt werden sollte und dass Vincenz Müller zu denen gehörte, die dazu ausersehen und bereit waren, diesen konterrevolutionären Staatsstreich auszuführen. Da dies der DDR-Führung bekannt geworden war, kann deren – von Prokop in seiner Rezension berichteten – Reaktion eigentlich nur durch ihre Zurückhaltung überraschen: V. Müller wurde im Dezember 1957 vom Dienst suspendiert und am 28. Februar 1958 pen-

sioniert. Die Vorwürfe gegen ihn beschränkten sich darauf, er habe ZK-Beschlüsse verletzt, gegen die führende Rolle der SED in der NVA opponiert, seine parteiliche und dienstliche Stellung in der Nationalen Volksarmee missbraucht, er habe eine eigene Politik betrieben und auf Untergebene zersetzerisch gewirkt.

Ich bin meinem ehemaligen Kollegen und Genossen an der Humboldt-Universität, Professor Siegfried Prokop, ja zu Dank dafür verpflichtet, dass er mir mit seiner Besprechung des Lapp-Buches zur Kenntnis dieser dokumentarischen Bestätigung meiner Annahme von vor 50 Jahren verholfen hat. Aber ich kann zugleich nicht umhin, mich über seine sonderbare Reaktion auf die Enthüllung der konterrevolutionären Aktivitäten des Vincenz Müller zu wundern. Denn seine Kritik gilt nicht etwa dem Vincenz Müller wegen dessen Verrat an der DDR, sondern dem Buchautor Peter Joachim Lapp, weil der diesen Verrat nicht positiv gewürdigt hat. Prokop schreibt nämlich:

„Angesichts dieser Vorwürfe der SED-Führung gegen Müller verwundert Lapps Buchtitel `Ulbrichts Helfer` einigermaßen... 1956 haben Vincenz Müller und seine Mitstreiter immerhin einen couragierten Versuch unternommen, aus der Logik des Kalten Krieges auszubrechen, was heute gewürdigt werden sollte.“ Für einen mit den BRD-Oberen abgesprochenen Staatsstreich gegen die DDR die euphemistische Umschreibung „Ausbruch aus der Logik des Kalten Krieges“ zu erfinden, das ist geradezu für die Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz verdächtig!

Ich war der Meinung, eine solche Stellungnahme in der „jungen Welt“ sollte nicht unwidersprochen bleiben und sandte der Zeitung deshalb eine Leserzuschrift, in der ich u.a. schrieb: „Ob gerade die `junge Welt` das richtige Organ ist, eine solche `Würdigung` für `couragierte Versuche` - wie sie schließlich unter Gorbatschows Regie 1989/90 zum Ziel führten - zu präsentieren, erscheint mir zweifelhaft. Aber darum geht es mir jetzt nicht. Vielmehr darum, dass Prokops Darstellung und wohl auch die von P.J. Lapp die Hintergründe und Zusammenhänge dieser Schäffer-Mission im Halb-Dunkel lassen.“ Nach einem Hinweis auf meine Tagebuch-Aufzeichnungen von 1958 schrieb ich weiter: „Prokops Rezension des Buches von Lapp zeigt mir, dass ich damals – angewiesen nur auf die Presse – mehr an Hintergründen und Zusammenhängen beschrieben habe, als Prokops Rezension hergibt. Ich bin daher sicher, dass, nachdem diese damaligen Vorgänge in der `jungen Welt´ durch Prokops Buchbesprechung großes Interesse gefunden haben und der Wunsch, noch mehr darüber zu erfahren, geweckt wurde, diese meine damalige Niederschrift eine sehr willkommene Ergänzung zu Prokops Rezension darstellen würde. Ich schicke Euch deshalb eine Kopie dieser Niederschrift.“ Seitens der „jungen Welt“ gab es auf dieses Angebot keine Reaktion.

Dagegen fiel Prokops Kritik bei Lapp auf fruchtbaren Boden. Er schrieb nämlich ein neues Buch, diesmal nur über Vincenz Müller, und diesmal wurde der nicht als „Ulbrichts Helfer“ vorgestellt, was ja fast das Schlimmste von allem Schlimmen ist – eine Steigerung zum Schlimmsten könnte nur noch der Ausdruck „Stalins Helfer“ sein, – sondern als „General bei Hitler und Ulbricht“. Und dieses Buch diente auch als Grundlage für einen Fernsehfilm gleichen Titels, bei dem Prokop sogar als Sachverständiger mitwirken durfte. Dieser Film wurde am 25. November 2003 im RBB Berlin ab 21.15 Uhr gesendet. Das Bild von Vincenz Müller als eines Verschwörers gegen die DDR wird darin durch das Zeugnis abgerundet, dass Müller bis zu seinem Tode die Verbindung zum West-Geheimdienst nicht abreißen ließ.

In diesem Film wirkte auch Markus Wolf als Zeitzeuge mit. Was er dabei mitteilte, war nur ein Bruchteil dessen, was schon in seinem Buch „Spionagechef im geheimen Krieg“ zu lesen war, widmete er dort doch der Schäffer-Mission nicht weniger als acht Seiten (S. 164 -172). Im Buch teilt Wolf mit, dass Schäffers Geheimreise in den Osten ihm selbst von einem westdeutschen Informanten angekündigt worden war, und dass Schäffer am Bahnhof Marx-Engels-Platz von zwei Beamten seines Dienstes empfangen wurde. Alles weitere, was Markus Wolf in seinem Buch über die Mission Schäffers in Berlin erzählt, steht in scharfem Gegensatz zu dem, was Lapp in seinem Buch und in dem Film mitteilt. Bei Markus Wolf war alles ganz harmlos: Schäffer wollte nur mit Vertretern der Sowjetunion und der DDR über seine Konföderationspläne sprechen. Und Wolf dann wörtlich: „Der vorgeschobene Anlass für Schäffers Ausflug in den Osten war ein Besuch bei General a.D. Vincenz Müller, mit dessen Familie der Vizekanzler befreundet war.“

Im Film sagte er als Zeitzeuge, die Abstimmung der Schäffer-Mission habe in seinen Händen gelegen. „Die Gespräche Müller-Schäffer wurden von uns aufgenommen.“ Aber entweder wurden nicht alle Gespräche aufgenommen, oder aber Markus Wolf sagt in seinem Buch die Unwahrheit. Denn das Gespräch, in dem Müller dem Schäffer den geplanten Staatsstreich mitteilte, wovon Lapp sowohl in seinem Buch als auch im Film berichtet, wird in Wolfs Buch nicht nur nicht erwähnt, sondern als „abenteuerliche Version“ abgetan. Bei Wolf (S. 171f.) ist zu lesen: „Eine abenteuerliche Version der Schäffer-Initiative gibt Franz Josef Strauß in seinen Erinnerungen zum besten. Er behauptet, der Vizekanzler habe die Verbindung zu General Müller gesucht, weil der ihm `weitreichende Andeutungen` über einen Putsch der NVA gemacht habe, `bei dem Ulbricht verhaftet und die ganze Regierung abgesetzt` werde. Strauß veröffentlichte diesen Unsinn wider besseres Wissen. Wir wussten nicht nur von Schäffer, dass Strauß in die Konföderationspläne eingeweiht war. Unsere Kontakte zu einem seiner engsten Vertrauten, dem Verleger und Chefredakteur der Passauer Neuen Presse, Hans Kapfinger, bestätigten die Mitwisserschaft von Strauß. Im übrigen waren alle

Gespräche zwischen Schäffer und Müller unter unserer Kontrolle, denn der General kooperierte in dieser Sache aus politischer Überzeugung mit meinem Dienst."

Wenn alle Gespräche unter seiner Kontrolle waren, dann auch das Gespräch, in dem Müller den Besucher über den geplanten Putsch der NVA gegen Ulbricht und die DDR-Regierung berichtete und über das Lapp in seinen Büchern und im Film informiert. Und dann hat davon auch Markus Wolf gewusst. Dann hat er aber nicht nur davon gewusst, sondern dann war er an der Verschwörung beteiligt! So ganz ungewöhnlich wäre das übrigens nicht: Schließlich sollte der Staatsstreich ja „auf sowjetische Anregung" erfolgen, und das hieß ja wohl, auf Anregung auch des sowjetischen Geheimdienstes, dem ja auch Markus Wolf unterstand. Und das hieße letztlich auch nur, dass Markus Wolf schon 1955/56 die Generalprobe für seine Rolle 1989/90 absolviert hätte. Nachdenklich muss auf jeden Fall stimmen, dass Markus Wolf, obwohl er Lapps Bericht im Buch und im Film über die Erklärung Müllers gegenüber Schäffer vom bevorstehenden Streich gegen Ulbricht und die DDR-Regierung kannte, im Film nicht die Gelegenheit wahrnahm, seine im Buche so entschieden vorgetragene Zurückweisung dieses Berichtes als eine „unsinnige, abenteuerliche Version" zu wiederholen.

Aber sowohl in seinem Buche als auch im Film wirft Wolf Walter Ulbricht vor, der habe die vereinbarte Vertraulichkeit der Gespräche gebrochen; er schreibt (S. 171): „Nun aber – (immerhin erst im Oktober 1958) – brach Ulbricht um eines schnellen Propagandaerfolges willen die Zusage strikter Vertraulichkeit, die ich dem Vizekanzler hatte geben lassen. Ulbricht erklärte, in seinem Plan (der deutsch-deutschen Konföderation) habe er doch nur die Vorschläge eines Bonner Regierungsmitgliedes aufgegriffen."

Ja, das war nun einmal die Art Walter Ulbrichts, die Leute, die ihm und der DDR eine Grube gegraben hatten, am Ende selbst in eben diese Grube purzeln zu lassen!

Und im übrigen: Wohl aus leicht zu erratenden Gründen hatte Markus Wolf Walter Ulbricht, um dessen Sturz es bei den Gesprächen gegangen war, offenbar nichts davon berichtet, dass er, Wolf, dem Schäffer strikte Vertraulichkeit über die mit ihm geführten Gespräche zugesagt hatte. Wolfs Vorwurf an die Adresse Ulbrichts bestätigt in seiner Haltlosigkeit nur noch einmal, wie sehr ihm der zuwider war.

Nach dieser Übersicht über die aktuellen Informationen zu den Geheimgesprächen des BRD-Vizekanzlers Schäffer mit dem stellvertretenden Verteidigungsminister der DDR in den Jahren 1955/56 lasse ich nun meine Aufzeichnungen aus dem Jahre 1958 zu dem gleichen Gegenstand folgen:

Nun zu einigen Ereignissen der letzten Jahre, die scheinbar mit Chrustschow gar nichts zu tun haben, die jedoch auch ins Register seiner Niederlagen gehören. Es

handelt sich dabei um die streng geheim gehaltene Mission des damaligen Finanzministers, jetzigen Justizministers der BRD, Fritz Schäffer, in die Hauptstadt der DDR in den Jahren 1955 und 1956, deren Bekanntgabe durch Walter Ulbricht in Bonn große Verwirrung auslöste. Also:

Zu den „Ostkontakten" des Bundesministers Fritz Schäffer:

Es begann alles scheinbar ganz harmlos:

18. Oktober 1958: Auf einer Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zum Thema: „Für Friedensvertrag, Konföderation und atomwaffenfreie Zone!" lässt Walter Ulbricht wie nebenbei die Bemerkung fallen, der Vorschlag, zur friedlichen Wiedervereinigung über eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu kommen, stamme ursprünglich von einem CDU-Minister der Bonner Regierung, der ihn in vertraulichen Gesprächen im Oktober 1956 und im Juli 1957 mit Vertretern der DDR gemacht habe.

Am 22. Oktober 1958 druckt die „Frankfurter Rundschau" ein verlegenes Dementi ab: „Wie dpa meldet, stellte ein Regierungssprecher am Dienstag fest, der Bundesregierung sei `nicht bekannt, dass irgendein Bundesminister mit einem Vertreter der Pankower Regierung gesprochen hat`" Dieses Dementi hielt jedoch nicht lange vor, denn Walter Ulbricht stieß am 10. November nach: Auf einem Jugendforum in Leipzig wiederholte er, der Vorschlag der Konföderation sei in Gesprächen mit Regierungsvertretern der DDR von einem Minister der Bonner Regierung erörtert worden. Abschließend meinte Walter Ulbricht, er hoffe, der an den Gesprächen beteiligte Bonner Minister werde sich zu den Tatsachen äußern, sonst müssten es die Vertreter der DDR tun. Das wirkte. Schäffer blieb nichts anderes übrig, als wenigstens ein halb wahres, halb verschleiertes Teilgeständnis abzulegen. Er gab am 12. November zu, in „Ostberlin" gewesen zu sein und dort ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Puschkin, geführt zu haben, über das auch Bundeskanzler Adenauer informiert gewesen sei. Am 14. November 1958 half sein DDR-Gesprächspartner, Vincenz Müller, stellvertretender Verteidigungsminister der DDR, Schäffers Gedächtnis nach mit einem Interview, das an diesem Tage in der „Berliner Zeitung" erschien und am 15. November im „Neuen Deutschland" nachgedruckt wurde. Folgende Passagen aus diesem Nachdruck sind besonders bemerkenswert:

„Berlin (ND). Das Aufsehen, das in der westdeutschen Öffentlichkeit das am Mittwoch von Bundesjustizminister Schäffer abgegebene Teilgeständnis ausgelöst hat, wurde am Freitag durch ein Interview der `Berliner Zeitung´ mit dem ehemaligen Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung, Abgeordneten der Volkskammer und Mitglied des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Vincenz Müller, weiter gesteigert. Durch das Interview wird eindeutig

festgestellt, dass es sich bei Schäffers Erklärung nur um ein Teilgeständnis handelt. Schäffer hatte zugegeben, im demokratischen Berlin eine Besprechung mit dem damaligen sowjetischen Botschafter geführt zu haben, leugnete aber Verhandlungen, die er mit Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik geführt hatte. Das Interview hat folgenden Wortlaut:

Frage: Was sagen Sie zu der Behauptung der Westpresse, dass keine Verhandlungen von Vertretern der DDR mit Herrn Minister Dr. Schäffer stattgefunden haben?

Antwort: Doch, es sind solche Verhandlungen geführt worden. Herr Dr. Schäffer äußerte den Wunsch, mit einem Vertreter der DDR Beratungen zu führen, um einen Fortschritt in der Wiedervereinigung zu erreichen. Herr Dr. Schäffer meinte, dass die Zeit für eine Wiedervereinigung durch einen Kompromiss im Sinne der Neutralisierung und einer gemäßigten Wiederbewaffnung Deutschlands arbeite.

Frage: Sprach Herr Dr. Schäffer mit Ihnen als Privatperson oder hatten Sie den Eindruck, dass noch andere Herren in Bonn solche Gedanken vertreten?

Antwort: Herr Dr. Schäffer betonte zwar, dass er zunächst persönlich mit Vertretern der DDR die Möglichkeiten zur Herbeiführung eines Kompromisses sondieren wolle. Er erwähnte aber, dass es in Bonn Minister und Parteifreunde gebe, die ebenso denken wie er.

Frage: Wann und wo fanden die Unterredungen statt?

Antwort: Die erste Besprechung fand am 11. Juni 1955 und die zweite am 20. Oktober 1956, beide im demokratischen Berlin, statt. Bei dem zweiten Gespräch waren wir in meiner Wohnung ungefähr drei Stunden zusammen.

Frage: Was war der Inhalt der Verhandlungen?

Antwort: Herr Dr. Schäffer legte seine Gedanken über eine Konföderation im Sinne der Zusammenarbeit der Benelux-Staaten dar. Er schlug vor, eine Art Programm für die Wiedervereinigung vorzubereiten, in dem die Wirtschaftsfragen, die Fragen des Personenverkehrs und die Kulturfragen festgelegt sind. Dafür sollten Termine festgelegt werden, damit ein solches Programm bis Juli 1957, also noch vor den Bundestagswahlen, veröffentlicht werden kann.

Frage: Zwischen wem sollte dieses Programm vereinbart werden?

Antwort: Herr Dr. Schäffer sagte, darüber würde man am besten mit einem Mitglied der Regierung der DDR direkt sprechen. Es wurde vereinbart, weitere Besprechungen über die Wege der Wiedervereinigung zu führen. Dafür habe ich ihm einen beauftragten Vertreter vorgestellt.

Frage: Hat Dr. Schäffer das alles auf eigene Kappe gemacht?

Antwort: Herr Dr. Schäffer sagte mir: Selbstverständlich habe ich den „Alten“ (Adenauer) informiert. Solche Sachen kann ich nur mit dem Kanzler und mit Strauß besprechen. Ich musste den `Alten´ bitten, nur wenige Personen ins Vertrauen zu ziehen.

Frage: Herr Müller, Ihre Informationen bestätigen doch vollkommen die Darstellungen Walter Ulbrichts im Nationalrat, wo er sagte, dass die Anregung zu dem Vorschlag der Bildung einer Konföderation sich aus Verhandlungen mit einem Minister der Bonner Regierung ergab.

Antwort: So war es tatsächlich.“

Nun war es an Schäffer und Adenauer, sich zu einem Geständnis der Wahrheit zu bequemen. Der „Vorwärts“ vom 17. November 1958 berichtete: „Eine aufschlussreiche Erklärung gab der Bonner Minister Schäffer zu seinen Gesprächen in der DDR ab. Er habe jetzt in mehreren Wählerversammlungen in Nordbayern seine Wähler gefragt, ob er anders hätte handeln sollen... Es sei kein einziger gegen ihn aufgestanden.“ Und der Berliner sozialdemokratische „Telegraf“ hatte schon einen Tag vorher berichtet: „Bundeskanzler Adenauer gab gestern zu, dass er schon vor dem Gespräch seines damaligen Finanzministers Schäffer mit Puschkin wusste, dass der seinerzeitige Pankower stellvertretende Verteidigungsminister und heutige General der `Volksarmee`, Vincenz Müller, die Vermittlung für diese Gespräche übernommen hatte.“

Das war allerdings wiederum eine Halbwahrheit, denn danach sei Müller nicht Gesprächspartner, sondern Gesprächsvermittler mit dem sowjetischen Botschafter gewesen. Der vollen Wahrheit musste also weiter zum Durchbruch verholfen werden.

Am 19. November 1958 gab Vincenz Müller ein Fernsehinterview, in dem er nochmals Einzelheiten aus dem Gespräch mit Schäffer vom 20. Oktober 1956 darlegte. Ihm folgte am 22. November 1958 Professor Otto Rühle, wie Vincenz Müller Mitglied des Hauptvorstandes der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NDPD) und Volkskammerabgeordneter, ebenfalls mit einem Fernsehinterview über seine Verhandlungen mit dem Bonner Minister Schäffer am 13. März 1957. Beide Aussagen musste Schäffer wohl oder übel bestätigen.

Bereits am 16. November hatte Walter Ulbricht auf einer Wahlkundgebung in Leipzig seine bisherigen Enthüllungen erweitert durch die Erklärung, auch andere führende Leute aus dem Bonner Staatsapparat hätten mit DDR-Vertretern gesprochen, wie z.B. Ernst Lemmer (Minister für gesamtdeutsche Fragen) mit dem verstorbenen stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke.

In unseren Darstellungen erscheint Schäffer als ein Mann, der endlich etwas für die friedliche Wiedervereinigung tun wollte und sich deshalb nach Berlin-Ost begab, um

mit „Pankow“ zu verhandeln. Diese Version ist für den politischen Zweck, den sie verfolgt, die Adenauer-Politik noch mehr in die Enge zu treiben, hervorragend geeignet. Aber die Wirklichkeit sieht natürlich etwas anders aus, und darüber sind sich wahrscheinlich nicht nur die „Eingeweihten“ klar. Aktionen, die mit Wissen und Billigung von Adenauer gestartet werden, sind von jedem Verdacht frei, ehrenwürdigen Zielen gedient zu haben. Worum ging es also? Um das zu ergründen, muss man sich die Daten rund um die Zeitpunkte der Fühlungnahme etwas näher ansehen.

11. Juni 1955: Erster Kontakt Schäffer-Vincenz Müller.

Einiges zur Kennzeichnung des politischen Umfelds dieses Datums:

15. Mai 1955: Abschluss des Österreichischen Staatsvertrages – vielfach gedeutet als Vorbild und Modellfall für die „deutsche Einigung“.

26. Mai 1955: Ankunft der sowjetischen Delegation in Belgrad. Chrustschows Totalrehabilitierung Titos.

2. Juni 1955: Sowjetisch-jugoslawische Deklaration, sowjetische Legitimierung des jugoslawischen „Nationalkommunismus“ im Alleingang, ohne vorherige Konsultierung mit den Bruderparteien.

Der erste Besuch Schäffers erfolgte als just in der Zeit, da Chrustschow das „Trojanische Pferd des Imperialismus“, den „Kundschafter des Imperialismus“ – dies Chrustschows eigenen Bezeichnungen für Titos Jugoslawien! -, in die „Festung“, in die kommunistische Weltbewegung, wieder hineinholt, also in der Zeit, da die Tito-Revisionisten die Gelegenheit zugespielt bekommen, - diesmal im Bunde mit den Führern der KPdSU! – zum zweiten Male Anlauf zu nehmen für Aktivitäten, die die Beseitigung so genannter „stalinistischer“ Parteiführer, insbesondere in den sozialistischen Ländern, zum Ziele haben; Aktivitäten, deren Höhepunkt und erste Niederlage der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn war.

20. Oktober 1956: Zweiter Kontakt Schäffer-Vincenz Müller.

Schäffer trifft sowohl mit Vincenz Müller als auch mit dem Botschafter der UdSSR, Puschkin, zusammen, mit vorheriger Billigung Adenauers und nachfolgender Information an den USA-Außenminister J.F.Dulles, der diesen Schritt ebenfalls völlig in Ordnung findet. Was geschah sonst noch im politischen Umfeld dieses Datums?

Das Wichtigste geschah in Ungarn und Polen: In beiden Ländern wurde der revisionistische Umschwung schrittweise vorbereitet.

6. Oktober 1956: Staatsbegräbnis für den 1949 wegen Hochverrats zum Tode verurteilten und hingerichteten Laszlo Rajk in Ungarn. Aus diesem Anlass Massendemonstrationen mit konterrevolutionärem Einschlag.

10. Oktober: In Polen wird Hilary Minc zum Rücktritt als Mitglied des Politbüros der polnischen Partei „aus Gesundheitsrücksichten“ gezwungen. Dazu schreibt das Magazin „New Statesman and Nation“ in seiner Nummer vom 13. Oktober 1956: „Der Rücktritt von Hilary Minc soll Gomulka den Weg freimachen ins Politbüro. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass im Prozess gegen Rajk vor dem Budapester Gericht der Angeklagte Brankow - vor seiner Verhaftung Geschäftsträger der jugoslawischen Gesandtschaft in Budapest - zu Gomulka aussagte: „Ich erinnere mich, dass damals, als sich in Polen der Fall Gomulka ereignete (1948, K.G.), große Hoffnungen (in Belgrad, K.G.) gehegt wurden, dass Gomulka die Gedankengänge Titos in Polen verwirklichen werde.“

11. Oktober 1956: Delegation der ungarischen Partei unter Führung Gerös in Jugoslawien. Zu den dort geführten Verhandlungen sagte Tito in seiner berüchtigten Rede in Pula: „Wir wollen Beziehungen zur Ungarischen Partei der Werktätigen, denn wir hoffen, dass wir so, indem wir die ungarische Partei nicht isolieren, leichter auf deren richtige innere Entwicklung einwirken können.“ (Nämlich: Imre Nagy wieder an die Spitze zu bringen. K.G.)

13. Oktober 1956: Imre Nagy wird wieder in die Partei aufgenommen!

20. Oktober 1956: Imre Nagy erhält einen Lehrstuhl für Landwirtschaftswissenschaft an der Budapester Universität.

24. Oktober 1956: Imre Nagy zum Ministerpräsidenten ernannt! (Rajks Nachfolge scheint gesichert.) Zur Vorgeschichte: Chrustschow und Tito trafen sich Ende September – Anfang Oktober auf der Krim. Dort wurde – so Tito in seiner Pula-Rede – über die Notwendigkeit der Absetzung Gerös gesprochen. Keinen Monat später ist er abgesetzt!

19.-20. Oktober 1956: 8. Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Hauptreferent: der noch funktionslose Gomulka! In seiner Rede hinterhältige Angriffe gegen „die kleinen Stalins“ in den kommunistischen Parteien. Wie in „Statesman and Nation“ vorhergesehen, wird Gomulka zum Ersten Sekretär gewählt. Auf wen – unter anderen oder gar in erster Linie – die Attacken gegen „die kleinen Stalins“ zielten, das präzisierten in jenen Tagen jene Polen, die DDR-Gäste in der Polnischen Botschaft in Berlin unverblümt fragten, wann denn sie ihren „kleinen Stalin“ – und sie gaben zu verstehen, dass damit kein anderer als Walter Ulbricht gemeint war – auch davonjagen würden? Noch viel deutlicher als Gomulka wurde einen Monat später, am 11. November 1956, Tito in seiner Rede in Pula, als er ausführte, es sei „absolut notwendig, gewisse Leute zu ermahnen, ... die in den Ostländern, aber auch in einigen westlichen Ländern an der Spitze der kommunistischen Parteien stehen... Jene eingefleischten stalinistischen Elemente, ... denen es in den verschiedenen Parteien gelun-

gen ist, sich noch auf ihren Positionen zu halten... In einzelnen Ländern und Parteien Osteuropas sprechen manche führenden Leute davon, dass sich bei ihnen so etwas (wie in Ungarn, K.G.) nicht ereignen werde... Das Gleiche hat auch Gerö gesagt, das hat auch Rakosi gesagt, und was hat es ihnen genützt? Es nützt ihnen gar nichts... Es geht jetzt wirklich darum, ob in den kommunistischen Parteien der neue Geist siegen wird, der in Jugoslawien seinen Ausgang genommen hat...“

Der eigentliche Wegbereiter Gomulkas war Chrustschow. Ohne die Ernennung Titos zum „teuren Genossen“, ohne die Rehabilitierungskampagne für alle Verräter von Rajk bis Nagy, ohne die Verleumdungskampagne gegen Stalin, ohne den plötzlichen Tod Bieruts – ohne all dies säße Gomulka, sehr zum Wohle des Sozialismus und des polnischen Volkes, noch heute im Gefängnis, wohin er hoffentlich recht bald wieder kommt.

Und in der DDR und der SED? Dazu führt Erich Honecker auf dem 35. ZK-Plenum der SED im Februar 1958 aus:

„Im Oktober 1956 kam es im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 29. Plenums ... zu scharfen Auseinandersetzungen mit Genossen Schirdewan... Genosse Schirdewan spitzte die Auseinandersetzung noch dadurch zu, dass er die Politik der Partei, wie sie unter Führung des Zentralkomitees und seines Ersten Sekretärs durchgeführt wird, in verleumderischer Art und Weise herabsetzte... Anstatt die überwiegende Mehrheit des Politbüros zu unterstützen und seine Haltung zu überprüfen, hielt er es für erforderlich, Angriffe gegen Genossen Ulbricht zu richten, weil dieser im Einvernehmen mit dem Politbüro die Versuche, die Parteilinie zu ändern, verhindert... Für ihn spielte offenbar keine Rolle, dass zur damaligen Zeit der Gegner auf der gleichen Linie vorstieß.“

Und wo suchte und fand Schirdewan nach seiner eigenen Schilderung Rückhalt gegen Ulbricht, dem er in einer sachlichen politischen Auseinandersetzung in keiner Weise gewachsen war? Bei dem gleichen sowjetischen Botschafter Puschkin, der etwa um die gleiche Zeit auch für das Anliegen des BRD-Ministers Schäffer offene Ohren hatte!

Schließlich darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass den Imperialisten durch Tito, z.B. in seiner Pula-Rede, Hoffnungen gemacht wurden, man könne bei den Bestrebungen, die „Stalinisten“ abzusägen, auf Hilfe auch seitens sowjetischer Politiker rechnen: „Wir haben gesehen, dass ... es aber noch immer Möglichkeiten gibt, dass in der Führung der Sowjetunion in einer inneren Evolution die Elemente siegen, die für eine kraftvollere und schnellere Entwicklung in Richtung auf eine Demokratisierung, für eine Aufgabe aller Stalinschen Methoden ... sind.“ Tito lässt in dieser Rede durchbli-

cken, seine Bemühungen, die sowjetischen Führer für die Absetzung Rakosis zu gewinnen, seien nicht erfolglos gewesen.

Die Situation, in der Schäffer seine zweite Unterredung mit Vincenz Müller hat und den sowjetischen Botschafter in der DDR – nicht etwa den sowjetischen Botschafter in Bonn! – aufsucht, ist also u.a. dadurch gekennzeichnet:

1. Eine wüste Hetzkampagne gegen Ulbricht seitens der imperialistischen Propagandaapparate.

2. Ergänzung dieser Kampagne durch bestimmte Persönlichkeiten an der Spitze einiger kommunistischer Parteien.

3. Unterstützung dieser Kampagne durch Mitglieder der obersten Führung der SED.

4. Durch Tito erzeugte Hoffnung bei den Imperialisten, sogar durch Politiker der Sowjetunion Unterstützung zu finden bei den Versuchen, Walter Ulbricht von der Führung zu verdrängen.

Wenn in einer derartigen Situation Schäffer Geheimverhandlungen führt, die von Adenauer im Voraus, von ihm und Dulles nachträglich gebilligt werden, dann darf man sicher sein, dass sie nicht der Erkundung von Wegen zur demokratischen Wiedervereinigung, sondern von Wegen zur „inneren Evolution“ in der DDR galten, deren Beginn die Beseitigung des ihnen so verhassten Walter Ulbricht von der Staats- und Parteispitze sein sollte.

Nimmt man all diese Ereignisse zusammen, dann steht außer Zweifel, dass die geheime Mission Schäffers darin bestand, zu erkunden, welche objektiven und subjektiven Möglichkeiten in der DDR bestanden, Walter Ulbricht den Weg Gerös und Rakosis gehen zu lassen, ob es Leute in der Regierung und in der Partei gab, die fähig und bereit waren, das zu bewerkstelligen, und vor allem: ob sich die Sowjetunion solch einem Vorgang gegenüber genauso förderlich verhalten würde wie in Polen und Ungarn.

Noch nicht klar ist, welche Rolle Vincenz Müller und der Botschafter Puschkin spielten. Hat Puschkin den Besuch Schäffers sofort dem Genossen Walter Ulbricht mitgeteilt oder nur seiner eigenen Führung, also Chrustschow, der sich schon seit 1953 erfolglos bemühte, Ulbricht das Genick zu brechen? Hat Vincenz Müller die Sache konspirativ im Alleingang gemacht oder mit Wissen und Billigung oder gar im Auftrag der zuständigen Stellen? Kann man aus der Tatsache, dass Puschkin als Botschafter von Perwuchin abgelöst wurde, die Schlussfolgerung ziehen, dass er für unsere Führung und Partei zu einer unerwünschten Person geworden war? Kann man aus der Tatsache, dass Vincenz Müller als stellvertretender Verteidigungsminister abgelöst wurde, die Schlussfolgerung ziehen, dass er die Verhandlungen hinter dem Rücken

der zuständigen Stellen geführt hat und somit in ein Komplott gegen Walter Ulbricht verwickelt war?

Für beides spricht einiges.

Erstens kann man davon ausgehen, dass Chrustschow großen Wert darauf legt, besonders in wichtige Schlüsselpositionen – und dazu gehört sicherlich der Botschafter in der DDR – ihm ergebene Vertrauensleute zu setzen. Denn das Hauptziel seiner Deutschlandpolitik deckte sich mit dem von Dulles: Entfernung der echten Revolutionäre von der Spitze der Partei und der Regierung als erste Etappe der Umwandlung der DDR in einen revisionistischen Staat nach dem Beispiel Ungarns und Polens. Deshalb ist sein Hauptgegner in der DDR Walter Ulbricht.

Zweitens kann man annehmen, dass sich Schäffer mit einer so heiklen und vertraulichen Mission nur an solche Leute wendet, von denen ihm durch seine Nachrichtendienste bescheinigt wurde, sie seien dafür geeignet.

Drittens spricht dafür auch die zeitliche Nähe der auf den Sturz Ulbrichts abzielenden Aktivitäten Schirdewans.

Dies zusammengenommen lässt den Schluss zu, dass wir es hier mit Aktionen zu tun haben, die von Chrustschow über Gomulka und Schirdewan bis zu Schäffer und von da zu Adenauer und Dulles reichen. Zu ihnen gehört auch noch der dritte Kontakt:

13. Juli 1957: Treffen Schäffer-Otto Rühle. Dieses Treffen fand nicht in der DDR, sondern im Bonner Finanzministerium statt. In seinem Fernsehinterview berichtete Rühle, er sei als Beauftragter der DDR zu Schäffer nach Bonn gefahren. In seinem Gespräch mit Schäffer sei u.a. Einstimmigkeit über eine friedliche Lösung des Deutschlandproblems erzielt worden; Schäffer habe es vermieden, die Möglichkeit einer Konföderation wieder zur Sprache zu bringen; er habe für einen Vertrag zwischen beiden deutschen Staaten plädiert, in dem Maßnahmen zur Vorbereitung der Wiedervereinigung und der Termin für allgemeine Wahlen festgelegt werden sollten. Abschließend habe Schäffer seine Absicht geäußert, nach weiteren Gesprächen mit Rühle das Gespräch mit Ministerpräsident Otto Grotewohl oder anderen Regierungsmitgliedern in Berlin weiterzuführen. Dazu ist es dann nicht mehr gekommen.

Warum? Offensichtlich, weil sich die westliche Seite von ihrer Fortführung keinen Erfolg mehr versprechen konnte, d.h. weil sie einsehen musste, dass Ulbricht nicht zu stürzen ist. Was geschah nämlich im politischen Umfeld dieses dritten Kontakts?

22. – 29. Juni 1957: Das berüchtigte Juni-Plenum des ZK der KPdSU mit dem Sieg Chrustschows über die Verteidiger des Leninismus Molotow, Kaganowitsch und andere, die zur „parteifeindlichen Gruppe“ erklärt wurden. Darüber große Genugtuung in der Westpresse! Am 5. Juli 1957 schreibt die Welt: „Der Sieg Chrustschows

beeindruckt Ost und West. Und Ulbricht?“ Das Juni-Plenum wird also als Signal aufgefasst für den bevorstehenden Sturz des „Stalinisten“ Ulbricht in Deutschland! Und das, wie wir sahen, ja nicht grundlos! Schließlich gab es im ZK der SED einige Leute, die seit langem darauf bedacht waren, jede Chance für einen Angriff auf Ulbricht wahrzunehmen. Und zweifellos lag es nahe, Ulbricht mit Molotow in eine Reihe zu stellen und die Forderung nach seiner Absetzung mit dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU zu begründen. Nicht ohne triftigen Grund hat unsere Parteiführung schneller als alle anderen und demonstrativ eine vorbehaltslose Zustimmung zum KPdSU-Plenum erklärt... Sie durfte niemand die Zeit lassen, ihr zuvorzukommen.

Gleich nach dem Juni-Plenum reisten Chrustschow und Bulganin in die CSSR und kündigten ihren baldigen Besuch in der DDR an. Der fand dann vom 7. – 14. August 1957 statt. Diesmal ließ sich Chrustschow aber nicht von Bulganin, sondern von seinem Intimus Mikojan begleiten. Das war geeignet, die Hoffnung der Imperialisten auf die Ergebnisse dieses Besuches noch höher zu schrauben. Sie sahen in Chrustschow einen Wundermann, der selbst das Unmögliche möglich machen kann. Hatte er nicht Stalin entthront? Hatte er nicht Molotow, Malenko und Kaganowitsch aus dem Sattel geworfen? Hatte er nicht fertig gebracht, Tito selbst nach Ungarn und Titos Pula-Rede wieder erneut in die Reihen der „Genossen“ einzuschleusen und sogar die Albaner dazu zu kriegen, mit Tito ein „Versöhnungstreffen“ durchzuführen? Und da sollte er es nicht fertig bringen, mit Unterstützung seiner Freunde im ZK der SED den Ulbricht zu stürzen?

Die Situation nach dem Juni-Plenum der KPdSU legt deshalb die Annahme nahe, dass das Schäffer-Ruühle-Gespräch vom 13. Juli 1957 - nicht allein, aber auch - der Vorbereitung jener Maßnahmen dienen sollte, die zum Sturz Ulbrichts und darauffolgend zur „Annäherung“ der beiden Staaten, also der mehr oder weniger verhüllten Kapitulation der DDR gegenüber der BRD zu führen bestimmt waren.

Der Besuch Chrustschows nahm aber einen ganz anderen Verlauf als erwartet. Statt die Position Ulbrichts zu erschüttern und zu untergraben, musste Chrustschow im Gegenteil dazu beitragen, diese Position zu festigen und unerschütterlich zu machen. Urteilt man nicht nach der Person des Redners, sondern nach dem Inhalt der Reden, dann war der entscheidende Mann der sowjetischen Delegation weder Chrustschow noch Mikojan, sondern der still im Hintergrund wirkende Gromyko. Sie enthielten nämlich nichts von dem, worauf man im Westen gehofft und worauf man sich dort bei Chrustschow eigentlich immer verlassen konnte – keine Attacken gegen die „Stalinisten“, keine Ermunterung der Gegner Ulbrichts, statt dessen demonstrative Unterstützung. Das war der Grund dafür, weshalb dieser dritte Ostkontakt Schäffers keine Fortsetzung mehr fand. Und das ist auch der Grund dafür, weshalb das Scheitern dieser Ost-Missionen auch in das Register der Niederlagen Chrustschows gehört

Nach meinen Beobachtungen lassen sich seit dem Machtantritt Chrustschows wenigstens fünf Versuche feststellen, Walter Ulbricht zu stürzen:

Erster Versuch: im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953. Beteiligt – wenn nicht in direkter Koordinierung, so doch in indirektem Zusammenwirken: Herrnstadt-Zaisser-Chrustschow, Adenauer-Dulles.

Zweiter Versuch: im Zusammenhang mit Chrustschows Tito-Rehabiliterung und dem ersten Ostkontakt Schäffers am 11. Juni 1955. Beteiligte: Schäffer-Puschkin-Chrustschow, Adenauer-Dulles.

Dritter Versuch: Oktober-November 1956 in Auswirkung des XX. Parteitages der KPdSU und im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in Polen und Ungarn und dem zweiten Ostkontakt Schäffers. Beteiligt: Schirdewan-Puschkin-Chrustschow, Schäffer-Adenauer-Dulles.

Vierter Versuch: in der Folge des Juni-Plenums 1957 des ZK der KPdSU und im Zusammenhang mit dem dritten Ostkontakt Schäffers. Beteiligt: Schäffer-Adenauer-Dulles, Chrustschow.

Fünfter Versuch: im Zusammenhang mit dem 35. Plenum des ZK der SED im Januar-Februar 1958. Beteiligt: Schirdewan-Wollweber-Chrustschow.

Walter Ulbricht hat es mit immer wieder von neuem überraschender Meisterschaft verstanden, die Minen, die seine Gegner gegen ihn gelegt haben, unter deren eigenem Hintern hochgehen zu lassen.

Ulbricht ist der deutsche Politiker des 20. Jahrhunderts, der vor die schwierigste aller Aufgaben gestellt ist und sie gemeistert hat: sich und seine Sache zu behaupten nicht nur gegen die Angriffe eines vielfach übermächtigen Gegners - des deutschen Imperialismus -, sondern auch noch gegen die heimtückischen Dolchstöße in den Rücken aus den Reihen des eigenen Hauptverbündeten!

Dafür ist ihm ein Ehrenplatz im Buche der Geschichte der sozialistischen Revolution sicher!

Quelle: offen-siv Januar-Februar 2004

Einige Daten zur Rolle Tito-Jugoslawiens zwischen West und Ost – eine Dokumentation

Vorbemerkung

Es dürfte schwer sein, ein zweites Beispiel zu finden, an dem sich die Dialektik im Geschichtsablauf so augenfällig demonstrieren lässt, wie im Verhältnis der beiden feindlichen Nachbarn Jugoslawien und Albanien zur NATO.

Vor dem – zeitweiligen – Sieg der Konterrevolution in Europa war das revisionistische Jugoslawien Titos ein ausgesprochener NATO-Günstling, das orthodox marxistisch-leninistische Hoxha-Albanien dagegen wurde von der NATO zu Recht als Erzfeind eingestuft. Nach dem Sieg der Konterrevolution – den Tito-Jugoslawien kräftig mit vorbereiten half – wurde das konterrevolutionär gewendete Albanien zum NATO-Liebling auf dem Balkan, das nunmehr zur „Aufweichung" des „Sowjet-Blocks" nicht mehr benötigte, um seinen Bestand und seine Unabhängigkeit kämpfende Jugoslawien dagegen wurde zum Hindernis für die Durchsetzung sowohl der bundesdeutschen als auch US-amerikanischen Expansionsgelüste in Richtung Osten und damit zum NATO-Zielobjekt, das durch Zerstückelung zu entmachten und als Hindernis aus dem Wege zu räumen war.

Die nachfolgende Dokumentation hat es nur mit dem revisionistischen Tito-Jugoslawien zu tun.

Am 1. März 1953 wurde der so genannte Balkan-Pakt ratifiziert, mit dem Jugoslawien mit den beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei sich zur Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Technik, Kultur und Verteidigung verpflichtete. Durch diesen Vertrag wurde Jugoslawien Teilnehmer des gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder gerichteten imperialistischen Paktsystems und erhielt Waffenlieferungen aus den USA (1).

In der zweiten Hälfte des März 1953 unternahmen Tito und sein Außenminister Popovic einen Staatsbesuch in Großbritannien. Im offiziellen Kommuniqué über diesen Besuch wird gesagt: „Der Besuch Präsident Titos in London … hat aufs neue geholfen, enges Verständnis zwischen beiden Regierungen zu entwickeln und die in zwei Kriegen geschmiedete Freundschaft zwischen beiden Lagern zu bestärken... Im Verlauf einer Reihe von Besprechungen, geführt in einer offenen und herzlichen Atmosphäre, fand eine weitreichende Prüfung der Weltlage statt, welche die Übereinstimmungen der Ansichten ergab. Die Regierung ihrer Majestät begrüßte die Entwicklung engerer Beziehungen zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei als wertvollen Beitrag zur Stärkung des Friedens... Die beiden Regierungen erklärten ihr gemeinsames Interesse am Widerstand gegen die Aggression und der Erhaltung nati-

onaler Unabhängigkeit. Sie beschlossen, eng miteinander und mit anderen freiheitsliebenden Nationen zur Verteidigung des Friedens zusammenzuarbeiten.“ (2)

In einer Pressemeldung der „Herald Tribune“ hieß es zu diesem Besuch, „Marschall Tito habe eine formelle britische Verpflichtung zur Garantie Jugoslawiens gegen eine Aggression oder zumindest den Abschluss eines Freundschaftspaktes gewünscht. Er habe aber Verständnis dafür gehabt, dass Churchill den Abschluss jeden formellen Abkommens vertagen wollte… Es sei anzunehmen, dass formelle Abkommen soweit vorbereitet wurden, dass ihr Abschluss unmittelbar nach der Lösung der Triester Frage möglich wäre.“ (3)

Pressemeldungen zufolge gab der jugoslawische Außenminister Popovic folgende Erläuterungen: „…2. Großbritannien ist zu der Überzeugung gelangt, dass der jugoslawische Anteil an der Verteidigung Südosteuropas auch ohne Mitgliedschaft in der NATO sichergestellt ist. 3. Die britische inoffizielle Garantie der Sicherheit Jugoslawiens ist ausreichend, so dass vorerst keine Notwendigkeit zum Abschluss eines förmlichen Paktes besteht.“ (4)

Am 21. Mai 1953 befasste sich Tito mit den Beziehungen zur Sowjetunion und sagte nach Pressemeldungen dabei u.a.: „Wie auch immer sich unsere Beziehungen mit der Sowjetunion gestalten sollten, so werden wir unsere Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten, Groß-britannien und Frankreich nicht ändern;… Die Beziehungen zwischen uns und der Sowjetunion sowie den Ländern, die unter ihrem Einfluss stehen, haben sich nicht gebessert, soweit ich davon weiß. Die Tatsache, dass die Sowjetunion ihre Propaganda verringert, genügt nicht, dass Jugoslawien seine Haltung von heute auf morgen ändert und sich in die Arme jener stürzt, die sein Vertrauen nicht besitzen. Dieses Vertrauen muss durch Handlungen erworben werden und hängt von der Politik ab, welche die Sowjetunion uns gegenüber führen wird. Wir wollen und tun alles, was in unserer Macht steht, um unsere Beziehungen mit der Sowjetunion und unseren Nachbarn zu verbessern, weil wir wissen, dass dies einen Beitrag zum Frieden in diesem Teil der Welt bilden kann.“ (5)

Diese Erklärung ist ein Hinweis darauf, dass erste Fäden zur Änderung der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen schon gesponnen sind und zugleich eine Versicherung an die Westmächte, dass eine solche Änderung für sie keinerlei Grund zur Beunruhigung über die wirkliche Position Jugoslawiens abgibt.

Kurz danach, am 6. Juni, erfolgte seitens der Sowjetunion der Vorschlag an Jugoslawien, Botschafter auszutauschen, dem die jugoslawische Seite am 16. Juni zustimmte, indem sie dem zum neuen Sowjetbotschafter ernannten W.A. Walkow das Agreement erteilte (6). Zwei Tage vorher, am 14. Juni, hatte Tito aber erneut den Westmächten versichert, dass seitens Jugoslawiens keine außenpolitische Kursänderung erfolgen

werde – laut Pressemeldung führte er aus: „Jugoslawien werde bei der Aufnahme normaler Beziehungen zur Sowjetunion auf der Hut sein; es glaube nicht an Worte, sondern nur an Taten. Eine Änderung der Politik gegenüber dem Westen werde nicht erfolgen, da sich Jugoslawien nicht mit dem Wind drehe.“ (7)

In merkwürdigem Kontrast zu diesem Vorgang der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien steht die Tatsache, dass auf dem Juli-Plenum der KPdSU (3.-7. Juli 1953), das als Abrechnung mit Berija (jedoch in dessen Abwesenheit) durchgeführt wurde, unter den „Verbrechen“, die ihm angelastet und für die er in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt wurde, eine nicht geringe Rolle auch die Beschuldigung spielte, er, Berija, habe die Beziehungen zu Jugoslawien normalisieren wollen... In seiner Anklagerede gegen Berija führte G.M. Malenkow unter anderem aus: „In der vergangenen Woche, kurz vor dem Tag, an dem wir im Präsidium des ZK beschlossen hatten, den Fall Berija zu erörtern, kam er zu mir und unterbreitete den Vorschlag, über das MWD (Innenministerium, K.G.) Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien einzuleiten. Ich erklärte ihm, dass diese Frage im ZK erörtert werden müsse.“ (8)

Merkwürdig und auf jeden Fall unrichtig ist hier die Angabe des Datums: Bereits am 6. Juni erfolgte der Vorschlag der SU an Jugoslawien zum Botschafteraustausch! Und bereits am 16. Juni ist der neue Sowjetbotschafter akkreditiert! Malenkow aber behauptet am 3. Juli, Berija habe den Vorschlag zur Normalisierung der Beziehungen „in der vergangenen Woche“ – also frühestens am Montag, den 22. Juni! – gemacht, also rund drei Wochen, nachdem die Sowjetregierung Jugoslawien den Botschafteraustausch vorgeschlagen hatte!

Aber folgen wir weiter dem Text der Malenkow-Anklage: „Unter den bei Berija aufgefundenen Materialien befindet sich folgendes Dokument: ‚Ich nutze die Gelegenheit, um Ihnen, Genosse Rankovic, einen herzlichen Gruß von Genossen Berija, der sich gut an Sie erinnert, zu übermitteln. Genosse Berija beauftragte mich, Ihnen persönlich streng vertraulich mitzuteilen, dass er und seine Freunde eine gründliche Überprüfung und eine Verbesserung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen beiden Staaten als erforderlich betrachten…“ (9)

Es fällt auf, dass weder der Name des Verfassers dieses Schreibens noch dessen Datum genannt wird. Zweifel an der Zuverlässigkeit dieser Ausführungen müssen also nach der vorhin nachgewiesenen Falschaussage erlaubt sein.

Wir überspringen aus Platzmangel das Jahr 1954 und setzen unsere Übersicht mit dem Jahr 1955 fort:

Am 5. Januar 1955 unterzeichneten laut Pressemeldung Jugoslawien und die Sowjetunion ihr erstes Handelsabkommen seit 1949. (10)

11. – 14. Mai 1955: Gründungskonferenz des Warschauer Paktes. (11)

14. Mai 1955: Die sowjetische Telegrafenagentur TASS kündigt für Ende Mai ein Treffen von Vertretern der Sowjetunion und Jugoslawiens auf höchster Ebene an. (12)

15. Mai 1955: Rede Titos in Pula zum bevorstehenden Treffen mit der sowjetischen Führung. Darüber berichtet die Presse: „Tito betonte, dass die Initiative zu dem Besuch von der Sowjetunion ausgegangen sei. Jugoslawien sei dem Westen und besonders den Amerikanern für die Hilfe dankbar, die es bei seinen großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erhalten habe und noch erhalte. Jugoslawien werde aber diese Hilfe mit keinerlei Konzessionen bezahlen. Jugoslawien betrachte diese Hilfe als etwas, was seine Völker sich durch die Bemühungen um den Frieden der Welt verdient hätten. Jugoslawien wünsche, die besten Beziehungen zum Westen zu haben und werde nicht zum anderen Lager übergehen, sondern die gleiche Linie einhalten, da es sich die Hände freihalten und seinen Einfluss bewahren wolle, im Sinne des Friedens zu wirken. Das Regime sei nur seine eigene Sache. Auf Grund dieser Prinzipien hätten die sowjetischen Führer sich entschlossen, nach Belgrad zu kommen, um die anhängigen Fragen zu diskutieren, damit die Normalisierung sich auf einer soliden Basis und ohne Illusionen vollziehe. Tito versicherte, dass er den Westen über seine Unterredungen auf dem Laufenden halten werde und dass sich jene einer Täuschung hingäben, welche an ein Doppelspiel glaubten.“ (13)

Die darauf folgenden Ausführungen Titos (einen Tag nach Gründung des Warschauer Paktes gesprochen) waren eine eindeutige Absage an dieses antiimperialistische Bündnis der sozialistischen Staaten: „Tito unterstrich aufs Neue den Willen seines Landes, keinem Block anzugehören und fügte hinzu, die Block-Politik sei eine Illusion. Die einzige Lösung sei die Zusammenarbeit und aktive internationale Koexistenz ungeachtet der politischen Systeme.“ (14)

Dies war eine klare Absage an eine sozialistische Klassensolidarität auf dem Gebiet der Außenpolitik, von der sich Jugoslawien schon seit vielen Jahren entfernt hatte. Das wurde gerade in diesen Maitagen 1955 deutlich dadurch, dass Tito, dieser Block-Gegner, dem Präsidenten des westdeutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, anlässlich dessen Erkundungsreise durch Jugoslawien versicherte, er wisse den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO voll zu würdigen. Der Bericht, den Gerstenmaier über seine Eindrücke aus dieser Reise gab, ist sehr aufschlussreich und soll deshalb hier nicht fehlen; es folgt hier seine Pressefassung:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Eugen Gerstenmaier, berichtete laut Bulletin im Bayerischen Rundfunk über seine Eindrücke anlässlich des Besuches einer Delegation des Bundestages in Jugoslawien. Er sagte u.a.: ‚Zum ersten Male hat eine deutsche parlamentarische Delegation Jugoslawien besucht. Die Reise kam auf-

grund einer Einladung des jugoslawischen Parlaments an meinen verstorbenen Vorgänger im Amte, Dr. Ehlers, zustande. Noch zu Lebzeiten von Dr. Ehlers hat der Bundestag diese Einladung angenommen, zu der alle Fraktionen entsprechend ihrer Größe Teilnehmer gestellt haben. Die elfköpfige Delegation hat sich mehrere Tage in Belgrad aufgehalten. Sie ist dann in die Hauptstadt Bosniens und der Herzegowina, nach Sarajewo, gefahren, und sie hat schließlich das Wochenende in Dubrovnik, dem alten Ragusa an der Adria, zugebracht. Am Ende der Reise ist sie nach Belgrad zurückgekehrt, um von dem Präsidenten der Volksrepublik Jugoslawien, Marschall Tito, empfangen zu werden.

Es war ein reiner Zufall, dass die Reise in einem Augenblick stattfand, in dem Belgrad durch die überraschende Ankündigung des Besuches hoher und höchster Parteifunktionäre und Staatsrepräsentanten der Sowjetunion in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt ist. Die Delegation hat während ihres Belgrader Aufenthaltes eine höchst unmittelbare auf den Kern der Sache dringende Aussprache mit den leitenden Leuten des jugoslawischen Parlaments und Männern der jugoslawischen Regierung geführt.

Seit dem Bruch mit Russland stand Jugoslawien auf der Seite des Westens. Es hat von der amerikanischen Militär- und auch von der amerikanischen Wirtschaftshilfe Entscheidendes empfangen. Der Kommunismus der Jugoslawen ist dabei zwar nicht über Bord gegangen, was sich insbesondere im Schulleben und vielleicht auch in dem zurückhaltenden Verhältnis zu den Kirchen bemerkbar macht, aber dieser Kommunismus hat sich doch in vielfacher Hinsicht, im Unterschied zu Russland, gewandelt. Immerhin ist Marschall Tito nicht so weit gegangen, dass er mit seinem Land der NATO beigetreten wäre. Ja, er hat sich in dem von ihm mit zäher Energie geförderten Balkanpakt von militärischen Verpflichtungen sorgfältig distanziert.

Sowohl Tito wie sein Außenminister haben mir gegenüber betont, dass sie nicht nur die deutsche Souveränität aufrichtig begrüßen, sondern auch den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO voll zu würdigen wissen. Für ihr eigenes Land hingegen wünschen sie einen solchen Beitritt nicht, da sie noch immer der Theorie einer unabhängigen Selbstbehauptung Jugoslawiens zwischen Ost und West anhängen. Diese Unabhängigkeit soll weder Neutralität noch Neutralisierung bedeuten. Ich glaube, dass nicht nur der Begriff, sondern auch die Sache ernst und entschieden von der jugoslawischen Staatsführung abgelehnt werden. Ebenso entschieden wird der Gedanke eines Ausgleichs zwischen Jugoslawien und Russland auf dem Boden der Rückkehr Jugoslawiens in die Kominform, in den großen kommunistischen Weltverband, abgelehnt. Ich glaube, dass der jugoslawische Staatschef in den nächsten Tagen auf nichts mehr bedacht sein wird als darauf, die Unabhängigkeit Jugoslawiens zu sichern und seine Einbeziehung in den Satellitengürtel, sei es mit List oder mit der Drohung der Gewalt,

zu verhindern. Dass er im übrigen gewillt ist, zu einem für sein Land unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorteilhaften Ausgleich mit Russland zu kommen, das darf ebenso als sicher angenommen werden. Die Lage Russlands wurde mir gegenüber in Belgrad in einer kurzen Formel so beschrieben: ‚Die Russen sind taktisch in der Offensive, sachlich aber in der Defensive.'".(15)

26.5. – 2.6. 1955: Besuch der sowjetischen Regierungsdelegation in Jugoslawien. Chrustschow hält schon auf dem Flugplatz in Belgrad bei der Ankunft am 26. Mai eine Ansprache, die allgemein größte Überraschung auslöste, weil sie alle Schuld für das sowjetisch-jugoslawische Zerwürfnis einseitig der eigenen sowjetischen Seite zuschiebt, trotz aller dem eindeutig widersprechender Fakten, wie z.B. dem Eintritt des Blockgegners Tito in den Balkan-Pakt und damit indirekt in die NATO.

Er sagte: „Teurer Genosse Tito!… Wir bedauern aufrichtig, was geschehen ist...Wir haben das Material, worauf die schweren Beschuldigungen und Beleidigungen beruhen,….sorgfältig geprüft. Die Tatsachen zeigen, dass dieses Material von den Feinden des Volkes, den verachtungswürdigen Agenten des Imperialismus, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen haben, fabriziert worden ist…" (16)

So ganz gründlich kann die Prüfung des Materials allerdings nicht gewesen sein, sonst hätte derselbe Chrustschow nicht drei Jahre später, im Juli 1958, auf dem VII. Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei seiner Totalrehabilitierung Titos an jenem 26. Mai 1955 widersprechen und sie als falsch kennzeichnen müssen, indem er jetzt ausführte: „Die Revisionisten versuchen, die revolutionären Parteien von innen zu zersetzen, die Einheit zu unterminieren und Durcheinander und Verwirrung in die marxistisch-leninistische Ideologie zu tragen. Im Jahre 1948 nahm die Konferenz des Informationsbüros eine Resolution über die Lage in der KP Jugoslawiens an, die eine berechtigte Kritik an der Tätigkeit der KP Jugoslawiens in einer Reihe von Fragen enthielt. Diese Resolution war im wesentlichen richtig und entsprach den Interessen der revolutionären Bewegung." (17)

Zum Abschluss des Versöhnungs-Treffens wurde am 2. Juni 1955 eine gemeinsame Erklärung von Tito und Bulganin unterzeichnet, die einen Passus enthielt, der in Washington, London und Bonn sicherlich mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde, musste seine Befolgung seitens der Sowjetunion doch den westlichen Bemühungen um eine Loslösung der europäischen sozialistischen Staaten von ihrem Bündnis mit der Sowjetunion und von der gemeinsamen ideologischen und politischen Grundlage mit ihr erheblich größere Erfolgschancen einräumen. Dieser Passus stellte einen Bruch mit dem internationalistischen Prinzip dar, nach dem jede kommunistische Partei und jedes sozialistische Land nach Einheit in den Prinzipien und im Handeln mit den anderen Gliedern der Gesamtbewegung strebt. Er lautet

nämlich: „Beide Regierungen gehen von folgenden Prinzipien aus: gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Einmischung weder aus wirtschaftlichen noch auch politischen, ideologischen oder sonstigen Gründen, da die Fragen der inneren Einrichtung, des Unterschiedes in den Gesellschaftssystemen und des Unterschiedes in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder sind.“ (18)

Was bei diesem Treffen festgelegt wurde, war genau das, was zwei Jahre zuvor Berija als todeswürdiges Verbrechen vorgeworfen worden war. Durch ihre Unterschrift machten die Sowjetführer das Hauptprinzip des so genannten „Nationalkommunismus“ zu ihrem eigenen, legitimierten damit diesen „Nationalkommunismus“ als mit den kommunistischen Prinzipien vereinbar.

Auf den Besuch der sowjetischen Delegation folgte bald ein Besuch von Delegationen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu Verhandlungen in Belgrad. Über diese Verhandlungen gab TANJUG, die jugoslawische Telegrafenagentur, am 27. Juni folgendes Kommuniqué heraus: „Vom 21. bis zum 27. Juni haben in Belgrad zwischen dem stellvertretenden Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Jugoslawiens, Prica, und den Botschaftern der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs Verhandlungen über die allgemeine internationale Lage und über Fragen statt gefunden, die von unmittelbarem gegenseitigem Interesse sind. Diese Verhandlungen waren ein weiterer Schritt in der Reihe der Beratungen, die einzeln oder kollektiv zwischen Vertretern der Regierungen der drei Westmächte und der Regierung Jugoslawiens geführt wurden.

Der Meinungsaustausch, der in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und des gemeinsamen Vertrauens stattfand, bestätigte den hohen Grad der Übereinstimmung zwischen den Regierungen der vier Mächte in ihrer Haltung zu den verschiedenen internationalen Fragen, die im Laufe der Verhandlungen erörtert wurden. Diese Verhandlungen erhalten im Hinblick auf die positiven internationalen Ereignisse in der letzten Zeit eine besondere Bedeutung. Die Regierungen der vier Mächte sind übereingekommen, dass die Regelung der ungelösten Probleme mit friedlichen Mitteln und durch Verhandlungen erreicht wird, die auf voller Achtung und Anerkennung des Rechts aller Länder auf Unabhängigkeit, Gleichheit, Selbstverteidigung und kollektive Sicherheit entsprechend der Charta der Organisation der Vereinten Nationen beruhen. Sie werden nach wie vor alles daran setzen, zu einer solchen Lösung der Fragen beizutragen.

Die Regierungen der vier Mächte bringen die feste Überzeugung zum Ausdruck, dass das Bestehen eines starken und unabhängigen Jugoslawiens und die weitere Zusammenarbeit zwischen ihnen unter den Bedingungen völliger Gleichheit zum Frieden und zur Stabilität beitragen werden. Sie sind der Ansicht, dass die fruchtbare Zusam-

menarbeit, die sich im Rahmen des Balkanpaktes auf allen Gebieten entwickelt, ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Sache des Friedens und der Stabilität in diesem Teil der Erde ist.

Sie sind der Ansicht, dass diese Methode des Meinungsaustausches zur Herbeiführung noch größeren gegenseitigen Verständnisses zwischen ihnen und zur weiteren Verbesserung der allgemeinen internationalen Lage und zur Sache des Friedens in der ganzen Welt beitragen kann. Sie sind überzeugt, dass die guten Beziehungen, die sich in den letzten Jahren auf so vielen Gebieten zwischen ihnen entwickelt haben, bestehen bleiben und eine weitere Entwicklung erfahren werden." (19)

Zu den Fragen von „unmittelbarem gegenseitigen Interesse" gehörten mit Sicherheit auch die Möglichkeiten zur Einwirkung auf die sozialistischen Länder Osteuropas in dem Sinne, wie sie beide – sowohl Jugoslawien als auch die Westmächte – es für wünschenswert hielten, im Sinne ihrer Herauslösung aus dem Bündnis mit der Sowjetunion.

Und wenn es nicht mit den Westmächten bei den Juni-Verhandlungen in Belgrad abgesprochen wurde, dann entsprach es doch den Interessen der Westmächte nicht minder als denen Titos, wenn er am 27. Juli in einer Rede in Karlovac forderte „dass auch die Führer in Ungarn und in der Tschechoslowakei ihre gegenüber Jugoslawien begangenen Fehler bekennen, so wie dies die sowjetischen Führer anlässlich des Besuches der sowjetischen Staatsmänner in Jugoslawien getan hätten. Er verlangte hierbei insbesondere eine Revision der seinerzeitigen Prozesse gegen Laszlo Rajk vom September 1949 in Budapest, gegen Trajtscho Kostoff vom Dezember 1949 in Sofia und gegen Rudolf Slansky und Vladimir Clementis in Prag, bei welchem das Titoregime der Mittäterschaft an Hochverratsverbrechen beschuldigt worden war."(20)

Da in der Mitteilung über die Juni-Konferenz mit den Westmächten auch ausdrücklich rühmend der Balkanpakt erwähnt worden war, Jugoslawiens Zugehörigkeit zu diesem Pakt aber schlechterdings nicht zu seiner ständig betonten Blockfreiheit passte, nahm Tito wenige Tage später, am 3. August, auch dazu Stellung. Nach TANJUG führte er aus: „Der Balkanpakt ist zu einer Zeit geschaffen worden, als sich die drei Balkanstaaten bedroht fühlten." (Von wem eigentlich? Von der Sowjetunion? K.G.) „Nun, da keine unmittelbare Gefahr mehr besteht, sollte die Zusammenarbeit zwischen ihnen den Charakter einer friedlichen Gemeinschaftlichkeit in wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Belangen annehmen. Wenn einmal die kollektive Sicherheit erreicht ist, wird der Balkanpakt wie die anderen Pakte auch den militärischen Charakter verlieren. Das Abkommen ist nicht vorübergehender Natur." (21)

Tito-Jugoslawien hielt aber nicht nur am Balkan-Pakt fest, sondern auch am Kauf von Waffen in den USA. Dabei kam es allerdings zu einer bestimmten Meinungsverschie-

denheit mit diesen, da sie eine Kontrolle über die Verwendung der von ihnen gelieferten Waffen verlangten. Zur Beilegung dieser Differenzen und zur Abstimmung ihrer Politik kam eigens der Unterstaatssekretär Robert D. Murphy nach Belgrad. In dem am Ende der fünftägigen Verhandlungen ausgegebenen Kommuniqué (4. Oktober 1959) und in Murphys Ausführungen auf einer Pressekonferenz hieß es: „Robert Murphy erklärte in einer Pressekonferenz, dass zwischen den beiden Staaten eine Kontroverse wegen der Kontrolle der amerikanischen Rüstungslieferungen an Jugoslawien entstanden sei. Jugoslawien habe es abgelehnt, eine solche Kontrolle durch die amerikanische Militärmission zuzulassen, wobei es sich aber im wesentlichen nur um eine missverstandene Interpretation des Wortes ‚Kontrolle' gehandelt habe. Nunmehr sei eine völlig befriedigende Formel gefunden worden, um diesen Streit zu regeln. Die Vereinigten Staaten wollten in keiner Weise den Eindruck erwecken, als ob sie einen beherrschenden Einfluss auf die jugoslawischen Streitkräfte ausüben wollten. Der richtige Ausdruck sei eine ‚bloße Beobachtung' der Waffenlieferungen. Im Hinblick auf einen von Jugoslawien geäußerten Wunsch, eine amerikanische Lizenz für den Bau von Düsenjägern zu erwerben, sagte Murphy, dass die Vereinigten Staaten dies gern tun würden, dass aber die Finanzierung des Projektes eine komplizierte Frage sei, die erst geklärt werden müsse. Murphy erwähnte auch, dass Jugoslawien amerikanische Getreidelieferungen erbeten habe. Jugoslawische Wissenschaftler würden demnächst die USA besuchen, um die industrielle Verwendung von Atomenergie zu studieren." (22)

Der Vorfall zeigte, dass von einer wirklichen Blockfreiheit Jugoslawiens nicht die Rede sein konnte, sondern dass es für seine Teilnahme an einem USA-geführten Bündnissystem und für die Belieferung mit amerikanischen Rüstungsgütern eine USA-Kontrolle über deren Verwendung dulden musste; er zeigt zugleich, mit welchen verbalen Tricks die jugoslawische Führung bestrebt war, den Schein ihrer „Unabhängigkeit" aufrecht zu erhalten: Die Kontrolle wurde einfach in „bloße Beobachtung" umbenannt, und schon war die „Blockfreiheit" wieder belegt!

Nachdem die „missverständliche Interpretation" auf diese Weise beigelegt worden war, konnte der US-Außenminister John Foster Dulles am 6. November Tito auf Brioni besuchen und gewiss sein, dass es dabei keine „Missverständnisse" mehr geben würde. Über diese Begegnung berichtete die Presse: „In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es laut AFP, die beiden Staatsmänner hätten einen Meinungsaustausch über die Weltlage und gemeinsam interessierende Probleme gepflogen. In einer Reihe von Fragen sei eine Einigung erzielt worden, so namentlich in Bezug auf die Notwendigkeit, einer weiteren Verbesserung der internationalen Beziehungen und eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Diese Zusammenkunft habe erneut den Vorteil persönlicher Kontakte für eine bessere Kenntnis der

gegenwärtigen Standpunkte und für die Entwicklung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit im Geiste der Vereinten Nationen bewiesen.

Staatssekretär John Foster Dulles erklärte laut „Herald Tribun“ vor Pressevertretern:

„Marschall Tito beantwortete die Frage der Journalisten, ob dies auch seine persönliche Auffassung sei, zustimmend.“ (23)

Verfasst als Anhang zu einem Diskussionsbeitrag auf der Konferenz „Oktoberrevolution 1917 – Gegenstrategien und deutsche Linke“, veranstaltet vom Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Berlin am 20. und 21. September 1997.

Siehe dazu auch den Beitrag: „Die antisozialistische Doppelstrategie des Imperialismus und der historische Wechsel von der Konfrontationspolitik zur – schließlich erfolgreichen – ‚indirekten Strategie’“ in Band 1.

Anmerkungen:

(1) AdG v. März 1953, S. 3890.
(2) AdG v. 21. März 1953, S. 3919.
(3) Ebenda.
(4) Ebenda.
(5) AdG v. 21. Mai 1953, S. 4005.
(6) AdG v. 16. Juni 1953, S. 4037.
(7) Ebenda.
(8) Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht. Hgg. und aus dem Russischen übersetzt von Viktor Knoll und Lothar Kölm, Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin, S. 33 f.
(9) Ebenda, S. 34.
(10) AdG v. 6. Januar 1955, S. 4945.
(11) AdG v. 14. Mai 1955, S. 5161.
(12) Ebenda.
(13) AdG v. 18. Mai 1955, S. 5175f.
(14) Ebenda, S. 5176.
(15) AdG v. 27. Mai 1955, S. 5183.
(16) AdG v. 3. Juni 1955, S. 5187.
(17) Neues Deutschland v. 5. Juni 1958.
(18) Handbuch der Verträge 1871 - 1964, Berlin 1968, S. 606.
(19) AdG v. 28. Juni 1955, S. 5232.
(20) AdG v. 3. August 1955, S. 5292.

(21) Ebenda.
(22) AdG v. 4. Oktober 1955, S. 5392.
(23) AdG v. 8. November 1955, S. 5455.

Quelle: offen-siv November-Dezember 1999

Ungarn 1956 – Hintergründe und Zusammenhänge (1)

Mit dem Kampf und dem Schicksal Rakosis (2) und seiner Partei werde ich mich im folgenden ausführlich beschäftigen, weil sie exemplarisch sind für die Bedingungen, denen die kommunistische Bewegung insgesamt seit 1953 ausgesetzt war. Rakosi war wohl der von den Revisionisten meistgehaßte und meistverleumdete Parteiführer der Länder der Volksdemokratie, und das mit gutem Grund, scheiterten doch selbst nach dem XX. Parteitag die KPdSU zunächst noch alle ihre Versuche, die Partei und das Land auf die Tito-Linie zu führen, an seinem unbeirrbaren Festhalten an der marxistisch-leninistischen Orientierung der Politik der Partei. Mit besondere Wut erfüllte alle Feinde des Sozialismus der im September 1949 in Budapest durchgeführte Prozeß gegen Laszlo Rajk und andere - der erste der drei großen Prozesse, die in den volksdemokratischen Ländern Ungarn, Bulgarien und Tschechoslowakei gegen führende Partei- und Staatsfunktionäre wegen Hochverrats und Vorbereitung des Sturzes der sozialistischen Ordnung durchgeführt wurden.

Diese Prozesse haben eine Vorgeschichte, in deren Mittelpunkt die Änderung der Politik der Führer der kommunistischen Partei Jugoslawiens gegenüber der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern steht. Bis in das Jahr 1948 hinein galt in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern und auch bei uns, der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, Jugoslawien als ein Land, das auf dem Wege zur Errichtung einer sozialistischen Ordnung am weitesten vorangekommen war und der Sowjetunion am nächsten stand. (3) Aber Ende 1947-Anfang 1948 nahm die Führungsgruppe der KP Jugoslawiens eine verhängnisvolle Änderung ihres bisherigen Kurses vor. Diese Änderung lief darauf hinaus, im sozialistischen Lager ein zweites, ein Gegenzentrum gegen die Sowjetunion zu bilden - mit Jugoslawien als Hegemon. Das Ganze wurde begründet mit der Notwendigkeit, die Balkanländer zu einer Föderation zusammenzuschließen. Tito nutzte dabei den Umstand aus, daß die kommunistischen Parteien der Balkanländer schon zu Zeiten der Kommunistischen Internationale der imperialistischen Politik des Gegeneinanderhetzens der Balkanvölker die For-

derung nach einem solidarischen Zusammenschluß in einer Balkanföderation entgegengestellt hatten. Deshalb stimmte zunächst auch Georgi Dimitroff dem Vorschlag der Tito-Führung zu, nach dem Sieg über die Faschisten und nach der Verjagung der reaktionären Regierungen der Balkanstaaten nun die alte Idee der Balkanföderation zu verwirklichen. Als jedoch erkennbar wurde, daß hinter Titos Vorschlag die Absicht der Angliederung Bulgariens als Teilrepublik an Jugoslawien und die Schaffung eines antisowjetischen Zentrums steckte, nahm Dimitroff seine Zustimmung zurück und sprach sich gegen dieses Projekt aus.

Umso mehr drängte die Belgrader Führung jetzt - im Frühjahr 1948 - darauf, daß der andere, kleinere und - wie sie meinte -, leicht zu vereinnahmende Nachbar Albanien sich Jugoslawien anschloß. (4) Die Belgrader Führer konnten damit umso eher rechnen, als sie in der Führung der albanischen Partei Vertrauensleute wußten, - wie den Organisationssekretär des ZK der albanischen Partei und Innenminister Koci Xoxe und andere - die auf Titos Weisung hin auch einen Staatsstreich in Tirana unternehmen würden, falls anders das Ziel nicht zu erreichen sein sollte. Dazu kam es indessen nicht, weil die Kritik des Informationsbüros an der Politik der KP Jugoslawiens vom Juni 1948 Tito zur Zurückhaltung zwang, zum anderen diese Kritik auch zur Aufdeckung der Machenschaften der Verbündeten Titos in der albanischen Führung beitrug. Sie führte schließlich zur Verhaftung Koci Xoxes und seiner Mitverschwörer und der Eröffnung eines Gerichtsprozesses gegen sie, der vom 11. Mai bis zum 10. Juni 1949 in Tirana duchgeführt wurde und mit einem Todesurteil für Koci Xoxe sowie Freiheitsstrafen von 5 bis zu 20 Jahren für die vier anderen Angeklagten abgeschlossen wurde. (5)

Es ist übrigens bemerkenswert, daß ungefähr im gleichen Zeitraum, in dem die Belgrader Führung ihren neuen antisowjetischen Kurs verschärfte, in den USA der "Nationale Sicherheitsrat" die Direktive 10/2 vom 18. Juni 1948 erließ, die zum Inhalt die Ausdehnung verdeckter Aktionen der CIA auch auf das Ausland hatte; in dieser Direktive hieß es u.a.: „Unter dem in dieser Direktive verwendeten Terminus 'geheime Operation' sind alle Aktivitäten ... zu verstehen, die von dieser Regierung gegen feindliche ausländische Staaten oder Gruppen oder zur Unterstützung befreundeter ausländischer Staaten oder Gruppen geleistet oder gefördert werden, die jedoch so geplant und geleitet werden, daß nach außen hin ihr Urheber - die Regierung der USA - auf keine Weise in Erscheinung tritt und im Falle ihrer Aufdeckung die Regierung der USA völlig glaubwürdig jede Verantwortlichkeit für sie plausibel leugnen kann." Als "geheime Aktivitäten" wurden genannt: „Propaganda, Wirtschaftskrieg, direkte Präventivhandlungen einschließlich Sabotage ..., Wühlarbeit gegen feindliche Staaten, einschließlich Hilfe für die illegalen Widerstandsbewegungen im Untergrund, für Guerillas sowie die Unterstützung von antikommunistischen Elementen in bedrohten Ländern der freien Welt." (6)

Was im Rajk-Prozeß aufgedeckt wurde, ging sicher zu einem erheblichen Teil schon auf das Konto der Umsetzung dieser Direktive. Dazu gehört vor allem der Plan zum Sturz der bestehenden Regierung, in dem Laszlo Rajk, dem ungarischen Außenminister, von seinen jugoslawischen und amerikanischen "Beratern" die Hauptrolle zugedacht war. Über diesen Plan und seine Väter sagte der ehemalige Leiter der Kaderabteilung der Kommunistischen Partei Ungarns, Tibor Szönyi: "Der Plan der Verschwörung zum Sturz des ungarischen volksdemokratischen Regierungssystems diente selbstverständlich den Interessen derjenigen, die den Plan ausgearbeitet hatten, die die intellektuellen Urheber des Planes waren, das heißt, die Verschwörung war ein Teil der gemeinsamen amerikanischen und jugoslawischen Pläne... Wir erhielten ein konkretes Versprechen in Bezug auf eine wirtschaftliche, finanzielle Hilfe Ungarns von Seiten der Vereinigten Staaten, nach Ausführung des Putsches; ferner ... würden die Vereinigten Staaten Ungarns Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen ... unterstützen."

Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, welche wesentlichen Änderungen für den Fall des Gelingens der Verschwörung in der Innen- und Außenpolitik vorgesehen gewesen seien, gab Szönyi zur Antwort: "In erster Reihe die Bildung einer neuen Regierung. Wir planten ferner, die politische Struktur des Landes in dem Sinne zu ändern, wie das Rajk mit den führenden jugoslawischen Politikern besprochen hatte und wir hätten dazu die jugoslawische innenpolitische Lage als Vorbild genommen, das heißt eine Änderung, welche die Rolle der Parteien, in erster Reihe der Partei der Ungarischen Werktätigen im politischen Leben des Landes in den Hintergrund hätte drängen sollen, und an Stelle dieser hätte eine Volksfront mit verbreiterter Grundlage treten müssen, als eine Organisation, die das politische Leben des Landes lenkt. Die Verbreiterung wäre in dem Sinne geschehen, daß wir dem Kulakentum innerhalb der Volksfront zu politischer Vertretung verholfen hätten. Auf wirtschaftlichem Gebiet war in erster Reihe davon die Rede, daß wir stufenweise - freilich nicht auf einmal - alle wichtigen Errungenschaften der Volksdemokratie von neuem vernichten, das heißt die Fabriken, die Banken, die Bergwerke den Kapitalisten zurückgeben, die Errungenschaften der Bodenverteilung teilweise vernichten sollten. In der taktischen Ausführung des Planes dachten wir freilich nicht daran, alles mit einem Schlag zu verwirklichen, sondern stufenweise, langsam, der Lage entsprechend. Ähnliche langsame, progressive Änderungen wurden auch in außenpolitischer Hinsicht geplant. Unsere Zielsetzung, Ungarn von der Seite der Sowjetunion und der befreundeten Volksdemokratien an die Seite der Vereinigten Staaten zu stellen, wollten wir auch stufenweise, langsam ausführen." (7)

Die Anklagen wie auch die Geständnisse der Angeklagten waren so ungeheuerlich und ungewöhnlich, daß es verständlich erscheint, wenn die späteren Behauptungen und Erklärungen, die Anklagen seien zu Unrecht erfolgt und die Angeklagten zu

Unrecht verfolgt worden, ihre Geständnisse seien durch Folter, Drogen und falsche Versprechungen erpreßt und erschlichen worden, ja, wenn sogar solch absurde Behauptungen, die Drehbücher für die Aussagen und Geständnisse der Angeklagten seien in Moskau von Stalin und Berija entworfen worden und hätten dann von den Angeklagten auswendig gelernt und in den Verhören vorgetragen werden müssen, Glauben fanden und sogar mit einer gewissen Erleichterung darüber aufgenommen wurden, daß die Angeklagten ehrliche Kommunisten geblieben und unfähig gewesen waren, die ihnen zur Last gelegten Verbrechen zu begehen. Allerdings mußte man dafür nun für möglich halten, daß Rakosi und alle anderen für diese Prozesse Verantwortlichen noch viel schlimmere Ungeheuer waren, als den nunmehr Rehabilitierten je zugeschrieben war.

Man muß sich einmal vorstellen, was es für eine politische Bewegung bedeuten muß, wenn ihren Anhängern heute eine Gruppe ihrer Führer als Verräter und Verbrecher, morgen ihnen jedoch die gleichen Führer als quasi Heilige, die von den denkbar schlimmsten Verbrechern, nämlich ihren gestrigen Richtern, unter erfundenen Beschuldigungen grundlos ermordet wurden. Das alles machte die kommunistische Bewegung in den wenigen Jahren zwischen 1949 und 1956 durch! Eine Bewegung, die daran nicht zugrunde geht, muß einen sehr gesunden Organismus haben und zur Vertretung der Lebensinteressen der Klassen, deren politisches Führungsorgan sie ist, trotz alledem als unentbehrlich empfunden werden. Aber unvermeidlich stellen sich viele die Frage: Wie kann man sich da noch zurechtfinden? Wer lügt? Wo ist die Wahrheit? Die Antwort ist: Die Wahrheit ist nur in den geschichtlichen Tatsachen zu finden, sogar dann, wenn Beweisdokumente noch fehlen. Die geschichtlichen Tatsachen aber besagen: Das, was Rajk und Komplizen als ihre Absicht vorgeworfen und wofür sie - bevor sie diese in die Tat umsetzen konnten - verurteilt wurden, das wurde nach der Rehabilitierung Rajks und seiner Mitangeklagten von anderen Führern der ungarischen Partei gleich zweimal nun tatsächlich begangen: zum ersten Male von Imre Nagy im Herbst 1956, zum zweiten Male von Gyula Horn ab 1989.

Wer war Imre Nagy? Als eine Auswirkung der Veränderungen in der Leitung der KPdSU nach dem Tode Stalins wurde am 27./28. Juni 1953 das Politbüro der Partei der Ungarischen Werktätigen erweitert; die wichtigste Veränderung war die Aufnahme Imre Nagys in dieses Gremium. (8) Am 2. Juli wurde auch die ungarische Regierung umgebildet und Imre Nagy als Ministerpräsident an ihre Spitze gestellt. (9)

Aber auf einem ZK-Plenum am 2.-4. März 1955 wurde scharfe Kritik an seiner Amtsführung geübt. Das Plenum faßte einen Beschluß "Über die politische Lage und die Aufgaben der Partei", in dem u.a. gesagt wurde, Nagy habe die Beschlüsse des Juni-Plenums von 1953 im opportunistischen und antimarxistischen Sinne entstellt. "Von einer Hebung des Lebensstandards sprechen und zur gleichen Zeit nicht für die Ge-

währleistung der hierfür notwendigen ökonomischen Voraussetzungen sorgen, ist in Wirklichkeit billige Demagogie und Irreführung des Volkes... Wer versichert, daß die Hauptmasse der Klein- und Mittelbauern als Einzelbauern einen gewissen Wohlstand erzielen kann, daß unsere aus Hunderttausenden Einzelbauern bestehende Landwirtschaft gedeihen und zu einer fortgeschrittenen Landwirtschaft werden kann, ohne daß die Produktionsgenossenschaften entwickelt werden, betrügt die werktätigen Bauern... Die größer gewordene rechte, opportunistische Abweichung zeigte sich auch in der Unterschätzung der führenden Rolle der Partei. Einige negierten die Rolle der Partei in der Vaterländischen Volksfront. ... Mit diesen rechten Anschauungen wollte man im Grunde die marxistisch-leninistische Lehre von der Diktatur des Proletariats einer Revision unterziehen. Das wichtigste in der volksdemokratischen Ordnung ist die unbedingte Gewährleistung der führenden und richtunggebenden Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Ohne Gewährleistung dieser Rolle gibt es keine Volksdemokratie!... Die rechten Anschauungen in unserer Partei und in unserem Staat sind so gefährlich geworden, weil Genosse Imre Nagy in seine Reden und Artikeln diese antimarxistischen Ansichten unterstützt, ja mehr noch, sie am eifrigsten predigt... Ein Hauptmerkmal der rechten Linie des Genossen Imre Nagy zeigte sich darin, daß er die von der Partei erzielten großartigen Siege leugnete und unterschätzte und die Erfolge regelmäßig verschwieg... Die rechten Elemente außerhalb und innerhalb der Partei betrachteten diesen Artikel (Imre Nagys vom 20. Oktober 1954) als Signal und begannen die richtige Politik der Partei zerstörend anzugreifen. Solche Erscheinungen gab es in den Redaktionen vieler Zeitungen sowie auf dem Gebiet der Literatur... Genosse Nagy und einige andere Genossen haben mit billigen demagogischen Versprechungen in der Presse ... die Arbeiterklasse mitunter irregeführt, ... sich den rückständigsten Schichten der Arbeiter angepaßt und dadurch gewisse Elemente der Zersetzung in die Arbeiterklasse hineingetragen." (10)

Auf dem darauffolgenden Plenum des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen wurde Imre Nagy aus dem Politbüro und dem ZK der Partei ausgeschlossen und aller Funktionen enthoben, die er im Auftrag der Partei ausübte, also auch als Ministerpräsident. Das war im April 1955. Aber schon im Mai trat ein Ereignis ein, das den künftigen Sturz Rakosis und den Wiederaufstieg Imre Nagys vorherbestimmte; es war dies Chrustschows Erklärung gegenüber Tito aus Anlaß des Besuches einer sowjetischen Delegation, - worüber weiter unten ausführlicher zu sprechen sein wird -, daß alle gegen Tito erhobenen Vorwürfe sich nach gründlicher Prüfung als unberechtigt und Erfindung von Feinden, von Agenten des Imperialismus, erwiesen hätten.

Sofort nutzte Tito dies aus, um Druck auf alle anderen kommunistischen Parteien auszuüben, auch ihrerseits alle Vorwürfe gegen ihn und seine Partei zurückzunehmen. "Am 27. Juli forderte er in einer Rede in Karlovac, daß auch die Führer in Ungarn und in der Tschechoslowakei ihre gegenüber Jugoslawien begangenen Fehler

bekennen, so wie dies die sowjetischen Führer anläßlich des Besuches der sowjetischen Staatsmänner in Jugoslawien getan hätten. Er verlangte hierbei insbesondere eine Revision der seinerzeitigen Prozesse gegen Rajk ... in Budapest, gegen Trajtscho Kostoff ... in Sofia und gegen Rudolf Slansky und Vladimir Clementis in Prag ... Tito sagte u.a.: `Wir bedauern, daß es im Osten in einigen unserer Nachbarstaaten immer noch Leute gibt, denen diese Normalisierung nicht gefällt... Stattdessen intrigieren sie hinter den Kulissen gegen uns ... und versuchen überall, uns Steine in den Weg zu legen... Vor allem in Ungarn gibt es Leute, die so reden. Aber wir sind überzeugt, daß sie ... die Erfüllung dessen, was wir wollen und was die Sowjetführer in Belgrad erklärten und gegenwärtig auch ausführen, nicht verhindern können... Auch in der Tschechoslowakei gibt es Leute, die Mühe haben,... ihre Fehler zu bekennen... Diese und ähnliche Leute werden ihre Fehler gegenüber unserem Lande auf die eine oder andere Weise bekennen müssen.`" (11)

Dieser Druck aus Belgrad beeindruckte die ungarischen Genossen nicht und brachte sie nicht davon ab, ihren Kampf gegen die Tito-Sympathisanten weiterzuführen, die vor allem in den Reihen der Schriftsteller zu finden waren, die sich als ein organisatorisches Zentrum einen Club schufen, dem sie den Namen des populären ungarischen Schriftstellers Petöfi gaben. Im Dezember 1955 faßte das ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen einen Beschluß mit der Überschrift: "Die rechten Fehler im literarischen Leben Ungarns überwinden", in dem es u.a. hieß: "Einige Schriftsteller, auch Parteimitglieder,... haben die Perspektive des Sozialismus verloren... Pessimismus und Verzweiflung haben von ihnen Besitz ergriffen... All das legen sie als etwas 'Neues', als einen Sieg über den Schematismus dar... Einige Schriftsteller ... haben den Beschluß des März-Plenums des ZK (gegen Imre Nagy) abgelehnt oder sich auch nur nach außen hin einverstanden erklärt... Der rechte Opportunismus kommt zur Zeit in den gefährlichsten, offensten und organisiertesten Formen in der Literatur zum Ausdruck." (12)

Dann aber kam im Februar 1956 der XX. Parteitag, auf dem Stalin verdammt und Tito gefeiert wurde. Rakosi versuchte dennoch, die antirevisionistische Linie der Partei beizubehalten. Auf einem ZK-Plenum im März erklärte er noch: "Unsere rechten Elemente erhoffen sich vom XX. Parteitag, daß er sie rechtfertigen werde. Jetzt ist für jedermann klar, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllt haben." Er sollte sehr schnell erfahren, daß dies eine große Fehleinschätzung war. Chrustschow und Tito übten nun konzertiert einen immer stärkeren Druck auf andere Parteien, vor allem aber auf die ungarische Partei aus. Nur zwei Wochen nach dieser optimistischen Einschätzung sah sich Rakosi gezwungen, auf einer Sitzung des Parteiaktivs in einer ungarischen Stadt zu erklären, der Rajk-Prozeß sei überprüft worden; das Ergebnis sei die Feststellung, daß der Prozeß eine feindliche Provokation und unberechtigt gewesen sei. Das oberste Gericht habe Rajk und die mit ihm Verurteilten rehabilitiert.

Rakosi hatte damit den ersten Schritt der von außen erzwungenen Selbstdemontage getan. Am 19. Mai 1956 mußte er vor dem Budapester Parteiaktiv in einem Referat "Über die Lage und die Aufgaben im Lichte des XX. Parteitages" den nächsten Schritt mit einer "selbstkritischen" Einschätzung seiner Arbeit und seines Verhaltens "zu bestimmten Fragen" tun und gleichzeitig ausgerechnet am ungarischen Beispiel "nachweisen", daß Stalins These von der Verschärfung des Klassenkampfes mit wachsenden Erfolgen - die gerade in Ungarn durch die Offensive des Revisionismus seit 1953 und verstärkt seit dem XX. Parteitag ihre nachdrückliche Bestätigung fand! - "falsch und schädlich" sei. Chrustschow und Tito verstärkten nun den Druck in Richtung Budapest, um den verhaßten Rakosi endlich vom Stuhl des 1. Sekretärs zu stoßen, damit der Weg für Imre Nagy frei werde. Tito reiste am 6. Juni nach Moskau, einen Tag später traf das sowjetische Politbüromitglied Suslow, der sich von einem "Stalinisten" zu einem treuen Chrustschow-Gefolgsmann entwickelt hatte, in Budapest ein. Die Auswirkungen zeigten sich auf dem nächsten ZK-Plenum der ungarischen Partei am 18. Juli 1956. Rakosis Stellvertreter Ernö Gerö verlas auf diesem Plenum einen Brief Matyas Rakosis, in dem dieser bat, ihn von der Funktion als 1. Sekretär wegen "Fehlern in der Arbeit und Krankheit" zu entbinden. Aber Tito und Chrustschow waren damit unerwarteter Weise noch nicht am Ziel. Das ZK-Plenum wählte nämlich nicht ihren Kandidaten Imre Nagy zum Nachfolger Rakosis, sondern den nach Rakosi meistgehaßten Mann, Ernö Gerö. Der mußte, dem Zwang der Umstände gehorchend, auf diesem Plenum zwar erklären: "Wir beabsichtigen, einen Brief an den Bund der Kommunisten zu senden, in dem wir feststellen: 'Wir bedauern tief, was geschehen ist. Wir ziehen unsere Verleumdungen zurück, mit denen wir in der gespannten internationalen Lage die Föderative Volksrepublik Jugoslawien und ihre Leiter bedachten. Wir schlagen vor, Verhandlungen zu beginnen...'"

Aber das konnte an dem Entschluß der beiden, ihn auch den Weg Rakosis gehen zu lassen, nichts ändern. Zunächst erzwangen sie auf dem nächsten ZK-Plenum der PdUW am 18.-21. Juli 1956 eine Erweiterung des ZK und des Politbüros (13) durch Aufnahme von jetzt rehabilitierten Tito-Sympathisanten, - zu denen auch Kadar gehörte -, womit die bisherige Mehrheit der Anti-Revisionisten in beiden Parteigremien gebrochen war. Und dann gingen sie gemeinsam an die Vorbereitung des letzten Schrittes, des Sturzes Gerös und der Rückkehr Imre Nagys in die Führungspositionen in Partei und Staat. Vom 19. bis zum 27. September verbrachte Chrustschow seinen "Urlaub" in Jugoslawien, am 25. September war er Gast Titos auf der Insel Brioni. Am 28. September revanchierte sich Chrustschow als Gastgeber für Tito auf der Krim. Sie bereiteten sich beide auf die Verhandlungen mit Gerö vor, die dort am 2. Oktober 1956 stattfanden. Worum es bei diesen Gesprächen in Jugoslawien und auf der Krim ging, das hat Tito in einer Rede, die er am 11. November 1956 in Pula hielt, durchblicken lassen. Natürlich konnte er nicht die volle Wahrheit ausbreiten, vor

allem durfte die wahre Rolle Chrustschows nicht offen dargelegt werden. Aber es wird dennoch deutlich genug, daß bei diesen Gesprächen darüber beraten wurde, wer in den anderen sozialistischen Ländern tragbar sei und wer - vor allem in Ungarn - auf jeden Fall weg müsse.

Natürlich konnte gerade Tito, der immer jede Kritik aus anderen Parteien an seiner Politik als "Einmischung" in die inneren Angelegenheiten seines Landes scharf zurückgewiesen hatte, das nicht offen zugeben. Deshalb formulierte er: "Als dort - in Ungarn - die Unzufriedenheit auch in den Reihen der Kommunisten immer stärker auszubrechen begann, und als sie forderten, Rakosi solle gehen, da ... waren die sowjetischen Genossen damit einverstanden, ihn abzusetzen. Aber sie machten den Fehler, nicht zuzulassen, daß auch Gerö und die sonstigen Anhänger Rakosis ... abgesetzt würden." Es ging also eingestandenermaßen um die Erzwingung der Absetzung Gerös von außen! Offenbar hatte es um diese Zeit in der sowjetischen Führung auch noch ernsthaften Widerstand gegen Titos und Chrustschows Forderungen gegeben, denn Tito sagte in der gleichen Rede: "Aber wir haben das nicht so tragisch genommen, denn wir haben gesehen, daß das nicht die Haltung der gesamten Sowjetführung ist, sondern nur eines Teils... Wir haben gesehen, daß diese Haltung von den Leuten aufgezwungen wurde, die ziemlich stark auf den Stalinschen Positionen standen und auch heute noch immer stehen, daß es aber noch immer die Möglichkeit gibt, daß in der Führung der Sowjetunion in einer inneren Evolution die Elemente siegen, die für eine kraftvollere und schnellere Entwicklung in Richtung auf eine Demokratisierung sind... Aus gewissen Anzeichen, aber auch aus den Gesprächen haben wir gesehen, daß diese Elemente nicht schwach, sondern stark sind." (14) Um endlich in Ungarn ans Ziel - die Vertreibung Gerös von der Parteispitze und zugleich Hegedüs als Ministerpräsidenten - zu gelangen, griff man nun zu dem Mittel, das bereits in den Planungen Rajks als äußerstes Mittel vorgesehen war - zur Entfesselung des bewaffneten Aufstandes.

In Polen und Ungarn hatte die vom XX. Parteitag der KPdSU ausgelöste "Entstalinisierungs-" und Rehabilitierungswelle im Laufe des Jahres 1956 antikommunistische und nationalistische Kräfte innerhalb und außerhalb der Partei zu immer offeneren Vorstößen ermuntert. In Ungarn begannen, inszeniert von Intellektuellen-Kreisen, die sich ja im sogenannten "Petöfi-Klub" ihr Zentrum geschaffen hatten, am 21. Oktober 1956 Studentenunruhen, denen sich auch Arbeiterdemonstrationen anschlossen, vor allem aber antikommunistischer Mob. Die Unruhen wurden zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, zum bewaffneten Aufstand und zur Jagd auf und Lynchmorden an Kommunisten, Staats- und Parteifunktionären eskaliert. Damit waren die Verhältnisse geschaffen, die ermöglichten, die schon im Rajk-Prozeß enthüllten Zielsetzungen im stufenweisen Vorangehen zu verwirklichen.

Die erste Stufe war die Umbildung der Regierung am 24. Oktober 1956: Imre Nagy wurde zum Ministerpräsidenten ernannt, der bisherige Ministerpräsident Hegedüs zu seinem Stellvertreter degradiert. Am 25. Oktober wurde Ernö Gerö vom ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen abgesetzt und Janos Kadar zum neuen 1. Sekretär gewählt. Der Aufstand hatte das erste von den Nagy-Leuten anvisierte Ziel erreicht: die Eroberung der Führung in Partei und Staat. Aber das ungehinderte Wüten des weißen Terrors gefährdete die Durchführung des Stufenplanes des allmählichen, "legalen" Übergangs zur bürgerlichen Republik, beschwor die Gefahr eines radikalen "Rückschlages", gestützt auf die Sowjettruppen im Lande, herauf. Deshalb verhängte die neue Regierung nun den Ausnahmezustand und rief sogar die Sowjettruppen zu Hilfe zur "Wiederherstellung der Ruhe" im Lande. Am 30. Oktober zogen sich dann die Sowjettruppen auf die Forderung Imre Nagys hin aus Budapest wieder zurück. Am nächsten Tage, am 31. Oktober, nachdem schon mehrere Stufen bis zur fast völligen Wiederherstellung eines bürgerlichen Ungarn bewältigt worden waren, hielt Nagy vor dem auf dem Parlamentsplatz versammelten Volk eine Rede, in der er ausführte: "Wir haben die Bande Rakosi-Gerö vertrieben. Diese Bande hat versucht, mich zu beschmutzen; sie hat erklärt, ich hätte die sowjetische Intervention verlangt. Das ist falsch. Im Gegenteil: Ich war es, der den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen verlangt hat. Heute beginnt die Konferenz über die Abschaffung des Warschauer Paktes und über den Abzug der Russen aus unserem Lande." Vor Journalisten erklärte er dann danach: "Wir haben die Möglichkeit, den Warschauer Pakt auszulöschen. Es kann sein, daß Ungarn zu einem neutralen Kern in Mitteleuropa wird. Wir müssen uns auf die materielle Hilfe des Auslandes stützen." (15) Kennen wir diese Melodie nicht schon aus den Aussagen Szönyis?

Aber wir haben vorgegriffen! Nach der Eroberung der Führungspositionen in Partei und Regierung am 24. Oktober war erst einmal die nächste, zweite Stufe zu nehmen: die Bildung einer neuen ungarischen Regierung, der erstmals auch zwei bürgerliche Minister, ehemalige Funktionäre der konterrevolutionären Partei der kleinen Landwirte, angehörten. Das geschah am 27. Oktober. Als eine weitere, dritte Stufe kann die Bildung eines "Sechserkomitees" durch das ZK am 28. Oktober betrachtet werden, dessen Bildung praktisch die Ausschaltung des ZK und der Mitgliedschaft bei der weiteren Festlegung der Politik der Partei bedeutete. Vorsitzender dieses exklusiven Komitees war Janos Kadar, und natürlich gehörte ihm auch Imre Nagy an. Anläßlich der Gründung des Sechserkomitees äußerte Nagy, es sei nicht wahr, daß das, was sich in Ungarn ereigne, eine Konterrevolution sei. Es sei das vielmehr "eine demokratische Bewegung, die unsere ganze Nation erfaßt hat, um unsere Unabhängigkeit zu sichern." Eine vierte, große Stufe wurde am 30. Oktober mit der Bildung des "engeren Kabinetts" innerhalb der Regierung genommen, denn sie bedeutete den Übergang zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung aus Vertretern von vier Parteien: der Partei der

Ungarischen Werktätigen, der wieder zugelassenen Partei der kleinen Landwirte, der Nationalen Bauernpartei und der wiedergegründeten Sozialdemokratischen Partei. Kadar erklärte als 1. Sekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen aus diesem Anlaß, daß die Wiederzulassung der bisher verbotenen Parteien und die Abhaltung freier Wahlen eine "Rückkehr zur Demokratie" bedeute. "Er forderte die Mitglieder seiner Partei auf, mit dem Freiheitskämpfern zusammenzuarbeiten" (16) - also mit den Henkern seiner Genossen! Noch am 3. November wüteten diese "Freiheitskämpfer" so, daß Radio Budapest sich veranlaßt sah, die Bevölkerung aufzufordern, "mit den summarischen Hinrichtungen aufzuhören" und daran "zu erinnern", "daß niemand ohne vorherige gerichtliche Verurteilung hingerichtet oder ins Gefängnis gesteckt werden dürfe." In der Pressemitteilung heißt es dazu weiter: "Es war berichtet worden, daß von den Aufständischen auf Mitglieder der Sicherheitspolizei und kommunistische Führer Jagd gemacht werde und daß hierbei Personen gelyncht oder eingekerkert wurden." (17)

Nächste Stufe: Am 1. November 1956 gab Nagy bekannt, "daß Ungarn mit sofortiger Wirkung den Warschauer Pakt kündigt und die Neutralität Ungarns proklamiert." Zugleich richtete er ein Schreiben an den Generalsekretär der UNO, in dem er diesem mitteilte, er habe den sowjetischen Botschafter Andropow zu sich gerufen und ihm erklärt, daß die ungarische Regierung den Warschauer Pakt aufkündigt, die Neutralität Ungarns proklamiert und sich an die Vereinten Nationen wendet, um die Hilfe der vier Großmächte zur Verteidigung seiner Neutralität zu erlangen. Er gab gleichzeitig bekannt, daß er selbst das Außenministerium übernehme, "um eine entsprechende Politik hinsichtlich des Warschauer Paktes zu gewährleisten." (18) Damit hatte er nicht nur die Durchführung des Plans seines Vorgängers Rajk, sondern auch dessen Amt als Außenminister übernommen.

Einen Tag später, am 2. November, tagte die Leitung der Partei der Ungarischen Werktätigen und gründete sich - da es ja nun wieder eine legale sozialdemokratische Partei im Lande gab - um; sie nannte sich nunmehr "Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei" (USAP). Ihrem Vorstand gehörten außer Janos Kadar auch Imre Nagy und andere Mitglieder der Führung der bisherigen Partei der Ungarischen Werktätigen an. Danach nahm Kadar in einer Radioansprache eine sehr widersprüchliche Haltung ein. Zum einen bekräftigte er den revisionistischen Grundkurs der Verteufelung der Rakosi-Führung mit den Worten: "Unsere Partei bricht für immer mit den Verbrechen der Vergangenheit und wird gegen alle die Ehre und die Unabhängigkeit Ungarns verteidigen." Das war eine Bekräftigung der Nagy-Erklärung über den Austritt aus dem Warschauer Pakt und über die Neutralität Ungarns. Er fuhr fort: "Die ungarische Jugend" - damit waren die Studenten gemeint, die den Aufstand begannen! - "hat nicht ihr Blut vergossen," - im Kampf gegen die bewaffneten Kräfte der Volksrepublik Ungarn! - "um die Tyrannei von Rakosi durch die Tyrannei einer Gegenrevolution

zu ersetzen. Wir haben nicht gekämpft, damit aus den Händen der Arbeiterklasse die Bergwerke und die Fabriken und aus den Händen der Bauernschaft der ihnen zugeteilte Boden wieder genommen werden. Wir wollen nicht wieder in die Sklaverei des alten Regimes der feudalen Herrenklasse fallen." Mit Bezug auf die schon am Vortage durch Radio bekanntgegebene Nachricht, daß neue Einheiten der Sowjetarmee nach Ungarn verlegt worden seien, sagte Kadar, "es bestehe die Gefahr, daß die Intervention einer ausländischen Macht unserem Land das Schicksal Koreas bereitet." (19) Diese insgesamt vieldeutige Erklärung läßt darauf schließen, daß sich Kadar und andere nun auch auf die Möglichkeit einstellten, daß die von ihnen als Regierungsmitglieder mitgetragene Politik Nagys doch noch am Eingreifen der Sowjetunion scheitern würde und deshalb eine Rückzugsstellung vorbereitet werden mußte. Denn inzwischen hatte, nach der Proklamation des Austritts aus dem Warschauer Pakt, der weiße Terror eine bisher ungekannte Steigerung erfahren. Am 2. November berichtete der Reuter-Korrespondent: "Seit gestern herrscht Menschenjagd in den Straßen von Budapest." Systematisch wurden Menschen "gehetzt, gejagt und wie Hunde erschlagen, an Laternen und Balkons aufgehängt. Szenen, die an die Wiederkehr der `Weißen´ in Ungarn von 1919 erinnern, spielen sich im ganzen Lande ab." (20)

Nie in meinem Leben werde ich diese Tage Anfang November 1956 vergessen, in denen ich zusammen mit meinen Genossen und Kollegen Tag für Tag im Radio mit Entsetzen und ungläubigem Zorn die Schreckensnachrichten über die Kommunistenjagd und die Mordorgien der weißen Banden in Budapest verfolgte und wir uns immer wieder fragten: Wie ist es nur möglich, daß dies alles geschehen kann, obwohl die Panzer der Roten Armee im Lande stehen? Wie kann man sich das früher ganz und gar Unmögliche erklären, daß die Armee der Sowjetunion Gewehr bei Fuß zusieht, wie Kommunisten von weißen Banditen gelyncht und aufgehängt werden? Wann werden sie denn dem endlich Einhalt gebieten? Am 4. November 1956 - unverständlich spät! - war es endlich so weit: Die Sowjetarmee griff ein und zerschlug alle Hoffnungen der Nagy und ihrer Hintermänner in Belgrad, Washington und Bonn und wo sonst noch immer. Offenbar in Absprache mit sowjetischen Stellen hatte Janos Kadar am gleichen 4. November sich von Nagy abgesetzt und von Szolnok aus eine "revolutionäre Gegenregierung" ausgerufen, der er als Ministerpräsident vorstand. (21)

Anmerkungen:

1. Auszug aus dem Referat von Kurt Gossweiler bei unserer Konferenz „Auferstanden aus Ruinen - Konferenz zur Verteidigung des revolutionären Erbes der DDR“ Berlin 1999. Wir drucken hier den Teil des Referates nochmals ab, in dem es um die Ereignisse in Ungarn geht. (Red. Offensiv)
2. Matyas Rakosi, Vorsitzender der Partei der Ungarischen Werktätigen. Mitbegründer der Kommunistischen Partei Ungarns und führend an der Ungarischen Räteregierung von 1919 beteiligt, dafür vom faschistischen Horthy-Regime nach seiner Rückkehr aus der österreichischen Emigration nach Ungarn 1926 verhaftet und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, auf Intervention der Sowjetunion unter der Bedingung der sofortigen Ausreise in die Sowjetunion 1940 nach vierzehnjähriger Haft freigelassen.
3. A.Y. Wyschinski, stellv. Außenminister der UdSSR, im Sommer 1948 über die Beziehungen Jugoslawiens zur Sowjetunion: „Nach dem Sieg über Hitlerdeutschland wurden zwischen der Sowjetunion und Jugoslawiens die brüderlichsten Beziehungen hergestellt, es wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, Jugoslawien wirtschaftlich, militärisch und politisch in der internationalen Arena zu helfen, das wir als einen unserer treuesten und ideologischen Verbündeten betrachteten.“ Zitiert in: Enver Hoxha, Die Titoisten, Tirana 1983, S. 587.
4. Ausführlich dazu: Enver Hoxha, Die Titoisten, S. 301-556.
5. Ausführlich dazu: Ebenda, S. 557-632.
6. Zitiert aus: Klaus Steiniger, Tops und Flops. Die Geschäfte der USA-Geheimdienste, Berlin 1998, S. 38f. (Unterstreichungen von mir, K.G.)
7. Zitiert aus: Laszlo Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht, Berlin 1949, S. 193, 195 ff.
8. Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!, Nr. 27/1953. Im Sender „SFB“ wurde am 15.6.1983 in einer Sendung berichtet, Chrustschow habe von Rakosi die Ernennung Imre Nagys zum Ministerpräsidenten verlangt.
9. Für dauerhaften Frieden,… Nr. 28/1953
10. Für dauerhaften Frieden,…, Nr. 10/1955
11. Archiv der Gegenwart, S. 5292
12. Für dauerhaften Frieden…, Nr. 50/1955
13. Neues Deutschland v. 24.7.1956
14. Archiv der Gegenwart, S. 6106
15. Archiv der Gegenwart vom 4. November 1956, S. 6069
16. Ebenda, S. 6068
17. Ebenda, S. 6070. Zur Konterrevolution in Ungarn siehe auch die vier Hefte des Informationsbüros des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik: Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn; ferner: Die konterrevolutio-

näre Verschwörung von Imre Nagy und Komplizen. Dieser vom gleichen Büro herausgegebene Band enthält einen großen Teil der Materialien des Prozesses gegen Imre Nagy.
18. Archiv der Gegenwart, S. 6069
19. Ebenda.
20. Hans Adler, Zwischen Kairo und Budapest. Die Geschichte einer Verschwörung. Berlin 1957, S. 84f.
21. Archiv der Gegenwart, S. 6071

Chruschtschow und die Kuba-Krise

In seinen Erinnerungen (Chuschtschow erinnert sich, Rowohlt 1971) prahlt Chr., er habe Kuba vor der USA-Intervention bewahrt. „Schaun mer mal!“

1.

Im Kapitel „Fidel Castro und die Kuba-Krise“ (S. 492-502) schildert er zu Beginn, dass er über Castro nach dessen Sieg über Batista nichts wusste. Als dann nach der Niederlage der Interventen in der Schweinebucht Castro erklärte, dass Kuba einen sozialistischen Kurs verfolgen werde, äußert sich Chr. dazu wie folgt:

„Wir hatten Mühe zu verstehen, warum er gerade diesen Zeitpunkt für diese Verlautbarung wählte... Was Castros persönlichen Mut betraf, so war seine Haltung bewundernswert und richtig. Aber vom taktischen Standpunkt aus betrachtet war sie wenig sinnvoll.“

Sollte man vom Führer der Partei der Weltrevolution nicht eine andere Reaktion erwarten, wenn der Sozialismus nunmehr auch auf dem amerikanischen Kontinent Einzug hält? Nämlich eine solche, wie sie die Pariser Commune bei Marx und Engels auslöste? Allerdings: Für einen, der sich zum Ziel gesetzt hat, Freundschaft mit dem Präsidenten der USA zu schließen, konnte ein Castro nur ein unerwarteter und unerwünschter Störfaktor sein. Das konnte er natürlich nicht offen zum Ausdruck bringen. Daher nur: „Taktisch wenig sinnvoll.“ Aber das drückt deutlich genug aus, dass er sich gestört fühlte.

2.

„Wir waren sicher, dass die Amerikaner sich niemals mit der Existenz von Castros Kuba abfinden würden... Wir waren verpflichtet, alles zu tun, was in unserer Macht stand, um Kubas Existenz als sozialistisches Land und als praktisches Beispiel für die anderen Länder Lateinamerikas zu schützen."

Damit kann man voll einverstanden sein, das klingt nach sozialistischem Internationalismus. Aber was dann folgt, ist Nationalismus pur: „Es war mir klar, dass wir („wir"!) Kuba sehr wohl verlieren könnten, falls wir nicht einige entscheidende Schritte zu seiner Verteidigung unternahmen." Und dann: „Als ich zu einem offiziellen Besuch in Bulgarien war, hämmerte ... ununterbrochen ein bestimmter Gedanke auf mein Gehirn ein: Was passiert, wenn wir Kuba verlieren?"

Wenig glaubhaft, denkt man daran, dass dies der Mann sagt, der bedenkenlos dem sehr viel näher liegenden sozialistischen Albanien die Unterstützung der Sowjetunion entzog und der sogar den Bruch mit Volkschina vollzog!

„Ich wusste, es wäre ein schrecklicher Schlag für den Marxismus-Leninismus gewesen." Das aus dem Munde des Mannes, der durch seine „Geheimrede" auf dem XX. Parteitag die ganze kommunistische Bewegung in eine Krise stürzte, die schließlich mit dem Untergang der Sowjetunion und ihrer europäischen Bruderländer endete, ist noch um vieles unglaubwürdiger!

3.

„Wir mussten ein greifbares und wirksames Abschreckungsmittel schaffen gegen eine amerikanische Einmischung in der Karibischen See. Aber was für eines? Die logische Antwort waren Raketen."

Nein! Das war keine logische, sondern eine abenteuerliche Antwort! Oder etwa nicht? Er sagt es selbst: „Ich hatte Wert darauf gelegt, dass meine Genossen die Entscheidung mit reinem Gewissen akzeptierten und unterstützten und im vollen Bewußtsein, welche Folgen sich aus der Stationierung von Raketen auf Kuba ergeben konnten - nämlich Krieg mit den Vereinigten Staaten."

Man kann sich nur darüber wundern, dass „seine Genossen" einem solch abenteuerlichen Vorhaben ihre Zustimmung gegeben haben sollen. Aber das hatten sie offenbar gar nicht. Denn Chruschtschows mehrfache Beteuerung, „Jeder Schritt, den wir unternommen haben, ist vom Kollektiv sorgfältig erwogen worden", haben die Herausgeber seiner Erinnerungen mit folgender Fußnote versehen: „Eine Anspielung

Chruschtschows auf die Vorwürfe bei seinem Sturz, er sei auch im Falle Kubas eigenmächtig vorgegangen."(S. 499).

So, wie wir Chruschtschow kennen, besteht kein Grund, an der Berechtigung dieses Vorwurfes zu zweifeln. Demnach war die „Kuba-Krise" eines der zahlreichen Beispiele des „Subjektivismus" und der eigenmächtigen Aktionen Chruschtschows, derentwegen er schließlich von „seinen Genossen" abgesetzt wurde.

4.

Was aber wäre eine wirklich „logische", d. h. politisch richtige Antwort gewesen? Eine solche Antwort wäre z. B. ein Beistandspakt gewesen, in dem sich die Sowjetunion verpflichtet, im Falle eines Angriffes auf Kuba diesem mit allen ihren Mitteln Beistand zu leisten, oder auch die Anlage eines sowjetischen Militärstützpunktes (ohne Raketen) auf Kuba, nicht dagegen eine „Antwort", die mit Leichtigkeit von der US-Regierung aller Welt als sowjetische Provokation vorgeführt werden konnte und dadurch die Handhabe bot für die Entfesselung einer Kampagne, die, statt Kuba zu schützen, es im höchsten Maße gefährden konnte, wie es ja in der Tat der Fall war. Was die Anlage einer sowjetischen Militärbasis auf Kuba betrifft, so gibt es dazu ein sehr aufschlußreiches US-amerikanisches Dokument, das Horst Schäfer in seinem Buch: „Im Fadenkreuz: Kuba" (2. Aufl., Berlin 2005) gedruckt hat. Dort ist auf S. 182/83 zu lesen:

„Robert Kennedy hatte bereits am 22. März 1962 – also sieben Monate vor der Raketenkrise – dazu aufgefordert, über die Frage nachzudenken, wie die USA auf die Errichtung einer sowjetischen Militärbasis reagieren könnten. General Edward Lansdale, der Chef der Operation Mongoose und Verfasser des Planes zum Sturz Castros im Oktober 1962, antwortete darauf am 31. Mai in einem Memorandum: `Da die SGA (Special Group Augmented = Erweiterte Spezialgruppe) davon ausgeht, dass der offene Einsatz von US-Streitkräften notwendig ist, um die kommunistische Kontrolle Kubas zu beenden, ist Mr. Kennedys Frage besonders sachdienlich. Sollten die Sowjets nämlich ihre Option wahrnehmen und ... eine Militärbasis in Kuba errichten, dann kann dieser Vorgang jede künftige Entscheidung verhindern, mit US-Streitkräften zu intervenieren, ebenso wie die Sowjets sich jeder Anwendung von militärischer Gewalt gegen Länder enthalten haben, in denen US-Basen errichtet wurden.´"

5.

Chruschtschows Beschreibung seiner Überlegungen zeugt von einer unfassbaren Verantwortungslosigkeit und wirklich kriminellem Abenteurertum: „Während meines Besuches in Bulgarien kam mir der Gedanke, auf Kuba Raketen mit nuklearen Sprengköpfen zu installieren und ihre Anwesenheit dort vor den Vereinigten Staaten so lange geheimzuhalten, bis es für sie zu spät war, irgendetwas dagegen zu unternehmen."

Wenn er schon selber nicht so viel Sachverstand hatte, um zu wissen, dass dies im Zeitalter der Satelliten-Überwachung des ganzen Globus rund um die Uhr eine primitive Illusion war – hat ihm das keiner der Militärs gesagt? Aber muss man ihm überhaupt glauben, dass er tatsächlich diese Illusion hegte? Es kommt aber noch abenteuerlicher und verantwortungsloser!

„Meine Gedanken gingen in folgende Richtung: Wenn wir die Raketen heimlich installieren und wenn die Vereinigten Staaten erst entdecken, dass sich Raketen dort befanden, wenn diese bereits auf ihr Ziel gerichtet und abschussbereit waren, dann würden die Amerikaner es sich zweimal überlegen, bevor sie versuchten, unsere Einrichtungen mit militärischen Mitteln zu vernichten. Ich wußte, dass die Vereinigten Staaten zwar einige unserer Einrichtungen zerstören konnten, aber nicht alle. Wenn ein Viertel oder auch nur ein Zehntel unserer Raketen erhalten blieb – oder wenn auch nur eine oder zwei übrigblieben -, dann konnten wir noch immer New York treffen und dann würde von New York nicht mehr viel da sein."

Bleibt zu fragen: Und in welche Richtungen gingen seine Überlegungen für den wahrscheinlichsten Fall, nämlich den, dass die Installierung der Raketen viel früher entdeckt werden würde? Darüber schreibt er nichts, aber das ist gerade der Fall, mit dem er mit Sicherheit rechnen mußte und ebenso sicher auch gerechnet hat. Was für diesen Fall vorgesehen war, dürfte genau das sein, was dann nach der sehr frühen „Entdeckung" der Einfuhr der Raketen und ihrer begonnenen Installierung geschah – ein diplomatischer Notenwechsel, mit der US-Forderung nach Abbau der Raketen und der Kontrolle des Abbaus durch eine „UNO"- (sprich USA)- Kontrollkommission, der Chruschtow dann ohne Befragung Castros zustimmte, währnd Kennedy das billige Versprechen abgab, Kuba nicht anzugreifen.

Hätte Castro die Ausführung dieser hinter seinem Rücken zwischen Chruschtschow und Kennedy getroffenen Abmachung zugelassen, dann hätten die USA außer ihren Truppen in Guantanomo auch noch eine Kommission im Lande gehabt, der es nicht schwer gefallen wäre, einen Vorwand zu finden, um Castro irgendwelcher Regelverstöße, die Sanktionen rechtfertigen, nachzuweisen. Castro aber fand den klügsten Weg, diese zweiseitige Intrige zu durchkreuzen: Er stimmte der Untersuchungskom-

mission zu, aber nur unter der Bedingung, dass Kuba seinerseits eine Untersuchungskommission in die USA, nach Miami, schickt zur Untersuchung der Machenschaften der dortigen Exil-Kubaner gegen Kuba. Damit war die Frage einer Untersuchungskommission in Kuba erledigt.

6.

Chruschtschow rühmt sich in prahlerischster Weise, das Überleben des sozialistischen Kuba gesichert zu haben.

„Mein Brief an Castro beendete eine Episode der Weltgeschichte: Indem wir die Welt an den Rand eines Atomkrieges brachten (!), gewannen wir ein sozialistisches Kuba... Die Karibische Krise war ein Triumph der sowjetischen Außenpolitik und ein persönlicher Triumph in meiner eigenen Laufbahn als Staatsmann und als Mitglied der kollektiven Führung."

Chruschtschow rühmt sich zu Unrecht! Die vier Jahrzehnte seit der von Chruschtschow ausgelösten Kuba-Krise haben eindeutig bewiesen: Um Kubas Überleben zu sichern, bedarf es keiner an den Rand des Atomkrieges führenden Aktion á la Chruschtschow! Die Sowjetunion und ihre europäischen Verbündeten sind untergegangen – die USA haben aber dennoch keinen Krieg gegen Kuba begonnen, und Castros Kuba hat allem Druck und allen Erdrosselungsversuchen, sogar denen eines so kriegssüchtigen Präsidenten wie Bush jr., standgehalten!

Das erste und Hauptverdienst dafür haben das kubanische Volk und seine Führung: Fidel Castro und die Kommunistische Partei Kubas! An zweiter Stelle zu nennen ist die weltweite Solidaritätsbewegung für Kuba, an dritter Stelle der wachsende Widerstand von immer mehr Völkern und Staaten auf allen Kontinenten der Erde gegen den Weltausbeuter und Weltpolizisten, den USA-Imperialismus.

7.

Chruschtschow dagegen rühmt in echter Revisionisten-Manier als zweiten Friedensretter niemand anders, als den USA-Präsidenten Kennedy, (der nach der Karibik-Krise fortfuhr, Pläne zu schmieden für Sabotage- und Diversionsakte in Kuba und für neue Interventionen gegen Kuba und Mordanschläge auf Fidel Castro! (Nachzulesen bei Horst Schäfer: Im Fadenkreuz: Kuba!, S. 183 ff.) Als ob ihm das nicht durch die eigenen Geheimdienste berichtet worden wäre, schweigt sich Chruschtschow darüber aus.

Stattdessen lobt er - so überschwänglich wie früher den Präsidenten Eisenhower für dessen angebliche Friedensliebe - jetzt den Präsidenten Kennedy: „Die Episode endete mit einem Triumph des gesunden Menschenverstandes. Ich werde mich an den verstorbenen Präsidenten immer mit tiefem Respekt erinnern, da er sich letzten Endes als besonnener Mann erwies, entschlossen, einen Krieg zu vermeiden. Er ließ sich weder erschrecken, noch wurde er leichtsinnig. Er überschätzte Amerikas Macht nicht, und er hielt sich einen Ausweg aus der Krise offen. Er bewies wirkliche Klugheit und echtes staatsmännisches Können, als er den rechtsgerichteten Kräften in den Vereinigten Staaten, die ihn zu einer militärischen Aktion gegen Kuba aufzustacheln versuchten, den Rücken kehrte."

8.

Man mag fragen: Lobte Chruschtschow hier Kennedy nicht zu Recht? Haben die beiden die Welt nicht vor dem Inferno eines Atomkrieges gerettet? So stellte Chruschtschow es dar, und so wird es bis heute geglaubt und in die Geschichtsbücher geschrieben. Aber muß man das glauben? Ich hatte daran schon damals meine Zweifel. In mein politisches Tagebuch schrieb ich am 30. Oktober 1962:

„Die Westpresse und die reaktionärsten Politiker sind sich alle im Lob Chruschtschows als des `Realisten´, der den Weltfrieden gerettet hat, einig. Diese Seite der Angelegenheit wirft die Frage auf, in welchem Maße die Kuba-Krise nicht überhaupt ein abgekartetes Spiel war, dazu bestimmt, die Welt durch die Aussicht eines Atomkrieges in Angst und Schrecken zu versetzen, um sie dazu bereit zu machen, den Friedensbringern auf den Knien zu danken. In dieser Hinsicht hat die ganze Geschichte verdammt viele Parallelen zu München! Es wird vorläufig in der SU sehr schwer sein (in der Parteiführung), gegen Chruschtschow aufzutreten, solange nicht die Ereignisse ihr Urteil gegen ihn gefällt haben." Wenige Seiten weiter vermutete ich, was ich erst später durch Chruschtschow selbst, in seinen Erinnerungen, bestätigt fand: Chruschtschow, schrieb ich, „hat offenbar gegen den Aufbau sowjetischer Raketen in Kuba keinerlei Einwendungen erhoben; es würde durchaus in sein Konzept passen, wenn er sogar der treibende Teil bei der ganzen Angelegenheit gewesen wäre." (Taubenfußchronik Bd. II, S. 371 f., S. 378).

9.

Der Hintergrund, vor dem sich die Karibik-Krise ebenso wie die Berlin-Krise abspielte, war die zunehmende Unsicherheit der Position Chruschtschows an der Spitze von Partei und Staat und das Interesse auch der Westmächte daran, Chruschtschow, den

Stalin-Bekämpfer, und Tito-Rehabilitierer, den Mann, der mit dem roten China gebrochen hatte und seit Jahren die Versöhnung mit den USA betrieb, an der Macht zu halten. Wie aber sollte das geschehen? Durch unveränderte Fortführung dieser Politik, die zur Schwächung und Gefährdung seiner Position geführt hatte?

Nein, seine schon nach der ungarischen Konterrevolution erfolgreich angewandte Methode zur Festigung seiner erschütterten Position war es, sich zum eifrigsten und „radikalsten Vorkämpfer" der in der Sowjetunion, in der kommunistischen Welt und in der damaligen Weltfriedensbewegung dringendsten und populärsten Forderungen aufzuspielen.

Das waren Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre zwei Forderungen:

- In Europa: die Beendigung der Rolle Westberlins als „Frontstadt" des kalten Krieges, als „Pfahl im Fleische der Deutschen Demokratischen Republik", als „billigste Atombombe des Westens" gegen die Welt des Sozialismus.

- In Amerika: Die Sicherung Kubas vor einer USA-Intervention.

10.

Vor diesem Hintergrund spielte sich auch das „Gipfeltreffen" Kennedy-Chruschtschow in Wien am 3./4.Juni 1961 ab. Beide Fragen – Westberlin und Kuba – dürften bei diesem Treffen im Mittelpunkt gestanden haben, fand es doch statt etwa anderthalb Monate nach dem US-gesteuerten, aber schmählich gescheiterten Interventionsversuch von Exilkubanern in der Schweinebucht, und auf dem Höhepunkt der Krise um Westberlin, die dann durch die Schließung der Grenzen der DDR nach Westberlin am 13. August 1961 beendet wurde.

Dass die Frage Westberlin in Wien Gegenstand der Besprechung war, wurde durch das Memorandum der UdSSR „Über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlin-Problems" der Öffentlichkeit mitgeteilt. (Taubenfußchronik, Band II, S. 285 ff.) Später wurde bekannt, dass damals Kennedy die Versicherung abgab, sich gegenüber der Grenzschließung auf verbale Proteste zu beschränken. Das heißt, er hatte Verständnis dafür, daß es Chruschtschow nicht länger möglich war, die Grenzschließung weiter hinauszuzögern.

Dagegen wurde nichts darüber mitgeteilt, ob auch Kuba Gegenstand der Besprechungen war. Doch spricht der ganze Ablauf der „Karibik-Krise" dafür, dass beide Seiten sich darauf geeinigt haben, dass, was immer in der nächsten Zeit sich dort abspielen würde, beide Gesprächsteilnehmer alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um es nicht zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommen zu lassen, wie zugespitzt und

hochgespannt die Situation auch werden mochte. Das hieße, Kennedy hatte auch Verständnis dafür, dass Chruschtschow nicht umhin konnte, Entschlossenheit zum Schutz Kubas vor äußeren Angriffen zu demonstrieren.

Für die Annahme einer solchen Verständigung spricht Kennedys Weigerung während der ganzen Zeit der Kuba-Krise, der Forderung seiner Militärs nach bewaffnetem Einsatz nachzukommen, selbst dann noch, als ein US-Spionageflugzeug am 27. Oktober über Kuba abgeschossen wurde, wobei der Pilot seinen Tod fand und die Militärs in Kennedy drangen, dies „mit vermehrten Einsätzen der Luftwaffe und sofortigen Bombardements der Raketenstellungen zu beantworten." (Schäfer, S. 179).

Auch Chruschtschow erwähnt diesen Vorfall in seinen Erinnerungen und lobt dabei die Zurückhaltung Kennedys (S. 499): „Wir machten uns Sorgen, dass die Amerikaner, sobald wir uns zurückzogen, zur Offensive übergehen konnten. Aber nein, der gesunde Menschenverstand behielt die Oberhand. Ihre Schiffe verließen die kubanischen Hoheitsgewässer, aber ihre Flugzeuge umkreisten weiterhin die Insel. Castro gab den Befehl, das Feuer zu eröffnen, und die Kubaner schossen ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ U-2 ab. So wurde ein weiterer amerikanischer Spion – ebenso wie Gary Powers – von einer unserer Raketen heruntergeholt. Der Vorfall rief wildes Geschrei hervor. Zuerst waren wir besorgt, ob Präsident Kennedy die Demütigung auch würde verdauen können. Glücklicherweise jedoch geschah nichts, außer dass die Amerikaner mit ihrer Propaganda unverschämter wurden als je zuvor."

11.

Der beiden erwähnten Forderungen - Beendigung der Rolle Westberlins als Störzentrum gegen die DDR und Sicherung Kubas gegen feindliche Interventionen - nahm sich Chruschtschow in einer Weise an, die in kürzester Frist zu einer Spannung zwischen der Sowjetunion und den USA führte, die - so sollte es der Weltöffentlichkeit scheinen und so empfand es diese auch - beide Supermächte an den Rand des Atomkrieges brachte. In beiden Fällen erreichte er das dadurch, dass er die gerechten Forderungen der eigenen Seite der Gegenseite in ultimativer oder provokativer Form präsentierte und ihr dadurch die Begründung dafür lieferte, in gleicher oder noch schärferer Weise zu antworten.

In beiden Fällen nützten Chruschtschows „Vorstöße" der Gegenseite mehr als der eigenen. Wenn dennoch die Gegenseite ihre Ziele nicht voll erreichte, dann war das in beiden Fällen nicht das Verdienst Chruschtschows. Wie das im „Fall Kuba" verlief, haben wir schon gesehen.

Im Falle Westberlin forderte er in einer Rede am 10. November 1958 überraschend die Westmächte auf, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, der auch den Viermächtestatus von Berlin beenden und den Abzug aller vier Mächte aus Berlin festlegen sollte. Westberlin würde eine Freie Stadt sein und die Kontrolle aller Zugänge zu Westberlin würde die Sowjetunion in die Hände der DDR legen. Als Frist für die Unterzeichnung eines solchen Friedensvertrages nannte er sechs Monate. Sollten die Westmächte bis dahin dem Abschluß des Friedensvertrages nicht zugestimmt haben, werde die Sowjetunion einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen und ihr die Kontrolle über alle Zugangswege nach Westberlin übergeben.

Das sah nach einem engagierten Eintreten für die DDR aus. Das wäre es auch gewesen, wenn die SU tatsächlich nach sechs Monaten oder etwas später mit der DDR den angekündigten Friedensvertrag geschlossen hätte. Das hatte Chruschtschow im Ernst aber nie beabsichtigt, wie sein Handeln in den folgenden Jahren bewies: Chruschtschow fand immer wieder neue Gründe, die angekündigten Maßnahmen hinauszuschieben und einen neuen Termin anzukündigen. Jede dieser neuen Ankündigungen hatte für die DDR eine ganz böse Wirkung: Sie löste jedesmal eine neue Welle der Republikflucht aus, schadete also in bedrohlicher Weise der DDR und nützte der Gegenseite. Dieses üble Spiel dauerte fast zwei Jahre, bis zur Grenzschließung am 13. August 1961, mit der - vor allem auf den Druck der Bruderparteien hin - der Verzögerungspolitik schließlich ein Ende bereitet wurde. (Ausführlich dazu: Taubenfußchronik Band II, S. 258-303.) Chruschtschow aber stellte sich dar als einer, der unermüdlich für die DDR und die Sicherung ihrer Grenzen gekämpft und dies schließlich auf friedlichem Wege erreicht habe.

Nicht anders Gorbatschow zu Beginn seines Weges, der über Jahre der Irreführung über seine wahren Absichten erst gegen Schluß erkennen ließ und es danach sogar offen aussprach, dass das Ziel seines Weges nicht nur die Preisgabe der DDR, sondern das Ende der Sowjetunion als sozialistischer Staat, die Liquidierung des Sozialismus in Europa und sogar in China war.

Quelle: offen-siv März-April 2006

Dieter Itzerott / Kurt Gossweiler: Die Entwicklung der SED

Einführende Bemerkungen

Als Kommunisten müssen wir auf die Frage nach dem historischen Platz der SED in den Kämpfen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung eine eindeutige Antwort geben. Fast 20 Jahre nach dem Sieg der Konterrevolution und angesichts der nach wie vor andauernden massiven antikommunistischen Kriminalisierung der Geschichte der DDR, besonders der Rolle der SED, ist das wichtiger denn je. Diese Antwort ist von prinzipieller Bedeutung für die künftigen Kämpfe für Sozialismus und gegen Barbarei.

Darin wurzelt der Wunsch der Genossen der Griechischen Kommunistischen Partei an uns. (1) Für uns und zahllose andere Genossen hat diese Antwort auch einen sehr persönlichen Aspekt. Die SED war die Partei, in der und durch die wir revolutionäres Bewusstsein erlangten und eine wissenschaftliche Weltanschauung erwarben. In ihr sind wir politisch mündig geworden. In ihren Reihen formten sich die für einen Kommunisten unerlässlichen Eigenschaften: Klassenstandpunkt, Prinzipienfestigkeit und revolutionäre Disziplin. Dieses subjektive Erleben aber steht einem objektiven Urteil nicht im Wege, sondern bildet einen dialektischen Zusammenhang damit.

Dieter Itzerott hat im „RotFuchs“, April 2001, im Zusammenhang mit dem 55. Jahrestag des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD 1946 unter der Überschrift „Warum wir stolz auf die SED sind“ die These formuliert: „Die SED war die erfolgreichste Partei der deutschen Arbeiterbewegung“. Das löste zahlreiche unterschiedliche, aber überwiegend zustimmende Diskussionen aus. Sein vordergründiges Anliegen dabei war, der massiven Verleumdung, Diskriminierung und Kriminalisierung der SED selbstbewusst entgegenzutreten. Er schrieb, „dass wir die Geschichte unserer Partei nicht den `Reißzähnen der antikommunistischen Hyänen´ und der `Schamdemagogie´ linker Kleinbürger überlassen“ dürfen. Aus den Reihen der Mitstreiter gab es Bedenken gegen diese These. Angesichts der gravierenden Niederlage, die uns zugefügt wurde, war von „unangemessener Wortwahl“ die Rede. Dieter Itzerott dazu: „Ich erhebe keinen Anspruch auf eine endgültige oder alleingültige Bewertung der Rolle der SED in der Geschichte, aber ich sehe auch keinen Grund, der mich veranlassen könnte, unser Licht selbstanklägerisch unter den Scheffel zu stellen.“

Niederlagen gab es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung nicht nur eine, und es wäre gut, sich zu erinnern, wie Marx, Engels und Lenin damit umgegangen sind.

Eine abschließende, komplexe, konsequent marxistisch-leninistische Analyse der Ursachen unserer Niederlage liegt noch nicht vor. Am fundiertesten sind bisher Kurt Gossweilers Buch „Die Taubenfuß-Chronik oder Die Chrustchowiade“ und die von „offen-siv“ vorgelegte „Niederlagenanalyse“. Sie analysieren die Ereignisse richtig als komplexen Prozess aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Das Buch „Das Geschenk“ von Eberhard Czichon/Heinz Marohn wird dieser Anforderung ebenfalls weitgehend gerecht und enthält eine Fülle detaillierter Fakten dazu.

Unsere Arbeit soll sich, unter Beachtung dieser Komplexität, mit der DDR und ihrer führenden Partei, der SED befassen. Obwohl Dieter Itzerotts wertende These die historische Stellung der SED richtig umreißt, erfordert eine wissenschaftliche Analyse natürlich auch, Fehler, Defizite, Versäumnisse und Unvollkommenheiten zu benennen. Auch vor unangenehmen Wahrheiten darf man sich nicht drücken. Darauf werden wir noch gründlich zu sprechen kommen. Aber das hat mit Zurückweichen vor der Hetze des Feindes und mit Prinzipienlosigkeit und kleinbürgerlichem Moralisieren nichts gemein.

Zwei Aussagen werden ein besonderes Gewicht bei unseren Urteilen und Bewertungen haben. Zum einen die Aussage Lenins „Man darf nicht vergessen, dass man zugrunde gehen kann unter Verhältnissen, wo die Schwierigkeiten zwar groß sind, der Untergang aber nicht im geringsten, nicht im allergeringsten zwangsläufig ist“. (Lenin Werke, Bd 33, S. 194) Und die Aussage, die der italienische Marxist-Leninist Gramsci getroffen hat, indem er mit dem Hinweis auf Hegel sinngemäß formulierte, „dass eine Partei Fehler begehen kann, Irrtümern unterliegen kann“ und dies „Ausdruck entstandener, noch nicht oder unzureichend erkannter Widersprüche und Probleme“ nannte.

Der wissenschaftliche historische Materialismus ist Grundlage unserer Arbeit. Sie ist eine Kampfansage gegen Geschichtsrevisionismus und alle Spielarten des Revisionismus!

Auf welche politischen Leistungen kann die SED verweisen, was ist das Bewahrenswerte und hat damit den Anspruch, als gültige Lehre für den weiteren Kampf für eine sozialistische Gesellschaft in Zukunft zur Verfügung zu stehen?

Die Vorgeschichte der SED

Historische politische Grundlage für das Wirken der KPD/SED nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus waren die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, besonders ihres VII. Weltkongresses 1935 und der Brüsseler Konferenz der KPD. Ihre wichtigsten Erkenntnisse bestanden darin, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen und eine breiten Bewegung zum Sturz des Faschismus zu schaffen. Das war nur möglich, wenn als nächstes Ziel und Losung nicht der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats formuliert wurde, sondern die Volksfront für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Die wichtigsten Etappen auf diesem neuen Kurs waren

- die Berner Konferenz der KPD (Januar-Februar 1939);

- der Aufruf zur und die Gründung des „National-Komitees Freies Deutschland“ (NKFD) im Juli 1943;

- die Jalta-Konferenz der drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition; (Beschluss über die Besatzungszonen in Deutschland und der Alliierten Kommission in Berlin).

Die geschichtliche Realität für diesen Kurs schuf der Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Hitlerdeutschland am 8./9. Mai 1945.

Damit waren die Grundlagen für die zukünftigen Entwicklungen in Deutschland vorgezeichnet - nach dem Sieg Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und Berlins in vier Sektoren, am 5. Juni 1945 Bildung des Alliierten Kontrollrates in Berlin, am 9. Juni 1945 Bildung der sowjetischen Militärverwaltung (SMAD) in der sowjetisch besetzten Zone. Am 10. Juni 1945 gestattet die SMAD durch den Befehl Nr. 2 die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften und die Gründung einer antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 war ein grundlegendes marxistisch-leninistisches Dokument, das voll der Linie des Weltkongresses entsprach und eine hervorragende Anwendung auf die konkret-historische Situation in Deutschland war. Es war ein zutiefst schöpferisches Dokument. Die verleumderische Unterstellung, dass eine formale Übertragung sowjetischer Verhältnisse erfolgt wäre, entbehrt jeder Grundlage. Ein antifaschistisch-demokratischer Neuaufbau wurde zum Ziel erklärt. Der Hauptstoß des politischen Kampfes war gegen Faschismus, Militarismus und deren Träger gerichtet. Es ging also von Anbeginn an nicht nur um die sowjetisch besetzte Zone, sondern um ganz Deutschland! Der im antifaschistischen Kampf gereifte Wille bei Kommunisten und Sozialdemokraten zur Einheit der Arbeiterklasse war nicht nur im sowjetisch besetzten Osten, sondern auch im Westen stark. Der Aufruf der KPD war eine tragfähige politische Plattform für die Aktionseinheit von KPD und SPD und aller antifaschistischen Kräfte. Das Neue war, dass die proletarische Klassenlinie in

der SPD stark hervortrat. Wenn auch der Faktor der Selbstbefreiung des deutschen Volkes vom Faschismus fehlte, war die gesellschaftliche, revolutionäre Veränderung eine objektive Notwendigkeit. Die konsequente Verwirklichung der Ziele und Prinzipien der Anti-Hitler-Koalition in Form der Beschlüsse von Potsdam war für Kommunisten und Sozialisten gleichbedeutend mit ungekannten Möglichkeiten, sich zu organisieren, ihre Kräfte zu entfalten und auf alle Prozesse des gesellschaftlichen Lebens bestimmenden Einfluss zu nehmen.

Die Besatzungsmächte der imperialistischen Staaten kamen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht oder nur verzerrt nach. Ihre Ziele bestanden darin, ihr imperialistisches System zu schützen, den deutschen reaktionären Kräften eine Atempause zur Sammlung und Umgruppierung ihrer Kräfte zu verschaffen, alte Machteliten in Position zu bringen. Den antifaschistischen Kräften dagegen wurde jede öffentliche Betätigung auf längere Zeit untersagt.

Worin bestanden von Anfang an die besonderen Schwierigkeiten des Kampfes der KPD?

Die Befreiung Deutschlands musste von außen erfolgen, weil die Mehrheit der Deutschen den Faschisten bis zum Schluss folgte und erfüllt war mit faschistischer Ideologie, vor allem mit Antikommunismus und Furcht vor und Hass gegen die Sowjetunion.

Das deutsche Volk befreite sich also nicht selbst vom Faschismus, sondern musste von den „Feindmächten“ befreit werden.

Das hat die Befreiung der Köpfe der Menschen von faschistischer Ideologie, von Rassismus, Nationalismus, Antikommunismus und Feindschaft gegen die Sowjetunion viel schwerer gemacht als in allen anderen befreiten Ländern (vielleicht Polen ausgenommen).

Ferner: Zwei Drittel des Landes waren von den imperialistischen Siegermächten besetzt. In diesen Teilen befanden sich die wirtschaftlich, besonders industriell am stärksten entwickelten Gebiete nicht nur Deutschlands, sondern Europas. Mit ihnen aber waren Industrie und Landwirtschaft der sowjetisch besetzten Zone (SBZ), also der späteren DDR, eng verflochten, daher in ganz anderem Maße von ihnen abhängig als umgekehrt die Westzonen von der SBZ. Die Abhängigkeit der Wirtschaft der SBZ von Lieferungen der Westzonen war ferner besonders groß, weil sich in den Westzonen Deutschlands auch der größte Teil der - wenigen - natürlichen Rohstoffe befand, über die Deutschland verfügte, vor allem der Steinkohle.

Und weiter: Die Sowjetunion forderte völlig zu Recht Wiedergutmachung durch Arbeitsleistung und Reparationen, vor allem in Gestalt von Warenlieferungen. Da die

Westmächte aus ihren Zonen keine Reparationen an die SU lieferten, musste die SBZ und später die DDR die Reparationslasten alleine tragen. Das drückte natürlich auf die Lebenshaltung der Bevölkerung.

Die USA, die am Kriege allseitig gewonnen hatten, boten finanzielle Unterstützung, den Marshall-Plan, für alle Zonen an, aber gebunden an Bedingungen, die auch die Entwicklung in der SBZ praktisch den Weisungen und der Kontrolle der US-Regierung über ihren Hochkommissar in der Alliierten Kontrollkommission unterstellt hätte. Damit hätten die USA die Möglichkeit gehabt, den Bruch der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, den sie durchführten, um das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus als Speerspitze des schon vorbereiteten kalten und eines durchaus auch vorgesehenen heißen Krieges gegen die Sowjetunion zu ermöglichen, auch in die SBZ hineinzutragen. Die Übernahme des Marshall-Planes auch für die SBZ wurde deshalb von der Sowjetregierung im Interesse der Bevölkerung sowohl der SBZ wie auch der Bevölkerung ganz Deutschlands abgelehnt, was aber von den Westmächten recht wirkungsvoll zur antisowjetischen Stimmungsmache benutzt wurde mit dem Argument: „Die USA helfen dem deutschen Volk, die Sowjets nehmen ihm auch noch das Letzte“.

Besonders erschwerend für die eigenständige progressive Entwicklung in der SBZ und der späteren DDR war die Existenz Westberlins als Zentrum aller feindlichen Anschläge der imperialistischen Westmächte und des wiedererstehenden deutschen Imperialismus gegen die SBZ/DDR und die Sowjetunion mitten im Gebiet der SBZ und der späteren DDR, von dem aus und zu dem bis 1961 die Grenzen in beiden Richtungen unkontrolliert überschritten werden konnten.

Schließlich: Die Teilung des Landes und der Nation machte im Bewusstsein der Bevölkerung in ganz Deutschland die Wiederherstellung der Einheit des Landes und der Nation zur Aufgabe Nummer Eins.

Das bedeutete für die SBZ, dass sie die im Interesse der Schaffung einer konsequenten antifaschistisch-demokratischen Ordnung notwendigen Maßnahmen nicht im Gleichschritt mit den volksdemokratischen Ländern ergreifen konnte, sondern immer dabei bedenken musste, keine Maßnahmen durchzuführen, welche die Einigung erschweren oder gar unmöglich machen würden. Noch existierte die deutsche Nation, von der die Bevölkerung der SBZ/DDR ein Teil war und deren Wiedervereinigung in einem einheitlichen, antifaschistisch-demokratischen Deutschland das ausdrückliche Ziel auch und gerade der fortschrittlichen Kräfte, der Kommunisten war und sein musste.

Zum anderen gehörte die SBZ/DDR zur Gemeinschaft der Länder, die nach ihrer Befreiung durch die Sowjetunion und - in unterschiedlichem Maße - durch den eige-

nen Kampf gegen die faschistischen Okkupanten den Weg der volksdemokratischen Entwicklung beschritten hatten.

Das Gefühl und das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit mit diesen Ländern und Völkern, normal und selbstverständlich für kommunistische und sozialistische Internationalisten, musste der Mehrheit der Bevölkerung, die 12 Jahre, davon fast die Hälfte im Krieg gegen eben diese Völker, nationalistisch und chauvinistisch verhetzt worden war, erst nahe gebracht und mit großer Geduld immer wieder als die normale, im ursprünglichsten Interesse des deutschen Volkes liegende Einstellung bewusst gemacht werden.

Die Bedingungen für die Formierung des subjektiven Faktors dieses gesellschaftlichen Prozesses waren sehr kompliziert. 12 Jahre Faschismus hatten auch in der Arbeiterklasse tiefe Spuren hinterlassen. Die besten Kräfte waren dem Terror zum Opfer gefallen. Zur Arbeiterklasse stießen viele der entwurzelten Angehörigen anderer Klassen, ehemalige Angehörige des faschistischen Machtapparates und Träger kleinbürgerlicher und bürgerlicher Ideologie. Die faschistische Demagogie wirkte länger, als erkannt wurde. Dazu kam das Wirken der rechtsopportunistischen Kräfte der SPD in den Westzonen, in Anlehnung an die imperialistischen Besatzungsmächte die neu zu formierende SPD in antikommunistische Richtung zu lenken.

Trotz dieser negativen Erscheinungen kam der Prozess der Formierung der antifaschistisch-demokratischen Einheitskräfte voran. Am 14. Juli 1945 entstand als Quelle des Mehrparteiensystems der „Demokratische Block“. Am 21. Dezember 1945 kam es zur gemeinsamen Konferenz der KPD und SPD, um den Zusammenschluss ideologisch und organisatorisch vorzubereiten. Noch vor der Vereinigung der Parteien kam es, ermöglicht durch die Förderung seitens der Sowjetischen Besatzungsorgane (Befehle der SMAD) am 7. 3. 1946 zur Gründung einer antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation, der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) und zur Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“(FDGB).

Der Einheitswille war 1945, hervorgegangen aus den bitteren Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes, sehr ausgeprägt und setzte sich elementar durch. Im Zusammenhang mit dem Drängen nach antifaschistischen und antikapitalistischen Veränderungen bildeten die völkerrechtlich bindenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz die politische Grundlage des Vereinigungsprozesses. Auf das Gerede der Vereinigungsgegner von der „Zwangsvereinigung“ gibt es eine überzeugende Antwort: Der einzige „Zwang“, der bei diesem historischen Prozess ausgeübt wurde, war der „Zwang der Lehren der Geschichte“ (Werner Bruschke, Sozialdemokrat, Land Sachsen-Anhalt, mit B. Koenen, Kommunist, Initiator der Vereinigung in diesem Landesverband.)

Am 21. und 22. April 1946 fand der gemeinsame Parteitag von KPD und SPD in Berlin statt. Die Herausbildung und Entwicklung der Einheitspartei war ein Prozess, der in einem zutiefst demokratischen Procedere durchgeführt wurde, verlief aber nicht ohne Konflikte und Fehler. Nicht wenige Irrtümer hingen mit revolutionärem Übereifer und subjektivem Unvermögen zusammen. Tief verwurzelter Opportunismus einerseits und Tendenzen des Sektierertums andererseits mussten überwunden werden. Es gab Traditionsgebundenheit, Emotionen und Rivalitäten. Hinzu kam ein enormer Mangel an marxistisch gebildeten Kadern, von denen die meisten dem faschistischen Terror zum Opfer gefallen waren. Überspitzungen und der Rückgriff auf falsche Methoden blieben nicht aus. Doch das alles war eher marginaler Natur und kann nicht als Maßstab der historischen Bewertung der Ereignisse genommen werden. Diese inneren Seiten der Ereignisse fielen mit Veränderungen grundsätzlichen Charakters der äußeren Bedingungen zusammen.

Mit der Jahreswende 1945/46 ging die unmittelbare Nachkriegsphase zu Ende. Ende Dezember 1945 hatte der US-Präsident Truman erklärt „dass den USA die Verantwortung für die Führung der Welt auferlegt worden sei." Und am 05. März 1946 hielt der englische Premier Winston Churchill in Fulton, USA, seine berüchtigte Rede, die als Beginn des „Kalten Krieges" in die Geschichte einging.

Die ersten Aufgaben der SED

Es zeigte sich bald, dass die sorgfältige Beachtung der Dialektik der inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen an Bedeutung gewann. Die neu gegründete Partei reagierte mit Beschlüssen zur Verstärkung der Bildungs- und Schulungsarbeit (Einführung von Bildungsabenden, Durchführung von Wochenendkursen, Schaffung von Kreis- und Landesschulen; April 1946 Gründung des parteieigenen „Dietz-Verlages" für Herausgabe und Vertrieb marxistisch-leninistischer Literatur).

Der II. Parteitag (20.-24. September 1947) stellte fest, dass die Partei die Mitgliederzahl von 1,8 Mio. Mitgliedern erreicht hatte. Der Parteitag traf die reale Einschätzung, dass die Aktivität und das Bewusstsein der Parteimitglieder nicht mit dem zahlenmäßigen Wachstum und den neuen Anforderungen Schritt hielt. Er erhob die Forderung zur Intensivierung der Schulungsarbeit und forcierte die Bildung von Betriebsgruppen der SED. Die Partei verband sich enger mit der Arbeiterklasse.

Die revolutionären Veränderungen nach 1945 gingen über die Phase der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung hinaus. Die Beschlüsse von Potsdam hatten dafür die Grundlage geschaffen. Es wurden Aufgaben in Angriff genommen, die in ihrem Wesen bereits volksdemokratischen, sozialistischen Charakter hatten. So war es am

30. Juni 1946 im Land Sachsen zu einem Volksentscheid gekommen, in dem mit 77,6% die entschädigungslose Enteignung der Betriebe der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher vollzogen wurde. Das war ein Barometer für die Bewusstseinslage der Arbeiterklasse. Auf der Grundlage des Volksentscheids wurden in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone durch Gesetz die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet und in Volkseigentum überführt.

Mit den 6.000 Betrieben, die durch die Enteignung der Kriegsverbrecher in Volkseigentum übergegangen waren, wurde in der sowjetisch besetzten Zone die ökonomische Machtgrundlage des Imperialismus beseitigt. Die Partei ging, gestützt auf diese neue Grundlage und das wachsende Bewußtsein der Arbeiterklasse, zu ersten Schritten der Wirtschaftsplanung über. Am 30. Juni 1948 beschloß der Parteivorstand der SED den Entwurf für den ersten Zweijahresplan. Mit der Planung in der Wirtschaft entstand die Notwendigkeit und Möglichkeit für einen Wirtschaftsaufschwung. Aber 1948 war in der Industrie erst ein Grad von höchstens 60% des Jahres 1936 erreicht. Die Gleichmacherei in der Bewertung der Arbeitsergebnisse war eine der Ursachen. Die Entlohnung nach der realen Arbeitsleistung mußte durchgesetzt werden. Dem Ruf der Partei folgte ein Kommunist, der Bergmann Adolf Hennecke, der am 13. August 1948 in einer Schicht anstelle von 6,3 Tonnen 24,4 Tonnen Kohle förderte. Das waren gegenüber den geltenden Normen 387%. Der Weg war gewiesen, der Durchbruch erzielt.

Zwar fand bei einem großen Teil der Arbeiter dieses Beispiel zunächst keine Zustimmung, doch mit der Bewegung zur freiwilligen Leistungssteigerung war der Grundstein für den Wettbewerb als neuer Zug der Arbeiterbewegung gelegt. Es dauerte noch einige Jahre (siehe 17. Juni 1953) - auch weil die Partei es zunächst versäumte, die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten und zunächst versuchte, diese neue Bewegung auf administrativem Wege durchzusetzen. Nach der Korrektur dieser Fehler wurde dieses Beispiel schließlich zur wichtigsten Massenbewegung der Arbeiterklasse zur Leistungssteigerung.

Auf der Grundlage klärender Diskussionen zwischen KPD und SPD wurde der breiten Forderung der Landarbeiter und werktätigen Bauern entsprochen und die Aufteilung des Großgrundbesitzes der militaristischen Junker und aktiven Nazis in Form einer Bodenreform vollzogen, ein staatlicher Bodenfond geschaffen und Boden und Inventar an landarme Bauern, Landarbeiter und Umsiedler übereignet. Diese Bodenreform wurde zu einer in der deutschen Geschichte bis dahin beispiellosen, siegreichen revolutionären Massenaktion. Sie wurde durch demokratisch gewählte Bodenreformkommissionen durchgeführt, der über 50.000 Mitglieder angehörten. Über 200.000 Landarbeiter erhielten Boden und Inventar für neue Wirtschaften. Etwa 125.000 landarme Bauern und Kleinpächter erweiterten durch Übernahme von Neuland ihre Wirtschaf-

ten. Etwa ein Drittel des Bodenfonds verblieb in den Händen staatlicher und kommunaler Organe. Diese revolutionären Veränderungen haben neue Klassen- und Machtverhältnisse hervorgebracht.

Diese Tatsache vor allem war es, die die wütende Reaktion der imperialistischen Kräfte und der rechten Sozialdemokratie, die von den imperialistischen Besatzungsmächten gestützt wurden, hervorrief.

Trotz der vollzogenen revolutionären Veränderungen waren die ökonomischen Möglichkeiten einer Restauration des Kapitalismus noch groß. Hinzu kam, dass erkannt werden musste, dass die völlige Überwindung der ideologischen Nachwirkungen des Faschismus eine längere Zeit erforderte, was Auswirkungen auf die ideologische Reife des subjektiven Faktors hatte. Die beschleunigte Entwicklung der SED auf Basis des Marxismus-Leninismus erwies sich als dringendes Erfordernis. Der politisch-ideologische Klärungsprozess musste also zielgerichtet und auf höherer Stufe weitergeführt werden. 1948 war die Lage so, dass unter Einfluss des Klassenkampfes die gesellschaftlichen Widersprüche der Übergangsperiode schroff zu Tage traten und auch der Kalte Krieg sich verschärfte. Es stand die Alternative: konsequente Weiterführung der revolutionären Umwälzung in Richtung von Maßnahmen volksdemokratischen Charakters mit sozialistischer Orientierung - oder deren Preisgabe und Restauration des Kapitalismus.

Die Gründung der DDR

Nachdem die herrschenden Kreise der Westzonen in Abstimmung mit den imperialistischen Besatzungsmächten den Weg der Spaltung der Nation beschritten und den Separatstaat BRD geschaffen hatten, stand eine Entscheidung mit historischem Charakter an.

Die Gründung der DDR war eine notwendige Antwort auf die Gründung des westdeutschen Separatstaates und fand die volle Unterstützung der Sowjetunion. Erinnert sei an die Würdigung der historischen Bedeutung der Gründung der DDR durch das Telegramm Stalins, in dem es hieß: „Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht… Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutsch-

land legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten…“

Die Gründung der DDR als kühne, unmittelbare Reaktion auf die entstandene Lage darf mit Fug und Recht als eine historische Leistung der SED gemeinsam mit ihren Bündnispartnern betrachtet werden. Sie wird bis heute als „die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung“ gesehen. Auf deutschem Boden entstand ein Staat der Arbeiter und Bauern, der dem Einfluss der reaktionären Kräfte entzogen war. Die Tür zu neuen Perspektiven wurde aufgestoßen.

Nach der Gründung der DDR entwickelte sich eine neue Situation in der Machtfrage. Nun entstanden qualitative Anforderungen an die Arbeiterklasse und die SED und an ihren Anspruch auf Hegemonie bei der Meisterung der komplizierten neuen Prozesse. Die Partei musste politisch und organisatorisch so aufgestellt werden, dass sie imstande war, alle Bereiche der Gesellschaft als Ganzes zu führen und die revolutionären Umwälzungen konsequent weiterzutreiben. Ihre Formierung zur „Partei neuen Typs“ als Konsequenz der Anwendung der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie wurde zur aktuellen Aufgabe. Letztlich ging es um das Fundament für die Entwicklung, die den Sozialismus zur Perspektive machte. Das konnte nicht ohne innerparteiliche Auseinandersetzungen vollzogen werden. Dass in jener Zeit einige ehemalige SPD-Mitglieder, die diesen Kurs nicht akzeptieren wollten oder gegen ihn konspirierten, aus der Partei ausgeschlossen wurden, entsprach der Logik des Klassenkampfes. Die SED zeigte sich der neuen Situation gewachsen. Sie entwickelte eine geschlossene, marxistisch-leninistische Konzeption, die auch den Verpflichtungen gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung entsprach. Sie mobilisierte alle Kräfte zur Abwehr konterrevolutionärer Vorstöße. Besonders wichtig war die Hilfe für die bündnistreuen Kräfte in den Blockparteien (genauer dazu weiter unten) bei Zurückdrängung des proimperialistischen Flügels - die bislang schwerste Bewährungsprobe in den Blockbeziehungen.

Schritte zur Entwicklung der SED auf marxistisch-leninistischer Grundlage und der Übergang zum Aufbau des Sozialismus

- 1. Parteikonferenz, Januar 1949: Aufhebung der vom Vereinigungsparteitag beschlossenen paritätischen Besetzung aller Parteifunktionen; Einführung einer Kandidatenzeit bei Aufnahme in die Partei; Bildung eines Politbüros.

- III. Parteitag, 20.-24. Juli 1950: Systematische marxistisch-leninistische Schulung mit erstem einheitlichen Parteilehrjahr ab 1950/51; Überprüfung der Parteimitglieder. (2)

Zur Ausbildung qualifizierter Kader für die theoretische und praktische politisch-ideologische Arbeit wurden im Dezember 1951 das „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ geschaffen und zahlreiche Werke von Marx, Engels und Lenin herausgegeben.

Nach der Gründung der DDR konnte die Partei – anders als in den volksdemokratischen Nachbarländern – nicht die Aufgabe stellen, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Dort, in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien, war der Schritt von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Ordnung in den Jahren 1948/49 getan worden. In der DDR war das noch nicht möglich, weil - wie das ja auch im Stalin-Telegramm zum Ausdruck gebracht worden war - das erstrangige strategische Ziel noch die Herstellung eines einheitlichen demokratischen Deutschland war.

Aber früher oder später musste auch in der DDR eine klare Entscheidung über ihren weiteren Entwicklungsweg fallen, und das konnte - wenn es nicht gelang, in absehbarer Zeit das Ziel eines einheitlichen demokratischen Deutschland zu erreichen -, auf Grund ihres Klassencharakters nur die gleiche Entscheidung sein wie bei den brüderlich befreundeten östlichen Nachbarn. Seit 1950 gehörte die DDR schon dem 1949 gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) an.

Die Westmächte taten ihrerseits alles, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen, Westdeutschland zu remilitarisieren und zu einer Speerspitze für die Aggression gen Osten aufzurüsten. Schon im Dezember 1950 gaben die Teilnehmer der Ratstagung der NATO in Brüssel ihre „völlige Übereinstimmung über die Rolle, die Deutschland (also die BRD) in der NATO übernehmen könnte“, bekannt. Und im September 1951 einigten sich die USA, England und Frankreich in einer Konferenz in Washington über die Bedingungen der Remilitarisierung Westdeutschlands und über seine Eingliederung in die NATO.

Um dem entgegenzuwirken und um den Protest erheblicher Teile der westdeutschen Bevölkerung gegen den Remilitarisierungskurs und ihre Forderungen nach einer friedlichen Einigung Deutschlands zu unterstützen, forderte die Regierung der DDR im Februar 1952 in einer Note die vier Großmächte – die drei Westmächte und die UdSSR – dazu auf, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen.

Die Sowjetunion war die einzige der „Großen Vier“, die darauf eine positive Antwort gab. Mehr noch: Am 10. März 1952 richtete sie eine Note an die Westmächte mit dem Entwurf eines Friedensvertrages. Es war dies die berühmte Stalin-Note, über deren Zielsetzung und dahinter stehende Absichten Stalins schon ganze Bibliotheken füllende Artikel und Bücher geschrieben wurden und noch immer werden, wobei auch

unsinnigste und abwegigste Thesen vertreten werden (siehe dazu: Kurt Gossweiler, Benjamin Baumgarten und die „Stalin-Note“, in Streitbarer Materialismus, Nr. 22, Mai 1998, S. 61-74; zu finden auch im Internet unter http://kurt-gossweiler.de/?p=792).

Die Sowjetunion schlug in dieser Note vor, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und legte zugleich den Entwurf eines solchen Vertrages vor: Deutschland sollte als einheitlicher Staat in den vom Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen wiederhergestellt werden, eigene zur Verteidigung notwendige Streitkräfte besitzen dürfen und sich verpflichten, keine Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat der Anti-Hitler-Koalition richten.

Im Westen wurde gerätselt, ob dieser Vorschlag ernst gemeint war, und die bis heute vorherrschende Antwort darauf war und ist ein Ja; Stalin - so die Begründung dafür- habe die DDR nur als Handelsobjekt betrachtet, als ein Faustpfand, das gegen entsprechende Zugeständnisse des Westens an die Sowjetunion eingetauscht zu werden bestimmt sei. Ein bundesrepublikanischer Autor, Wilfried Loth, brachte diese Ansicht mit dem Titel seines 1994 bei Rowohlt in Berlin erschienenen Buches auf die kurze Formel: „Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte“.

Loth und alle, die seine Ansicht teilen - und dazu gehören seit der Rückwende auch ehemalige Historiker aus SED-Instituten, wie z.B. Wilfriede Otto, bis zum Ende der DDR Mitarbeiterin des Marx-Engels-Instituts, konstruieren folgerichtig daraus einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Zielen Stalins und Walter Ulbrichts hinsichtlich der Zukunft der DDR.

In Wirklichkeit bestand zwischen Stalin und Walter Ulbricht über die Zukunft der DDR als Glied in der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten Europas keine Meinungsverschiedenheit. Die gab es nur über die Frage des Tempos der Entwicklung hin zu diesem Ziel. (3)

Abschließend kann zur Stalin-Note und ihrer Bedeutung für die DDR gesagt werden: Für beide Seiten, die UdSSR- und die DDR-Führung, war klar, dass es - sofern es in absehbarer Zeit kein einheitliches, demokratisches und neutrales Deutschland geben würde - nur eine Entscheidung für den Sozialismus in der DDR geben konnte.

In dieser Situation hatte die Stalin-Note eine dreifache Bedeutung:

Erstens als Initialzündung für die Vereinigung aller Bemühungen in Ost und West zu einer großen, machtvollen Volksbewegung zur Erzwingung der Einheit Deutschlands als demokratischer und neutraler Friedensstaat.

Zweitens als Test dafür, ob es eine reale Chance gab, in absehbarer Zeit die Einheit Deutschlands auf einer solchen Grundlage zu erreichen.

Drittens als Prüfstein, der die Westmächte und die Adenauer-Regierung zwang, Farbe zu bekennen und vor aller Welt zu offenbaren, dass sie die Spaltung aufrechterhalten wollten - entsprechend der Adenauer-Devise: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."

Die Stalin-Note stellte damit klar, dass die Verantwortung für die Konsequenzen der Fortdauer der Spaltung – nämlich die weitere Auseinanderentwicklung der beiden Teilstaaten und eine Entscheidung der DDR für den sozialistischen Weg – ganz allein bei ihnen, den Westmächten und der BRD-Regierung, lag.

Die Ablehnung des sowjetischen Vorschlages und die beschleunigte Einbeziehung Deutschlands in das westliche aggressive Bündnissystem stellten nun den Übergang zum Aufbau des Sozialismus auch in der DDR auf die Tagesordnung.

Die II. Parteikonferenz (9.-12. Juli 1952)

Natürlich wurden die nächsten Schritte dazu mit der sowjetischen Führung beraten und abgesprochen.

Am 1. und 7. April 1952 beriet eine Delegation der SED-Führung - Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl - mit der Sowjetführung - Stalin, Bulganin, Malenkow, Molotow - über die nächsten vordringlichen Schritte in der DDR. Zwei Themen standen im Vordergrund:

Zum einen die Schaffung eigener Streitkräfte in der DDR - unumgänglich notwendig geworden angesichts der Aufrüstung in der Bundesrepublik und deren bevorstehender Einbeziehung in die NATO, zum anderen der Übergang zum Aufbau der sozialistischen Ordnung auch in der DDR.

Über Stalins Äußerungen zur ersten Frage in der Besprechung am 1. April notierte Wilhelm Pieck: „Volksarmee schaffen - ohne Geschrei. Pazifistische Periode ist vorbei." Und am 7. April notierte W. Pieck über Stalins Äußerungen zu diesem Thema: Der Westen hat „bisher alle Vorschläger abgelehnt... Demarkationslinie gefährliche Grenze... Bewaffnung muss geschaffen werden... Nicht Miliz, sondern ausgebildete Armee. Alles ohne Geschrei, aber beharrlich."

Und zur zweiten Hauptfrage, dem Übergang zum Aufbau des Sozialismus, sagte Stalin nach Piecks Notizen: „Schaffung von Produktiv-Genossenschaften im Dorfe, um Großbauern einzukreisen... Beispiele schaffen ... Niemand zwingen. Nicht schreien Kolchosen – Sozialismus. Im Anfang die Tat - Weg zum Sozialismus - staatliche Produktion ist sozialistischen Produktion." (Gossweiler, Benjamin Baumgarten, S.73.)

Stalin hat damit der SED-Führung gesagt: Ihr braucht gar nicht vom Sozialismus zu reden –-in der Industrie habt ihr ihn schon, denn unter euren Bedingungen ist staatliche Produktion schon sozialistische Produktion. Ihr braucht nur noch auf dem Lande Produktivgenossenschaften zuzulassen, dann bekommt ihr auch eine sozialistische Landwirtschaft. Ihr braucht dabei überhaupt nicht darüber zu reden, dass Ihr damit zum Sozialismus übergeht.

Damit sind eindeutig die Legenden aus bürgerlich-antikommunistischen und wendehälsisch-antikommunistischen Quellen widerlegt, Ulbricht habe entgegen Stalins Willen in der DDR den Aufbau des Sozialismus proklamiert.

Zum 9. bis 12. Juli 1952 wurde vom ZK der SED die II. Parteikonferenz einberufen. Als die Parteikonferenz begann, hatte mit wenigen Ausnahmen keiner der über 1.500 Delegierten und fast 500 Gastdelegierten und 2.500 Gäste eine Ahnung davon, welch gewaltiger historischer Beschluss diese Tagung, die nicht einmal ein Parteitag, sondern „nur“ eine Parteikonferenz war, zu der nach dem Vereinigungsparteitag unvergesslichsten Parteitagung der SED machen würde.

Dazu wurde diese Konferenz, als Walter Ulbricht in seinem Referat über die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED zu der Schlussfolgerung gelangte: „Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind jetzt so weit entwickelt, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist... In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus den Reihen der werktätigen Bauern und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“

Nach diesen für fast alle überraschenden Feststellungen brach ein überwältigender Begeisterungssturm aller Teilnehmer aus. Otto Buchwitz, der als Führer der Sozialdemokraten Sachsens 1946 mit Hermann Matern, dem damaligen Führer der KPD in Sachsen, die Vereinigung beider Parteien in diesem Lande verwirklicht hatte, schrieb darüber in seinen Erinnerungen: „Ein ungeheurer Jubel brandete in den weiten Räumen der Werner-Seelenbinder-Halle bei der Verkündung dieses Vorschlages auf. Jene Delegierten, die bereits in der Weimarer Republik oder noch früher, im kaiserlichen Deutschland, für das historische Ziel der revolutionären Arbeiterklasse gekämpft hatten, waren sichtlich ergriffen.“

Das traf auch ganz besonders auf ihn selbst zu. Seine Rede hinterließ bei allen Teilnehmern einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck, als er sagte: „Wir haben es immer gewollt! Wir haben es ersehnt! Wir haben es in uns getragen wie einen heiligen

Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben gelitten und Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann... Ich erlebte manche Zeitenwende. Immer wieder mussten wir mit Bitternis feststellen, dass die Reaktion verstand, solchen Zeitenwenden ihren Stempel aufzudrücken. Ich glaube, dieser Zeitenwende, an der wir uns befinden... drücken wir den Stempel unseres Wollens auf!“

Die Entscheidung, nunmehr auch in der DDR den Sozialismus aufzubauen, bedeutete aber nicht, den Kampf um die Einheit Deutschlands aufzugeben.

Sie wurde vielmehr verstanden als erster Schritt zur Herstellung eines demokratischen, fortschrittlichen und sozialistischen Gesamt-Deutschland. Dies wurde auch in der sozialistischen Verfassung der DDR vom 6. April 1968, von der die erste Verfassung vom 7. Oktober 1949 abgelöst wurde, im Absatz 2 des Artikels 8 mit den Worten zum Ausdruck gebracht: „Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben ... die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“

Die Beschlüsse der II. Parteikonferenz waren die radikalste und längst fällig gewesene revolutionäre Umwälzung, die Deutschland bis dahin erlebt hatte. Die SED hat unter Führung von Walter Ulbricht einen ebenso entschlossenen wie flexiblen Kampf zur Verteidigung einer marxistisch-leninistischen Linie der SED geführt.

Die Gegenschläge der Feinde im Lager des Imperialismus und im eigenen Lager ließen nicht lange auf sich warten.

Im Sommer 1952 verkündete der USA-Außenminister John Foster Dulles den Übergang der USA von der Politik der „Einschränkung“, des „Containment“, zur Politik der „Befreiung“ und des „Roll-back“, des „Zurückrollens“ gegenüber dem Sozialismus. Diese offen konterrevolutionäre Politik, die eine weitere Verschärfung des Kalten Krieges bedeutete, erhob der neue USA-Präsident Dwight D. Eisenhower bei seinem Amtsantritt Anfang 1953 zum offiziellen Regierungskurs der USA.

Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt - Der 17. Juni 1953

Das Jahr 1953 war eine Zeit brisanter Entwicklungen von hoher geschichtlicher Intensität.

Ein - wie sich bald erwies - folgenschweres Ereignis war der Tod Jossif Wissarionowitsch Stalins am 5. März 1953. Er löste weltweit bei allen Kommunisten große Erschütterung und bei allen Freunden der Sowjetunion große Trauer und Besorgnis aus.

Die reaktionären Feinde der Sowjetunion dagegen schöpften neue Hoffnungen. Die Führer der imperialistischen Mächte, von Eisenhower über Churchill bis Adenauer, hofften, künftig günstigere Bedingungen für Erfolge im Kampf für die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern vorzufinden. Als nächstes Ziel dafür hatten sie, wie sich wenige Monate später, im Juni, zeigen sollte. die DDR aufs Korn genommen.

Die Ereignisse am 16. und 17. Juni 1953 in der DDR können als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden: Die Unzufriedenheit in breiten Kreisen der Bevölkerung mit einigen Maßnahmen der Regierung, unter den Arbeitern vor allem mit einer angeordneten Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 % wurden von äußeren und inneren gegnerischen Kräften ausgenutzt, um in Berlin und in anderen Städten, vor allem in Großbetrieben der DDR, Streiks und Unruhen auszulösen.

Dass es sich bei den Organisatoren der Demonstrationen am 16. und 17. Juni nicht um „über die Normerhöhung empörte Arbeiter“ handelte, sondern um bewußte Provokateure, zeigte sich schon am 16. Juni daran, dass sie die bereits am Mittag des gleichen tages erfolgte Bekanntgabe der Regierung der DDR über die Zurücknahme der Normerhöhung noch am 16. Juni mit den Forderungen nach Generalstreik und Rücktritt der Regierung und am 17. Juni mit der Entfesselung von gewaltsamen Aktionen - von Brandstiftungen bis zu bewaffneten Angriffen auf Polizei und staatliche Einrichtungen - beantworteten.

Alldem wurde am Mittag des 17. Juni durch die Verhängung des Ausnahmezustandes durch die sowjetische Militäradministration und den Einsatz sowjetischer gepanzerter Einheiten ein Ende bereitet.

Die Ereignisse dieser beiden Tage kamen für den weitaus größten Teil der Bevölkerung ebenso unerwartet und überraschend wie für die Regierung und für die Parteiführung.

Mit großer Bestürzung stellten sich alle loyal zu ihrem Staat stehenden Bürger und natürlich erst recht alle Mitglieder der SED die Frage, wie es geschehen konnte, dass

so kurz nach der großen Aufbruchstimmung im Lande über die Verkündung des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus ein solcher Rückschlag erfolgen konnte.

Genauer gefragt: Wie konnte es dem Gegner gelingen, Teile der Arbeiter der DDR gegen die DDR, den Staat der Arbeiterklasse, aufzuhetzen? Bertolt Brecht charakterisierte die Ereignisse mit den Worten: „Unreife der Klasse, Fehler der Partei und das Aufbegehren des braunen Gestern."

Heinz Keßler, schon damals Mitglied des Zentralkomitees, stellt in seinem Buch „Zur Sache und zur Person" (S. 196 f.) fest: „Fehleinschätzungen gab es ... in Bezug auf die Lage im eigenen Land. Da war einmal die immer vorhandene Neigung, die Entwicklung des Massenbewußtseins in der Bevölkerung zu überschätzen ... man unterschätzte die Langlebigkeit vieler alter Vorstellungen und Verhaltensnormen." Als eine weitere Fehlhaltung nennt Heinz Kessler: „Wir hielten zu lange an einer alten, vereinfachten und einschichtigen Vorstellung von der Arbeiterklasse fest."

Dazu muss man wissen, dass der Kern der Industrie dieser frühen Jahre der DDR die Chemieindustrie war. Am Beispiel der Chemischen Werke Buna zeigen sich die typischen Probleme: Gebaut wurde das Werk zur Zeit des Faschismus, es gehörte zur IG Farben. Die Produktion begann 1937 - und alle Führungskader waren Mitglieder der NSDAP, die Belegschaft war politisch „handverlesen". Während des Krieges gab es dort 6.000 Fremdarbeiter. 1945 gingen die Buna-Werke auf Grundlage der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Reparationen in sowjetisches Eigentum über. Das sowjetische Interesse an einer schnellen Wiederaufnahme der Produktion und deren reibungslosem Funktionieren führte dazu, dass die alten Führungskräfte in großem Maßstab übernommen wurden. Die ausgefallenen Fremdarbeiter wurden ersetzt durch einige Tausend Umsiedler aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und eine extrem hohe Zahl von Arbeitskräften im Rahmen des Programms der „gesellschaftlichen Integration": 2.500 ehemalige Nazis, Offiziere der Wehrmacht und der SS, Juristen, Lehrer usw. trugen nun alle „Arbeitskleidung". Hier konnte man nicht mehr vom klassischen Proletariat sprechen, so wie wir es aus den 20er und vom Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts kannten, - und die Partei hatte es bei diesen neuen „Proletariern" nicht leicht.

Trotzdem wurde dieser veränderten sozialen und politischen Struktur nach der Umwälzung 1945 nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet. Gerade sie war aber während der Ereignisse in Industriezentren spürbar geworden. Die anfänglich von der Partei getroffene Wertung des 17. Juni als eines faschistischen Putschversuchs basierte auf den Erfahrungen des Ablaufs der Ereignisse und der Zusammensetzung der dabei führenden Kräfte. So hatte sich am 17. Juni 1953 in den Buna-Werken Schkopau ein selbsternanntes „Streikkomitee" an die Spitze gestellt. Seine Zusammensetzung war interessant:

- Kurt S., tätig als Schlosser, Elektrowerkstatt, 34 Jahre alt, früher Offizier der faschistischen Kriegsmarine;

- Fritz W., tätig als Bote, Güterhalle, 45 Jahre alt, früher Mitglied der NSDAP, bis April 1945 leitender Mitarbeiter beim Buna-Werkschutz;

- Werner D., tätig als Schlosser, Karbidwerkstatt, 30 Jahre alt, früher Mitglied der NSDAP;

- Rudolf S., tätig als Autoschlosser, 28 Jahre alt, früher Mitglied einer SS-Standarte;

- Franz S., tätig als Meister, Technikum, 40 Jahre alt, von Mai 1945 bis 1946 (bis zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED) Leiter der SPD-Gruppe im Buna-Werk.

Dieses selbsternannte „Streikkomitee“ war nie von der Belegschaft beauftragt worden und wurde nach wenigen Stunden von einem Offizier und fünf Soldaten der Sowjetarmee verhaftet.

Am 15. Juli 1953 kam es in den Chemischen Werken Buna erneut zu konterrevolutionären Streikaktionen. Durch Stillegung des Karbidwerkes kam es kurzzeitig zum Erliegen der gesamten Produktion des Werkes. Aber auch hier brachen die Aktionen schnell zusammen.

Die antikommunistisch-imperialistischen Kräfte gaben die Ereignisse des 17. Juni 1953 als „Arbeiteraufstand“ aus und verliehen ihnen den Nimbus eines „nationalen Feiertages“. Aber das war kein „Arbeiteraufstand“. Insgesamt haben sich an den Aktionen nicht mehr als 5% der Werktätigen beteiligt. In zahlreichen Städten und Kreisen wurde normal gearbeitet. Besonders die Arbeiter der Grundstoffindustrie hatten hohes politisches Bewußtsein gezeigt, indem sie die konterrevolutionäre Provokation zurückwiesen.

So viel zu den objektiven inneren Problemen, die erst den Boden dafür bereitet hatten, dass das ungeschickte Vorgehen der Partei in der Frage der Normenerhöhungen so leicht vom Gegner ausgenutzt werden konnte.

Aber welche Umstände und Handlungen müssen nun insgesamt genannt werden, wenn die Frage nach den Ursachen für den 17. Juni 1953 gestellt wird?

Keinesfalls trifft zu, was durchgängige Behauptung bundesdeutscher „DDR-Spezialisten“ ist, nämlich, dass der 17. Juni die unausweichliche Folge des Beschlusses der II. Parteikonferenz zum Aufbau des Sozialismus in der DDR gewesen sei. Diese Melodie gehört zum Liederbuch der „Delegitimierer“ der DDR und des Sozialismus; sie wurde aber nach 1989 sehr rasch von wendehälsigen Ex-DDR-Historikern nachgesungen.

Die wirklichen Faktoren sind innere (siehe oben) und äußere, die sich aber nicht säuberlich trennen lassen, weil sie in ständigem Wirkungszusammenhang standen.

Bei den äußeren Faktoren nahmen die Bundesrepublik und ihre auf die „Wiedergewinnung“ der „Ostzone“ ausgerichtete Politik der in ihr herrschenden imperialistischen Kräfte den ersten Platz ein - im Bündnis mit den USA und den anderen NATO-Mächten. Ihre Embargo-Politik und die Auswirkungen ihres Alleinvertretungsanspruches, der „Hallstein-Doktrin“ (bis zum Jahre 1973 brach die BRD zu jedem Staat die Beziehungen ab, der die DDR diplomatisch anerkannte), waren darauf gerichtet, die DDR ökonomisch und politisch zu isolieren und sie wirtschaftlich zu ruinieren.

Aber so groß die Übermacht ihrer Gegner war und so belastend diese ökonomische Kriegführung für die DDR auch war - das alles konnten den Bestand der DDR solange nicht gefährden, wie dem NATO-Bündnis das Bündnis der Warschauer-Pakt-Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze einig und geschlossen zum Schutz der DDR und aller anderen sozialistischen Länder gegenüberstand.

Das änderte sich aber in unvorhersehbarer Weise, als - ausgehend von der Sowjetunion - ein Macht- und Kurswechsel im Lager der europäischen sozialistischen Staaten stattfand, in dessen Ergebnis die DDR sich feindlichen Angriffen nicht mehr nur vom Westen, sondern auch aus östlicher Richtung ausgesetzt sah, wenngleich die zunächst noch nicht als feindliche Angriffe zu erkennen waren, weil sie als Kritik der um die DDR besorgten Schutzmacht Sowjetunion vorgetragen wurden.

Dass solches zu Gorbatschows Zeiten geschah, das ist heute kaum noch bestritten. Aber dass zu den äußeren Faktoren, die 1953 zum 17. Juni in der DDR führten, nicht nur die BRD, sondern auch Maßnahmen der neuen Sowjetführung gehören, das ist nahezu unbekannt und muß deshalb hier etwas ausführlicher berichtet werden.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1952 geriet die DDR in ökonomische Schwierigkeiten, die sich vor allem daraus ergaben, dass die DDR wegen der forcierten Aufrüstung der Bundesrepublik und deren bevorstehender Einbeziehung in das aggressive NATO-Bündnissystem ihrerseits mit dem Aufbau bewaffneter Verteidigungskräfte und mit deren Ausrüstung rascher beginnen musste, als bisher vorgesehen.

Da für diese zusätzlichen Aufgaben weder Material noch Arbeitskräfte noch Finanzmittel zur Verfügung standen, mussten bei anderen Posten des Wirtschaftsplanes beträchtliche Kürzungen vorgenommen werden, die auch zu empfindlichen Belastungen der DDR-Bürger führen mussten und natürlich auch zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Im Januar 1953 wandte sich deshalb das ZK der SED mit einem Schreiben an die Regierung der UdSSR, in dem im Einzelnen die Schwierigkeiten und Probleme der Planerfüllung dargestellt und die Führung der UdSSR gebeten

wurde, zu überprüfen, ob eine Hilfe bei der Lösung der schwierigen Probleme möglich sei.

Die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) empfahl daraufhin in mehreren Memoranden strenge Sparmaßnahmen, auch auf sozialem Gebiet zu Lasten der Bevölkerung. Die rigorosesten Empfehlungen (z.B. Streichung von Fahrpreisermäßigungen für Behinderte und Schwerbeschädigte und Ausschluß von Selbständigen aus der Kartenversorgung) erfolgten im April 1953.

Eine Maßnahme, die in der Arbeiterschaft auf großes Unverständnis und auf wachsenden Widerstand stieß und auf die sich die feindliche Propaganda vor allem stürzte und damit die stärkste Wirkung erzielte, war ein am 13./14. Mai vom Zentralkomitee der SED gefasster und vom Ministerrat am 28. Mai bestätigter Beschluß, die Arbeitsnormen bis zum 30. Juni 1953 um 10 % zu erhöhen.

Diesem Beschluß vorausgegangen war eine monatelange, im Januar 1953 begonnene intensive Aufklärungskampagne in der Presse und im Rundfunk sowie in einer Vielzahl von Betriebsversammlungen in der ganzen Republik über die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel, durch eine intensive Überzeugungsarbeit zu einer massenhaften, durchgängigen, freiwilligen Normerhöhung zu kommen. Zwar gab es nicht wenige Beispiele solcher freiwilliger Normerhöhungen, aber sie erreichten nicht den Massenumfang, der notwendig gewesen wäre, um die Arbeitsproduktivität in dem erforderlichen Maße zu erhöhen.

Es ist also keineswegs so, dass - wie heute immer zu lesen - die Führung von Anfang an den Weg bürokratischen Administrierens eingeschlagen hätte. Erst nachdem der Appell an die Freiwilligkeit nicht zum gewünschten (und ökonomisch auch notwendigen) Ergebnis geführt hatte, griff die Führung zum - aber auch jetzt falschen und verhängnisvollen - Mittel der „von oben“ ohne jede weitere Diskussion oder Verhandlung mit den Gewerkschaften angeordneten zehnprozentigen Normenheraufsetzung.

Dadurch entstand eine Situation, die sehr günstig war für alle sozialismusfeindlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der DDR, und von diesen auch kräftig zu einer antikommunistischen, regierungsfeindlichen Hetz-und Wühlarbeit ausgenutzt wurde.

Ihnen wurde im Frühjahr eine ganz unerwartete Hilfe zuteil.

Anfang Juni 1953 wurde die DDR-Führung nach Moskau zitiert, aber nicht etwa zu einer gemeinsamen Beratung über die besten Lösungen zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten, sondern zur Entgegennahme und Durchführung der von der neuen Moskauer Führung mit Chruschtschow und Berija an der Spitze bereits ohne jede Beratung mit den Genossen der DDR-Führung einseitig beschlossenen Maßnahmen.

Der DDR-Delegation - Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelssner - wurde ein Dokument überreicht, betitelt „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“. Darin wurde behauptet, dass „infolge der Durchführung einer fehlerhaften politischen Linie“ in der DDR „eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden“ sei. Worin sollte die „fehlerhafte politische Linie“ bestanden haben?

In dem sowjetischen Dokument wurde eine völlig entstellte Darstellung der Lage in der DDR gegeben. Es wurde darin behauptet, auf der II. Parteikonferenz sei ein Beschluß „zum beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ gefasst worden, und das sei falsch gewesen, weil dafür die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen gefehlt hätten.

Aber auf der II. Parteikonferenz war beschlossen worden, dass in der DDR „die Grundlagen des Sozialismus“ geschaffen werden; von „beschleunigtem Aufbau des Sozialismus“ war mit keinem Wort die Rede gewesen.

Im „Gesundungsbeschluß“ der neuen Moskauer Führung wurde ferner „die Propaganda über die Notwendigkeit des Überganges der DDR zum Sozialismus“ für falsch erklärt. Für falsch erklärt wurden auch alle - vorher von der sowjetischen Kontrollkommission mehr geforderten als empfohlenen und daraufhin von der DDR-Regierung beschlossenen - Sparmaßnahmen. Sie seien zurückzunehmen.

Besonders unbegreiflich waren die Forderungen des „Gesundungsbeschlusses“, die auf eine Liquidierung der Anfänge sozialistischen Eigentums in der Landwirtschaft hinausliefen. In der DDR könne „unter den heutigen Bedingungen nur eine einfachere Form der Produktionskooperierung der Bauern, wie die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens, ohne dass die Produktionsmittel vergesellschaftete werden, mehr oder weniger lebensfähig sein.“ Alle Genossenschaften seien zu überprüfen und gegebenenfalls aufzulösen.

Äußerst merkwürdig war auch, dass in diesem „Gesundungsbeschluß“ mit keinem Wort die Maßnahme erwähnt und ihre Rücknahme gefordert wurde, welche die Beziehungen der Partei und des Staates zur Arbeiterklasse am stärksten belastet hatte – der Beschluß von Mitte Mai zur Normenerhöhung ab 1. Juni 1953.

Dieses merkwürdige Dokument läßt vermuten, dass es bei irgendwem in der neuen sowjetischen Führung ein Interesse gab, die SED-Führung und insbesondere ihren Generalsekretär Walter Ulbricht zum Sündenbock zu machen, um seine Stellung zu erschüttern. Eine solche Vermutung verstärkt sich, wenn man erfährt, wie es zu der unvermeidlich Volkszorn hervorrufenden Fassung des Kommuniqués vom 9. Juni 1953, mit dem ein „Neuer Kurs“ verkündet wurde, gekommen ist.

Der Verfasser des Kommuniqués war der Chefredakteur des Zentralorgans der SED, Rudolf Herrnstadt. Er selbst gab darüber folgenden Bericht:

„Am 10. Juni entwarf ich das ‚Kommuniqué vom 9. Juni'. Je mehr ich versuchte, das Kommuniqué in der (vom sowjetischen ‚Hohen Kommissar' Wladimir Semjonow, d. Verf.) aufgetragenen Weise zu schreiben, desto klarer wurde mir, dass es in der vorgesehenen Form eine nicht zu verantwortende Schockwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit hervorrufen müsse. Es erwies sich als unmöglich, die wichtigsten, von der Partei soeben ein Jahr hindurch gegen unzählige Widerstände als allein richtig verteidigten Maßnahmen kurzerhand, d.h., unter Verzicht auf eine fundierte Begründung, zu widerrufen - ohne die Partei zu desorientieren und zu erbittern und dem Gegner die Flanke zu öffnen."

Herrnstadt bat deshalb um ein Gespräch mit Semjonow, dessen Verlauf er so wiedergibt:

„Herrnstadt: `Genosse Semjonow, ich bin zwar der Verfasser des Kommuniqués, aber ich möchte gegen seine Veröffentlichung protestieren.´

Semjonow: `Warum?´

Herrnstadt: ´So darf man den Kurswechsel nicht einleiten. Das Kommuniqué kann nur Verwirrung stiften´. Das führte ich näher aus.

Semjonow: `Das Kommuniqué muss morgen in der Zeitung stehen.´

Herrnstadt: `Ich entnehme Ihren Worten, dass eine diesbezügliche Anweisung vorliegt. Wenn das der Fall sein sollte, ginge es nicht, dass Sie in Moskau darlegen, warum es zweckmäßig wäre, die Anweisung zu verändern? Geben Sie uns 14 Tage, und wir können den Kurswechsel so überzeugend und fortreißend begründen, dass wir mit ihm in die Offensive gehen und nicht der Gegner... Er enthält doch alle Elemente dafür, aber die Elemente können sich ins Gegenteil verwandeln, wenn wir den Start verpfuschen´'

Darauf antwortete Genosse Semjonow sehr scharf und von oben herab: `In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben!´"(4)

So erschien also das Kommuniqué am 11. Juni 1953 und tat genau die von Herrnstadt vorausgesehene Wirkung. Es rief „eine nicht zu verantwortende Schockwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit" hervor, es „desorientierte und erbitterte die Partei" und „öffnete dem Gegner die Flanke".

Im Kommuniqué wurden, eingeleitet mit der Erklärung, „seitens der SED und der Regierung der DDR" seien in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen worden, und ohne jede weitere Begründung wurden alle jene Maßnahmen - bis auf

eine - zurückgenommen, die von der Partei und ihren Mitgliedern all die Monate vorher als notwendig und unverzichtbar verteidigt worden waren.

Die einzige Maßnahme, die nicht zurückgenommen, ja nicht einmal erwähnt wurde, war eben jene, die gerade die Arbeiterklasse traf und dort den stärksten Unwillen, aber auch den stärksten Willen zum Widerstand hervorrufen mußte und hervorgerufen hatte - der Beschluß zur zehnprozentigen Normenerhöhung!

Das Kommuniqué machte es also den Gegnern leicht, für die von ihnen verbreitete Losung „Wer solche Fehler zugelassen hat, muß zurücktreten!“ eine günstige Aufnahme zu erreichen. Es wirkte wie der auslösende Funke bei Waldbrandgefahr.

Dem damit tatsächlich ausgelösten Brand wurde am Mittag des 17. Juni durch die Verkündung des „Ausnahmezustandes im sowjetischen Sektor von Berlin“ durch den sowjetischen Militärkommandanten und das Eingreifen der Sowjetarmee ein rasches Ende bereitet.

Mit den Ereignissen des 16. und 17. Juni beschäftigten sich zwei Tagungen des ZK der SED, das 14. ZK-Plenum am 21. Juni und das 15. Plenum vom 24.-26. Juli 1953.

Der Verlauf des 15. Plenums bestätigt die Vermutung, dass ein oder mehrere Mitglieder der neuen KPdSU-Führung die Schwierigkeiten der SED-Führung in der DDR dazu benutzen wollten, Walter Ulbricht zu stürzen und durch einen ihnen genehmen Mann zu ersetzen.

Auf diesem Plenum kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Frage der Ursachen für die Unruhen und zu Angriffen einiger Teilnehmer auf Walter Ulbricht als dem, wie sie behaupteten, Hauptverantwortlichen für eine „falsche Politik“, deren Ergebnis der 17. Juni gewesen sei. Mit dieser Beschuldigung traten Wilhelm Zaisser, Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit, und Rudolf Herrnstadt auf. Sie schlugen vor, die Parteiführung zu ändern; nach dem Vorschlag Zaissers sollte Herrnstadt Walter Ulbricht als 1. Sekretär ablösen. Zaisser selbst wollte selbstverständlich das Ministerium für Staatssicherheit weiter in der Hand behalten.

Herrnstadt brachte den Entwurf einer Entschließung ein, in dem er die „Erneuerung der Partei“ forderte. Es hieß in dieser Entschließung ferner, die Partei müsse der Diener der Massen sein, nicht ihr Führer. Die SED solle umgewandelt werden in eine Volkspartei aller Klassen.

Der Anschlag misslang gründlich. Zum einen, weil Herrnstadt und Zaisser im ZK keine Mehrheit erhielten, zum anderen, weil Zaissers Beschützer und wohl auch Auftraggeber, sein ihm übergeordneter sowjetischer Minister für Inneres und Staatssicherheit, Berija, in Moskau - gerade am letzten Tag des SED-ZK-Plenums, am 26. Juli - verhaftet und aller seiner Ämter enthoben wurde. (5)

Mit der Zurückweisung des Herrnstadt-Zaisser-Vorstoßes und mit den Beschlüssen des 15. ZK-Plenums der SED zur Überwindung der Folgen des 17. Juni und zur Realisierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung war der Grund gelegt worden für die Konsolidierung der Partei und der DDR.

Der 17. Juni 1953 ist ein Ereignis der Geschichte der DDR, aber er ist viel mehr. Er ist auch ein Bestandteil der Geschichte der sozialistischen Staatengemeinschaft und darüber hinaus der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung, und dazu noch ein sehr bedeutsamer. Er ist nämlich das Eröffnungsglied einer Kette von Ereignissen, die - rückschauend betrachtet - Glieder eines fortschreitenden Prozesses der Zersetzung und Auflösung der einst festgefügten und unbesiegbaren sozialistischen Staatengemeinschaft und der kommunistischen Weltbewegung waren. (6)

Bemerkungen zur Blockpolitik.

Das Mehrparteiensystem ging auf die Initiative der KPD zurück und entsprach der Orientierung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Es ging darum, alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte des Volkes in den Wiederaufbau einzubeziehen. Die Gründung der bürgerlichen Parteien erfolgte in einem Zeitraum von drei Jahren: Am 26. Juni 1945 wurde die CDU in der SBZ gegründet, am 5. Juli 1945 die LDPD. Die beiden weiteren zum Block stoßenden Parteien entstanden 1948: die Bauernpartei im April 1948 und die NPDP im Mai 1948.

Bereits am 14. Juli 1945 wurde das erste Kommuniqué des „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ veröffentlicht. Es machte deutlich, dass die Blockpolitik prinzipiell unterschieden war von jeglicher Art bürgerlicher Koalitionspolitik. Im Block spielte die in Aktionseinheit handelnde Arbeiterklasse die führende Rolle. Alle Parteien verpflichteten sich - bei Wahrung ihrer Selbständigkeit -, alle Beschlüsse des Blocks gemeinsam zu fassen. Die Anfangsgenerationen der im Block zusammengeschlossenen Parteien hatten unter dem Eindruck des erlebten Faschismus zum überwiegenden Teil durchaus antifaschistisch-demokratische Grundpositionen gewonnen. Andererseits gab es in ihren Reihen stets latent antikommunistische und antisowjetische Tendenzen, vor allem auch genährt durch die Politik der entsprechenden Parteien in den Westzonen (BRD), mit denen sie immer Kontakte unterhielten, die in Situationen heftiger Klassenauseinandersetzungen zu zum Teil zugespitzten Konfikten führten. Bis zur Gründung der DDR musste die Strategie der SED darin bestehen, die progressiven Kräfte in den Blockparteien in ihren Auseinandersetzungen mit den imperialistisch orientierten Kräften zu unterstützen. Diese hatten in den ersten Jahren besonders in den Landesparlamenten noch erheblichen Einfluss (Ministerfunktionen, u.a. einflussreiche Positionen). Auch in späteren komplizierten Situationen (17. Juni

1953) kam es zu innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CDU und LPDP. Zur Bauernpartei entwickelte sich im Zusammenhang mit der erfolgreichen Landwirtschaftspolitik ein sehr enges politisches Verhältnis. Ähnlich gestaltete sich das Verhältnis zwischen SED und NPDP.

Bis auf die Zeit unmittelbar im Vorfeld und beim Vollzug der Konterrevolution gegen die DDR wirkten die Blockparteien zumindest formal aktiv am politischen Leben der DDR mit. Die Vorsitzenden der Parteien waren seit der Gründung des Staatsrates der DDR Mitglieder und stellvertretende Vorsitzende dieses Organs.

Die erfolgreichen 60er-Jahre

Der zunehmende Einfluss des Sozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen auf das Weltgeschehen war das bestimmende Merkmal der neuen weltpolitischen Lage, die sich Mitte der 50er Jahre herausgebildet hatte. Die imperialistischen Länder hielten zunächst an ihrer Politik des Kalten Krieges fest. Indem die BRD in die NATO einbezogen wurde, hatten die imperialistischen Mächte ihren aggressiven Militärpakt unmittelbar an die Grenzen des sozialistischen Weltsystems vorgeschoben. Darauf erfolgte als Reaktion auf diese neue Situation die Gründung des „Warschauer Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Es wurden ein politisch beratender Ausschuss und ein vereintes Kommando der Streitkräfte geschaffen. Der Warschauer Vertrag wurde zu einem wesentlichen Faktor der Erhöhung des internationalen Einflusses des Sozialismus und für den Kampf um europäische Sicherheit. Ergänzend dazu wurde zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR der „Vertrag über die Beziehungen zwischen beiden Ländern“ geschlossen, der als „Staatsvertrag DDR/UdSSR“ in die Geschichte einging. Das Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in der DDR wurde aufgelöst. Nunmehr war es der DDR möglich, auch den militärischen Erfordernissen des Kampfes für Frieden und Verteidigung des Sozialismus nachzukommen. Diese Maßnahmen festigten die internationale Stellung der DDR.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse erweiterten und festigten sich, wenn auch die durch die Spaltung entstandenen Disproportionen noch nicht voll überwunden waren und der noch existierende Widerspruch zwischen Akkumulationskraft und Investitionsbedarf die Möglichkeiten der Erneuerung und Modernisierung beschränkten. Auf dieses Problem konzentrierte sich die Hauptaufgabe der laufenden Fünfjahrespläne. Damit verbunden wurde ein Programm der politisch-ideologischen Arbeit zur Festigung des sozialistischen Bewusstseins und es wurden Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral verabschiedet. Von besonderer Bedeutung war, dass die Landwirtschaft zu 85% der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 19.345 Landwirt-

schaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Gütern (VEG) bewirtschaftet wurde. Der Sieg der Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft bedeutete die größte revolutionäre Umwandlung in der Geschichte der deutschen Bauern. In der Periode 1961-1965 nahm die Partei Kurs auf den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Grundlage dafür waren die Fortschritte im Bewusstseinsprozess der Massen. Darauf und auf die Solidarität des Warschauer Vertrages gestützt, konnte die DDR die Maßnahmen zum Schutz ihrer Staatsgrenze vom 13. August 1961 durchführen. Sie machten die Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus deutlicher sichtbar. Wütender Protest der BRD und der NATO-Partner konnte nicht verhindern, dass der so genannte „Mauerbau“ zur Festigung des Bewusstseins der DDR-Bürger führte.

In allen sozialistischen Ländern Europas reifte im Zusammenhang mit der sich international vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution die Frage heran, welche Konsequenzen für den weiteren Aufbau des Sozialismus daraus zu ziehen waren. Die SED stellte sich auf ihrem VI. Parteitag diesem Problem. Sie fasste den Beschluss zum „Neuen ökonomischen System der Volkswirtschaft der DDR“. Darüber wurde in der Partei und in der Wirtschaft eine umfassende Diskussion geführt. Es war vom Anfang an zu beachten, dass die fixierten Veränderungen unter konkreten Konstellationen im Rahmen des RGW und außenpolitischen Verhältnissen vollzogen werden sollten, denen man einfach Rechnung tragen musste:

erstens konnten solche Veränderungen nur mit der Zustimmung der UdSSR erfolgen;

zweitens durften keine Zugeständnisse an den Westen, sein marktwirtschaftliches System gemacht werden.

Sowohl im Politbüro, in der von Walter Ulbricht mit der Ausführung beauftragten Arbeitsgruppe und in wirtschaftsleitenden Organen kam es zu widersprüchlichen Standpunkten zum „NÖS“-Projekt. Widerstand wurde auch aus Moskau laut. Im Kern ging es um die Frage der Planung materieller Prozesse und die damit verbundenen neuen „Ideen“, die zentrale Volkswirtschaftsplanung durch ein „selbstregulierendes System“ zu ersetzen. Die „Autoren“ dieser „Ideen“ waren nicht in der Lage, dafür eine konkrete Definition und machbare Vorstellungen zu liefern. Das führte dazu, dass Walter Ulbricht im Sommer 1965 das Projekt stoppte. Aus heutiger Sicht ist es durchaus legitim zu vermuten, dass revisionistische Auffassungen unter den beteiligten Kräften eine Rolle spielten. Das aber war mit Walter Ulbricht nicht zu machen.

Die wirtschaftlich stabile Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen machten es möglich, einen bedeutenden Schritt zur Festigung der sozialistischen Demokratie zu gehen. Dem Vorschlag des VII. Parteitages entsprechend beriet die Volkskammer im Januar 1968 den in ihrem Auftrag ausgearbeiteten Entwurf der

neuen sozialistischen Verfassung der DDR. In einer breiten Volksaussprache berieten die Bürger darüber. Über 11 Millionen nahmen an den Versammlungen dazu teil. 124.540 Ergänzungen und Änderungsvorschläge wurden eingereicht. Die Volkskammer unterbreitete den überarbeiteten Verfassungsentwurf dem Volk der DDR zur Bestätigung. Im Volksentscheid am 6. April 1968 stimmten 94,45% aller Abstimmungsberechtigten für die Verfassung. Ein in der deutschen Geschichte einmaliger demokratischer Vorgang, dass die Verfassung per Volksentscheid in Kraft gesetzt wurde. In dieser Verfassung wurde durch das Volk die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei fixiert.

Nach dem V. Parteitag wurde die sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur konsequent weitergeführt. Die Partei ging davon aus, dass es nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Eroberung der Kommandohöhen in der Wirtschaft keine Grundaufgabe der sozialistischen Umgestaltung gab, die ohne die sozialistische Kulturrevolution hätte vollständig gelöst werden können. Ein wichtiger Schritt war die weitere Umgestaltung des sozialistischen Schulwesens. Im Herbst 1958 wurde mit der Einrichtung des Unterrichtstages in der Produktion und damit in den allgemeinbildenden Schulen dem von Marx und Engels begründeten Prinzip der polytechnischen Bildung entsprochen. Unter den neuen Bedingungen der Bewusstseinsentwicklung entwickelte sich eine neue Qualität des künstlerischen Schaffens, die gekennzeichnet war durch eine neue Stufe der künstlerischen Bewältigung der Probleme des antifaschistischen Widerstandes, Kunstwerke von Weltruf entstanden und eine neue Stufe des schöpferischen Zusammenwirkens von Berufs- und Laienkünstlern fand in den Arbeiterfestspielen der Gewerkschaften Ausdruck.

Die Jugendpolitik der SED

Die Jugendpolitik der SED und das Wirken der von ihr initiierten Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ gehören zum positiven Erfahrungsschatz der deutschen Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes. Die Strategie des Kampfes um die Gewinnung der Jugend nach 1945 hatte ihre Grundlage in den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. In den Referaten von Wilhelm Pieck und Georgi Dimitroff zur Begründung der Einheitsfront-Politik im Kampf gegen den Faschismus wurde kritisch festgestellt, „dass die Arbeit unter der Jugend vernachlässigt worden war“ und „eine Wende in der Jugendpolitik als wichtiger Bestandteil der Einheitsfront-Politik“ gefordert. Die Brüsseler und Berner Konferenz der KPD verstärkten und konkretisierten diese strategische Erkenntnis.

Die KPD hatte ihr erstes Aktionsprogramm nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten am 11. Juni 1945 verabschiedet. Dort wurden die Grundlagen für

eine Jugendarbeit unter den neuen Bedingungen formuliert. Das faschistische Regime des deutschen Imperialismus und Militarismus und sein Raubkrieg hatten die Jugend in eine furchtbare Situation gebracht. Hunderttausende junger Männer waren gefallen oder kehrten als Krüppel zurück. Die materielle Lage der Kinder und Jugendlichen war katastrophal, vor allem aber ihre geistige Situation. Kein anderer Teil der Bevölkerung hatte so sehr unter dem Einfluss faschistischer Ideologie und Propaganda gestanden wie sie: Antikommunismus, Antisowjetismus, Nationalismus, Chauvinismus und die barbarische Rassentheorie hatten das Bewusstsein ungezählter Mädchen und Jungen vergiftet. Das Ziel, den Weg einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung einzuschlagen, hing im hohen Maße von der Umerziehung und Gewinnung der jungen Generation ab. Der Masse der Jugendlichen, die dem faschistischen Ungeist unterlegen war, durfte kein Misstrauen entgegengebracht werden. Es galt, sie auf dem neuen Weg mitzunehmen und zu erkennen, dass sie es letztlich sein werden, die die Zukunft gestalten. Sie zum Umdenken zu bewegen und zum Handeln beim Wiederaufbau zu mobilisieren - und zwar alle -, das war der einzig richtige Weg.

Die KPD ging davon aus, dass die im Aufruf vom 11. Juni 1945 vorgezeichneten Aufgaben dem ureigensten Interesse der Jugend entsprachen. Sie wandte sich direkt an die junge Generation, deren Lage von ihr gründlich analysiert worden war. Die Einheitsfront-Politik, die von ihr im Kampf gegen den Faschismus ausgearbeitet worden war, fortführend, nahm sie darauf Kurs, mit der Spaltung der Arbeiterjugendbewegung und der Aufsplitterung der anderen Teile der Jugend Schluss zu machen. Sie verzichtete auf die Bildung eines kommunistischen Jugendverbandes und trat für die Schaffung einer einheitlichen, freien, antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation ein. Die Schaffung einer einheitlichen fortschrittlichen Jugendorganisation konnte nur allmählich vollzogen werden. Dieser Prozess setzte ähnliche Grundauffassungen bei der SPD und auch den demokratischen bürgerlichen Parteien voraus. Als erster Schritt ging man darum an die Gründung antifaschistischer Jugendausschüsse, die schon spontan entstanden waren. Es zeigte sich, dass diese Ausschüsse günstige Bedingungen zum Zusammenschluss aller Jugendlichen boten. Aber auch die reaktionären Kräfte besaßen noch starke Positionen und wirkten dagegen.

Die Vereinigung der KPD und SPD zur SED trug wesentlich dazu bei, die antifaschistischen Kräfte zusammenzuführen. Sie bildete die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Bündnispolitik mit den beiden bürgerlich-demokratischen Parteien CDU und LPDP, mit denen am 14. Juli 1946 der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien geschaffen wurde.

Die Bedingungen waren gegeben nach Erlaubnis der SMAD am 7. März 1946, die FDJ zu gründen. Die von ihr unter dem Titel „Kampf um die vier Grundrechte der jungen Generation“ (Recht auf Arbeit, Recht auf politische Mitbestimmung, Recht

auf Bildung und Recht auf Freude und Frohsinn) vorgestellte Zielstellung fand breite Resonanz unter allen Schichten der Jugend. Die Mitgliederzahl der FDJ wuchs. Die Gründung der DDR als erster Staat der Arbeiter und Bauern in der deutschen Geschichte im Oktober 1949 wurde zum Meilenstein der Entwicklung der FDJ, die zur Millionenorganisation wurde.

Die DDR erwies sich von ihrer Geburtsstunde an als ein Staat der Jugend. Der Artikel 18 ihrer ersten Verfassung sicherte die politische Gleichberechtigung aller Generationen. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde das aktive Wahlrecht mit 18, das passive mit 21 eingeführt. Schon ein Jahr nach ihrer Gründung beschloss die Volkskammer das erste Jugendförderungsgesetz. Die vier Grundrechte waren gesellschaftliche Realität. Die FDJ-Generation dieser Jahre wurde später zur tragenden Kaderbasis der DDR. Die jugendpolitische Strategie der Partei dieser Periode erwies sich als richtig. Die FDJ hatte sich als aktive Kraft bei der Verwirklichung der bisherigen gesellschaftlichen Aufgaben bewährt. Der Jugend galt auch in den nächsten Etappen der Gesellschaftsentwicklung besondere Aufmerksamkeit.

Der Beschluss der II. Parteikonferenz, die Entwicklung in sozialistische Bahnen hinüberzuleiten und mit dem planmäßigen Aufbau von wesentlichen Grundlagen des Sozialismus zu beginnen, erforderte eine neue Rolle der FDJ. Obwohl die Mehrheit der Mitglieder keine konkreten Vorstellungen von der neuen Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus hatte, fand sie im FDJ-Aktiv begeisterte Zustimmung. Die FDJ bekam einen neuen Motivationsschub. Aber die FDJ trat auch in einen spannenden und konfliktreichen Prozess ihrer eigenen Entwicklung zur sozialistischen Jugendorganisation ein. Sie gab sich eine „Verfassung“, in der ihr Verhältnis zur SED neu formuliert wurde. Sie bekannte sich zu ihr als führende Kraft der Gesellschaft und ihre eigene Rolle wurde als „Helfer und Kampfreserve der Partei“ definiert. Die Arbeiterjugend wurde zum „Kern der FDJ“ bestimmt. Diese neue Rolle der Jugendorganisation allen Mitgliedern verständlich zu machen war nicht leicht und führte zu innerverbandlichen Konflikten - besonders mit konfessionell gebundenen Mitgliedern. Diese Konflikte wurden von inneren und äußeren reaktionären kirchlichen Kräften geschürt. Auch sektiererische Tendenzen unter einzelnen FDJ-Kadern traten auf. Im Grunde waren diese Angriffe gegen die Einheit der Jugend der DDR gerichtet. Da der bewusste Kern der FDJ hinter den Parteibeschlüssen stand, konnten ernstere politische Folgen vermieden werden.

Eine ernste Bewährungssituation für die SED und die DDR entstand im Zusammenhang mit der Durchführung der sozialistischen Orientierung, den damit verbundenen, komplizierten materiellen Bedingungen und den massiven Angriffen der inneren und äußeren antikommunistischen Kräfte. Es kam, wie oben schon genauer ausgeführt, Mitte Juni 1953 zum konterrevolutionären Anschlag auf den sozialistischen Staat.

Dessen Auswirkungen auf den Staat und die DDR waren vielfältig, komplex und kompliziert. Die Jugendorganisation war in keiner Weise auf sie vorbereitet. Hinzu kam, dass die Leitungen an der Basis außerordentlich geschwächt waren, da die aktivsten, klassenbewusstesten Funktionäre dem Ruf der Partei gefolgt waren und den Ehrendienst in den neu geschaffenen bewaffneten Kräften angetreten hatten. Der Verband machte eine Schwächeperiode durch. Sie hing vor allem mit den Beschlüssen des ZK der Partei zu den Konsequenzen aus dem konterrevolutionären Anschlag zusammen.

Mit den kadermäßigen Konsequenzen wurde Karl Schirdewan in das Politbüro und zum Sekretär des ZK gewählt. In seinen Verantwortungsbereich gehörten die Jugendkommission des Politbüros und die Abteilung für Jugendfragen beim ZK. Erich Honecker war im Zusammenhang mit seiner Delegierung zum Studium an der PHS beim ZK der KPdSU in Moskau auf dem IV. Parlament von seiner Funktion als Vorsitzender der FDJ entbunden worden. Schirdewan brachte einen ihm bekannten jungen Parteifunktionär, der über keinerlei Erfahrungen in der Arbeit des Jugendverbandes verfügte und den Delegierten des Parlaments und den FDJ-Kadern völlig unbekannt war. Dieter Itzerott hat diese Scharade als Mitglied der Wahlkommission des Parlaments selbst erlebt. Dieser Genosse konnte keine Autorität im Verband gewinnen. Die damit verbundene andauernde Führungsschwäche wirkte sich auf den ganzen Verband negativ aus. Es war weniger mangelnden Qualitäten des Genossen, sondern der Tatsache geschuldet, dass er von Schirdewan als Figur für das politische Spiel einer reformistischen Jugendpolitik missbraucht wurde. Seine Vorstellungen waren im Wesen revisionistischen Charakters. Den Problemen, die sich bei der Durchsetzung eines klaren Klassenstandpunktes unter allen Teilen der Jugend ergaben, sollte aus dem Wege gegangen werden. An die Stelle zielstrebiger sozialistischer Bewusstseinsbildung sollte eine Massenarbeit verschwommenen politisch-ideologischen Inhalts treten. Das lief darauf hinaus, die FDJ unfähig zu machen, ihre Rolle als Kampforganisation für den Sozialismus gerecht zu werden. Diesen Tendenzen musste energisch entgegengetreten werden. Schirdewan wurde wegen parteifeindlicher Machenschaften von seinen Funktionen abgelöst und aus der Partei ausgeschlossen.

Damit waren die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen, den Verband weiter zu entwickeln. Unter Führung Walter Ulbrichts wurde ein Prozess der Neuorientierung der Jugendpolitik der Partei eingeleitet. Es galt, die Jugend zur Lösung der Aufgaben, insbesondere des Ausbaus der materiell-technischen Basis des Sozialismus und der Durchsetzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Gesellschaft zu befähigen.

Dabei musste davon ausgegangen werden, dass es in der Folgezeit um eine Jugend ging, die nicht mehr über die Erfahrungen der Gründerzeit der DDR verfügte. Die

soziale Lage der Jugend war eine andere, ihr Bildungsniveau war ein anderes. Aber auch die Einflussmöglichkeiten des Gegners hatten sich verändert. Es ging nun um die patriotische Erziehung und das Bewusstmachen der sozialistischen Perspektive. Die klassenfeindlichen Kräfte richteten ihre ideologische Diversion unter der Tarnkappe des „Kampfes gegen Dogmatismus und Erneuerung des Marxismus“ darauf, antikommunistische und revisionistische Auffassungen unter der Jugend zu verbreiten, um sie für ihre konterrevolutionären Ziele einzuspannen. Die Parteiführung nahm unter direkter Führung Walter Ulbrichts Anfang der 60er Jahre eine kritische Analyse vor und fasste entsprechende Beschlüsse. Besonders das 1963 unter dem Titel „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ stehende Jugendkommuniqué hatte tiefgreifende Wirkung in der ganzen Gesellschaft. Man kann davon ausgehen, dass die bewusstseinsmäßige Bindung der Mehrheit der Jugend an Partei und Staat am stabilsten war. Dazu hatten die Maßnahmen vom 13. August 1961 zum Schutz der Staatsgrenze der DDR („Mauer“) entscheidend beigetragen.

Auf Initiative und unter Führung der FDJ vollbrachte die Jugend Leistungen, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung erlangten.

Beispiele:

- Die von der FDJ organisierten Jugendbrigaden wurden zu einer entscheidenden Kraft im innerverbandlichen Leben und zum Motor ökonomischer Leistungen; Jugendbrigaden der Bitterfelder Chemieindustrie initiierten die Initiative der „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ unter der Losung, „auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben“. Diese Initiative erfasste die Arbeiterklasse aller Wirtschaftsbereiche und führte zu einer neuen Qualität des sozialistischen Wettbewerbs.

- Zahlreiche Objekte des wirtschaftlichen Aufbaus wurden unter Verantwortung der Jugend gestellt und als bahnbrechende Leistungen realisiert (Petrolchemisches Werk II Leuna, Erdölverarbeitendes Werk Schwedt, Erweiterung der Karbidfabrik Buna, Jugendkraftwerk Trattendorf, zahlreiche Meliorationsobjekte in der Landwirtschaft; usw.).

- Die Bewegung „Messe der Meister von Morgen“, die hervorragende Leistungen auf wissenschaftlichem Gebiet hervorbrachte.

- Auf kulturellem Gebiet die „Singebewegung der FDJ“.

Der Staat würdigte zahlreiche solcher Leistungen mit hohen staatlichen Auszeichnungen.

Das eigentliche Ziel, die gesamte Jugend für die Politik der Partei zu gewinnen, musste trotz solcher positiven Ergebnisse aber immer mehr als nicht erreichbar, höchstenfalls als Annäherungsprozess erkannt werden. Trotzdem muss der erreichte Stand des

Masseneinflusses der FDJ in der Geschichte der progressiven deutschen Jugendbewegung als einmalig gewertet werden. Die in der BRD existierenden Jugendorganisationen konnten nicht auf Vergleichbares verweisen.

Es waren politische, internationale Entwicklungen, die weitere Fortschritte verhinderten und negative Folgen nach sich zogen. Die westdeutsche „Politik der Konterrevolution auf Filzlatschen", die Überlegenheit des westlichen Konsumstandards, die Langzeitwirkung des vom XX. Parteitag initiierten Revisionismus auf das sozialistische Lager und damit verbundene politische Fehlentscheidungen führten unter der Bevölkerung der DDR und eben auch unter der Jugend zu Erosionserscheinungen in ihrer Bewusstseinshaltung. Diese Tendenz wurde Mitte der 70er Jahre immer deutlicher spürbar. In diese Zeit fiel der IX. Parteitag der SED, der ein neues Parteiprogramm beschloss. In diesem Programm wurde „für die kommende Periode das Ziel gestellt `grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen´. Auf dem nachfolgenden FDJ-Parlament erklärte Erich Honecker, direkt an die Jugend gewandt, „die kommunistische Erziehung zum Grundanliegen der Jugendpolitik" und rief den Delegierten zu: „Ihr seid berufen, Erbauer des Kommunismus zu sein".

Was für eine lebensfremde Aufgabenstellung angesichts der realen Entwicklung! Das rief Erinnerungen an die Chrustschowschen Großsprechereien auf dem XX. Parteitag der KPdSU hervor. Viele der jungen FDJ-Funktionäre wussten damit nichts anzufangen. Es kam zu Schwankungen. Der in der FDJ schon immer vorhandene Hang zum Kampagnenstil und auf rasche Erfolge zielenden Aktionismus, zur Zahlenhascherei und immer stärker werdenden, zentralistischen Bürokratie trat verstärkt auf und verminderte den Einfluss des Verbandes. Die in der Gesellschaft bestehenden Widersprüche, die allgemeine Unzufriedenheit unter der Bevölkerung nahmen zu. Die Massenverbindungen der Partei lockerten sich und die „westliche Lebensweise" beeinflusste immer mehr das Weltbild der Jugend.

Ein Übriges bewirkte die antisowjetische Gorbatschow-Clique. Das Institut für Jugendforschung signalisierte diese Erscheinungen und schlug Alarm.

Der Zentralrat der FDJ reagierte zunächst nicht. Auch die Parteiführung reagierte nicht.

Erich Honecker war krank, seine Realitätsferne wurde immer bedenklicher, er war ausgebrannt. Er war tief von der Tatsache getroffen, dass gerade jene FDJ-Kader, auf die er gesetzt hatte und die ihn in der Vergangenheit im Interesse ihrer eigenen Karriere in schamloser Liebedienerei hofiert hatten, ihn nun im Stich ließen und „Gorbi" nachliefen. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, dass zum 40. Jahrestag demonstrierende FDJler ihn mit „Gorbi"-Rufen demütigten.

Das Ende der FDJ-Geschichte, die über Jahrzehnte durch ihn geschrieben wurde, war eingeläutet.

Die SED und der Revisionismus

Zuvor sei gesagt: Im Zuge des vier Jahrzehnte ausfüllenden revolutionären Prozesses hat die SED durch spezifische Beiträge und Erkenntnisse den politischen und theoretischen Erfahrungsschatz und das Wissen der kommunistischen Weltbewegung nicht unwesentlich bereichert. Dazu gehört zweifellos auch die von ihr entwickelte These, dass der Sozialismus „eine relativ selbständige Formation in der historischen Etappe des Übergangs zum Kommunismus ist". Auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 stellte sie die historisch neue Aufgabe, „die planmäßige Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in Angriff zu nehmen". Wenn man ihre Geschichte überblickt und dabei die komplizierten, sich ständig verändernden Kampfbedingungen in Betracht zieht, unter denen sie handeln musste, erkennt man, dass die Partei, besonders in der ersten Phase der Gesellschaftsentwicklung, insgesamt ein hohes Maß an Prinzipienfestigkeit und nötiger Flexibilität miteinander zu verbinden wusste. Sie hat in dieser Zeit unter dem ständigen Feuer des Klassengegners im Inneren und von außen einen im wesentlichen marxistisch-leninistischen Kurs gehalten. Dabei besaß sie in den ersten Jahrzehnten die Unterstützung der Mehrheit des Volkes. Die geheime Abstimmung über die sozialistische Verfassung der DDR, in der die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei festgeschrieben wurde, verlieh ihr damals auch formell die demokratische Legitimation.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU mit der „Geheimrede" Chrutschows, darüber kann es keine Unklarheiten unter konsequenten Marxisten-Leninisten mehr geben, begann der revisionistische Niedergang der internationalen kommunistischen Bewegung. Je gründlicher und umfassender die Analysen zur Niederlage des europäischen Sozialismus vorangehen, umso überzeugender sind die Beweise dieser Tatsache. Daran ändern auch die immer unverständlicheren Attacken der unverbesserlichen Antistalinisten aller Couleur nichts.

Wir, die Verfasser dieser Arbeit, waren während der ganzen DDR-Zeit der Überzeugung, dass die entscheidenden Leute unserer Parteiführung - Walter Ulbricht und Hermann Matern, um nur diese beiden zu nennen - den Wechsel in der SU-Führung und in deren Politik unter Chrustschow als eine Wendung zum Revisionismus erkannten, aber angesichts der Abhängigkeit der Existenz der DDR von der Sowjetunion uns, die SED und die DDR, außerstande sahen, dagegen offen und militant aufzutreten wie etwa die KP Chinas und die KP Albaniens. Deshalb, so unsere Ansicht, betrieben sie eine Politik der Schadensbegrenzung gegenüber dem von der KPdSU-

Führung ausgehenden revisionistischen Kurs - in der Überzeugung, dass sich die gesunden, marxistisch-leninistischen Kräfte in der SU über kurz oder lang wieder durchsetzen würden. Kurt Gossweiler hat deshalb in der „Taubenfußchronik“ Walter Ulbricht als Kämpfer gegen den Revisionismus bezeichnet. Im Dialog mit einem türkischen Genossen, der diese Wertung ablehnte und Ulbricht rundweg als Revisionisten bezeichnete, hat er dann seine Wertung präzisiert. Er argumentiert so: „Wenn man gewusst hätte, dass die Periode des Revisionismus in der SU nicht eine Episode ist, die man überstehen muss, sondern dass eine solche Haltung zur Ursache dafür wird, dass der Revisionismus erstarkt und dass es dadurch zum Ende kommt - dann wäre eine solche Haltung unverzeihlich gewesen. Aber wir lernten erst durch unsere Niederlage die Lehre zu ziehen: Es war falsch, nicht von Anfang an offen gegen Revisionismus und Revisionisten zu kämpfen. Aber vorher schien mir die Politik, die meine Partei unter Führung W. Ulbrichts betrieb,...die einzig mögliche zu sein.“

Durch den Bruch Tito-Jugoslawiens mit dem Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien und dem weiteren Verhalten der jugoslawischen Führung war offenkundig geworden, dass es den Imperialisten gelungen war, mit Hilfe Titos in der kommunistischen Weltbewegung einen Stützpunkt aufzubauen, dessen Aufgabe darin bestand, nach dem Sieg über den Faschismus es möglich zu machen, ein „kommunistisches“ Gegenzentrum aufzubauen, dessen programmatische Grundlage nicht der Marxismus-Leninismus, sondern ein „Reformkommunismus“ sein sollte, geeignet, die ideologische und damit auch die politische und organisatorische Einheit der kommunistisch regierten Länder aufzuspalten. Die Offenbarung dieser Rolle und die Aufdeckung von Beziehungen zu Führungspersönlichkeiten in viele Länder hinein, darunter auch in die DDR, waren Anlass, diesen Verbindungen nachzugehen. Die DDR-Ergebnisse wurden auf der 13. Tagung des ZK der SED behandelt, deren Ergebnis in einem Artikel von Herrmann Matern veröffentlicht wurde. Die Prozesse und die Veröffentlichung der Ergebnisse waren so etwas wie eine rechtzeitige und wirksame Schutzimpfung aller kommunistischen Parteien gegen das Eindringen der Titoschen revisionistischen Zersetzungsideologie. Damit waren alle Voraussetzungen dafür gegeben, dass im zentralen Kampf des 20. Jahrhunderts, dem Kampf der aufsteigenden Welt des Sozialismus gegen den Imperialismus, die zweite Jahrhundert-Hälfte neue und den Ausgang des Kampfes „Wer-Wen?“ endgültig zugunsten des Sozialismus entscheidende Siege bringen würde.

Aber es geschah etwas völlig Unerwartetes, vorher für völlig unmöglich Gehaltenes: Die heilsame Schutzimpfung, gegen deren Wirksamkeit es kein von außen her wirksames Gegenmittel gab, wurde von dort aus, von wo allein sie neutralisiert werden konnte, von innen her, unwirksam gemacht.

Wie hat die Führung der SED auf den Chrustschow-Revisionismus reagiert?

1. Zur Total-Rehabilitierung Titos usw. durch Chrustschow und zur Erklärung des Grundsatzes des „Nationalkommunismus“ (die Negierung einer einheitlichen kommunistischen Weltbewegung, formuliert als „Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer kommunistischer Parteien und sozialistischer Länder“):

Unsere Führung nahm das zur Kenntnis und veröffentlichte die sowjetischen Verlautbarungen im vollen Wortlaut. Sie wusste aus den eigenen Untersuchungen von 1953, dass die Rehabilitierung Titos zu Unrecht erfolgte, brachte das aber nicht zum Ausdruck, sondern verhielt sich wie damals alle Führungen der kommunistischen Parteien: Sie begrüßte die Versöhnung der Sowjetunion mit Jugoslawien als Schritt zur Überwindung der Spaltung im Lager der sozialistischen Staaten. Ihr Nichteinverständnis mit der Proklamierung des „Nationalkommunismus“ wurde nicht offen ausgesprochen, aber ersichtlich daraus, dass bei Treffen von SED-Politikern mit Vertretern anderer nichtrevisionistischer Parteien und sozialistischer Staaten in das Abschlusskommuniqué eine Formel nicht aufgenommen wurde, die seit dem Abkommen der SU mit Tito-Jugoslawien zum Erkennungszeichen revisionistischer Parteien wurde: die Formel nämlich, dass „beide Seiten vom Prinzip der Nichteinmischung“ ausgehen. Die DDR-Delegationen haben diese Formel nur dann aufnehmen lassen und unterschrieben, wenn die andere Seite es verlangte. Das war regelmäßig der Fall bei Treffen mit Vertretern der SU, Jugoslawiens, Polens nach dem Führungswechsel zu Gomulka und nach der Konterrevolution 1956 in Ungarn. Wie ist diese Haltung einzuschätzen?

Natürlich nicht als offener Kampf gegen den Schwenk der Sowjetführung zum Revisionismus, aber auch nicht als Überlaufen mit vollen Segeln auf den „neuen Kurs“, sondern als „zurückhaltende Billigung, zurückhaltendes Signal von partiellem Nichteinverständnis“. Für die Masse der Parteimitglieder und für die Bevölkerung der DDR waren diese feinen Unterschiede nicht zu erkennen - für sie stand die DDR-Führung voll hinter der Erklärung, dass Tito schweres Unrecht zugefügt wurde.

Der durchaus noch nicht überwundene Antisowjetismus bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung wurde mindestens bei Teilen durch die Forderung nach der „Nichteinmischung von außen“ bestärkt, bei anderen wiederbelebt. Die Desorientierung von Partei und Bevölkerung in Richtung Revisionismus nahm hier ihren Anfang.

2. Zum XX. Parteitag der KPdSU und Chrustschows „Geheimrede“:

Wiederum sind wir uns heute noch sicher, dass Walter Ulbricht und wohl auch Hermann Matern von dieser Erklärung nicht nur, wie alle, völlig überrascht und über-

rumpelt wurden, sondern sie auch als das empfanden, als was sie ja auch gedacht war: als einen Angriff nicht nur gegen Stalin, sondern gegen alle Parteiführungen, (also auch gegen die Führung der SED), die Stalin nicht nur aus „Parteidisziplin“, sondern aus fester Überzeugung von der Richtigkeit der Stalinschen Politik gefolgt waren und ihre Mitglieder zum festen Vertrauen zu Stalin erzogen hatten.

Vor allen Parteiführungen kommunistischer Parteien stand nun die Frage: Wie verhalten wir uns zu dieser schroffen Verurteilung dessen, woran zu zweifeln in der Vergangenheit zumindest den Verdacht der Parteifeindlichkeit erweckte? Auf dem Parteitag selbst konnte sich kein ausländischer Parteiführer äußern, waren sie doch von der ja erst nach der offiziellen Beendigung des Parteitages einberufenen Sondersitzung ausgeschlossen gewesen und hatten sie den Wortlaut der Rede doch aus der Veröffentlichung in der US-Presse erfahren.

Einer entschiedenen Zurückweisung der Verurteilung Stalins hatte Chrustschow ja dadurch vorgebeugt, dass er Stalin wegen der Moskauer Prozesse und der Repressionen und zahlreichen Todesurteile, darunter auch gegen zu Unrecht Beschuldigte, als ein Monster, einen Massenmörder aus Macht- und Verfolgungswahn hinstellte.

Dennoch musste Chrustschow Kritik an seiner Entstellung der Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion hinnehmen, wenn auch erst im Juni und September 1956. Sie kam allerdings nicht von der SED-Führung, sondern von der Kommunistischen Partei Frankreichs und ihren Führern Maurice Thorez und Jacques Duclos, vom Führer der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti und der Partei Mao-Tse-Tungs, der KP Chinas. Von der SED-Führung gab es keine kritischen Bemerkungen zum Chrustschow-Referat, aber auch keine breite Popularisierung. Auf der 3. Parteikonferenz der SED war das Äußerste, was in der Rede W. Ulbrichts gegen Stalin vorgebracht wurde, die Feststellung: „Stalin war kein Klassiker des Marxismus-Leninismus.“ Dem Verlangen der KPdSU-Führung, den Inhalt der Chrustschow-Rede den Parteimitgliedern bekannt zu machen, kam die SED-Führung in der Weise nach, dass deren Hauptpunkte in geschlossenen Parteiversammlungen bekanntgegeben wurden. Die Parteiführung tat zu keiner Zeit von sich aus etwas, um eine Welle der Stalin-Verurteilung in Gang zu setzen. Während man in manchen sozialistischen Ländern ebenso wie in der SU damit begann, Stalin-Denkmäler abzureißen, blieb das Stalin-Denkmal in der Stalin-Allee noch bis 1961, bis zum „zweiten XX. Parteitag“, nämlich dem XXII. Parteitag der KPdSU, von dem eine erneute Welle des Anti-Stalinismus ausging und Stalins engste Mitarbeiter, Molotow und Lasar Kaganowitsch, aus der Partei ausgeschlossen wurden, erhalten.

Erst nach diesem Parteitag sah sich unsere Führung offenbar gezwungen, dem verstärkten Verlangen aus Moskau nach Beseitigung aller Stalin-Denkmäler nachzukommen. Ein eigenes Bedürfnis danach hat nicht bestanden.

Der revisionistische Kurs Chrustschows entsprach in keiner Weise den Überzeugungen und Wünschen des maßgebenden Mannes der SED-Führung, Walter Ulbricht. Aber er, vor die Entscheidung gestellt, entweder den offenen Kampf gegen die revisionistische Moskauer Führung aufzunehmen, wie das inzwischen die chinesische KP und die KP Albaniens getan hatten, oder den offenen Bruch mit der Führung der KPdSU und der SU zu vermeiden und deren Kursänderung mitzumachen und sich dabei auf Schadensbegrenzung zu beschränken, entschied sich wiederum für Schadensbegrenzung in der Überzeugung, dass es im Interesse des Erhalts der DDR keine andere Lösung gäbe. So sehr das damals als richtig und unvermeidlich erschien, bedeutete es aber auch die Gewöhnung der Partei und der Bevölkerung des Landes daran, die aus Moskau verkündete revisionistische Ideologie und die vorgeführte entsprechende Praxis als den notwendigen und einzig richtigen Weg für den Aufbau des Sozialismus anzusehen. Es machte unfähig zu einem eigenen Urteil über falsch und richtig der Politik der Führung, weil durch die Verurteilung all dessen, von dessen Richtigkeit man vorher überzeugt worden war, die bisherigen Maßstäbe außer Kraft gesetzt wurden und plötzlich etwas Neues Geltung haben sollte.

Das Fazit: So wenig Walte Ulbricht der eigenen Überzeugung nach Revisionist war - durch die Unterlassung des aktiven Kampfes gegen den Revisionismus wurde die SED zu einer Partei, die der von Moskau ausgehenden revisionistischen Umwandlung der kommunistischen Parteien nicht offen widersprach und damit dazu beitrug, dass diese zum Kampf für den Sozialismus immer unfähiger wurden.

Revisionismus und "Neues Ökonomisches System"

Der Revisionismus ist Ideologie und Praxis der Zerstörung des Sozialismus von der ökonomischen Basis bis in alle Verzweigungen des Überbaus hinein. In der Sowjetunion gehörte zu den Methoden der Schädigung der ökonomischen Basis die Nichtbeachtung und Verletzung der Gesetze der Ökonomie des Sozialismus. Das zeigte sich besonders deutlich zum einen in der Wendung von der bewussten Einengung des Wirkungsbereiches des Wertgesetzes zur bewussten Ausdehnung seines Wirkungsbereiches auf die gesamte Volkswirtschaft, zum anderen in dem abenteuerlichen Zielversprechen, die USA ökonomisch in nur 10 Jahren ein- und überholen zu wollen und in 20 Jahren in der SU den Kommunismus zu erreichen - und in der bewussten Vernachlässigung der wissenschaftlich-technischen Revolution im zivilen Bereich der Volkswirtschaft.

Die DDR-Führung versuchte zunächst über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine Änderung auf diesem Gebiet in allen Ländern des RGW zu erreichen. Als sie damit ohne Erfolg blieb, wurde auf Initiative Walter Ulbrichts in der DDR in

den 60er-Jahren damit begonnen, wenigstens im eigenen Land der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Durchbruch zu verhelfen. Ausgangsbasis war seine Auffassung des Sozialismus als eine nicht nur kurze, alsbald nach Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse in den Kommunismus übergehende Phase, sondern als eine lange Zeit der Entwicklung, die bis zum reifen Sozialismus durchlaufen werden muss. Walter Ulbricht bildete einen Stab von Wissenschaftlern, der ein Ökonomisches System des Sozialismus ausarbeiten sollte, was auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 verkündet wurde. Es ging von der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik nach dem Grundsatz des höchsten ökonomischen Nutzeffekts und der materiellen Interessiertheit aus. Dieses Vorhaben fand in Moskau als Affront gegen die eigene Linie keine Gegenliebe. Als auch im Politbüro gegensätzliche Meinungen auftraten und im gebildeten Stab Kräfte auftraten, deren Vorstellungen darauf hinaus liefen, die zentrale Planung der ökonomischen Prozesse durch ein „selbstregulierendes System“ zu ersetzen und niemand in der Lage war, dafür eine konkrete Definition und machbare Vorstellungen zu liefern, sah sich Walter Ulbricht im Sommer 1965 - wie weiter oben schon ausgeführt - veranlasst, das Projekt selbst zu stoppen. Aus heutiger Sicht erscheint es legitim zu vermuten, dass revisionistische Auffassungen unter den beteiligten Kräften dafür den Ausschlag gaben.

Die SED und der „Eurokommunismus“.

Der Grundstein für den „Eurokommunismus“ wurde durch die Belgrader Erklärung von 1955 gelegt, nach der die Politik jeder Partei ihre eigene Sache sei. Das bedeutete die Verkündung des „Nationalkommunismus“. Der wirkliche Anstoß für andere Parteien ging aber erst vom XX. Parteitag der KPdSU aus, von der Verdammung der Stalin-Periode durch Chrustschow. Für Kommunisten, die dessen Bericht glaubten, konnte es nur eine Schlussfolgerung geben: Von dieser Vergangenheit der KPdSU muss man sich entschieden distanzieren. Und im eigenen Land darf man diesen Weg zum Sozialismus nicht gehen wollen, sondern muss einen eigenen, nationalen Weg gehen.

Ein starker Anstoß zur Formulierung der Grundlinie des „Eurokommunismus“ war der so genannte „Prager Frühling“ mit seiner Losung vom „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“ und die durchaus notwendige und berechtigte Intervention des Warschauer-Vertrags-Mächte gegen die konterrevolutionäre Entwicklung in der CSSR. Der Begriff „Eurokommunismus“ ist nicht von Kommunisten geprägt worden, sondern von bürgerlichen Beobachtern der Entwicklung in der kommunistischen Bewegung, aber nachher von Aktivisten des „Eurokommunismus“ in anderen Parteien übernommen worden. Weil die Wandlung in den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder - übrigens nicht nur in Europa - mit den gleichen oder ähnlichen

Merkmalen auftrat, war es nur folgerichtig, dass dafür ein gemeinsamer Name gefunden wurde: „Eurokommunismus“.

Seine Herausbildung in den 70er-Jahren ist eng mit den Namen der Führer der KP Italiens, Frankreichs und Spaniens verbunden. Seine Hauptbestandteile sind Übernahmen von revisionistischen Thesen zum einen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens wie: „Selbstverwaltungs-Sozialismus“, zum anderen der Chrustschow-Führung wie: demokratischer, parlamentarischer Weg zum Sozialismus, keine Diktatur des Proletariats, keine Avantgarde-Rolle des Proletariats, kein Führungsanspruch der kommunistischen Partei. Zu einem System, und zwar zu einem ausgesprochen antisowjetischen System, wurden diese verschiedenen revisionistischen Ansichten und ablehnenden Positionen gegenüber der Leninschen und natürlich „Stalinschen“ und sogar der nach-Stalinschen Sowjetunion ausgearbeitet von Carrillo in seinem 1977 in Madrid herausgebrachten Buch „Eurokommunismus und Staat“. In der SED-Führung fand diese revisionistische „Theorie“ keine Akzeptanz. Walter Ulbricht machte keine Zugeständnisse. Aber es gab in den Reihen der Partei, besonders im Gesellschaftswissenschaftlichen Institut beim ZK, Sympathisanten wie Reinhold und Neubert.

Der Wechsel an der Parteispitze von Walter Ulbricht zu Erich Honecker.

Die Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker, die offiziell auf Wunsch von Walter Ulbricht und mit der Berufung auf sein Alter von ihm selbst erklärt und der Partei bekannt gemacht wurde, hatte eine Vorgeschichte und erfolgte nicht ohne Einfluss aus Moskau. Am 21. Januar 1971 hatten sich einige Mitglieder des Politbüros der SED, darunter Axen, Grüneberg, Hager, Honecker, Mittag, Müncheberger und Kleiber, an das Politbüro der KPdSU mit einem Brief gewandt, in dem sie sich auf Differenzen mit Walter Ulbricht zu Grundfragen der Politik beriefen und Leonid Breshnew baten, „in den nächsten Tagen mit Genossen Walter Ulbricht ein Gespräch zu führen, in dessen Ergebnis dieser von sich aus das Zentralkomitee der SED bittet, ihn auf Grund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes von der Funktion des Ersten Sekretärs zu entbinden. Diese Frage sollte möglichst bald gelöst werden, das heißt unbedingt noch vor dem VIII. Parteitag der SED.“

So verlief der Wechsel dann auch.

Das ist keineswegs als Wechsel von einem Marxisten-Leninisten zu einem Revisionisten zu sehen. Aber es war der Wechsel von einem der im Klassenkampf erfahrensten und begabtesten Führer der deutschen und internationalen kommunistischen und

Arbeiterbewegung zu einem vom besten Willen erfüllten, aber infolge schwacher Führungsqualitäten leicht auf Abwege zu bringenden Parteiführer.

Überblickt man die fast 20 Jahre, in denen Erich Honecker an der Spitze der SED und des Staates stand, dann muss man feststellen, dass es ihm subjektiv ehrlich um das Wohl der DDR ging. Er hat nie daran gedacht, diese dem Imperialismus auszuliefern. Zunächst erschien es so, als sei mit ihm die Ära der größten Erfolge der DDR angebrochen. Unter der Losung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wurde ein umfassendes Sozialprogramm verkündet, dass von den Werktätigen freudig begrüßt wurde. Aber es handelte sich bei den ersten Fortschritten im Grunde nicht um Erfolge der neuen Führung, sondern die Ernte der vorangegangenen Jahre. Bald stellte sich heraus, dass das erhoffte Wachstum der Arbeitsproduktivität und Wirtschaftskraft nicht wie geplant eintrat. Sie garantierten nicht die hohen Sozialleistungen, besonders das gewaltige Wohnungsbauprogramm und die erforderlichen Akkumulationen. Die Erwartungen der Menschen, die immer mehr Vergleiche mit dem Lebensstandard der BRD zogen, wurden enttäuscht. Das wäre zu ertragen gewesen, wenn die Partei offen die Ursachen der negativen Entwicklung dargelegt und mit den Parteimitgliedern und den Massen darüber beraten hätte, wie man sie meistern könnte.

Die Parteiführung ging den anderen Weg, den des Administrierens, der Vertuschung von Widersprüchen und Problemen und der Schönfärberei, der in der Medienpolitik Ausdruck fand. Die Kluft zwischen Partei und breiten Teilen der Massen war groß geworden und innerhalb der Partei verlor die Führung immer stärker das Vertrauen der einfachen Mitglieder.

Besonders dramatische Auswirkungen hatte die unter Einfluss der Thesen des XX. Parteitages und der sie vertretenden revisionistischen Kräfte der KPdSU getroffene Einschätzung der internationalen Beziehungen und das damit verbundene Abweichen vom klaren marxistisch-leninistischen Standpunkt der friedlichen Koexistenz. Diese neue Einschätzung ging davon aus, „dass die imperialistischen Kräfte nunmehr die von der SU und der sozialistischen Staatengemeinschaft verfochtenen Prinzipien der friedlichen Koexistenz als einzig mögliche Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen von Staaten entgegengesetzter Gesellschaftsordnung anerkennen müssen.“ Die Tatsache, dass 1972 zahlreiche kapitalistische Staaten die DDR völkerrechtlich anerkannten und im gleichen Zeitraum die DDR in die UNO aufgenommen wurde, schien das zu bestätigen. Hinzu kam die Einschätzung, dass nun die Barriere der NATO gegen die DDR durchbrochen worden wäre.

Gab es wirklich plötzlich die „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus und der NATO? War die treffende, weitsichtige Einschätzung der neuen imperialistischen Strategie „Wandel durch Annäherung“, die der erfahrene Kommunist und Außenpolitiker Otto

Winzer getroffen hatte, dass es sich hier nämlich um die „Konterrevolution auf Filzlatschen“ handelt, vergessen?

Nüchtern betrachtet hatte die Parteiführung damit auf außenpolitischem Gebiet der revisionistischen Aufweichungspolitik in die Hände gearbeitet. So auch bei der Vorbereitung und Durchführung des folgenden KSZE-Prozesses und dem Abschluss des Helsinki-Abkommens.

Eine besondere Fehlhandlung war die Billigung des gemeinsamen Dokuments von SED und SPD vom August 1987 „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, mit dem die Autoren eine Vorarbeit für den Herbst 1989 leisteten. Sie ging der imperialistischen Strategie auf den Leim und dem offenen Verrat einiger Mitautoren in der Arbeitsgruppe, darunter Prof. Otto Reinhold und Rolf Reißig. Prof. Erich Hahn, einer der Verhandlungsführer, sagte im August 2002 in einer Erklärung zu den eigentlichen Motiven für diese Aktion, „es sei darum gegangen, Erscheinungen des Abschottens und der Abgrenzung gegenüber der westlichen Welt zu überwinden. Die Vision eines Hauses Europa schien in greifbare Nähe zu rücken“.

Hier wurde der Grad der ideologischen Aufweichung marxistisch-leninistischer SED-Positionen zugegeben. An die Stelle der friedlichen Koexistenz als Form des Klassenkampfes trat der die Gegenseite harmonisierende Terminus „Systemwettbewerb“. In einem erheblichen Teil der Mitgliedschaft der Partei erhob sich Protest dagegen, dass dem Imperialismus auf einmal „Reform- und Friedensfähigkeit“ bescheinigt worden war. Nur zwei Beispiele dafür, was da unterschrieben wurde:

1. „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, Vorzüge und Nachteile muss innerhalb jedes Systems möglich sein.“

2. „Die SED unterstützt die für beide Seiten gültigen Grundsätze der pluralistischen Demokratie und bewilligt die erleichterte Verbreitung von periodischen und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen.“

Die SED war in die Falle der imperialistischen Strategie gegangen! Das aber waren die Einfallstore für die imperialistische Konterrevolution.

Wir erlebten nun, wie auf Grundlage des Helsinki-Vertrages die DDR systematisch sturmreif geschossen wurde. Auf dem IX. Parteitag der SED 1976 wurde die Übereinstimmung mit der revisionistischen Moskauer Linie erneut unterstrichen. In dem dort beschlossenen Parteiprogramm wurde der Kommunismus als reales Ziel formuliert. In einer nachfolgenden Beratung mit Jugendaktivisten erklärte Erich Honecker „die Jugend der DDR zum Erbauer des Kommunismus“ und ergänzte, „dass auch er davon ausgeht, den Kommunismus noch zu erleben“. Was für eine Ähnlichkeit mit den realitätsfernen, großmäuligen Prognosen eines Chrustschow! Was für eine Realitäts-

ferne angesichts der realen Lage in der Gesellschaft der DDR! Es offenbarte sich das Maß der ideologischen Infiltration, der die DDR auch in der letzten Phase ihres Bestehens ausgesetzt war.

Die Saat Gorbatschows tat schließlich - trotz unbestrittener Bemühungen Erich Honeckers und anderer, sie in der DDR nicht aufgehen zu lassen - ihr Werk. Der die DDR zersetzende Revisionismus war nicht nur ein Moskau-Import-Produkt, sondern zum Teil auch hausgemacht. Trotz allem hatte Erich Honecker nie daran gedacht, die DDR den Imperialisten auszuliefern. (Beweis: sein kurz vor seinem Tode veröffentlichte Buch „Zu dramatischen Ereignissen“, dessen Erkenntnisse als die eines ehrlichen Kommunisten zu bewerten sind.)

Immer deutlicher zeigte sich, dass der XX. Parteitag zur entscheidenden negativen Zäsur in der Geschichte der UdSSR und der gesamten kommunistischen Weltbewegung geworden war. Unter der verlogenen Flagge der „Rückkehr zu Lenin“ erfolgte der Bruch mit dem Leninismus und der Übergang auf die Positionen des Revisionismus in fast allen Grundfragen. Wir wollen hier vier Hauptlinien nennen:

1. Klassenversöhnung statt Klassenkampf; für die Versöhnung mit dem Imperialismus; globale Menscheitsinteressen stünden über den Klasseninteressen; die Probleme wären nur gemeinsam mit dem Imperialismus zu lösen;
2. Imperialismus als Vorbild für die Gestaltung des Sozialismus;
3. Austausch von Freund- und Feindbild;
4. Die Zerstörung des kommunistischen Parteibewusstseins.

Der Verlauf der Entwicklung bestätigt überzeugend diese Analyse!

Mit Walter Ulbricht an der Spitze führte die SED einen ebenso entschlossenen wie flexiblen Kampf zur Verteidigung einer marxistisch-leninistischen politischen Linie. Dafür geriet sie nicht nur ins Feuer des Klassengegners, sondern sah sich immer häufiger gezwungen, Fallen auszuweichen und unschädlich zu machen, die von Moskau ausgingen. Walter Ulbricht musste bis zum Sturz Chrustschows eine Gratwanderung vollbringen, die die höchste politische Meisterschaft voraussetzte. Bei seinen Versuchen, ihn von der Spitze der SED zu beseitigen, nutzten Chrustschow und seine Verbindungsleute in der DDR Meinungsverschiedenheiten und persönliche karrieristische Bestrebungen, die es in der Parteiführung gab, um eine Politbüro- und ZK-Mehrheit gegen Walter Ulbricht zustande zu bringen. Das war der Hintergrund der bereits geschilderten „Affären“ (Herrnstadt/Zaisser, Schirdewan).

Bei Beachtung aller komplizierten Zusammenhänge muss man sagen, dass die SED bis 1970 nie eine revisionistische Partei war!

Probleme der SED vor allem in den 80er-Jahren

Als Marxisten-Leninisten stehen wir in der Pflicht, nach der Niederlage das ganze politische Rüstzeug, über das die SED verfügte, auf den Prüfstand zu stellen. Aber es sei hier noch einmal deutlich gesagt: Die dabei nötige Benennung von Defiziten muss absolut ausschließen, dass der Sozialismus und die DDR als solche in Zweifel gezogen werden. Die marxistische Analyse darf kein Spielmaterial für DDR-Delegitimierer und Kriminalisierer beliebiger Art liefern. Wer die Dinge untersucht, muss davon ausgehen, dass im Rückblick alles viel einfacher, klarer und überschaubarer erscheint, als es auf die damaligen Akteure in deren konkreter Situation wirkte. Und noch etwas ist zu beachten: Begangene Fehler dürfen nicht pauschal auf die gesamten 45 Jahre des Kampfes im Osten Deutschlands bezogen werden. Denn die einzelnen Entwicklungsetappen trugen durchaus unterschiedlichen Charakter und ihre jeweilige Spezifik. Was uns misslang, ging nicht wegen des Marxismus-Leninismus, sondern aufgrund der Abweichung von seinen Prinzipien schief. Der Aufbau des Sozialismus der DDR ging unter äußeren Bedingungen vor sich, die historisch einmalig waren (die Existenz eines potenten kapitalistischen Staates auf deutschem Boden, vorderste Frontlinie im Kalten Krieg, die Wirkung des XX. Parteitages der KPdSU und der folgenden revisionistischen Erosion). Äußere Ursachen hatten also ein besonderes Gewicht. Die inneren Ursachen sind im dialektischen Zusammenhang damit sehr komplex und in den verschiedenen Entwicklungsetappen unterschiedlich stark wirksam geworden und schwer zu verallgemeinern.

Wir wollen uns auf jene konzentrieren, die wir aus eigenen Erfahrungen heraus als gesichert ansehen können.

Ein Kardinalfehler war die Vernachlässigung der ständigen objektiven Bewertung des tatsächlichen Bewusstseinsstandes der Klassen und Schichten der DDR-Bevölkerung wie der eigenen Parteimitgliedschaft. Es gab die Neigung, das Niveau des Bewusstseins zu überschätzen. Man hielt, wie Genosse Heinz Keßler bemerkte, an einer vereinfachten Sicht auf die Arbeiterklasse fest und beschränkte sich auf die verbale Betonung ihrer Rolle als historisches Subjekt, ja man ging sogar zu einer Idealisierung über. Die Langzeitwirkung bürgerlicher Denk- und Verhaltensweisen wurde unterschätzt. Es gab Zeiten spürbarer Fortschritte bei der Bewusstseinsentwicklung in der zweiten Hälfte der 50er- und in den 60er-Jahren. Doch Ende der 70er -und in den 80er-Jahren kam es aus den oben beschriebenen Gründen zu Erosionen im Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse, unter der Jugend und bei der Intelligenz.

Das hatte zur Folge, dass bei anstehenden, komplizierten Aufgaben das Tempo willkürlich forciert wurde, ohne Rücksicht auf den wirklichen Reifegrad der Partei und der Massen zu nehmen.

Die Notwendigkeit der Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit wurde in allen Beschlüssen hervorgehoben. Die Ideologie wurde jedoch immer deutlicher zur Dienerin der aktuellen Politik und inhaltlich immer stärker auf kurzfristige Ziele und tagespolitische Probleme gerichtet. Statt Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus kamen immer mehr Reden der Mitglieder des Politbüros und Parteibeschlüsse auf die Liste der von den Teilnehmern im Parteilehrjahr zu lesenden „Pflichtliteratur". Dies scheint überhaupt ein Wesensmerkmal revisionistischer Aufweichungen zu sein: die Abkehr vom Grundlagenstudium und damit von der Wissenschaftlichkeit unserer Weltanschauung und die Hinwendung zum Auswendiglernen aktueller (und natürlich opportunistischer bzw. revisionistischer) strategischer Orientierungen der Führung. Das formell noch immer umfangreiche und differenzierte Instrumentarium der ideologischen Tätigkeit wurde im Formalismus erstickt, das Interesse der Parteimitglieder und der anderen Schichten der Teilnehmer ließ nach, die Teilnahme wurde zur Pflichtübung. Während unter Leitung von Walter Ulbricht die offene Diskussion und Polemik zu theoretischen Grundfragen geführt wurde, traten an deren Stelle abgelesene Monologe. Immer deutlicher wurde sichtbar, dass die erlebte Wirklichkeit im Gegensatz zu den ideologischen Thesen stand. Das führte zu nachlassender Glaubwürdigkeit der Partei unter den Mitgliedern und den parteilosen Massen.

Besonders die immer restriktiver werdende Informationspolitik der Medien stieß zu Recht auf Ablehnung. Schönfärberischer Aktionismus, dauernde Erfolgsmeldungen, Kampagnenhaftigkeit und peinliche „Hofberichterstattung" prägten zunehmend deren Bild. Besonders verhängnisvoll war die defensive Reaktion auf die schon erwähnte, mit der Schlussakte von Helsinki ausgehende „Menschenrechtskampagne" des Imperialismus. Dazu gehört auch das Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", dass 1987 von SED und SPD unterzeichnet wurde und das sich als ein Einfallstor der Konterrevolution erweisen sollte.

Bei der Bewertung des Wirkens einer marxistisch-leninistischen Partei ist die Frage nach Niveau und Verfasstheit ihrer theoretischen Arbeit von großer Bedeutung. Die SED verfügte über leistungsfähige Theoriekapazitäten und besaß marxistisch gebildete Kader. Auf vielen Gebieten wurde eigenständige innovative Forschung betrieben. Andererseits haben Erscheinungen wie die Leugnung und Unterschätzung von Widersprüchen im Sozialismus sowie der voluntaristische Umgang mit der „Gesetzmäßigkeit" eines Sieges (Unumkehrbarkeitsthese) fatale Wirkungen gehabt. Die parallel zum „Eurokommunismus" anwachsende Tendenz revisionistischer Auffassungen in einigen Theoriezentren wurden nicht erkannt oder nicht ernst genommen.

Der „Demokratische Zentralismus" ist das von Lenin formulierte Organisationsprinzip einer marxistisch-leninistischen Partei. Als solche verstand sich die SED. Der schöpferische Umgang mit ihm war in ihrem Statut festgeschrieben. Ohne eine Praxis

auf seiner Grundlage wären die Erfolge der SED bei der Führung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht möglich gewesen. Aber der demokratische Zentralismus wurde im Kontext mit den konkreten Erscheinungen des Klassenkampfes und der Probleme mit dem von der KPdSU ausgehenden Revisionismus verzerrt angewandt. Die innerparteiliche Demokratie als eine entscheidende Voraussetzung wurde immer mehr eingeengt. Das führte zu einer unzulässigen Verschärfung bürokratisch-zentralistischer Tendenzen. Das Leninsche Vermächtnis von der Notwendigkeit des kompromisslosen Kampfes gegen diese Tendenzen blieb unbeachtet. Der Abbau der innerparteilichen Demokratie ging von oben aus und blieb zunächst an der Basis unbemerkt. Ein Kernproblem war dabei die Konzentration mannigfaltigen Wissens auf einen ausgewählten, begrenzten Kreis von Funktionären. Der Besitz dieser Informationen verlieh das Recht auf Entscheidungen und letztlich Macht. Das hatte Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Mitglieder und auf die Kollektivität in den Führungsorganen auf allen Ebenen.

Weitere Erscheinungen des Demokratieabbaus in der Partei:

- die Rechenschaftslegung des ZK an die Parteitage war unter Leitung von Walter Ulbricht garantiert; ab dem VIII. Parteitag gab es keine Rechenschaftslegung mehr;

- die zeitlichen Fristen zwischen den Tagungen des ZK wurden verlängert, die Sitzungsdauer verkürzt;

- die ZK-Sitzungen wurden immer mehr frei gehalten von Auseinandersetzungen und Ringen um Entscheidungen, an deren Stelle traten „Zustimmungserklärungen“ und Bekenntnisse zur „Linie“;

- keine Rede auf Tagungen wurde gehalten, ohne dass sie der Führung vorher bekannt war und durch sie „abgesegnet“ wurde;

- keine Berichterstattung einer Kreisleitung vor dem Politbüro, die nicht bis ins Detail vom Apparat des ZK kontrolliert wurde.

Wir wussten um diese Praktiken und ihren Widerspruch zum Statut, warum haben wir nicht dagegen opponiert? Die einzig wirksame Gegenstrategie wäre die Mobilisierung der Kontrolle durch die Basis gewesen. Wir befanden uns im Konflikt zwischen unserer Verantwortung für die Einheit der Partei und der Parteidisziplin.

Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte die Kadernomenklatur des ZK. Sie uferte im Laufe der Jahre immer mehr aus. Der Apparat des ZK entschied über Einsatz und Abberufung. Eine solche Nomenklatur hat durchaus ihre Berechtigung und in komplizierten Klassenkampfsituationen ist auch eine zeitweilige Ausdehnung berechtigt. Aber im Grunde wurde zusammen mit dem „Laufbahnmechanismus“ das im Statut festgeschriebene Prinzip der Wahl der Kader von unten nach oben auf den

Kopf gestellt. Folgen dieser und anderer Tendenzen waren eine Aufweichung des kommunistischen Parteibewusstseins und das verstärkte Hochkommen des Karrierismus.

Es bleibt festzustellen: Die Rechte und Pflichten der Parteimitglieder waren beträchtlich, wurden aber durch stetige Einengungen konterkariert. War es bis zum VIII. Parteitag üblich, dass turnusmäßig Beratungen des Politbüros mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen durchgeführt wurden, verkam diese Form des demokratischen Meinungsaustausches der Führung mit diesem Kreis der Basisfunktionäre zu einer Form der Disziplinierung. An die Stelle regen Erfahrungsaustausches trat ein fünfstündiges Referat des Generalsekretärs, das den Ersten Sekretären danach gedruckt ausgehändigt wurde mit der Verpflichtung, es wörtlich vor dem Kreisparteiaktiv zu verlesen. Diskussionen darüber gab es nicht mehr.

Im Zusammenhang mit diesen Tendenzen steht die Frage nach der Mitgliederstärke der Partei. Und die Frage: Wer kann Mitglied der Partei sein?

Aus der Geschichte der KPdSU ist die prinzipielle Auseinandersetzung zwischen Lenin und Martow zum Punkt I des Statuts (zur Parteimitgliedschaft) bekannt. Lenins Standpunkt war, dass das Statut als „Grundgesetz der Partei“ exakt formuliert, wodurch sich ein Mitglied der Partei auszeichnen muss. Er wandte sich dabei gegen die Definition der Partei als „Massenpartei“.

Lenin vertrat den Standpunkt, dass eine strenge, qualitative Auswahl die zahlenmäßige Stärke der Partei bestimmen muss. Zitat: „...es ist besser, zehn Arbeiter bezeichnen sich nicht als Parteimitglied als dass ein Schwätzer das Recht und die Möglichkeit hat, Parteimitglied zu sein“. Die zahlenmäßige Stärke der Partei wurde von ihm stets mit dem Bewusstseinsstand der Mitglieder und dem Parteierziehungsprozess in unterschiedlichen konkret-historischen Situationen gesehen. Er verwies auf den Zusammenhang zwischen zahlenmäßiger Größe der Partei und damit verbundener „unvermeidlicher Tendenz der Zunahme des Zentralismus“ und „organisatorischer Verschwommenheit“. Und Lenin sah die reale Gefahr, „dass die Versuchung, in die Regierungspartei einzutreten, riesig groß ist und damit Karrieristen in die Partei kommen“. 1922 stellte Lenin fest, dass die KPdSU mit 300.000 Mitgliedern entschieden zu groß sei und forderte eine Verringerung der Mitgliederzahl. Als Weg dazu schlug er eine Verlängerung der Kandidatenzeit vor, „man müsse sie zu einer ernsthaften Probezeit“ gestalten, und er forderte, konkret festzulegen, worin das wirkliche Durchmachen der Kandidatenzeit bestehen und wie die Kontrolle darüber ausgeübt werden soll.

Dieses Leninsche Vermächtnis wurde in unserer Partei vor allem ab Mitte der 50er-Jahre nicht mehr beachtet.

Mitgliederentwicklung der SED:

1946: nach Vereinigungs-Parteitag	1.298.415
1949: nach Gründung der DDR	1.603.754
1970:	1.904.026
1988:	2.300.000

Die Schieflage der Mitgliederentwicklung wird auch an solchen Fakten sichtbar wie dem, dass der Grad der Organisiertheit in der SED unter den Pädagogen 70% betrug. Ähnlich war das unter der Intelligenz in den Industriegroßbetrieben. Die Kandidatenzeit wurde mehr und mehr zu einer Formalität. In den 70er-Jahren wurde sogar den KL der FDJ das Recht zuerkannt, eine Bürgschaft zu übernehmen. Auch die mehrfach durchgeführten Parteiüberprüfungen bzw. Umtauschaktionen der Mitgliedsbücher wurden nicht zu einer Parteireinigung genutzt und waren keine Schritte, um die Rolle der Partei als Avantgarde damit immer neu zu erringen. Die Auswirkungen auf die politisch-ideologische Festigkeit und Kampfkraft der Partei wurden bald sichtbar. Die Losung „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei“ war zur reinen Agitationsphrase geworden.

Das vom IX. Parteitag veränderte Programm war Ausdruck einer vom realen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung geprägten Realitätsferne und hatte mit einer wissenschaftlichen, marxistischen Gesellschaftsperspektive nichts gemein.

Die Konterrevolution siegt

Als Ende Juni 1989 das 8. Plenum des ZK zusammentrat, erwarteten viele Parteimitglieder Impulse, wie die offensichtliche Krise zu bewältigen wäre. Aber es geschah nichts. Die politische und ökonomische Situation wurde schöngeredet und die aktuellen Probleme einfach ignoriert. Es machte sich eine Atmosphäre der Ausweglosigkeit und des Pessimismus breit. Die Mitglieder des SED-Politbüros verkannten völlig, dass sie ihre letzte Chance verspielt hatten.

Was die Bewusstseinsentwicklung betrifft, hatten die Genossen offenbar nicht mitgekriegt, dass das Bewusstsein - wie alle Seiten des Lebens - in der DDR eine Aufstiegs und eine Abstiegsphase durchlaufen hat. Die antifaschistische, antiimperialistische und sozialistische Erziehung hat bis Ende der 60er-Jahre hinein spürbare Erfolge gehabt und zur Entwicklung eines DDR-Selbstbewusstseins bei der Mehrheit der DDR-Bevölkerung geführt. Dann aber setzte - auch im Bewusstsein - eine Rückwärtsentwicklung ein, deren Hauptursache darin lag, dass, ausgehend vom XX. Parteitag der KPdSU, die klaren Klassenpositionen verlassen wurden und zur Hauptgefahr für den Sozialismus nicht mehr der Imperialismus, und auf ideologischen Gebiet

nicht mehr der Revisionismus, sondern der Dogmatismus und das Sektierertum erklärt wurden. Der Imperialismus avancierte vom Todfeind des Sozialismus zum angeblich unverzichtbaren Partner bei der Sicherung des Friedens! Mit Helsinki setzte der Imperialismus durch, dass im Bewusstsein der Menschen der Kampf um die soziale und politische Befreiung immer mehr zurückgedrängt wurde und dominierend in den Vordergrund die „Sicherung der Menschenrechte“ in den sozialistischen Staaten gerückt wurde. Egon Bahr hat schon viele Male bestätigt, dass Helsinki ein großer Erfolg der Politik „Wandel durch Annäherung“ gewesen ist, weil damit der Anfang vom Ende der Sowjetunion und der DDR eingeleitet wurde.

Das größte Problem aber lag außerhalb der SED. Es war, was Alexander Sinowjew auf die Frage geantwortet hatte, womit er erkläre, dass die Sowjetordnung ohne einen einzigen Schuss gefallen ist: „Nicht wegen ihrer Lebensunfähigkeit brach sie zusammen, sondern wegen der Verräter, die mit einem mächtigen äußeren Feind gemeinsame Sache machten. Der Zusammenbruch ging ohne einen einzigen Mucks vonstatten, weil die KPdSU-Elite den systematischen Ausverkauf des Sozialismus betrieben hatten.“

Deshalb nun noch einmal ein Blick auf die Sowjetunion Ende der 80er-Jahre. Wir haben Herrn Gorbatschow davon reden hören, „wir“ müssten „gemeinsam mit den kapitalistischen Ländern“ das „Haus Europa“ errichten. Wir fanden damals, seine Sache wäre es eigentlich gewesen, sich Sorgen um den Zustand des Bündnisses der sozialistischen Staaten zu machen und Schritte zu dessen Festigung einzuleiten, aber gewundert hat uns nicht, dass er genau das Gegenteil tat, hatten er und sein Außenminister Schewardnadse doch schon vor der UNO verkündet, die Politik der friedlichen Koexistenz sei keine Form des Klassenkampfes und benutzte er doch die Autorität und die Macht der Sowjetunion, um auch die Führungen der anderen kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder zur Zustimmung zu dieser revisionistischen, konterrevolutionären Politik zu drängen.

Wir erinnern uns noch an Gorbatschows Herzensfreundschaft mit Bundeskanzler Kohl, offenbart bei dem Treffen der beiden im Kaukasus, an Gorbatschows emsige Reisetätigkeit in alle sozialistischen Länder, sogar bis nach China, um überall in seinen Reden die Notwendigkeit der Aufgabe des Klassenkampfes zugunsten eines gemeinsamen Eintretens für die „allgemein-menschlichen Interessen“ zu verkünden und zu fördern - und mit wem sollten wir gemeinsam für diese allgemein-menschlichen Interessen eintreten? Mit den USA!

Und wir erinnern uns noch sehr genau an Gorbatschows 13-Milliarden-Deal mit Kohl für die Preisgabe der DDR an die BRD und die NATO!

Die Gegner der DDR - außen und innen - erkannten die Situation „als reale strategische Orientierung“. Die stabsmäßig von der BRD organisierte Operation „Massenflucht“ lief planmäßig ab. Die Konzeption ging auf, auch weil die politischen Zentren der DDR bis Ende September handlungsunfähig waren. Es herrschte politische Sprachlosigkeit.

„Gorbi“ hatte von 12. Juni bis zum 15. Juni die BRD besucht und war zweimal mit Kohl zu „Vier-Augen-Gesprächen“ zusammengetroffen. Die „Männerfreundschaft“ war längst entstanden und die Weichen waren gestellt. Die DDR war illegal „verkauft“ worden. Nicht umsonst schwärmte Gorbatschow noch Jahre danach von diesen Treffen am Rhein. Die Kräfte der inneren Konterrevolution, das zeigten die „Runder-Tisch-Gespräche“, dienten nur dazu, die neue DDR-Führung vor sich herzutreiben. Die innerparteiliche Opposition in der SED hatte sich formiert, wenn auch Egon Krenz und Wolfgang Herger meinten, es habe sie nicht gegeben. Eine völlige Verkennung der realen Lage!

Der am 9. November verunglückte Versuch einer Reiseverordnung wurde durch die bewusste Verratshandlung Schabowskis, die sofortige Grenzöffnung, zur Farce. Er wollte nicht nur den „Ruhm“ der „Maueröffnung“ einheimsen, er hatte sich auf die Seite jener geschlagen, die darauf hinarbeiteten, den neuen Generalsekretär zu destabilisieren. Die Versuche von Egon Krenz und teilweise von Hans Modrow, die Lage zu stabilisieren, schlugen fehl, weil sie noch immer auf die „Schutzschild-Funktion“ der SU und Gorbatschows bauten. Es fehlte an politischer Klarheit.

Immerhin bestanden im westlichen Bündnis in der „deutschen Frage“ noch erhebliche innerimperialistische Widersprüche. Es wurde nicht einmal versucht, sie geschickt zu nutzen.

Hinzu kam, dass Egon Krenz glaubte, mit seiner Bereitschaft, den Führungsanspruch der SED in der Verfassung aufzugeben, innere Widerstandskräfte gegen den Ausverkauf der DDR mobilisieren zu können. Reine Illusion und purer Revisionismus! Der am 1. Dezember 1989 auf Antrag der SED-Fraktion nach Begründung durch Hans Modrow beschlossene „Verzicht auf den Führungsanspruch der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ gab jeden Spielraum auf und wurde zum politischen Suizid.

Hätte in dieser Situation noch etwas getan werden können zur Rettung der DDR? Bietet die Geschichte Beispiele dafür, dass es möglich ist, die Revolution gegen eine erdrückende Übermacht siegreich zu verteidigen? Ja, natürlich. Das klassische Beispiel hat die russische Revolution gleich zweimal geliefert - mit dem Sieg über die Intervention und die innere Konterrevolution 1917-1920 und im Vaterländischen Krieg gegen die faschistischen Invasoren. Und heute (2009, d. Red.) ist Kuba das

leuchtende, den Revolutionären in aller Welt Kraft und Zuversicht spendende Beispiel für den erfolgreichen Widerstand. Die kubanische Regierung unter Führung Fidel Castros hat bewiesen, dass eine Befolgung der Lehre Lenins eine Revolution selbst unter äußerst ungünstigen Verhältnissen unbesiegbar machen kann. Weil Fidel Castro die Schwierigkeiten und Mängel nie zu beschönigen suchte, sondern immer offen über sie sprach, auch nicht davor zurückschreckte, eigene Fehler zuzugeben, aber zugleich auch die Wege zeigte, alle Schwierigkeiten mit eigenen Kräften und Anstrengungen zu überwinden, hat das bewundernswerte kubanische Volk seine Revolution und seine Regierung selbst unter beispiellos harten Lebensbedingungen verteidigt und jede Kapitulation von sich gewiesen.

Voraussetzung dafür ist aber die Führung durch eine zielklare revolutionäre Partei und die feste Verbindung der Führung mit den Massen. Diese Voraussetzungen waren in der DDR 1989 nicht mehr gegeben.

Partei und Regierung hatten das Vertrauen und die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung verloren. Unübersehbare Symptome dafür waren die Flucht von Tausenden DDR-Bürgern über die BRD-Botschaften in der Tschechoslowakei und Ungarn in die BRD.

Aber die Parteiführung besaß auch nicht mehr das Vertrauen großer Teile der eigenen Partei! War das im Hinblick auf die Fähigkeit zur Verteidigung der Republik schon schlimm, so war noch viel schlimmer, ja das Schlimmste, dass - soweit wir es in der Parteiorganisationen unserer Bereiche überblicken konnten, aber ganz bestimmt war es nicht nur dort so - der Hoffnungsträger und Vertrauensträger der Mehrheit der Parteimitglieder genau der Mann war, der das sozialistische Deutschland liquidieren und an die BRD ausliefern wollte - nämlich Gorbatschow!

Wir erinnern uns an den Demonstrationszug der FDJ am 7. Oktober 1989 vorbei an der Tribüne mit Honecker und Gorbatschow, aus dem die begeisterten „Gorbi-Gorbi"-Rufe die wenigen und schwachen „Honni"-Rufe laut überschallten. Und wir erinnern uns an die Diskussionen in den Jahren 1988/89, in denen von Genossen alle Hoffnungen darauf gesetzt wurden, dass Gorbatschow einen Führungswechsel in der DDR durchsetzt, um auch hier „Perestroika" und „Glasnost" einzuführen.

Wir erinnern uns ferner an die Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989, einberufen von prominenten Künstlern und Kulturschaffenden der DDR, mit Rednern wie Heiner Müller, Lothar Bisky, Gregor Gysi, Stephan Heym, Christa Wolf, Markus Wolf, Käthe Reichel, Steffi Spira und anderen. Käthe Reichel hielt dort eine Rede, für die sie sich heute hoffentlich schämt.

Und als letztes erinnern wir uns daran, dass auch die Parteiführung gespalten war in solche wie Honecker, die wussten, dass die Übertragung der Perestroika in die DDR

deren Ende bedeuten würde - sie waren bekanntlich in der Minderheit - und in Parteigänger Gorbatschows, die in konspirativer Absprache mit Moskau Honeckers Absetzung beschlossen und durchführten.

Es gibt Genossen, die der Ansicht sind, die Ursache unseres Untergangs wäre gewesen dass wir nicht die Staatsmacht zur Erhaltung der DDR einsetzten. Wir hätten im Herbst 1989 nicht zum politischen Kampf und nicht zur militärischen Verteidigung aufgerufen. Diese Genossen äußern ihre scharfe Missbilligung jenen „Genossen in unseren Reihen gegenüber, die heute noch stolz darauf sind, die Staatsgewalt, über die wir damals verfügten, nicht eingesetzt zu haben“. Denn: Wer über den Partei- und Staatsapparat verfüge, ihn aber selbst im Augenblick höchster Bedrohung nicht einsetze, werde die Macht zwangsläufig verlieren.

Die Genossen sind anscheinend davon überzeugt, dass wir heute noch die DDR hätten, wenn „wir“ damals „den Partei- und Staatsapparat eingesetzt“ hätten. Angesichts solcher Meinungen muss man sich fragen: Wo eigentlich, in welcher DDR, haben diese Genossen gelebt, dass sie ein so kenntnisloses Bild der Situation von 1988/89 haben?

Wer hätte es tun sollen, auf welche Weise und gegen wen? Es wäre in jedem Falle ein Einsatz nicht gegen den Feind, sondern mehrheitlich gegen die eigenen - allerdings den raffiniert-demagogischen Parolen des Feindes folgenden - Leute gewesen und ein Einsatz zudem, der nur eines zur Folge gehabt hätte: die völlige Diskreditierung der eigenen Regierung und der SED und damit die Beschleunigung des Endes der DDR.

Bei nüchterner Analyse der damaligen Situation - der Entschlossenheit der sowjetischen Führung zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in allen unter ihrem Einfluss stehenden und von ihr abhängigen sozialistischen Staaten und bei dem inneren Zustand der DDR, der weitgehenden ideologischen Zersetzung und Spaltung der führenden Partei und deren Vertrauensverlust bei den Massen - konnte das Ende der DDR durch politische oder gar militärische Maßnahmen nicht mehr verhindert werden.

Wohl aber wäre als zumindest zu verhindern gewesen, dass die DDR so schmählich unterging: Das war vor allem das Ergebnis dessen, dass über Jahre hinweg die Führung offenkundig wachsende Schwierigkeiten und Mängel nicht zur Sprache brachte, sondern statt dessen in den Medien die Wirklichkeit schönreden und Tag für Tag nur von Erfolgen berichten ließ, von denen die Menschen in ihrem Alltag schon längere Zeit nichts mehr verspürten und sich durch diese Medien-Berichterstattung nicht ernst genommen, sondern verkohlt fühlten. Das war, wie schon gesagt, das Gegenteil einer Führung im Sinne Lenins, dessen Maxime war, Schwierigkeiten und Gegensätze nicht zu verschweigen und zu verkleistern, sondern offen auszusprechen. Nicht so zu han-

deln hatte aber unsere Führung sehr spezielle Gründe, hatten doch viele Schwierigkeiten ihre Ursachen in der Gorbatschow-Politik gegenüber der DDR. Aber offen über diese Ursachen zu sprechen hätte bedeutet, offen Stellung zu nehmen gegen viele Aspekte der Gorbatschow-Politik. Was unsere Führung gehindert hat, einen solchen mutigen Schritt zu tun, darüber ist in Honeckers „Moabiter Notizen" im Zusammenhang mit der Kritik an Gorbatschows Revision der Geschichte zu lesen:

„Ganze Generationen waren im Geiste des unerschütterlichen Vertrauens zur Sowjetunion erzogen. Sie mussten nun zum zweiten Mal - 1956 und dann 1985-1990 - verdauen, was nun nicht mehr vom Gegner kam. Alles wurde plötzlich umgewertet. Alles erfuhr eine Neubewertung. Es wurde alles in Frage gestellt, was bisher richtig schien, die Oktoberrevolution eingeschlossen. Wie konnte, wie musste sich unsere Partei dem stellen? Was hätte eine Konfrontation mit einer in der SU offen geduldeten Politik bewirkt? Hätten das alle Menschen verstanden?"

Nein, sie hätten es zunächst nicht verstanden, wie ihre Reaktion auf das Verbot der konterrevolutionären, gorbatschowistischen Zeitschrift „Sputnik" in der DDR zeigte. Aber es wäre wenigstens ein Zeichen des Widerstands gegen eine verderbliche Politik gewesen, die hinterher von vielen verstanden und gewürdigt worden wäre.

So aber inszenierte die innerparteiliche, revisionistische Opposition ihren Partei-Putsch widerstandslos und voll auf der Linie Gorbatschows mit einer Stalinismus-Hetze sondergleichen, hervorragende Genossen der SED wurden nun von den neuen Herren der SED/PDS ausgegrenzt, mit Parteistrafen belegt oder ganz aus der Partei ausgeschlossen und obendrein strafrechtlich verfolgt. Die SED gab es nicht mehr.

Und ein Hans Modrow als Ministerpräsident ließ Erich Honecker, Heinz Keßler und andere verhaften und einsperren. Mehr noch: als er von seinem Treffen mit Gorbatschow aus Moskau zurückkehrte, betätigte er sich als dessen Helfershelfer bei der Auslöschung der DDR, indem er den Anschluss an die BRD frivol und zynisch mit den Worten der DDR-Hymne „Deutschland, einig Vaterland" ankündigte, damit die endgültige Kapitulation der DDR vollzog und sie an die alten Kräfte des deutschen Imperialismus, die 40 Jahre keine Gewalt mehr über uns hatten, verschenkte.

Er wurde dafür aber vom Volk der DDR nicht davongejagt, sondern er konnte sicher sein, dass sich dagegen kein Widerstand regen würde.

Trotz ihrer großen Zahl und ihrer Schwere waren es nicht die eigenen Fehler, die zum Todesurteil der DDR führten. Die letztlich entscheidende Ursache dafür, dass die imperialistische Konzeption des „Roll-back" (in der Form des „Wandels durch Annäherung") doch siegreich war, war die Tatsache der Ausbreitung des Revisionismus, der zwar verbal in kollektiven Dokumenten der kommunistischen Weltbewegung noch unter Chrustschow „als Hauptgefahr" angeprangert, in der Praxis als solche aber

nicht bekämpft, nicht entlarvt, ja nicht einmal thematisiert wurde. Er breitete sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU von der Ära Chrustschow bis zur Ära Gorbatschow in der KPdSU und in den anderen kommunistischen Parteien des sozialistischen Lagers aus und zersetzte in ihnen das marxistisch-leninistische Parteibewusstsein.

Das Nachdenken über die Ursachen, über Art und Weise des Untergangs der DDR und des gesamten sozialistischen Lagers in Europa wird nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch unter den mit ihr verbundenen internationalen kommunistischen Parteien und Kräften noch lange anhalten - wahrscheinlich, bis sich in der kommunistischen Bewegung eine klare, einheitliche Bewertung der Rolle des XX. Parteitages der KPdSU als Ausgangspunkt des Revisionismus in den Parteien des sozialistischen Lagers durchgesetzt hat.

Anmerkungen

1. Anlässlich der politisch-ideologischen Konferenz der KKE im Dezember 2007 in Athen, zu der Mitglieder des Herausgebergremiums der offen-siv eingeladen waren, kam es zu einem Gespräch mit Mitgliedern des Politbüros der KKE. Da die KKE in der Forschung über die Konterrevolution in Europa einen wichtigen Schwerpunkt ihrer ideologischen Grundsatzarbeit sieht, baten die griechischen Genossinnen und Genossen während dieses Gespräches die offen-siv darum, die Zuarbeit über den Themenkomplex „Konterrevolution in der DDR“ zu übernehmen. Sie sprachen besonders drei Bereiche an: die Entwicklung der SED, die Ökonomie und die Frage der imperialistischen Bedrohung und ihrer Abwehr.

Aus diesem Grund sprechen Kurt Gossweiler und Dieter Itzerott hier vom „Wunsch der Genossen der Griechischen Kommunistischen Partei an uns“.

2. Dieser Beschluss war eine Folge der Erkenntnisse über das Eindringen von Agenten der US-amerikanischen Geheimdienste in die kommunistische Emigration in verschiedenen kapitalistischen Ländern, vor allem in der Schweiz, und der Aufdeckung der Zusammenarbeit des Tito-jugoslawischen Regimes mit imperialistischen Mächten - Erkenntnisse, die in Prozessen in Ungarn (Rajk-Prozess, September 1949) und Bulgarien (Kostoff-Prozess Dezember 1949) gewonnen worden waren.

Drei Jahre später, im November 1952, fand in der Tschechoslowakei ein dritter Prozess statt gegen den ehemaligen Generalsekretär der KPC, Rudolf Slansky. Darüber wird weiter unten zu sprechen sein.

Im Ergebnis der Überprüfung im Jahre 1951 wurden zahlreiche Genossen, die in der Nazizeit in kapitalistische Länder emigriert waren und nach ihrer Rückkehr in Parteifunktionen tätig waren, aus diesen Funktionen entfernt und zumeist in entsprechenden staatlichen Funktionen eingesetzt.

3. Dies geht eindeutig aus einer Dokumentation sowjetischer Akten aus dem Bestand Molotows hervor, die in Band 95 der Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte veröffentlicht sind. („Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung." Herausgegeben und eingeleitet von Peter Ruggenthaler, München 2007.) Der Herausgeber Ruggenthaler trifft als Erkenntnisse aus diesen Akten zur Stalin-Note unter anderem folgende Feststellungen (S. 14-16): „Nach den Erkenntnissen der Geheimdienste konnte die sowjetische Führung davon ausgehen, dass sich die Westmächte, allen voran die USA, nicht von der Westintegration der eben geschaffenen Bundesrepublik Deutschland abbringen lassen würden... Demzufolge konnte das „Neutralisierungsangebot" an Deutschland aus der Sicht des Kreml kein Risiko sein, weil eben die Westmächte von ihren Plänen nicht abzubringen seien. Dies wußte man aufgrund der Erkenntnisse der sowjetischen Aufklärung. Semenow soll Stalin die Nichtannahme der sowjetischen Vorschläge durch die Westmächte garantiert haben, um ihn vom Gelingen der deutschlandpolitischen Propagandaaktion des Kreml zu überzeugen... Walter Ulbricht, so Vysinski (Wyschinski, Nachfolger Molotows als Außenminister der UdSSR), habe vorgeschlagen, die SED sollte nicht gegen die Befürworter einer Neutralisierung Deutschlands auftreten, „sondern versuchen, ... mit ihnen einen gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in das Nordatlantikbündnis zu organisieren." Ulbricht, so Vysinski weiter, denke, „dass die Sowjetunion selbst in der einen oder anderen Form einen Vorschlag über die Neutralisierung Deutschlands mit dem Ziel der Entlarvung der amerikanischen Kriegshetzer" einbringen sollte. Vysinski kam in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf jeden Fall gegen eine Neutralisierung Deutschlands wären... Es zeigt sich, dass wohl Walter Ulbricht die eigentliche `geistige Vaterschaft´ der Stalin-Note, das heißt, jener deutschlandpolitischen Strategie, der sich der Kreml 1951/52 bediente, zuzuschreiben ist."

4. Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Herausgegeben von Nadja Stultz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg, 1990, S. 72-74

5. Berija war aber ganz offensichtlich der Inspirator und sowjetische Rückhalt für den Vorstoß der beiden gewesen. Nicht nur, dass Zaisser durch seine Funktion engstens mit Berija verbunden war; das traf vielmehr auch auf Herrnstadt zu. Er war – was keineswegs gegen, sondern für ihn spricht, - während seiner Emigration in der Sowjetunion Mitarbeiter des Ministeriums für Innere Sicherheit. Aber es band ihn auch an

dessen Chef Berija und machte ihn - ebenso wie Zaisser - zu dessen Vertrauten und Handlungsgehilfen in der Situation um den 17. Juni.

Berija aber war in der neuen Führung nach Stalins Tod derjenige, der - nach dem Zeugnis Molotows - in der Beratung, deren Ergebnis jener oben erwähnte „Gesundungsbeschluß" war, die DDR als sozialistischen Staat ablehnte.

Molotow berichtete seinem Freund und Interviewer Felix Tschujew über diese Beratung der neuen „kollektiven Führung" (Berija, Chruschtschow, Malenkow und Molotow): „Beraten wurde die deutsche Frage. Wir schrieben im Vorschlag des Außenministeriums: ‚Keine forcierte Politik des Aufbaus des Sozialismus in der DDR durchführen'. Berija aber schlug vor, das Wort ‚forcierte' zu streichen, ... so dass herauskommen würde: ‚Keine Politik des Aufbaus des Sozialismus in der DDR durchzuführen.' Wir fragten: ‚Warum das?' Er antwortete: ‚Weil wir nur ein friedliches Deutschland brauchen, ob dies nun sozialistisch ist oder nicht, kann uns egal sein.' ... Berija bestand darauf: es sei unwichtig, ob die DDR zum Sozialismus geht oder nicht, wichtig sei, dass sie friedlich sei."

Molotow trat dagegen mit der Erklärung auf, dass es sehr wichtig sei, „welchen Weg die DDR beschreitet, sie sei ein hochentwickeltes kapitalistisches Land im Zentrum Europas, und obwohl nur ein Teil Deutschlands, hänge von ihr vieles ab. Deshalb müsse fester Kurs auf den Aufbau des Sozialismus gehalten werden, jedoch ohne sich zu übereilen."

Malenkow nahm in diesem Streit eine schwankende Haltung ein, daher kam es in dieser Frage darauf an, auf welche Seite sich Chruschtschow stellen würde. Zu Molotows Überraschung gab der seine Stimme für ihn, Molotow, ab.

(Der Bericht Molotows über diese Beratung über die deutsche Frage ist enthalten in: Felix Tschujew, 140 Gespräche mit Molotow, (russ.), Moskau, Terra Verlag, 1991, S.332-336, Gesprächsaufzeichnungen vom 31. Juli 1972, 6. Juni 1973, 29. April 1982).

6. Als weitere wichtige Glieder dieser Kette folgten:

- 1955: die Versöhnung und Total-Rehabilitierung Titos durch Chruschtschow - was die Schutzimpfung der kommunistischen Parteien gegen das Gift des Revisionismus durch den Beschluß des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1948 unwirksam machte.

- Februar 1956: der XX. Parteitag der KPdSU, der Parteitag der Implantierung des Revisionismus-Bazillus in die kommunistische Weltbewegung. Die führende Partei der kommunistischen Weltbewegung und das Geburtsland der Weltrevolution, das Land Lenins, ist damit zum Leitzentrum des modernen Revisionismus geworden.

- Oktober 1956: Wahl des Nationalisten und Revisionisten Gomulka zum 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Damit ist der Zweibund revisionistischer Staaten - Jugoslawien, Sowjetunion, - zum Dreibund angewachsen.

- 23. Oktober 1956: Beginn der Konterrevolution in Ungarn.

- 25. Oktober 1956: Imre Nagy Ministerpräsident Ungarns, - auf gemeinsames Betreiben von Chruschtschow und Tito. Die Konterrevolution wütet weiter.

- 1. November 1956: Imre Nagy erklärt den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und die Neutralität Ungarns und fordert den Westen zu deren Schutz auf.

- 4. November 1956: Endlich - nach langem Gewährenlassen der Mordorgien der Konterrevolution - greifen die im Lande stehenden Einheiten der Sowjetarmee ein und schlagen die Konterrevolution nieder.

- 4. November 1956: Janos Kadar - bis zu diesem Tage enger Verbündeter Imre Nagys - bricht nun mit ihm und bildet - offenbar in Absprache mit sowjetischen Stellen - eine „revolutionäre Gegenregierung“, der er als Ministerpräsident vorsteht. Mit der Kadar-Regierung in Ungarn ist aus dem revisionistischen Dreierbund ein Viererbund geworden.

- 11. November 1956: Tito-Rede in Pula. Er bestätigt die Zusammenarbeit mit den „guten Elementen“ in der KPdSU gegen die „Stalinisten“ und legt seine Vorstellungen über das weitere Vorgehen dar, um das Ziel zu erreichen, in allen kommunistischen Parteien das jugoslawische Modell als Vorbild durchzusetzen.

- November 1957: Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien. Den antirevisionistischen Kräften - mit den Parteien Volkschinas und Albaniens an der Spitze - gelingt es, eine Verurteilung des modernen Revisionismus als der Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung in das Abschlußdokument hineinzubringen. Um das zu erreichen, gehen sie aber auf die Kompromißlösung ein, keinen Widerspruch zu erheben dagegen, dass der XX. Parteitag und seine Beschlüsse als richtig und richtungweisend für alle kommunistischen Parteien bezeichnet werden, und dass die Verurteilung des modernen Revisionismus nur allgemein bleibt, ohne Nennung von „Adresse und Hausnummer“ - so können also alle zustimmen, auch Chruschtschow, Gomulka und Kadar.

- 1959: Chruschtschows Vertrauenswerbung für den USA-Präsidenten und Mörder von Ethel und Julius Rosenberg, Eisenhower.

- November 1960: Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien. Die Abschlußerklärung geht in der Verurteilung des modernen Revisionismus noch weiter als die von 1957, indem sie direkt die jugoslawische Partei beim Namen nennt. Das

war unausweichlich, nachdem sie auf ihrem Parteitag in Ljubljana (Laibach) ihre revisionistischen Positionen offensiv in ein neues Programm schrieb. Aber bereits im Juni 1960 begann die Chruschtschow-Führung das damals größte Verbrechen am Sozialismus und an der kommunistischen Weltbewegung vorzubereiten - den Bruch mit der Volksrepublik China.

- 24.-26. Juni 1960: III. Parteitag der Arbeiterpartei Rumäniens. Auf diesem Parteitag beginnt Chruschtschow in seiner Rede eine Hetzkampagne gegen die Volksrepublik China.

- Juli 1960: die Sowjetregierung zieht plötzlich und einseitig alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurück und bricht damit Hunderte von Abkommen..

- Für August 1964 war eine Konferenz kommunistischer Parteien von Chruschtschow einberufen worden. Sie sollte in Jalta stattfinden und eine für Dezember 1964 vorgesehene Konferenz vorbereiten, auf der - nach dem Plan Chruschtschows - die endgültige „Ausstoßung" der KP China aus dem Kreis der kommunistischen Parteien beschlossen werden sollte. Zu dieser Jalta-Konferenz war auch Palmiro Togliatti angereist, der ein Memorandum vorbereitet hatte, in dem er heftig der Absicht widersprach, die KP Chinas zu „exkommunizieren." Er schrieb in diesem Memorandum: „Die Einheit aller sozialistischen Kräfte... gegen die reaktionärsten Gruppen des Imperialismus, auch über ideologische Grenzen hinweg, ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Man kann sich nicht vorstellen, dass aus dieser Einheit China und die chinesischen Kommunisten ausgeschlossen werden könnten." Und Togliatti nannte die Richtung, in die Chruschtschow die kommunistischen Parteien gegen China zu drängen suchte, (ohne den Namen Chruschtschows zu erwähnen): „eine Richtung, die jener entgegengesetzt ist, welche notwendig ist."

Bekanntlich konnte Togliatti sein Memorandum nicht vortragen, weil er - bereits auf der Krim - unerwartet und plötzlich vor Beginn der Konferenz verstarb. Es wurde dann als sein politisches Testament veröffentlicht und bekannt. Die geplante Jalta-Konferenz fand nicht statt.

- 16. Oktober 1964: Chruschtschow abgesetzt!

Das hätte der Wendepunkt zur Wiedergesundung der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung, zur Austreibung des Revisionismus aus allen bisher eroberten Positionen sein können, und wurde von nicht wenigen Kommunisten, die Chruschtschow mißtraut hatten, auch dafür gehalten. Dazu wäre aber notwendig gewesen, einen radikalen Bruch mit der Politik der KPdSU-Führung seit dem Tode Stalins zu vollziehen und ausführlich zu begründen, weshalb das notwendig war. Das aber unterblieb. Als Grund der Absetzung wurden lediglich Gesundheitsgründe und als schwerster Vorwurf „Subjektivismus" genannt. Es blieb aber dabei, dass der XX.

Parteitag und der „Kampf gegen den Personenkult um Stalin“ ihm als Verdienste angerechnet wurden. Es blieb also auch dabei, dass die KPdSU ihre Mitglieder und die ganze Bevölkerung nicht nur nicht vom Revisionismus geheilt hat, sondern dass der Revisionismus ihnen unter Breshnews Regime weiterhin, wie unter Chruschtschow, tagtäglich als die wahre Lehre von Marx, Engels und Lenin vorgesetzt wurde.

So waren denn der Aufstieg eines Gorbatschow und schließlich eines Jelzin an die Spitze von Partei und Staat und die Auflösung der Sowjetunion und das Ende aller sozialistischen Staaten Europas die folgerichtigen Endglieder einer Kette, die mit dem 17. Juni 1953 als scheinbar lokalem Ereignis der kleinen DDR als erstem Glied begann.

Und der 17. Juni 1953 in der DDR war eben wegen des ursächlichen Zusammenhanges mit dem Machtantritt der neuen Führung in Moskau weit mehr als ein lokales DDR-Ereignis, nämlich ein Symptom dafür, dass das Zentrum der sozialistischen Staatengemeinschaft von einer Krankheit, einer Art Leukämie befallen war, einer Krankheit, die systematisch alle roten Blutkörperchen abtötet und zum völligen Verfall des Organismus führt, wenn kein Mittel gefunden wird, ihr Einhalt zu gebieten. Es wurde damals nicht gefunden, weil die Krankheit nicht erkannt wurde und großenteils noch immer nicht erkannt wird.

Umso notwendiger, diese Kenntnis hartnäckig zu verbreiten, denn sie muß Allgemeingut werden, soll eine Wiederholung ausgeschlossen werden.

Quelle: „Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR“, Hannover 2009, Hrsg.: offen-siv.

Genosse Domenico Losurdos „Flucht aus der Geschichte“ – Kritische Anmerkungen (1)

Vorbemerkung

Es verdient schon eine besondere Beachtung, wenn ein namhafter linker Philosoph eine umfangreiche Schrift verfasst mit der offen verkündeten Absicht, die Kommunisten von dem ihnen eingeredeten schlechten Gewissen – er selbst nennt es ”Selbsthass” – und zugleich von dem ihnen gleichfalls eingeredeten Fehlurteil zu befreien, alles Böse, das der kommunistischen Bewegung widerfahren ist, und alles Böse, das ihr zur Last gelegt wird, rühre von einem einzigen Manne her, von Stalin.

Und es verdient erst recht Beachtung, muss aber zugleich erhebliche Verwunderung hervorrufen, wenn einer Schrift mit einer derartigen Zielsetzung zu einer Massenverbreitung verholfen wird von solchen, einem Stalin ganz und gar nicht gewogenen Blättern wie der Tageszeitung ”junge Welt” und der Zeitschrift ”Marxistische Blätter”.

Wem an einer vorurteilsfreien Darstellung der Geschichte der kommunistischen Bewegung gelegen ist, der kann sich darüber nur freuen. Und so freute auch ich mich, als ich am 15. März dieses Jahres den Teil I der Losurdo-Studie in Händen hielt. Die Freude war aber nicht von Dauer, weil das von Losurdo entworfene Bild der Geschichte der kommunistischen Bewegung schwerwiegende Lücken aufweist und seine Thesen zu den Ursachen des Unterganges der Sowjetunion mit der Wirklichkeit kaum etwas zu tun haben.

Dennoch hatte ich nicht die Absicht, mich schriftlich dazu zu äußern. Ich wollte nur in einem Brief an Freunde in aller Kürze meine Einwendungen gegen Losurdos Darstellung skizzieren. Aber beim Schreiben ergab sich für mich dann doch die Notwendigkeit, nicht nur die Einwände zu formulieren, sondern sie auch zu begründen und durch die historischen Fakten zu untermauern. So wuchsen diese Anmerkungen aus ihrer Briefform, von der nur rudimentäre Reste zu Beginn blieben, heraus und immer mehr in ihre jetzige Gestalt hinein.

Angesichts der großen Verbreitung und der Bedeutung der in ihr behandelten Fragen ist der Losurdo-Studie eine breite und gründliche Diskussion zu wünschen. Diese Anmerkungen möchten dazu einen Beitrag leisten.

Zu Teil I : ”Flucht aus der Geschichte?”

Ich denke, Sie ebenso wie mich hat für Losurdo und seine Ausführungen von vornherein eingenommen seine nachdrückliche Feststellung, die Kommunisten hätten keinen Grund, sich ihrer Geschichte zu schämen.

Losurdo findet die Einstellung vieler Kommunisten zur Vergangenheit der kommunistischen Bewegung anormal und möchte mit seiner Serie dazu verhelfen, dass die Kommunisten wieder ein normales, gesundes, selbstbewusstes Verhältnis zur Vergangenheit ihrer Bewegung zurückgewinnen. Über eine solche Absicht kann man sich ja nur freuen, und das habe ich natürlich auch getan.

Aber: Mir scheint, Losurdo irrt schon in der Diagnose und greift folglich auch in der verordneten Medizin daneben.

Von welcher Krankheit sieht er die kommunistische Bewegung befallen? Vom “Selbsthass”. Und wie kommt es zu dieser merkwürdigen Krankheit?

“In der Geschichte verfolgter ethnischer oder religiöser Gruppen begegnet uns eine merkwürdige Erscheinung. An einem gewissen Punkt neigen auch die Opfer dazu, sich den Standpunkt der Unterdrücker zu eigen zu machen und beginnen deshalb, sich selbst zu verachten und zu hassen… Doch das Phänomen des Selbsthasses betrifft nicht nur ethnische und religiöse Gruppen. Es kann auch bei sozialen Klassen und politischen Parteien nach einer schweren Niederlage auftreten… Unglücklicherweise fasst der Selbsthass auch in den Reihen jener Fuß, die sich zwar weiterhin Kommunisten nennen, aber entschieden jeglichen Gedanken zurückweisen, sie könnten irgend etwas zu tun haben mit einer Vergangenheit, die für sie, wie für ihre politischen Gegner, geradezu ein Synonym für Verkommenheit darstellt.” (S. 5 f.)

Hier sind doch wohl einige Fragen zu stellen. Erstens: Wenn das in der Geschichte der Menschheit durch die Jahrhunderte zu verfolgende “Phänomen des Selbsthasses” immer “an einem gewissen Punkt” sich bemerkbar zu machen pflegt, dann müsste doch dieser gewisse Punkt näher untersucht und beschrieben werden. Es handelt sich dabei offenbar um eine sozialpsychologische Erscheinung. Soweit von ihr auch “soziale Klassen und politische Parteien” betroffen sind, gibt Losurdo einen Hinweis auf einen solchen “gewissen Punkt” ihres Entstehens: “.nach einer schweren Niederlage” soll dieses Phänomen auftauchen; bei den Kommunisten sei es “feige Flucht vor dieser Geschichte” als ”Synonym für Kapitulation und Verleugnung einer autonomen Identität.” (S. 6)

Wir bleiben also mit dieser Diagnose im Sozialpsychologischen. Aber noch mehr: Dieser Selbsthass führt nach Losurdo zur Losung: “Zurück zu Marx!”, und damit –

ebenfalls nach Losurdo – zu einem religiösen anstelle eines politischen Verhaltens: “Das Zurück zu Marx ist eindeutig eine religiöse Phrase.” (S. 10)

Dazu später mehr. Zunächst aber zur Diagnose “Selbsthass” und seinem vermeintlichen Ursprung. Ich kenne keinen Kommunisten, auf dessen Einstellung diese Diagnose “Selbsthass” zutreffen würde, auch wenn er ein noch so verbissener Anti-Stalinist ist. Ich kenne auch keinen Kommunisten, der “entschieden jeglichen Gedanken zurückweist”, er könnte irgendetwas “ mit der Vergangenheit”, der Geschichte der kommunistischen Bewegung ab 1917, ab der Oktoberrevolution, zu tun haben. Die Verteufelung Stalins und seiner Politik hat mit “Selbsthass” als Hass auf die eigene Bewegung, bei den Anti-Stalinisten, die ich dennoch und trotz allem als Kommunisten akzeptieren kann – und sie stehen im Grunde für die Mehrheit der Kommunisten Europas – nichts zu tun. Diese ihre Haltung ist mit “Selbsthass” völlig daneben diagnostiziert, und der “gewisse Punkt” ihres Ursprunges ist auch keineswegs “die schwere Niederlage” der kommunistischen Bewegung.

Nein, der “gewisse Punkt,” an dem in der kommunistischen Bewegung “der Standpunkt der Unterdrücker” zum ”eigenen gemacht wurde” liegt, wie Losurdo ja auch weiß, spricht er doch in Teil VI seiner Studie von Chrustschows ”Modell der Entstalinisierung” – fast 50 Jahre vor dieser Niederlage und kann genau benannt werden: Es war der XX. Parteitag der KPdSU, und es waren keineswegs die einfachen Mitglieder, die ”sich den Standpunkt der Unterdrücker zu eigen gemacht haben”, sondern es war eine Führungsclique mit Chrustschow und Mikojan an der Spitze, die den nun tatächlich zu Opfern ihrer Verteufelung Stalins gemachten Kommunisten und Sowjetbürgern den Standpunkt der imperialistischen Unterdrücker über Stalin und seine Herrschaft als den allein die Wahrheit zum Ausdruck bringenden kommunistischen Standpunkt implantierten. Es handelte sich dabei also keineswegs um eine “Flucht aus der Geschichte”, wie von Losurdo diagnostiziert, sondern um das Aufdrängen einer Geschichtsfälschung durch eine Fälscherbande, die zumindest ihre Einschätzung – wenn nicht mehr – vom Imperialismus übernahm.

Und Losurdo gibt auch ein völlig schiefes Bild, wenn er die Losung der “Rückkehr zu Marx” als die Losung von Leuten ausgibt, die “Jahrzehnte und aber Jahrzehnte einer ungeheuer dichten historischen Epoche, vom Oktober bis zur chinesischen und kubanischen Revolution, für unwesentlich und bedeutungslos im Hinblick auf die bereits ein für alle Mal in heiligen Schriften verkündete ‚authentische‘ Heilsbotschaft” erklären. Wenn er damit die Leute meint, die nicht mehr vom Marxismus-Leninismus, sondern nur noch vom Marxismus sprechen wollen, dann trifft er damit eigentlich nur Leute, die mit der kommunistischen Bewegung gebrochen haben und von Marx bestenfalls noch dessen “Methode”, aber nicht seiner Lehre vom Klassenkampf bis zu

deren Höhepunkt, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, eine begrenzte Berechtigung zuerkennen, wie etwa die "demokratischen Sozialisten".

Wo aber Kommunisten die Forderung erheben: "Zurück zu Marx!", da richtet sich dies in aller Regel gegen jene Strömungen, die die kommunistischen Parteien durch "Erneuerung", "Mutation" oder "Umbau" (Perestroika) sozialdemokratisieren wollen oder schon sozialdemokratisiert haben. Ihr "Zurück zu Marx!" ist keinesfalls eine religiöse Phrase, sondern ein Kampfruf zur Verteidigung des revolutionären Inhalts der kommunistischen Bewegung. (Der wirkliche Grund für Losurdos Abneigung gegen die Losung "Zurück zu Marx!" wird erst gegen Ende seiner Studie völlig offenbar.)

So sehr also zu begrüßen ist, dass Losurdo Lenin und die kommunistische Bewegung seit der Oktoberrevolution als zur Identität von Kommunisten untrennbar zugehörig herausstellt, so merkwürdig ist es, dass er in diesem Teil I kein Wort über den "gewissen Punkt" verliert, an dem die tatsächliche Eliminierung des Leninismus aus der kommunistischen Bewegung begann, also über den XX. Parteitag der KPdSU.

Losurdos fehlgehender Diagnose entspricht sein Heilungsrezept:

"Es ist nur natürlich, dass ein Debakel historischen Ausmaßes Haltungen religiösen Typs befördert. Katastrophal wäre jedoch das Verharren in dieser Haltung. Die Kommunisten, wollen sie sich nicht selbst zu Ohnmacht und Subalternität verurteilen, müssen die Fähigkeit, in politischen Begriffen zu denken und zu handeln, neu erobern." (S. 12)

Wem soll mit solchem Ratschlag geholfen sein? Welcher Kommunist kann sich von ihm als Adressat angesprochen fühlen und ihn als hilfreiche Wegweisung empfinden? Da scheint mir eine Losung "Zurück zu Marx!" doch erheblich hilfreicher, weil inhaltsreicher und verständlicher zu sein.

Zu Teil II: "Implosion oder Dritter Weltkrieg?"

Beim ersten Lesen ging es mir wie bei Teil I: Ich stimmte freudig zu, weil ich meinte, wir stimmten überein, denn Losurdo wendet sich doch gegen jene, die behaupten, der Sozialismus sei an seiner Lebensunfähigkeit zugrunde gegangen, und zeigt dagegen auf, wieviel Mühe es dem Imperialismus selbst unter Anwendung seines ganzen infernalischen Arsenals machte, schließlich gegen die SU ans Ziel zu gelangen.

Aber beim zweiten, gründlicheren Lesen merkt man, dass seiner Argumentation wiederum nicht eine gründliche Analyse des tatsächlichen Ablaufes, sondern eine fast aphoristische Gegensatzpaarung zugrunde liegt; in Teil I: "Fast religiöser Selbsthass

gegen politisches Denken", jetzt, in Teil II: "Implosion oder Dritter Weltkrieg?" Losurdo entscheidet sich für die Antwort, die er von Eric Hobsbawm übernimmt: "Dritter Weltkrieg".

Treffend ist seine Kennzeichnung der Kategorie der "Implosion" als eines apologetischen Mythos des Kapitalismus und Imperialismus, der dazu dient, "die Sieger zu krönen." (S. 19) Aber die Begründung der These vom "Dritten Weltkrieg" hält keiner Prüfung an den geschichtlichen Tatsachen stand.

Erster Schritt Losurdos zur Begründung dieser Bezeichnung : Der "Kalte Krieg" kann nicht als "kalt" bezeichnet werden, da er "offenkundig schon im Gange, während noch der Zweite Weltkrieg tobt", und es sei "letztlich unangemessen, einen Krieg ‚kalt' zu nennen, der mit Hiroshima und Nagasaki beginnt." (2)

Also mit dem nicht so sehr gegen Japan als gegen die Sowjetunion gerichteten Atombombenabwurf der USA habe der Dritte Weltkrieg begonnen. Wieso eigentlich nicht schon mit der Nichteinlösung des Versprechens der Eröffnung der zweiten Front im Jahre 1942?

Wieso gilt für Losurdo als Eröffnung eines neuen Krieges, was doch in Wirklichkeit nur die Fortsetzung des mit der Invasion der 14 Mächte gegen die junge Sowjetmacht begonnen hat und nie eingestellt wurde, selbst nicht in der ganzen Zeit des gemeinsamen Kampfes in der Anti-Hitler-Koalition? Der Einschnitt "Beginn des 3. Weltkrieges mit Hiroshima und Nagasaki" ist völlig willkürlich.

Die Begründung für die Bezeichnung "Dritter Weltkrieg" ist notwendigerweise äußerst dürftig: "Es handelt sich um einen Krieg, der nicht nur periodisch in unterschiedlichen Gebieten des Globus zum heißen wird, sondern der in manchen Augenblicken so heiß zu werden droht, dass der ganze oder fast der ganze Planet in Brand gerät."

Wie ist denn eigentlich der Frontverlauf in diesem 3. Weltkrieg, wer führt ihn gegen wen? Wie ordnet Losurdo z.B. die gemeinsame Frontbildung von USA und Sowjetunion gegen die Volksrepublik China spätestens ab 1960 in dieses Schema ein? Und noch viel erstaunlicher: Losurdo erwähnt, dass die USA "vor allem seit Beginn des Kalten Krieges" eine andere Waffe, nämlich "eine ideologische und Propagandafront" gegen die Sowjetunion auffahren, zur "Zersetzung der sozialen Konsensbasis des Sowjetregimes" – aber er verliert wiederum kein Wort darüber, durch welche ideologische Waffe diese Konsensbasis der Sowjetgesellschaft am tödlichsten zersetzt wurde: nämlich durch die Einschleusung des Revisionismus. Revisionismus kommt bei Losurdo als Faktor der Zersetzung der sozialistischen Gesellschaft überhaupt nicht vor. Folglich auch keinerlei Hinweis auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Revisionismus in der kommunistischen Bewegung. Statt dessen dies am Abschluss

von Teil II: Es sei "nötig, die Kritik an Subalternität und religiösem Primitivismus, wie sie in der kommunistischen Bewegung im Gefolge der Niederlage Fuß gefasst hat, bis zum Ende zu führen". (S. 19)

Losurdo muß es mit einer ganz anderen kommunistischen Bewegung zu tun haben als wir: Bei ihm ist der Ausgangspunkt der Verwirrung in der kommunistischen Bewegung immer wieder erst die Niederlage von 1989/90. Wir aber haben es so erlebt, dass die geistige Verwirrung – oder genauer gesagt: die revisionistische Zersetzung der kommunistischen Parteien – 1956 ihren Anfang nahm und die Niederlage erst möglich gemacht hat. Losurdo vertauscht also Ursache und Wirkung. Daher sind seine Ausführungen meines Erachtens nicht hilfreich, sondern erschweren die Erkenntnis des Charakters der Krankheit und des Weges zur Gesundung.

Das gilt erst recht für den folgenden Teil.

Zu Teil III: "Der Mangel an Autonomie und historischem Gedächtnis"

Hatte ich beim ersten Lesen von Teil I und II zunächst den Eindruck weitgehender Übereinstimmung mit meinen Ansichten, so hat mich bereits der Ausgangspunkt, den Losurdo hier gewählt hat, verwundert. Er beschreibt in diesem Teil an vielen Beispielen, dass die Linken einschließlich der Kommunisten "im großen und ganzen sich der herrschenden Ideologie" anschließen; und er wundert sich darüber: "Es ist, als ob ein ideologisches Hiroshima die Fähigkeit großer Teile der internationalen kommunistischen Bewegung zu eigenständigem Denken zerstört hätte." (S. 20)

Losurdo und der Mangel an historischem Gedächtnis

Nun ist das Wundern am Leser: Ist denn Losurdo so jung, dass er das "ideologische (und politische!) Hiroshima" der kommunistischen Bewegung und die von ihm ausgehende schwere Erschütterung der ganzen kommunistischen Weltbewegung, nämlich den XX. Parteitag der KPdSU, nicht miterlebt hat, auf dem erstmals der erste Mann der Partei Lenins keine eigenständige kommunistische Einschätzung der Geschichte der eigenen Partei gab, sondern in wesentlichen Teilen die Einschätzung der Feinde der Sowjetunion übernahm? Aber selbst dann muss er doch auf jeden Fall die Reden Chrustschows und die Materialien der anschließenden heftigen Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus auf den Internationalen Konferenzen von 1957 und 1960 zur Kenntnis genommen haben, ganz zu schweigen von der Kritik Togliattis, der Chrustschow bescheinigte, dass seine Stalin-Verdammung "ausserhalb der dem Marxismus eigenen verstandesmäßigen Urteilskraft" liegt! Und ihm muss doch auch bekannnt sein, wie unterschiedlich, ja gegensätzlich Gomulka, dieses Protektionskind

Chrustschows, auf der einen, Togliatti auf der anderen ein Folgeereignis des XX. Parteitages, den putschartigen Ausstand der Poznaner Arbeiter vom Juni 1956, beurteilten: In der "Unita" vom 3. Juli 1956 schrieb Togliatti: "Der Feind existiert. Er ist stark, aktiv, und kennt keine Gnade. Die Ereignisse in Polen erinnern uns mit besonderer Eindringlichkeit daran. Wieviel Gewehre und Maschinengewehre kann man in Funktion treten lassen, wenn man 125 Millionen Dollar jährlich ausgibt. Der Feind existiert also. Er arbeitet jedoch auch an anderen Stellen, um uns von unserem Wege abzubringen, um zu verwirren und zu zersetzen, um die Wirklichkeit zu entstellen und mit allen Mitteln die Fortschritte des Sozialismus zu hemmen."

Soweit der Leninist Togliatti. Und wie schätzte der von Chrustschow wieder in den Sattel als Parteiführer gehobene Revisionist Gomulka auf dem 8. Plenum der Polnischen Partei vom Oktober 1956 das gleiche Ereignis ein? "Es wäre sehr naiv, wollte man den hoffnungslosen Versuch unternehmen, die bittere Tragödie von Poznan als das Werk imperialistischer Agenten und Provokateure hinzustellen." Also lange vor der Niederlage von 1989/90 erhebt sich gegen die Stimme des sein selbständiges Denken als Marxist-Leninist bewahrenden Togliatti die Stimme des die "herrschende imperialistische Ideologie" transportierenden Revisionisten Gomulka!

Aber Losurdo scheint von all den Zeugnissen dessen, dass sich der Anschluss einer bestimmten Sorte von Kommunisten an "die herrschende (imperialistische) Ideologie" schon auf und im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU vollzogen hat, nie etwas gehört oder bemerkt zu haben, obwohl es unvorstellbar ist, dass ihm verborgen geblieben sein soll, dass der Keim für die Zerstörung der italienischen Partei spätestens mit dem Übergang zum "Eurokommunismus" gelegt wurde, auf jeden Fall lange vor dem Desaster von 1989/90, das er immer wieder zum Auslöser der Verwirrung und des "Verlustes an Souveränität" bei den Kommunisten vorführt.

Er sucht die Erklärung für das von ihm erst seit der Niederlage bemerkte Phänomen "einer kommunistischen Bewegung ohne oder mit bestenfalls beschränkter Souveränität" (S. 21) nicht in Prozessen innerhalb dieser Bewegung, sondern in einer übermächtigen Kraft ausserhalb ihrer.

Carl Schmitt als Verständnishelfer für die "beschränkte Souveränität" der Kommunisten

Seinen Erfolg bei dieser Suche dankt er dem "ultrareaktionären und genialen Juristen Carl Schmitt" und dessen Aussage: "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet." Losurdo meint nämlich, diese Formel Schmitts könne "nicht nur helfen, die konkrete Funktionsweise einer Verfassungsordnung… zu verstehen, sondern auch das Leben und den realen Grad von Autonomie einer politischen Bewegung." (S. 20)

Es dient der Kennzeichnung der "Genialität" dieses in der Tat ultrareaktionären, nämlich faschistischen Staatsrechtlers Carl Schmitt, dass dieser seinen von Losurdo zustimmend zitierten Satz anlässlich der Morde des 30. Juni 1934 – (an dem SA-Chef Röhm, am einstmals zweiten Mann nach Hitler, Gregor Strasser, am ehemaligen Reichskanzler und Reichswehr-Chef Kurt von Schleicher und vielen anderen) – wie folgt konkretisierte: "Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Mißbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft… Der wahre Führer ist immer auch Richter. Aus dem Führertum fließt das Richtertum… Inhalt und Umfang seines Vorgehens bestimmt der Führer selbst." (Deutsche Juristenzeitung v.1.August 1934)

Also mit dieses Schmitts Hilfe wurde Losurdo in den Stand gesetzt, uns darüber aufzuklären, woher es kommt, dass Kommunisten ihre eigenständige Urteilsfähigkeit verloren. Das ist schon ein recht merkwürdiges Verfahren: Nicht Marx und Lenin und ihre Aufdeckung des Zusammenhangs von Kapitalismus/Imperialismus und Opportunismus sind für Losurdo der Schlüssel zum Verständnis dessen, dass in der kommunistischen Bewegung von vielen der ihr Angehörenden statt der eigenständigen kommunistischen Einschätzungen jene der Herrschenden übernommen werden, sondern dieser eine Satz des faschistischen Staatsrechtlers: "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet." Als ob die Aufgabe des Klassenstandpunktes und der Übergang auf den Standpunkt des Klassengegners – denn um nichts anderes handelt es sich bei dem von Losurdo beschriebenen Phänomen - nur auf Situationen des Ausnahmezustandes beschränkt wären!

Aber eben dies: Dass es sich um die Aufgabe des Klassenstandpunktes handelt, wird von Losurdo verschleiert und geleugnet, wenn er schreibt: "So ergibt sich das betrübliche Faktum einer kommunistischen Bewegung ohne oder mit bestenfalls beschränkter Souveränität. Wenn souverän der ist, der über den Ausnahmezustand entscheidet, dann ist klar, dass der Souverän par excellence in Washington sitzt; und seine Souveränität ist derart voll und unumschränkt, dass er die eigenständige Urteilsfähigkeit von Kreisen, Presseorganen und Bewegungen, die sich als kommunistisch verstehen, einschränken und sogar beseitigen kann…" (S. 21) Ja, wieso soll man da noch über einen Chrustschow und einen Gorbatschow räsonieren, wenn man dank dem genialen Carl Schmitt erkannt hat, dass alles Übel der eigenen Bewegung von der Übermacht des Souveräns in Washington kommt!

Was aber bleibt dann zu tun? Losurdo weist wieder den Weg: "Die Kommunisten sind aufgerufen, sich endlich frei zu machen von jener beschränkten Souveränität, welche die Sieger im Kalten Krieg bzw. im ‚Dritten Weltkrieg' so gerne verewigen möchten." (S. 24) Ob dieser Ratschlag Losurdos ausreicht, erscheint aber sehr zweifelhaft angesichts der Tatsache, dass sogar ihm selbst nicht gelungen ist, ihm zu ent-

sprechen, folgt er selbst doch bei der Beurteilung der Ereignisse in Ungarn vom Herbst 1956 ganz dem Urteil des allmächtigen Souveräns, statt dem eigenständigen kommunistischen Urteil. Dieses lautet bekanntlich: In Ungarn wurde durch die Intervention der Sowjettruppen eine blutige Konterrevolution gegen die sozialistische Ordnung niedergeschlagen. Wie aber beurteilt Losurdo diese Ereignisse? "Der dreißigste Jahrestag des ungarischen Aufstandes" (Aufstandes, nicht Konterrevolution, sagt Losurdo!) "war Grund, sich der sowjetischen Invasion in Ungarn 1956 zu erinnern; logischer- wie pflichtgemäßerweise beschäftigten sich die Kommunisten damit in tiefgründiger und unbarmherziger Selbstkritik." (S. 23) "Die Kommunisten"? Er meint offenbar jene, die mit dem Washingtoner Souverän in der Lobpreisung des "Aufstandes" und der Verurteilung seiner Niederschlagung konform gingen, nicht aber jene, die ihren selbständigen kommunistischen Standpunkt beibehalten haben.

Jenen Kommunisten, deren Übernahme des Standpunktes des USA-Imperialismus er für gut heißt, kann er nun schlechterdings nicht fehlende Souveränität des Urteils vorwerfen, ohne sich selbst damit zu treffen; aber dass sie – im Unterschied zu ihm selbst – dennoch nur "eingeschränkt souverän" urteilten, hält er ihnen nun mit dem Vorwurf vor, dass sie nicht in gleicher Weise die Jahrestage der Schandtaten der Gegenseite, z.B. der Kuomintang von 1947, der USA von 1989 in Panama, zu entsprechenden Verurteilungen benutzten. "Man darf wohl sagen, dass die Linken und nicht wenige Kommunisten heute auch im Hinblick auf ihre historische Wahrnehmung und ihr historisches Gedächtnis nur über eine beschränkte Souveränität verfügen." (S. 23) So darf man sagen, aber man trifft damit nicht das Wesen der Sache, den Verlust des Klassenbewusstseins bzw. die Preisgabe des Klassenstandpunktes. Und schon gar nicht erklärt man damit deren Ursachen, ist doch bedauerlicherweise auch Losurdos historisches Gedächtnis von erstaunlicher Lückenhaftigkeit. Weshalb sonst fehlte bei ihm ein Hinweis darauf, dass kein anderer als Gorbatschow ein schier unglaubliches Zeichen der Unterwerfung unter den Souverän in Washington gab, indem er im Sommer 1990 einen Spitzenmanager aus dem Stabe des USA-Präsidenten ausborgte, um besser regieren zu können? Im "Neuen Deutschland" vom 16./17. Juni 1990 berichtete Klaus Steiniger darüber: "Bush stellt Trainer… Präsident Bushs rechte Hand – John H. Sununu – wird für einige Zeit in den Moskauer Kreml umziehen. Der erfahrene… Politmanager soll Gorbatschows Stab seine Erfahrungen beim Aufbau einer effektiven Präsidialkanzlei und in der Zusammenarbeit mit dem Parlament vermitteln."

Wieso eigentlich wundert sich Losurdo angesichts solch schmählicher Unterwerfungsrituale des ersten Mannes der Sowjetunion über "das betrübliche Faktum einer kommunistischen Bewegung ohne oder mit bestenfalls beschränkter Souveränität"?

Zu Teil IV: “Die Jahre Lenins und Stalins”

Über diesen Teil kann sich jeder freuen, der in der Wiederherstellung der geschichtlichen Wahrheit über die Rolle Stalins eine Voraussetzung für die Wiederherstellung einer vom Revisionismus befreiten, einheitlichen, marxistisch-leninistischen kommunistischen Weltbewegung sieht. Und das, obwohl auch in diesem Teil Losurdo keineswegs in allen seinen Ansichten zuzustimmen ist. Sein Herangehen ist auch hier nicht das eines Marxisten, sondern eines Soziologen, der sich weitgehend auf Marx und Lenin, aber auch auf bürgerliche Soziologen wie etwa Max Weber stützt. Das zeigt sich z.B. darin, dass er seiner Verteidigung des Wirkens von Lenin und Stalin eine Variante der Totalitarismus-Theorie zugrunde legt.

Losurdos Totalitarismus-Theorie und seine ”Einerseits-Andererseits”-Verteidigung der Sowjetunion

Der Teil IV beginnt nämlich so:

“Man kann die Geschichte der UdSSR nicht von ihrem internationalen Kontext trennen. Weit mehr als auf die belastende asiatische Tradition verweist der – erst leninsche, dann stalinsche – Terror auf den Totalitarismus, der sich weltweit auszubreiten beginnt seit dem Ausbruch des zweiten Dreißigjährigen Krieges,” (? Was damit gemeint ist, bleibt unerklärt) ”als der Staat, auch in den liberalen Ländern, sich die ‚legitime Gewalt über Leben, Tod und Freiheit’ (Max Weber) anmaßt.” (S. 25) Die “konstitutiven Merkmale des Totalitarismus” wie “die Aufgabe des Prinzips der individuellen Verantwortlichkeit” und “das Phänomen der Personalisierung der Macht” seien hüben wie drüben festzustellen.

Losurdo erklärt die Brutalität des Kampfes der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion und die Schärfe ihrer Gegenwehr nicht als Konsequenz des Klassenkampfes, des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus, sondern als Konsequenz des Eintritts in das ”Zeitalter des Totalitarismus”, in dem auch der Krieg als “totaler Krieg” geführt wird. Losurdo stört sich nicht im mindesten daran, die Formulierungen zu übernehmen, mit denen die imperialistischen und revisionistischen Antikommunisten die Sowjetunion und ihre Führer zu belegen pflegen: “Die Diktatur Lenins und Stalins”; “die Barbarei (ein enormer Gulag) der Stalinperiode”; “die dunkelsten Jahre des Stalinismus”; “die Verbrechen Lenins und Stalins”. Er stellt nicht klar, dass diese Formulierungen das Wesen des Sowjetstaates, der Diktatur des Proletariats verleumderisch entstellen, sondern er verteidigt die Sowjetunion und ihre Führer wie ein Anwalt, der etwa so argumentiert: “Aber bedenken Sie, dass die Gegenseite mindestens ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer ist, und bedenken Sie ferner, wieviel Gutes meine Mandanten vollbracht haben!”

Bei Losurdo liest sich das so: “Die Sowjetunion (ist) gezwungen, mit einer permanenten Ausnahmesituation zurechtzukommen… Die Diktatur Lenins und, bei aller Unterschiedlichkeit, die Stalins stimmen in dem wesentlichen Punkt überein, dass sie konfrontiert sind mit diesem totalen Krieg und mit dem permanenten Ausnahmezustand in der Sowjetunion … Hier muss sofort gesagt werden, und das gilt sogar für die stalinsche Periode, dass der Terror nur die eine Seite der Medaille ist. Die andere: Als Folge auch der grausamen und großangelegten Repression jener Jahre werden Zehntausende von Stachanow-Arbeitern Werksdirektoren… Man versteht nichts von der Stalinperiode, wenn man sich nicht die für sie charakteristische Mischung von Barbarei (einem enormen Gulag) und sozialem Aufstieg auf großer Stufenleiter vor Augen hält. Die Geschichte der Machtausübung unter Lenin und Stalin ist kein Kapitel, dessen sich Kommunisten vor allem schämen müßten…” (S. 25)

Dieser letzte Satz erscheint bei flüchtigem Lesen erfreulicher, als er in Wirklichkeit ist, denn er bedeutet, genau gelesen: Die Kommunisten müssen sich der Machtausübung unter Lenin und Stalin zwar schämen, aber nicht nur und nicht vor allem schämen.

Ich finde, was vielen Kommunisten verloren gegangen ist und was sie dringend wieder gewinnen müssen, ist der Stolz auf die Leistungen der Sowjetmacht in den Jahren Lenins und Stalins, ein Stolz, von dem sie bis zum XX. Parteitag mit vollem Recht beseelt waren. Die Sowjetmacht kämpfte gegen den Imperialismus, der, um den Sozialismus wieder aus der Welt zu schaffen, auch vor den schlimmsten Verbrechen, dem Faschismus und dem Massenmord durch Abwurf der Atombombe, nicht zurückschreckte. Um es mit den Worten des Dichters in seinem “Lob des Kommunismus” zu sagen:

Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen
Aber wir wissen
Er ist das Ende der Verbrechen.

Wenn die strangulierte Sowjetmacht in ihrem Kampf um ihr Überleben, der zugleich ein Kampf um die kriegs- und ausbeutungsfreie Zukunft der Menschheit war, in bestimmten Situationen keine andere Wahl mehr sah, als sich auch mit Mitteln zu wehren, die ihrer eigenen Natur widersprachen, dann sollte uns das Bedauern darüber und die Trauer über die Opfer von exzessiver Verteidigung nicht den Blick dafür trüben, dass auch dieser Posten ins Schuldbuch des den Faschismus gegen die Sowjetunion von der Kette lassenden Imperialismus gehört. Diese eindeutige Position vermisse ich bei Losurdo wegen seiner ”Einerseits-andererseits”-Argumenationslinie: „einerseits muß man sich ihrer schämen, aber andererseits hat sie bewundernswert Großes vollbracht“. (Letzteres belegt Losurdo übrigens mit einem ausführlichen Zitat aus einer Vorlesung Stalins aus dem Jahre 1924.)

Diese anwaltliche Linie des "Einerseits-andererseits" ist auch in der Formulierung enthalten: "Auch in den dunkelsten Jahren des Stalinismus hat die internationale kommunistische Bewegung eine fortschrittliche Rolle gespielt – nicht nur in den Kolonien, sondern auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern." (S. 28) Und: "Jeder ehrliche Historiker kann erkennen, dass der ‚Stalinismus'" – nota bene: hier schreibt Losurdo zum ersten und wohl auch einzigen Male diesen antikommunistischen Begriff in Anführungszeichen, – "mit allen seinen Schrecken, ein Kapitel jenes Emanzipationsprozesses ist, der das ‚Dritte Reich' besiegt hat, der den Impuls gab für die Dekolonisierung und für den Kampf gegen den antisemitischen und anticamitischen Rassismus." (3) Und Losurdo unterstreicht diese Kennzeichnung der welthistorischen Leistung der Sowjetunion und Stalins: "Kann man sich die radikalen Wandlungen in der Auseinandersetzung über ‚Rasse' und ‚Rassismus' ohne den Beitrag der UdSSR Stalins überhaupt vorstellen?" (S. 30) Wie das zusammengehen kann – "dunkelste Stalinismus-Jahre" und die gewaltigsten Beiträge zur Befreiung der Menschheit von der schwärzesten Ausgeburt des Imperialismus – das zu erklären fühlt sich Losurdo ebenso wenig veranlasst wie all die anderen Ankläger des "Stalinismus".

Im Zuge der zweiten Linie der anwaltlichen Verteidigung der Sowjetunion, der Argumentation, die andere Seite sei ja keinesfalls besser, eher noch schlimmer als die sowjetische, trägt Losurdo vor allem Tatsachen zusammen, die die Inhumanität führender imperialistischen Politiker wie Churchill und Clinton belegen, um dann zu fragen: "Auf Grund welcher Logik kann man also behaupten, die Verbrechen Lenins und Stalins seien schlimmer als jene, derer sich Clinton schuldig gemacht hat?… Warum eigentlich sollte ein künftiger Historiker die US-Präsidenten für ‚humaner' halten als jene, welche die UdSSR in einer der tragischsten Perioden der Weltgeschichte geführt haben?" (S. 31)

Ist das nicht eine die sozialistische Sowjetunion in Wahrheit beleidigende "Verteidigung"?

Losurdo fährt fort: "Da mutet die Haltung gewisser Kommunisten schon sehr befremdlich oder philiströs an, die einerseits Stalin dämonisieren, andrerseits in Clinton einen Exponenten der, wenn auch gemäßigten, ‚Linken' sehen wollen." (S. 31) Dem ist unbedingt zuzustimmen, aber zugleich drängt sich wieder die Frage auf: Wieso fällt hier nicht der Name dessen, der damit begann, Stalin zu dämonisieren und Vertrauenswerbung für den Präsidenten der USA, damals Eisenhower, zu betreiben – der Name Nikita Chrustschows?

Losurdo führt ferner aus: "Heute werden wir Zeugen von einer Art Kolonisierung des historischen Bewusstseins der Kommunisten". (S. 32) Wieso erst heute? Und wieso "Kolonisierung"? Die Verdrängung des marxistisch-leninistischen, des eigenständigen kommunistischen Denkens begann – schlimm genug, dass man das immer wie-

derholen muss – nicht erst heute und nicht von außen, sondern von der inneren höchsten Instanz der kommunistischen Bewegung, auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Diese von Losurdo fehldeutend "Kolonisierung" genannte Desorientierung des Bewusstseins der Kommunisten wird nicht erfolgreich bekämpft mit der "Beweisführung", der Imperialismus sei keineswegs humaner als der reale Sozialismus, sondern durch die kompromisslose Verkündung der keineswegs neuen Wahrheit: Der Imperialismus verkörpert die menschenfeindlichste Ausbildung der Ausbeutergesellschaft. Der Sozialismus – solange nicht vom Revisionismus denaturiert – war und ist trotz seiner Unreife und seiner Fehler und Mängel die bisher einzig humane, das elementare Menschenrecht auf ein Leben ohne Krieg und Ausbeutung und Existenzangst gewährleistende Gesellschaftsordnung seit Beginn der Menschheitsgeschichte.

Eben diese Aussage fehlt bei Losurdo.

Zu Teil V: "Warum ging der ‚Dritte Weltkrieg' verloren?"

Von allen bisherigen Teilen ist dieser der erstaunlichste: Losurdo hat offenbar eine ganz andere Geschichte erlebt, als wir. Ereignisse, die wir als tief einschneidend erlebt haben, kommen bei ihm überhaupt nicht vor, andererseits spielen bei ihm Ereignisse eine zentrale Rolle, die er ganz allein bemerkt oder als zentral empfunden zu haben scheint.

Für Losurdo steht fest, dass die Geschichte der Jahre seit Hiroshima und Nagasaki die Geschichte eines „Dritten Weltkrieges" ist, bei dem die USA und ihre Verbündeten die Sieger, die Sowjetunion und ihre Verbündeten die Besiegten sind. Das klingt zunächst ganz zutreffend. Aber wenn wir DDR-Bürger uns daran erinnern, dass unser Staat ja von unserem "großen Bruder" Sowjetunion mit Gorbatschow, dem Duz-Freund Kohls, an der Spitze an die Bundesrepublik ausgeliefert wurde, – wofür die Sowjetunion mit 19 Milliarden D-Mark belohnt wurde – , dann wird deutlich, dass sich Losurdo mit seiner Geschichtsdeutung die Sache doch entschieden zu einfach macht.

Losurdos ganze Darstellung krankt über alle Teile daran, dass er nicht wahrhaben will, dass der Imperialismus seinen Sieg errungen hat und nur erringen konnte, weil er Bundesgenossen im gegnerischen, im sozialistischen Lager fand. Alle Tatsachen, die dies belegen, fehlen in seiner Darstellung. Dadurch entstehen natürlich Erklärungslücken. Er füllt diese mit Deutungen der Ereignisse, die seiner Meinung nach die wirklichen Ursachen der Niederlage offenlegen. Es ist dem Leser überlassen, zu beurteilen, ob sie das wirklich tun.

Losurdo: Der Imperialismus hat an allen drei Fronten gesiegt

Die siegreichen USA haben nach Losurdo den ”Dritten Weltkrieg” gewonnen, weil sie an allen drei Fronten überlegen waren: an der diplomatisch-militärischen, an der ökonomischen, vor allem aber an der wichtigsten, ausschlaggebenden, an der ideologischen Front.

Die Vorgänge an der ersten, der diplomatisch-militärischen Front, beschreibt Losurdo so: “Den Siegern ist es gelungen, die politisch-militärische Schlachtordnung ihrer Feinde aus den Angeln zu heben.” (S. 33) Was ist damit gemeint? “Fünf Jahre nach dem Bruch mit der UdSSR 1953 wurde Jugoslawien aufgrund seiner Unterzeichnung des mit der Türkei und Griechenland geschlossenen ‚Balkanpakts‘ als eine Art korrespondierendes Mitglied der NATO in die ‚Verteidigungsstellung des Westens‘ eingebaut.” (S. 33)

Chruschtschow, Tito-Jugoslawien und Volkschina

Ist schon die Darstellungsweise, als ob Tito-Jugoslawien fast ohne eigenen Willen in das westliche Paktsystem “eingebaut” worden sei, recht merkwürdig, so ist dies noch viel mehr der Umstand, dass Losurdo den Beitritt Jugoslawiens in das USA-geführte Militärpaktsystem als Beispiel dafür anführt, dass es den “Siegern gelungen sei, die politisch-militärische Schlachtordnung ihrer Feinde aus den Angeln zu heben”.

Für Losurdo war Jugoslawien also ein Bestandteil der “Schlachtordnung” der sozialistischen Länder. Das war es aber zu keinem Zeitpunkt in den Jahren des „Kalten Krieges“: während der kurzen Zeit seiner Zugehörigkeit zum Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien (1947-1948) spielte es, genau wie später nach der “Aussöhnung” von 1955, die Rolle eines “Trojanischen Pferdes des Imperialismus”, wie Chrustschow nach den ungarischen Ereignissen von 1956 zuzugeben sich gezwungen sah. (4) Mit der Resolution des Informationsbüros von 1948 wurde Tito vor die Entscheidung gestellt, sich eindeutig für das Lager der sozialistischen Länder zu entscheiden und seine undurchsichtige Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu beenden. Indem Tito durch den Beitritt zum Balkanpakt offenkundig machte, dass er Bundesgenosse des imperialistischen Westens war, wurde die “Schlachtordnung” der sozialistischen Straaten mitnichten “aus den Angeln gehoben”, sondern gefestigt, weil von einem Unsicherheitsfaktor befreit. Durch Chrustschows “Versöhnung” mit Tito wurde dieser Gewinn zunichte gemacht, das Trojanische Pferd wieder ins eigene Lager hereingeholt, mit dem Ergebnis, dass alsbald die vorher feste, unerschütterliche Schlachtordnung nun tatsächlich durcheinander gebracht wurde - Herbst 1956 in Polen und Ungarn - und der imperialistische Gegner immer mehr Möglichkeiten erhielt, sie völlig “aus den Angeln zu heben.”

Losurdo aber hat als zweites Beispiel dafür, dass es "den Siegern" gelang, die "Schlachtordnung" des sozialistischen Lagers "aus den Angeln zu heben", noch etwas anderes anzubieten: "Seit den 70er-Jahren beginnt sich mit der chinesisch-amerikanischen Wiederannäherung eine ‚De-facto-Allianz' gegen die UdSSR herauszubilden, welch letztere ihrerseits die USA für eine ‚Quasi-Allianz gegen China' zu gewinnen sucht." (S. 33) Indem Losurdo den Zwist zwischen der KPdSU und der KP Chinas erst in den 70er-Jahren beginnen lässt und China dabei als den Initiator hinstellt, begeht er eine grobe Entstellung der tatsächlichen Geschichte.

Und was ist nach Losurdo der Grund für das Abrücken Chinas von der UdSSR? Nach seiner Darstellung ist es die Enttäuschung über ungenügende Unterstützung Chinas durch die Sowjetunion gegen die USA bei Chinas Bemühen um die Rückgewinnung der beiden Inseln Quemoi und Matsu. Die UdSSR habe China gegen die USA eine unzureichende Schutzzusage gegeben, "die sich auf sein Festlandsterritorium beschränkt", wodurch China gezwungen war, auf das Ziel der Wiedergewinnung dieser Inseln zu verzichten. "Die linientreue Unterordnung unter die UdSSR schien deshalb den chinesischen Führern nicht länger der Weg, auf dem die nationale Einheit wiedererlangt und die Zeit der kolonialen Demütigungen beendet werden könnte." (S. 33 f.)

Es ist schon erstaunlich: Liest man Losurdo, dann hat erst "in der 70er-Jahren" eine Entfremdung zwischen der Sowjetunion und Volks-China stattgefunden, vorher hat sich China "linientreu unter die UdSSR untergeordnet"! Aber erstens: Zu keinem Zeitpunkt seiner Existenz gab es eine "linientreue Unterordnung" Volkschinas unter die UdSSR. Man kann sich nur wundern, wie Losurdo zu einer derartigen Einschätzung gelangen kann. Zweitens: Es kann doch Losurdo nicht entgangen sein, dass der Beginn der Meinungsverschiedenheiten der KP Chinas mit der Chrustschow-Führung der KPdSU lange vor den 70er-Jahren liegt, weil sie bereits auf dem XX. Parteitag der KPdSU und danach deutlich wurden; und es kann Losurdo doch auch nicht entgangen sein, dass Chrustschow 1960/61 in brutaler Weise den Bruch mit Volkschina und Albanien vollzog. "Im Juli 1960 beschloss die Sowjetregierung plötzlich einseitig, innerhalb eines Monats alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurückzurufen, und zerriss damit Hunderte von Abkommen und Kontrakten." (5) Nicht von außen, durch die USA, sondern vor allem durch diesen Bruch wurde die "Schlachtordnung" des sozialistischen Lagers in nicht wiedergutzumachender Weise geschwächt.

Wieso findet diese verhängnisvollste Schwächung der sozialistischen Seite keine Erwähnung? Vielleicht deshalb nicht, weil sie sich absolut nicht in das Schema des "Dritten Weltkrieges" des Imperialismus gegen das ganze sozialistische Lager einfügen lässt? Und wieso erfahren wir von Losurdo auch nicht das Mindeste über den Beginn, den Verlauf und den Gegenstand der Differenzen zwischen der KP Chinas und der Führung der KPdSU?

Bei ihm erfahren wir nichts darüber, dass Mao Tse-tung und die KP Chinas seit dem XX. Parteitag gegen die Linie Chrustschows und seiner Nachfolger kämpften:

– in der Frage der Beurteilung Stalins. Dazu veröffentlichte die KP Chinas ein Dokument: ”Zur Stalinfrage. Zweiter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (13. September 1963)”; (6)

– in der Frage der Beurteilung Titos und Jugoslawiens. Dazu veröffentlichte die KP Chinas das Dokument: ”Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat? Dritter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (26. September 1963)”; (7)

– in der Frage der Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten. Dazu veröffentlichte die KP Chinas die Dokumente: ”Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (14. Juni 1963)” und ”Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz. Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (12. Dezember 1963)”. (8)

Wir erfahren auch nichts darüber, dass auf den Internationalen Konferenzen der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau von 1957 und 1960 die chinesische Delegation mit Unterstützung anderer Parteien gegen Chrustschow durchsetzte, dass nicht, wie er wollte, der “Dogmatismus” sondern , wie es der tatsächlichen Situation entsprach, der “moderne Revisionismus”, also der Revisionismus Titoscher Prägung, zur Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung erklärt wurde. (9) Eine Erwähnung des erbitterten Kampfes gegen den Revisionismus in der kommunistischen Bewegung wird man in allen sieben Teilen des großangelegten Rückblicks Losurdos auf die Geschichte der kommunistischen Bewegung im letzten Halb-Jahrhundert vergeblich suchen.

Dafür findet Losurdo eine andere Erklärung für die halbherzige Unterstützung Chinas durch die UdSSR: “Wenn nicht die Anwendung von Waffengewalt, so hat auf jeden Fall die Drohung damit, und vor allem die Drohung mit Nuklearwaffen, in ganz entscheidender Weise die Entwicklung des ‚Dritten Weltkriegs‘ beeinflusst.” (S. 34)

Auf diese Aussage folgt dann einigermaßen überraschend ein Sündenregister des “sozialistischen Lagers”: “All dies macht die Verantwortung, die Fehler und Verbrechen des sozialistischen Lagers nicht kleiner, im Gegenteil: Es lässt sie deutlicher werden.” (S. 34)

Losurdos Sündenregister des sozialistischen Lagers

Und was legt Losurdo dem sozialistischen Lager als “Verbrechen” zur Last? Das hätten wir doch gerne gewusst – aber Losurdo weicht einer Antwort auf diese Frage aus mit der anschließenden Formulierung, die den Leser völlig im Unklaren darüber lässt, ob er die genannten Ereignisse als Fehler, Verbrechen oder nur als “Krisenmo-

mente" zu verstehen und einzuordnen hat: "Werfen wir einen kurzen Blick auf die schweren Krisenmomente. 1948: Bruch der UdSSR mit Jugoslawien. 1956: Invasion in Ungarn. 1968: Invasion in der Tschechoslowakei. 1969: Blutige Zwischenfälle an der Grenze zwischen UdSSR und China.

Zu diesem Zeitpunkt grade noch vermieden, wird der Krieg zwischen Ländern, die sich auf den Sozialismus berufen, ein Jahrzehnt später mit dem Zusammenstoß zuerst von Vietnam und Kambodscha, dann von China und Vietnam tragische Realität. 1981: Kriegsrecht in Polen, um einer möglichen ‚brüderlichen' Intervention der UdSSR zuvorzukommen und eine Oppositionsbewegung unter Kontrolle zu halten, die auch deshalb breite Unterstützung findet, weil sie an die vom Großen Bruder verletzte nationale Identität appelliert." (S. 34)

Da sitzen wir nun, von Losurdo allein gelassen mit den Fragen, ob es ein Fehler oder gar ein Verbrechen war, dem mörderischen Pol Pot-Regime in Kambodscha durch Vietnam ein gewaltsames Ende zu bereiten, ein Fehler oder Verbrechen, zu verhindern, dass Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen nicht schon 1956, 1968 und 1981 dem Imperialismus überlassen wurden; denn daran, dass Imre Nagy, Ota Sik und Walesa keinen "besseren Sozialismus", sondern die Liquidierung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus in ihrem Lande wollten, kann doch auch Losurdo keinen Zweifel haben.

Wir haben gesehen, dass Losurdo nicht bemerkt hat, es auf jeden Fall nicht der Erwähnung für wert hält, dass die Auseinandersetzungen in der kommunistischen Bewegung seit 1956 in erster Linie um die Frage gehen: Festhalten am Marxismus-Leninismus - oder Übergehen auf die Positionen des "modernen Revisionismus", wie er im Programm und in der Praxis der Tito-Partei in Jugoslawien seinen theoretischen und praktischen Ausdruck gefunden hat. "Die Tatsachen der vergangenen sieben Jahre zeigen deutlich: Die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung sind Differenzen in der Frage des Festhaltens an der marxistisch-leninistischen Linie oder an der revisionistischen Linie", wird dazu von der KP Chinas festgestellt. (10)

Die Leerstelle in seinem Text füllt Losurdo damit aus, dass er die "nationale Frage" zur zentralen Frage der Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern und Fehler der Sowjetunion in der Behandlung dieser Frage als mitentscheidend für das Debakel des sozialistischen Lagers erklärt.

Der Platz der nationalen Frage im Marxismus und bei Losurdo

“Aus unterschiedlichen Gründen ist allen diesen Krisen gemeinsam, dass die nationale Frage dabei eine zentrale Rolle spielt. Die Auflösung des sozialistischen Lagers hat nicht zufällig an der Peripherie des ‚Imperiums‘ begonnen, in Ländern, die seit längerer Zeit unzufrieden waren mit der ihnen aufgezwungenen beschränkten Souveränität.” (S. 34)

Wieder muss hier Losurdos Bild der Geschichte des “realen Sozialismus” korrigiert werden: Es trifft einfach nicht zu, dass die “Auflösung des sozialistischen Lagers” “an der Peripherie” begann. Das Abdriften Polens und Ungarns im Oktober 1956 war nicht der Beginn der “Auflösung”, sondern bereits eine Folge des XX. Parteitages und der von Chrustschow geförderten Ablösung der alten, “stalinistischen” polnischen und ungarischen Parteiführung durch die Tito-Verbündeten Gomulka und Imre Nagy. Die “Auflösung”, richtiger gesagt: die Zersetzung des sozialistischen Lagers begann 1956 (und nicht erst 1990!) in seinem Zentrum und wurde von dort aus – erst sehr stark unter Chrustschow, dann gebremster unter Brehshnew, sodann aber mit vollster Kraft unter Gorbatschow – bis zum Ende vorangetrieben.

Eine wirklich marxistische Analyse müsste von der Abhängigkeit der Behandlung der nationalen Frage von der Grundsatzentscheidung: „Marxismus-Leninismus oder Revisionismus als Leitfaden der Politik“ ausgehen und diese Abhängigkeit anhand der Fakten aufzeigen.

Wo der Marxismus-Leninismus der Leitfaden ist, da wird selbst die denkbar extremste Prüfung der gefundenen Lösung der nationalen Frage, wie sie der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg auferlegt war, erfolgreich bestanden. Wo der Revisionismus der Leitfaden ist, dort wird der Nationalismus in allen seinen Form wieder ins Kraut schießen und die bereits erreichte Einheit zerstören. Die Revisionisten der führenden Nation schüren den Großmachtchauvinismus, und die Revisionisten der kleineren Staaten - wie Gomulka in Polen, Imre Nagy in Ungarn - benutzen den alten Nationalismus zur Zersetzung des sozialistischen und internationalistischen Bewusstseins in den Massen. Revisionismus und Nationalismus gehören ebenso untrennbar zusammen, wie Marxismus-Leninismus und Internationalismus.

Wie fern von den wirklichen Zusammenhängen die Zusammenbruchserklärungen Losurdos sind, wird besonders deutlich mit den folgenden Sätzen: “Und auch im Inneren der UdSSR gab den entscheidenden Anstoß zum schließlichen Zusammenbruch, noch vor dem obskuren ‚Putsch‘ vom August 1991, der Aufruhr in den baltischen Republiken, in die der Sozialismus 1939/40 ‚exportiert‘ worden war: In gewisser Weise hat die nationale Frage, die einen wesentlichen Beitrag zum Sieg der Okto-

berrevolution geleistet hat, auch das Ende des mit dem Oktober begonnenen historischen Zyklus besiegelt." (S. 34)

Wiederum eine Behauptung, an der nichts stimmt. Richtig wäre zu sagen: Die Oktoberrevolution hat die Voraussetzungen geschaffen für die Lösung der nationalen Frage im bisherigen zaristischen Völkergefängnis; die Preisgabe des Marxismus-Leninismus als Grundlage der Politik der Sowjetregierung hat auch die nationalen Gegensätze wieder aufbrechen lassen, die dann ihrerseits den Zerfall der Sowjetunion beschleunigten.

Offenbar hat Losurdo die sowjetische Presse zur Perestroika-Zeit nicht verfolgt, sonst wäre ihm nicht entgangen, dass es zu Auflösungstendenzen in der Sowjetunion bereits erheblich früher, als von ihm registriert, gekommen ist. Darüber zutiefst beunruhigt, führte – um nur ein Beispiel zu nennen – der Erst Sekretär des Gebietskomitees Kemerowo der KPdSU, Melnikow, am 25. April 1989 auf einem Plenum des ZK der KPdSU aus: "Den ZK-Mitgliedern, den Parteifunktionären, die sich mit den Fragen der nationalen Beziehungen … beschäftigen, ist die Frage zu stellen: Wie ist es möglich, dass die Einheit unserer Sowjetunion in Gefahr ist?" (11) Bei aufmerksamer Lektüre der Sowjetpresse in der Gorbatschowschen Perestroika-Periode hätte Losurdo auch Kenntnis davon bekommen können, wie bewusst und systematisch vom Moskauer Zentrum aus der Nationalismus gerade auch in den baltischen Ländern aufgestachelt wurde. Ich nehme die "Moskau News" in deutscher Sprache vom 11. November 1988, Seite 1, der Frontartikel in dicken Balken: "Lettland im Umbruch. Volksfront macht mobil." Dieser Artikel demonstriert in musterhafter Weise die Einheit von Revisionismus und Nationalismus, die Mischung von "demokratischer" und nationalistischer Demagogie, mit der von der Moskauer Zentrale her alle antisozialistischen Kräfte "mobil gemacht" wurden, um mit ihrer Hilfe die "Stalinisten", also die echten Kommunisten, zu entmachten.

Auf dem Gründungskongress der sogenannten "Volksfront Lettlands" wurden scharfe nationalistische Forderungen vorgebracht, die von der Zeitung milde als "wirklich zu heftige Äußerungen zur nationalen Frage" gerügt wurden. Dann aber heißt es weiter: "Aber der Kongress führte noch einmal vor Augen, dass viele Fragen für Lettland, wo die komplizierteste demographische Situation der Ostseerepubliken existiert, wo die Letten in den letzten Jahren" – also in der Nach-Stalin-Zeit! – "bereits weniger als die Hälfte der Republikbevölkerung bilden, naturgemäß eine nationale Färbung erlangen. Mit dem Streben nach Selbständigkeit bei der Bewältigung solcher Fragen ist auch die Idee verbunden, die Republik auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung umzustellen, wie auch die vom Kongress angenommenen Resolutionen über Entstalinisierung und über die Demokratisierung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Gläubigen."

In dem Artikel wird auch aus der Rede des gerade erst neugewählten, also gorbatschowistischen Ersten Sekretärs des ZK der KP Lettlands, Janis Vagris, zitiert: "Die Hauptrichtungen meiner Arbeit möchte ich nennen: Erstens ist das die Priorität der Landwirtschaft… Zweitens die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Republik durchzusetzen… Nur das würde erlauben, der Behördenbarbarei ein Ende zu bereiten… und die Migration (d.h. die Einwanderung von Nicht-Letten, K.G.) einzustellen. Und drittens: Unsere Republik muss zu einem souveränen Rechtsstaat werden."

Es ist dies eine zufällig herausgegriffene Nummer der Moskauer Nachrichten. Wenn Losurdo die Sowjetpresse der Chrustschow- und der Gorbatschow-Jahre regelmäßig verfolgt hätte, dann hätte er tatsächlich wirklichkeitsnah erklären können, wo das, was er recht unglücklich den "Selbsthass" von Kommunisten nennt, geboren und genährt wurde. Dann wäre er auch nicht auf die Idee gekommen, "das Zerbröseln und das Debakel des sozialistischen Lagers" nicht etwa dem Wirken Gorbatschows, sondern Breshnew und seiner "offen chauvinistischen und hegemonialen Theorie der ‚internationalen Diktatur des Proletariats' und der begrenzten Souveränität von offiziell mit der UdSSR verbündeten Ländern" zuzuschreiben.

Es kann und soll gar nicht bestritten werden, dass seit 1956, seit dem Übergang von Teilen der Führung der KPdSU und des Staates und der militärischen Führung der Sowjetunion auf das Gleis des Revisionismus, die Außenpolitik der Sowjetunion nicht mehr nur von dem Bestreben der Verteidigung des Sozialismus und der Verhinderung der Restauration des Kapitalismus bestimmt war, sondern auch zunehmend von Elementen der Sicherung der Vormachtstellung im eigenen Einflussbereich. Aber zum "Debakel" für die anderen sozialistischen Staaten wurde der Großmachtchauvinismus der sowjetischen Führung erst, als diese – um ihres guten Verhältnisses zu den USA und zur BRD willen – befand, sich ihren Vertragsverpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag zu entziehen und die mit der Sowjetunion verbündeten Völker und Staaten für die Restauration des Kapitalismus "freizugeben". Dies hätte Losurdo wirklich zu Recht als Verbrechen registrieren können – aber es taucht in seiner Verbrechensliste nicht auf.

Ein Wort noch zu Losurdos Feststellung vom "Export des Sozialismus in die baltischen Republiken". Man wünscht sich auch hier, Losurdo möge doch bei seinen Darlegungen den geschichtlichen Tatsachen mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen. Dann hätte er nämlich im Falle der baltischen Republiken in Rechnung stellen müssen,

erstens: dass die Oktoberrevolution auch in den damals zu Rußland gehörigen baltischen Ländern zur Bildung von Sowjetregierungen geführt hatte, die mit Hilfe deutscher und alliierter Streitkräfte gestürzt und dadurch die baltischen Staaten von Sowjetrußland gewaltsam abgetrennt worden waren;

zweitens: dass die friedliche Heimholung dieser Staaten 1940 im Gefolge des Nichtangriffsvertrages mit Deutschland den damaligen Sieg der ausländischen Interventen und der einheimischen Konterrevolution über den Willen der Volksmassen korrigierte und diesem Willen nachträglich zum Erfolg verhalf;

drittens: dass der Anschluss der baltischen Staaten an die Sowjetunion 1940 deren Völker davor bewahrt hat, schon damals unter den Stiefel des deutschen Faschismus getreten zu werden;

viertens: dass damit dem deutschen Faschismus ein Aufmarschgebiet für seinen Überfall auf die Sowjetunion entzogen wurde, zugleich die Verteidigungsposition der Sowjetunion für den Fall eines Überfalles günstiger gestaltet wurde.

Hätte Losurdo all dies berücksichtigt, hätte er wohl kaum zu einer Formulierung gegriffen, die aus dem Wörterbuch der von ihm doch bekämpften "Dämonisierer" Stalins entnommen sein könnte. An dieser Stelle sei erlaubt, Losurdo Ausführungen von Henri Barbusse vor Augen zu führen, deren Inhalt einmal selbstverständliches Gemeingut aller Freunde der Sowjetunion war; in seinem Buch über Stalin schrieb er: "… und man muß hier noch einmal sagen, daß nur die Intervention der deutschen Truppen der Konterrevolution ermöglicht hat, sich in den Grenzgebieten festzusetzen und die Sowjetmacht in der Ukraine, in Weißrußland, in Finnland und in den baltischen Staaten zu stürzen." (12) Barbusse hätte mit Sicherheit nicht von einem "Export der Revolution" gesprochen, sondern seiner Genugtuung über die friedliche Wiedererrichtung der Sowjetmacht in den baltischen Staaten beredten Ausdruck gegeben.

Soviel zu Losurdos Thesen über die von ihm behauptete durchgängige Überlegenheit des Imperialismus an der diplomatisch-militärischen Front.

Losurdos Lücken bei der Behandlung der ökonomischen Front

Die zweite, die ökonomische Front, wird von Losurdo nur sehr kurz abgehandelt. Seine Begründung dafür: Es wäre falsch, die Rolle der Ökonomie beim Zusammenbruch des Sozialismus zu überschätzen. Von 1945 bis 1950 habe die UdSSR selbst nach Ansicht von USA-Kennern ein "kleines ökonomisches Wunder" vollbracht, und "in den Jahren unmittelbar danach" – also in den Jahren der Wiederherstellungsperiode – sei die Wirtschaft der Sowjetunion schneller als die der USA gewachsen. Daraus und aus dem katastrophalen Zusammenbruch der Produktion in den ehemals sozialistischen Ländern nach 1991 folgert Losurdo, "dass die Ökonomie nicht der Schlüssel zur Erklärung des Debakels des realen Sozialismus sein kann." (S. 36)

Diese Feststellung trifft wohl zu, nicht jedoch ihre Begründung. Denn Losurdos Beschreibung der Entwicklung an der "ökonomischen Front" ist erstaunlich unvollständig. Sie reicht nur bis in die Jahre "unmittelbar" nach 1950, lässt also die Jahre der

Chrustschow- und Breshnew-Ära und erst recht die Jahre der Gorbatschow'schen Perestroika außer Betracht. Würde er die einbezogen haben, dann hätte er feststellen müssen, dass auf die steilen Aufschwungjahre nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst eine Phase abflachenden Aufstiegs folgte, die von einer langen Phase der Stagnation abgelöst wurde, die ihrerseits schon unter Breshnew in eine Niedergangsphase überging, die dann unter Gorbatschow einen katastrophalen Absturzcharakter annahm. Auch dafür nur einige wenige Beispiele:

In seiner Rede auf der bereits erwähnten ZK-Tagung am 25. April 1989 führte der Erste Sekretär des Regionskomitees Krasnodar, Poloskow, u.a. aus: "Freilich wird es immer schwerer, auf zahlreiche Fragen zu antworten. Warum es keine Butter zu kaufen gibt, können Bürger noch halbwegs verstehen. Warum es keine Kinderschuhe, Kinderwagen oder Fahrräder gibt, hören sich die Menschen an, verstehen es aber nicht ganz. Warum es aber keine Seife gibt – das wollen die Menschen gar nicht hören. Das kann man ja auch nicht erklären."

Der Erste Sekretär des Gebietskomitees Wladimir, Bobowikow: "Während der Wahlkampagne bekamen die Kandidaten und ihre Vertrauenspersonen am eigenen Leibe die Unzufriedenheit eines bedeutenden Teils der Bevölkerung über die offenen und versteckten Preissteigerungen, das Verschwinden preisgünstiger Waren aus dem Sortiment … zu spüren. Die Vergrößerung der durch Waren nicht gedeckten Geldmenge verstärkte den Mangel, die Inflationsprozesse und erzeugte soziale Spannungen. Wie in vielen anderen Gebieten wurde auch bei uns der Zucker rationiert… Vor den Wahlen entstanden Probleme bei Seife und Waschmitteln. Auf den Wählerforen sagten die Arbeiter empört: ‚Was ist das für eine Macht, unter der man nicht einmal etwas hat, um sich zu waschen? Wir können weder unsere Kinder noch die Wäsche waschen.'"

Der Kandidat des Politbüros und Ersten Sekretär des Gebietskomitees Leningrad, Solowjow, gab ein drastisches Bild des Zustandes der Sowjetgesellschaft: "Im Lande ist ein chronisches Defizit an Industriewaren und Lebensmitteln entstanden, das sich zudem noch vergrößert. Die Inflation nimmt zu, und die Unzufriedenheit mit der Lösung der Wohnungsfrage, mit der Verschlechterung der ökologischen Situation, mit der Zunahme der Kriminalität sowie mit anderen negativen Erscheinungen wächst… Bisher haben die Negativa ein deutliches Übergewicht gegenüber den Positiva. Das außer Kontrolle geratene Wachstum der nicht auf Arbeit beruhenden Einkünfte, das im Prinzip legalisierte Spekulantentum, die intensive Abwanderung von Facharbeitern und Spezialisten aus den staatlichen Betrieben rufen bei einem Großteil der Bevölkerung deutlichen Unwillen hervor. Zu beobachten ist eine früher nie gekannte Unausgeglichenheit von Wirtschaft und Geldumlauf. In einem Arbeitskollektiv wurde ich direkt gefragt: Wie lange noch wird man uns den Lohn in Straßenbahnfahrscheinen zahlen, noch dazu bereits gelochten?… Immer deutlicher wird die Ge-

fahr von Gruppenegoismus im Produktionsbereich. Es handelt sich um solche Massenerscheinungen wie Preiserhöhungen für Industriewaren und Streichung billiger Erzeugnisse aus dem Produktionssortiment… Bei einem Teil der Jugendlichen hat sich die haltlose Meinung herausgebildet, dass die KPdSU eine Partei der ‚Fehler und Verbrechen am Volk' sei. In den meisten Arbeitskollektiven setzt sich der Standpunkt durch, dass die Veränderungen der letzten Jahre nur den… gerissenen Leuten und Schiebern Vorteile gebracht haben." (13)

Am 5. September 1990 war im "Neuen Deutschland" folgende Notiz zu lesen: "Trotz guter Ernte Brotnotstand in Moskau". Darin wurde berichtet: "In Moskau herrscht trotz der guten Ernte in diesem Jahr erstmals seit langer Zeit wieder ein Mangel an Brot. Vor den Bäckereien würden sich seit einigen Tagen lange Schlangen bilden, und die Wartezeit für einen Laib Brot betrage bereits vier Stunden, berichteten Augenzeugen. Das am Montag einberufene ‚Anti-Krisen-Komitee' unterstrich in der ‚Moskowskaja Prawda' von gestern, dass die Brotindustrie über alle Mittel und Grundstoffe verfüge, um die sowjetische Hauptstadt ausreichend mit Brot zu versorgen. Ein Vertreter der einzigen Moskauer Brotfabrik erklärte im Fernsehen, dass aber nur drei von zwölf Produktionseinheiten funktionierten, weil die Maschinen überaltert und die Beschäftigten nachlässig seien." Gorbatschows Perestroika hat also in kürzester Zeit dafür gesorgt, dass die Menschen in der Sowjetunion Mangel an den elementarsten Waren des täglichen Bedarfs litten.

Wenn Losurdo dennoch recht hat mit seiner Feststellung, dass die Ökonomie nicht den Schlüssel zur Erklärung des Debakels des Sozialismus abgeben kann, dann nicht, weil etwa die ökonomische Situation der Sowjetunion sich nicht in einer tiefen Krise befunden hätte, sondern deshalb, weil diese Krise ihren Ursprung nicht in der Ökonomie hatte, sondern durch die politische Führung herbeigeführt worden ist – wobei es nicht schwer sein dürfte, den Nachweis dafür zu erbringen, dass sie bewusst und vorsätzlich herbeigeführt wurde; das Motiv dafür hat Gorbatschow mehrfach erkennen lassen mit Äußerungen, in denen er zum Ausdruck brachte, dass sein gesellschaftspolitisches Ideal nicht der Sozialismus, sondern die bürgerliche Demokratie ist. Zu erinnern ist da erstens an seine Feststellung in der "Prawda" vom 26. November 1989, die Oktoberrevolution sei kein Fehler gewesen, weil ihre Alternative keine bürgerlich-demokratische Republik, sondern eine blutige Militärdiktatur gewesen sei; (14) zweitens an sein berüchtigtes Interview im "Spiegel" vom 18. Januar 1993, in dem er wörtlich erklärte, seine politischen Sympathien gehörten "der Sozialdemokratie und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland"; (15) und schließlich an seine Ausführungen an der Amerikanischen Universität in Ankara im Herbst 1999: "Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus…Mein Ideal war der Weg der sozialdemokratischen Parteien." (16)

Wer aus der Sowjetunion eine bürgerliche Republik machen wollte, der musste zuerst dafür sorgen, dass die Massen die bestehende Ordnung als unerträglich empfanden, damit ihre Beseitigung auf keinen organisierten Widerstand mehr treffen konnte. Aus diesem, nicht aus dem von Losurdo genannten Grunde, ist nicht die Ökonomie der Schlüssel zur Erklärung des "Debakels", sondern die Politik der damaligen Partei- und Staatsführung.

Das aber sieht Losurdo ganz anders. Nicht die Politik der sowjetischen Führung, sondern die Ideologie gab schließlich den Ausschlag: "Wir sind gezwungen, auf die dritte Front im `Dritten Weltkrieg´, die ideologische, zu achten." (S. 36)

Nun also zu dieser dritten, der ideologischen Front.

Die ideologische Front – nach Losurdo und in Wirklichkeit

An dieser Front besaßen die USA "die multimediale Übermacht", aber sie war – nach Losurdo – " nicht das Wichtigste". "In den 50er Jahren (in denen der ökonomische Entwicklungsrhythmus der UdSSR sehr vielversprechend war), verkündete Chruschtschow gleichzeitig das Ziel des Kommunismus und das Überholen der USA: Damals war der ‚reale Sozialismus' ideologisch derart in der Offensive, dass auf dem Feld der Geschichte und der Geschichtsphilosophie das Schicksal des Kapitalismus schon besiegelt zu sein schien." (S. 36)

Offenbar nimmt Losurdo Chrustschows unseriöse Prahlereien – vom XXII. Parteitag der KPdSU 1961 sogar in das neue Partei-Programm aufgenommen, Prahlereien, die genauso niveaulos waren wie sein berüchtigter Schlag mit dem Schuh auf den Tisch in der UNO-Vollversammlung – als Zeugnisse einer "ideologischen Offensive". In Wahrheit hatte Chrustschow bereits im Februar 1956 mit seiner "Geheimrede" auf dem XX. Parteitag – für deren alsbaldige breite Verbreitung im Ausland gesorgt war – dem Imperialismus das Material für eine großangelegte antikommunistische ideologische Diversionsoffensive geliefert; seit dieser Rede und noch viel mehr nach den von ihr mit hervorgerufenen Ereignissen in Polen und Ungarn im Herbst 1956 sah sich die kommunistische Bewegung zunehmend politisch und ideologisch in die Defensive gedrängt. Nur zeitweilig gelang es, selbst noch einmal in die Offensive zu gehen, nämlich dank der sowjetischen Pionierleistungen mit dem Sputnik 1957 und Gagarins erstmaliger Erdumkreisung 1961 - Leistungen, für die der Grund gelegt worden war in den Stalin-Jahren, deren Früchte jetzt aber Chrustschow für sich reklamieren konnte.

Losurdos Deutungen überraschen immer wieder ob ihrer Abgehobenheit vom wirklichen geschichtlichen Geschehen. Zunächst stellt er zutreffend fest, dass "die folgenden Jahre und Jahrzehnte… den irrealen Charakter dieser Auffassung" – (über den nahen Übergang zum Kommunismus) – gezeigt haben; dann folgt jedoch eine unhalt-

bare Verallgemeinerung: ”Die Sowjetunion”, sagt er, ”gezwungen, ihre Ambitionen drastisch zu reduzieren,” habe sich als unfähig erwiesen, ”die eigene Geschichte zu bilanzieren und die eigene Ideologie gründlich zu überdenken: ihre Führer versicherten immer wieder und wieder, man schreite rasch voran auf dem Weg zur Verwirklichung des Kommunismus – eines Kommunismus, der auf die phantastische Art verstanden wurde, die oft die uns von Marx und Engels überlieferte Definition charakterisiert.” (S. 37)

Losurdos große Entdeckung: Schuld am Untergang der Sowjetunion ist letzten Endes die Kommunismus-Theorie von Marx und Engels

Für Losurdo ist die hauptsächliche Ursache für das Zurückbleiben der Sowjetunion an der ideologischen Front das nur in seiner Vorstellung existierende Festhalten ihrer Führer an der von ihm für unrealistisch erklärten Theorie des Kommunismus von Marx und Engels. Diese in der ”Deutschen Ideologie” entwickelte Theorie sei phantastisch; ein so verstandener Kommunismus setze ”das Ende nicht nur des Staates, sondern auch der Arbeitsteilung, in Wirklichkeit der Arbeit selbst voraus, und letzten Endes das Verschwinden jeglicher Form von Macht und Pflicht.” (S. 37)

Es habe an der Fähigkeit gefehlt, „die eigene Ideologie gründlich zu überdenken” (S. 37). Die Bolschewiki hätten wohl über eine Theorie zur Eroberung der Macht verfügt. ”Aber soweit Revolution über die Zerschlagung der alten Ordnung hinaus auch auf die Errichtung der neuen abzielt, standen die Bolschewiki und die kommunistische Bewegung im wesentlichen ohne revolutionäre Theorie da… Hier klafft… eine gravierende Lücke. Sie lässt sich weder mit einer Rückkehr zu Marx noch mit der zu anderen Klassikern schließen. Hier stehen wir vor einer neuen, außerordentlich schwierigen, aber absolut unausweichlichen Aufgabe.” (S. 38) Mit dieser überraschenden Feststellung, die ja nicht weniger besagt als dies: dass es bei Lenin und den Bolschewiki keine revolutionäre Theorie über die Aufgaben der Diktatur des Proletariats gegeben habe, der Aufbau des Sozialismus also rein pragmatisch, frei von Theorie vor sich gegangen sei, schließt Losurdo diesen Teil V.

Diese Ausführungen Losurdos zur dritten, zur ideologischen Front, stellen ein ganzes Knäuel von Fehleinschätzungen und Irrtümern dar, das zu entwirren recht mühsam, aber unverzichtbar ist.

Als erstes ist zu fragen, warum Losurdo bei seiner Behandlung der Kommunismus-Theorie von Marx und Engels sich nur auf deren früheste Fassung in der ”Deutschen Ideologie” aus den Jahren 1845/46 bezieht, statt auf die entsprechenden Passagen im Kommunistischen Manifest und in der Kritik zum Gothaer Programm, die ja die Texte sind, die der Kommunismus-Diskussion in der KPdSU und in der kommunistischen

Bewegung in erster Linie zugrunde lagen und zugrugrunde liegen . Was ist phantastisch und unrealistisch an der bekannten Voraussage im Kommunistischen Manifest:

”Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Erntwicklung aller ist.” (Wohlgemerkt für alle ”demokratischen Sozialisten”, die es nicht lassen können, diesen Satz als Vorwurf der untergegangenen DDR nachzuschleudern: Bei Marx und Engels ist dies erst das Ergebnis des Überganges von der ersten, sozialistischen Phase in die zweite, kommunistische, und nicht etwa eine Anforderung an die sozialistische Gesellschaft!)

Und was, so ist zweitens zu fragen, ist fantastisch und unrealistisch an der Beschreibung des Kommunismus in Marx‘ Randglossen zum Gothaer Programm:

”In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!” Wieso eigentlich erscheint Losurdo die Aufhebung der Arbeitsteilung so „unrealistisch und fantastisch” in einer Zeit, in der das Kapital die Arbeiter zwingt, um überleben zu können so ”flexibel” zu sein, um z.B. gestern als Schlosser, heute als ungelernter Maurer und morgen als Elektronikfachmann ihren Unterhalt zu verdienen ?

Und wie kann man aus Marx’ und Engels’ ”Kommunismus-Theorie” eigentlich entnehmen – wie das Losurdo tut -, dass diese „in Wirklichkeit das Ende der Arbeit selbst voraussetzt”? Hat er wirklich übersehen, dass Marx und Engels ausdrücklich sagen, dass im Kommunismus die Arbeit „das erste Lebensbedürfnis” sein wird?

Was – so ist drittens Losurdo zu fragen – muss von diesen Aussagen von Marx und Engels nach von ihm gefordertem und sicherlich doch auch selbst getätigtem ”radikalem Neudurchdenken der Theorie des Sozialismus und des Kommunismus” verworfen und was an seine Stelle gesetzt werden?

Soviel zu Losurdos Marx/Engels-Kritik in Sachen Kommunismus-Theorie.

Der nächste zu entwirrende Faden aus dem Knäuel ist Losurdos abwegige Vorstellung vom Verhältnis Chrustschows zur Kommunismus-Theorie von Marx und Engels. Sie geht hervor aus seiner Formulierung: Chrustschow und die sowjetischen Führer ”versicherten wieder und wieder, man schreite rasch voran auf dem Weg zur Verwirklichung des Kommunismus – eines Kommunismus, der auf die phantastische Art verstanden wurde, die oft die uns von Marx und Engels überlieferte Definition charakterisiert .” (S. 37)

Um die Verwirrung zu entwirren, ist erstens etwas zu Chrustschows Verhältnis zur Theorie und zweitens zum Platz der Diskussion über den Kommunismus in der KPdSU auszuführen.

Chrustschow und die Theorie des Marxismus-Leninismus.

Wer Chrustschows Wirken auch nur etwas genauer unter die Lupe genommen hat, dem konnte nicht entgangen sein, dass dieser Mann ein prinzipienloser Machtmensch war, der auf die Theorie ebenso wie auf die Tatsachen pfiff. Es machte ihm nicht das Geringste aus, heute dies zu beschwören und morgen das Gegenteil; z.B. 1955 zu versichern, alle Untersuchungen hätten ergeben, dass die unter Stalin gegen Tito erhobenen Vorwürfe Fälschungen von Volksfeinden gewesen seien, um dann drei Jahre später zu erklären, dass die 1948 gegen Tito und seine Partei erhobenen Vorwürfe zu Recht erhoben wurden. (17) Chrustschow-Verteidiger könnten gegen Losurdos Vorwurf, Chrustschow habe kritiklos die Theorien von Marx und Engels übernommen, mit vielen Beispielen den Nachweis erbringen, dass Chrustschow unter Hinweis auf die veränderten Verhältnisse und die Notwendigkeit des ”radikalen Neudurchdenkens der Theorie des Sozialismus” grundlegende Thesen des Marxismus-Leninismus als ”überholt und veraltet” über Bord geworfen hat. Um nur an einige Beispiele zu erinnern:

1956 verwirft er auf dem XX. Parteitag die auf Marx und Engels zurückgehende Leninsche These, dass die herrschende Bourgeoisie nur durch die gewaltsame Revolution gestürzt werden kann und führt in die kommunistische Bewegung die alte sozialdemokratische These von der Möglichkeit ein, zum Sozialismus auch auf parlamentarischem Wege zu gelangen, als die ”Weiterentwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus entsprechend dem neuen Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Kapitalismus”.

1961 verwirft er die Marxsche Feststellung aus den ”Randglossen zum Gothaer Programm:

”Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats”, mit der Erklärung:

”Unter den Bedingungen des Sieges des Sozialismus und des Eintritts des Landes in die Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus hat die Arbeiterklasse der Sowjetunion… ihre Diktatur in einen Staat des ganzen Volkes umgewandelt… Für den Aufbau des Kommunismus ist die Diktatur des Proletariats nicht mehr erforderlich.” (18)

Es könnte scheinen, als sei dies nur eine Änderung der Terminologie, nicht der Sache gewesen. In Wahrheit aber handelt es sich schon seit 1956 in der Sowjetunion um das, was von Gorbatschow dann später durchaus zutreffend als ”Perestroika” bezeichnet wurde und was in der Tat ein langwieriger ”Umbau” war, nämlich der Umbau des sozialistischen Staates in einen bürgerlichen. Gegen diese Chrustschowsche Revision des Marxismus wandte sich frühzeitig die KP Chinas. In ihrer – seinerzeit auch im ”Neuen Deutschland” veröffentlichten – Antwort an die KPdSU hieß es zu dieser Frage:

”Was wird werden, wenn man auf halbem Wege erklärt, dass die Diktatur des Proletariats bereits nicht mehr notwendig ist? Steht das dann etwa nicht grundlegend im Widerspruch zu der Lehre vom Staat der Diktatur des Proletariats von Marx und Lenin? Bedeutet das dann etwa nicht, daß man der Entwicklung ‘jener ansteckenden Krankheiten, Seuchen und Auswüchse, die der Kapitalismus dem Sozialismus hinterlassen hat,’ freien Lauf lässt?

Das heißt, dass das äußerst ernste Folgen nach sich ziehen wird, noch weniger kann dann die Rede von der Frage des Übergangs zum Kommunismus sein. Wird es irgendeinen ‘Volksstaat’ geben? Kann man den Staat der Diktatur des Proletariats durch irgendeinen ‘Volksstaat’ ersetzen? Diese Frage ist durchaus nicht eine Frage der Innenpolitik eines Staates, sondern eine grundlegende Frage, die die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus betrifft. Nach Auffassung der Marxisten-Leninisten gibt es keinerlei klassenlose oder über den Klassen stehende Staaten. Solange es sich um einen Staat handelt, wird er immer Klassencharakter haben; solange noch der Staat existiert, kann er nicht ein Staat ‘des ganzen Volkes’ sein. Wenn es eines Tages in der Gesellschaft keine Klassen mehr gibt, dann wird es auch keinen Staat mehr geben.

Wie wird dann also der sogenannte ‘Volksstaat’ aussehen? Jeder Mensch, der über marxistisch-leninistisches Allgemeinwissen verfügt, weiß, dass der sogenannte ‘Volksstaat’ durchaus nicht irgendetwas Neues ist. Die Repräsentanten der Bourgeoisie haben den bürgerlichen Staat von jeher als ‘Volksstaat’ oder als ‘Staat der Macht des ganzen Volkes’ bezeichnet”. (19)

1955 bei seiner Indienreise und bei anderen Auslandsreisen ließ Chrustschow in seinen Reden durchblicken, dass er den von den Staatsführern und Repräsentanten der dort herrschenden Bourgeoisie behaupteten Aufbau eines ”indischen” oder anderen nationalen Sozialismus für möglich hielt und begrüßte, (20) womit er nicht nur den dortigen kommunistischen Parteien in den Rücken fiel, sondern wiederum einen elementaren Erfahrungs- und Lehrsatz des Marxismus für veraltet behandelte, den elementaren Lehrsatz, dass der Sozialismus nur unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei des wissenschaftlichen Sozialismus errichtet werden kann.

1958: Chrustschow setzt die Auflösung der MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen) und den Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Maschinen an die Kollektivwirtschaften durch. Er verstößt damit in eklatanter Weise gegen elementare Prinzipien des Marxismus-Leninismus hinsichtlich des Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus. Wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung, aber auch wegen eines erhellenden Zusammenspiels Chrustschows mit Gomulka in dieser Frage soll sie hier etwas gründlicher behandelt werden.

Chrustschow, Gomulka und die Auflösung der MTS

Wie bereits zitiert, ist schon im Kommunistischen Manifest als Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus und den Übergang zur höheren, kommunistischen Phase die Zentralisierung aller Produktionsinstrumente in den Händen des Staates genannt.

In der Sowjetunion wurde dieser Forderung beim Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft dadurch Rechnung getragen, dass bei der Schaffung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Kolchosen, die Hauptproduktionsinstrumente – der Boden und die landwirtschaftlichen Maschinen – nicht in das Kolchos-Eigentum eingingen, sondern staatliches Eigentum blieben: Die eigens dafür geschaffenen staatlichen MTS führten gegen ein für die Kolchosen günstiges Entgelt für sie die notwendigen Maschinenarbeiten durch.

Darüber, ob diese Lösung richtig ist oder es nicht besser sei, wenn die Kolchosen selbst die Maschinen kaufen und sie somit in ihr Eigentum übergehen, wurde in der Sowjetunion ein Meinungsstreit geführt, an dem sich auch Stalin beteiligte. In einem Brief an die Ökonomen Sanina und Wensher vom 28. September 1952, veröffentlicht in Stalins letzter größerer Arbeit ”Ökonomische Probleme des Sozialismus in der

UdSSR", begründete er, weshalb es falsch wäre, die MTS aufzulösen und die Maschinen den Kolchosen zu verkaufen, wie folgt:

"Die Konzentration der Hauptinstrumente der landwirtschaftlichen Produktion in den Händen des Staates, in den Händen der MTS, ist das einzige Mittel, um ein schnelles Wachstum der kollektivwirtschaftlichen Produktion zu sichern… Es handelt sich… darum, dass die Technik nicht auf der Stelle treten darf…, dass die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muss. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar… Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er – und nur er – ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, dass die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zufügen und sie ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabsetzen."

Aber dies war nur einer, gewissermaßen der Rentabilitätsgrund für die Beibehaltung der MTS. Stalin nannte noch einen zweiten, gewichtigeren Grund dafür, und der hatte mit dem Übergang zum Kommunismus zu tun:

"Was würde sich daraus – (aus dem Verkauf der Maschinen der MTS an die Kolchosen) ergeben? Daraus würde sich ergeben, dass erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unsrem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten. Womit ließe sich diese Sonderstellung der Kollektivwirtschaften begründen, mit welchen Argumenten des Fortschritts und der Weiterentwicklung? Kann man etwa sagen, dass eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, dass sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem

Volkseigentum nur vergrößern und nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, dass man sich von ihm entfernt?

Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten… Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation unsere Entwicklung zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?" (21)

Diese in voller Übereinstimmung mit allen einschlägigen Thesen von Marx, Engels und Lenin stehenden Ausführungen Stalins lagen bis Ende 1957 der Agrarpolitik der Sowjetregierung zugrunde, bis urplötzlich und ohne jede vorherige Diskussion in den Führungsgremien der Partei Chrustschow Ende Januar 1958 mit der Erklärung hervortrat, er halte es für an der Zeit, die MTS abzuschaffen und ihre Maschinen den Kolchosen gegen Bezahlung zu übergeben. (22) Indem man damit Schluss mache, den Boden "von zwei Herren", den MTS und den Kolchosen, bearbeiten zu lassen, werde die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit erhöht und der Kommunismus schneller erreicht werden.

Das war der gleiche Chrustschow, der im März 1951 ebenso überraschend mit dem Plan hervorgetreten war, die Bauern aus ihren Dörfern in große "Agrostädte" umzusiedeln und mit der bei ihm üblichen Großmäuligkeit erklärt hatte, dass in den modernen Wohnungen der Agrostädte die kleinbürgerliche Mentalität binnen kurzem in die Mentalität eines Arbeiters verwandelt würde. (23) Dieser abenteuerlichen pseudorevolutionären Agrarpolitik wurde bald Einhalt geboten. Auf dem XIX. Parteitag der KPdSU wurde sie – ohne Chrustschow namentlich zu erwähnen – im Rechenschaftsbericht, der von Malenkow erstattet wurde, als eine Politik gekennzeichnet, die "unsere ganze praktische Arbeit im Dorf auf einen falschen Weg bringen, den weiteren Aufstieg der Kollektivwirtschaften erschweren und … der ganzen Sache des sozialistischen Aufbaus Schaden zufügen" könne. (24)

Damals, 1951 also, schlug er vor, die Genossenschaftsbauern durch ihre Verpflanzung aus ihren Dörfern in "Agrostädte" im Schnellverfahren zu Angehörigen der Arbeiterklasse zu machen, weil man dadurch auf schnellstem Wege zum Kommunismus gelangen werde. Jetzt, 1958, sollte dieses Ziel umgekehrt durch die Verwandlung staatlichen Eigentums in genossenschaftliches erreicht werden. So entgegengesetzt beide Vorschläge auch sind – sie haben beide eines gemeinsam: Ihre Verwirklichung war dem sozialistischen Aufbau nicht nützlich, sondern musste ihm enormen Schaden zufügen.

Wie kam Chrustschow eigentlich auf diesen seinen neuesten ”Reform”-Streich? Gibt es da vielleicht einen Zusammenhang mit dem überraschenden Zusammentreffen Chrustschows mit Gomulka, über das die Presse am 18. Januar, zehn Tage vor der Verkündung seines neuen Vorschlages, berichtete? (25)

Um diese Vermutung zu verstehen, muss man einiges über Gomulkas Ansichten und Praktiken in der Agrarpolitik Polens wissen. Als Gomulka in Auswirkung des XX. Parteitages auf dem 8. ZK-Plenum der PVAP, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, (19.-21.Oktober 1956), zum Erster Sekretär gewählt wurde, geschah dies, nachdem er eine Rede gehalten hatte, die ihn erneut als Gegner der Kollektivierung, der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaftsbewegung, auswies. Erneut, denn er war im September 1948 vom Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei als deren Generalsekretär – diese Funktion hatte er seit 1943 inne – abgesetzt worden wegen schwerer politischer Fehler auch in der Agrarpolitik, die ”zu einer Verstärkung der kapitalistischen Elemente” führten. (26)

In seiner Rede auf dem 8. Plenum hatte er sich entschieden dagegen gewandt, dass die – damals nur 6 % der bäuerlichen Betriebe ausmachenden etwa 10.000 LPG – finanziell und steuerlich besser gestellt wurden als die bäuerlichen Einzelbetriebe. Die Maßnahmen, die er für die künftige Behandlung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ankündigte, kamen einem Todesurteil für sie gleich. Und ihre Verwirklichung führte in der Folge tatsächlich auch dazu, dass Polen zum einzigen sozialistischen Land mit einer in unzählige lebensunfähige Zwergbetriebe aufgesplitterten Landwirtschaft wurde. Er führte damals aus:

”Die Agrarpolitik braucht gewisse Korrekturen. Was die Genossenschaften angeht, so sollte nur den gesunden unter ihnen mit zurückzahlbaren Investitionskrediten geholfen werden, und alle Arten von staatlichen Subventionen sollten abgeschafft werden… Es ist eine schlechte Idee, zu behaupten, dass nur Kommunisten den Sozialismus aufbauen können, nur Leute mit materialistischen Anschauungen… Warum sollte nicht, um ein Beispiel zu nennen, die Katholische Fortschrittliche Bewegung mit uns in der Verwirklichung von Formen landwirtschaftlicher Genossenschaften konkurrieren? Es gab keine Notwendigkeit für eine jahrelange Politik der sogenannten Einschränkung der Kulaken, die in Wirklichkeit nicht eine Politik der Einschränkung von Ausbeutung, sondern eine Politik der Ruinierung des Hofes der Kulaken war.” (27)

Die unter Gomulka durchgeführte Landwirtschaftspolitik bestätigte in für ein sozialistisches Land kaum glaublicher Weise, dass den reichen Bauern seine Hauptsorge galt. Sie konnten z.B bei der Verhökerung des Staatslandes an die Einzelbauern Land zu erheblich günstigeren Bedingungen erwerben als Kleinbauern. Dies legte ein Gesetz fest, dessen Bestimmungen die polnische ”Zachodnia Agencja Prasowa” (Nachrich-

tenagentur West) Nr. 47/48, Dezember 1959, wie folgt wiedergibt: ”Am 12. März 1959 hat der Sejm ein Gesetz über den Verkauf an Bauern von Land und Gebäuden aus Staatsbesitz verabschiedet… Die Kaufbedingungen sind für die Bauern sehr vorteilhaft. Bei Abschluss des Vertrages zahlen sie 10 % des Kaufpreises, der Rest wird im Laufe von 20 Jahren abgezahlt, alle sechs Monate ist eine Rate fällig. Landarme Bauern, die zusätzlichen Boden erwerben, um ihren Betrieb lebensfähig zu gestalten, zahlen bei Abschluss des Vertrages 20 %, der Rest wird in Raten innerhalb 10 Jahren entrichtet. Bei Barzahlung wird den Käufern von Grundstücken eine beträchtliche Preisermäßigung gewährt, die bis 30 % betragen kann.”

In einem Bericht im ”Neuen Deutschland” vom 29. Mai 1957, überschrieben: ”Besuch in polnischen Dörfern”, beschreibt der Korrespondent sehr plastisch die in nur sechs Monaten erreichten ”Erfolge” von Gomulkas Feldzug gegen die Genossenschaftsbewegung auf dem Lande. „Viele Bauern, die wirtschaftlich stark sind oder die Kredite aufnehmen, kaufen oder pachten Boden – verlassenen Boden, Boden aus dem staatlichen Fonds, früher von Genossenschaften oder Staatsgütern bewirtschaftet, Boden auch von nicht lebensfähigen kleinen Wirtschaften… In Prudnik waren unter den dreißig Genossenschaften des Kreises, die sich nach dem Oktober des vorigen Jahres (also nach dem Oktoberplenum, auf dem Gomulka wieder an die Spitze der Partei gestellt worden war!) auflösten, fünfzehn gute LPG, die hätten weiterbestehen sollen. Augenblicklich gibt es vier LPG… Im Gemeindeamt von Stoszowice ist man gerade damit beschäftigt, den Boden neu aufzuteilen und Boden, der bisher vom Staatsgut bearbeitet wurde, an Einzelbauern zurück- bzw. abzugeben… 200.000 ha Land aus den Staatsgütern werden an Einzelbauern abgegeben… Unweit von Wroclaw liegt die große MTS Katy… Die MTS ist zu einer allgemeinen Reparatur- und Leihstation geworden, deren einziges Ziel darin zu bestehen scheint, rentabel zu arbeiten. Von dem Geist der großen Losung an den Werkstätten der MTS: ‘Aufgabe der MTS ist die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion’ ist so gut wie nichts geblieben. Die MTS hat ihre politische Bedeutung, ihre entscheidende Rolle bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes vorläufig (! K.G.) eingebüßt.”

Diesen Liquidator der sozialistischen Landwirtschaftsgenossenschaften und der MTS, Gomulka, besuchte also Chrustschow im Januar 1958. Hätte man angesichts einer solchen Sachlage nicht erwarten müssen, dass der Spitzenmann des Sowjetstaates und der Partei Lenins dem Spitzenmann der polnischen Bruderpartei, dem Genossen Gomulka, eine genossenschaftliche Lektion darüber erteilt, wie man den Sozialismus in der Landwirtschaft aufbaut und verankert, und dass er, der ja in seiner Kritik an Bruderparteien, z.B. der albanischen und der chinesischen keineswegs zur Zurückhaltung neigte, auch Gomulka gegenüber deutliche Worte der Kritik finden würde, um ihn zu einer Korrektur seiner sozialismusfeindlichen Landwirtschaftspolitik zu bewegen?

Was aber geschah wirklich? Offenbar hat Gomulka Chrustschow mit Erfolg darüber belehrt – wenn es denn einer solchen Belehrung überhaupt bedurft hätte, was allerdings ausgeschlossen werden kann – dass nun auch in der Sowjetunion nach polnischem Beispiel mit den MTS zu verfahren sei. Aber natürlich bedurfte Chrustschow darüber keiner Belehrungen von Gomulka, dazu waren sie beide viel zu sehr eines Geistes. Worum es bei ihren Treffen immer ging, das war die Beratung und Abstimmung über das koordinierte weitere Vorgehen zur Sicherung der Fortführung und Vertiefung des revisionistischen Kurses.

Unsere Auflistung der Belege dafür, wie abwegig es ist, in Chrustschow einen Verteidiger der Lehren von Marx, Engels und Lenin zu sehen, und dafür, dass er ganz im Gegenteil es mit verheerendem Erfolg verstand, die KPdSU auf den Weg der Missachtung dieser Lehren zu verführen, würde einen der gewichtigsten Belege auslassen, würde nicht auch noch gezeigt werden, dass er die Kriegsfurcht und besonders die Furcht vor einem Atomkrieg dazu benutzte, in der KPdSU und darüber hinaus in der kommunistischen Bewegung die richtige These, dass der Frieden nur im Kampf gegen den kriegstreiberischen Imperialismus verteidigt werden kann, als veraltet und überholt durch die These zu ersetzen, unter den neuen Bedingungen könne der Frieden nur im gemeinsamen Bemühen mit der ”anderen Seite” erhalten werden.

Chrustschow, Gorbatschow und die ”friedliche Koexistenz ”

Für die Marxisten-Leninisten zielt die Politik der friedlichen Koexistenz darauf, aus dem Kampf der beiden Systeme so lange als irgend möglich den Krieg auszuschalten. In der Erklärung der Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 wurde formuliert: ”Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerender Krieg – nur so steht heute die Frage… Der Kurs auf die friedliche Koexistenz bedeutet Mobilisierung der Massen, tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens. Friedliche Koexistenz der Staaten bedeutet im Gegensatz zu den Behauptungen der Revisionisten keineswegs Verzicht auf den Klassenkampf. Die Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus.”

Die revisionistische Position wurde bekanntlich unverhüllt erst von Schewardnadse und Gorbatschow ausgesprochen. Schewardnadse ließ sich auf der 43. Tagung der UNO-Vollversammlung im Herbst 1988 so vernehmen: ”Wir sehen die friedliche Koexistenz als universelles Prinzip zwischenstaatlicher Beziehungen und nicht als besondere Form des Klassenkampfes.” (28) Gorbatschow bekräftigte diese Aussage seines Außenministers in einer Rede, die er wenig später, am 7. Dezember 1988, ebenfalls in der 43.UNO-Vollversammlung, hielt. Er verkündete: ”Wir sind jetzt in eine Epoche eingetreten, in der dem Fortschritt die universellen Interessen der gesamten Menschheit zugrunde liegen werden. Diese Erkenntnis macht es erforderlich, dass

auch die Weltpolitik von der Priorität der allgemeinmenschlichen Werte bestimmt wird… Eine Forderung der neuen Etappe ist die Entideologisierung der Beziehungen zwischen den Staaten." (29)

Auch in dieser Frage wie in allen anderen konnten sich Schewardnadse und Gorbatschow auf die Vorarbeiten Chrustschows und seiner "Mitstreiter" stützen. Noch auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 hatte Chrustschow in seinem Rechenschaftsbericht formuliert: „Welche Aufgaben für die Aussenpolitik der Sowjetunion ergeben sich aus der gegenwärtigen internationalen Lage? Wir müssen auch in Zukunft: unentwegt und folgerichtig das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung als Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion verwirklichen; die Einheit der sozialistischen Länder auf der Grundlage brüderlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe festigen, unseren Beitrag zur Festigung und Stärkung des sozialistischen Weltsystems leisten.." (30)

Aber bald veränderte die KPdSU diese Formulierung, indem sie nunmehr das Prinzip der friedlichen Koexistenz zur außenpolitischen Generallinie nicht nur im Verhältnis zu den kapitalistischen Staaten, sondern zu allen Staaten erklärte. Chrustschow hatte schon auf der internationalen Konferenz vom November 1960 vorgeschlagen, in die Erklärung der Konferenz aufzunehmen, die friedliche Koexistenz und der friedliche Wettbewerb seien "die Generallinie der Außenpolitik aller sozialistischer Staaten." Das wurde auf Grund des entschiedenen Widerspruchs der chinesischen und der albanischen Delegationen, denen sich die Mehrheit der übrigen Delegationen anschloss, abgelehnt und stattdessen die oben angeführte Formulierung angenommen. (31)

In einem Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas vom 30. März 1963 wurde nun versucht, gewissermaßen durch die Hintertüre die 1960 auf der internationalen Beratung durchgefallene Formel doch noch durchzusetzen, indem formuliert wurde, dass "unter den Bedingungen der Teilung der Welt in zwei Systeme das einzig richtige und vernünftige Prinzip der internationalen Beziehungen das von W.I. Lenin aufgestellte Prinzip der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung ist."

Die KP Chinas antwortete auf das Schreiben des ZK der KPdSU am 14. Juni 1963 mit einem umfangreichen "Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", in der zur friedlichen Koexistenz ausgeführt wurde: "Wenn aber die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die friedliche Koexistenz beschränkt wird, ist die richtige Behandlung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten ebenso unmöglich wie die richtige Behandlung der Beziehungen der sozialistischen Staaten mit den unterdrückten Völkern und Nationen. Deshalb ist es falsch, die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten zu machen." (32)

Dieses Dokument der KP Chinas nahm nunmehr Chrustschow zum Anlass, am 14. Juli einen ”Offenen Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion” zu veröffentlichen, mit dem eine wahrhaft zügellose öffentliche Hetzkampagne gegen die Kommunistische Parte Chinas eingeleitet wurde. (33) Im ”Offenen Brief” wurde behauptet, die KP Chinas beschuldige völlig zu Unrecht die KPdSU, eine revisionistische Linie durchzuführen. Zugleich aber bestätigten die Verfasser des Briefes die Richtigkeit der oben zitierten Kritik der chinesischen Partei an der Formulierung der Generallinie der Außenpolitik durch die Sowjetführer, indem sie ausdrücklich diese kritisierte Formulierung wiederholten: ”Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz als Generallinie der sowjetischen Außenpolitik verkündet und befolgt sie strikt..” (34) Das bedeutet, dass in der Außenpolitik der Sowjetunion gegenüber allen Staaten, sozialistischen wie kapitalistischen, die gleichen Prinzipien angewandt werden sollten; das nahm also schon die Forderung Gorbatschows nach ”Entideologisierung der Beziehungen zwischen den Staaten” und die Erklärung der Politik der ”friedlichen Koexistenz” als Nicht-Klassenkampf vorweg.

Chrustschow und Gorbatschow als Vertrauenswerber für den USA-Imperialismus

Eine solche Auffassung, nach der die friedlichen Koexistenz nicht mehr eine Form des Klassenkampfes, des Kampfes der beiden Systeme, sondern ein Weg zur Zusammenarbeit der Systeme, also der Klassenversöhnung ist, muss folgerichtig in der politischen Massenarbeit die Entlarvung des Imperialismus als System des Verbrechens an den Völkern und der Menschheit ersetzen durch die Werbung um Vertrauen zu den imperialistischen Politikern und in die Friedensfähigkeit des Imperialismus, natürlich demagogisch gerechtfertigt mit der Behauptung, dies sei diktiert durch die Notwendigkeiten des Kampfes um die Erhaltung des Friedens im Atomzeitalter.

In einer Pressekonferenz mit den ausländischen Journalisten, die aus Anlass des 45. Jahrestages der Oktoberrevolution im November 1962 in Moskau waren, begründete Chrustschow die weitere Hinauszögerung des vorher vielfach drohend angekündigten Abschlusses eines Friedensvertrages mit der DDR mit den Worten: ”Wenn wir” – gemeint waren die Sowjetunion und die USA, die Imperialisten und die sozialistischen Staaten – ”uns auch nicht lieben, so müssen wir uns doch umarmen, um den Frieden zu sichern!” Dieser Satz enthält im Kern bereits alles, was Gorbatschow später deutlicher und ausführlicher ausgeführt hat und an das hier nur erinnert werden soll: ”Es geht um die Zusammenarbeit, die man exakter als ‘gemeinsame Entwicklung’ bezeichnen sollte… Eine Forderung der neuen Etappe ist die Entideologisierung der Beziehungen zwischen den Staaten… Schauen Sie, wie sich unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika verändert haben. Nach und nach bildet sich

gegenseitiges Verständnis heraus, entstanden Elemente des Vertrauens, ohne die man in der Politik nur schwer vorankommen kann… An der Bewegung zu einer größeren Einheit der Welt müssen alle teilnehmen… Ich bin überzeugt, dass wir nicht wirklichkeitsfremd sind. In der Welt haben sich bereits Kräfte formiert, die auf diese oder jene Art eine Friedensperiode einleiten wollen." (35)

Die "Elemente des Vertrauens" des führenden Mannes der Sowjetunion zu dem Spitzenrepräsentanten der imperialistischen Führungsmacht USA sind bereits bei Chrustschow in starker Ausprägung vorhanden, und er war sehr darum bemüht, dieses sein Vertrauen zum Präsidenten Eisenhower auch dem Sowjetvolk einzuflößen – was ja nicht so ganz einfach war, war es doch noch nicht völlig in Vergessenheit geraten, dass just dieser Eisenhower es war, der Ethel und Julius Rosenberg 1953 dem elektrischen Stuhl überliefert hatte!

Also sprach Chrustschow zu seinen Moskauern auf einer Großkundgebung nach seiner Rückkehr aus den USA am 28. September 1959: "Von dieser hohen Tribüne aus muß ich vor den Moskauern, vor meinem ganzen Volk und vor der Partei sagen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Dwight Eisenhower, staatsmännische Klugheit bei der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage gezeigt, daß er Mut und Willen bewiesen hat. Ungeachtet der komplizierten Lage, die in den Vereinigten Staaten zu beobachten ist, machte er, der Mann, der das absolute Vertrauen seines Volkes genießt,"- das sagte er, als ob es in den USA keine Kommunistische Partei gegeben hätte, die dem USA-Kapitalismus und dessen Präsidenten alles andere als Vertrauen entgegenbrachte! – "den Vorschlag, daß die Regierungschefs unserer Länder Besuche austauschen. Wir zollen dieser wichtigen Initiative, die die Festigung des Friedens zum Ziele hatte, alle Anerkennung." (36)

Ja, Chrustschow – das war der Gorbatschow der 50er- und 60er-Jahre!

Es dürfte nach alledem klar sein, dass Chrustschows Kommunismus-Verkündigungen völlig fehlinterpretiert werden, wenn man – wie Losurdo – meint, sie seien auf Chrustschows "Unfähigkeit, sich von der Kommunismus-Theorie von Marx und Engels zu lösen" zurückzuführen. Stellt man Chrustschows bedenkenloses Demagogentum in Rechnung, dann liegt eine andere, viel simplere Erklärung nahe: Da er den Massen nichts mehr an realer Verbesserung ihrer Lebenslage zu bieten hatte, verlegte er sich auf ihre Vertröstung auf die "lichten Höhen" einer "nahen kommunistischen Zukunft." Will man indessen hinter die entscheidenden politischen Beweggründe seines hartnäckigen Festhaltens an der Kommunismus-Verkündigung kommen, muss man sich schon etwas näher mit der Diskussion über die Frage des Überganges zum Kommunismus in der KPdSU und speziell mit der auch internationalen Diskussion der Frage des Absterbens des Staates im Kommunismus beschäftigen.

Der Marxismus-Leninismus und die Revisionisten Chrustschow und Tito zum "Absterben des Staates"

Auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) im März 1939 führte Stalin im Teil III/4 des Rechenschaftsberichtes, in dem er zu "Einigen Fragen der Theorie" Stellung nahm, aus: "Manchmal wird gefragt: Die Ausbeuterklassen sind bei uns bereits aufgehoben, der Sozialismus ist im wesentlichen errichtet, wir marschieren zum Kommunismus, die marxistische Lehre vom Staat aber besagt, dass es unter dem Kommunismus keinerlei Staat geben soll – warum tragen wir nicht zum Absterben unseres sozialistischen Staates bei, ist es nicht an der Zeit, den Staat in ein Museum für Altertümer abzuschieben?" Nach Erinnerung an die Ausführungen von Friedrich Engels zur Frage der Entwicklung des proletarischen Staates und zu dessen "Absterben" im Kommunismus und nach der Forderung, sich nicht auf das Auswendiglernen einzelner Sätze des Marxismus zu beschränken, sondern zu lernen, gestützt auf die eigenen Erfahrungen und ausgehend vom Wesen des Marxismus dessen Lehrsätze zu konkretisieren, zu präzisieren und zu korrigieren sowie weiteren Ausführungen über die Entwicklungsphasen des sozialistischen Staates in der Sowjetunion, kommt Stalin zu dem Ergebnis: "Wie ihr seht, haben wir jetzt einen völlig neuen sozialistischen Staat, wie ihn die Geschichte noch nicht gekannt hat, der sich in seiner Form und in seinen Funktionen vom sozialistischen Staat der ersten Phase bedeutend unterscheidet. Doch dabei kann die Entwicklung nicht stehenbleiben. Wir schreiten weiter, vorwärts zum Kommunismus. Wird bei uns der Staat auch in der Periode des Kommunismus erhalten bleiben? Ja, er wird erhalten bleiben, wenn die kapitalistische Umkreisung nicht beseitigt, wenn die Gefahr kriegerischer Überfälle von außen nicht überwunden wird; dabei ist es klar, dass sich die Formen unseres Staates neuerlich verändern werden, entsprechend den Veränderungen der inneren und äußeren Situation. Nein, er wird nicht erhalten bleiben, sondern absterben, wenn die kapitalistische Umkreisung beseitigt, wenn sie durch eine sozialistische Umwelt abgelöst wird." (37)

Insofern Stalin meinte, mit dem Abschluss der zweiten Phase – der Phase "von der Liquidierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land bis zum vollen Sieg des sozialistischen Wirtschaftssystems und der Annahme der neuen Verfassung" – beginne nun eine neue, dritte Phase, die Phase des Überganges zum Kommunismus, folgte er der damals herrschenden allgemeinen Vorstellung, mit der durchgängigen Durchsetzung der sozialistischen Produktionsweise und der Überführung aller Produktionsinstrumente in sozialistisches Eigentum – in seiner staatlichen oder in seiner genossenschaftlichen Form – seien die Aufgaben der ersten, sozialistischen Stufe der kommunistischen Gesellschaft gelöst, und es beginne deshalb jetzt der Übergang in die zweite, höhere, die kommunistische Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

Diese Vorstellung wurde aber – was Losurdo offenbar entgangen ist – schon in den 50er-Jahren in der Sowjetunion und in den 60er-Jahren in der DDR korrigiert. In der Sowjetunion war es Molotow, der noch vor dem XX. Parteitag für eine realistische Beurteilung des erreichten Standes der Entwicklung eintrat. Öffentliche Beachtung fand das allerdings erst auf dem XXII. Parteitag der KPdSU 1961, als Mikojan in seinem Diskussionsbeitrag mit der "parteifeindlichen Gruppe Molotow-Kaganowitsch-Malenkow und Woroschilow" abrechnete, die im Juni 1957 im Präsidium des ZK die Initiative für die Absetzung Chrustschows als Ersten Sekretär der KPdSU ergriffen hatte. Mikojan "enthüllte" nun Molotows "Verbrechen", wozu auch gehörte: "Molotow hat vor dem XX. Parteitag der KPdSU in einem Referat auf einer Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR offen daran gezweifelt, dass die sozialistische Gesellschaft in der UdSSR aufgebaut ist. Er sagte: 'Neben der Sowjetunion, wo bereits die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft errichtet sind, gibt es auch solche volksdemokratischen Länder, die bisher nur die ersten, aber außerordentlich wichtigen Schritte in Richtung auf den Sozialismus getan haben.' Nach Molotow sah es also so aus, dass erstens der Sozialismus in der UdSSR noch nicht aufgebaut ist, dass zweitens nur einige volksdemokratische Länder die ersten Schritte zum Sozialismus machen und dass es drittens solche Länder der Volksdemokratie gibt, wo auch diese Schritte nicht getan wurden. Sie werden selbst begreifen, daß man auf der Grundlage solcher Thesen an einen Plan zum Aufbau des Kommunismus nicht einmal denken kann."

Molotow hatte also eine Einsicht vorgetragen, die, wenn sie zum Anlass einer marxistischen Analyse der Situation genommen worden wäre, zur Grundlage der Festlegung einer soliden Politik der Fortführung des sozialistischen Aufbaus hätte werden müssen. Aber da dies überhaupt nicht in der Absicht der Führungsgruppe Chrustschow-Mikojan lag, geschah das Gegenteil, worüber Mikojan berichtete: "Unter dem Einfluss der Kritik im ZK war Molotow gezwungen, sich in der Zeitschrift 'Kommunist' zu rechtfertigen, wobei er versuchte, die Dinge so darzustellen, als handle es sich um eine falsche Formulierung. Es ging jedoch nicht um eine falsche Formulierung. Klar ist, wenn nur die Grundlagen des Sozialismus errichtet sind, kann man auch nicht die Frage des Übergangs zum umfassenden Aufbau des Kommunismus aufwerfen." (38)

Ja, aber diese Frage sollte eben um jeden Preis aufgeworfen werden – warum, darüber gleich, nachdem wir uns mit dem zweiten "Ketzer" in dieser Frage, mit Walter Ulbricht, beschäftigt haben.

Die DDR befand sich nach rund 20 Jahren ihrer Existenz beim Aufbau des Sozialismus etwa in einem ähnlichen Entwicklungsstadium wie die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 30er Jahre. Das heißt, sie war an dem Punkt angelangt, den Stalin auf dem XVIII. Parteitag für die Sowjetunion als Ergebnis der zweiten Entwicklungspha-

se des Sowjetstaates benannt hatte: dem Punkt des vollen Sieges des sozialistischen Wirtschaftssystems. In der Sowjetunion war man 1939 der Auffassung gewesen, dies sei der Punkt, von dem an man den Übergang zum Kommunismus beginnen müsse. In der DDR war es schlechterdings unmöglich, darin dem sowjetischen Beispiel zu folgen. Angesichts des offenbaren ökonomischen Rückstandes zur Bundesrepublik Deutschland davon zu reden, dass man nun in der DDR anfangen würde, zum Kommunismus überzugehen und gar noch großsprecherisch wie ein Chrustschow zu verkünden, dies werde in 20 Jahren erreicht sein, war offenkundig absurd. Die Führung war also gezwungen, sich realistisch mit dem gegebenen Entwicklungsstand zu beschäftigen und nüchtern die möglichen und notwendigen nächsten Entwicklungsschritte auszuarbeiten. Dieser Aufgabe unterzog sich die Führung der SED, insbesondere Walter Ulbricht. Die Ergebnisse dieser Überlegungen legte er in einem Referat auf einer Tagung zum 100. Jahrestag der Herausgabe des "Kapitals" von Karl Marx im September 1967 dar. Er erinnerte in seiner Rede daran, dass der VII. Parteitag der SED das strategische Ziel formuliert hatte, "das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten und so den Sozialismus zu vollenden." Und er sagte dann – und dies mit vollem Recht: "Diese Zielstellung verallgemeinert die Erfahrungen, die bei der Erfüllung des vom VI. Parteitag beschlossenen Programms gesammelt wurden. Unsere Partei hat damit schöpferisch, dem Geiste des Marxismus entsprechend, die Vorstellungen vom Sozialismus als einer neuen Gesellschaftsordnung vertieft. Was ist die wichtigste Schlussfolgerung, zu der wir in dieser Hinsicht gelangt sind? Sie besteht darin, dass der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab… Der Sozialismus kann in diesem vielfältigen und offensichtlich nicht kurzfristigen Kampf als höhere Gesellschaftsordnung nur dann siegen, wenn er alle Seiten, alle Elemente des neuen gesellschaftlichen Systems in ihrer harmonischen Einheit entwickelt und zu einer unwiderstehlichen Anziehungskraft für die Werktätigen aller Länder wird, sowohl in materieller als auch in geistiger Hinsicht. Auch deshalb kann unter den entstandenen historischen Bedingungen der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft sein. Vielmehr werden wir einen bestimmten historischen Zeitabschnitt für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR brauchen." (39)

Das ist so vernünftig und einleuchtend, dass man sich nur verwundert fragen kann: Warum wurde das nicht in allen sozialistischen Ländern von den regierenden kommunistischen Parteien aufgegriffen, die Sowjetunion eingeschlossen? Denn was Walter Ulbricht vom Entwicklungsstand der DDR sagte, das galt auch und vielleicht sogar

noch mehr für die Sowjetunion, wie ja Molotow schon erkannt und ausgesprochen hatte.

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich dem Leser vielleicht von selbst, wenn er noch weitere Fakten in seine Überlegungen mit einbezieht. Wie Stalin auf dem XVIII. Parteitag erwähnte, gab es in der Sowjetunion schon 1939 Leute, die mit dem Verweis auf den Übergang zum Kommunismus von der Notwendigkeit sprachen, nun auch mit dem Abbau des Staates zu beginnen. Diese Forderung nach dem Abbau der Machtorgane des Sowjetstaates fand nach 1945 besonders eifrige Vertreter in der Partei Titos, was seinen Niederschlag in dem vom VII. Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in Ljubljana im April 1958 angenommenen Programm fand. (40) In diesem Programm wird der Theorie vom „Absterben" des sozialistischen Staates ein überraschend großer Raum eingeräumt.

Bereits im I. Kapitel über "Gesellschaftswirtschaftliche und politische Beziehungen in der zeitgenössischen Welt" wird herausgestellt, dass der sozialistische Staat mit dem Ausbau der "materiellen sowie der sozialwirtschaftlichen Bedingungen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Beziehungen" zugleich "auch die Bedingungen für sein eigenes allmähliches Absterben" schafft. (S. 34) Im II. Kapitel "Der Kampf um den Sozialismus unter neuen Bedingungen" wird gesagt: "Daher zeigt sich, nach der Festigung der Macht der Arbeiterklasse und der werktätigen Menschen im allgemeinen, die Frage des allmählichen Absterbens des Staates als grundlegende und entscheidende Frage des sozialistischen Gesellschaftssystems." (S. 45). Im gleichen Kapitel (S. 62) wird Stalin als Abtrünniger der marxistisch-leninistischen Theorie gebrandmarkt: "Die marxistisch-leninistische Theorie über die Diktatur des Proletariats, als Machtsystem im absterbenden Staat und als Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Zerstörung der ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus und zur Schaffung politischer und materieller gesellschaftlicher Bedingungen für eine freie Entwicklung neuer sozialistischer Gesellschaftsbeziehungen, wurde in eine Stalinsche Theorie umgewandelt – in eine Theorie über den nicht absterbenden, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens immer weiter zu stärkenden Staat mit einem Staatsapparat, dem eine zu große Rolle beim Aufbau des Sozialismus und bei der Beseitigung der inneren Widersprüche der Übergangsperiode eingeräumt wird, was sich – früher oder später – als Hemmschuh für die Entwicklung gesellschaftlicher und ökonomischer Faktoren erweisen musste."

Ist es nicht merkwürdig, dass die Tito-Partei Jugoslawiens, dessen "Sozialismus" - so man, wie Chrustschow, überhaupt bereit ist, der in Jugoslawien damals herrschenden Gesellschaftsordnung das Prädikat "sozialistisch" zuzusprechen - von einem Entwicklungsstadium himmelweit entfernt war, in dem von einem Übergang zum Kommunismus und dem erst dann akut werdenden "Absterben des Staates" überhaupt die

Rede sein konnte, dass diese Partei in ihrem Programm eben dieses ”Absterben” zu einer ”grundlegenden und entscheidenden Frage des sozialistischen Gesellschaftssystems” erklärt? In einem Land, in dem – wie in einem Artikel des theoretischen Organs der KP Chinas, der in der Moskauer ”Prawda” am 30. Juni 1958 veröffentlicht wurde – eine eben dieser Programmforderung genau entgegengesetzte Politik betrieben wurde, die in dem genannten Artikel so beschrieben wird: ”Dort sterben die wichtigsten Organe der Staatsmaschine – Polizei, Gerichte, Armee und andere Zwangsorgane – nicht nur nicht ab, werden nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil verstärkt. Um die Herrschaft und Diktatur… zu verwirklichen und zu festigen, nutzen sie die Staatsmaschine zur Unterdrückung all jener aus, die gegen sie auftreten. Im vergangenen Jahr wurden in Jugoslawien mehr als 30.000 Arbeiter (das sind 4,3 Prozent aller Arbeiter Jugoslawiens), die kritische Bemerkungen über die Führer machten, Repressalien unterworfen und entlassen. Vor kurzem berichtete die Agentur Reuter, daß gegenwärtig dieses Grüppchen (der Führung, K.G.) im Lande Massenverhaftungen durchführen lässt von Personen, die sich gegen seine reaktionäre Politik aussprechen.”

Die Passage im Programm der Tito-Partei, in der Stalin beschuldigt wird, er habe aus der marxistisch-leninistischen Theorie des absterbenden Staates eine Theorie des nicht-absterbenden Staates gemacht, weist deutlich genug darauf hin, dass es den jugoslawischen Führern nicht um das ”Absterben” des eigenen, sondern um das des Sowjetstaates und der anderen sozialistischen Staaten ging.

Das aber war diesen ja keineswegs ein Geheimnis, ist doch im Dokument der Moskauer Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 unmissverständlich ausgeführt: ”Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens verrieten den Marxismus-Leninismus, indem sie ihn für veraltet erklärten. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Bewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderer Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, dass das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung.” (41)

Noch deutlicher äußerte sich die KP Chinas in dem bereits erwähnten, in der ”Prawda” wiedergegebenen Artikel: ”Die jugoslawischen Revisionisten haben die Lehre Lenins über den Parteiaufbau offen verraten und geraten aus dem Häuschen, um über die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder herzufallen. Zu gleicher Zeit aber betrügen sie die Menschen, indem sie sich Kommunisten nennen…

Die führende Gruppierung Jugoslawiens führt auf der internationalen Arena eine Politik durch, die den Bedürfnissen des Imperialismus entspricht."

Nach alledem dürfte eigentlich auch bei Losurdo kein Zweifel mehr daran bestehen, dass Chrustschows hartnäckiges Festhalten an der Kommunismus-Verkündung nichts mit Marx und auch nichts mit einem etwa bei ihm vorhandenen Glauben an eine real existierende Reife der Sowjetgesellschaft für den Übergang zum Kommunismus zu tun hatte, sondern dass für ihn – ebenso wie für die Tito-Revisionisten - und aus dem gleichen Grunde - das allein Interessante an der Kommunismus-Theorie die These vom "Absterben des Staates" war. Die These vom "Absterben" des sozialistischen Staates war, ist und wird sicherlich auch in Zukunft die Lieblingsthese all jener sein, die zwar das Wort "Absterben" benutzen, in Wirklichkeit aber sein Sterben, seinen Untergang meinen, den herbeizuführen sie sich aktiv bemühen.

In diesem Zusammenhang sind zwei Interviews bemerkenswert, die Chrustschow im Oktober und November 1957 amerikanischen Presseleuten gab.

Das erste der beiden Interviews waren Antworten auf Fragen von James Reston, "diplomatischer Chefkorrespondent" der New York Times am 7. Oktober 1957.

Reston: "Sehen Sie voraus, dass die gegenwärtige Politik der Gewährung einer größeren politischen Freiheit im Land sich auch für die Lebensdauer der zwei nachfolgenden Generationen fortsetzt?"

Chruschtschow: "Entsprechend der marxistisch-leninistischen Lehre wird mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Institutionen… eine ganze Reihe von staatlichen Organen überflüssig, die jetzt zur Unterdrückung von Versuchen der Feinde des Sozialismus… notwendig sind. Wenn unsere Gesellschaft das Stadium des Kommunismus erreicht hat, werden nur diejenigen Institutionen bestehen bleiben, die zur Organisation eines normalen Lebens der Gesellschaft notwendig sind…" (42)

Kein Wunder, dass man es nach solchen Ankündigungen, in denen bezeichnenderweise die Stalinsche Einschränkung hinsichtlich der kapitalistischen Umkreisung fehlte, in Washington und anderswo gar nicht schnell genug erleben konnte, dass Chrustschow den Übergang zum Kommunismus verkündete. Einen guten Monat später wollte es der Korrespondent der US-Nachrichtenagentur "United Press", Shapiro, noch genauer wissen:

Shapiro: "Ich möchte Sie nach der Theorie des allmählichen Absterbens des Staates fragen."

Chruschtschow: "Dieser Prozess ist eigentlich schon im Gange."

Im weiteren gab Chrustschow eine im wesentlichen korrekte Darstellung der marxistisch-leninistischen Auffassungen dieser Frage; er beendete seine Ausführungen aber mit einem indirekten Hinweis darauf, dass die imperialistische Seite viel dazu beitragen könne, den Zeitpunkt schneller heranrücken zu lassen, an dem er verkünden könnte, dass man nun den Prozess des "Absterbens" beschleunigen müsse; er sagte nämlich: "Außerdem hängt der Prozess des Absterbens des Staates zu einem guten Teil von der internationalen Lage ab. Wenn sich die internationalen Ereignisse rascher in fortschrittlicher Richtung entwickeln, dann wird die Gefahr eines Angriffs von außen her immer geringer werden. Und das bedeutet, dass die Streitkräfte der Sowjetunion verringert und dass alle anderen Organe unseres Staates reduziert und verändert werden." (43)

Das war ein deutlicher Hinweis darauf, der Westen, insbesondere die USA-Regierung, möge doch im eigenen Interesse der "Gipfeldiplomatie" Chrustschows eindrucksvolle Erfolge gewähren, damit er seine eigene Führung und das Sowjetvolk davon überzeugen könne, wie er das ja dann auch in seiner Moskauer Rede zum Lobe des "Friedensmannes Eisenhower" versucht hat, dass auch der Westen für die "friedliche Koexistenz " gewonnen und zu ihr bereit sei, durch feindliche Angriffe von außen also dem Fortschreiten auf dem Wege zum Kommunismus keine Gefahr mehr drohe. Den Zeitpunkt, dies zu verkünden, hielt Chrustschow schon im Januar 1959 für gekommen. In seinem Referat auf dem XXI. Parteitag der KPdSU widmete er den Teil IV dem Thema: "Die neue Etappe des kommunistischen Aufbaus und einige Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie". In diesem Teil verkündete er, die Sowjetgesellschaft sei "in die Periode des umfassenden kommunistischen Aufbaus eingetreten" und die Zeit sei nicht mehr fern, "da man die Lebensbedürfnisse aller Sowjetmenschen voll befriedigen" könne. (44) Und natürlich kam er in diesem Zusammenhang auch auf das Lieblingsthema der Revisionisten, auf das Absterben des Sowjetstaates, zu sprechen: "Der Marxismus-Leninismus lehrt, dass der Staat im Kommunismus absterben wird." (45)

Chrustschow malte ein zutiefst beruhigendes Bild einer durch keinerlei feindliche Kräfte mehr zu erschütternden Sowjetunion: "Es gibt heute in der Welt keine Kräfte, die den Kapitalismus in unserem Lande wiederherstellen, die das sozialistische Lager zerschlagen könnten. Die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ist ausgeschlossen. Das heißt, dass der Sozialismus nicht nur vollständig, sondern auch endgültig gesiegt hat." (46)

Wer auf diese Weise aller Zukunftssorgen über eine Gefährdung des Landes enthoben wird, dem kann man auch, ohne damit Argwohn zu erregen, mitteilen: "Die Sache läuft darauf hinaus, dass die Funktionen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit neben solchen staatlichen Institutionen wie Miliz und Gerichte

parallel auch von gesellschaftlichen Organisationen ausgeübt werden. Bei uns vollzieht sich dieser Prozeß gegenwärtig. Der Apparat der Miliz wurde stark reduziert; besonders stark reduziert wurde der Apparat der Organe der Staatssicherheit." (47)

Die Herren Reston und Shapiro und ihre amtlichen Dienstherren dürften diese Ausführungen mit zufriedenem Grinsen gelesen haben. Und sie dürften von den folgenden Ausführungen Chrustschows in der gleichen Rede in keiner Weise beunruhigt gewesen sein, wußten sie doch besser als die meisten seiner Landsleute, was von solchen Äußerungen aus seinem Munde zu halten war: "Solange die aggressiven Militärblocks der westlichen Mächte bestehen, sind wir verpflichtet, unsere ruhmreichen Streitkräfte… zu festigen und zu vervollkommnen. Man muss die Organe der Staatssicherheit stärken, deren Spitze vor allem gegen die Agenten gerichtet ist, die von den imperialistischen Staaten entsandt werden, sowie alle anderen Organe, die dazu berufen sind, die provokatorischen Handlungen und Umtriebe unserer Gegner aus dem Lager des Imperialismus zu unterbinden.." (48)

Es ist charakteristisch für die Reden Chrustschows – und übrigens auch für jene Gorbatschows aus seinen ersten beiden Jahren -, dass 90-99 Prozent ihres Inhalts bewährte, bekannte und vertraute marxistisch-leninistische Thesen sind, was keineswegs verwunderlich ist, waren an deren Ausarbeitung doch in der Mehrzahl Führungskader beteiligt, die das auch meinten, was in diesen 90 bis 99 Prozent zum Ausdruck gebracht wurde. Für Chrustschow – wie später auch für Gorbatschow – waren sie jedoch nur die Vertrauen schaffende Hülle, in deren Verpackung er seine ganz und gar davon abweichenden Thesen, ohne Argwohn zu erregen, als Ergebnisse des "Neudurchdenkens" der Theorie auf Grund des neuen, angeblich zugunsten des Sozialismus so grundlegend veränderten Kräfteverhältnisses, einschleusen konnte. Dies ist Losurdo – wie so vielen anderen, darunter auch anderen Philosophen, offenbar entgangen.

Ebenso wie Chrustschows Motive seiner "Kommunismus-Verkündung" verkennt Losurdo auch die Ursachen des "Kollapses" der Sowjetunion. Wie schon gezeigt, führt er ihn einmal auf das Fehlen einer revolutionären Theorie des Aufbaus der neuen Ordnung zurück. Nur: Wenn das stimmen sollte – warum erfolgte der Zusammenbruch dann erst nach 70 Jahren, warum gingen dem mehr als 30 Jahre erfolgreichen Aufbaus voran?

Doch Losurdo gibt auch eine genau entgegengesetzte Erklärung für den "Kollaps": Er sei die Folge des Beharrens auf einer Theorie, nämlich der "unrealistischen Theorie des Kommunismus" von Marx und Engels. "Doch je mehr das Erreichen des Kommunismus in eine immer entferntere und unwahrscheinlichere Zukunft verlagert wurde, desto mehr kam dem 'realen Sozialismus' jede denkbare Legitimation abhanden." (S. 37) Das ist missverständlich formuliert, so, als ob Losurdo das Ziel des Kommunismus für die Legitimation des „realen Sozialismus" hält. Aber mit dem Abhanden-

kommen der Legitimation meint er das Abhandenkommen der eine sozialistische Gesellschaft auszeichnenden Werte und Formen des Umganges der Menschen miteinander, wobei er es aber unterlässt, den Zeitpunkt des vorherrschenden Auftretens und die Ursachen der von ihm festgestellten negativen Veränderungen zu benennen.

”Einer Nomenklatura, die allmählich immer selbstherrlicher wurde und immer verdorbener und korrupter, mangelte es gewiss an jener universellen Legitimation unserer Zeit, die sich auf die Demokratie und die Volkssouveränität bezieht. Überdies untergrub der ‘reale Sozialismus’ mit seinen eigenen Ergebnissen die Grundlagen seiner Existenz: Der allgegenwärtige Zwang wurde immer unerträglicher für eine Zivilgesellschaft, die dank der Massenbeschulung und der Verbreitung der Kultur sowie der Erreichung eines Mindestmaßes an sozialer Sicherheit wuchs.” (S. 37) Diese Passage könnte einer der üblichen bürgerlichen Beschreibungen der Sowjetgesellschaft unter Stalin entnommen sein , und Losurdo tut nichts, um klarzustellen, dass er gerade diese Zeit nicht meint. Aber welche Zeit meint er tatsächlich? Wenn er auf die Zeit Chrustschows und gar die Gorbatschows abzielt, dann hätte er nicht von ”Massenbeschulung und Verbreitung der Kultur” sprechen dürfen, sondern hätte von der Vernachlässigung der Schulung der Partei und der Massen mit den sozialistischen Grundideen von Marx, Engels und Lenin, und von der breiten Öffnung für die Verbreitung und Übernahme ”westlicher”, also imperialistischer Ideologie und ”Kultur” besonders unter der Intelligenz und der Jugend, schreiben müssen. Und damit hätte er auch getan, was er leider auch bei den folgenden Ausführungen versäumt hat, nämlich die Ursachen für die geschilderten Deformationen zu benennen – die Abkehr der Führung seit Chrustschow von dem von Marx bis Lenin gewiesenen Weg zum Aufbau des Sozialismus. Nur – wie sollte dies jemand tun können, der leugnet, dass es eine solche Wegweisung überhaupt gegeben hat?

Stattdessen macht Losurdo die ständige Wiederholung der Kommunismus-Verheißung als eine Ursache für den ”Kollaps” aus: ”Die sowjetischen Führer beteten wieder und wieder ihre ermüdende Leier von der Ankunft des Kommunismus der oben geschilderten phantastischen Sorte herunter. Und derartige Litaneien hatten ihrerseits sehr nachteilige Auswirkungen auf die Ökonomie: Die bereits offenkundigen Rückstände und Ungleichgewichte hätten energische Eingriffe zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität erfordert; doch die Lösung dieses Problems wurde gewiss nicht erleichtert durch die Ansicht, man befinde sich auf dem Weg zu einem auf allgemeinen Müßiggang ausgerichteten Kommunismus, und auch nicht durch das verbreitete ideologische Klima, in dem jeder Anlauf zur Rationalisierung des Produktionsprozesses als „Restauration des Kapitalismus“ gebrandmarkt wurde. Wenn es einen Kollaps in Osteuropa gab, so war dieser weit mehr ideologischer als ökonomischer Natur”. (S. 38)

Dieses knappe Dutzend Zeilen enthält wieder eine solche Fülle von Unrichtigkeiten, dass man ebenso viele Seiten bräuchte, sie alle zu berichtigen:

Zum wiederholten Male gibt Losurdo anstelle einer richtigen Darstellung der Marx-Engels'schen Kommunismus-Theorie eine Karikatur dieser Theorie als Theorie des "allgemeinen Müßiggangs".

Das Nachlassen der Arbeitsmoral und damit auch der Arbeitsproduktivität in der Chrustschow-Zeit hat ihre Ursache nicht in der Propagierung des Kommunismus, sondern in der wachsenden Kluft zwischen den Versprechungen auf Verbesserung und der tatsächlich zunehmenden Verschlechterung der Versorgungslage und der Lebensbedingungen überhaupt.

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU wurde für "Reformen", die einen Rückgriff auf Methoden kapitalistischer Wirtschaftsführung darstellten, in den Ländern des RGW überhaupt erst der Weg frei gemacht, wovon vor allem in Polen und Ungarn, aber auch in der Sowjetunion unter freudigem Beifall des Westens Gebrauch gemacht wurde.

Es gab – was Losurdo nicht erwähnt – durchaus Bemühungen in "Osteuropa", nämlich in der DDR, die Wirtschaft der sozialistischen Staaten für den Wettbewerb mit den entwickelten kapitalistischen Staaten "fit" zu machen durch gemeinsame Anstrengungen zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Sie hätten von jenen, die so viel vom Ziel des Kommunismus sprachen, – wenn es ihnen denn damit ernst gewesen wäre - mit Eifer aufgenommen werden müssen. Aber der Breshnew-Führung waren diese Vorschläge durchaus lästig, was ihr Initiator Walter Ulbricht dann auch heftig zu spüren bekam, als Breshnew 1970/71 seinen Sturz betrieb.

Was also gibt Losurdo als Antwort auf seine Frage, warum der "Dritte Weltkrieg" verloren ging?

Erstens: "Die Sieger" waren dem besiegten 'realen Sozialismus' an allen drei Fronten überlegen – der diplomatisch-militärischen, der ökonomischen und der ideologischen.

Zweitens: Die Hauptfront war die ideologische Front. Der reale Sozialismus war hier unterlegen, weil er a) keine Theorie des Aufbaus der neuen, sozialistischen Ordnung besaß, und weil er b) an der fantastischen und unrealen Kommunismus-Theorie von Marx und Engels festhielt.

Vor allem dieser Punkt b) scheint Losurdo der Schlüssel zur Erklärung der Niederlage zu sein, wie aus dem letzten, dem Teil VII seines Versuches hervorgeht, auf den wir deshalb noch vor dem Teil VI, der sich mit China beschäftigt, eingehen.

Teil VII[1]: ”Marxismus oder Anarchismus?”

Den Auftakt dieses Teils bilden wieder Feststellungen, die bei Leuten wie mir, die sich selbst als Anhänger der Lehren von Marx, Engels und Lenin betrachten, von anderen aber mit dem Etikett ”Stalinist” versehen werden, auf große Sympathie stoßen. Zugleich aber lässt er, wie in allen vorangegangenen Teilen, entscheidende Ereignisse einfach unerwähnt und bietet anstelle dessen Erklärungen an, die nicht anders denn als konstruiert und wirklichkeitsfremd bezeichnet werden können.

Losurdo weist mit guten Gründen die Haltung jener zurück, die ”die Degeneration und das Debakel der UdSSR und des ‘sozialistischen Lagers’” auf Stalin zurückführen und nicht im geringsten Interesse zeigen für die objektiven Gegebenheiten.“ (S. 45)

Was aber ist – nach Losurdo – der entscheidende und Hauptvorwurf, der gegen Stalin gerichtet wird? Nein, nicht das, als was uns Stalin seit Chrustschow und erst recht seit Gorbatschow vorgeführt wurde und wodurch es überhaupt nur gelang, in der kommunistischen Bewegung mehrheitlich den Abscheu gegen Stalin zu einer Grundstimmung werden zu lassen: nicht der Vorwurf, er sei ein blutgieriger Massenmörder. Nein, nach Losurdo soll überraschenderweise der Hauptvorwurf gegen Stalin lauten: V e r r a t. ”Nicht nur ein bestimmtes Ereignis, sondern fast siebzig Jahre Geschichte werden jetzt mit einem einzigen, ununterbrochenen ‘Verrat’ der kommunistischen Ideale erklärt, begangen von Stalin.” (S. 45 f.)

Diese seine Darlegungen enthalten wieder einmal etliche Merkwürdigkeiten und Unstimmigkeiten: Wieso erweckt Losurdo – wider besseres Wissen – den Eindruck, als sei der schwerste und zentrale Vorwurf, der innerhalb der kommunistischen Bewegung gegen Stalin erhoben wurde und wird, der Vorwurf des Verrats? Wieso – wenn schon vom Verratsvorwurf gesprochen wird – fällt dann nicht der Name des Mannes, gegen den dieser Vorwurf so massiv – und so berechtigt! – wie gegen keinen anderen erhoben wurde und wird – der Name Gorbatschows? Wieso spielen der und seine ”Perestroika” in Losurdos Untersuchung der Ursachen des Unterganges der Sowjetunion überhaupt keine Rolle?

Aber bald wird klarer, weshalb der Verratsvorwurf so hochgespielt und zum Zentralvorwurf hochstilisiert wird: Er spielt in der Argumentationskette Losurdos gewissermaßen die Rolle eines Pappkameraden, der leicht zu erledigen ist und dessen Abschuss die Bahn freigibt für seine, Losurdos, Erklärung der nach seiner Version wirklich entscheidenden Untergangsursache. Ganz anders und sehr viel schwieriger hätte

[1] Die Betrachtung des Teils VI erfolgt weiter unten (d. Red.).

es für Losurdo ausgesehen, wenn er sich der Auseinandersetzung mit dem Revisionismusvorwurf als der Hauptgefahr für die kommunistische Weltbewegung gestellt hätte, der, wie schon gezeigt, immerhin in den Dokumenten von zwei internationalen Treffen der kommunistischen Parteien fixiert wurde. Doch einer solchen Auseinandersetzung ist Losurdo über all die vielen Seiten hin konsequent ausgewichen.

Deshalb kann er formulieren: ”Um das Feld der Pseudoerklärungen idealistischen Typs zu räumen, ist es notwendig, die Kategorie des Verrats durch die Kategorie des Lernens zu ersetzen.” (In der Fassung der MBl steht – S. 47 – : “…die Kategorie des Verrats [der in der Realität eine ziemlich untergeordnete Rolle spielt]…“

Ist es Losurdo entgangen, dass der Kampf um den Sozialismus Klassenkampf ist und daß im Klassenkampf auch Verrat und Verschwörungen vorkommen und dass die in der Geschichte des Kampfes aller unterdrückten Klassen bei ihren Niederlagen immer auch eine beträchtliche Rolle gespielt haben? Vielleicht ist es ganz hilfreich, an dieser Stelle an die Auseinandersetzungen der Marxisten mit den Revisionisten in der alten deutschen Sozialdemokratie zu erinnern. Über die Kampfmethoden der Revisionisten schrieb keine andere als Rosa Luxemburg in einem Brief an August Bebel: ”Die Revisionisten arbeiten offenbar nach einem einheitlichen Feldzugsplan und nach einem vereinbarten Schema… Wir stehen einer vollendeten Verschwörung gegenüber…” (49) Was soll also eine allgemeine und prinzipielle Brandmarkung des Verratvorwurfes als ”Pseudoerklärung idealistischen Typs”? Und was soll uns der Ratschlag, ”die Kategorie des Verrats durch die Kategorie des Lernens zu ersetzen”? Wäre ein Ratschlag, an die Stelle philosophischer Spekulationen eine exakte Untersuchung des wirklichen Geschichtsablaufes zu setzen, nicht sehr viel nötiger und hilfreicher?

Losurdo versucht allerdings, seine Lern-These am Beispiel der Geschichte der bürgerlichen Revolution in Frankreich und des Lernprozesses der französischen Bourgeoisie zu exemplifizieren: ”Der Sieg einer Revolution kann erst dann als gesichert gelten, wenn es der sie tragenden Klasse gelungen ist, ihrer Herrschaft eine dauerhafte politische Form zu verleihen. … Diese erweist sich, in einer modernen Gesellschaft, dann als dauerhaft, wenn es gelingt, Hegemonie und Zwang zu verbinden und dabei das Moment des Zwangs und der Diktatur nur in Augenblicken einer akuten Krise in Erscheinung treten zu lassen.” (S. 47) Dazu sei ein langer Lernprozess nötig, den die französische Bourgeoisie erst nach 1871 erfolgreich durchlaufen habe.

Dies ausgeführt, fragt Losurdo: ”Warum ist ähnliches nicht nach der Oktoberrevolution geschehen?… Warum wurde die Übergangsphase bzw. der Ausnahmezustand nie überwunden?” (S. 47)

Diese Frage muß dann doch sehr überraschen bei einem Manne wie Losurdo; hatte er doch in Teil II seiner Studie nach Darlegung der Strategie des USA-Politikers Kenn-

an, es gehe darum, ”die Belastungen” für die sowjetische Politik so zu erhöhen, dass ”Tendenzen befördert werden, die schließlich zum Bruch oder zur Aufweichung der Sowjetmacht führen müssen”, Kennan treffend so kommentiert: dieser ”Bruch” sei ”so wenig spontan, dass er mit rund vierzig Jahren Vorlauf vorhergesagt, geplant und aktiv betrieben werden kann.” (S. 14) Das aber heißt doch wohl auch: die Sowjetmacht war von 1917 bis 1956 bereits eine so dauerhafte politische Form geworden, dass ihre Feinde immerhin 40 Jahre angestrengtester Zerstörungsarbeit brauchten, sie zu unterminieren!

Wie kann der Mann, der zwei von den sieben Teilen seiner Studie – die Teile II und IV – dazu verwandt hat, nachzuweisen, dass es falsch sei, von einer ”Implosion” der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten zu reden, weil es sich in Wirklichkeit um den „Dritten Weltkrieg“ gegen sie gehandelt habe und sie deshalb sich in einem Dauerausnahmezustand befunden hat, wie kann er jetzt in Teil VII die Frage stellen, warum die Sowjetunion nicht ebenso wie das bürgerliche Frankreich nach 1871 die ”Übergangsphase bzw. den Ausnahmezustand überwunden” habe?

Die Sache ist einfach die: Er muss diese Frage jetzt stellen, weil er endlich zu der Aussage kommen will, für die im Grunde alle vorherigen Teile nur als vorbereitende Stufen dienten. In Teil V hatte er sie so formuliert: Was bisher gefehlt habe, sei ”das (absolut erforderliche) radikale Neudurchdenken der Theorie des Sozialismus und des Kommunismus, der nachkapitalistischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit”. (S. 37)

Die Ergebnisse seines Neudurchdenkens bilden den Kern des Teiles VII.

Noch einmal: Marx und Engels und das ”Absterben des Staates”

Seine Antwort auf die oben zitierte Frage, warum die UdSSR die Übergangsphase bzw. den Ausnahmezustand nie überwunden habe, beginnt Losurdo noch ”konventionell”: ”Offenkundig darf man die imperialistische Umzingelung nicht aus dem Blick verlieren .” Aber viel entscheidender ist für ihn anderes: ”Aber mit diesem objektiven Faktum eng verflochten ist eine bedeutsame subjektive Grenze der politischen und kulturellen Bildung der bolschewistischen Führer. Wie bei Marx und Engels wird auch bei ihnen hin und wieder (!) das Problem der Demokratie aufgeworfen, sogar mit Macht, um dann jedoch sofort (?) wieder zu verschwinden.(?!) Und zwar deshalb, weil zu den Grundlagen ihrer Theorie oder ihrer Überzeugung gehört, dass mit der Überwindung der Klassenantagonismen und der sozialen Klassen auch der Staat und deshalb die Demokratie als eine Form des Staates abstirbt.” Dieser Theorie ”oder besser, dieser Illusion von Marx und Engels” liege eine dramatische historische Bilanz zugrunde. Jedoch: ”Obgleich von ihrer historischen und psychologischen Genese her zu verstehen, mündete die These vom Absterben des Staates in der eschatologi-

schen Vision einer konfliktfreien Gesellschaft, die folglich auch keine juridischen Normen brauchte, um Konflikte zu begrenzen und zu regeln." (S. 48 f.)

Erstaunlich, dass der Philosoph Losurdo, der doch genau weiß, dass für den Philosophen Marx der W i d e r s p ru c h die Triebkraft der Entwicklung auch der menschlichen Gesellschaft ist, Marx dennoch unterstellt, er habe eine von Widersprüchen und Konflikten freie Gesellschaft vorausgesagt. Man muss sich wirklich fragen, wo Losurdo irgend eine Stelle bei Marx oder Engels gefunden hat, die ihm begründeten Anlass geben könnte, ihre Aussagen über die klassenlose kommunistische Gesellschaft als "eschatologische Vision" einer "konfliktfreien und folglich auch keine juridischen Normen brauchenden Gesellschaft" aufzufassen.

Losurdo kann natürlich kein einziges Zitat von Marx und Engels anführen, das ihm erlaubte, Marx und Engels die "Illusion einer konfliktfreien Gesellschaft, die keine juridischen Normen braucht, um Konflikte zu begrenzen", nachzusagen. Marx und Engels hüteten sich – das müsste doch auch Losurdo geläufig sein –, den künftig einmal im Kommunismus lebenden Generationen Empfehlungen darüber zu geben, wie sie ihre Konflikte zu lösen hätten; sie waren Wissenschaftler, keine Religionsstifter und keine moralisierenden Utopisten. Marx sagt in der Kritik des Gothaer Programms nur: "Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden. In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten."

Also erstens: Es bleiben natürlich gesellschaftliche Funktionen übrig, die staatlichen Funktionen in der Klassengesellschaft analog sind. Dazu wird alles gehören, was in einer repressionsfreien Gesellschaft zur Regelung des Zusammenlebens und der gemeinsamen Produktion des für das Leben und die Befriedigung der rationalen Bedürfnisse aller notwendig ist. Das werden selbstverständlich auch Institutionen sein zur Verhinderung von Verstößen gegen die gemeinsam festgelegten Regeln des Zusammenlebens und Maßnahmen zur Sicherung der Einhaltung dieser Regeln. Natürlich wird auch eine kommunistische Gesellschaft nicht konfliktfrei sein, aber sie wird frei sein von Konflikten, deren Ursprung in der Spaltung der Gesellschaft in Klassen liegt. Dennoch wird noch ein unübersehbar großer Raum bleiben für unterschiedliche und sogar gegensätzliche Interessen und damit für Konflikte, zum Beispiel bei der Aufstellung der Wirtschaftspläne, bei Entscheidungen über die Standorte für Betriebe, Flugplätze, Kraftwerke, bei der Städteplanung, beim Ausbau der Infrastruktur und von Naturschutzgebieten, überhaupt in Fragen der Ökologie, und natürlich auch im ganz alltäglichen Zusammenleben der Menschen.

Zweitens aber: Welche Maßnahmen und Institutionen und Regelungen in solchen Fällen zu ergreifen sein werden, das können wir getrost den Generationen überlassen,

die vor diese Probleme gestellt sein werden, denn: ”Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten”. Das heißt, es ist müßig, sich in Spekulationen darüber zu ergehen, solange kein konkretes Material darüber vorliegt, das eine wissenschaftliche Auswertung möglich macht. Solches Material liegt in Ansätzen allerdings doch aus den sozialistischen Ländern vor, weil dort der Staat schon kein Staat mehr im bürgerlichen Sinne war und ist, was vielleicht am deutlichsten wird, wenn wir das Rechtswesen und die Gesetze in der DDR mit denjenigen in der Bundesrepublik vergleichen und diejenigen in Kuba mit denjenigen in den USA.

Aber die Entstellung der Marx-Engels’schen Aussagen über das Absterben des Staates durch Losurdo geht weiter: ”Auf jeden Fall macht das Warten auf das Verschwinden jeden Konflikts und das Absterben des Staates und der politischen Gewalt überhaupt es unmöglich, das Problem der Transformation des aus der sozialistischen Revolution hervorgegangenen Staates zu lösen… Diese Erwartung begünstigt das Entstehen bzw. das Fortdauern eines banalen und unergiebigen `Umstürzlertums´.“ (S. 49)

Wie kommt Losurdo bloß darauf, dass sich aus Marx’ und Engels’ Feststellungen über das Absterben des Staates im Kommunismus eine Haltung des ”Wartens” auf das Kommen des Heils einer Gesellschaft ohne Konflikte ergäbe? Bei Marx und Engels konnte er nur lesen und lernen, dass vom Absterben des Staates bei ihnen weder als Forderung noch als Zukunftsverheißung die Rede ist, sondern immer nur als Folge, als Konsequenz aktivsten Handelns. Nur zur Erinnerung: Im ”Anti-Dühring” schreibt Friedrich Engels: ”Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.” (Übrigens: Eine anscheinend auch für jene Kommunisten sehr notwendige Erinnerung, die glauben, der Sowjetunion und besonders Stalin vorwerfen zu müssen, sie hätten den Marxismus verfälscht, weil sie statt ”wirklicher Vergesellschaftung” ”nur eine Verstaatlichung” der Produktionsmittel verwirklicht hätten!)

Aber weiter im Engels’schen Text: ”Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat… Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft,… aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat… Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden (die daraus entspringenden, also keineswegs alle, Genosse Losurdo!) Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat,

nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft – ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht 'abgeschafft', er stirbt ab." (50)

Einfacher und kürzer sagt Engels das Gleiche in dem Artikel "Von der Autorität": "Alle Sozialisten sind einer Meinung darüber, daß der politische Staat und mit ihm die politische Autorität im Gefolge der nächsten sozialen Revolution verschwinden werden, und das bedeutet, daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die wahren sozialen Interessen hüten." (51)

Also – Genosse Losurdo kann ganz beruhigt sein: Auch ohne Staat gibt es Marx und Engels zufolge im Kommunismus noch Funktionen und dementsprechende Einrichtungen zum Hüten von sozialen Interessen!

Die These vom Absterben des Staates nach Beseitigung der Klassenherrschaft ist eine zwingende Konsequenz aus der marxistischen Staatstheorie, nach der der Staat entstanden ist mit der Spaltung der Gesellschaft in ausbeutende und ausgebeutete, unterdrückende und unterdrückte Klassen, als Instrument der Sicherung der Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker über die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Wer diese Konsequenz für falsch hält, bricht mit der marxistischen Staatstheorie insgesamt; mehr noch, er bricht mit dem historischen Materialismus. Dass dieser Bruch von Losurdo tatsächlich vollzogen wird, geht auch aus den folgenden Sätzen hervor: "Verallgemeinernd könnte man sagen, dass für Marx und Engels die Politik, nachdem sie eine entscheidende Rolle bei der Eroberung der Macht gespielt hat, zusammen mit dem Staat und der politischen Gewalt zu verschwinden scheint. Und dies umso mehr, als außer den Klassen, dem Staat und der politischen Gewalt auch die Arbeitsteilung, die Nationen, die Religionen, der Markt, kurz: alle möglichen Konfliktursachen verschwinden. Diese messianische Vision verweist letzten Endes auf den Anarchismus…" (S. 49 f.)

Also: Eine "messianische Vision" ist die Vorstellung, dass Nationen, Religionen und der Markt historische Erscheinungen sind, die ihren Anfang, ihre Entfaltung haben und mit dem Verschwinden ihrer Hervorbringungs- und Existenzursachen auch ihr Ende finden werden? Stattdessen sind Nationen und Religionen und der Markt – und damit auch die Warenproduktion! – für Losurdo offenbar ewige Kategorien. Ja, hat denn Losurdo das "Kommunistische Manifest" so schlecht gelesen, dass er gar nicht bemerkt hat, wie Marx und Engels schon vor über 150 Jahren den Auflösungsprozess

der alten, überkommenen, scheinbar für ewige Zeiten festgefügten Verhältnisse so exakt beschrieben haben, dass man meinen könnte, sie hätten all dies heute niedergeschrieben zur Charakterisierung der vielberufenen ”Globalisierung”?: ”Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet… An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander… Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.” (52)

Bemerkt er nicht, dass in unserer Wirklichkeit der Veränderungs- und Auflösungsprozess all der von ihm für ewig gehaltenen gesellschaftlichen Einrichtungen längst im Gange ist?

Zu fragen ist ferner: Hat Losurdo die Geschichte der UdSSR, die er in seiner Artikelserie so eingehend behandelt, so oberflächlich studiert, dass ihm die Ausführungen Stalins im Rechenschaftsbericht des XVI. Parteitags der KPdSU über die dialektische Entwicklung der nationalen Kulturen entgangen sind? Denn in dieser Rede sagt Stalin nicht nur das Ende der Nationen, sondern sogar der Nationalsprachen und deren Aufgehen in einer Weltsprache voraus: ”Es mag sonderbar erscheinen, dass wir, Anhänger der künftigen Verschmelzung der nationalen Kulturen zu einer (der Form wie dem Inhalt nach) gemeinsamen Kultur mit einer gemeinsamen Sprache, gleichzeitig Anhänger des Aufblühens der nationalen Kulturen im gegenwärtigen Augenblick, in der Periode der Diktatur des Proletariats, sind. Doch daran ist nichts Sonderbares. Man muß den nationalen Kulturen die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln und zu entfalten, alle ihre Potenzen zu zeigen, um die Bedingungen für ihre Verschmelzung zu einer gemeinsamen Kultur mit einer gemeinsamen Sprache zu schaffen. Das Aufblühen der ihrer Form nach nationalen und ihrem Inhalt nach sozialistischen Kulturen unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats in einem Lande zum Zweck ihrer Verschmelzung zu einer gemeinsamen (der Form wie dem Inhalt nach) sozialistischen Kultur mit gemeinsamer Sprache, wenn das Proletariat in der ganzen Welt gesiegt hat und der Sozialismus in das Alltagsleben übergegangen sein wird, – darin besteht gerade das Dialektische der Leninschen Fragestellung über die nationale Kultur.” (53)

Kennt Losurdo diese Ausführungen Stalins nicht, oder hat er sie nur deswegen nicht erwähnt, weil er nicht auch noch Stalin mit dem Vorwurf belasten will, auch er habe sich nicht von den ”messianischen Illusionen von Marx und Engels” lösen können?

Losurdos Anarchismus-Vorwurf an die Adresse von Marx und Engels

Kommen wir schließlich zum ”Anarchismus-Verdacht” Losurdos gegenüber Marx und Engels, der so stark ist, dass er sogar diesem Schlussteil VII die Überschrift geliefert hat: ”Marxismus oder Anarchismus?” Wir erinnern uns, dass Losurdo festgestellt hat, die ”messianische Vision” von Marx und Engels verweise auf den Anarchismus. Hat denn Losurdo die vielfachen Auseinandersetzungen von Marx und Engels mit dem Anarchismus und den Anarchisten nicht zur Kenntnis genommen?

Erinnert sei nur an einige wenige Ausführungen von Engels zu diesem Thema: In einem Brief an Carlo Cafiero vom Juli 1871 schrieb er: ”…die ‘Abschaffung des Staates’ ist eine alte Phrase der deutschen Philosophie, von der wir viel Gebrauch gemacht haben, als wir noch einfältige Jünglinge waren.” (54) In einem Brief an Philip Van Patten in New York vom 18. April 1883 antwortete Engels auf eine Anfrage über Marx‘ Stellung zum Anarchismus folgendes: ”Marx und ich haben, seit 1845, die Ansicht gehabt, dass eine der schließlichen Folgen der künftigen proletarischen Revolution sein wird die allmähliche Auflösung und endlich das Verschwinden der mit dem Namen Staat bezeichneten politischen Organisation… Gleichzeitig war es immer unsere Ansicht, daß, um zu diesem und den anderen weit wichtigeren” – bitte beachten: ‘weit wichtigeren’! – ”Zielen der künftigen sozialen Revolution zu gelangen, die Arbeiterklasse zuerst die organisierte politische Gewalt des Staates in Besitz nehmen und mit ihrer Hilfe den Widerstand der Kapitalistenklasse niederstampfen und die Gesellschaft neu organisieren muß. Dies wurde bereits festgestellt 1847 im ‘Kommunistischen Manifest’… Die Anarchisten stellen die Sache auf den Kopf. Sie erklären, die proletarische Revolution müsse damit anfangen, daß sie die politische Organisation des Staates abschafft. Aber die einzige Organisation, die das siegende Proletariat fertig vorfindet, ist eben der Staat. Er mag der Änderung bedürfen, ehe er seine neuen Funktionen erfüllen kann. Aber ihn in einem solchen Augenblick zerstören, das hieße, den einzigen Organismus zerstören, vermittelst dessen das siegende Proletariat seine eben eroberte Macht geltend machen, seine kapitalistischen Gegner niederhalten und diejenige ökonomische Revolution der Gesellschaft durchsetzen kann, ohne die der ganze Sieg enden müßte in einer Niederlage und in einer Massenabschlachtung der Arbeiterklasse, ähnlich derjenigen nach der Pariser Kommune.” (55)

Also: Für Marx und Engels und für alle Kommunisten ist der Anarchismus dadurch gekennzeichnet, dass er den Staat sofort durch die Revolution ”abschaffen” will.

Für Losurdo aber ist Anarchist jeder, der eine menschliche Gesellschaft ohne Staat überhaupt für denkbar hält. Er liest sogar aus Bruchstücken von Zitaten von Marx und Engels heraus, daß selbst ihnen zeitweilig Erleuchtungen kamen, in denen sie die dauerhafte Notwendigkeit des Staates begriffen: ”Des abstrakt utopischen Charakters

ihrer Losung scheinen sich in bestimmten Momenten auch Marx und Engels bewußt zu werden, wenn sie, mit bemerkenswertem Schwanken, einmal von der Abschaffung oder vom Absterben des Staates überhaupt, ein andermal des 'Staates im gegenwärtigen politischen Sinn' beziehungsweise der 'politischen Gewalt im eigentlichen Sinne' sprechen. Andererseits ist der Staat auch ihrer eigenen Analyse zufolge nicht nur ein Werkzeug der Klassenherrschaft, sondern auch eine Form der 'wechselseitigen Versicherung' zwischen den Individuen der herrschenden Klasse. Man versteht dann nicht, weshalb nach dem Verschwinden der Klassen und des Klassenkampfs, die 'Garantie' oder die 'Versicherung' für die einzelnen Mitglieder einer einheitlichen Gemeinschaft überflüssig werden sollten." (S. 49)

Es ist also überdeutlich, daß die folgende Engels'sche Kennzeichnung des Staats-Aberglaubens, die auf die deutsche Philosophie gemünzt war, ziemlich genau auch die Position Losurdos beschreibt: "Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staates und all dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich umso leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden." (56)

Losurdo will uns indessen davon überzeugen, daß er nichts anderes getan hat, als einen verhängnisvollen Fehler in der Theorie von Marx und Engels aufzudecken, indem er "die von Marx und Engels ausgearbeitete materialistische Methode" auch "auf die von den beiden inspirierte reale geschichtliche Bewegung und Revolution" anwandte. Nach Losurdo muß der Marxismus einerseits ergänzt, zum anderen von den Irrtümern von Marx und Engels befreit werden; wodurch ergänzt und wovon befreit, das sagt Losurdo mit folgenden Worten: "Bis heute fehlt eine Theorie des Konflikts in einer sozialistischen Gesellschaft und einem sozialistischen Lager; deshalb" (so, so, deshalb?!) "setzt die schwerste Krise der kommunistischen Bewegung paradoxerweise direkt mit dem Triumph der großen Ausdehnung des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Der bis heute herrschenden anarchistischen und messianischen Auffassung vom Kommunismus muß jedoch dessen Definition als `reale Bewegung´ entgegengesetzt werden." Dabei handle es sich keineswegs um eine Neuauflage der Formel der Bernsteinschen Formel: "Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts", versichert Losurdo. Es ginge vielmehr darum, "eine nachkapitalistische und nachimperialistische" (warum fehlt hier das Wörtchen: 'sozialistische'?) "Gesellschaft aufzubauen, eine Gesellschaft jedoch, die wir uns nicht länger in den Farben einer platten und unkritischen Utopie vorstellen können und dürfen. Die Distanzierung von einer solchen Utopie ist das grundlegende Merkmal der Marxschen Definition des Kommunismus als `reale Bewegung.´"

Was würde wohl Marx dazu sagen, – wenn er es könnte, – dass hundert Jahre nach seinem Tode einer kommt und erklärt, die richtige Auslegung seiner, Marxens, Kommunismus-Definition bestünde darin, dass man eine ihrer Hauptaussagen streicht? Ist es nicht ein sehr merkwürdiges Verfahren, einen massiven Angriff auf die Marx'sche Staatstheorie für „das grundlegende Merkmal der Marxschen Definition des Kommunismus" auszugeben?

Wir müssen zu unserem großen Kummer feststellen: Losurdos Vorschlag zur Verbesserung des Marxismus durch Eliminierung seiner vermeintlich utopischen, halbreligiösen Bestandteile ist leider in Wahrheit eine massive Revision des Marxismus, seiner Staatslehre; und zwar nicht etwa nur eines Teil von ihr, das Absterben des Staates betreffend, sondern ihres Kernstücks: der Einschätzung des Wesens des Staates. Und diese Staatslehre ist wiederum organisch so untrennbar verbunden mit allen anderen Bestandteilen der marxistischen Auffassung von der Gesellschaft, dass ein Angriff auf sie zugleich einen Angriff auf den Marxismus insgesamt darstellt.

Wir hatten im Verlauf unserer Betrachtung der Losurdo-Studie mehrfach Anlass dazu, uns darüber zu wundern, dass bei seiner Ursachenerklärung des Unterganges der Sowjetunion der Revisionismus und die Revisionisten Chrustschow und Gorbatschow so gut wie ganz außer Betracht blieben. Jetzt dürfte der Grund dafür klar sein: Wie sollte, wer einen derart massiven Vorstoß zur Revision der Lehren von Marx, Engels und Lenin unternimmt, in gleichgerichteten Vorstößen anderer etwas Unrichtiges, Kritikwürdiges sehen?

So kommt schließlich heraus: die Studie Losurdos, die so beginnt, als wolle sie die "Dämonisierung" Stalins, die ja – wie jeder weiß – vor allem von Chrustschow und Gorbatschow betrieben wurde, zurückweisen, ist in Wahrheit ein Plädoyer zur Zurückweisung jeder Beschuldigung, ja sogar jeden Verdachts, Chrustschows und Gorbatschows Wirken könnte – außer durch Chrustschows Festhaltens an der 'platten und unkritischen Utopie' von Marx und Engels – etwas zum Untergang der Sowjetunion beigetragen haben. Die wirkliche Bedeutung seiner Forderung „die Kategorie des Verrats durch die Kategorie des Lernens zu ersetzen", hat sich somit als ein Gebot herausgestellt, über den Revisionismus zu schweigen.

Demgegenüber ist jedoch – in Abwandlung des Horkheimer-Imperativs, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, solle auch vom Faschismus schweigen – nachdrücklich festzustellen: "Wer vom Revisionismus nicht reden will, soll auch über die Ursachen des Untergangs der Sowjetunion schweigen."

Nun liegt schließlich auch der wahre Grund für die Abneigung Losurdos gegen die Losung "Zurück zu Marx!" offen zutage - seine Aufforderung an uns lautet: "Löst Euch von Marx! Distanziert Euch von seiner Kommunismus-Theorie!"

Es bleibt – um keinen der sieben Teile der Losurdo-Studie auszulassen – , wenigstens in Kürze auch der Teil VI zu betrachten.

Zu Teil VI: ”China und der Sozialismus”

Wenn Losurdos Umgang mit der Geschichte und mit Marx und Engels nicht wenig Anlass gab, zu fragen, worauf der Mann denn eigentlich hinaus will, so gab es doch auch immer wieder Stellungnahmen von ihm, die mögliche Zweifel daran, dass es ihm wirklich um die Verteidigung und um das Wiedererstarken der kommunistischen Bewegung geht, als unbegründet zum Schweigen brachten. Dazu gehört vor allem auch dieser Teil VI mit Losurdos entschiedenem Eintreten für die Verteidigung der Volksrepublik China und seiner Warnung davor, ”dass wir uns der von den USA geführten antichinesischen Kampagne anschließen.” (S. 44) Dies ist für mich die wichtigste Aussage dieses sechsten Teiles seiner Studie, der ich mich vorbehaltlos anschließen kann.

Aber es finden sich in diesem Teil ähnliche Merkwürdigkeiten wie in den anderen, die ich aber nur kurz benennen will.

Losurdo geht mit der Geschichte Volkschinas genauso willkürlich um wie mit der Geschichte der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers insgesamt.

Keine Erwähnung findet die Kritik der KP Chinas am Revisionismus Chrustschows und der Führung der KPdSU.

Keine Erwähnung findet der Bruch Chrustschows mit Volkschina, der Bruch aller Verträge, der Abzug der sowjetischen Spezialisten, wodurch China von heute auf morgen von aller langfristig eingeplanten Hilfe seitens der Sowjetunion entblößt war und von zwei Seiten (USA und Sowjetunion) in die Embargo-Zange genommen, verzweifelte Anstrengungen unternehmen musste, seine Existenz zu bewahren und den Ausbau der Volkswirtschaft mit eigenen Kräften zu bewältigen.

Er kommt nicht auf den doch eigentlich sehr naheliegenden Gedanken, dass die von ihm kritisch erwähnte Politik der ”unaufhörlichen Massenmobilisierung”, des ”Großen Sprunges” und schließlich der Kulturrevolution Maos im Zusammenhang stehen könnte mit eben den von Mao scharf kritisierten revisionistischen Entartungsprozessen in der Sowjetunion, dass sie von Mao also gedacht waren als Palliativmittel, um ähnlichen Prozessen in China jede Entwicklungschance zu nehmen.

Keinen Gedanken verschwendet Losurdo an die Frage, welche Zukunft der Sozialismus gehabt hätte, wenn es nicht zum Bruch, sondern zur immer engeren Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Volkschina und aller anderen sozialistischen

Länder auf den Bahnen gekommen wäre, die seinerzeit den Aufstieg der Sowjetunion zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt ermöglicht hatten.

Sehr diskussionswürdig sind Losurdos Ausführungen über die ”gigantische und neuartige NÖP” in China und seine Lobpreisungen für Deng-Xiaoping und dessen Reformen, doch ist hier nicht der Platz, sie wirklich zu diskutieren. Nur so viel sei gesagt: So sehr jeder Kommuist und jeder Sozialist wünschen muss, dass es Volkschina gelingen möge, sich gegen die äußeren und inneren konterrevolutionären Kräfte zu behaupten – und so sehr es für uns selbstverständlich sein muss, mit Volkschina solidarisch zu sein – niemand ist gegenwärtig in der Lage zu sagen oder gar zu behaupten, dass der von Deng vorgezeichnete Weg der einzige oder auch nur der geeignetste Weg zum sozialistischen Ziel ist.

Fazit:

Was trägt Losurdos Studie bei zur Beantwortung der wirklich lebenswichtigen Frage nach den Ursachen der Niederlage und zur Schaffung der Voraussetzungen für die Gesundung und Stärkung der internationalen kommunistischen Bewegung?

Da ist Positives und Negatives zu verzeichnen.

Zum Positiven gehört:

dass er der Diskussion dieser Fragen einen kräftigen Impuls verliehen hat;

dass er die eingefressene, bequeme, von den Antikommunisten vorgeprägte Antwort von Stalin als dem Urheber aller Übel in der kommunistischen Bewegung zurückweist;

dass er die Berechtigung und die Notwendigkeit des Kampfes der Kommunisten gegen die herrschende imperialistische Ordnung bekräftigt;

dass er die erstrangige Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus mit Nachdruck hervorhebt;

dass er volle Solidarität mit der Volksrepublik China übt und einfordert.

Zu den Negativa rechne ich:

dass er sich bei seinen Ursachen-Erklärungen unserer Niederlage zumeist nicht von den geschichtlichen Tatsachen, sondern von seinen diese Tatsachen oft völlig außer Acht lassenden, sehr subjektiven Vorstellungen leiten lässt;

dass deshalb die wichtigsten Ursachen der Niederlage von ihm überhaupt nicht benannt werden;

dass dafür als Hauptursache des Scheiterns von ihm eine den Marxismus entstellende Konstruktion ins Feld geführt wird, die Konstruktion nämlich, die Unfähigkeit der Sowjetführer, sich von den falschen Kommunismus-Theorien von Marx und Engels zu lösen, habe letzten Endes zwangsläufig den Untergang der Sowjetunion herbeigeführt.

Das bedeutet aber, dass Losurdos Studie zwar das Verdienst hat, eine notwendige Diskussion zu beleben, dass sie aber zugleich mit ihren Antworten nicht Klärung bringt, sondern die Verwirrung noch vertieft.

Aus dieser Verwirrung können wir uns am besten dadurch befreien, dass wir die von Losurdo verworfene Losung wiederaufnehmen und erweitern: Zurück zu den Quellen, zu Marx und Lenin und ihrer konsequent historisch-materialistischen Geschichtsbetrachtung!

Anmerkungen:

(1) Meine kritischen Anmerkungen wurden verfasst auf der Grundlage der in "junge Welt" vom 15. bis 23. März 2000 veröffentlichten Studie Losurdos "Flucht aus der Geschichte? Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthass". Erst nach Fertigstellung meiner Anmerkungen konnte ich auch die Veröffentlichung der gleichen Studie als "Flugschrift 01" der „Marxistischen Blätter" einsehen. Die Überschriften der sieben Teile werden nach "junge Welt" zitiert, die Seitenangabe für die Losurdo-Zitate beziehen sich auf die Ausgabe der "Marxistischen Blätter".
(2) Wo keine Seitenangaben sind, findet sich das Zitat in dieser Fassung nur in "junge Welt".
(3) So in "junge Welt". In den MBl. nur in abgeschwächter Form, S. 28.
(4) Chrustschow auf dem VII. Parteitag der KP Bulgariens vom 5. 6. 1958. Siehe ND vom 5. Juni 1958, S.4, Sp.6., siehe auch Gossweiler, Wider den Revisionismus, S. 363.
(5) Aus der Veröffentlichung des ZK der KP Chinas "Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU. (6. September 1963), in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, o.O., o.J., S. 93.
(6) Ebenda, S. 131 ff.
(7) Ebenda, S. 157 ff.
(8) Ebenda, S. 1 ff und 287 ff.

(9) Ebenda, S. 96 ff.
(10) Ebenda, S. 113, (siehe Anmerkung 2).
(11) Die Presse der Sowjetunion, Heft 6, Mai 1989, Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 25. April 1989, S.21.
(12) Henri Barbusse, Stalin. Eine neue Welt. Rotfront Reprint Berlin, 1996, S. 105.
(13) Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 25. April 1989, in: Presse der Sowjetunion, Maiheft 1989, Nr.6, S. 6, 10, 15.
(14) Das entsprechende Zitat findet man in meinem Buch: Wider den Revisionismus" auf S. 281 f . in dem Artikel: "Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow".
(15) Ebenda, S. 285.
(16) Zitiert in: Kurt Gossweiler, Rede am 6. Februar 2000 in der Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals anlässlich des 67. Jahrestages der illegalen Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933. Quelle: "Dialog", Prag, Nr.146, Oktober 1999.
(17) "Neues Deutschland" Nr. 131 vom 5. Juni 1958; zitiert auch in Gossweiler, Wider den Revisionismus, S. 363.
(18) N.S.Chruschtschow, Der Triumph des Kommunismus ist gewiss. Rechenschafsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag der KPdSU. Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 245.
(19) Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Antwortbrief des ZK der KP Chinas auf den Brief des ZK der KPdSU vom 30. März 1963, in: "Neues Deutschland" Nr. 191 vom 15. Juli 1963, S. 9.
(20) Siehe z.B: N.A. Bulganin/N.S. Chruschtschow, Reden während des Besuches in Indien, Birma und Afghanistan, Berlin 1956, S.71. Siehe auch Gossweiler, Wider den Revisionismus, S. 332.
(21) J.W.Stalin, Ökonomische Probleme…, Berlin 1952, S. 91 f.
(22) 28.Januar 1958, Meldung in den Morgen-Nachrichten des Westberliner Senders Rias.
(23) Siehe: Viktor Alexandrow, Das Leben des Nikita Chruschtschow, München 1958, S. 60 f.
(24) XIX. Parteitag der KPdSU(B), G.M. Malenkow, Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag , 5.-14. Oktober 1952, Berlin 1952, S. 8. Siehe auch Georg Paloczi-Horvath, Chruschtschow, Frankfurt am Main und Hamburg, 1961, S. 137.
(25) "Neues Deutschland" vom 18.Januar1958, Bericht über Chrustschows plötzlichen Besuch Polens.
(26) Siehe Karl Peters, Polen und der Weg zum Sozialismus, in "Einheit", Berlin, Nr.11/1948, S. 1064.
(27) Archiv der Gegenwart, 27. Oktober 1956, S .6046 ff.
(28) Zitiert bei Gossweiler, Wider den Revisionismus, S. 269.
(29) Ebenda, S. 269 f.

(30) N. S. Chruschtschow, Der Triumph des Kommunismus ist gewiss…, S. 53.
(31) Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns. Kommentar der KP Chinas zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (6.September 1963), in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, o.O., o.J., S. 98.
(32) In: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, S. 37. Dieses Dokument der KP Chinas wurde auch im "Neuen Deutschland" , Nr. 191 vom 15. Juli 1963 im vollen Wortlaut veröffentlicht. Das angeführte Zitat findet sich in Punkt XVI des Dokumentes.
(33) Ebenfalls in: Die Polemik über die Generallinie, S. 588 ff. Das "Neue Deutschland" veröffentlichte auch diesen "Offenen Brief des ZK der KPdSU" in seiner Nr. 191 vom 15. Juli 1963.
(34) Die Polemik über die Generallinie, S. 611. Im "Neuen Deutschland" Punkt II, S. 4, 2. Spalte Mitte.
(35) Gossweiler, Wider den Revisionismus, S. 269 ff. (Rede Gorbatschows vor der UNO am 7. Dezember 1988).
(36) Presse der Sowjetunion, Nr. 118 vom 4. Oktober 1959, S. 2655.
(37) J.W. Stalin, Werke, Bd.14, Verlag Roter Morgen, Dortmund 1976, S. 229.
(38) Die Presse der Sowjetunion, Nr.129 vom 1. November 1961, S. 2804.
(39) Walter Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und der Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin 1967, S. 38 und 40.
(40) Das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Verlag Jugoslavija Beograd 1958. Siehe dazu auch: Fedossejew/Pomelow/Tscheprakow, Über den Entwurf des Programms des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, aus "Kommunist" Heft 6, Moskau 1958, in deutscher Übersetzung in "Einheit", Berlin, Beilage zum Heft 4, April 1958.
(41) Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien. November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15.-17. Dezember 1960, Berlin 1961, S. 61.
(42) "Neues Deutschland" vom 12.Oktober 1957.
(43) "Neues Deutschland" vom 20.November 1957.
(44) Die Presse der Sowjetunion, Nr. 13, 30. Januar 1959, S. 278 f.
(45) Ebenda, S. 282.
(46) Ebenda, S. 283.
(47) Ebenda, S. 282.
(48) Ebenda, S. 283.

(49) Dieter Fricke (Hrg.), Handbuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2 Bd., 1987, Bd. 1, S. 250; siehe auch Jan Knapp, Der Weg in die Katastrophe, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Berlin, Heft 7/2000, S. 19.
(50) MEW, Bd. 20, S. 261 f.
(51) MEW, Bd. 18, S. 308.
(52) MEW, Bd. 4, S. 466.
(53) J. Stalin, Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B), 27.Juni - 2. Juli 1930, Berlin 1949; siehe auch J.W. Stalin, Werke, Bd. 12, Berlin 1954, S. 322 f. Siehe ferner: J. Stalin, Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, in: J.W. Stalin, Werke, Bd. 15, Dortmund 1979, S.221 ff.
(54) MEW, Bd. 33, S. 657.
(55) MEW, Bd.36, S. 11 f.
(56) Friedrich Engels, Einleitung zu Marx' "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW, Bd. 22, S. 199.

Quelle: offen-siv Sonderheft „Genosse Domeniko Losurdos Flucht aus der Geschichte", Heft 10-2001

Inhalte des 1. und 3. Bandes

Band 1

Redaktionelles
Zum Geleit
*- *Torsten Schöwitz:* Für Frieden und Sozialismus
Die Aufgaben im 21. Jahrhundert
*- Gedanken zu Weihnachten 2000 und Neujahr 2001
Beiträge zur Faschismustheorie
*- Faschismus und antifaschistischer Kampf – gestern und heute
*- Der 20. Juli 1944 und die Faschismustheorie
*- Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute
Beiträge zur Revisionismusanalyse
*- Der Revisionismus – Totengräber des Sozialismus. Zur Entstehung des modernen Revisionismus und zu seiner Etablierung in der Sowjetunion unter Chruschtschow 1953-1964
*- Die antisozialistische Doppelstrategie des Imperialismus und der historische Wechsel von der Konfrontationspolitik zur – schließlich erfolgreichen – „indirekten Strategie“
*- Revisionismus in der kommunistischen Bewegung
*- Zur Rolle Stalins und zum Anteil des Chruschtschow-Revisionismus an der Zerstörung der Sowjetunion
*- Die Ursprünge des modernen Revisionismus, oder: Wie der Browderismus nach Europa verpflanzt wurde
*- Warum Rückgriff auf „Die Zwiebel Gorbatschow“? Einleitende Bemerkungen zur Wiederveröffentlichung
*- Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow
*- Der Antistalinismus – das Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommuistischen Bewegung
*- Und schon beginnen sie, ihren Verrat zu besingen – eine Bestandsaufnahme vom 15. Dezember 1991
Inhalte des 2. und 3. Bandes

Band 3

Briefe

*- Wendebriefe – Briefe gegen die „Wende“ genannte Konterrevolution

*- Brief an Robert Steigerwald inklusive vorhergehender und nachfolgender Korrespondenz zwischen Kurt Gossweiler und Robert Steigerwald

Reden

*- Rede aus Anlaß des 67. Jahrestages der letzten, illegalen Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin

*- Schlußwort bei Kurts Feier zu seinem 90. Geburtstag

Kritiken und Repliken

*- Einige Anmerkungen zu Vera Butlers „Hegemonismus“

*- Zur Niederlagenanalyse – Replik auf Fred Müller

*- Antwort an einen Freund (Rolf Vellay)

*- Die „Antideutschen“ – wütende Verteidiger der schlimmsten Reaktionäre der Welt

Analysen zur DKP

Analyse der Teile I „Imperialismus heute“ und II „Der deutsche Imperialismus“ des Programms der DKP von 2006

*- Quo vadis, DKP?

Nachrufe

*- Abschied von Rolf Vellay

*- Zum Gedenken an Hanfried Müller

*- Gedanken zum 50. Jahrestages des Todes von J.W. Stalin

Inhalte des 1. und 2. Bandes

ISBN für diesen Band: 978-3-9818899-2-5

ISBN für die dreibändige Reihe: 978-3-9818899-0-1

16,00 €